C 21734 D



Aus dem Inhalt:

Arbeiterkampf

Jahrgang 6 Nr.88 6.9.1976
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

Ulrike Meinhof ermordet ?



Die tote Ulrike Meinhof

Für eine internationale Untersuchungskommission!

Die tote Ulrike Meinhof

Für eine internationale Untersuchungskommission!

„Selbstmord an Ulrike Meinhof" war die Schlagzeile der größten Illustrierten der Niederlande. Nach dem Bekanntwerden weiterer Tatsachen zum angeblichen Selbstmord von Ulrike Meinhof am 9. Mai wächst im In- und Ausland die Forderung nach der Einrichtung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission. Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärten inzwischen schon der Leiter des Gerichtsmedizinischen Instituts in Linz (Österreich), Prof. Dr. Jarosch, der Arzt Dr. Lazarus aus Paris, der Ombudsmann des niederländischen Fernsehens, Johan van Minnen, und der sozialistische italienische Senator Lelio Basso.

Die Zeitschrift „konkret" stellt in ihrer September-Ausgabe unter der Überschrift „Fakten zum Vorwurf MORD" ausführlich die bisher aufgetauchten Bedenken und Widersprüche zur offiziellen Selbstmord-Version dar.

Danach lassen beispielsweise die bei Ulrike Meinhof festgestellten Halsverletzungen eher auf Tod durch Erwürgen als durch Erhängen schließen. In der offiziellen Version nicht erklärte Verletzungen an den Beinen wurden festgestellt. Die einzigen Schneidewerkzeuge in der Zelle – eine Schere und ein Bestecklmesser – weisen keine Spuren von Textilfasern auf. Obwohl am Abend vor dem angeblichen Selbstmord wie üblich die Glühbirne aus der Lampe in der Zelle entfernt worden war, war am Morgen unerklärlicherweise eine neue Birne eingeschraubt; die auf dieser Birne befindlichen Fingerabdrücke konnten nicht als die von Ulrike Meinhof identifiziert werden.

Der Widersprüche und Seltsamkeiten gibt es noch mehr, ohne daß die Behörden dazu bisher Stellung genommen hätten.

Mindestens ebenso schwer wiegt die einfache Überlegung, welches Motiv Ulrike Meinhof gehabt haben könnte, sich selbst aufzuhängen. Sie hatte beispielsweise noch einen Tag vor ihrem angeblichen Selbstmord einen italienischen Rechtsanwalt empfangen, der einen Artikel über sie schreiben wollte, und hatte ausdrücklich darauf bestanden, den Artikel vorher noch einmal zu sehen. Sie hätte sich intensiv auf die nächsten Prozeßtage vorbereitet, wo sie speziell auf die Verwicklung der BRD in den Vietnam-Krieg eingehen wollte, über Beziehungen zwischen Willy Brandt und dem CIA sprechen wollte usw. – Und sie hat keinen Abschiedsbrief hinterlassen, wie es zumindest zu erwarten gewesen wäre.

Zur Erklärung des fehlenden Motivs wurden von den Behörden „unter der Hand" Briefe etc. der bürgerlichen Presse zugeschoben, die dann Skandal-Geschichten über große Auseinandersetzungen zwischen Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Ensslin brachte. Diese Briefe scheinen – laut „konkret" – nur einen Mangel zu haben, daß sie schon ein paar Jahre alt sind!! ...

Ihrer Schwester hatte Ulrike Meinhof schon vor längerer Zeit einmal gesagt: *„Nur solange einer lebt, kann er aufstehen und kämpfen. Wenn Du hörst, ich hätte mich umgebracht, dann kannst Du sicher sein, es war Mord"*.

Nur eine unabhängige internationale Untersuchungskommission kann, wenn überhaupt, in die Angelegenheit mehr Licht bringen. Von den westdeutschen Behörden ist kaum etwas anderes als systematische Vernebelung und Verfälschung der Tatsachen zu erwarten.

Eine solche Untersuchungskommission sollte sich nicht auf den angeblichen Selbstmord von Ulrike Meinhof beschränken, sondern müßte sich insgesamt mit der Situation der politischen (und anderen) Gefangenen in der BRD befassen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Tod von Holger Meins während des Hungerstreiks; an den Tod von Katharina Hammerschmid, bei der ein Krebsgeschwür im Knast nicht rechtzeitig behandelt wurde, die man schließlich todkrank aus der Haft entließ und die wenig später starb; an den Tod von Siegfried Hausner, der bei der Explosion in der BRD-Botschaft in Stockholm schwerste Verbrennungen erlitten hatte, der dann gegen den schärfsten Protest schwedischer Ärzte in die BRD transportiert wurde (bei derartigen Verbrennungen lebensgefährlich!) und in der BRD noch einmal von Düsseldorf nach Stuttgart geschafft wurde, wo er schließlich starb, ohne – wie er verlangt hatte – noch einmal mit seinem Anwalt sprechen zu können; an den schwerkranken Karl-Heinz Roth, der wiederholt zwischen verschiedenen Haftanstalten hin- und hergeschoben wurde und dessen Anträge auf Haftverschonung sämtlich abgelehnt wurden.

Erinnert sei auch an den ganzen Komplex der Isolier-Haft, an die weitgehende Einschränkung der Verteidigerrechte, an die Willkür-Methoden der Justiz in politischen Prozessen, an die Verurteilungen auf Grund der Lügen bestochener „Kronzeugen" wie Ruhland und Müller.

Die Bildung und Arbeit einer internationalen Untersuchungskommission könnten gleichermaßen diese „ungeklärten Fälle" und das ganze Ausmaß der Faschisierung des Staatsapparats in der BRD aufhellen und der westdeutschen Anti-Repressionsbewegung neuen Auftrieb geben.

13 000 GEW-Mitglieder ausgeschlossen

Am 26. 8. „kündigte" der Bundesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum 30. 9. dem Landesverband Westberlin der GEW die Mitgliedschaft in GEW und DGB. Damit sollen 13.000 der insgesamt rund 130.000 GEW-Mitglieder ausgeschlossen werden. Anlaß hierfür war die Weigerung des Westberliner Landesverbandes, die GEW-Bundessatzung anzuerkennen, die eine Auflösung des bisherigen Verbands, die Beseitigung sämtlicher Mitgliedsrechte, die bedingungslose Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Überführung des Vermögens der Westberliner GEW an den Bundesverband bedeutet hätte. Laut Satzung hätte es dafür einer 3/4-Mehrheit bedurft. Auf der entscheidenden Vertreterversammlung stimmten ca. 28 % der Delegierten der Übernahme der Bundessatzung nicht zu, womit die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde. Der Verband besteht somit in seiner alten Struktur weiter.

Der Bundesvorstand kündigte die Gründung eines neuen GEW-Verbandes in Westberlin an, der direkt der Bundesorganisation untersteht, wobei *„über die Aufnahme dann der geschäftsführende Bundesvorstand entscheiden (werde)"*(„Tagesspiegel", 26. 8.).

Damit ist klar, daß der Westberliner Verband vom Bundesvorstand gespalten werden soll.

Der Landesvorstand der GEW-Westberlin akzeptierte diese „Kündigung" mit einer Mehrheit von 23 : 12 und will einer erneuten Vertreterversammlung vorschlagen, *„die GEW Berlin möglichst bis zum Ende des Jahres aufzulösen."* (Presseerklärung vom 27. 8.). Die Mitglieder werden aufgefordert, in den neuen Verband überzutreten.

Eindeutig erklärte der Landesvorstand, *„daß dieser Vorstand sich nicht an die Spitze eines isolierten Schrumpfverbandes für Lehrer stellen wird."* (ebenda), wobei die Entscheidung, ob die (alte) Westberliner GEW ein Schrumpfverband wird oder nicht, nicht beim Vorstand, sondern immer noch bei den Mitgliedern liegt!



Am 4. 9. erhielten die Westberliner Mitglieder einen Brief vom Bundesvorsitzenden Frister, in dem ihnen mitgeteilt wurde: „... *Sie sind ab 1. Oktober 76 nur noch Mitglied in der GEW Berlin. Sie gehören nicht mehr zur Bundesorganisation und damit auch nicht mehr zum DGB. Wenn Sie weiterhin zur GEW im DGB gehören wollen, so müssen Sie die Mitgliedschaft beantragen,"* wobei besonders darauf hingewiesen wird, daß *„die Aufnahme abzulehnen (ist), wenn der Antragsteller unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB oder den Unvereinbarkeitsbeschluß des Hauptvorstandes fällt oder sich gewerkschaftsschädigend verhalten hat."*

Darunter fallen, über die UVB des DGB hinaus, Mitglieder des ehemaligen Sozialistischen Lehrerbundes (SEW), und mit der Pauschalcharakterisierung „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" können schließlich alle Gegner der Bundessatzung und der UVB getroffen werden. Daß Frister auf eine umfangreiche „Säuberung" hinaussteuert, machte er auf einer Pressekonferenz am 2. 9. deutlich. Danach sollen alle namentlich bekannten Mitglieder von Organisationen, die unter die UVB fallen, deren „Unterstützer" sowie ca. drei Dutzend Mitglieder des ehemaligen SLB nicht aufgenommen werden.

Die Aufnahme der Gegner der Bundessatzung *„werde besonders geprüft"* (nach „Tagesspiegel", 3. 9.).

In welche Richtung dieser Ausschlußterror gehen soll, deutete der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert auf der gleichen Pressekonferenz an, als er forderte, daß *„auch Frau Kujawa* (Vorsitzende der Westberliner GEW – Anm. AK) ... *nicht in die ‚neue' GEW übernommen werden (soll), weil sie sich gleichzeitig für eine Modifizierung (!) oder Abschaffung des Unvereinbarkeitsbeschlusses .... öffentlich eingesetzt hatte – ‚auf satzungsgemäßem Wege', wie Sickert selbst bestätigte "* („Frankfurter Rundschau", 3. 9.).

Auch wenn diese Äußerung zunächst nur ein provokatorischer Vorstoß Sickerts ist, so wird doch deutlich, welche Standpunkte in

Fortsetzung Seite 3

Nazi-Provokation in Köln:
„Ehrenkundgebung" für SS-Verbrecher

Am 11. September soll in Köln eine faschistische „Ehrenkundgebung" steigen. Sie gilt dem SS-Oberst Peiper, der kürzlich von französischen Antifaschisten hingerichtet worden sein soll. Inzwischen gilt als höchst zweifelhaft, ob es sich bei dem Getöteten überhaupt um Peiper handelte, oder ob dieser womöglich seine „Ermordung" selbst arrangiert hat (siehe dazu auch den Artikel „SS-Peiper ist nicht tot" in diesem AK).

Wie es auch sei: Für die westdeutschen Nazis ist die Sache Grund genug, um mit Rührung des SS-Banditen zu „gedenken" und damit zugleich alle Seinesgleichen zu „ehren", die *„in Erfüllung ihrer Pflicht"* Zerstörung und Massenmord über Europa brachten. Vorläufiger Höhepunkt der faschistischen „Ehrungen" soll die „Ehrenkundgebung" in Köln sein. Organisator und Hauptredner dieser Provokation ist der Herausgeber der „Nationalzeitung" Gerhard Frey – führend in der westdeutschen und internationalen Nazi-Szene. Als weiterer Redner soll Francois Duprat von der französischen Nazi-Zeitung „Rivarol" in Köln auftreten.

In großen Anzeigen wirbt die faschistische Presse für eine *„machtvolle Großkundgebung"* – *„Keiner fehle, wenn Deutschland seines toten Helden gedenkt"* – heißt es da in großen Lettern.

Bei dem Peiper-happening wollen die Nazis auch ein „Denkmal" für Peiper enthüllen, das ausdrücklich zugleich als „Ehrung" für alle anderen Nazi-Banditen gedacht ist, *„die im Kriege ihre Pflicht so beispielhaft erfüllten"*. Schon jetzt kündigen die Faschisten an, das Peiper-„Denkmal" solle „s p ä t e r" (?!) in Dachau aufgestellt werden. In Dachau befand sich eines der berüchtigsten Nazi-KZ's! Nach dem Krieg wurde dort einigen der Massenmörder der Prozeß gemacht.

Heute ist das Nazi-Pack schon wieder so frech, daß es auf den Gräbern der Opfer des faschistischen Terrors ein „Denkmal" für die Mörder aufstellen will...' „später"!...

Für diese Leute darf es niemals ein „später" geben!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Pohle-Prozeß in Athen

„Modell Deutschland" hart angeschlagen

Am 2. September vertagte der Aeropag, der oberste griechische Gerichtshof, erneut den Prozeß gegen R. Pohle wegen Auslieferung in die BRD auf unbestimmte Zeit.

Zweifellos ist dies bereits ein gewisser Erfolg für Pohle und eine erneute politische Ohrfeige für das „Modell Deutschland", daß ja angeblich nur so vor Demokratie und Freiheit strotzt.

Wutgeheul der westdeutschen Presse

Mit Hetze und der Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen haben inzwischen verschiedene westdeutsche Politiker Griechenland geantwortet.

So schrieb das „Hamburger Abendblatt" vom 3.9. ...„*Athen muß mit einer Belastung seiner Beziehungen zur Bundesrepublik und zu anderen EG-Ländern rechnen.*"

Erik Blumenfeld (CDU) forderte die Bundesregierung auf, bei den laufenden Verhandlungen über die EG-Mitgliedschaft mit Griechenland deutlich zu machen, daß die augenblickliche Prozeßführung sich nicht günstig auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen auswirken wird. Es wird bereits von einer „*Belastung der Beziehungen*" gesprochen („SZ", 23.8.).

Zweifellos liegen die Gründe nicht nur bei der Weigerung des „kleinen" Griechenland, dem „mächtigen Deutschland" nicht Pohle auszuliefern, sondern auch in dem Bild, das mittlerweile nicht nur in Griechenland von der BRD gezeichnet wird.

„Modell Deutschland"?

Besonders wütend soll angeblich Schmidt darüber gewesen sein, daß die größte liberale Zeitung in Griechenland „Vima" seinen Brief an Karamanlis mit „*wütend und hart, im Stile Bismarks*" charakterisierte.

Die „SZ" vom 23.8. schrieb:

„*So wird zum Beispiel die öffentliche Meinung in der griechischen Hauptstadt weitgehend von publizistischen Darstellungen beherrscht, die Pohle als Freiheitskämpfer würdigen und die Bundesrepublik als „Polizeistaat" diffamieren.*"

Die auflagenstarke linke Tageszeitung „Elefterotipia" verglich die Zustände in der Bundesrepublik mit Nazideutschland. „*Viele Griechen und Ausländer, die sich mit dem deutschen Revolutionär jetzt identifizieren, haben ihre Stimme erhoben, um Pohle vor dem sicheren Tod in westdeutschen weißen Gefängniszellen der würdigen Nachfolger Hitlers zu retten*" (zitiert in „SZ", 24.8.76).



Rolf Pohle nach der Entscheidung der Athener Oberlandesgerichtskammer

Die größte griechische Zeitung „Ta Nea" schreibt zu der Bezeichnung „Terrorist": „*Und wenn Panaghoulis* (einer der bekanntesten Widerstandskämpfer gegen die griechische Junta, der vor kurzem auf mysteriöse Weise ums Leben kam) *ins Ausland geflüchtet wäre, wäre er von der Junta als Terrorist bezeichnet worden, die seine Auslieferung verlangt hätten.*"

Pohles Verteidiger Jannopoulles legte dem Gericht umfangreiches Material über die Behandlung politischer Gefangener in der BRD vor.

Jannopoules verglich die Zustände, unter denen die politischen Gefangenen in der BRD leben müssen, mit denen der Junta.

Am 30.8. ließ der Aeropag gar die in der BRD bereits als „halbe Terroristen" geltenden Baader-Meinhof-Verteidiger Ströbele und Wächtler als Sachverständige für die Bewertung politischer Straftaten in der BRD kommen und vor dem obersten Gerichtshof aussagen.

Prozeß unbegrenzt verschoben

Der Aeropag hat den Prozeß inzwischen verschoben und weitere Unterlagen von der BRD angefordert.

Das bedeutet nicht, daß Pohle nun nicht mehr an die BRD ausgeliefert werden könnte. Trotzdem ist eines in jedem Fall verhindert worden: die lautlose rasche Überführung die bereits zwischen der griechischen Karamanlis-Regierung und den staatlichen Stellen der BRD ausgehandelt war. Die demokratische griechische Öffentlichkeit hat hier einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Die BRD-Justiz hat inzwischen einen zweiten Auslieferungsantrag gestellt, falls der erste nicht durchkommen sollte!

Das kann auch ein Schuß nach hinten werden. Zumindest in breiten griechischen Teilen dürfte die BRD alles andere als ein „Modell"-Land sein – wenn damit nicht ein Modell-Polizeiland gemeint sein sollte.

Griechenland/Türkei-Kommission

Paragraph 88 a in der Anwendung

„Staatsschutzaktion" gegen linke Buchläden

Am 18.8. wurden in Köln, West-Berlin, Hamburg, Bochum, Tübingen, Heidelberg und München und am 19.8. in Essen linke Buchhandlungen und Privatwohnungen von Inhabern und Mitarbeitern durchsucht. Unter Leitung des Bundeskriminalamtes (Sicherungsgruppe Bonn) wurde diese Aktion mit der Suche nach der Schrift „Revolutionärer Zorn", herausgegeben von der „Revolutionären Zelle" vom Mai 1976 (!) begründet. In dieser Schrift soll „Gewalt verherrlicht" werden, so daß der neugeschaffene § 88a das erste Mal zur Anwendung gebracht wurde. Dieser Paragraph 88a (auch „Maulkorbparagraph" genannt) bedeutet eine Ermächtigung für die Staatsschutzbehörden, gegen Literatur und die Verbreitung von Literatur vorzugehen, die nach ihrer Auffassung die „Befürwortung von Gewalt" beinhaltet. Bei ihrer aufwendigen Aktion beriefen sich die Bullen auch auf die §§ 126 und 129 („staatsgefährdende Schriften", „Bildung einer kriminellen Vereinigung").

In Bochum wurde der Geschäftsführer der politischen Buchhandlung, Thomas K. verhaftet, weil sechs Ausgaben des „Revolutionären Zorn" gefunden wurden, weitere nicht verbotene Bücher wurden beschlagnahmt. Thomas K. wurde wegen „Verdunkelungsgefahr" verhaftet und mit dem Hubschrauber nach Karlsruhe verfrachtet, wo er erst nach drei Tagen entlassen wurde.

In Köln brachen die Bullen morgens um sechs Uhr den „Anderen Buchladen" auf und hielten sich dort anderthalb Stunden ohne Zeugen, Geschäftsführer oder Anwälte auf. In der Privatwohnung der Geschäftsführer wurde ein Genosse vorübergehend festgenommen und die Wohnung rund vier Stunden lang durchsucht. Ein Privatexemplar des Buchs „Bommi Baumann" und mehrere Exemplare „Sozialen Revolution und Stadtguerilla" wurden beschlagnahmt.

Protestaktion in Bochum

Auf Initiative der Sponti-Genossen, die den Buchladen tragen, wurde eine gemeinsame Aktion eingeleitet. In der Aktionseinheit fanden sich Spontis, ESG, KBW und KB zusammen. Der AStA beteiligte sich und mobilisierte an der Uni. In der Stadt wurde mit Flugblättern und Ständen informiert. Zu der Demonstration am Mittwoch, den 25.8., kamen etwa 300 bis 400 Menschen.

Der Anlaß dieser Aktion des Bundeskriminalamtes zeigt, daß die erstmalige Anwendung des § 88a der weiteren Einschüchterung und Kriminalisierung der Linken dient. Der Aufwand und „Erfolg" machen deutlich, daß es hier gar nicht in erster Linie darum ging, ein konkretes Ergebnis zu erreichen. Die Verhaftung des Bochumer Genossen, die nach drei Tagen nicht mehr aufrechtzuerhalten war, ist dabei nur ein dürftiges Alibi.

Der Kampf gegen die Kriminalisierung der Linken und die Politische Zensur muß verstärkt werden!

Nach Berichten verschiedener KB-Gruppen

Thailand:
Massenproteste verjagen Oberfaschisten!
1973 jagten thailändische Arbeiter, Bauern und Studenten die Militärdiktatur Kittikachorn's zum Teufel. 400.000 Demonstranten bewirkten, daß die führenden Faschisten Thailand verließen.
Mitte/Ende August dieses Jahres wag-
Praphas etwas zu unternehmen, muß die Bevölkerung das Problem selbst lösen – genauso wie sie es am 14. Oktober 1973 tat", so der General-Sekretär des Nationalen Studenten-Zentrums (NSCT), Sutham Seangprathum (lt. „BBC/SWB", 21.8.76).

von der BRD gezeichnet wird.
„Modell Deutschland"?
Besonders wütend soll angeblich Schmidt darüber gewesen sein, daß die größte liberale Zeitung in Griechenland „Vima" seinen Brief an Karamanlis mit „wütend und hart, im Stile Bismarks" charakterisierte.
Die „SZ" vom 23.8. schrieb:
„So wird zum Beispiel die öffentliche Meinung in der griechischen Hauptstadt weitgehend von publizistischen Darstellungen beherrscht, die Pohle als Freiheitskämpfer würdigen und die Bundesrepublik als „Po-
sche Junta, der vor kurzem auf mysteriöse Weise ums Leben kam) ins Ausland geflüchtet wäre, wäre er von der Junta als Terrorist bezeichnet worden, die seine Auslieferung verlangt hätten."
Pohles Verteidiger Jannopoulles legte dem Gericht umfangreiches Material über die Behandlung politischer Gefangener in der BRD vor.
Jannopoules verglich die Zustände, unter denen die politischen Gefangenen in der BRD leben müssen, mit denen der Junta.
Am 30.8. ließ der Aeropag gar die in der BRD bereits als „halbe Terroristen" geltenden Baader-Meinhof-Verteidiger Ströbele und Wächt-
reits zwischen der griechischen Karamanlis-Regierung und den staatlichen Stellen der BRD ausgehandelt war. Die demokratische griechische Öffentlichkeit hat hier einen Strich durch die Rechnung gemacht.
Die BRD-Justiz hat inzwischen einen zweiten Auslieferungsantrag gestellt, falls der erste nicht durchkommen sollte!
Das kann auch ein Schuß nach hinten werden. Zumindest in breiten griechischen Teilen dürfte die BRD alles andere als ein „Modell"-Land sein – wenn damit nicht ein Modell-Polizeiland gemeint sein sollte.
Griechenland/Türkei-Kommission

Berichtigung zum AK Nr. 86

Im Arbeiterkampf Nr. 86 auf Seite 2 berichteten wir davon, daß die griechische Zeitung „Avji" sich mit der demokratischen Bewegung von R. Pohle solidarisiert hatte. Fälschlicherweise schrieben wir allerdings, daß die „Avji" die Zeitung der revisionistischen KKE wäre. Das stimmt nicht, sondern die „Avji" ist das Zentralorgan der abgespaltenen KKE/„Inland", die sich insgesamt in der Pohle-Kampagne sehr solidarisch verhalten hat. Die revisionistische KKE hingegen hat selbst in den Tagen, als die gesamte griechische Tagespresse die Frage der Pohle-Auslieferung auf den ersten Seiten behandelte, nur unbedeutende, völlig unkommentierte „objektivistische" Kurzmeldungen im hinteren Teil ihrer Zeitung „Rizospaztis" gesetzt.

Griechenland/Türkei-Kommission

Auszüge aus einem Flugblatt der „Gruppe für eine Proletarische Linke" (OPA)

„Freiheit für Pohle"

„*Freiheit für Pohle – Es lebe die internationale Solidarität!*

Durch die Ereignisse um R. Pohle wurde der griechischen Bewegung die Gelegenheit gegeben besser die Wirklichkeit in Westeuropa insbesondere in der BRD kennenzulernen.

Wir konnten besser den Heroismus kennenlernen, die Kämpfer wie Holger Meins und die übrigen Mitglieder der RAF auszeichnen. Wir konnten die Problematik über die Kampfmethoden und die Frage des bewaffneten Kampfes und die Verbindung mit den Massen vertiefen.

Der Genosse Pohle hat uns die Notwendigkeit einer internationalen Mobilisierung und Solidarität gestellt.

Es konnte klar werden, daß unser Kampf hier verbunden ist mit dem Kampf der Revolutionäre in der ganzen Welt. Die Abschiebung Pohles wäre ein Schlag gegen uns alle!

Der „Fall" Pohle, auch wenn er schließlich ausgeliefert werden sollte, ist die Quelle der Klärung vieler Fragen unserer Bewegung gewesen. Die Bewegung in Griechenland ist vorangeschritten!"

(Flugblatt vom 17.8.76/Athen)

Thailand:

Massenproteste verjagen Oberfaschisten!

1973 jagten thailändische Arbeiter, Bauern und Studenten die Militärdiktatur Kittikachorn's zum Teufel. 400.000 Demonstranten bewirkten, daß die führenden Faschisten Thailand verließen.

Mitte/Ende August dieses Jahres wagte sich nun ein besonders übles Subjekt heimlich zurück nach Thailand. Praphas Charusathien, seines Zeichens Feldmarschall und ehemaliger Vizepräsident der Faschisten landete heimlich aus Taiwan (!) kommend in Thailand. Die besondere Provokation aller thailändischen Demokraten bestand darin, daß selbiger Charusathien verantwortlich ist für den Militäreinsatz bei den August-Demonstrationen 1973. 72 Menschen wurden damals von der Armee ermordet! („SZ" und „FR" vom 23.8.76)

Anläßlich dieser ungeheuren Provokation kam es in Thailand zu einer der stärksten Machtproben zwischen der rechtsgerichteten Zentralregierung und Studenten und Arbeitern.

Praphas Rückkehr war offensichtlich wohlgeplant. So wurde er bei seiner geheimen Ankunft vom Militär (Luftwaffe) in Empfang genommen und sein Aufenthaltsort ebenfalls geheimgehalten.

Die Zentralregierung entschied dann am 22.8., daß Praphas zur medizinischen Behandlung sieben Tage in Thailand bleiben dürfe (lt. „Regierungserklärung" Nr 5, nach „BBC/SWB", 24.8.76). Es wurde kein Haftbefehl ausgestellt, er wurde nicht gesucht – nach dem Willen der thailändischen Regierung und der Militärs hätte Praphas im Lande bleiben können.

Antifaschistische Massenbewegung!

Die antifaschistischen Kräfte machten nicht nur Front gegen die Anwesenheit von Praphas. Sie befürchteten, daß das Militär über die Auseinandersetzungen einen Putsch plant. So wurde angenommen, daß Praphas Rückkehr einen handfesten politischen Sinn hat. „*Einmal um die Reaktion der Öffentlichkeit und die Stärke der Studenten in Hinblick auf mögliche Putschpläne der Militärs zu testen, zum anderen, um gegebenenfalls eine solche Putschsituation zu erzeugen*" („FAZ", 23.8.76).

Am 21.8.76 demonstrierten 30.000 Menschen im Gelände der Thammasat-Universität gegen die Anwesenheit Praphas und gegen die Haltung der Regierung. „*Wenn die Regierung unfähig ist, gegen Feldmarschall Praphas etwas zu unternehmen, muß die Bevölkerung das Problem selbst lösen – genauso wie sie es am 14. Oktober 1973 tat*", so der General-Sekretär des Nationalen Studenten-Zentrums (NSCT), Sutham Seangprathum (lt. „BBC/SWB", 21.8.76).

Gefordert wurde „*ultimativ die Festnahme und Verurteilung Praphas*".(„SZ", 23.8.76)

Gleichzeitig kündigten mehrere weitere Verbände Kampfaktionen an. Der Gewerkschaftsbund „National Labour Council" „*informierte die Regierung von der Möglichkeit eines Generalstreiks wenn ein Staatsstreich stattfindet*" („BBC/SWB", 24.8.76). Ebenfalls die Journalistenvereinigung von vier großen Zeitungen drohte mit Aktionen.

Die stärkste und militanteste Kraft waren offensichtlich die Studenten des NSCT. Bereits vom 20.8. an hielten sie quasi das Universitätsgelände besetzt und versuchten Studenten aus anderen Orten nach Bangkok zu mobilisieren. Am nächsten Tag sammelten sich mindestens 15.000 Menschen auf dem Unigelände.

Faschistische Mordanschläge gegen Demonstranten!

Gegen Mittag des 21.8. wurde plötzlich das Unigelände mit Gewehrfeuer belegt. Zwei Demonstranten wurden erschossen. Kurze Zeit später wurden mehrere Handgranaten ins Unigelände geworfen, wobei 34 Menschen schwer verletzt wurden. („BBC/SWB" 24.8. und „SZ", 23.8.)

Trotz dieser Terroranschläge hielten über 5.000 Studenten die Universität bis in die Nacht hinein besetzt – vorm Tor Polizei und Militär!

Auch am 22.8. gingen die Proteste noch weiter, allerdings nicht mehr in dem Ausmaß wie vorher. Inzwischen hatte die Regierung nämlich die „Abreise" des Feldmarschalls bekanntgegeben!

Die Ausweisung Praphas wurde von der Regierung ausdrücklich mit den starken Protesten begründet. Ob dieser Faschist nun tatsächlich das Land verlassen hat, ist freilich ungewiß. Insgesamt müssen die Aktionen gegen die Anwesenheit Praphas als klarer Erfolg der antifaschistischen Kräfte Thailands angesehen werden. Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß die neue, erzreaktionäre Regierung in einer solch entscheidenden Frage zum Rückzug getrieben wurde!

Asien-Kommission

Italien

„Strage di stato" Freiheit für die Mörder ?

Ende August wurden die Faschisten Freda und Ventura aus dem Gefängnis entlassen. Beide, insbesondere Freda, sind stark verdächtig, bei der „strage di stato" (Staats - Blutbad) vom 12. Dezember 1969 und anderen Bombenanschlägen an jenem Tag mitgewirkt zu haben. An diesem Tag explodierte in der Mailänder Landwirtschaftbank eine Bombe, wobei 16 Menschen getötet und etwa 80 verletzt wurden, zum Teil schwer.

Polizei und Justiz erklärten zunächst „Anarchisten" und „Linksextremisten" für die Verantwortlichen. Der Anarchist Valpreda wurde verhaftet und jahrelang in „Untersuchungshaft" gehalten; der anarchistische Eisenbahner Pinelli, ein Freund Valpredas, wurde beim „Verhör" von den Bullen aus einem Fenster des Polizeipräsidiums geworfen und starb.

Vor allem die von der revolutionären Linken, insbesondere Lotta Continua, geführte „Gegenuntersuchung" entlarvte schließlich die Faschisten und ihre Hintermänner im Staatapparat als die Schuldigen. Freda und Ventura wurden verhaftet. Valpreda mußte schließlich freigelassen werden.

Inzwischen hat die Klassenjustiz den Prozess unter den verschiedensten Vorwänden immer wieder verschoben und vertagt, seit 1969, also seit rund sieben Jahren ! Damit wurde jetzt der Zeitpunkt erreicht, wo Freda und Ventura nach italienischem Recht aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen. Das Ungeheuerliche geschah tatsächlich ! Allerdings vorerst abgemildert durch die Bestimmung, daß die beiden Bombenleger verpflichtet wurden, sich auf der isola (Insel) del Giglio vor der toskanischen Küste aufzuhalten.

Daraus wurde allerding nichts, weil sich die Bevölkerung der kleinen (2000 Einwohner) christdemokratisch regierten Insel geschlossen dagegen auflehnten. Eine bemerkenswert breite Aktionseinheit kam zustande, mit den Christdemokraten (DC), Sozialisten (PSI), den Revisionisten (PCI) und der linken PdUP („il maifesto") ! Tagelang hielt praktisch die gesamte Bevölkerung, vom Kleinkind bis zum Greis, am Hafen Wache, um auf keinen Fall die beiden Mörder an Land zu lassen. Scharen von Fischerbooten, kleinen Motorbooten etc. vor dem Hafen vervollständigten die Blockade.

Derzeit scheint es, als müßten die beiden Faschisten wieder nach Catanzaro zurück, wo sie bisher im Knast waren. Wahrscheinlich ist, daß dies aber nur eine Vorstufe zu ihrer vollständigen Freilassung (oder zur provokatorischen Begünstigung ihrer „Flucht" ?!) ist. Der bürgerliche Staat hat in der „strage di stato" soviel Dreck am Stecken, daß er auf jeden Fall die Durchführung eines Prozesses vermeiden will. Und der sicherste Weg dazu ist eben, die beiden letzten Angeklagten einfach laufen zu lassen.

13 000 – GEW Mitglieder ausgeschlossen

der neuen „GEW" überhaupt noch zugelassen werden sollen. Dies sollte eine deutliche Warnung an all diejenigen sein, die mit einem „massenhaften" Übertritt in Fristers Spalterverband die Illusion verbinden, alles bliebe beim alten.

Im Gegenteil sind mit dem Vorgehen von Frister und Co. die Weichen für einen stramm rechtssozialdemokratisch ausgerichteten Verband gestellt.

Damit zerschlagen sich auch die Vorstellungen von Kujawa und anderen, *„für den Übergang in die neue GEW im DGB Bedingungen zu erreichen"*, die es ermöglichen sollen, *„die in der GEW Berlin vorhandenen gewerkschaftspolitischen Mehrheitsverhältnisse"* wieder herzustellen (aus einem Brief an die Mitglieder vom 31. 8.).

Frister dagegen hat sich *„zuversichtlich geäußert, daß mehr als die Hälfte der 13.000 Mitglieder ... binnen kurzer Zeit dem ... ‚neuen' Landesverband* (GEW im DGB) *angehören werden"* („FR", 3. 9.), womit die Gewerkschaftsführung klar gemacht hat, daß sie für die Durchsetzung ihrer Ziele den Verlust von tausenden von Mitgliedern in Kauf nimmt.

In der Frage, wie scharf die Aufnahmebedingungen für den Spalterverein sein sollen, besteht offenbar noch keine vollständige Einigkeit zwischen Kujawa und dem Bundesvorstand. Während es Kujawa darum geht, möglichst vielen Mitgliedern den Übertritt ‚schmackhaft' zu machen, hat für den Bundesvorstand die absolute Linientreue des neuen Verbands Priorität. Völlig richtig stellt die „FR" (3. 9.) daher fest, *„daß die Bundes-GEW bei der Ablehnung von Aufnahmeanträgen deutlich über den bisher ein DGB-Unvereinbarkeitsbeschluß gesetzten Rahmen hinausgehen will."*

Vor dem Landgericht Frankfurt hat jetzt ein Mitglied der GEW eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung der Neugründung beantragt, weil 1. der Ausschluß unzulässig sei, da die Bundessatzung keinen Ausschluß von Landesverbänden vorsieht; 2. der Grundsatz der Gleichberechtigung verletzt wurde, da andere Landesverbände die Bundessatzung nur mit 2/3 -Mehrheit übernommen haben, und 3. Mitglieder nur durch Landesverbände aufgenommen werden können, nicht aber durch den Bundesvorstand, wie bei dem Spalterverband vorgesehen.

Auch wenn hiermit noch einmal die Möglichkeit besteht, das illegale Vorgehen des Bundesvorstandes zu beweisen, wird ihn dies allerdings nicht von der Spaltung abhalten können.

Vor den Linken steht deshalb die Aufgabe, um den Erhalt des bestehenden Verbands zu kämpfen, wenn sie sich nicht selbst der Möglichkeit einer demokratischen Gewerkschaftsarbeit berauben wollen.

Der Verlauf der Auseinandersetzungen

werkschaftsarbeit berauben wollen.

Der Verlauf der Auseinandersetzungen

Vor eineinhalb Jahren war auf Betreiben der Gewerkschaftsführer auf dem „Kölner Kongreß" der GEW eine Bundessatzung verabschiedet worden, die die bis dahin bestehende Eigenständigkeit der GEW-Landesverbände aufhob. Danach sollten die Bundessatzung und die Entscheidungen des Bundesvorstandes Vorrang vor den Landessatzungen und den Entscheidungen der Landesverbände haben. Alle Landesverbände sollten verpflichtet werden, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB zu übernehmen. Unter den Mitgliedern gab es gegen diese Art der Zentralisierung breiten Protest, und dem Bundesvorstand gelang es in vielen Fällen nur mit nackter Erpressungspolitik, seine Ziele durchzusetzen. Der Westberliner Landesverband hatte auf einer ersten Vertreterversammlung die Übernahme der Bundessatzung abgelehnt, auf einer zweiten wurde sie dann nach massiven Ausschlußdrohungen Fristers mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen. Dagegen klagten linke Kollegen, da ihrer Meinung nach die Übernahme der Bundessatzung mit einer Auflösung des Landesverbandes Westberlin verbunden sei (Aufgabe der Entscheidungsbefugnis des Landesverbandes, Aufgabe der Finanzhoheit, Preisgabe der Mitgliederrechte an die GEW-Bund).

Das Verwaltungsgericht Westberlin entschied in ihrem Sinne und forderte, daß für die Übernahme der Bundessatzung eine Dreiviertel-Mehrheit, die für die Auflösung des Verbandes gebraucht wird. Frister & Co. sahen jetzt ihre Stunde gekommen, den in der GEW-Bund links stehenden Westberliner Verband in die Knie zu zwingen: Frister forderte ultimativ bis zum 31. 8. 76 die Übernahme der Bundessatzung mit einer Dreiviertel-Mehrheit und damit Auflösung des Verbandes.

Nach einer Vorstandssitzung am 21./22. 8. wurde kaltschnäuzig verkündet, im Falle einer Nichtübernahme, *„sei die Auflösung des Landesverbandes notwendig"* („FR", 24. 8.). Nach einer vorbereiteten „Check-Liste" sollte die Mitgliedschaft im DGB gekündigt werden, und eine Geschäftsstelle der GEW-Bund in Westberlin errichtet werden, *„deren Aufgabe es sein soll, Anträge zur Aufnahme in den neuen GEW-Landesverband entgegenzunehmen"* („FR", 24. 8.). Damit wurden vom Hauptvorstand die Weichen für die am 25. 8. stattfindende Vertreterversammlung von Anfang an auf Spaltung gestellt. Mit welcher Unverfrorenheit die Gewerkschaftsführer zur Aufrechterhaltung ihrer sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft selbst illegale Methoden anwenden, wird daraus deutlich, daß der Bundesvorstand überhaupt keine rechtlichen Mittel in der Hand hat, einen Landesverband auszuschließen.

Ebensowenig hat der Bundesvorstand das Recht, einzelne Mitglieder auszuschließen, da bis zu diesem Zeitpunkt die Bundessatzung noch gar nicht übergenommen war!

Mit dieser Methode der Erpressung hatte Frister allerdings Erfolg bei den „linken" Sozialdemokraten und den der SEW angehörenden Kollegen. Dies vor allem mit der Drohung, den Westberliner Landesverband aus dem DGB auszuschließen.

„Linke" Sozialdemokraten und SEW weichen zurück

Der amtierende Vorstand des Westberliner Verbandes setzt sich seit 1974 in seiner Mehrheit aus „linkssozialdemokratischen" und SEW-Kolleginnen und -Kollegen zusammen. Damals wurde er gegen eine rechte Alternative und auf einem Programm gewählt, das ausdrücklich die Übernahme der Bundessatzung und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ablehnte! Seitdem hat sich viel getan.

Auf der entscheidenden Vertreterversammlung am 25.8. brachte die Vorsitzende Kujawa (SPD) einen Antrag ein, der die bedingungslose Übernahme der Bundessatzung vorsah. Selbst „Kompromißformulierungen", wie sie noch bei der Übernahme der

Vorsitzende Kujawa (SPD) einen Antrag ein, der die bedingungslose Übernahme der Bundessatzung vorsah. Selbst „Kompromißformulierungen", wie sie noch bei der Übernahme der

Bundessatzung durch den LV Hamburg zugestanden wurden (Recht des Verbandes, seine Organe selbst zu bestellen, eingeschränkte Finanzhoheit, „Mitspracherecht" bei Ausschlüssen) wurden strikt abgelehnt. Dreh- und Angelpunkt der „Argumentation" von Kujawa und ihren „Volksfront"-Freunden der SEW war die Mitgliedschaft im DGB. Dabei wurde den Gegnern der Bundessatzung demagogisch der Vorwurf gemacht, sie erhofften sich, *„die im DGB organisierten 10.000 Lehrer und Erzieher ins Abseits stellen zu können"*; daß *„wer mit nein stimmt* (d.h. wer gegen die bedingungslose Übernahme stimmt, Anm. AK), *sich außerhalb der im DGB organisierten abhängig Beschäftigten stellt"*, und daß *„wer mit nein stimmt, die Gewerkschaftsbewegung schwächt und damit die reaktionären Kräfte stärkt"* (Zitate aus der Rede von Kujawa auf der Vertreterversammlung am 25.8.).

Demagogisch ist dies deshalb, weil von den Gegnern einer bedingungslosen Übernahme immer wieder betont wurde, daß sie darauf bestehen, *„daß der Landesverband Berlin in der GEW-Bund und im DGB Mitglied bleibt"*, sie allerding diese *„Mitgliedschaft im DGB nicht mit der Preisgabe der grundlegenden demokratischen Rechte der Mitglieder erkaufen"* wollen und sie sich deshalb dafür einsetzen, *„daß der LV-Berlin weder aufgelöst noch ausgeschlossen wird"* (aus einer Stellungnahme einer Versammlung von GEW-Mitgliedern am 24.8.).

Die klare Tatsache, daß die Gegner der Bundessatzung lediglich für die Rechte, die in der Westberliner Satzung verankert sind, eintraten, wurde von Kujawa und den Rednern der SEW vollständig ignoriert. Mit keinem einzigen Wort wurde von ihnen angegriffen, daß von Seiten des Bundesvorstandes diese Rechte in kaltblütiger Weise verletzt wurden und daß die Spaltung von Frister & Co. initiiert wurde. Durch dieses Zurückweichen wurden sie letztendlich zu direkten Handlangern der Spaltungsabsichten durch den Bundesvorstand.

Die Entscheidung – lange Gesichter bei den Gewerkschaftsspaltern

Für die Delegierten standen zwei Anträge zur Entscheidung: Der Antrag des Vorstandes, die Bundessatzung bedingunglos zu übernehmen, und ein Antrag verschiedener linker Kollegen, die Übernahme mit einer „Kompromißformel" zu verbinden (s.o.). Von vornherein wurde allerdings vom Vorstand „klargestellt", daß die Annahme des „Kompromisses" die gleichen Konsequenzen habe, wie eine Ablehnung: Auflösung und Ausschluß.

Abgelehnt wurde danach mit der sozialdemokratischen und revisionistischen Mehrheit der „Kompromißvorschlag" (s.o.), der von Kollegen, die dem Sozialistischen Büro nahestehen, und der Klägergruppe eingebracht worden war.

An der entscheidenden Abstimmung über die Satzungsänderung beteiligten sich 417 Delegierte. Für die Übernahme hätten 313 Delegierte stimmen müssen. Das Ergebnis lautete: 301 für Übernahme, 109 dagegen, 6 Enthaltungen und eine ungültige Stimme. Damit war die Auflösung des Verbandes abgelehnt!

Wie gut der Vorstand auf diese Situation vorbereitet war, zeigte sich daran, daß sofort ein gedruckter Antrag von den Vorstandsmitgliedern Kujawa, Schauer und Hoff auf dem Tisch lag, in dem es heißt: *„Durch das Abstimmungsverhalten einer Minderheit von Delegierten wird eine Satzungsänderung behindert, durch*

Kujawa, Schauer und Hoff auf dem Tisch lag, in dem es heißt: „Durch das Abstimmungsverhalten einer Minderheit von Delegierten wird eine Satzungsänderung behindert, durch

die allein ein Verbleiben dieses Verbandes in der GEW (Bund) und damit im DGB gewährleistet wäre. Die Nein-Sager haben einen maßgeblichen Teil an Verantwortung mitzutragen, daß es zur Spaltung dieser Organisation kommt. Die Vertreterversammlung erklärt ihren ausdrücklichen Willen, daß alles getan werden muß, um zu gewährleisten, daß es nicht zu sinnlosen kräfteschwächenden Auseinandersetzungen kommt, sondern möglichst schnell erreicht wird, daß die größte Zahl der Berliner Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler in einer Organisation in der GEW im DGB organisiert ist... Der Geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß möglichst schnell eine Interessenvertretung der gewerkschaftlich organisierten Lehrer erfolgt, wie sie durch die Mehrheit dieser Vertreterversammlung repräsentiert wird."

Damit sollte dem Geschäftsführenden Vorstand ein Freibrief für die Gründung eines neuen Verbandes der GEW, der direkt dem Bundesvorstand unterstellt ist, ausgestellt werden. Kujawa *„forderte unterdessen die organisierten Lehrer auf, in möglichst großer Zahl in den neuen Landesverband einzutreten"* („FR", 27.8.) und *„forderte die Delegierten auf, ihr Mandat nicht niederzulegen und damit etwa denen vor die Füße zu werfen, die bereits auf das Vermögen der GEW hoffen"* („Berliner Morgenpost", 26.8.). Demagogisch werden dabei die Mehrheitsverhältnisse verdreht. Denn wenn sich auch 72% der Delegierten für die Übernahme ausgesprochen haben, geschah dies eben nicht in einer freiwilligen Entscheidung, sondern unter dem Druck, ansonsten aus der GEW ausgeschlossen zu werden. Wie groß die wirkliche Front der Gegner der Bundessatzung ist, zeigte eine Abstimmung auf einer Vertreterversammlung im April, als mit zwei Drittel Mehrheit vom Bundesvorstand ausgeschlossenen Kollegen das Gastrecht auf Delegiertenversammlungen gewährt wurde.

Diese Mehrheit lehnte auch die Spaltung auf der Vertreterversammlung ab. Entgegen dem Vorstandsantrag wurde beschlossen, daß *„die Vertreterversammlung ihren ausdrücklichen Willen erklärt, daß ... erreicht wird, daß die größte Zahl der Berliner Lehrer ... in der GEW im DGB b l e i b t"* (Hervorhebung AK). Die Passage, die den Linken die Verantwortung an einer Spaltung zuschiebt, wurde ganz gestrichen. Weiterhin wurde beschlossen, daß das Ergebnis der Vertreterversammlung innerhalb von 14 Tagen auf Mitgliederversammlungen diskutiert wird. Damit hatte der Vorstand eine weitere Niederlage erlitten.

Kein Beitritt zu Fristers Spaltergewerkschaft!

Die folgende Resolution ist für Betriebsgruppen und Mitgliederversammlungen gedacht. Sie wurde vom Koordinationsausschuß linker GEW-Mitglieder in Westberlin am 27.8.76 beschlossen.

Die Versammelten stellen fest:

Gemäß dem Beschluß der a. o. Vertreterversammlung der GEW-Berlin vom 25.8.76 hat sich die GEW-Berlin nicht aufgelöst. Das bedeutet, daß alle Organe der GEW-Berlin weiterhin bestehen und ihre Aufgaben erfüllen müs-

Berlin vom 25.8.76 hat sich die GEW-Berlin nicht aufgelöst. Das bedeutet, daß alle Organe der GEW-Berlin weiterhin bestehen und ihre Aufgaben erfüllen müssen.

Die beabsichtigte Gründung eines zweiten Berliner Landesverbandes betrachten wir als erneuten Spaltungsversuch von HV-Bund und GV-Berlin. Wir sehen darin einen weiteren Schritt zum Abbau der demokratischen Rechte, wie er sich über die Gewerkschaften hinaus gegenwärtig in der Gesellschaft vollzieht. Wir sehen darin auch den Versuch, über den Unvereinbarkeitsbeschluß hinaus einen großen Teil der Berliner Kollegen aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Demgegenüber werden wir die Gewerkschaftsarbeit auf allen Ebenen fortsetzen und an der Einheitsgewerkschaft festhalten.

Wir fordern alle Mitglieder auf, einem neugegründeten Verband nicht beizutreten.

Wir fordern die Zurücknahme der Kündigung der Mitgliedschaft der GEW-Berlin in der GEW und im DGB.

Außerordentliche Landesvertreterversammlung

versammlung

in Hamburg gefordert

In Hamburg wurde eine Unterschriftensammlung zur Durchführung einer außerordentlichen Landesvertreterversammlung über die Vorgänge in Westberlin durchgeführt. Innerhalb von zwei (!) Tagen wurden 500 Unterschriften gesammelt, so daß satzungsgemäß die außerordentliche Landesvertreterversammlung noch in diesem Monat stattfinden muß. Der Text der Unterschriftensammlung hat folgenden Wortlaut:

„Auf der Landesvertreterversammlung vom 25.8.76 haben die Delegierten der Westberliner GEW mit 109 zu 301 Stimmen bei 6 Enthaltungen der Übernahme der Bundessatzung und damit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht zugestimmt. Jetzt will der Hauptvorstand der GEW-Bund den gesamten Landesverband aus der GEW und dem DGB ausschließen. Durch Verschicken von Briefen an jedes Mitglied, in denen diesen kurzerhand die GEW-Mitgliedschaft aufgekündigt wird und es aufgefordert wird, in einen „neuen" Landesverband einzutreten, in dem von Anfang an die Bundessatzung gilt, versucht der Vorstand, die demokratisch getroffene Entscheidung der Westberliner Kollegen zu umgehen und ihnen die Spaltung aufzuzwingen.

Die Unterzeichnenden protestieren gegen dieses Vorgehen des Hauptvorstandes und beantragen nach § 17 der Hamburger Satzung die Einberufung einer a. o. LVV innerhalb von zwei Wochen, auf der der Hauptvorstand aufgefordert werden soll, die Entscheidung der Westberliner Kollegen zu respektieren und alle Maßnahmen zu unterlassen, die eine Auflösung oder Spaltung des Landesverbands bedeuten."

KBW – mit vollem Maul und leerem Kopf

Lange Zeit hindurch hatte sich der KBW für Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie kaum interessiert. Der damalige KBW-Fürst Maier hatte als „theoretische Begründung" dafür in einer Auseinandersetzung mit dem KB dafür angegeben: *„Man hat dabei* (mit dem Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie! – Anm. AK) *zugleich einen entschiedenen Schritt getan weg von Massenfragen* (!), *die mit der Politik der Gewerkschaften und dem Kampf gegen die Kapitalisten bestimmt sind, hin zu Fragen, für die normalerweise* (?!) *nur wenig Interesse besteht. Denn vor allem fragen die Arbeiter mit Recht* (!), *ob die Gewerkschaften ihnen was bringen und der gewerkschaftliche Zusammenschluß sie stärkt. Und dem bleibt die Frage nach der Demokratie im Verband lange Zeit untergeordnet"* („KuK", 1/75).

Diese kleinbürgerliche Position bestimmte im großen und ganzen tatsächlich lange Zeit die Praxis des KBW. So auch in der Westberliner GEW. Der KBW schenkte dem Kampf gegen die Übernahme der Bundessatzung kaum Beachtung – und wenn, dann nur, um der Klägergruppe in den Rücken zu fallen, die eine erneute Abstimmung gerichtlich erzwungen hatte: **„Dieses Gerichtsurteil (ist) ein schwerer Eingriff des bürgerlichen Staats in die Koalitionsfreiheit"** (Westberliner Ortsbeilage der „KVZ", Juni 76).

Urplötzlich entdeckt der KBW jetzt die Bewegung, um sich mit der ihm eigenen Art mit seinem (inzwischen gar nicht mehr so fetten) Hintern in die Nesseln zu setzen. *„Nach unserer Meinung besteht jetzt die Chance, eine Bewegung einzuleiten, die tatsächlich auf die Beseitigung dieser Unvereinbarkeitsbeschlüsse hinzielt"* („KVZ", 35/76). Dieses Herangehen zeigt wieder mal die Verlogenheit der KBW-Politik: Erstens wird ein vermeintlicher Umschwung in der Stimmung der Mitglieder konstruiert: *„Nachdem anfänglich in der Mitgliedschaft eine breite Strömung bestand, diese Satzungsreform hinter sich zu bringen und dann, die Ärmel hochgekrempelt an den weiteren Aufbau der Ge*

Fortsetzung von Seite 3

werkschaft zu gehen, sind diese Illusionen jetzt dahin" (s.o.). In Wirklichkeit war es gerade der KBW selbst gewesen, der diese Illusionen verbreitet hatte. Vor einiger Zeit hatte es sogar eine Selbstkritik des KBW gegeben, wo der Fehler zugegeben wurde, „*Satzungsfragen als hinderlich für die eigentliche* (!) *gewerkschaftliche Arbeit anzusehen*" („KVZ" 21/76). Das hindert den KBW aber nicht daran, diesen Fehler in der ihm eigenen Art elegant einer „breiten Strömung in der Mitgliedschaft" anzuhängen. Richtig ist daran allerdings, daß diese Haltung neben dem KBW auch von allen anderen Opportunisten (z.B. DKP/SEW)eingenommen wurde.

Gleichzeitig pöbelt der KBW gegen die GEW-Linke, die seit Jahren im Kampf gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie steht, ihre Anstrengungen würden eben nicht „*t a t s ä c h l i c h auf die Beseitigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hinzielen*". So wird der KB mit dem völlig aus der Luft geholten Vorwurf angepinkelt, er wolle die Westberliner Vorgänge lediglich „*scharf diskutieren*", sonst aber nichts tun.

Hemmungslos werden auch die Genossen des Sozialistischen Büros vom KBW angegriffen, die in Wirklichkeit „*nahe Verwandte Fristers*" seien („KVZ" 35/76) und „*gern seinen Posten anstreben*" würden, um als ein „*um 20 Jahre verjüngter ‚Erich'* " Karriere zu machen (Flugblatt des Westberliner KBW, 25.8.76). Für diese Vorwürfe wird nicht der leiseste Anflug eines Beweises ins Feld geführt (z.B. erwähnt der KBW den umstrittenen Versuch von SB-Genossen, einen Kompromiß in der Satzungsfrage zu finden, mit keinem Wort).

Die ‚glänzende Idee', die der KBW jetzt vorlegt, um die „*Unvereinbarkeitsbeschlüsse schwer anzuschlagen (?) und damit einen Haltepunkt der Sozialdemokraten zu zerbrechen*", lautet, „*unverzüglich und unbeirrt auf die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung der GEW hinzusteuern*". Unbekümmert schüttelt der KBW alle Argumente, die gegen dieses Vorgehen sprechen, ab:

- **daß es eben gerade die Bundesvertreterversammlung war, die die Bundessatzung und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ohne nennenswerten Widerstand absegnete;**
- **daß die Mehrheit der Bundesdelegierten nicht gewählt, sondern von den Vorständen schlicht ernannt wird;**
- **daß – wie die Erfahrung aller Gewerkschaftstage, Kongresse etc. zeigt – diese Versammlungen von vornherein durch eine gesicherte Mehrheit der Gewerkschaftsführer bestimmt sind;**
- **daß es den Linken daher darum geht, diesen Organen jede demokratische Legitimation abzusprechen, anstatt sie aufzuwerten etc.**

Dies alles sei „*naiv bis auf die Knochen*" („KVZ", 35/76). Denn auch der KBW geht offenbar nicht davon aus, daß eine d e m o k r a t i s c h e Delegierten-Mehrheit auf der Vertreterversammlung erreicht werden könnte. Die Sache ist viel „einfacher": „*Wenn es gelingt, die gegenwärtig politisch zerklüftete Opposition gegen die Sozialdemokratie im Begehren und bis zum Begehren einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung zusammenzufügen, so wird die B o u r g e o i s i e* (!) *und der Sozialdemokratenklüngel, der für die Kontrolle des DGB zuständig ist, dem windigen Erich* (gemeint: Frister – Anm. AK) *keinen Dank wissen. Er wird dann untragbar*" („KVZ", 35/76).

Nein, daß wir nicht selbst auf diesen höchst einfachen Schluß gekommen sind! Die Logik des KBW ist wieder einmal umwerfend:

„*Die Entwicklung der imperialistischen Gesellschaft hat aus den beamteten und verantwortlich handelnden Lehrern Lohnabhängige gemacht, keine Macht der Welt kann verhüten, daß sie sich dementsprechend verhalten*". Frister hat daher eine unverzeihliche Dummheit begangen: „*Das Projekt, nicht ganz zehn Prozent der Mitglieder der GEW, noch dazu in einem Landesverband zusammengeschlossen, aus der Gewerkschaft zu entfernen, läßt darauf schließen, daß Erich Frister den Klassenkampf mit dem Feld der Behördenintrige, die er als bewährter Schulrat beherrschen mag, verwechselt. Es ist eine windige Vorstellung*" („KVZ", 35/76).

Die Aufgabe der Linken besteht also darin, der Bourgeoisie diese Dummheit nachhaltig klar zu machen, dann wird diese Frister und mit ihm den gesamten Bundeshauptausschuß (höchstes Organ der GEW zwischen den Bundesvertreterversammlungen)„*fallen lassen wie eine heiße Kartoffel.*" In dieser Globalvision sind kleinkarierte Überlegungen wie z.B. Mehrheitsverhältnisse auf der Bundesdelegiertenversammlung etc. natürlich „*naiv bis auf die Knochen*". So gebührt dem KBW zweifellos das Verdienst, den „Marxismus" in einer Weise „weiterentwickelt" zu haben, daß er mit der Realität rein gar nichts mehr zu tun hat.

Spaltung ist nach dieser Logik einfach unmöglich. Wobei der Grund für die zahlreichen Spaltungen der Gewerkschaftsbewegung durch die Sozialdemokratie einfach daran liegt, daß vor dem KBW noch niemand die Dummheit eines solchen Vorgehens erkannt hat. Windig, windig ...

Dieser Logik entspricht es, daß der KBW in einem Flugblatt für die Westberliner Vertreterversammlung vom 25.8. kühn verkündete, Frister werde eine Spaltung nicht wagen. Sodann: „*Wagt er dennoch die Neugründung eines Berliner Verbandes, werden wir Lehrer öffentlich erklären, kollektiv hineinzugehen; es sind dieselben Lehrer, dieselben sozialen und politischen Interessen. Für Frister ist damit nichts erledigt. Er hat die Verantwortung der Spaltung gegen die Stimmen aller fortschrittlichen Lehrer*".

Schade nur, daß unter „denselben Lehrern" in dem Spalterverband gerade die Linken fehlen werden, weil Frister wieder mal so „windige Vorstellungen" hat, sie nicht hereinzulassen, wobei es ihm bei der Zahl der Abgelehnten auf eine Null mehr oder weniger nicht ankommt.

Mit genau dieser Linie („bei einer Spaltung ist für die Gewerkschaftsführer nichts erledigt") hat es der KBW bereits einmal geschafft, die linke Opposition eines ganzen Landesverbandes praktisch zu zerschlagen. In Bremen hatte es 1973 eine reaktionäre Abspaltung der GEW gegeben, die vom Bundesvorstand als zweiter Landesverband anerkannt wurde, jedoch zahlenmäßig niemals auch nur annähernd die Stärke des alten, weiterbestehenden Landesverbandes erreichte. „Um der Einheit willen" gab es im Dezember 1974 eine Wiedervereinigung der beiden Verbände, wobei die Bedingungen von den Reaktionären diktiert wurden. Grundlage: Die Anerkennung der Mainzer Bundessatzung mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Diese Vereinheitlichung wurde e i n s t i m m i g von der Bremer Landesvertreterversammlung beschlossen – also mit den Stimmen des KBW, gegen dessen Genossen bereits die ersten Ausschlußverfahren liefen! KBW-Fürst Maier nahm dem Frister sogar galant die Arbeit ab, indem er seinem Ausschluß durch einen freiwilligen Austritt zuvorkam!

In der Folgezeit räumte der KBW kampflos alle Positionen, die er im alten Verband errungen hatte, um erst einmal „an der Basis zu arbeiten". Damit war für die Gewerkschaftsführer immerhin soviel „erledigt", daß eine ehemalige linke „Hochburg" in kürzester Frist zerschlagen war. Der KBW, der von den Linken voll für diese verheerende Politik verantwortlich gemacht werden muß, propagiert jetzt erneut die Kapitulation und den bedingungslosen Übertritt in die „neue" Westberliner GEW mit der verbrecherischen Zusage, im neuen Verband würde sich dadurch „nichts ändern". Einig ist er sich damit mit den Revisionisten und „linken"Sozialdemokraten, wobei letzteren im Unterschied zum KBW immerhin noch zugebilligt werden muß, sich – subjektiv ehrlich oder nicht – für eine Lockerung der Aufnahmebestimmungen in den Spalterverband einzusetzen, woran der KBW bisher noch gar nicht gedacht hat.

Dem KBW ist zu bescheinigen, daß er wirklich sehr wortstark gegen Frister auftritt, daß er überdies systematisch jede linke Opposition gegen Frister & Co. wüst anpöbelt – daß er aber selbst bestens als Fristers verlängerter Arm in der GEW wirkt, indem er jetzt den Übertritt in dessen Spalter-Gewerkschaft propagiert.

Eine Antwort auf die Frage, ob es sich bei dieser für die Linken selbstmörderischen Politik des KBW tatsächlich um Z u f a l l handelt, wird sicherlich nicht allzu lang auf sich warten lassen. Für die Linken ist es allerdings eine Existenzfrage, diese objektiven Provokateure der Gewerkschaftsführer vollständig zu isolieren.

Schmiergeldpraktiken in der BRD-Wirtschaft

Wer nicht schmiert, der verliert

Nur durch Zufall kam es heraus: Beamte des zuständigen Bauamtes liessen sich ihre Betriebsausflüge von potenten und interessierten Tiefbauunternehmen finanzieren. Vom öffentlichen Interesse an diesem „Mini-Lockheed-Skandal" alarmiert, beeilte sich Dienstherr Dr. Rolf Bialas zu versichern, er werde auch der letzten Flasche Wein nachgehen. Ungerührt von solchem Arbeitseifer kommentierte ein Hamburger Unternehmer: „*So naiv kann der doch gar nicht sein. In dieser Branche läuft hier kein einziges Geschäft, ohne daß handfest gezahlt wird.*"

Ohne diesen Fall herunterspielen zu wollen, gilt es klarzustellen, daß diese Affaire getrost zu den „kleineren Fischen" gerechnet werden kann. Immerhin läßt sich aber erahnen, was tatsächlich hinter den nahezu undurchdringlichen Kulissen geschoben und geschmiert wird.

In seiner August-Ausgabe lüftet das „manager-magazin" den Mantel der Diskretion an einem Zipfel und läßt Kapitalisten und „Branchenkenner" aus der Schule plaudern. So kennzeichnet einer dieser „Insider" die Situation in der Druckfarbenindustrie: „ ‚*So etwa seit 1972 herrscht bei uns das Gesetz des Dschungels.' Bis dahin hatten fünf große Hersteller – Concentra GmbH, Gebr. Hartmann und Gebrüder Schmidt aus Frankfurt, Huber aus München, Kast + Ehinger, Stuttgart und das Siegburger Siegwerk – den Markt der etwa 13.000 deutschen Druckereien unter sich aufgeteilt. – Dann versuchte Kast + Ehinger – nach dem Erwerb durch BASF – seinen Marktanteil auszudehnen und sich zum Marktführer aufzuschwingen. Seither gehören Korruptionstechniken zum Management-Instrumentarium der Branche. (...) 5.000 bis 10.000 Mark im Jahr sind der Satz für einen Betriebsleiter, besonders wichtige Kunden streichen gar 40.000 bis 50.000 Mark ein. (...) ‚Drei bis fünf Prozent vom Umsatz gehen für Bestechung weg'.*"

Nicht weniger harte Bandagen bestimmen das Geschäft im Einzelhandel. Jürgen Engelmann, Prokurist einer Spirituosen-Im- und Export-Firma, klagt dem „manager-magazin" sein Leid: „*In etwa 40 Prozent aller Fälle muß ich rechtswidrig je nach Umschlagsgeschwindigkeit 100 bis 500 Mark je laufenden Regalmeter zahlen, um meine Produkte in Super- oder Verbrauchermärkten überhaupt unterzubringen.*" Und „mm" ergänzt: „*Das ist vergleichsweise wenig zu jenen 500 00 Mark, die ein mittelständischer Nahrungsmittelfabrikant (Umsatz 120 Millionen Mark) an einen Verbrauchermarkt zahlen muß, nur um weiterhin liefern zu dürfen.*" Es versteht sich von selbst, daß diese Zusatzkosten auf die Verkaufspreise abgewälzt werden. Dr. Marcel Kisseler, Vorstandsmitglied eines „Vereins gegen Bestechung" , schätzt: „*Um sechs bis zehn Prozent sind die Verbraucherpreise generell durch unlautere Machenschaften überhöht.*"

Dr. Kisseler: „*In manchen Branchen gibt's keinen, der noch keine Weltreise hinter sich hat.*" „mm" weiß zu berichten, daß Manager im Elektrogroßhandel „*gerichtsnotorisch*" mit 1.000 Mark Reisekosten auf 15.000 Mark Umsatz kalkulieren. Und: „*Vorstandsmitglieder auch größter Bauträger, die sich Villen im OR-Geschäft (ohne Rechnung) errichten lassen, ((muten) schon recht konventionell an. Aber auch hier kann die Vorstellungswelt mit der Realität kaum Schritt halten.*"

„mm" gibt eine Liste betroffener Branchen an: Bauwirtschaft, Handel, Seehafenwirtschaft, Rüstungswirtschaft, die gesamte Exportbranche, Auskunfteien, Versicherungen und das Geschäft mit industriellen Reinigungsmitteln. Man kann aber getrost davon ausgehen, daß es in der gesamten BRD-Wirtschaft keine Branche gibt, in der nicht derartige „Verkaufsförderungsmaßnahmen" angewandt werden.

Wie's gemacht wird – und wie's vertuscht wird

Ganze 23 Verfahren hatten westdeutsche Gerichte 1974 in Sachen Bestechung zu verhandeln. 13 davon wurden – meist aus Mangel an Beweisen – wieder eingestellt. Diese Zahlen veröffentlichte das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Welche Ausmaße die verursachten Schäden (bzw. die Verdienste der Nutznießer) haben, lassen folgende Zahlen aus dem Untersuchungsbericht erahnen: In 18 recherchierten Fällen wurde ein Schaden von 10,7 Mio. Mark errechnet. Die vom Institut erfaßte Wirtschaftskriminalität (d.h. Steuerhinterziehung, Konkursdelikte, Betrug etc.) wird mit 1,7 Milliarden angegeben (ohne „Dunkelziffer").

„*Die Bundesrepublik dürfte heute mit ihrer Wirtschaftskriminalität an der Spitze stehen*", vermutet der Bamberger Staatsanwalt Rudolf Grasse. Und sein Kollege Walter Eitel aus Stuttgart konkretisiert, seit 1971 sei durch Wirtschaftskriminalität ein Schaden von ca. 50 Milliarden Mark (!!!) entstanden (Angaben nach „Extra-Dienst", 4.5.76).

Indes, das „Geschäft mit dem Geschenk" – ohnehin von juristischen Hürden kaum angefochten – floriert, wuchert. „*Man zahlt mit Bar- oder Verrechnungsscheck und bucht über Gehaltskonto der Vertreter oder ein Konto Sonderspesen beziehungsweise über ‚Provisionen'. (...) Scheint erhöhte Geheimhaltung dennoch ratsam, wird über Geschäftsleitungskonto gebucht, was zumindest intern den Kreis der Wissenden einschränkt – oder gleich falsch belegt. Zum Beispiel wird die Bestechungshandlung kaschiert, indem der Empfänger als Vertreter eingesetzt oder eine Berechtigung auf Schadensersatz aus fingierten Schäden vorgetäuscht wird. Um die Sache perfekt zu tarnen, werden gar bei Lieferung ganzer Anlagen Schäden tatsächlich einprogrammiert und dann kulant reguliert.*"

Entsprechend den fetteren Summen und erhöhtem Risiko wird gründlicher geplant, wenn es gilt, um die Milliardenetats Verteidigung, Forschung und Post zu pokern, wenn es um die Bestechung hoher und höchster Beamter geht. Sofern diese nicht eh schon Beauftragte der jeweils interessierten Industrie sind – wie kürzlich bekannt wurde, rekrutiert das Bundesforschungsministerium z.B. die Mitglieder des Ausschusses, der das letzte Wort über die Vergabe der Forschungsaufträge spricht, aus Konzernen, die sich an diesen Aufträgen dann die berühmten goldenen Nasen verdienen – unter diesen Beamten findet der Lobbyist sein Betätigungsfeld. „mm" läßt den früheren Koblenzer Staatsanwalt Werner Hempler von seinen Erkenntnissen berichten: „*Schwere Korruption ist echte Generalstabsarbeit. Das beginnt damit, daß sich der Lobbyist entweder von Freunden oder Privatdetektiven über Charaktereigenschaften, Leidenschaften, Hobbys, Krankheiten, Familien- und Vermögensstand der Schlüsselbeamten eingehend informiert wird und sich langsam in ihr Vertrauen einschleicht. – Vorsichtig dosierte Zuwendungen, wie Einladungen und Bewirtungen, Geburtstags- und Feststagsgratulationen, die preisgünstige Beschaffung von Bedarfsgütern, ein Blumenstrauß, ein kleines Werbegeschenk, die Kiste Wein, der gemeinsame Nachtbummel, der Leihwagen, sind die Stufen der Entwicklungen ...*" Und „mm", das es wissen muß, ergänzt: „*Am Schluß steht die massive Geldzuwendung*". Offenherzig vermerkt „mm" was jeder MdB entrüstet von sich weist: daß „... *nahezu jeder Parlamentarier in seinen Interessen eindeutig festgelegt (auf deutsch: bestochen) ist und Abgeordnetenbestechung kein Delikt ist.*"



Von diesen Abgeordneten wirksame Gesetze gegen Wirtschaftskriminalität im allgemeinen und Schmiergeldpraktiken im besonderen zu erwarten, hieße zu verlangen, daß das Huhn das Gackern läßt.

Schmiergeld-Schiebereien – vom Staat begünstigt und gefördert

Ganz im Gegenteil wird von staatlicher Seite die Bestechung in der Wirtschaft weitgehend gedeckt bzw. ganz unverhohlen unterstützt. Es ist allgemein bekannt, daß die Ressorts der Finanzämter, die die Verfolgung von Wirtschaftsstraftaten zur Aufgabe haben, chronisch unterbesetzt sind. Vielmehr ist ein ganzes Heer von Finanzbeamten aufgeboten, um die von den Arbeitern eingereichten Anträge auf Lohnsteuerjahresausgleich durchzuforsten, damit bloß nicht ein Paar Arbeitssocken zuviel abgesetzt werden.

Vor allem aber kommt die Rechtslage Schmierern und Geschmierten sehr weit entgegen: das Steuergeheimnis ist in diesem „Rechtsstaat" ein außerordentlich hochgestelltes Rechtsgut, so daß Finanzbeamte z. B. bei kriminalpolizeilichen Ermittlungen nicht zur Amtshilfe und zur Preisgabe ihrer Erkenntnisse über unsaubere Geschäfte angehalten sind; sie sind lediglich darauf ausgerichtet, daß der Gewinn aus derlei Geschäften ordnungsgemäß versteuert wird.

Zudem ist Angestellten-Bestechung hierzulande kein Offizialdelikt, d. h. es wird davon ausgegangen, daß an einer Strafverfolgung kein „öffentliches Interesse" besteht. Die Ermittlungsbehörden werden erst tätig, sobald eine Anzeige vorliegt. Lediglich wenn Beamte verwickelt sind, entsteht juristisch ein „öffentliches Interesse", das den Staatsanwalt zu Ermittlungen nötigt. Die Zuhälterei des Staates ist offensichtlich.

Angesichts dieser Tatsachen ist die lächerliche Ausbeute der Gerichte nicht im geringsten verwunderlich, obwohl z. B. Ministerialrat Harro Muuss, der im Bundesfinanzministerium für Betriebsprüfungen zuständig ist, ganz unverblümt feststellt: „*Mindestens bei jeder zweiten Betriebsprüfung finden wir Indizien.*"

Doch der Staat begnügt sich nicht damit, dem verbrecherischen Treiben tatenlos zuzusehen und daran mitzuverdienen. „mm" dokumentiert die aktive Förderrolle des Staates: „*Damit der Abzug von Schmiergeldern als Betriebsausgabe möglich wird, geben die Finanzämter sogar Buchungstips. So in einem speziell in Hamburg für die Seehafenwirtschaft edierten Erlaß: ‚Es empfiehlt sich, für Schmiergelder besondere Konten anzulegen und in diese Hinweise auf die mit ihnen zusammenhängenden Geschäfte aufzunehmen.*"

Kommentar überflüssig!

(Angaben und alle nicht besonders ausgewiesenen Zitate aus manager magazin, August 1976)

Drei Jahre Faschismus in Chile

Die BRD immer an der Seite der Junta

Mit zunehmender Abnahme der internationalen Proteste gegen die faschistische Militärjunta betonen die Imperialisten immer offener und unverhohlener ihre Zusammenarbeit mit dem Pinochet-Regime; Höhepunkt der internationalen Aufwertung der Junta war zweifellos die OAS-Konferenz in Santiago de Chile und der Besuch des amerikanischen Finanzministers Simon kurz vor dieser Konferenz; es war der erste Besuch eines imperialistischen Politikers im Ministerrang in Chile seit dem Putsch. Die führende Rolle des US-Imperialismus bei der fortwährenden Unterstützung des Regimes nach dem Putsch und die Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte v o r dem Putsch hat das faschistische Regime in Chile seitdem vor dem Bankrott bewahrt.

Nur durch die massive wirtschaftliche und militärische Hilfe der imperialistischen Staaten konnte die Terrorherrschaft aufrechterhalten werden. Der Anteil, den der BRD-Imperialismus daran geleistet hat, ist beträchtlich; er ist hinter den USA der zweitstärkste Handelspartner dieses Regimes. Verantwortlich dafür ist vor allem die SPD-Regierung, die unter dem Deckmantel der „internationalen Entspannung" die Wirtschaftshilfe und Kreditvergaben an Chile – im Vergleich zur Allende-Regierung – noch weiter g e s t e i g e r t hat!

Westdeutsches Kapital zu Chile: Putsch begrüßt

Die westdeutsche Kapitalistenklasse hat den Putsch begrüßt. In Erinnerung gerufen sei der Brief der Hoechst-Niederlassung in Chile gleich nach dem 11.September 1973, wo es heißt: *„Der so lange erwartete (!) Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Wir sind der Ansicht, ... daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde. Chile wird ... ein interessanter Markt sein."* Die BRD bezieht vor allem Kupfer aus Chile. Einer der Hauptabnehmer ist die „Duisburger Kupferhütte" und die „Norddeutsche Affinerie" in Hamburg. Die enge Zusammenarbeit auf diesem Sektor kommt auch zum Bau eines Gießdrahtwerkes in Emmerich unter 40%iger chilenischer Beteiligung seitens der staatlichen CODELCO zum Ausdruck.

Die SPD – von Anfang an auf der Seite der Faschisten

Bereits während der UP-Zeit war die SPD-Regierung gegen die Unidad Popular aktiv; so sperrte die SPD-Regierung der UP-Regierung die Kredite, um gleich nach dem Putsch 100 Mio. DM Schulden der Junta zu stunden! Während der UP-Zeit lieferte die BRD auch zahlreiche Waffen an die Konterrevolution, mit der diese dann Tausende von Arbeitern ermordete. In der Zeit von 1970-1973 waren dies 840 Schnellfeuergewehre, 500 Maschinengewehre, 117 MP's sowie 741.000 Gewehrpatronen! (AK 49, Sept. 1974).

Deutsche Mord- und Folterexperten standen und stehen ebenfalls im Dienste der Junta:

- Walter Rauff, früher einer der engsten Mitarbeiter Adolf Eichmanns und an den Massenmorden in den Nazi-KZ's beteiligt, ist noch heute Folterchef der chilenischen Gestapo DINA!
- Christian Ackerknecht war Militärbefehlshaber der Bergbauprovinz o'Higgins und für zahlreiche Morde an chilenischen Arbeitern verantwortlich. Dieser Faschist wurde – obwohl in Chile geboren und aufgewachsen – an der Führungsakademie der Bundeswehr in Blankenese ausgebildet, genauso wie
- Oberstleutnant Kraushaar, der nach einer Lobrede vor begeisterten Bundeswehr-Offizieren zu Pinochet fuhr, um ihn bei seiner Henkersarbeit zu unterstützen.

Die Umschuldungsverhandlungen – die SPD war immer dabei

Schon von Anfang an stand der BRD-Imperialismus Seite an Seite mit den USA, wenn es darum ging, Schulden der Junta zu stunden oder großzügige Kredite zu gewähren.

Bereits im Juli 1974 ist zwischen der westdeutschen Regierung und der Junta ein neues „Umschuldungsabkommen" vereinbart worden, in dem den Faschisten laufende Rückzahlungsverpflichtungen gestundet wurden. Ferner beschloß die „Weltbank" (wo sämtliche imperialistischen Länder vertreten sind), die *„Geschäftsbeziehungen zu Chile wieder zu normalisieren"*. Folge: 21,5 Mio. DM Kapitalhilfe flossen seitens der SPD-Regierung in die Taschen der Junta. Um einen weiteren Kredit von 45 Mio. DM vorzubereiten, reiste SPD-Wischnewski am 16. November 1974 nach Chile.

Ende März 1975 kam es erneut zu Umschuldungsverhandlungen im „Pariser Klub" (Zusammenschluß der Gläubigerländer Chiles) über die Aussetzung der Auslandsschulden Chiles, die sich auf 3,8 Milliarden Dollar belaufen („Neue Züricher Zeitung", 25.3.75). Da zwischen den imperialistischen Ländern keine Einigung erzielt werden konnte – Länder wie Holland, Schweden, Dänemark usw. stießen auf innenpolitische Schwierigkeiten – trat die BRD-Regierung in *„bilaterale Verhandlungen"* mit der Junta, um *„die letzten technischen Einzelheiten"* zur Stundung der Kredite zu klären („Frankfurter Rundschau", 7.6.75).

Heraus kam dabei, daß „Chile faktisch einen Kredit von rund 720 Mio. Dollar (umgerechnet 1,73 Milliarden DM !!!) eingeräumt erhielt, mit einer Laufzeit von mindestens 7 Jahren". („FR", ebenda.)

Gleichzeitig erhielt die Junta von der SPD-Regierung *„günstigere Konditionen als 1972 die Volksfront-Regierung Salvador Allendes"*. Ohne die Kredite der USA und der SPD-Regierung wäre das chilenische Regime zweifellos längst zusammengebrochen.

Im Rahmen der internationalen „Salonfähigkeit" der chilenischen Faschisten reisten am 3.7.76 Staatsminister Moersch vom Auswärtigen Amt und der ehemalige Chile-Botschafter Lahn nach Chile. Bei dem ersten offiziellen Besuch einer westdeutschen Regierungsdelegation seit dem Putsch, erklärte Moersch nach einem Gespräch mit Pinochet, die *„chilenische Wirtschaftspolitik habe sich als erfolgreich erwiesen"* („FAZ", 7.7.76). Bei den Gesprächen ging es um weitere Kredite und um Kupferlieferungen.

Chile-„Solidarität" a la SPD...

Die SPD-Bundestagsfraktion beschloß gleich nach dem Putsch, am 17. September, in einer Erklärung: *„Jede Hilfe, die als Billigung oder Unterstützung des Militärregimes verstanden werden kann, muß unterbleiben. Die Fraktion fordert die Bundesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um zur Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen"*. Soweit ihre W o r t e.

Wenig später jedoch gab die Bundesregierung eine Begründung heraus, warum sie Kredite an die chilenische Junta liefert: *„Regierungswechsel auf Geber- und Nehmerseite haben bisher noch nie Einfluß auf deutsche Entwicklungshilfezusagen gehabt, unabhängig ... von den damit verbundenen politischen Richtungsänderungen"*. (AK 52, Nov. 1974).

Auch die Bundestagsfraktion der SPD, die soeben noch die Bundesregierung aufrief, zu *„demokratischen Verhältnissen beizutragen"*, e m p f a h l der Bundesregierung eine Umschuldung bei den Verhandlungen des „Pariser Klubs". Um die offene Unterstützung für Pinochet zu kaschieren, fügte sie nur hinzu, der Junta *„härtere Bedingungen"* zu stellen.

Bei einem Treffen der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas und Lateinamerikas im April dieses Jahres – Herr Brandt und Herr Kreisky waren auch dabei – fehlte in der Abschlußresolution die Verurteilung der chilenischen Junta völlig!

Auf der gleichen Welle liegen auch die propagandistischen Unterstützungen der Junta im eigenen Land; die „Presseabteilung Bonn" der Bundesregierung gibt regelmäßige „Chile-Dokumentationen" zusammen mit der chilenischen Botschaft heraus, in denen Pinochet gefeiert und die Zustände in Chile in den schillerndsten Farben gemalt werden.

Jüngstes Beispiel der offenen Unterstützung der Faschisten sind die Lieferungen von sechs Kampfhubschraubern der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm über Schweizer Kanäle an die Junta! („tat", 9.8.76).

Die Behandlung von chilenischen Flüchtlingen seitens der SPD-Regierung ist besonders schweinisch; bevor chilenische Flüchtlinge überhaupt einreisen dürfen, werden sie vom Verfassungsschutz überprüft, ob sie ein „Sicherheitsrisiko" seien oder nicht. Ferner leben die in der BRD eingereisten Chilenen in Ghettos unter menschenunwürdigen Bedingungen. Eine brasilianische Genossin beging wegen dieser schweinischen Bedingungen in der BRD Selbstmord.

Es sei an dieser Stelle erneut auf den Fall von Gladys Diaz hingewiesen, die seit über 2 1/2 Jahren von den Faschisten gefangengehalten und schwer gefoltert wurde! Ihr Sohn ist zur Zeit in psychiatrischer Behandlung und völlig kaputt, weil er die Folterungen seiner Mutter mit ansehen mußte! Zu einer Genossin, die physisch wie psychisch von den faschistischen Schergen Pinochets systematisch ruiniert wurde, meint Herr Wischnewski (SPD) nur, sie stelle ein „Sicherheitsrisiko" dar. Falls Gladys Diaz, die Ende Juli dieses Jahres wieder spurlos verschwunden ist, trotz zweier Ausreisevisa in die BRD ermordet wird, geht dies auf das Konto der SPD-Regierung, die eine Ausreise schon längst hätte ermöglichen können!

„Modell Deutschland"...

„Modell Deutschland"...



... und „Modell Chile"

SPD bekämpft Chile-Solidarität

Die SPD-Regierung tut alles, um die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand in der BRD zu bekämpfen. Dies tut sie durch Repressionsmaßnahmen gegen Genossen in der BRD, die aktiv an der Chile-Solidarität arbeiten. Bisher sind zwei Methoden bekannt geworden:

1. Im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung werden Chile-Komitees als *„linksextremistische Sekundärorganisationen"* bezeichnet. Beweis: *„... die von den Komitees propagierte Solidarität mit Chile ... bezweckt allein die Solidarität mit den chilenischen Kommunisten..."* (Schreiben der Bundesregierung vom 4.5.76). Im Gefolge dieses Berichtes wurden Mitglieder von Chile-Komitees mit Berufsverboten belegt. Der Hinweis auf Mitarbeit im Komitee reicht in der BRD den Behörden, um die Lebensexistenz junger Demokraten zu zerstören!
2. Ein baden-württembergisches Gericht v e r b o t eine Geldersammlung für den chilenischen Widerstand, da von diesem Geld auch Waffen gekauft werden „könnten". Dies würde die Beziehungen der Bundesrepublik zu Chile „belasten"! (AK 87).

CDU/CSU: Nach der Parole „Faschismus statt Sozialismus" herzliche Beziehungen zur Junta !

Die CDU/CSU unterstützte und finanzierte nachweislich den faschistischen Putsch in Chile sowie dessen Vorbereitungen; bereits 1964, dann 1967 und 1970 unterstützte die CDU/CSU die chilenische „Bruderpartei" unter Frei finanziell, um den Wahlsieg der linken und reformistischen Parteien zu verhindern. Eine Schlüsselfigur ist dabei zweifellos Heinrich Gewandt, der nicht nur bei schmutzigen Rüstungsgeschäften („Alpha Jet") mitmischte. Gewandt selber war es, der die CDU- und Kapitalistengelder nach Chile überbrachte. Schon bei den März-Wahlen 1973 war Gewandt in Chile, zur Zeit des Boykotts der reaktionären Transportunternehmer, der Hungerkatastrophen in den städtischen Zentren provozieren sollte. Schon damals wurde in chilenischen Zeitungen die Vermutung laut, Gewandt trage mit dazu bei, daß die Transportunternehmer – mit Auslandsgeld gut versorgt – den Verkehr und Nachschub lahmlegen konnten.

Ein Jahr nach dem Putsch enthüllte der ehemalige chilenische General Prats – kurz darauf wurde er in Argentinien ermordet! – daß CIA-Gelder zur Finanzierung von Allendes Gegnern auf dem Weg über westeuropäische christdemokratische Parteien geflossen seien, darunter auch Gelder für den Boykott der Fuhrunternehmer! (AK 54, Januar 1975).

Neuer Propagandafeldzug der CDU für die Junta !

Der CDU - „Deutsch-Chilenische Freundeskreis e.V.", dem u.a. die CDU-Bundestagsabgeordneten von Kühlmann-Stumm, Gewandt, Mende und Horstmeier angehören, plant im nächsten Jahr eine Propagandareise nach Chile, um das Ansehen der faschistischen Junta aufzupolieren. Ca. 300-400 Reaktionäre und Faschisten – „einflußreiche Persönlichkeiten" – sollen unter dem Vorwand, die *„kulturellen Beziehungen mit den deutsch-stämmigen Chilenen zu fördern"*, Herrn Pinochet besuchen. (Die Zitate sind aus einem Memorandum des chilenischen Konsuls für Bayern und Baden-Württemberg, Fritz Bohmüller, in „Frankfurter Rundschau", 25.5.76). Bohmüller schreibt in diesem Papier: *„Chile wird durch die seit dem 11. September 1973 andauernden Hetzkampagnen der politisch links eingestellten Presse ... nach wie vor sehr negativ beurteilt ... Zeitungsartikel über unbegründete Verhaftungen und Folterungen ... sind an der Tagesordnung. Die Bundesregierung ist nach wie vor Chile gegenüber negativ eingestellt..."*.

Faschist Bohmüller will „Begegnungen" mit den chilenischen Faschisten arrangieren, die *„zweckmäßigerweise (!) auf einer unpolitischen (!) Ebene stattfinden, um nicht sofort starken Widerstand sozialdemokratischer und anderer linker Kreise hervorzurufen"*. Ein „unpolitischer" Charakter der Reise macht sich immer gut, damit diese Reaktionäre unverhohlener in der BRD ihren Lügendreck ausschütten können. Es sei daran erinnert, daß die Erzreaktionäre Heck und Wohlrabe nach ihrer Chilereise kurz nach dem Putsch einen „positiven Eindruck" hatten und das Leben der KZ-Häftlinge „bei sonnigem Frühlingswetter im Stadion von Santiago als recht angenehm" empfanden.

Mitwirken an diesem Faschistentreffen sollten auch die „Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V." (VDA), „Lions Clubs", „Rotary Clubs". Ferner hat man auch an die faschistischen „Deutschen Burschenschaften" gedacht. (Die erst vor kurzem eine Reise nach Chile unternahmen und anschließend in der BRD kübelweise Lügen über die Situation in Chile verbreiteten – siehe dazu ARBEITERKAMPF Nr. 77).

Bohmüller schlägt zur Vorbereitung die *„Bildung eines Aktionskomitees"* vor. *„Hierfür haben sich bereits der Unterzeichnende sowie die Herren Professoren Dr. Bossle, Dr. Aschenauer (VDA), Kurt Wandel, Kempten und andere zur Verfügung gestellt... Wegen Finanzierungsbeihilfen sollen Verhandlungen mit Stiftungen, insbesondere der Hans-Seidel-Stiftung (CSU) in München aufgenommen werden"*. Die CDU-„Konrad-Adenauer-Stiftung" hatte schon mehrfach Seminare in Verbindung mit der Katholischen Universität in Santiago finanziert (siehe AK Nr. 62).

Bohmüller ist sehr zuversichtlich: *„Mehrere Bundestagsabgeordnete sowie einige Minister der Bayerischen Staatsregierung und leitende Beamte haben ihr Interesse...zum Ausdruck gebracht."*

Die bislang an diesem Unternehmen beteiligten Herren sind keine Unbekannten:

1. Heinrich Gewandt, CDU, unter den chilenischen Faschisten bekannt und beliebt als „der Dicke mit dem Geld", besuchte bereits mehrmals Pinochet und sprach seinen Respekt vor den „Leistungen" des Terrorregimes aus. Gewandt ist ferner Leiter der erzreaktionären „Konrad-Adenauer-Stiftung" und Präsidiumsmitglied des „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises" – ebenso wie sein Kumpan

2. Freiherr von Kühlmann-Stumm, der in Chile über einen Großgrundbesitz von 5.600 ha verfügt (eine Ausdehnung wie eine Stadt mit 100.000 Einwohnern!).

3. Professor Bossle, Lehrstuhlinhaber an der Fachhochschule für Pädagogik in Lörrach, CDU-Mitglied, Referent beim CSU-Parteitag in München 1975. Berüchtigt ist seine faschistische Rede im „Clube Manquehue" in Santiago, in der er u.a. Allende mit Hitler verglich: beide, *„als sie die Macht einmal erreicht hatten, hatten ihren Weg mit einer verfassungsmäßigen Täuschung begonnen... Man kann behaupten, daß der Beginn des Weges von Hitler und derjenige von Allende absolut gleich (!) waren"*. Dieser Faschist hat ein ganzes Buch unter dem Titel „Allende – ein sozialistischer Hitler?" geschrieben (siehe AK 67).

Die CDU/CSU-Reaktion befindet sich bei dem geplanten Besuch unter Gleichgesinnten. Die meisten deutschstämmigen Chilenen besitzen riesige Ländereien, sind die treuesten Anhänger Pinochets und aus altem faschistischen Schrot und Korn. Dr. Julius Lajtoni, Leiter der Veterinärabteilung der chilenischen Niederlassung der Chemischen Werke Bayer (!) ist einer ihrer Wortführer.

Man sollte die demagogische Wahlparole der CDU/CSU ein wenig frisieren: **„Aus Liebe zu Deutschlands Unternehmern – Freiheit wie in Chile!"**

Lateinamerika-Kommission

Polizeiwahlkampf der SPD-„Linken"

Am 10.8. ließ die sozialdemokratische Parteiführung in Neu-Isenburg bei Frankfurt durch ihre Ordnertruppe und über 100 bereitgestellte Polizisten auf einer Wahlveranstaltung den Saal von Linken räumen. Anlaß war die Forderung von Mitgliedern einer Initiative für ein „multinationales Zentrum" in Neu-Isenburg nach einem Redebeitrag. Diese Rede war ihnen von der sich sehr „links" gebenden SPD-Wahlkampf-Leitung Neu-Isenburgs zugestanden worden. Kurz vor Beginn der Veranstaltung machte die SPD-Führung ihre Zusage rückgängig: begründet wurde dies mit der Forderung an die Initiative, mögliche „Störungen" des KBW zu verhindern, was diese vollkommen zu Recht nicht als ihre Aufgabe ansah. Für die „linken" Sozialdemokraten war der Grund gefunden: angeblich wollten Kommunisten stören. Und gleich ließen sie vor der Veranstaltung Feuerwehr, Rotes Kreuz und über 100 Polizisten auffahren (bei etwa 1.000 Besuchern der Veranstaltung), der Polizeieinsatz war ganz klar vorgeplant.

Auf der Veranstaltung war viel „linke" Prominenz aufgefahren: Bundesforschungsminister Matthöfer, der „linke" Bundestagsabgeordnete Coppik und der sich sehr „links" gebärdende Schriftsteller Gerhard Zwerenz. Als Zwerenz reden wollte, gingen etwa zehn Mitglieder der Initiative nach vorn und forderten Rederecht. Sie wurden dabei mit Sprechchören aus dem Publikum („wir wollen reden") von etwa 100 Anhängern unterstützt. Das Rednerpult und später auch der Saal wurden daraufhin von Ordnern und Polizei mit Schlägereinsatz geräumt. Zwerenz, der sehr wohl von der Vorgeschichte und der Zusage der SPD-Führung wußte, reagierte in typisch sozialdemokratischer Manier: *„Es ist nicht das erste Mal in diesem Lande, daß Sozialdemokraten in ihrem Wahlkampf gehindert werden"* („Dreieichspiegel", 13.8.76). Das ist die Schule Willi Brandt's, der mit solchermaßen geheuchelter moralischer Empörung linke Kritiker zu diffamieren versucht, andererseits sich nicht scheut, SPD-Linke und aufmüpfige Jusos rauszuschmeißen. Zwerenz im gleichen Tenor weiter: *„Ihr wollt den Kräften der Reaktion nützen, ihr seid die Helfershelfer von Strauß und Dregger"*. Dann ließ der „Linke" die Hose runter: *„Ich werde auch unter Polizeischutz reden, wenn ihr euch polizeiwidrig benehmt"* („Neu-Isenburger Anzeigenblatt", 13.8.).

Nach der Veranstaltung beschwerte sich Zwerenz über das „zurückhaltende" Vorgehen der Polizei: sie hätte sich *„früher und massiver in das Geschehen einschalten sollen"* („Frankfurter Rundschau", 11.8.76).

Wenn es um die Beschützung ihres „kleineren Übels" geht, ist diesen „Linken" offensichtlich auch ein solcher reaktionärer Polizeieinsatz nicht zu schade.

Protestaustritte aus der SPD

Aus Protest gegen das Vorgehen der SPD-Parteiführung trat der Neu-Isenburger Juso-Vorstand zurück. Das Vorstandsmitglied Gisela Mauer und ein weiterer Juso traten außerdem aus der SPD aus, da die Partei *„nicht imstande sei, Initiativen von Betroffenen aufzugreifen"*. Ihr sei es wichtiger, bei denen *„glaubwürdig zu bleiben, die noch einen politischen Weg suchen, als bei denen, die einem das Leben in der Partei täglich schwer machen"* („FR" vom 13.8.).

Hintergrund der Auseinandersetzung ist, daß die Neu-Isenburger Initiative „multinationales Zentrum" Räume und Arbeitsmöglichkeiten für Ausländer fordert. Zwei aktive Mitglieder dieser Initiative waren vorher von der SPD-Regierung als Sozialarbeiter im öffentlichen Dienst (Ausländerberatungsstelle) entlassen worden.

Nach Unterlagen eines Frankfurter Genossen.

Wer „Berufsverbot" sagt, fliegt raus

Während die SPD-Rechte sich auch (oder gerade) im Wahlkampf alles erlauben kann – so wurde jetzt bekannt, daß an der Paderborner Gesamthochschule ein SPD-Mitglied AStA-Vorsitzender für den RCDS ist („Extra-Dienst", 13.8.) ! – wird gegen die SPD-„Linksabweicher" immer schärfer vorgegangen.

Neuestes Beispiel ist die Absetzung des Juso-Bezirksvorstandes der mittelfränkischen Stadt Ansbach durch die örtliche SPD-Führung. Begründung: Der Juso-Vorstand habe es nicht verhindert, *„daß der vom Berufsverbot betroffene Nürnberger Pädagoge Hans Kolb, Mitglied der SPD und des SHB, die Parteiführung wegen ihrer Haltung in der Berufsverbotefrage auf einer Ansbacher Juso-Konferenz kritisierte"* („ED", 13.8.).

Die SPD-Führer berufen sich dabei auf einen Beschluß der Bundesschiedskommission vom November '74, nach dem Arbeitsgemeinschaften in der SPD Aktivitäten und öffentliche Äußerungen nur im Einvernehmen mit dem jeweiligen Parteivorstand vornehmen dürfen („Maulkorberlaß"). Der SPD-Bundesvorstand „modifizierte" diese Beschlüsse Anfang '75 dahingehend, daß SPD-Vorstände Funktionäre der Arbeitsgemeinschaften bei Verstoß gegen den Maulkorberlaß nicht mehr einfach absetzen, sondern deren Abberufen „nur" beantragen können.

Hierauf berufen sich jetzt die Ansbacher Jusos und betonen, daß sie sich noch weiter im Amt befinden, anderenfalls würde das ja auf eine *„Demontage der Autorität des Bundesparteivorstandes"* („Süddeutsche Zeitung", 26.8.76) hinauslaufen. Woher die Jusos dies Vertrauen in den Parteivorstand noch nehmen, ist schleierhaft – schließlich gibt es ja laut Schmidt überhaupt keine Berufsverbote und der jugendpolitische Referent der SPD, Weber, hat noch einmal ausdrücklich verboten, das Wort „Berufsverbot" überhaupt in Erklärungen zu verwenden („ED", 31.8.76).

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD-Rechtsaußen verlangen Ausschluß von 2 Professoren

.e Fritz-Erler-Gesellschaft, rechte Speerspitze in der SPD, beantragte beim Parteivorstand der SPD das Ruhen der Mitgliedschaft und ein Ausschlußverfahren gegen die beiden Professoren Stuby (Bremen) und Kade (Darmstadt). Den beiden wird „Zusammenarbeit mit Kommunisten" vorgeworfen (unter anderem im „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit").

Unmittelbarer Anlaß für das Vorgehen der Fritz-Erler-Gesellschaft ist ein „Aufruf zur Bundestageswahl 1976" einer Gruppe von Bremer Professoren, darunter Stuby. Dieser Aufruf wurde unter anderem mit Kade (und beispielsweise den Professoren Abendroth, Jens, Deppe, Kühnl, Ridder) abgestimmt. In dem Aufruf fordern die Professoren, einen Wahlsieg der CDU/CSU auf jeden Fall zu verhindern und solche Kandidaten von SPD und FDP zu wählen, die für bessere soziale und Arbeitsbedingungen, für „Mitbestimmung", für „Friedenspolitik", gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung eintreten.

Die Erler-Gesellschaft wirft vor allem aufgrund folgender Passage in dem Wahlaufruf den beiden „Volksfrontpolitik" vor: *„Die führenden Kräfte der SPD haben in ihrer Regierungspolitik in vielen Fragen dem Druck der CDU/CSU, der FDP und der durch diese Parteien in erster Linie vertretene Interessen der Privatwirtschaft selbst da bereitwillig nachgegeben, wo durch die mögliche Zusammenarbeit von FDP, SPD und DKP* (!) *eine reale Alternative zur reaktionären Politik der CDU bestanden hat"*.

Spricht auch aus diesen Sätzen eine völlige Verharmlosung der SPD-Führung und der illusionäre Versuch, die DKP ins Geschäft zu bringen, darf man gespannt sein, wie die SPD-Führung das Ansinnen der rechten Erler-Vögel gegen ihre linken Wahlhelfer löst (Angaben nach „Welt", 6.8. und „Bremer Nachrichten", 16.8.).

KB/Gruppe Bremen



Der „linke" Schriftsteller Gerhard Zwerenz auf einer SPD-Wahlveranstaltung in Neu-Isenburg: „Ich werde auch unter Polizeischutz reden, wenn ihr euch polizeiwidrig benehmt"!

Der „linke" Schriftsteller Gerhard Zwerenz auf einer SPD-Wahlveranstaltung in Neu-Isenburg: „Ich werde auch unter Polizeischutz reden, wenn ihr euch polizeiwidrig benehmt"!

Zwei Austritte aus der Bamberger Juso-Hochschulgruppe

Im Juli traten zwei Mitglieder aus der Bamberger Juso-Hochschulgruppe aus. Sie zogen damit die einzig richtige Konsequenz aus dem ständig stärker werdenden innerparteilichen Terror gerade auch im SPD-Bezirk Franken. In einer ausführlichen Erklärung begründen sie ihren Austritt. Dabei stellen sie in der Auseinandersetzung mit der SPD vier Punkte in den Vordergrund:

„1. Wir lehnen die Politik der SPD ab und wollen auch nicht dazu dienen, systemkritische Kräfte an diese Partei zu binden.

2. Die Arbeitsmöglichkeiten für Marxisten in der Juso-Hochschulgruppe werden durch die innerparteiliche Unterdrückung zusehends eingeschränkt.

3. Wir wollen in Zukunft offensiv und ohne Rücksichtnahme die SPD-Politik kritisieren können.

4. Wir haben in der neuen Gruppe uneingeschränkte Bündnismöglichkeiten und werden diese auch wahrnehmen. Die Juso-Hochschulgruppe wird sicherlich einer unserer Hauptbündnispartner sein, da wir inhaltlich in sehr vielen Fragen mit ihr übereinstimmen und das eben auch der Grund unserer bisherigen Mitarbeit war.

Besonders hervorzuheben gegenüber MSB und KSG (Studentenorganisation des KAB„D") sind: . . . unser kritisches Verhältnis zum „realen Sozialismus" in Osteuropa und auch gegenüber der VR China . . Die Bereitschaft zur sachlichen Auseinandersetzung mit Gruppen links der DKP " etc.

„Eine aktuelle Bündnismöglichkeit sehen wir mit dem Kommunistischem Bund (KB) (. . .)."

Die beiden ausgetretenen Genossen haben sich inzwischen mit etwa zehn anderen Linken aus Bamberg zusammengetan, um so unabhängig von der SPD politisch arbeiten zu können.

Von dem örtlichen Juso-Vorstand wird diese neue „Sozialistische Gruppe" in übler Weise diffamiert: Von „geheimen Treffen" eines „Zirkels freischwebender und orientierungsloser (!) Linker", von „Spaltern" usw. ist in einer offiziellen Erklärung des Vorstandes die Rede. Das hört sich ja mächtig gefährlich an! Für den Juso-Vorstand ist es wohl auch gefährlich: inzwischen nehmen auch andere Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe an den Treffen der neuen Gruppe teil.

„Für uns in Franken sind die Jusos kein politisches Problem" meinte noch am 31.8. der SPD-Rechte und Franken-Vorsitzende Bruno Friedrich in einer Vorstandssitzung. Das kann sich ändern!

KB/Gruppe Nürnberg

Delmenhorster SPD Mc Carthy läßt grüßen

Im Rahmen der „Säuberung" der SPD von fortschrittlichen Menschen wurden im August zwei Mitglieder des Bezirks Weser-Ems wegen Verstoßes gegen die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" aus der Partei gefeuert.

Einer der Ausgeschlossenen gehört zu einer Gruppe von 7 Genossen, davon drei SPD-Mitglieder, die sich Ende 1975 an das Sozialistische Büro/Offenbach gewandt hatten zwecks Entwicklung einer Zusammenarbeit.

In einer Selbstdarstellung bezeichneten die Sieben als ihre Zielsetzung das Zusammenfassen der am Ort arbeitenden Linken anhand konkreter Aktionen. So gelang es ihnen 1975, Genossen von KBW, DKP und SPD zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Berufsverbote zugewinnen. Außerdem arbeiteten sie u.a. im Delmenhorster Jugendzentrum, in Bürgerinitiativen und im Chile-Komitee mit.

Als die örtliche Presse Wind von der Sache bekam und im Februar die Erklärung der Sieben in demagogischer Verzerrung veröffentlichte („SPD-Linke bot sich Extremisten an, Bürgerinitiativen wurden bereits unterwandert" usw.), begann der antikommunistische Hammer zu kreisen.

In einem Schreiben an alle Mitglieder des Unterbezirksvorstandes wurden die Aktivitäten der SB-Sympathisanten als *„Versuch, die Mitglieder der SPD für parteifremde und parteischädigende Ziele zu mißbrauchen"* bezeichnet. Die ganz offen arbeitenden Genossen wurden als „geheimer Zirkel" dargestellt, der seine wahren Absichten hinter „Tarnungs- und Täuschungsmanövern" vernebelt.

Damit sollte offensichtlich die Spaltung in einen „harten, konspirativen Kern" und in genasführte Mitläufer vollzogen werden, die wieder auf den rechten Pfad der Tugend zurückgebracht werden könnten.

„Einige Funktions- und Mandatsträger" wurden angepöbelt, sie hätten die Linken innerhalb der Partei viel zu lange gewähren lassen, und die Frage aufgeworfen, ob das nicht „Rückschlüsse auf eine mangelhafte Qualifikation für Funktion und Amt" zulasse. Nun ja, eine ausreichende Qualifikation für „Funktion und Amt" in der SPD setzt nach der Art des amerikanischen Kommunistenjägers Mc Carthy voraus, daß bereits beim Stichwort Chile-Solidarität der Ofen aus ist.

Zusätzlich kündigte das Schreiben Parteiausschlußverfahren gegen sieben Mitglieder an, von denen allerdings drei schon von selbst die einzig richtige Konsequenz gezogen hatten und ausgetreten waren.

In einer Presseerklärung äußerte der UB-Vorstand „Abscheu (!!) und Empörung" über die Aktivitäten der Linken und behielt sich ausdrücklich vor, auch noch gegen Mitglieder, die in den gleichen Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen wie die SPD-Sympathisanten gearbeitet hatten, Parteiordnungsmaßnahmen einzuleiten.

Damit machte er unmißverständlich klar, daß innerhalb der SPD keinerlei fortschrittliche und kritische Positionen etwas zu suchen haben.

KB/Gruppe Bremen

„Bundestagswahlprogramm" der SPD

„Bundestagswahlprogramm" der SPD

Rechtzeitig zur Bundestagswahl '76 zeigen sich in der SPD Ansätze zur Entwicklung einer „neuen deutschen Arbeitsmarktpolitik". Eine Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion unter Vorsitz des Nürnberger Abgeordneten Egon Lutz, der auch dieses Jahr wieder kandidiert, hat einen dicken Wälzer vorgelegt, mit dem dem „Arbeitslosenproblem" in bewährter SPD-Manier ein Ende gemacht werden soll.

Der SPD ist klar, daß *„die Arbeitslosenzahl auch im Jahresdurchschnitt 1976 kaum unter eine Million zurückgehen dürfte und daß auch im nächsten Jahr noch keine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes zu erwarten ist"*. Massenarbeitslosigkeit aber schafft „sozialen Unfrieden" – den will die SPD natürlich nicht, und so will sie die Arbeitslosigkeit *„weniger aus wirtschaftlichen als . . . gesellschaftspolitischen Rücksichten"* bekämpfen. Das SPD-Papier befaßt sich im wesentlichen damit, die Lasten der Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse abzuladen und nicht auf den Buckel der Unternehmer, die durch Rationalisierungen und Verlegung der Produktion in sogenannte „Billiglohnländer" das Problem der Arbeitslosigkeit erst geschaffen haben. So wird in der ganzen Schwarte sogar der alte SPD-Hut „Investitionslenkung" vermieden. Dagegen findet sich in dem Machwerk die Überlegung *„Überstunden mit einer besonderer Abgabe zu belegen"*. Dadurch, so glaubt Lutz, dürften sich manche Unternehmer fragen, *„ob sie Mehraufträge durch Überstunden erledigen oder zusätzliche Kräfte einstellen"*.

Und die SPD geht sogar noch weiter mit dem Vorschlag, wöchentlich die Arbeitszeit zu verkürzen, angeblich mit dem Ziel, Einstellungen zu erreichen, wird aber dann deutlich: sie rät nämlich *„dort, wo sich eine Verringerung der Stundenzahl in Mehrarbeit für den einzelnen Arbeitnehmer auswirken würde, eine Verlängerung des Urlaubes an"*. Das Motto heißt hier wohl: Akkordsätze um zehn Prozent rauf und dafür ein Tag mehr Urlaub im Jahr.

Weiterhin wird *„generell die Einführung eines zehnten Schuljahres gefordert. Das sei bildungspolitisch geboten, entlaste aber auch den Arbeitsmarkt."* Woher bei dem derzeitigen Bildungssparprogramm das plötzliche „bildungspolitische Gebot" kommen soll ist unerklärlich. Vielmehr drängt sich die Überlegung auf, daß man die Jugendlichen ein weiteres Jahr „beschäftigen" will und sich das Arbeitslosengeld oder -hilfe für sie sparen will.

„Neu überdacht werden soll die Frage der Teilzeitarbeit". Hier nehmen sich die SPD'ler den vermeintlich schwächsten Teil der Arbeiterklasse vor: alte und behinderte Menschen.

Auch das Arbeitsförderungsgesetz (AFG), das schon zum 1.1.76 *„aus finanziellen Gründen gestrafft wurde"* (z.B. ist Umschulung nur nach sechs Jahren Berufstätigkeit möglich, vorher nach zwei Jahren), ist den „Sozial"-demokraten noch nicht straff genug. Sie meinen, es sollte noch einmal *„neu überarbeitet werden"*.

Zu guter Letzt findet sich auch noch der Vorschlag, *„anstelle der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eine Arbeitsmarktabgabe . . . zu erheben"*. Schon heute fließen ein Drittel der Beiträge der Arbeitslosenversicherung zu den Kapitalisten, ein weiteres Drittel frißt die Verwaltung (Arbeitsamt) und nur das letzte Drittel bekommen die Arbeitslosen in Form von Arbeitslosengeld zurück. Mit dieser „Arbeitsmarktabgabe" soll wahrscheinlich ein noch stärker fließender Geldstrom an die Kapitalisten aus der Arbeitslosenversicherung schon durch die neue Bezeichnung gerechtfertigt werden. Eigentlich eine Meisterleistung der SPD-Strategen, solche Schweinereien in so unverfänglichen Worten auszudrücken.

Keine Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosen!
Weg mit dem Haushaltsgesetz vom Januar '76!
(Zitate aus „Nürnberger Nachrichten" vom 12.8.76).

Portugal

GDUP's bereiten Kongreß vor

Vom 2. bis 4. Oktober soll der erste Kongreß der GDUP's (Grupos Dinamizadores de Unidade Popular) stattfinden.

Die GDUP's entstanden zur Unterstützung der Wahlkampagne des Generals Otelo de Carvalho für die Präsidentschaftswahlen. Otelo erhielt dabei annähernd 17%, was einen großen Erfolg und eine Niederlage für die revisionistische PC bedeutete, die einen eigenen Spalter-Kandidaten aufgestellt hatte und nur knapp acht Prozent der Stimmen bekam.

In den GDUP's arbeiten die Genossen der wichtigsten revolutionären Organisationen (hauptsächlich MES, UDP, PRP und FSP) mit sowie tausende von parteilosen Genossen,



an Stärke zu, greift die Errungenschaften des Volkes an und sieht im Programm der PS-Regierung eine günstige Gelegenheit, die Rechte zu stärken und die Volksbewegung zu spalten, um die eigentlichen politischen Kräfte des Kapitals als künftige Alternative zur heutigen PS-Regierung aufzubauen.

So wie am 20. August 75 tausende Arbeiter demonstriert haben, daß man nur durch Einheit und Organisierung voranschreiten kann, so ist es heute, ein Jahr später, nur durch die Stärkung der Volkseinheit möglich, den Kampf zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und gegen die Restaurierung des Kapitalismus zu führen und den Ausverkauf der nationalen Reichtümer an die ausländischen Imperialisten zu verhindern" („A Capital", 20.8.76).



Kundgebung der GDUP's in Lissabon am 20. August 1976

aber auch einzelne Mitglieder der PCP, der MDP/CDE und selbst der PS. Die Bewegung der GDUP's ist also kein Zusammenschluß von Organisationen (wie früher die FUR), sondern versteht sich als überparteiliche revolutionäre Massenbewegung der Volkseinheit.

Der bevorstehende erste Kongreß soll der Konsolidierung und Zentralisierung der GDUP's dienen. Im Einzelnen hat er folgende Aufgaben:

ganisationen (wie früher die FUR), sondern versteht sich als überparteiliche revolutionäre Massenbewegung der Volkseinheit.

Der bevorstehende erste Kongreß soll der Konsolidierung und Zentralisierung der GDUP's dienen. Im Einzelnen hat er folgende Aufgaben:

1. Diskussion und Festlegung der strategischen und taktischen Ziele. Grundlage ist das Wahlprogramm Otelos.
2. Ausarbeitung eines konkreten Kampfprogramms, „*das der aktuellen Phase des Klassenkampfs in Portugal Rechnung trägt und das mittel- und kurzfristige Ziele und Wege angibt, die zur Einheit der Werktätigen und der Volksmassen beitragen*",
3. Festlegung einer Organisationsstruktur und Schaffung einer Führung, „*die, in Umsetzung des bereits erreichten Niveaus der Einheit, Antwort auf die Notwendigkeiten des konkreten Kampfes gibt und die die Aktion und das Voranschreiten der Bewegung koordiniert*" (nach „A luta Continua", Bulletin der GDUP's, 13.8.76).

Aus Anlaß des ersten Jahrestages des „COPCON-Papiers" (ein programmatisches Papier fortschrittlicher Offiziere, das im Herbst 1975 als Alternative zum reaktionären Papier der „Gruppe der Neun" eine wichtige Rolle als einigender und vorantreibender Faktor für die revolutionäre Massenbewegung spielte) fand am 20. August in Lissabon eine Großkundgebung der GDUP's mit mehreren tausend Teilnehmern statt.

Auf dieser Veranstaltung wurde eine Resolution angenommen, die folgende Forderungen der GDUP's enthält:

1. Verhaftung und Aburteilung Spinolas, der „Pides" (PIDE = früherer faschistischer Geheimdienst) und der Faschisten sowie aller in die Putschversuche vom 28. September und 11. März Verwickelten.
2. Restlose Aufdeckung der faschistischen Bombenleger-Banden. Sofortige Verhaftung ihrer Mitglieder – nicht nur der Ausführenden, sondern auch der Drahtzieher. Sofortige Säuberung der Polizei (hohe Polizeioffiziere sind direkt in den faschistischen Bombenterror verwickelt!).
3. Schluß mit der faschistischen Presse.
4. Totale Freiheit und Wiedereingliederung in die Armee für Otelo und alle revolutionären Militärs.
5. Kampf den volksfeindlichen Gesetzen über Entlassungen, Streiks

3. Schluß mit der faschistischen Presse.
4. Totale Freiheit und Wiedereingliederung in die Armee für Otelo und alle revolutionären Militärs.
5. Kampf den volksfeindlichen Gesetzen über Entlassungen, Streiks

und Beschränkung der Mitbestimmung; Garantie auf Arbeit für alle.
6. Gegen Lohnraub und Einfrieren der Löhne, gegen die Zahlung von Entschädigungen an die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, gegen die Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel und gegen die Senkung der Reallöhne.
7. Garantie der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, zugunsten der Kleinbauern.
8. Gegen die Zurückgabe besetzter Ländereien, gegen die Angriffe auf die Agrarreform.
9. Schluß mit repressiven Aktionen gegen Hausbesetzer (die PS-Regierung hat „ein hartes Vorgehen gegen Hausbesetzer" angekündigt; derzeit leben in Portugal etwa 80.000 Menschen in besetzten Häusern!), gegen ein „Auftauen" der Mieten, gegen die Wohnraum-Spekulation. Sozialer Wohnungsbau durch den Staat, um jedem das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung zu garantieren.
10. Nein zur Unterwerfung unter den Imperialismus. Weg mit der (neu aufgestellten) NATO-Brigade, US-Botschafter Carlucci (einer der wichtigsten Drahtzieher im Hintergrund des konterrevolutionären Putsches vom 25./26. November!) raus aus Portugal!

(nach „Voz do Povo", 24.8.76).

Der MES erklärte in seinem Aufruf zu dieser Veranstaltung: „*Die ‚Neun', die im vergangenen Jahr der reaktionären Offensive als Speerspitze dienten, sind inzwischen im militärischen Apparat völlig entmachtet und auf ‚dekorative Posten' abgeschoben, während die Rechte die Initiative übernommen hat. Unterstützt durch ein für sie günstiges Kräfteverhältnis in der Armee, nimmt heute die kapitalistische Reaktion*

GDUP's vor der ersten Bewährungsprobe

Zweifellos stehen die GDUP's vor großen Schwierigkeiten, wenn sie jetzt versuchen, das um die Kandidatur Otelos mobilisierte Potential, das weit über die organisatorischen Trä-

GDUP's vor der ersten Bewährungsprobe

Zweifellos stehen die GDUP's vor großen Schwierigkeiten, wenn sie jetzt versuchen, das um die Kandidatur Otelos mobilisierte Potential, das weit über die organisatorischen Trä-

ger der GDUP's hinausreicht, zu konsolidieren und die von der PCP-Spitze angekündigte „Rückeroberung mit Zinsen" zu verhindern.

Die GDUP's selbst sind im Übrigen alles andere als einheitlich und die ersten Widersprüche sind bereits offen ausgebrochen. Die stark „ml"-bestimmte UDP hat offenbar Versuche unternommen, die GDUP-Bewegung in sektiererischer Weise für den eigenen Parteiladen in Dienst zu stellen. Ein Ausdruck davon ist z.B. die Herausgabe einer neuen Zeitung, „25. Abril do Povo", die den Anspruch erhebt, eine überparteiliche, an den Interessen der GDUP-Bewegung insgesamt orientierte Zeitung zu sein, die in Wirklichkeit aber ein astreines UDP-Blatt ist. (Die UDP selbst verfügt außerdem noch über eine eigene Zeitung.) Damit werden die Bemühungen in den GDUP's um eine g e m e i n s a m e Zeitung sabotiert.

Das Verhalten der UDP und der in der UDP tonangebenden PCP (R) (sie betrachtet sich als Bruderpartei der „KPD/ML", ist allerdings nur halb so schlimm wie diese) wurde u.a. vom MES und von der PRP kritisiert. Das CNPUP (Provisorisches Leitendes Gremium der GDUPs) übte im Rahmen einer Presse-Konferenz öffentliche Kritik an der UDP.

Die UDP ihrerseits entgegenete, daß diese Kritiken weitgehend unberechtigt seien; nur vereinzelt und auf örtlicher Ebene habe es bei Mitgliedern der UDP und PCP (R) tatsächlich gelegentlich sektiererische Abweichungen gegeben, die aber schon wieder korrigiert seien.

Der bevorstehende erste Kongreß der GDUP's wird zweifellos eine erste harte Bewährungsprobe auf die Bestandskraft dieses Bündnisses werden.

Lehrlinge der „Todesschwadron"

Seit Wochen verfolgen die portugiesischen Werktätigen aufmerksam die Enthüllungen über das erste Terroristenkommando, das sich die Behörden aufzudecken bequemen.

Immerhin ist unter den Verhafteten den Polizeichef von Porto; weitere Verdächtige bekleiden Offiziersposten in der Armee, und unter der Hand sickert durch, daß bereits in diesen ersten Fall, der aufgeklärt wird, auch Mitglieder des „Revolutionsrats" verwickelt sein sollen.

Inzwischen wird ein weiterer Fall von terroristischer Aktivität von Mitgliedern der Armee bekannt: In der Nacht zum 27. August überfielen 15 maskierte und mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer ein Nachtlokal in Lissabon, verletzten 18 Gäste zum Teil schwer und verwüsteten das Lokal. Einer der Gangster konnte gestellt und demaskiert werden.

Es stellte sich heraus, daß es sich um ein Mitglied der berüchtigten „Comandos" des faschistischen Kolonialoffiziers Jaime Neves handelte!

Er sagte aus, daß auch seine Spießgesellen Mitglieder der „Comandos" seien („A Capital", 27.8.76). Inzwischen erklärte der Besitzer des Lokals, er sei einige Tage vorher von einem Unteroffizier der „Comandos" bedroht worden, in seinem Lokal verkehrten doch lauter Strolche und Diebe, und wenn er nicht einen Kassettenrekorder zurückbekäme, der ihm gestohlen worden sei, dann würde etwas passieren.

Am folgenden Tag verteilte der Generalstab des Heeres ein Kommunique, in dem er erklärt, es habe sich bei dem Vorfall lediglich um eine „Auseinandersetzung" zwischen Soldaten und Gästen eines Lokals gehandelt.

Die AEPPA, Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener, zog zwischen diesem Überfall und den Aktivitäten der sogenannten „Todesschwadronen" in Brasilien und Argentinien eine Parallele. Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen eklatanten Fall von Selbstjustiz durch faschistische Teile der bewaffneten Staatsmacht. Auch die „Todesschwadronen" gehen auf eigene Faust „auf Verbrecherjagd". Das Ergebnis sind hunderte von ermordeten fortschrittlichen Menschen in Brasilien und Argentinien! Die AEPPA schreibt: „*Die AEPPA ruft das portugiesische Volk auf, wachsam zu beobachten, was sich auf diesem Gebiet in unserem Lande ereignet. Sie erklärt, daß sich ‚Strafaktionen', wie sie die ‚Kapuzenmänner von Amadora' verübt haben, in die gegenwärtige Offensive der Rechten einreihen, in die Bombenattentate und Provokationen gegen Antifaschisten, daß sie zu den Raubzügen und Überfällen passen und alles unterstützen, was dazu dient, ein Klima des Terrors und der Unterdrükkung im Land zu schaffen*" („A Capital" vom 27.8.76).

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer nicht kämpft, wird vergiftet

Durch die mutige Enthüllung eines Beamten der EG in Brüssel kam heraus, daß sich die europäischen Kapitalisten darauf vorbereiten, die giftigen und gefährlichen Industrien in den armen südeuropäischen Ländern Portugal, Spanien und Griechenland anzusiedeln (nach „Gazeta" Nr. 20 , Lissabon).

Der Grund ist klar: Seit Jahren kämpfen die Menschen in den Industrieländern gegen Umweltverschmutzung und -Vergiftung durch Industriewerke, in denen ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Werktätigen so billig wie möglich produziert wird. Filteranlagen und Sicherheitsvorkehrungen sind profitschädigend.

In den letzten Jahren wurden allerdings die Regierungen in den meisten europäischen Ländern zu einer etwas strengeren Gesetzgebung gezwungen. Bürgerinitiativen und Massenaktionen der Bevölkerung haben erheblich dazu beigetragen.

Deswegen haben die Kapitalisten größtes Interesse daran, in solche Länder auszuweichen, wo es auf Grund der elenden Lebensbedingungen ein großes Reservoir an Arbeitslosen gibt, die nicht wählerisch sein können, und wo es so gut wie keine Sicherheitsbestimmungen und Kontrollen gibt.

Der Fall des italienischen Giftwerks Seveso, wo tausende von Werktätigen durch die Profitgier und den Zynismus des Konzerns La Roche in Lebensgefahr gebracht wurden, soll sich nach dem Willen der europäischen Kapitalisten jederzeit wiederholen können – allerdings möglichst nicht in „zivilisierten Gegenden", sondern bei den „Menschen zweiter Klasse" in Spanien, Portugal, Griechenland ...

Die internationale imperialistische „Arbeitsteilung", die von den EG-Ideologen so gern beschworen wird, entlarvt sich so erneut als nackter Rassismus zum Zweck der Profitsteigerung.

Es könnte allerdings sein, daß die Kapitalisten sich verrechnen: Auch in diesen Ländern, denen sie ihr Gift andienen wollen, wissen die Kollegen spätestens seit Seveso, was ihnen blüht, wenn sie nicht kämpfen. Es wird immer schwerer für die Kapitalisten, die Arbeiter verschiedener Nationalitäten gegeneinander auszuspielen!

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spanien

Spanien

Einen Monat nach dem „Amnestie"-Dekret: Das große Schweigen

Merkwürdig still ist es um die vor einem Monat groß angekündigte „Amnestie" geworden. Mindestens 500 politische Gefangene sollten freigelassen, zahllose ausgebürgerte Exilanten sollten wieder eingebürgert und ins Land zurückgelassen, politische und gewerkschaftliche Betätigung sollte „normalisiert" werden – seit Wochen schweigt nun fast die gesamte „Weltpresse" wie auf Befehl zu diesem Thema. Die Wahrheit hinter diesem Schweigen ist: Es tut sich einfach nichts mehr in Sachen „Amnestie"!

Nur ein Bruchteil der politischen Gefangenen ist freigekommen, zumeist unter Begründungen und Umständen, die gar nicht mit dem Dekret zusammenhängen (vergl. AK 87, S. 13). Weder die Führer der revisionistischen PCE, die im Exil leben, noch andere Antifaschisten – wie der frühere republikanische General Lister, heute Führer der an der Sowjetunion orientierten PCOE, einer Abspaltung der PCE – haben Pässe bekommen („Le Monde" 26.8.76). Als in Paris spanische Antifaschisten die Türme der Notre-Dame-Kirche besetzten, um anläßlich des Treffens des neuen Außenministers Oreja mit der französischen Regierung für die Wiedereinbürgerung zu demonstrieren, wurden sie gemeinsam mit zufällig anwesenden Touristen von der französischen Polizei gewaltsam vertrieben.

Gleichzeitig geht der Polizei- und Justizterror in Spanien weiter wie gehabt. Der Schriftsteller Goytisolo wurde wegen der öffentlichen Lesung eines Gedichts des republikanischen Dichters Garcia Lorca (siehe AK 82, S. 41) zu 7.000 DM Geldstafe verurteilt. Ein baskisches Chansonfestival in Guernica mit mehreren Tausend Teilnehmer wurde wegen „separatistischer Propaganda" von der Guardia Civil auseinandergeknüppelt. Eine Feier zugungsten der aus der Haft entlassenen Offiziere der demokratischen Soldatenbewegung UMD wurde wegen „Verdachts staatsfeindlicher Umtriebe" verboten. Allen Soldaten wurde per Dekret die Mitgliedschaft und Betätigung in politischen Parteien verboten. Und schließlich wurde ein neuer Maulkorb für die Presse angeschafft: Es ist seit dem 28.8 in Spanien bei Strafe verboten, aus unveröffentlichten Regierungspapieren öffentlich zu zitieren oder diese auch nur öffentlich zu kommentieren, bevor die Regierung hierzu ihre Zustimmung gegeben hat („Le Monde", 1.9.76). Diese Beispiele zeigen schon recht klar den wirklichen Kurs des Regimes.



Anfang August 1976: die „gewöhnlichen" Gefangenen von Carabanchel (Madrid) protestieren gegen die nicht stattfindende Amnestie

Spanien-Kommission

Griechenland

Zypern

Putschist Sampson verurteilt

Am 31. 8. verurteilte das Schwurgericht in Lefkosia (Zypern) den Faschisten Nikolaos Sampson zu zwanzig Jahren Gefängnis wegen *„Teilnahme an kriegerischen Unternehmungen gegen die zyprische Republik"* und *„Usurpation des Ranges des Präsidenten der Republik vom 15. bis 24. Juli 1974"*. Sampson hatte zu diesem Zeitpunkt im Auftrage der griechischen Junta und unter Federführung des CIA Erzbischof Makarios, der einen außenpolitisch relativ unabhängigen Kurs in Zypern fuhr, gestürzt und sich selbst zum Staatsoberhaupt gekürt. Mit diesem Putsch gelang es dem Imperialismus, Zypern mittels der Teilung in einen griechischen und einen türkischen Teil voll für die Belange der Nato nutzbar zu machen.

Nicht uninteressant sind die Begleitumstände dieses Prozesses: Erstens fand er erst fast zwei Jahre nach dem Sturz der griechischen Junta statt. Zweitens war nur Sampson angeklagt, obwohl hinlänglich bekannt sein dürfte, daß einer allein wohl kaum einen Putsch ausführen kann. Drittens sind sämtliche Junta-Faschisten ausgespart geblieben und zu guterletzt wurde während des Prozesses jedem sofort das Wort entzogen, der auch nur annähernd auf mögliche Hintermänner Sampsons hinweisen wollte. Ionnidis, der Oberfolterer der griechischen Junta, hatte ja bereits vor einem Jahr angekündigt, falls er wegen des Putsches auf Zypern angeklagt werden würde, würde er *„für unser Land und seine Verbündete peinliche Dinge offenlegen."*

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland

Prozeß gegen Demonstranten

Am 28. 8. 76 verurteilte das Berufungsgericht Athen 18 Menschen als „physische Täter", die am 25. Mai 76 bei Straßenkämpfen gegen das Antistreikgesetz festgenommen wurden. Bis auf einen Demonstranten, der zu sieben Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde, konnten die anderen Verurteilten ihre Haftstrafen in Geldstrafen umwandeln. Zwölf weitere Demonstranten wurden freigesprochen.

Als Urteilsbegründungen wurden *„Landfriedensbruch, Amtsbeleidigung und Verkehrsbehinderung"* und in einem Fall *„Körperverletzung"* mit Dreistigkeit angegeben.

Die Urteile zeigen, ebenso wie das Pohle-Urteil, daß die griechische Justiz noch nicht voll auf Karamanlis-Linie gleichgeschaltet ist und noch auf breite Solidaritätsaktionen reagiert.

Nach der „physischen Täterschaft" kommt jetzt als zweiter Akt die „moralische Täterschaft", die gegen einzelne Genossen als „Verantwortliche" inszeniert wird.

Angeklagt werden jetzt: EKKE, ELEK, die Kommunistische Organisation „Majchitis", OKDE und OPA. Sie hätten die anderen Verurteilten „zu ihren Taten inspiriert".

Umfangreiche Aktivitäten gegen diese Maßnahmen der Klassenjustiz hat seit einiger Zeit ein Komitee entwickelt, das von „Majchitis", OSE, KEM, OKDE und OPA gebildet wird.

Griechenland/Türkei-Kommission

Für die sofortige Auslieferung von Pavlos Totomis nach Griechenland

Während sich in der BRD sogar die „liberale" „Süddeutsche Zeitung" darüber aufregte, daß internationale Fahndungsanfragen (gemeint ist Pohle) in Griechenland angeblich „nur" auf dem Amtswege erledigt würden (23. 8. 76), erfreut sich der Oberfaschist und ehemalige Junta-„Minister" für „öffentliche Ordnung", Pavlos Totomis, der besonderen Gastfreundschaft seines engen Freundes Tom Pappas (Esso) in New York bei rauschenden Festen. Obwohl er in Griechenland in Abwesenheit zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt worden ist, und obwohl ein offizieller Interpol-Haftbefehl (!) gegen ihn vorliegt, konnte er kürzlich im Fernsehprogramm der griechischen Gemeinde New York öffentlich auftreten und eine faschistische Hetzrede anläßlich des Ägäiskonfliktes halten, wobei er den stockreaktionären Karamanlis stark von rechts ins Kreuzfeuer nahm.

Damit ist wohl eindeutig erwiesen, daß der CIA ihn behütet, denn sein New Yorker Schlupfwinkel wurde schon vor längerer Zeit von der demokratischen Athener Presse bekanntgegeben.

FÜR DIE AUSLIEFERUNG ALLER JUNTA-VERBRECHER AN DIE GRIECHISCHE JUSTIZ!

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland Neues Strafgesetzbuch – „Neue Demokratie"

„Unser Leben wird sich ändern. Unsere Beziehungen zum Staat und zum Gesetz werden auf neue Grundlagen gestellt, und unsere Demokratie wird auch ihrem Wesen nach eine „neue Demokratie"". Diese ironische Anspielung auf die Karamanlis-Partei „Neue Demokratie" entstammt der griechischen Illustrierten „O Tachidrómos", mit dem „Stern" in der BRD vergleichbar, (Nr. 33 12. 8. 76).

Tatsächlich schuf sich die Karamanlis-Partei mit der Änderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung gesetzliche Grundlagen, wie sie nicht einmal der faschistischen Junta zur Verfügung standen. Z. B. ist jetzt im Fall einer „Konfrontation" eines „Bürgers" mit einem Polizisten die Instanz des Untersuchungsrichters für den „Zivilisten" (!) abgeschafft, und er kommt vors „Schnellgericht"! Er hat jetzt nicht mehr die Möglichkeit, Strafen von unter einem Jahr in eine Geldstrafe umwandeln zu lassen, außerdem muß er sofort in den Knast, denn die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung mehr!

Der „Prozeß" des Polizisten hingegen ist getrennt (!) und läuft nach dem alten Verfahren.

Damit reagiert die griechische Bourgeoisie auf die Tatsache, daß in sehr vielen derartigen Fällen (Mandóudhi, Spáta, Pitsos, etliche Flugblattverteiler usw.) in der zweiten oder dritten Instanz die „Strafen" für die meisten Betroffenen aufgehoben oder doch zumindest wesentlich abgemildert wurden, und durch eine große Solidarität die Geld „strafen" aus Spenden finanziert werden konnten.

„Das soll jetzt anders werden!" erklärte Justizminister Stefanákjis offen heraus im Parlament. Aber damit nicht genug:

Wenn bei einer Demonstration „Auseinandersetzungen" mit der Polizei stattfinden, dürfen sich die Demonstranten nicht mehr nur gegen die Bullen nicht wehren. *„Wer den Sicherheitsorganen zur Hilfe eilt"*, ist besonders „geschützt"! Bis zu zwei Jahren (!) Knast kann jetzt ein Demonstrant o. ä. bekommen, wenn er sich in so einem Fall gegen einen faschistischen Provokateur wehrt! (Und selbst Karamanlis-Minister haben zugegeben, daß Mitglieder der „Neuen Ordnung" („Néa Táxis") gerne in linke Demonstrationen eindringen und „Putz" machen.)

Weiter: Jeder griechische Staatsangestellte ist jetzt besonders „geschützt": Auf „Ausübung psychologischer (!) Gewalt" steht ebenfalls bis zu zwei Jahren Knast! Wohlgemerkt, trotz Berufung, sofort!

Mit diesem juristischen Instrumentarium versucht die Karamanlis-Regierung die demokratischen Richter schärfer zu binden und die breite Solidarität im Volke mit Streikenden brutaler zu begegnen.

Ob es der Regierung allerdings gelingen wird, dieses Instrumentarium voll anzuwenden, muß bezweifelt werden.

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkei 1976:
Folter auf der Tagesordnung
Strafe verurteilt worden ist, und obwohl ein offizieller Interpol-Haftbefehl (!) gegen ihn vorliegt, konnte
GRIECHISCHE JUSTIZ!
Griechenland/Türkei-Kommission
bildet wird.
Griechenland/Türkei-Kommission

Spanien:

Wirtschaftliche Katastrophe

Der Außenminister der neuen Regierung, Oreja, hat es eilig, sich der Unterstützung der Regierungen der BRD und Frankreichs zu versichern. Kaum im Amt, klopfte er schon bei Genscher und Sauvagnargues an, um Spanien möglichst bald in die EG hineinzulotsen. Er traf aber auf Skepsis bei seinen „Kollegen" – mehr als allgemeine Zusagen (*„die Annäherung Spaniens an die EG zu unterstützen"*, so Genscher) und kleiner Ausbauarbeiten an den gegenseitigen Beziehungen waren offenbar nicht herauszuholen. Dies hat weniger mit der groß herausgehängten Forderung der „westlichen Demokratien" nach liberaleren Verhältnissen in Spanien zu tun, sondern der entscheidende Hintergrund ist die katastrophale wirtschaftliche Situation der spanischen Bourgeoisie. Unverblümt wurde denn auch von den Verhandlungspartnern in Bonn und Paris festgestellt, daß die „wirtschaftliche Gesundung" Spaniens absoluten Vorrang haben müsse.

Doch die „wirtschaftliche Gesundung" Spaniens, für die die Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse verschärft werden soll, ist bei der entwickelten demokratischen Massenbewegung alles andere als einfach.

Steuererhöhungen riskiert das spanische Regime zur Zeit nur bei „Luxusgütern", wobei Autos und Tabakwaren ausdrücklich von der 10 %-Erhöhung im August ausgenommen wurden. Die Sorge der Bourgeoisie vor steigenden Kämpfen der Arbeiter ist in Spanien so groß wie in kaum einem anderen Land Westeuropas. Die (reformistische!) Linke – so drückt es die „Frankfurter Rundschau" (25.8.76) aus – *„könnte von der Straße her überfordert und zu einer härteren Haltung veranlaßt werden."* Und das würde wieder auf Kosten der politischen „Stabilität" gehen.

Endlose Schraube von immer weiterer Verschuldung und Inflation

Spanien liegt mit einer für Ende des Jahres erwarteten Inflationsrate von 20 % bei den Spitzenreitern in der „westlichen Welt". Ebenso mit einem Handelsbilanz-Defizit von rund 10.7 Milliarden Dollar allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Importe werden nur zu 49 % durch Exporte ausgeglichen. Allein in diesem Jahr mußte die Nationalbank bei westeuropäischen und nordamerikanischen Großbanken Kredite von fast 2 Mrd. Dollar aufnehmen. Der Devisenvorrat der Nationalbank beträgt nur knapp 5 Mrd. Dollar, wobei allein im Juli dieses Jahres wiederum 700 Mio. Dollar Importschulden nicht durch Exporteinnahmen gedeckt waren.

Das Regime läuft dieser Entwicklung hinterher, ohne irgendeine wirksame Bremse in der Hand zu haben. Massenhaft gehen kleine und mittlere Betriebe dem Ruin entgegen, während die großen Kapitalisten ihre immerhin durchschnittlich in 1975 etwa 14 %igen (ausgewiesenen) Gewinne immer mehr ins Ausland verschieben: Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres sind mindestens 500 Mio. Dollar aus Spanien auf Schweizer Konten gelandet. Auf eine Erhöhung des Benzinpreises um 7 % im August reagierte die Madrider Börse mit scharfen Kurseinbrüchen in fast allen wichtigen Sparten. Eine Abwertung der spanischen Währung im Februar um 11 % brachte kaum Exportzunahmen, und der Tourismus ging trotz der Lockung des „Billigurlaubs" erheblich zurück. Jetzt wird bereits eine weitere Abwertung ins Auge gefaßt.

Die entscheidende Frage für das Überleben des Regimes ist nicht so sehr seine „Reformierbarkeit", sondern die „Reformierbarkeit" der Arbeiterklasse, denn die Talfahrt ist nach der Logik dieses Systems nur mit einer noch mehr verschärften Ausbeutung aufzuhalten. Umso schlimmer, daß die demokratische Opposition mehr und mehr von einer *„gemeinsamen Anstrengung aller (!) Spanier"* zur Behebung der Krise spricht. Dies bedeutet, daß die Arbeiter die Krise der Bourgeoisie beheben sollen.

Spanien-Kommission

Streik der Fluglotsen

Seit dem 17.8. sind die 700 Fluglotsen auf allen spanischen Flugplätzen in einen unbefristeten Bummelstreik („Dienst nach Vorschrift") getreten. Ihre Forderungen sind: Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, Erhöhung des Personalbestandes, ein neues Arbeitsreglement, bessere technische Ausrüstung und eine generelle Einkommenserhöhung. Statt wie bisher etwa ein Flugzeug pro Minute abzufertigen, bewältigen sie nunmehr unter pingeligster Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften nur noch ein Flugzeug alle zehn Minuten, was gerade in der Urlaubs-Hochsaison zu enormen Stauungen und erheblichen Verlusten der Fluggesellschaften und der gesamten Touristik-Industrie führt. Wie nötig dieser Streik ist, wird u.a. an Hand der Tatsache deutlich, daß die Radaranlagen zum größten Teil weit über 20 Jahre alt sind und streckenweise „blinde Zonen" bilden. Dieser ungeheuerliche Zustand wird bisher auf den Knochen und Nerven der Fluglotsen und letztlich auf einem unkalkulierbaren Risiko aller Reisenden aufrechterhalten. Die französische Zeitung „Le Monde" (29./30.8.76) berichtet, daß jetzt erstmals in Spanien die *„internationalen üblichen Regelmaßnahmen"* im Flugverkehr eingehalten werden.

Spanien-Kommission

Türkei 1976: Folter auf der Tagesordnung

Wie wir bereits berichtet hatten, ist die Linke in der Türkei den mörderischen Kommandos der ca. 8.000 „Grauen Wölfe" ausgesetzt, die vom Vizepremier und Vorsitzenden der „Partei der nationalen Bewegung" angeführt werden.

Auf ihr Konto gehen über 173 Überfälle auf linke Genossen, wobei über 70 allein im letzten Jahr ermordet wurden. Diese faschistischen Kommandos genießen den Schutz der rechtsgerichteten Regierung unter Ministerpräsident Demirel.

Immer deutlicher wird auch das Hand-in-Hand-arbeiten zwischen Faschisten und Staatsapparat.

Nach einem Bericht der türkischen Gefangenenhilfsorganisation „Tümand-der" sind in einem Zeitraum von 14 Monaten (Feb. 75-März 76) über 280 Menschen durch Folter schwer verletzt worden, wobei die Dunkelziffer noch weitaus höher liegt. Nach einem Bericht von „amnesty international" vom 1. 2. 76 sind *„seit der Regierung Demirel mindestens 40 Inhaftierte zu Tode gefoltert und über 1.000 schwer verletzt worden."*.

So gibt „Tümand-der" den Bericht eines Vaters wieder, dessen 15-jähriger Sohn gefoltert wurde.

„Mein Sohn war kerngesund, bevor er von der Polizei so schwer gefoltert wurde, daß er jetzt noch wahnsinnig in einer Nervenanstalt liegt!"

So wird über die Folterungen an dem Studenten Aksu aus Istanbul berichtet, dem *„die Finger- und Fußnägel herausgerissen und unter seinen Füßen Zigaretten ausgedrückt wurden"*. Oder seinem Freund Mehmet Sümer wurden *„durch starke Schläge beide Füße zerquetscht, Fingernägel ausgerissen und drei Zähne gebrochen"*. Ort der Handlung war das 1. Polizeirevier in Istanbul. In den Kellern des Polizeipräsidiums in Adana müssen die Verhafteten stundenlang warten, da der „Andrang" so groß ist, ehe sie an die Foltergeräte angeschlossen werden können. Daß die bestialischen Folterer vor nichts zurückschrecken, zeigt der Fall des Arbeiters Abuzer Karahan, dem faschistische Polizisten in Malatya *„zuerst die Haut an den Fußsohlen abschälten.Danach drückten sie kleine Nägel an die wunden Stellen. Später mußte Karahna auf kleinen Glassplittern von zuvor auf den Boden geworfenen Teegläsern laufen. Als er immer noch nichts sagte, blendeten ihn seine Peiniger nach mittelalterlicher Art: Sein rechtes Auge wurde ausgestochen."*

Gestützt werden diese Killertruppen vom BRD-Imperialismus. So liefert die BRD Polizeiwaffen, Panzerfahrzeuge etc. an die Türkei. So hielten sich Anfang des Jahres zwei hohe Polizeioffiziere auf Einladung des rheinland-pfälzischen Innenministers Schwarz in der BRD auf. (Schwarz empfahl kürzlich für die BRD die Benutzung von Handgranaten bei der Polizei.) Die türkischen Folterer studierten auch die Vorführungen der BRD-Polizei bis hin zu Manövern der Anti-Terroristenkommandos beim Bundesgrenzschutz.

In der rechtsradikalen Tageszeitung „Tercüman" versicherten sie nach dieser Informationsreise nun *„besser Jagd auf die Anarchisten machen zu können."*

Nicht umsonst drängeln sich so viele faschistische Staaten darum, ihre Offiziere in der BRD ausbilden zu lassen.

Wen wundert es, daß sich die CDU/CSU solche Parteien, wie die „türkische Gerechtigkeitspartei" zur Bruderpartei aussucht.

„Die türkische Gerechtigkeitspartei will künftig mit ihren deutschen Schwesterparteien CDU/CSU enger zusammenarbeiten. Ein entsprechendes Angebot, das der rheinland-pfälzische Innenminister Schwarz im Auftrag des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl unterbreitete, wurde vom Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei Ministerpräsident Demirel angenommen" (ddp, 13. 8. 76).

Griechenland/Türkei-Kommission

England

TRICO-Frauen kämpfen um gleichen Lohn

Die 350 Arbeiterinnen der Autoteilefabrik TRICO im Westlondoner Vorort Brentford streiken bereits seit Ende Mai für gleichen Lohn, da die männlichen Kollegen in der Scheibenwischerproduktion für dieselbe Tätigkeit ca. DM 30,– mehr in der Woche kriegen.

Am 24. August verkündete ein Schiedsgericht auf Betreiben der Kapitalisten, daß die Forderungen der Frauen unbegründet seien, denn der höhere Lohn der Männer rühre daher, daß sie früher einmal in einer Nachtschicht gearbeitet hätten. Die Frauen hatten gar nicht erst an der Verhandlung teilgenommen, da sie doch nichts anderes erwartet hatten und sie erklärten, daß sie den Kampf weiter führen wollten, obwohl die Gewerkschaftsführung gerne mit den Kapitalisten verhandeln würde. Eine der Vertrauensfrauen:

„Wir gehen einfach nicht wieder an die Arbeit. Wir würden uns ja zum Gespött der Männer machen; so denken wohl alle Frauen. Das Schiedsgericht war eine Farce, nicht auf unserer Seite. Wir gingen davon aus, daß wir dabei unterliegen, aber wir werden schließlich gewinnen! Vielleicht bin ich schon auf Rente, bis wir die Arbeit wieder aufnehmen" („Socialist Worker", 28.8.76).

Der bisherige Streikverlauf ist ein gewaltiger Erfolg für den Kampfeswillen der Kolleginnen:

Obwohl nur 150 Kollegen aus demselben Betrieb mitstreikten, während über 1.000 Männer unter Duldung der Gewerkschaftsführung weiterarbeiteten und obwohl die Streikposten mehrfach nachts unter massiver Polizeiunterstützung von LKW's durchbrochen wurden, organisierten sie im ganzen Land finanzielle und moralische Unterstützung, insbesondere einen Boykott der TRICO-Scheibenwischer (Marktanteil ca. 50 %) bei Ford und British Leyland (Austin, Morris etc.). Während Ford jetzt aus der BRD (!) beliefert wird, werden die Autos von Leyland zum Teil nur mit einem Scheibenwischer verkauft.

England-Kommission



Streikposten am Werkseingang


Bullen prügeln den Weg frei für Streikbrecher-LKW's: Sally Groves, ein Mitglied des Streikkomitees, liegt niedergeschlagen am Boden.

Gesetz für gleichen Lohn – ein Witz

Seit Anfang 1976 ist der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gesetzlich vorgesehen – auf dem Papier: In den ersten vier Monaten gab es etwa 4.000 Streitfälle; davon kamen 1.754 vor ein „unabhängiges" Schiedsgericht und davon wurden nur 18 (!!!) ein Erfolg. Kein Wunder, daß die Frauen von TRICO sich auf sowas nicht einließen! Untersuchungen zeigen:

1. Die Erfolgsaussichten sind in Schottland höher als in England, in Schottland sitzen auch Frauen in den Schiedsgerichten.
2. 70 % der Manager, die ein Drittel der Schiedsrichter stellen, sind grundsätzlich gegen gleichen Lohn.
3. Viele Schiedssprüche sind äusserst frauenfeindlich, z. B. wurde in der „Kraft"-Käse-Fabrik bei Liverpool den Frauen aus der Qualitätskontrolle gleicher Lohn verweigert, da sie nach Aussage der Kapitalisten nicht über einen Laufsteg gehen könnten von einer Abteilung zu einer anderen. Dann könnten ihnen nämlich die Männer unter die Miniröcke sehen ... Die Erklärung der Frauen, daß sie zur Arbeit Hosen trügen und „Mini" ohnehin seit Jahren aus der Mode sei, war dem Gericht egal, so daß diese Frauen weiterhin fast DM 60,– wöchentlich weniger bekommen (nach „Big Flame", August 1976).

England-Kommission

Straßenschlacht in London

Zu den schwersten Straßenschlachten seit Jahren kam es Ende August in London anläßlich des „karibischen Kalypso-Karnevals", einem Fest der Westinder im Stadtteil Notting Hill, zu dem rund 150.000 Menschen zusammengeströmt waren. Auslöser war den Zeitungsberichten zufolge die Verhaftung eines farbigen Taschendiebes durch die Polizei. Spontan ergriffen die umstehenden westindischen Besucher Partei für ihren Landsmann, was den Haß und die schlechten Erfahrungen der ausländischen Bevölkerung mit der britischen Polizei deutlich macht. Sofort griffen die massenhaft anwesenden Bullen mit gezogenen Schlagstöcken an und es entwickelte sich eine Straßenschlacht, bei der rund 600 Menschen – darunter 200 Bullen – verletzt wurden (nach „Neue Zürcher Zeitung", 1.9.76).

Die Schlacht dauerte über fünf Stunden, zwei Polizeiwagen wurden in Brand gesteckt, die Polizei verhaftete über 70 Menschen. Zahlen, die die Erbitterheit, mit der die Westinder kämpften, deutlich werden lassen. Zu viele Provokationen und blutige Einschüchterungen hatte es in den Wochen gegeben. Allein in London kamen in den letzten Wochen fünf Menschen bei rassistischen Angriffen weißer Faschisten und verhetzter Menschen ums Leben: Sie wurden "niedergestochen oder auf offener Straße totgeschlagen („Süddeutsche Zeitung", 3.8.76).

Daß es anläßlich des westindischen Festes zu Auseinandersetzungen kommen würde, war klar. Gerade unter diesem Gesichtspunkt war es eine offene Provokation, daß ein Massenaufgebot von 1.500 Bullen extra zum Einsatz auf dem Fest abgeordnet wurde. Die Prügeleien waren ganz klar eingeplant.

Bereits am nächsten Tag wurden die Strafen gegen die „Rädelsführer" verhängt. 40 bekamen Strafen zwischen DM 50,– Geldstrafe bis zu einem Monat Gefängnis. 20 Westinder wurden wegen „Trunkenheit, illegalem Waffenbesitz und Gewalttätigkeit" verurteilt, weitere 30 warten noch auf ihren Prozeß.

England-Kommission

Arbeitslosigkeit steigt, Streikzahlen sinken

Im August ist die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien über die 1,5 Millionen Marke gestiegen. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 6,4 %, in strukturell schwach entwickelten Gebieten aber bei weit über 15 %. Den Hauptanteil derjenigen, die in den letzten Wochen ihren Job verloren haben, machen Frauen aus: von den 38.520 Arbeitern, die im August ihre Arbeit verloren, waren 38.200 Frauen („Guardian", (G.), 25.8.76). Neben den Frauen sind die Jugendlichen und Schulabgänger besonders betroffen: Nach einer Schätzung des Ministeriums für Beschäftigung (!) sind rund 35 % der Schulabgänger in diesem Herbst ohne Arbeit, an Ausbildungsstellen ist für die meisten nicht zu denken!

In dieser Situation sind neue Sparmaßnahmen angelaufen (s. letzten AK), die diese Entwicklung noch verschärfen werden.

Ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag, den ein „unabhängiges" Allparteienkomitee Ende August machte: Es soll eine staatliche Subventionierung der politischen Parteien eingeführt werden. Bisher finanzieren sich die Parteien in Großbritannien lediglich durch Mitgliedsbeiträge (ein durchschnittlicher Satz von rund 15 % der Parteienfinanzen) oder Spenden. Nach dem Vorschlag sollen aus Steuergeldern jährlich rund 2,25 Mio. Pfund (ca. 13 Mio. DM) locker gemacht werden, wobei natürlich der Löwenanteil an die Tories und Labour geht. („G", 27.8.76).

Befürwortet wird der Vorschlag perverserweise in erster Linie von Labour, außerdem von den Liberalen, abgelehnt wird er von den Konservativen, (mit dem edlen Hinweis auf die Sparmaßnahmen und die wirtschaftliche Situation!) und der revisionistischen Kommunistischen Partei. Die letztere würde allerdings ohnehin nichts vom Kuchen abbekommen, da das Geld nach Parteienproporz entsprechend den Stimmanteilen bei der letzen Wahl verteilt werden soll.

Im Moment wird dieser Vorschlag allerdings kaum ins Parlament gelangen. Es ist den Befürwortern auch etwas peinlich, daß das Komitee gerade jetzt mit seinen Beratungen fertiggeworden ist. Der „Guardian" schreibt: *„Der Sprecher der Liberalen, John Pardoe, sagte, der Zeitpunkt der Empfehlung hätte kaum unpassender sein können. Das sei allerdings kein entscheidendes Argument gegen das Prinzip des Vorschlags"* („G", 27.8.).

Als „gute Nachricht" brachte die bürgerliche Presse die neuen Streikstatistiken im August heraus. Vergleicht man das erste Halbjahr '76 mit dem ersten Halbjahr '75, so ist die Zahl der Streiks um über 30 % gefallen, die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage sogar um fast 60 % zurückgegangen. Die genauen Zahlen sehen so aus:

	Jan-Juli 75	Jan-Juli 76
Zahl der Streiks	1.626	1.112
Zahl der beteiligten Arbeiter	401.200	375.400
Zahl der Arbeitstage	4.536.000	1.834.000

(aus „Guardian", 27.8.76)

Trotz dieser in diesen Zahlen zum Ausdruck kommenden relativen Ruhe innerhalb der Arbeiterklasse, versucht die Gewerkschaftsführung einem Aufflammen der Kampfbereitschaft schon jetzt vorzubeugen: *„Erfahrene Gewerkschafter* (gemeint sind die Gewerkschaftsführer – AK) *haben jetzt im Gespür, daß die steigende Arbeitslosigkeit die Forderung nach einer Revision der Tarifpolitik provozieren wird, wenn der Gewerkschaftstag in zehn Tagen in Brighton eröffnet wird. Sie sind bereits jetzt vorbereitet auf einen Sturm des Protestes gegen die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen und über das Sinken des Lebensstandards durch die Einkommensbeschränkungen, aber sie würden gern zum Kongreß gehen mit Versprechungen seitens der Regierung in der Tasche, daß bald mehr Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ergriffen werden"* („G", 26.8.).

Wie genügsam man hinsichtlich dieser „Versprechungen" seitens der Regierung ist, zeigen die Äußerungen von Len Murray, dem Generalsekretär des TUC (Gewerkschaftsdachverband), der von der Regierung lediglich erwartet, daß sie *„zumindest empfänglich für die Pläne der Arbeiterbewegung ist, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen oder, am besten, auch bereit ist, nach einigen Vorschlägen des TUC zu handeln"* („G", 26.8.76).

Diese „Vorschläge" sind nicht etwa sofortige Wiedereinführung der Tarifautonomie, Lohnerhöhungen, die über der Inflation liegen usw., sondern „Importkontrollen", Wiedereinführung von Lebensmittelsubventionen u.ä..

Ron Hayward, Generalsekretär der Labour-Party bekam es tatsächlich fertig, die immer mieser werdende Lage der englischen Arbeiter als Meilenstein auf dem Weg zu Sozialismus darzustellen: Er gab zwar zu, daß es nötig wäre *„noch sehr viel mehr (?!) zu tun"*, um eine *„faire und gerechte Gesellschaft aufzubauen"*. Aber: *„Keine Regierung kann einen wirklich demokratischen Sozialismus in einem Zeitraum von zwei Jahren aufbauen"* („G", 26.8.76). Nein, das kann man wirklich nicht verlangen. Aber daß es in dieser Richtung längs geht, ist ja schon äußerst beruhigend!

England-Kommission

Irland

Frauen wollen Frieden – Männer Krieg?

Während in der westdeutschen Presse kaum etwas über die Situation in Nordirland berichtet wird, z.B. vom Terror der 17.000 Mann starken britischen Armee gegenüber der Bevölkerung, von den verheerenden Zuständen im Konzentrationslager Long Kesh usw. fanden in den letzten Wochen mehrere Demonstrationen nordirischer überwiegend katholischer Frauen, breiteste Aufmerksamkeit und Zustimmung in der Presse.

Die Demonstrationen fanden an drei aufeinanderfolgenden Wochenden statt. Die erste am 14. August mit 5.000 Teilnehmern, die zweite mit 20.000 Teilnehmern. Am dritten Wochenende fand neben der Demonstration in Belfast mit 30.000 Teilnehmern ebenfalls eine Demonstration in Dublin (Hauptstadt der Republik Irland) mit 20.000 Teilnehmern statt. Die Demonstrationen hatten angeblich zum Ziel, *„daß vielleicht die Frauen und Mütter dem Wahnsinn ihrer Männer (einer Minderheit der Männer, man darf es nie vergessen!) Einhalt gebieten können"* („Süddeutsche Zeitung", (SZ) 14.8.76).

Neben der Lüge, daß der Kampf in Irland Austragungsort für konfessionelle Widersprüche zwischen Protestanten und Katholiken sei, gesellt die bürgerliche Presse nun die Lüge, daß es Widersprüche zwischen „friedliebenden" Frauen und Müttern und „verhetzten, terroristischen" Männern gäbe.

Frauen sollen gegen ihre Männer aufgehetzt werden

Die Initiative „Mütter für den Frieden" wurde von Betty Williams, einer Frau aus *„ziemlich mittleständischem Milieu"* („Frankfurter Rundschau", 16.8.76) gegründet. Der unmittelbare Anlaß war der Tod von vier Kindern, die Anfang August ums Leben gekommen waren. Drei der Kinder starben, als britische Soldaten in einer belebten Straße das IRA-Mitglied Daniel Lennon am Steuer seines Wagens erschossen. Der führerlose Wagen raste in die Menschenmenge und erfaßte eine Mutter mit drei Kindern. Die Kinder waren auf der Stelle tot, die Mutter kam schwerverletzt ins Krankenhaus.

Das vierte Kind war ein zwölfjähriges Mädchen, das zur gleichen Zeit in Armagh ums Leben kam. In der „Frankfurter Rundschau" vom 16.8. hieß es dazu, *„diesmal (?) war – nach Angaben der Polizei – das Feuer britischer Soldaten die Ursache"*. Der Tod der vier Kinder, der nachweislich auf das Konto der britischen Besatzer geht, wurde zum Anlaß für eine Demonstration genommen, auf der 10.000 Menschen, überwiegend Frauen, ein *„Ende der Gewalt in Nordirland"* („SZ", 16.8.) forderten.

Gleichzeitig organisierte die Initiative „Mütter für den Frieden" eine Unterschriftensammlung, mit der angeblich *„die F r a u e n aus allen Bevölkerungsschichten"* („Bild" vom 15.8.76) für Frieden sorgen wollten.

Die Forderungen, sowohl der religiös ausgerichteten Frauendemonstration wie auch der Unterschriftensammlung waren aber mitnichten die schlichte Beendigung der Schießereien, der Abzug der britischen Militärs usw., sondern sie richteten sich einseitig gegen die IRA. *„Provos Raus"* lautete der Text der Unterschriftensammlung und die Organisatorin der Demonstration, Betty Williams, formulierte es so: *„Wir wollen den Terroristen und paramilitärischen Organisationen zeigen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung sie loswerden will"* („SZ", 16.8.).

Davon, daß die große Mehrheit der irischen Bevölkerung die britische Besatzung loswerden will, spricht sie bezeichnenderweise nicht.

So gern die Bourgeoisie t a t s ä c h l i c h feststellen würde, daß die Frauen der irischen Arbeiterklasse sich gegen ihren eigenen Befreiungskampf wenden würden, so klingt doch in der bürgerlichen Presse an anderer Stelle durch, daß es mehr die *„Hoffnung (!) auf einen Aufstand der Frauen"* („SZ", 13.8.) ist, die die Bourgeoisie hegt, und daß die Demonstration in Belfast mehr eine wohlinszenierte Kampagne zur Spaltung der irischen Bevölkerung war als tatsächlicher Ausdruck eines schwindenden Widerstandes.

So läßt sich nicht verheimlichen, daß die breitangelegte „Friedenskampagne" der Betty Williams in den Arbeitervierteln von Belfast nicht auf ungeteilten Beifall stieß. Auf ihrem Sing- und Betmarsch wurden die Demonstranten *„mehrere Male von IRA-Anhängern beschimpft"* („SZ", 16.8.), und ihre Unterschriftensammlung erhielt an den Türen der Arbeiterhaushalte lediglich 5.000 Unterschriften – für eine große Industriestadt nicht gerade viel.

Der „Friedensmarsch" war in Wirklichkeit eine Anti-IRA-Kampagne, die ganz besonders bei den Frauen an ihrem – berechtigten – Wunsch nach Frieden anknüpfen soll und die Trauer um gefallene und die Angst um noch lebende Angehörige im Sinne der Bourgeoisie nutzen soll.

Großbritannien will Terror wieder verstärken

Diese Aktion muß in Zusammenhang damit gesehen werden, daß die britische Regierung in Nordirland scheinbar wieder eine härtere Gangart einschlagen will. Im Verlauf des letzten Jahres erweckte die britische

Fortsetzung Seite 10

Ausnahmezustand in der Republik Irland

Ende August wurde das irische Parlament von Premierminister Cosgrave aus der Sommerpause zurückgerufen, um über neue Maßnahmen zur „Terroristenbekämpfung" zu beraten. Nach zweitägiger Diskussion wurde am 1. September beschlossen, den Ausnahmezustand über die Republik Irland zu verhängen. Diese Notstandserklärung ist erforderlich, weil einige der Gesetzesvorlagen gegen die derzeitige irische Verfassung verstoßen und im Gesetz garantierte Bürgerrechte einschänken sollen. Konkret geht es dabei um ein Ermächtigungsgesetz, das der Polizei das Recht gibt, „verdächige Personen" nicht mehr wie bisher zwei, sondern sieben Tage festhalten zu können, ohne jeglichen Beweis, ohne irgendeinen konkreten Verdacht.

Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, womit in der nächsten Woche gerechnet wird, soll ein weiteres Paket von „Antiterrormaßnahmen" folgen. Diese sollen Bestandteil des normalen Strafrechts werden. Es geht dabei um folgende Maßnahmen: Allein für die IRA-Mitgliedschaft soll die künftige Höchststrafe sieben statt bisher zwei Jahre betragen (die IRA ist in der Republik Irland verboten). Bereits nach dem z.Z. geltenden Recht genügt die Aussage eines Polizeioffiziers im Zeugenstand, um einen Angeklagten wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation" zu verurteilen.

Wer sich nachweislich an IRA-Aktivitäten beteiligt, muß mit 15 Jahren Gefängnis rechnen.
Bei den geplanten Gesetzen soll nicht nur zum Schlag gegen die „Terroristen" selbst ausgeholt werden, sondern auch gegen alle, die die IRA in irgendeiner Weise unterstützen. Wer Propaganda für die IRA betreibt, muß mit Gefängnisstrafen rechnen. Für Beteiligung an unerlaubten Demonstrationen und Versammlungen wird Haft bis zu einem Jahr angedroht. Ebenso ist die Einführung neuer Tatbestände vorgesehen: So soll selbst „Anstiftung zu IRA-Mitgliedschaft" unter Strafe gestellt werden.

Des weiteren ist geplant, dem irischen Militär, das bisher eine relativ unbedeutende Rolle spielte, neue Vollmachten zu geben. Es soll künftig eigenständig Verhaftungen und Hausdurchsuchungen vornehmen können. Für eine Militärrazzia ist lediglich der Antrag eines einzelnen Polizisten notwendig.

Dieses Vorgehen des südirischen Staates ist nicht nur ein neuer schwerer Schlag gegen die irische nationale Bewegung. Es ist weiter ein Beispiel dafür, wie mit Hilfe von Notstandsregelungen verfassungsmäßige Rechte außer Kraft gesetzt werden und ein Klima der Angst erzeugt werden kann. Schließlich richtet sich diese Politik nicht nur gegen die IRA, sondern gegen alle fortschrittlichen irischen Kräfte.

Schon seit Jahren sind Versuche im Gange gewesen, die Bewegungsfreiheit der IRA in der Republik Irland einzuengen. Dabei mußten zwei Widerstände überwunden werden. Erstens verträgt sich eine Verfolgung der IRA nicht mit dem Image, das sich die Republik Irland gegeben hat. Obwohl die Republik völlig von England abhängig ist, stellt sie sich als Ergebnis der irischen Revolution von 1916 und des Kampfes der historischen Irisch Republikanischen Armee dar. Einige der Helden der IRA werden offiziell gefeiert. Zweitens ist die IRA auf Grund ihrer großen Tradition im Volk verankert. Die jetzige Verschärfung der Verfolgung der IRA in der Republik ist nur ein Schritt in der Kette der Maßnahmen gegen den revolutionären Geist des irischen Volkes.

Hierbei wird die Kriegsmüdigkeit ausgenutzt, die nach nunmehr sieben Jahren erfolglosen Kampfes herrscht. Die IRA-Provisional hatte sich im letzten Jahr von den Imperialisten in die Falle locken lassen. Sie schloß einen Waffenstillstand mit den Briten in Nordirland und versprach sich davon einen baldigen Abzug der Briten. Durch ihre offizielle Zusammenarbeit mit den Briten ist sie nun ideologisch völlig unglaubwürdig geworden. Die IRA-Official dagen exisiert nur noch bei Traditionsfesten im verborgenen. Zugunsten der Lösung der großen politischen Probleme hat sie auf den bewaffneten Kampf verzichtet, was angesichts der brutalen Besetzung durch die Briten dazu geführt hat, daß sie politisch in einem Abseits zwischen Revisionisten und Pazifisten gelandet ist. Die neugegründete IRSP schließlich ging in Schießereien mit der IRA-Official politisch unter, womit auch die Hoffnung auf eine alternative sozialistische Politik vorerst gestorben ist.

Man wird nun sicherlich nicht alle als Mitglieder der IRA-Provisional in der Republik Irland bekannten Leute verhaften. Die neuen Gesetze sind vor allem ein politisches Instrument, das einmal mehr die jetzige Schwäche der Republikanischen Bewegung zeigen soll. Es soll ein Klima der Angst geschaffen werden, das die IRA noch weiter von der Bevölkerung isoliert. Der nächste Schlag wird dann sicherlich in Nordirland folgen, wenn sich die IRA noch weniger als bisher auf ihre südirischen Basen stützen kann. Es ist sehr wichtig zu sehen, daß die neuen Gesetze offenbar nicht ausdrücklich von der IRA, sondern allgemein von „illegalen Organisationen" sprechen. Der jetzige Angriff auf die IRA ist deshalb ein Teil des Angriffs auf alle fortschrittlichen irischen Kräfte. Dafür ist auch ein Beweis, daß das Auftreten der IRA in der Republik für die Ausrufung des Notstandes in keiner Weise ausreicht. Zwar wurde vor kurzem der britische Botschafter in der Republik umgelegt, aber es ist nicht nachgewiesen, daß es die IRA war. Diese Methode ist bekannt....

Es gibt allerdings einen Anlaß, der für die irische Bourgeoisie schwerer wiegt: Obwohl die Lage der Bevölkerung in Irland schon schlecht genug ist, sollen in Zukunft Ausbeutung und Plünderung des Landes durch die Imperialisten aus England und der EG noch verschärft werden. In der Republik Irland herrschen große Arbeitslosigkeit und Armut. Die Landbevölkerung lebt teilweise unter dem Existenzminimum. Inflation und Elend sind das Ergebnis des rücksichtslosen Ausverkaufs des Landes. Bodenschätze und Erzeugnisse der Landwirtschaft bringen nur den ausländischen Kapitalisten Gewinn. Es gibt keine irische Industrie, sondern alle Konsumgüter werden importiert. Im Rahmen des wirtschaftlichen Wettrüstens in der EG soll diese Situation planmäßig noch verschärft werden.

Aus diesem Grunde werden jetzt alle Mittel für den staatlichen Terror geschaffen, aus diesem Grunde enthält die neue Gesetzgebung Bestimmungen über den Einsatz der Armee im Innern. Diese Gesetze und ihre Anwendung sind Hebel, mit deren Hilfe in der Republik Irland die Proteste der Bevölkerung unterdrückt werden sollen. In dem entstehenden Klima wird Raum sein für die reaktionären und faschistischen Kräfte, die in Nordirland schon seit Jahre ihren Terror verbreiten.

Irland Kommission

Fortsetzung von Seite 9

Regierung den Anschein, als ob sie zu Zugeständnissen bereit wäre oder die Situation in Nordirland zumindest irgendwie befriedigen wolle. So wurden bis Ende letzten Jahres alle Internierten, d.h. Gefangene, die ohne Gerichtsurteil festgehalten werden, freigelassen und zum anderen gab es großes Debakel um politische Lösungsversuche. Die britische Regierung erweckte den Anschein, daß sie ja bereit wäre sich aus Nordirland zurückzuziehen, wenn die Nordiren in der Lage wären, sich selber zu regieren. Das Ende dieser Phase der Scheinzugeständnisse wurde im März diesen Jahres mit dem endgültigen Scheitern der politischen Lösungsversuche bekanntgegeben. Nordirland ist also weiterhin unter direkter Kontrolle der britischen Regierung. In den letzten Wochen wurden Stimmen von Befehlshabern der britischen Armee und Noririschen Politikern laut, die Nordirlandminister Rees auffordern, noch schärfer gegen den „Terrorismus" vorzugehen. Sogar die Forderung nach Wiedereinführung der Internierung wurde laut.

Einher mit dieser geplanten Verschärfung des Terrors geht der Versuch, die Spaltung innerhalb der nordirischen Bevölkerung zu vertiefen.

In diesem Sinn sind die Demonstrationen der letzen Wochen kein Votum d e r F r a u e n der irischen Arbeiterklasse gegen den Befreiungskampf, sondern eine geplante und gut organisierte politische Kampagne der britischen Bourgeoisie.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg
und Irlandkommission

Streik der Bankangestellten in Irland

Durch einen Streik brachten die Bankangestellten der Republik Irland das Geschäftsleben arg durcheinander. Dieser Streik traf in erster Linie die „Großen Leute", mußen sie doch ihre Geschäfte bar abwicklen. Sie zogen sozusagen mit Koffern voll Geld umher, denn Schecks wurden nirgends mehr akzeptiert. Diese Lehre hatten sie aus einem früheren Bankstreik gezogen, der in einem Chaos von Konkursen, Scheckbetrug, Kontoüberziehung etc. geendet hatte. Selbst bei Geschäftspartnern, die sich gegenseitig trauten, ging der Austausch von Schecks nur bis zu gewissen Grenzen und das auch nur mit Gegenzeichnung eines Bankfilialleiters.

Am 23.8. ging der Streik der rund 10.000 Bankangestellten der vier größten Banken zu Ende. Das Aufatmen, das durch die Reihen der Kapitalisten ging, kam allerdings schnell wieder ins Stocken: Die Kollegen haben beschlossen, im Anschluß an den Streik in Urlaub zu gehen und zwar alle!

Ein erfreulicher Gedanke:
Wenn die Kapitalisten erschöpft vom vielen „Koffer voll Geld hin und her tragen" auf die Barhocker sinken, werden sie mit einer „Bekanntmachung" der Wirte konfrontiert, die da lautet: *„Banken schenken kein Bier aus, Pubs lösen keine Schecks ein"* (alle Angaben lt. „FR" vom 24.8.76).

Betriebszelle Hamburg-Mannheimer
KB/Gruppe Hamburg

Niederlande

Parasiten

Königin Juliana, derzeitiger Leitwolf der Oranien-Sippe, gilt als reichste Frau der Welt. Ein Teil ihrer Reichtümer stammt noch aus der Zeit, als niederländischer Adel und Bourgeoisie Kolonien in Asien und Afrika ausbeuteten und über Handelskompanien (teilweise direkt unter Leitung der Oranier) die Völker der Welt ausplünderten.

Indes hatte schon Julianas Mutter, Wilhelmina, die Zeichen der Zeit verstehend, frühzeitig auf das Kouponschneiden umgesattelt: So hat jede vor rund 75 Jahren für 1.000 Goldgulden von Wilhelmina gekaufte Shell-Aktie heute einen Wert von 11 Mio. Gulden (1 Gulden entspricht 1 DM).

Derzeit hält das Königshaus Aktienpakete bei der Luftfahrtgesellschaft KLM, beim Phillips-Konzern, beim Stahlunternehmen Hoogovens, den Flugzeugwerken Fokker, dem Unilever-Konzern, beim Brauereiunternehmen Heiniken, dem Chemiekonzern Akzo und bei Royal/Shell, dazu ein Aktienpaket im Nennwert von 66 Mio. Mark bei der amerikanischen Anaconda Company (die u.a. die chilenischen Kupfervorkommen ausbeutete). Juliana besitzt außerdem Juwelen und Kunstwerke von immensem Wert, Ländereien (Teile von Manhattan), das New Yorker Feudalhotel Waldorf Astoria, Schlösser und Villen in den Niederlanden.

Die Jahresbezüge der Königin belaufen sich 1976 auf 4,1 Mio. Gulden, Prinz Bernhard erhält 798.000 (die natürlich durch seine zahlreichen Aufsichtsratsposten, öffentlichen Ämter und nicht zuletzt „Geschenke" noch um ein Vielfaches vermehrt werden), Tochter Beatrix 938.000 und deren Mann Claus von Amsberg, 837.000 Gulden. Diese Bezüge sind „dynamisiert", d.h. sie werden jeweils der Geldentwertung angepaßt (wofür die niederländischen Gewerkschaften bisher vergeblich kämpfen mußten!). Die Unterhaltskosten für die Schlösser werden vom Staat (also aus dem Geldbeutel der Werktätigen) getragen, für das Schloß Soestdijk bekam Juliana alleine zehn Mio. Gulden.

Julianas gesamtes Vermögen wird auf 3,8 Milliarden Mark geschätzt, das eine jährliche Rendite von 120 Mio. abwirft. Ihr gesamtes Einkommen ist, Privileg des Königshauses, völlig steuerfrei.
(Informationen nach „Spiegel" 8/76)

Taxifahrer besetzen Zentrale

Klammheimlich und in der Nacht holte der – angeblich in Geldnöte geratene – Besitzer der Doordrechter Taxi-Zentrale alle 15 Wagen aus der Garage und verkaufte sie in eine andere Stadt. Den Taxenfahrern wurde schriftlich mitgeteilt, daß sie entlassen seien und daß für die Ausbezahlung der Löhne kein Geld mehr da wäre.

Umgehend besetzten die 15 Fahrer und andere Kollegen des Betriebes die Zentrale; um ein weiteres Druckmittel gegenüber dem Unternehmer zumindest für die noch ausstehenden Löhne in der Hand zu haben, „beschlagnahmten" sie vier Busse, die noch in der Zentrale standen.

Die Aktion wird durch den Transportverband der Niederländischen Gewerkschaftsföderation (1975 erfolgter Zusammenschluß der christlichen und sozialistischen Gewerkschaften) unterstützt. Die Besetzung, so die Kollegen, kann etwa drei Wochen gehalten werden. (Nach „De Telegraaf", 27.8.76)

Ein Genosse der Bezirksgruppe
Barmbek-Nord
KB/Gruppe Hamburg

Prinz Bernhard, vom SS-Mitglied zum „königlichen Kaufmann"

Der „*königliche Kaufmann*" („FAZ", 28.8.) begann seinen Aufstieg aus verarmtem pommerschen Adel als Referendar bei IG Farben (u.a. Hersteller des Zyklon B für die KZ's) und SS-Mitglied. Nach seiner Verlobung mit der damaligen Thronfolgerin der Niederlande, Juliane, stürtzte er sich mit solchem Eifer im Handelshaus Nederlandsche Handel-Maatschappij in die neue Beschäftigung, daß ein Freund warnte: *„Das bekommt dir nicht ... wenn du so sehr nach Schuldverschreibungen und Pfandscheinen hascht"* (zit. nach „Spiegel", 8/76).

Bernhard indes stand der Sinn nach Höherem: Bis zur Verlobung mit Juliana war es ihm opportun erschienen, Mitglieder der SS-Mörderbande zu sein; als Prinz schuf er sich nach der Okkupation der Niederlande durch die faschistische Armee durch Bomberpiloteneinsätze von England aus gegen Deutschland einen Ruf als „Widerstandskämpfer". Und er wurde reich belohnt: Er wurde zum General der Luftwaffe, General des Heeres und Admiral der Marine, 1953 zum Generalinspekteur der Luftwaffe und schließlich 1970 zum Generalinspekteur der gesamten Streitkräfte ernannt. In dieser Funktion ist er direkt dem Verteidigungsminister unterstellt, kann diesem gegenüber Empfehlungen hinsichtlich aller die Streitkräfte betreffenden Probleme aussprechen, **„also auch den Kauf neuer Flugzeuge anregen"** („FR", 28.8.). Weiter ist er befugt, jederzeit an allen militärischen Besprechungen teilzunehmen, die Truppen zu besuchen und den Kommandanten Anweisungen allgemeiner Art zu geben.

Außer diesen äußerst einflußreichen militärischen Positionen hatte Bernhard weitere rund 300 öffentliche Ämter inne, darunter

- Mitglied des Staatsrats, des höchsten Gremiums zur Beratung der Königin und des Parlaments
- Mitglied des Verteidigungsrats
- Aufsichtsratsvorsitzender zahlreicher niederländischer Konzerne (darunter auch ein „Sonderberaterposten" bei der KLM)
- Ehrenschirmherr des „Europäischen Management-Symposiums" 1976 in Davos
- Vorsitzender der Bilderberg-Konferenz
- Vorsitzender der Europäischen Kulturstiftung
- Vorsitzender des Welt-Naturschutz-Fonds
- Regent des kulturfördernden Prinz-Bernhard-Fonds usw. usf. ...

Nicht nur durch seine Posten beim Militär und der Regierung, in Stiftungen und Aufsichtsräten leistete Bernhard der Bourgeoisie vorzügliche Dienste. Er bemühte sich auch höchstpersönlich, den niederländischen Handel – nach der Devise „Schmieren und schmieren lassen" – zu beleben. Er verkaufte eine Zuckerfabrik in Äthiopien, Fokker-Flugzeuge im Sudan, Eisenbahnen an Argentinien.

So wurde Bernhard der „Chefhandelsreisende der Nation" („Welt", 23.4.76) und die amerikanische Illustrierte „Life" charakterisierte schon 1960 sein Problem ganz richtig als sie über Bernhard schrieb: *„Das ständige persönliche Dilemma für Mitglieder einer königlichen Familie besteht nicht so sehr darin, wie sie handeln, sondern wie sie es vermeiden, in kompromittierende Aktivitäten hineingezogen zu werden."* Eben: Tun dürfen sie alles, nur nicht dabei erwischen lassen!

Prinz Bernhard der Niederlande über den Lockheed-Skandal gestolpert

In Holland ist Prinzgemahl Bernhard von einem großen Teil seiner öffentlichen Posten zurückgetreten, unter anderem von dem des Generalinspekteurs der niederländischen Streitkräfte. Zu stark waren die Beweise für seine Bestechlichkeit, so daß seine Position nicht mehr zu halten war. Der Abschlußbericht der Untersuchungskommission, den Ministerpräsident den Uyl letzte Woche dem Parlament vorlegte, weist nach, daß Prinz Bernhard *„viel zu leichtfertig sich in Transaktionen begeben hat, die den Eindruck erweckten, daß er für Gunstbeweise anfällig war"* (nach „FAZ" 28.8.76). Dem Parlament wurde dieser Untersuchungsbericht zusammen mit einer Erklärung des Prinzen vorgelegt, wo er sein Verhalten „bedauert".

Alle regierungstragenden Parteien sind sich darin einig, daß Königin Juliane aus allem herausgehalten werden soll, im Gegenteil, alle bezeugen jetzt ihre besondere Hochachtung vor der Königin, fordern sie auf, nur ja nicht jetzt zurückzutreten. Nur auf Grund der Existenz eindeutiger Beweise für seine Bestechlichkeit ist es jedoch soweit gekommen, daß die Position des Prinzen unhaltbar wurde. Andererseits wird es von der „Donnerkommission" und von der Regierung abgelehnt, strafrechtlich gegen den Prinzen und seine kleinen „persönlichen Schwächen" vorzugehen. Diese Rücksicht wird bei einem normalen Sterblichen – wo es sich in solchen Fällen nie um eine ähnliche Größenordnung handelt – nicht genommen. Auch wird so getan, als könne ihm nichts konkretes nachgewiesen werden. So wird behauptet, daß ein Geschäft mit einer schriftlich zugesagten Zahlung von einer Million Dollar am Schluß gar nicht zu Stande gekommen sei. Die Sache ist eindeutig: Es wird vertuscht, wo es geht, um die Monarchie zu retten, anstatt an diesem Beispiel die Monarchie und deren Hintermänner durch ihre eigene Praxis zu entlarven.

In dem Untersuchungsbericht wird im übrigen beiläufig noch auf die Rolle von Strauß bei der Beschaffung des Starfighters für die Niederlande hingewiesen. Er gab letzten Endes auch den Ausschlag dafür, daß die Niederlande dieses Flugzeug auch anschafften. In der BRD konnte bisher der Lockheedskandal weitgehend unterdrückt werden. Die Bundesregierung hat (nach einer Meldung der „FR" vom 1.9.76) von den USA weitere 30.000 Seiten Aktenmaterial aus den USA angefordert, da das bisherige Material „Anlaß gegeben hat", weiteres Material anzufordern. Andererseits soll das bisherige Material nicht viel hergegeben haben. Fest steht auf alle Fälle, daß das neue Material vor den Bundestagswahlen nicht gesichtet werden wird.

Antimiltarismuskommission



Frauen



Frauenhäuser – ein Kampfziel für die Frauenbewegung?

Vier Millionen Frauen in der BRD sind im letzten Jahr von ihren Ehemännern verprügelt worden, wobei die Dunkelziffer der mißhandelten Frauen vermutlich weit höher liegt.

Das bis 1978 noch gültige Ehe- und Scheidungsrecht benachteiligt eindeutig die Frau: Sie muß später vor Gericht glaubhaft beweisen können, daß der Mann sie geschlagen bzw. mißhandelt hat, sonst kann ihr Scheidungsgesuch abgelehnt werden. Wenn sie aus Angst vor weiteren Mißhandlungen die gemeinsame Wohnung verläßt, so gilt das als „böswilliges Verlassen" und sie kann schuldig geschieden werden, so daß der Ehemann keinen Unterhalt zu zahlen hat, was für die Frauen ohne Ausbildung heißt, sich als Putzfrau oder als Hilfsarbeiterin ihren und ihrer Kinder Lebensunterhalt zu verdienen. Obwohl das 1978 in Kraft tretende Ehe- und Scheidungsrecht die Frage der Unterhaltszahlung nicht mehr vom „Schuldprinzip" abhängig macht, ist doch keine wesentliche Änderung für mißhandelte Frauen von diesem Gesetz zu erwarten.

Denn auch dann noch müssen mißhandelte Frauen vor Gericht beweisen können, daß sie von ihrem Mann geschlagen worden sind, bevor ihrem Scheidungsgesuch stattgegeben wird.

Diese Gesetze sind Gesetze einer kapitalistischen Gesellschaft, die zwar unter der Devise „Schutz der Familie" in private Entscheidungen eingreift (Beispiel § 218), aber sich andererseits jeder Verantwortung

zwar unter der Devise „Schutz der Familie" in private Entscheidungen eingreift (Beispiel § 218), aber sich andererseits jeder Verantwortung

zu entziehen versucht. Die kapitalistische Unterdrückung macht nicht vor der häuslichen Fußmatte halt, sondern findet natürlich ihren Fortgang in der Ehe, in der Familie.

Der Mann, der in einem kapitalistischen Arbeitsverhältnis tagtäglich kaputtgemacht, schikaniert und unterdrückt wird, versucht dann – oft unter Alkoholeinfluß – die dort erlittene Unterdrückung weiterzugeben: Die Opfer sind dann meist die Ehefrau und die Kinder, die ihm „von Rechts wegen" ausgeliefert sind und diese Mißhandlungen dann zu ertragen haben.

Die Frau lebt zwar unter noch schwierigeren Bedingungen als der Mann durch ihre Doppelbelastung, aber sie ist eben nach dem Gesetz dem Mann zugehörig und kann sich gegen die Mißhandlung meist nicht wirksam zur Wehr setzen. Von den Kindern ganz zu schweigen. Sie sind geradezu Leibeigene.

Die Öffentlichkeit horcht auf

In letzter Zeit haben Frauen und Frauengruppen verstärkt auf dieses bis dahin meist totgeschwiegene Problem aufmerksam gemacht.

Viele Initiativen aus Frauengruppen (in fast jeder größeren Stadt) haben sich gebildet, um für eine „Zufluchtsstätte für mißhandelte Frauen" zu kämpfen – für ein Frauenhaus!

Mit Unterschriftensammlungen, Petitionen an den Senat und Spendengesuchen bei „verständnisvollen" Personen versuchen Frauenhausinitiativen, Unterstützung für ihr Projekt zu erhalten.

„Wenn das was würde mit Ihrem Frauenhaus – ich wäre froh, das können Sie mir glauben", sagte ein Polizist, als er an einem Informationsstand der Projektgruppe vorbeiging. „Denn auch ein Polizist hat keinen Ausweg parat, wenn ihn beispielsweise Nachbarn auf das Schlachtfeld einer ehelichen Auseinandersetzung rufen" („BP", 30.5.76).

Frauenhaus – eine Aufgabe für Frauengruppen?

Frauenhaus – eine Aufgabe für Frauengruppen?

Der Ausspruch des Polizisten macht die Haltung des bürgerlichen Staates zu diesen Initiativen deutlich: Auf der einen Seite ist man froh, daß sich jemand dieses Problems annehmen will, auf der anderen Seite will der Staat – obwohl verantwortlich für die Zustände – möglichst wenig dafür berappen, denn Geld ist natürlich für so etwas nie da. Die Frauengruppen haben dieses Problem der mißhandelten Frauen in die Öffentlichkeit getragen und eine öffentliche Diskussion darüber in Gang gesetzt. Das ist wichtig und notwendig gewesen, aber viele Frauengruppen stecken jetzt schon ihre Hauptkraft in die Suche nach einem passenden Haus, in Bittschriften an den Senat usw.

Hochhäuser bauen?

Der Kampf gegen die Mißhandlung von Frauen wird doch nicht über das Einrichten von Frauenhäusern geführt, denn wie zahlreiche Erfahrungen aus anderen Ländern beweisen, können gar nicht soviel Frauenhäuser eingerichtet werden, wie Frauen aufgenommen werden wollen.

Auf die Frage nach ihrer Perspektive, nach ihren unmittelbaren Forderungen antwortete Erin Pizzey, Initiatorin von Frauenhäusern in England: *„Genügend Geld und Häuser, bis das Problem im ganzen Land gelöst ist. Wir wollen das Problem gelöst haben. Keine Politik – keine Gesten ..."*. Aber das Problem, daß Frauen mißhandelt werden, löst man doch nicht über Frauenhäuser, sondern nur über einen politischen Kampf gegen die Zustände in einer Gesellschaft, die zuläßt, daß Frauen und Kinder geschlagen werden, daß Menschen unterdrückt werden, daß Menschen ausgebeutet werden. Dieses Problem löst man doch wirksam nur, indem man die Frauen für den Kampf gegen ihre Unterdrückung gewinnt, sie zu einer politischen Kraft werden läßt, die für eine repressionsfreie Gesellschaft kämpft. Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht suchen, sind in einer Situation, wo sie vor allem das Problem im Kopf haben, wie sie ihre Schwierigkeiten meistern: Neue Wohnung,

tion, wo sie vor allem das Problem im Kopf haben, wie sie ihre Schwierigkeiten meistern: Neue Wohnung,

Arbeit, Kinderunterbringung – oder genügend Mut schöpfen, um zum Ehemann zurückzukehren. Unter diesen Bedingungen wird eine Politisierung sehr schwierig sein, und die wollen wir doch erreichen.

Frauenhäuser sind Aufgabe des Staates, denn er trägt schließlich die Verantwortung für diese Zustände. Der Staat soll Zufluchtsstätten einrichten für mißhandelte Frauen; auch die Forderung nach Selbstverwaltung ist richtig, denn die Frauen, die dort Zuflucht suchen, müssen selbst über die Bedingungen des Hauses bestimmen können, wenn ihnen überhaupt der Sinn danach steht. Aber Frauengruppen, die gegen die Unterdrükkung der Frauen in dieser Gesellschaft kämpfen, sollten sich nicht diese Aufgabe aufs Auge drücken lassen, die nicht gegen die Zustände in dieser Gesellschaft gerichtet ist, sondern nur die schlimmsten Auswüchse erträglicher machen soll, und die sowieso nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Für den Staat ist diese Lösung die

die sowieso nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Für den Staat ist diese Lösung die

beste: Frauengruppen rackern sich ab für Geld, Haus usw. zur Einrichtung eines Frauenhauses – und wenn sie es geschafft haben, werden sie völlig eingespannt sein in die Verwaltung dieses Frauenhauses. Und falls sich dort politisch mißliebige Tendenzen abzeichnen, wird der Staat es sich nicht nehmen lassen, die Frauenhäuser zu schließen , die dort arbeitenden und lebenden Frauen selbst zu mißhandeln, politische Bedingungen zu stellen usw. Auf diese Art und Weise hat er eine Bewegung unter seine Kontrolle gebracht, die zu einer starken politischen Kraft werden könnte; hat er die Frauenbewegung funktionalisiert zu einer Art freiwilliger Sozialarbeit. Frauenhäuser sind notwendig und wichtig für mißhandelte Frauen, die Frauengruppen sollten auch immer eine Kontrolle ausüben, wie diese Häuser geführt werden, aber darin aufzu-

engruppen sollten auch immer eine Kontrolle ausüben, wie diese Häuser geführt werden, aber darin aufzu-

gehen, dem Staat diese Aufgabe abzunehmen, so leicht sollten wir es der bürgerlichen Gesellschaft nicht machen. Nicht Sozialarbeit sondern nur der Kampf gegen diese Gesellschaft wird unsere Situation verändern.

FRAUEN, MÄNNER, KINDER – WEHRT EUCH GEGEN EURE SCHINDER!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Das Frauenhaus im Londoner Vorort Chiswick


Mütter mit ihren Kindern unter Erin Pizzays Schutz

Auch in Holland

Kampf für das Recht auf Abtreibung

Niederländische Frauen hatten den Versuch des Justizministers van Agt, die Abtreibungsklinik Bloemenhove (in Heemstede bei Amsterdam) zu schließen, mit einer Besetzung der Klinik beantwortet (vgl. AK 82).

Die Bloemenhove-Klinik ist die (unseres Wissens) einzige, die auch noch nach der zwölften Woche Abtreibungen durchführt. Van Agt, Katholik und profilierter „Kämpfer für das werdende Leben", hatte die Klage einer westdeutschen Frau (70 % aller in dieser Klinik abtreibenden Frauen sind Westdeutsche) wegen eines Behandlungsfehlers zum Vorwand für seine Schließungsabsichten genommen.

Sofort nach Bekanntwerden der drohenden Schließung machten sich Frauen aus dem Amsterdamer „Vrouwenhuis" (Frauenhaus) und anderen Gruppen auf den Weg und hielten – bis zu 200 Frau stark – die Klinik am 18. und 19. Mai besetzt. Die Polizei war schon zur Räumung aufmarschiert, als nach einer nächtlichen Sitzung der Regierung und auf Anordnung des Ministerpräsidenten den Uyl (PvdA), die Schließung vorläufig aufgehoben wurde. Die Frauen gaben sich mit einem vorläufigen Beschluß jedoch nicht zufrieden und hielten bis zum 3. Juni die Besetzung aufrecht.

In einer Sonderausgabe der „Vrouwenkrant" („Frauenzeitung") zur Besetzung schreiben sie: *„Wir hoffen, daß durch diese Aktion deutlich geworden ist, daß wir Frauen nicht zulassen werden, daß der heutige Stand der Dinge – unser Recht, selbst zu entscheiden, ob wir .btreiben lassen oder nicht – ZURÜCKGEDRÄNGT WIRD! Denn sonst werden wir kämpfen – noch härter als dieses Mal – um UNSER SELBSTBESTIMMUNGSRECHT ÜBER UNSER EIGENES LEBEN UND UNSEREN EIGENEN KÖRPER!"* („Vrouwenkrant", 21.5.76)

Am 3. Juni entschied der Oberste Gerichtshof, daß Justizminister van Agt nicht befugt sei, die Schließung einer Abtreibungsklinik zu bestimmen, dies können – wenn überhaupt – nur die „ordentlichen Gerichte" tun („Radikaal", Zeitung der PSP, 18.6.76).

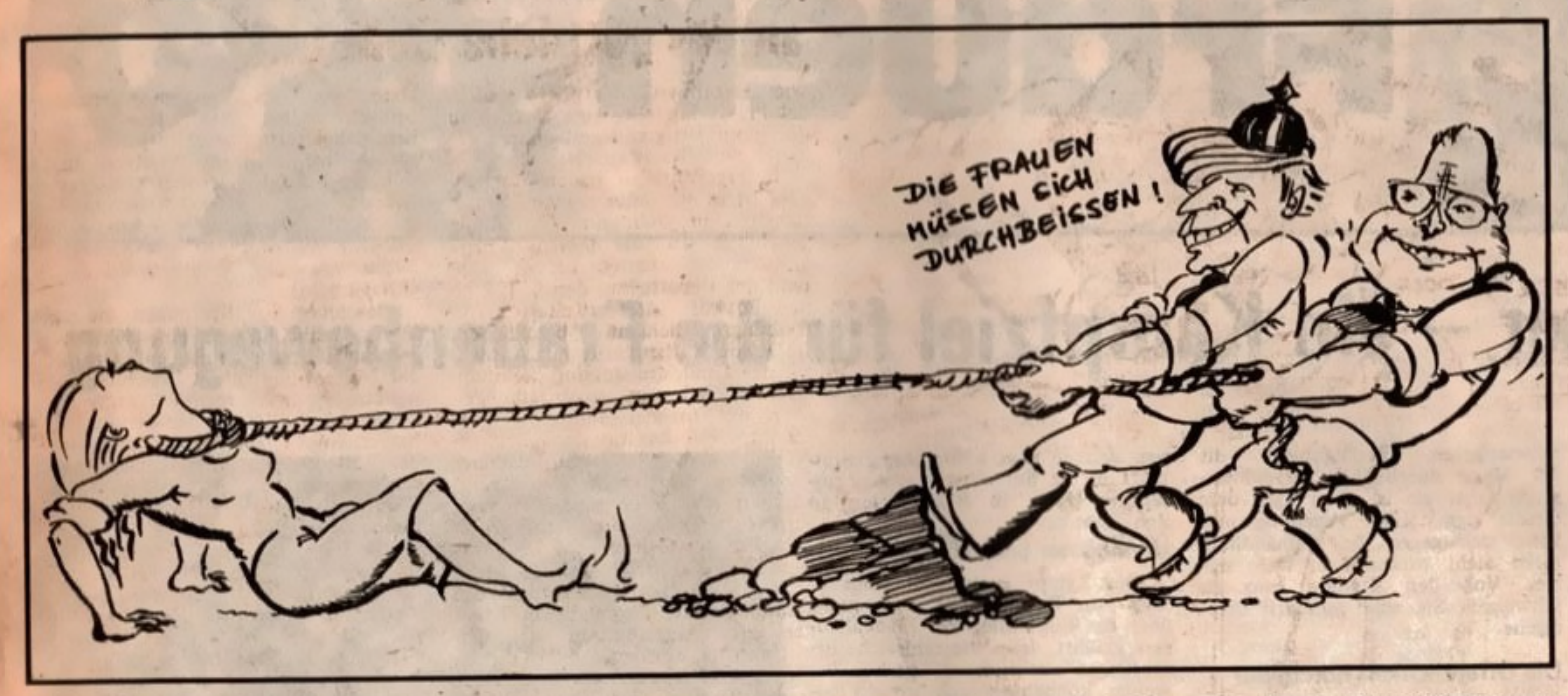
Mit dem Abblasen des Polizeiüberfalls und der Entscheidung des Gerichtes haben Regierung und Justiz der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß in den Niederlanden eine starke, wenn auch größtenteils spontane Frauenbewegung besteht, die zumindest an der „Abtreibungsfront" einheitliche Forderungen aufstellt und für sie kämpft.

ABTREIBUNGSVERBOT HERAUS AUS DEM GESETZBUCH!
ABTREIBUNG ZU LASTEN DER KRANKENKASSEN!
DIE FRAU SOLL ENTSCHEIDEN!

Eine Genossin und ein Genosse der Bezirksgruppe Barmbek
KB/Gruppe Hamburg

"Brigitte"-Wahlkampf

Schmidt- und Kohl-Interview



Während ihres Wahlkampfs hat es sich die „emanzipierte“ Frauenzeitschrift „Brigitte“ nicht nehmen lassen, die Vertreter von SPD und CDU zu Wort kommen zu lassen. Es soll hier nicht näher auf den „Brigitte“-Wahlkampf „Wählt Frauen“ eingegangen werden, sondern die Äußerungen der beiden Kanzlerkandidaten sollen unter die Lupe genommen werden.

Schmidt: „Die Frauen müssen sich durchbeißen!“

Zuerstmal fühlt Helmut Schmidt sich bemüßigt, alle Dinge aufzuzählen, die er für die Frauen vollbracht hat: § 218 (führte er wirklich auf), Ehe- und Familienrecht und *„überhaupt ist der Kampf für gleiche Rechte der Frau aus der Geschichte meiner Partei, der Sozialdemokratie, seit ihren Anfängen nicht wegzudenken“* („Brigitte“, 16/76). Auf die Frage, wie es den Frauen ermöglicht werden kann, ohne Doppelbelastung durch Beruf und Familie ihren Beruf auszuüben, antwortet Schmidt ausweichend: *„Ich habe den Vorschlag gemacht, daß das Vorbild, das der öffentliche Dienst mit den Teilzeitarbeitsplätzen nicht nur für Frauen, auch für Männer geschaffen hat, auch auf die gewerbliche Wirtschaft ausgedehnt werden soll. Aber das kann der Staat nicht anordnen.“*

Und kurz darauf kommt Helmut dann zu seinem Ei des Columbus, womit er alle staatlichen Pflichten zum besonderen Schutz und zur besonderen Förderung der Frau auf dem Weg zur Gleichberechtigung für null und nichtig erklärt: *„Das Entscheidende ist die Erziehung der jungen Mädchen, damit sie schon als junge Mädchen lernen, ihre Rolle als erwachsene Frau im späteren Leben richtig zu verstehen, und damit sie als junge Mädchen genug Zivilcourage mitbekommen auf diesen Lebensweg, um sich dann nachher durchzusetzen“.*

Das ist sehr orakelhaft formuliert, denn die Rolle der Frau in ihrem Leben wird hier nicht näher beschrieben.

Wenn man sich allerdings die Gesetze ansieht, die in den letzten Jahren immer zugunsten der Familie gefaßt sind, wenn man sich die wachsende Arbeitslosigkeit der Frauen die tägliche Propaganda in den Massenmedien ansieht, die zum großen Teil darauf ausgerichtet ist, die Frau wieder der Familie zuzuführen, ihr ihre alte Rolle wieder anzutragen, so wird das Gesagte zur reinen Demagogie. Denn auf der einen Seite werden Milliarden ausgegeben, um die Menschen in diesem Staat in einer bestimmten Weise zu indoktrinieren und hinterher beschwert man sich darüber, daß die Indoktrination oft erfolgreich ist und gibt der Erziehung die Schuld daran.

Auch auf die Frage nach mangelnden Ausbildungsplätzen für Jugendliche und speziell für Mädchen antwortet Schmidt:

„Aber bis jetzt haben bis auf verschwindende Ausnahmen alle jungen Menschen, die eine Lehrstelle gesucht haben, auch eine gefunden“.

Und die 200.000 Jugendlichen, die keine Lehrstelle gefunden haben, haben wohl auch keine gesucht, weil sie arbeitsscheu sind?

Wieviele Mädchen haben eine Lehrstelle gesucht, die ihren Wünschen entsprach, und wieviele von diesen Mädchen mußten sich mit einer Friseur-Lehre o. ä. zufriedengeben? Helmut Schmidt wird es in diesem Interview sehr leicht gemacht: Er muß nicht genau begründen, worin seiner Meinung nach die besonderen Fortschritte für die Gleichberechtigung der Frau in seiner Politik liegen, er behauptet sie einfach und kann dann ungehindert erstmal den Frauen die Schuld an ihrer Erziehung geben, wenn sie diese „Fortschritte“ nicht wahrnehmen.

Auf die Frage, weshalb beim Steuersplittingprinzip zwar die Vollfamilie, nicht aber die Halbfamilie (Alleinstehende mit Kind) begünstigt wird, antwortet Schmidt:

„Nach Artikel 6 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Das ist eine Pflicht, auf die ich einen Eid geleistet habe; darüber kann ich gar nicht debattieren“. Wir können Helmut Schmidt bescheinigen, daß er diesen Eid sehr ernst genommen hat, daß seine Partei eifrig den Gesang der Rolle der Frau mitgesungen hat, daß seine Partei den „Schutz der Familie“ immer im Auge gehabt hat, als z. B. der § 218 verabschiedet wurde.

Er hat schon recht mit seinen Worten: „Die Frauen müssen sich durchbeißen“, wir sollten das noch vervollständigen mit den Worten: „Jawohl, aber gegen Helmut Schmidt und seine Partei!“.

Helmut Kohl: „Die Frauen müssen sich mit den Männern einigen“

In welche Richtung diese Einigung gehen soll, macht Kohl gleich zu Beginn des Interviews klar:

„Gleichberechtigung und Anerkennung der Frau ist keine Einbahnstraße in dem Sinne, daß hier nur die berufliche Tätigkeit gemeint ist. Anerkennung der Eigenständigkeit der Frau bedeutet auch, daß ihre wichtige Erziehungsaufgabe als Frau und Mutter eine Voraussetzung ist für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft“ („Brigitte“, 17/76).

Er führt weiter aus, daß *„viele Frauen gar keine echte Entscheidungsmöglichkeit für oder gegen Berufstätigkeit haben; denn viele Frauen sind ja um der wirtschaftlichen Existenzsicherung der Familie gezwungen, neben dem Mann eine Berufstätigkeit auszuüben.“* Kohl hält das nicht für vernünftig in einer *„relativ wohlhabenden Gesellschaft“*. Er schlägt stattdessen ein „Erziehungsgeld“ vor, auf dessen Höhe er sich aber nicht festlegen mag, (CDU-Ministerin Wex hat von DM 300 gesprochen). Kohl bemüht sich dann auch, schnell von diesem heiklen Thema wegzukommen, und er kommt dann ebenfalls auf die „Brigitte“-Frage nach der Schaffung von genügend Ausbildungsplätzen für Jungen und Mädchen und auf das „Erziehungsproblem“ zu sprechen: Auch für ihn, wie schon für Helmut Schmidt, ist die Frage der Ausbildung eine Frage der Psychologie, eine Frage der Erziehung. Er beschwert sich dann noch über die „sozialistische Indoktrination“, die in den letzten Jahren in die Betriebe hineingetragen worden sei, so daß die Kapitalisten gar keine Lust mehr hätten, Ausbildungsplätze bereitzustellen, weil sie da eh nur „Prügel“ für ernten würden. Kohl schlägt zur Versöhnung der Kapitalisten vor, ihnen Steuererleichterungen zu gewähren.

Auf die Frage nach den Leichtlohngruppen erwidert Kohl, daß *„der Staat dieser Sache nicht mit Gesetzgebung zu Leibe rücken sollte, sondern daß die Politik zusammen mit der öffentlichen Meinung einen starken Einfluß auf die Tarifpartner nehmen könnte“*. Der Schwamm, den man hier auszudrücken versucht, trieft aus allen Poren!

Kohl kündigt an, daß nach seiner Wahl, von der er sehr zuversichtlich spricht, die **„erste Priorität die Mehr-Kinder-Familie“** hat. In diesem Zusammenhang ist seine Forderung, daß man den Frauen erst überhaupt einmal die Möglichkeit zur Entscheidung für oder gegen Berufstätigkeit geben müsse, ganz eindeutig darauf abgezielt: Die Frauen gehören ins Haus, in die Familie, zu den Kindern, weil das für eine „relativ wohlhabende Gesellschaft“ vernünftig sei.

Auf die Feststellung der „Brigitte“-Interviewerin, daß Frauen bei einer anstehenden Beförderung gar nicht die Entscheidung für die Beförderung haben, weil sie eine Familie zu versorgen haben, meint Helmut Kohl: *„Das ist aber ihre eigene Entscheidung. Das geht den Staat gar nichts an“.*

Umgekehrt will die CDU den Frauen „helfen“, wieder in den Schoß der Familie zurückzufinden. So etwas nennt die CDU dann „freie Entscheidung“.

Für SPD und CDU – ist die Frau die dumme Kuh!

In den Interviews der zwei Helmuts machen beide deutlich, daß es ihr Ziel ist, die Frauen wieder in die Familie zurückzutreiben. Unterscheiden tun sie sich nur in der Offenheit, mit der sie diese These vertreten.

Während Helmut Schmidt sich bemüht, gerade die Frage nach der Rolle der Frau schwammig zu beantworten, läßt Helmut Kohl sich ziemlich offen über seine Vorlieben und Vorstellungen aus.

Die SPD hat eben immer noch die Aufgabe, die Kräfte an sich zu binden – und das gilt auch für die Frauen – die eine Veränderung der Gesellschaft wollen, die nicht einverstanden sind mit den alten Rollenfestschreibungen.

Die CDU tritt da handfester auf. Sie hat den konservativen Part übernommen, der offen ausspricht, daß die Familie die Stütze des Staates ist, daß die Frau in die Familie gehört usw.

Dasselbe Spiegelfechten, das jetzt während des Wahlkampfes veranstaltet wird, ist bei allen Gesetzesverabschiedungen genauso gelaufen, z. B. § 218, wo die SPD einen Reformvorschlag macht, der von der CDU verhindert wird, woraufhin die SPD nun wieder die beruhigende, integrierende Rolle voll ausspielt, einen „Kompromiß“ zu erkämpfen, der den Vorstellungen der CDU dann weitgehend gerecht wird. Wir sollten uns von diesen Spiegelgefechten nicht den Kopf vernebeln lassen:

Reformen werden nicht geschenkt bzw. gewählt – Reformen werden nur erkämpft. Deshalb:

KEINE STIMME DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN!
FÜR AKTIVEN WAHLBOYKOTT!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



So hätten sie es gern: Die Frauen sollen der SPD vertrauen. – SPD-Frauen bei einer Jubeldemonstration für die „Neufassung“ des § 218. Vorn rechts Juso-Chefin Heidemarie Wieczorek-Zeul.

„Die Frauen entscheiden die Wahl“

CDU macht Jagd auf Frauen

Ein besonders schwarzes Kapitel der CDU-Politik ist ihr Verhalten gegenüber den Problemen der Frauen. Hierfür bekam sie bei den Bundestagswahlen 1972 eine erste Quittung, als die Mehrheit der Frauen für die SPD stimmte.

Für den jetzt laufenden Wahlkampf hat die CDU/CSU die Frauen *„wiederentdeckt“*. Bereits im Mai versuchte Willi Weiskirch, Chefredakteur der CDU-Parteizeitung „Deutsches Monatsblatt“ („DMB“), die Frauenfeinde der CDU auf die „neue Linie“ einzutrimmen. Es müsse endlich Schluß damit sein, daß die CDU *„in der Praxis der Parteiarbeit“* so tut, *„als wären die Frauen allenfalls so etwas wie ein Dekor, wie ein freundlicher Farbtupfer an der Fassade der Union“*; die Probleme der Frauen dürften nicht länger *„auf irgendwelchen Abhaklisten mitlaufen“* („DMB“, 5/76, S. 2).

Warum die CDU gerade jetzt die Situation der Frauen aufgreift, formulierte die CDU-„Frauenexpertin“ Helga Wex: *„Die Frauen entscheiden die Wahl. Es gilt, den Trend von 1972 für die CDU umzukehren ... Unser Defizit liegt vor allem bei den Frauen im Alter von 24 bis 45 Jahren. Um diese Entwicklung rückgängig zu machen, reicht es nicht aus, die Frauen allein im Rahmen unserer allgemeinen Wahlkampfansprache anzusprechen. Wir müssen uns darüber hinaus gezielt gerade an die kritischeren und politisch bewußteren Frauen wenden“* („DMB“, 7-8/76). Um an die Frauen heranzukommen, hat sich die CDU etwas besonderes einfallen lassen: Vom 20. 8. bis 10. 9. soll **„eine gezielt speziell auf die Frauen zielende Kampagne starten“** (H. Wex, ebd.). Der **„Kampf um jede Frauenstimme“** soll unter der Parole **„Frauen für die CDU ... damit die Fraueninteressen nicht ‚links‘ liegenbleiben“** stehen. Diese Kampagne soll hauptsächlich von den CDU-Frauenvereinigungen durchgeführt und getragen werden. Geplant sind Info-Stände, Plakate und Broschüren-Verteilung. Ziel der Kampagne: *„Für Frauen muß die CDU eine ‚unwiderstehliche‘ Partei werden“*; die den *„Nachholbedarf an Gerechtigkeit für Frauen ausgleicht“*. Hierzu hat die CDU ein eigenes Konzept ausgearbeitet: *„Wir haben dem ‚Klassenkampf‘ die ‚Partnerschaft‘ entgegengesetzt“, „Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Familie und Gesellschaft“.*

Was die CDU-Oberfrau Helga Wex unter „Partnerschaft“ und „Nachholbedarf“ versteht, üben die CDU-Frauenvereinigungen bereits unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ ein. Ziel der CDU-Frauen sei:

- *„die Vereinsamung des einzelnen abzubauen und menschliche Kontakte verstärken;*
- *Hilfe zur Selbsthilfe anregen;*
- *das Bewußtsein um die Notwendigkeit solidarischen Handelns in unserer Gesellschaft stärken“*

Die Frauen sollen nach dem Willen der CDU beispielsweise mit folgenden Aufgaben beschäftigt werden: *„Während ihre Nachbarn in Urlaub sind, kümmern Sie sich um die Wohnung, versorgen Tiere und Pflanzen und sehen überall nach dem Rechten“* (alles „DMB“, 7-8/76).

Allgemein liegen die Aufgaben der CDU-Frauenvereinigungen *„im schulischen Bereich, in der Altenbetreuung und auf dem sozialen Sektor“* (14. 6. „Nordsee-Zeitung“).

Dahinter wird das alte reaktionäre Bild von der Frau deutlich, deren „höchste Erfüllung“ es sei, sich „selbstlos“ an Heim und Herd, für „sozial Schwache“, Kinder und alte Menschen aufzuopfern. Ihre eigenen Probleme haben die Frauen gar nicht zu interessieren. Nach der Logik der CDU-Frauen ist dies wohl „Männersache“!

Die CDU-Frauenvereinigungen sind angetreten, unter dem Deckmantel der „sozialen Fürsorge“ und „Selbsthilfe“ Frauen anzusprechen und Wählerstimmen für die CDU zu fangen.

Darüberhinaus geht es den Rechten auch um eine breitere Verankerung ihres reaktionären Frauenbildes: Für diesen Schmus versuchen sie, Frauen zu gewinnen und zu organisieren – als Gegengewicht und Hemmschuh gegen die fortschrittliche Frauenbewegung.

Frauen - laßt euch nicht verKOHLen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

SPD entdeckt ihr Herz für die Frauen

Auf Wahlveranstaltungen läßt die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen" in letzter Zeit eine Zeitung „Frau" verteilen; Hauptschlagzeile: „Jetzt kommt es auf die Frauen an". Auf Unkenntnis oder Vergeßlichkeit setzend, wird den Frauen die SPD immer noch als Reformpartei angeboten: *„Bei der Wahlentscheidung der Frauen zählen nicht die großen Worte über ‚Frauenpolitik' in den Wahlreden, sondern das, was unter dem Strich herauskommt ... Jetzt kommt es darauf an, daß die Frauen mit dem Wahlzettel beweisen: die SPD ist die Partei der Frauen!"*

Welchen Grund sollten wohl Frauen haben, diese Partei zu wählen, die viele schöne Worte macht, aber die billigsten „Reform"-Projekte hat sausen lassen?

Haupttenor dieser Zeitung ist ganz einfach: Die Gesetze sind okay! Sollte dies noch nicht ganz der Fall sein, liegt das an den Frauen selbst, denn die müssen „aktiver" werden. Und das heißt in diesem Fall: Stimmvieh für die SPD spielen.

Es findet sich in „Frau" doch tatsächlich ein Artikel unter der Überschrift *„Nicht aufgeben! Frauen kämpfen weiter um § 218!"* Das bringt die Partei, die nach dem reaktionären BVG-Urteil die Frauen anpöbelte, sie hätten sich damit abzufinden und gefälligst nicht mehr dagegen zu kämpfen. Was allerdings mit dem „Nicht-Aufgeben" gemeint ist, wird dann deutlich. Es wird der demütigende Gang einer Frau, bei der medizinische und soziale Indikation gegeben sind, durch die Instanzen einer legalen Abtreibung beschrieben: *„Auch das Sozialministerium in Rheinland-Pfalz war nicht zuständig. Wie sollte es auch! Geholfen wurde Frau H. erst, als sie sich an ASF-Frauen in Nordrhein-Westfalen wandte, die sie an Ärzte verwiesen, die ihre Aufgabe noch darin sehen, Frauen zu helfen und nicht Gesetze auszulegen".*

Das ist wie bei der Zigaretten-Reklame: Wähle nur SPD, dann geht alles wie von selbst.

In „Frau" wird deutlich, wie die SPD die kleinsten „Reform"-Verspre-

Das ist wie bei der Zigaretten-Reklame: Wähle nur SPD, dann geht alles wie von selbst.

In „Frau" wird deutlich, wie die SPD die kleinsten „Reform"-Verspre-chen aufgibt. In einem Artikel über Hausfrauenarbeit wird mit keinem Ton mehr der Hausfrauenlohn erwähnt. Stattdessen: *„Ganz schön, was ein Ehemann verdienen müßte, um seine Frau zu bezahlen. Ganz schön, was eine Frau verdienen würde, wenn sie auch noch selbst berufstätig ist. Denn in den meisten Familien macht sie abends und am Wochenende zusätzlich die Hausarbeit. Es sei denn, sie hat einen Mann, der sich mit ihr diese Aufgabe teilt...".* Doppelbelastung der Arbeiterin und unbezahlte Arbeit der „Nur"-Hausfrau wird den Frauen als individuelles Problem eingeredet. Wenn der Mann mitmacht, stimmt die Richtung – die Frau soll sich nur richtig durchbeißen. Nur ändert die Teilung der Hausarbeit zwischen Frau und Mann nichts daran, daß mit der Hausarbeit dem bürgerlichen Staat Aufgaben abgenommen und Kosten „erspart" werden. Als Ausweg aus ihrem „Hausfrauendasein" bietet die SPD den Frauen dann nur noch an: *„Auch Hausfrauen haben Anspruch auf Umschulung für einen anderen Beruf".* So einen Spruch bringt die SPD in einer Situation, wo gerade Frauen Umschulungen verweigert werden, Frauen um ihr Arbeitslosengeld betrogen werden, Frauen in Massen aus den Betrieben geschmissen werden. Aber gegen Massenentlassungen hat die SPD auch ein Rezept parat:

„Ohne die tatkräftige Arbeit der über 9 Millionen erwerbstätigen Frauen wäre die deutsche Wirtschaft

lassungen hat die SPD auch ein Rezept parat:

„Ohne die tatkräftige Arbeit der über 9 Millionen erwerbstätigen Frauen wäre die deutsche Wirtschaft

nämlich nicht da, wo sie heute ist ... Was ist zu tun, um die Stellung der Frauen im Arbeitsleben zu verbessern? Es sollte für Arbeitgeber und Betriebsräte selbstverständlich sein, bei Neueinstellungen auch Frauen entsprechend zu berücksichtigen..." Und wenn sich nun die Kapitalisten nicht an den Tip der SPD halten wollen? Kann man nichts machen!

Die ganze Wahlpropaganda in „Frauen" dient nur dazu, den Kampf der Frauen zu bremsen und ihn auf die Mühlen des Parlamentarismus zu lenken.



Nur nicht kämpfen, die Frauen sollen sich – jede alleine – durchbeißen, Warten auf „Reformen" der SPD – das ist die Devise dieser Partei. Und sollte alle Wahlpropaganda noch nicht überzeugt haben, bringt „Frau" zuletzt noch ein besonders einleuchtendes Argument: *„Frau Renger muß Präsidentin bleiben!"* Denn: *„Darauf können wir stolz sein: Zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus wurde 1972 eine Frau Präsidentin des deutschen Parlaments. In keinem anderen Land der Welt bekleidet eine weibliche Abgeordnete eine vergleichbare Position. Und wir können stolz sein, mit welcher Souveränität und mit welchem Sachverstand die sozialdemokratische Bundestagspräsidentin ihr Amt in den vergangenen Jahren ausgeübt hat".*

Fragt sich bloß, was die Frauen Gutes an der Renger haben. Mit derselben „Souveränität, mit der sie

Bundestagspräsidentin ihr Amt in den vergangenen Jahren ausgeübt hat".

Fragt sich bloß, was die Frauen Gutes an der Renger haben. Mit derselben „Souveränität, mit der sie ihr Amt ausübte", kanzelte sie die Frauen ab. Bis heute hat sie ihre „Leichtlohnfrau", mit der sie einen Musterprozeß führen wollte, nicht „gefunden". Fazit: Unterbezahlung der Frauen gibt es nicht oder die Frauen sind viel zu feige!

Einen Spruch aus „Frauen" sollte man allerdings beherzigen: *„Nicht Worte zählen, sondern Taten".* Und das heißt: SPD wählen bringt nichts für die Frauen.

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

§ 218 in Süddeutschland

„Die Erinnerung an das göttliche Gebot..."

Wie „reformiert" der § 218 sich in der Praxis darstellt, wird deutlich an der gummiartigen Handhabung, die dieses neue Gesetz zuläßt.

In Bayern und in Baden-Württemberg ist es nur unter großen Schwierigkeiten möglich, eine Abtreibung genehmigt zu bekommen. Einige Landkreistage hatten bereits während der Debatte um den § 218 einen Boykott jeder erweiterten Abtreibungsmöglichkeit beschlossen. Im Raum Karlsruhe ist mit Ausnahme der Landesfrauenklinik kein einziger Arzt bekannt, der Abtreibungen nach der sozialen Indikation vornimmt. *„Während die Landesfrauenklinik Stuttgart offenbar liberaler handeln will, legten die Kreise Ludwigsburg und Böblingen den Gesetzestext strenger aus"* (Inf. nach Schwäbischer Zeitung, 7.7.76, „Was tun" Nr. 118-120).

Von den fünf Krankenhäusern Mannheims führen nur zwei Krankenhäuser Abtreibungen nach den Vorschriften des neuen § 218 durch. Die drei kirchlichen Krankenhäuser verweigern dies. Nach einer Stellungnahme des Vorstandes des Diakonissenkrankenhauses wird nur eine medizinische Indikation anerkannt, eine ethische Indikation (sexueller Mißbrauch, Vergewaltigung) und eine genetische Indikation wird sogar abgelehnt! (nach „Was tun?").

„Während in allen anderen Bundesländern die Schwangeren eine Bescheinigung über die vorgeschriebene Sozialberatung in die Hand gedrückt bekommen, muß nach einer Vorschrift der bayrischen Regierung der Arzt schriftlich für seine Patientin um die Bestätigung nachsuchen. Durch den Papierkrieg kann die Zwölfwochenfrist, innerhalb der Abtreibungen erlaubt sind, leicht überschritten werden" (SPIEGEL, 16.8.76).

Für Franken wurde festgestellt, daß es nur zwei Kliniken gibt, die unter großen Vorbehalten bereit sind, Abtreibungen bei sozialer Indikation durchzuführen.

Die SPD sagt heute, darüber brauche man sich nicht zu wundern und es sei auch von vornherein klar gewesen, *„daß die 705 katholischen Krankenhäuser der Bundesrepublik das Bonner Gesetz ‚aus weltanschaulichen Gründen nicht mitmachen' (Eilers) würden"* (SPIEGEL, 16.8.76).

Einer der Gegner der „Fristenlösung", der die Angelegenheit als erster vor das Verfassungsgericht bringen wollte, der badenwürtembergische Ministerpräsident Filbinger, sprach den Kreistagen das Recht zu, sich auch *„in Gewissensfragen zu äußern, und erklärte, man habe durch Gutachten prüfen lassen, daß solche Entscheidungen vom Bundes- und Landesrecht her möglich seien"* (FR 19.8.76).

Beschlüsse von Kreistagen, die an ihren Krankenhäusern eine Schwangerschaftsunterbrechung auf Grund der Notlagenindikation ausschließen, nannte Filbinger *„rechtlich völlig in Ordnung"* (SZ 19.8.)! Auf den Punkt hat es ein CDU-Kreisverordneter in der Sitzung des Krankenhaus-Ausschusses gebracht: *„Wir wollen mehr Kinder, nicht weniger"* (nach ‚Schwäbische Zeitung', 23.6.76).

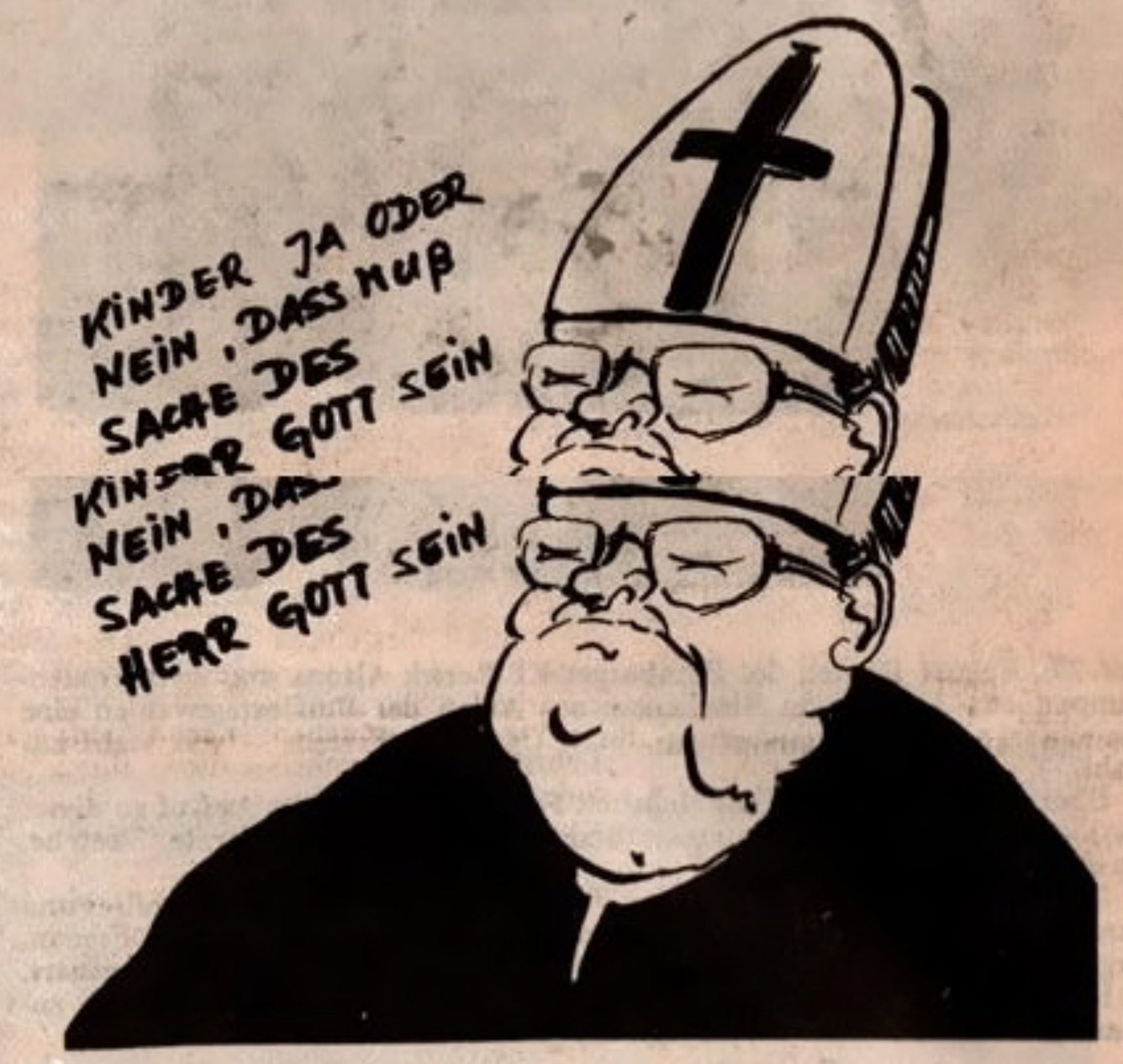
Die CDU/CSU wolle *„dieser Politik der Mißachtung sittlicher Werte und des nationalen Selbstmordes auf Raten"* eine *„positive Familienpolitik"* entgegensetzen (Albert Burger, CDU, SZ, 21.8.76). Der evangelische Kirchenrat sieht ebenfalls in der Propagierung der Familie eine Aufgabe der Kirche: *„Die Erinnerung an das göttliche Gebot und die Ermutigung zur Freude am Kind müssen von der Bereitschaft tätiger Mithilfe begleitet werden"* (FR, 11.8.76). Übrigens sind in Bayern von 18 Beratungsstellen 16 in kirchlicher Hand ...

Die SPD wittert in dieser Abtreibungspraxis der CDU-regierten Länder ein ideales Wahlkampf-Thema. Es wird geschwafelt von *„der Demontage des Grundgesetzes",* allerdings sei es für die Bundesregierung *„sehr schwierig, die Kreistage auf Einhaltung der Bundestreue zu zwingen"* („Spiegel").

„Da hat sich die Union, die neuerdings mehr Rechte für die Frau fordert, ein schönes innenpolitisches Wahlkampfthema beschert", freut sich Pressesprecher Lothar Schwartz („Spiegel"). Einen größeren Zynismus kann man sich kaum vorstellen, angesichts der Notlage, in der sich viele Frauen befinden. Die miserable Lage um den § 218 wird von beiden Parteien ausgenutzt für ein Stück Wahlkampfshow; die einen sind die „Mörder der Nation", die anderen „unterhöhlen das Grundgesetz". Dies zeigt einmal mehr:

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Weg mit dem § 218!



§ 218 ‚Beratung' – eine Horror-Geschichte!

Anläßlich des Inkrafttretens des „neuen" § 218 am 21.6.76 verschickten die Ärzte-Kammern an ihre Mitglieder Merkblätter, in denen auf die Pflicht der Ärzte zu „eingehender Beratung" im Falle eines Antrags auf Abbruch der Schwangerschaft hingewiesen wird. Laut § 218 b, 1/1 ist der Arzt verpflichtet, die Frauen besonders über solche ‚Hilfe' zu beraten, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern. Die Frau, die einen Antrag auf Abbruch der Schwangerschaft stellt, erhält ein Merkblatt, dessen Empfang sie quittieren muß. Diese „Beratung" sieht folgendermaßen aus:

„Die Komplikationsrate liegt nach unterschiedlichen Statistiken zwischen 5 und 40 % und ist von der Methode der Durchführung kaum abhängig. Die häufigsten Komplikationen: lebensbedrohliche Blutungen, die einen Blutersatz erforderlich machen, in 10 % Verletzung des Uterus (Gebärmutter), in 2 – 15 % Fieber, 38 Grad länger als 24 Stunden als Zeichen einer Adnexentzündung (Eileiter) bis zu 27 %. Spätkomplikationen (Entzündungen, Blutungen u.ä.) bis zu 36 %. Nachfolgende Sterilität (Unfruchtbarkeit) in 5 – 10 %. (...) Die Mortalität (Sterblichkeit) ist nicht gleich Null; so starben in England bei 100.000 legalen Schwangerschaftsabbrüchen 34 Frauen." („WAS TUN", 26.8.76)

AG Frauen
KB Gruppe Hamburg

Kein Recht auf Sozialhilfe

In der „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 24.8.76 war folgendes Urteil abgedruckt:

„Wer von Sozialhilfe lebt und eine eheähnliche Gemeinschaft mit einem ‚Bessergestellten' unterhält, riskiert den Verlust der Sozialunterstützung. Zu dieser Grundsatzentscheidung kam jetzt das bayerische Verwaltungsgericht Würzburg". Worum ging es?

Eine geschiedene Frau, Mutter von drei Kindern, hatte eine Zeitlang mit ihrem arbeitslosen Freund zusammengelebt. Er hatte ihr während dieser Zeit „umfangreiche Arbeiten kostenlos ausgeführt". Diese Tatsache und daß die beiden ihr wahrscheinlich eh knappes Geld zusammengeschmissen hatten, war für das Sozialamt und die bürgerliche Justiz Grund genug, den monatlichen Sozialhilfezuschuß der Frau in Höhe von 264 DM zu streichen.

Das ist ein Skandal! Die Frau hat nicht die geringsten rechtlichen Ansprüche auf das Geld ihres Freundes (die bestehen bekanntlich nur gegenüber dem Ehepartner oder den Eltern), und wird damit gezwungen, sich finanziell weitgehend von ihm abhängig zu machen. Wenn der Freund sich weigert, kann sie sehen, wie sie zurechtkommt oder sie muß erneut einen Spießrutenlauf durchs Sozialamt auf sich nehmen.

Man muß sich auch mal klarmachen, was geschehen würde, wenn dieses Urteil konsequent auf alle „Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften" angewendet würde?!

KB/Gruppe Hannover

Italien

Lebenslänglich für Frauenmörder

In AK 84, S. 29, berichteten wir über den Prozeß gegen die Mörder der jungen Arbeiterin Rosaria Lopez. Ende Juli endete der Prozeß mit dreimal lebenslänglich gegen die Mörder.

Die drei Mörder – Andrea Ghira (der sich rechtzeitig nach Brasilien absetzen konnte), Angelo Izzo und Gianni Guido hatten Rosaria und ihre gleichaltrige Freundin Donatella Colasanti, die „per Anhalter" fuhren, mitgenommen und verschleppt. Zwei Tage lang vergewaltigen und foltern die drei Schweine die Mädchen, bis sie „genug" hatten und beschlossen, die beiden Mädchen totzuschlagen. Donatelle überlebte wie durch ein Wunder – ein Polizist entdeckte sie im Kofferraum eines von den Mördern abgestellten Autos neben ihrer toten Freundin.

Zusätzliches Gewicht erhält dieses Verbrechen durch die Tatsache, daß die drei Mörder Söhne reicher Familien sind und alle in der faschistischen Bewegung aktiv waren. Diese Verbindung von Reichtum, Faschismus und bestialischen Verbrechen ist durchaus typisch für die italienische Situation. So hatte der Prozeß auch vom ersten Tag an einen klar politischen Charakter – nicht ein „unpolitisches" Verbrechen stand hier zur Anklage, sondern die Klasse und das Gesellschaftssystem, die diese faschistischen Bestien hervorgebracht haben. Vor allem Genossinnen von Frauengruppen waren an jedem Prozeßtag dabei und unterstützten Donatella, die als Hauptzeugin unglaublichen Quälereien und zynischen Beleidigungen der Verteidiger ausgesetzt war, und einen außerordentlich tapferen Kampf vor Gericht führte.

Das Urteil wurde schließlich mit großem Beifall aufgenommen. Allerdings ist Andrea Ghira noch auf freiem Fuß, und die beiden anderen Mörder wollen in einem neuen Verfahren erreichen, daß sie für „unzurechnungsfähig" erklärt werden. Einer der beiden erklärte zynisch vor Gericht: Spätestens in 15 Jahren werde er auf jeden Fall wieder frei sein, und dann würde es noch „Frauen genug" für ihn geben ...

Tod dem Faschismus!

„Friedens"pfeife oder der Papst ein Sponti?

Über den Sender des Vatikan ist nunmehr die Aufforderung an die Frauen in der ganzen Welt ergangen, *„sich mit Trillerpfeifen auszurüsten und überall, wo der Frieden bedroht ist und wo das absurde Kriegsspielen fortgesetzt wird, aus voller Lunge zu pfeifen"* („WAZ", 25.8.76).

KB/Gruppe Bochum

Erfolgreiche Frauenveranstaltung in Altona





Am 27. August führten der Hamburger KB-Bezirk Altona und zwei Frauengruppen aus Altona und Blankenese aus Anlaß der Bundestagswahlen eine gemeinsame Frauenveranstaltung durch (Motto: „Frauen – was steht zur Wahl?").

Über 300 Menschen (in der Mehrheit Frauen) folgten dem Aufruf zu dieser Aktion und nahmen mit Interesse und Begeisterung die Referate, Sketche, Musik- und Filmbeiträge auf.

Diese Veranstaltung, die von den Frauen in eigener Regie vorbereitet und durchgeführt wurde, hat den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Frauengruppen gefestigt und neue Frauen für die bestehenden Initiativen interessiert.

Der Erfolg dieses Abends wurde abgerundet durch eine Sammlung zugunsten der PFLP-Frauenarbeit, die DM 865,50 erbrachte.

Bezirkskomitee Altona, KB/Gruppe Hamburg

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!



Vergewaltigung straffrei

„Unter Eheleuten gibt's keine Vergewaltigung" – diesen allgemeinen Grundsatz westdeutscher „Rechtssprechung" verkündete unlängst ein Richter. Dieser Grundsatz kennzeichnet schon hinreichend die Frauenfeindlichkeit dieser „Rechtssprechung". Es kam aber noch dicker: In dem Prozeß, wo der zitierte denkwürdige Ausspruch des Richters fiel, ging es um folgenden Fall: Ein Mann hatte seine g e s c h i e d e n e Frau „ins Bett geprügelt" und vergewaltigt, als diese sich ihre Möbel aus der Wohnung holen wollte! Der Kerl wurde daraufhin f r e i g e s p r o c h e n! Das Gericht folgte dem Plädoyer des Verteidigers: *„Hohes Gericht, das kann ja gar keine Vergewaltigung gewesen sein! Am Tag, als es passierte, waren die beiden juristisch gesehen noch verheiratet".* – Und in der Tat, da die Scheidung erst nach 30 Tagen „rechtskräftig" wird, die Vergewaltigung aber ein paar Tage vor Ablauf dieser Frist geschah, hatte der Mann seine geschiedene Frau ganz legal und mit staatlichem Segen, quasi „im Namen des Volkes", geprügelt und vergewaltigt.

Das Grundgesetz sagt: „Die Ehe und Familie steht unter dem besonderen Schutz des Staates." Zu deutsch kann man sagen: Die Vergewaltigung steht unter dem besonderen Schutz des Staates, sofern sie sich in der Ehe oder auch nach der Scheidung unter ordnungsgemäßer Einhaltung der juristischen 30-Tage-Frist ereignet.

Hat dies in der Ehe noch den mehr oder weniger frommen Mantel der „ehelichen Pflichten", so entlarvt das jetzige Urteil, das Vergewaltigung sogar noch nach der Scheidung schützt, in völliger Nacktheit die Brutalität bürgerlichen Familien„rechts".

„Sag mir, wo die Mädchen sind..."

Das ist der Schlußsatz eines Artikels im DGB-Organ (!) „Welt der Arbeit" vom 27.8.76. In diesem Artikel werden in geradezu faschistoider Weise die linke Frauenbewegung und alle politisch aktiven Frauen angemacht.

Schreiberling Franz Annen berichtet, daß immer mehr *„attraktive Girls"* in *„klassenkämpferischer Pose bei Demonstrationen"* auftauchen. Das sind *„Windbräute der Revolution", „Terror-Starlets"* und *„bis an die Zähne bewaffnete Schönheiten des anarchistischen Untergrunds". „Messer, Handgranaten, Maschinenpistolen sind offensichtlich die weiblichen Accessoires der extremen Szene".*

Dann gibt es auch sogenannte Sexbomben, die das *„obwaltende soziale System sprengen wollen". „Anmutige Persönchen wie Jane Fonda, Vanessa Redgrave oder Juliette Greco ballen die Finger mit den lackierten Nägeln zur Faust und singen die Internationale."*

„Barbarella-Typen und Comic-Strip-Miezen haben den Finger schneller am Abzug als am kleinen Unterschied".

Und weiter, weil's so „geil" ist: *„Das entsprechende Politprogramm der Triebstruktur ist noch nicht deutlich ausgearbeitet. Jedenfalls dort, wo die züchtige Hausfrau waltet, steht heute offensichtlich nicht das bevorzugte Lotterbett. Ein Liebesnest mitten auf den Barrikaden – ist das der sexuelle Wunschtraum dieser Zeit?".*

Ansonsten stellt er fest, daß es *„gemäßigten politischen Positionen offenbar an jenem gewissen Etwas* (mangelt)*". „Gemäßigt ist mäßig".*

Das stimmt! Die „Gemäßigten", nämlich die bürgerlichen Parteien und der DGB-Apparat, sind in Bezug auf eine Politik im Interesse der Frauen wirklich mäßig, s a u m s e l i g!

Eine Metallgenossin
KB/Gruppe Hamburg

Donnerwetter! Majestät macht den Frauen ein Geschenk

Der mittelalterliche Fürst von Liechtenstein hat aus Anlaß seines 70. Geburtstages seinen „Landestöchtern" ein ganz tolles Geschenk gemacht: Majestät unterzeichnete ein Gesetz, das es den elf Gemeinden des Fürstentümchens ermöglicht, durch Volksabstimmung das Frauenstimmrecht in den Gemeinden einzuführen. Der Fürst machte mit diesem wahrhaft fürstlichen Geschenk einen kühnen Schritt in die Neuzeit, denn bisher hatten Freuen kein Wahlrecht in Liechtenstein. Das neue Gesetz soll freilich auch nur für die Gemeindewahlen gelten. Den Landtag wählen auch künftig die Männer allein. Wahrscheinlich will sich der Fürst das vollständige Wahlrecht für Liechtensteins Frauen als Geschenk zu seinem 100. Geburtstag aufheben!

Darüber schmunzelt die Kommunistin

„Nach dem letzten ARBEITERKAMPF muß man den Eindruck haben, daß der KB offensichtlich entschieden hat, sich auch nicht mehr am Kampf gegen den § 218 zu beteiligen" (Originalzitat aus einem Flugblatt des Hamburger KBW, Ende August).

„Belästigungen gehören nun mal dazu!"

Am 7. Juli 1976 berichtete die „Frankfurter Rundschau" über einen Arbeitsgerichtsprozeß, bei dem eine Straßenbahnfahrerin von der Stadt verlangte, daß sie wegen fortdauernder Belästigung von Seiten einiger Fahrgäste entweder keinen Nachtdienst mehr zu machen braucht oder daß sie eine abschließbare Tür zum Fahrgastraum hin erhält.

Die Vertreter der Stadt argumentierten demagogisch, der Fahrerin gehe es nur darum, aus der „unbequemen" Nachtschicht herauszukommen zu wollen. Außerdem würden Männer ebenfalls belästigt und „absolute Sicherheit" könne es sowieso nicht geben!

Das ist natürlich eine faustdicke Lüge, die nur mühsam verdeckt, daß die Stadt die besonderen Belästigungen, Pöbeleien usw. gegen Kolleginnen einen Dreck interessiert. Das, was die Vertreter der Stadt mit dieser Argumentation bezwecken – nämlich die Kollegin als „Querulantin" abzustempeln und von ihren Kollegen zu isolieren – das ist ihnen auch voll geglückt. Sowohl der Personalrat (!) als auch die 36 anderen Straßenbahnfahrerinnen haben sich mittlerweile vom Verhalten ihrer Kollegin distanziert. Eine Gruppe von Kollegen ging sogar soweit, die Straßenbahnfahrerin aufzufordern, sie solle doch „endlich kündigen".

Daß es vor dem Arbeitsgericht schließlich zu einem für die Straßenbahnfahrerin günstigen Vergleich kam, liegt nicht zuletzt daran, daß der Vorsitz in diesem Verfahren bei einer Frau lag. Die Richterin unterstützte die Kollegin, indem sie gegen die Position der Stadt u.a. argumentierte: *„Frauen werden mehr belästigt. Weil man sie für schwächer hält. Ich kenn' das doch selber"* („FR", 7.7.76). Wie hätte da wohl ein Mann an ihrer Stelle argumentiert...?

KB/Gruppe Frankfurt

„Freie" Entscheidung über Sterilisation

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat in einem Grundsatzurteil entschieden (AZ: VI ZR 68/75), daß eine Frau sich jetzt sterilisieren lassen kann, ohne die Zustimmung ihres Ehemannes einholen zu müssen.

Kaum der Vormundschaft des Ehemannes ein kleines Stück entkommen, schlägt das Gesetz gleich wieder zu:

Sterilisation eines Eheteils ohne Einwilligung des Partners gilt nach der derzeitigen Rechtssprechung als Scheidungsgrund! („Mopo", 27. 8. 76).

Dieses Urteil ist aber sowieso nur Augenwischerei, denn das größte Hindernis, das Frauen zu überwinden haben, wenn sie eine Sterilisation wünschen, ist in der Regel nicht der Mann, sondern das Gesetz, das die Sterilisation unter staatliche Aufsicht stellt: So muß eine Frau unter 25 Jahren schon mindestens vier Kinder haben, d. h. sie muß ihre Staatsbürgerpflicht, Kinder zu bekommen schon erfüllt haben. Sonst muß bei älteren Frauen mindestens eine medizinische Indikation vorliegen, wenn eine Sterilisation genehmigt werden soll.

Nun plötzlich „Selbstbestimmung"?

Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat die Klage einer 34-jährigen Frau, Mutter von drei Kindern, abgelehnt. Die Frau hatte von dem Arzt, der bei ihr eine Sterilisation durchgeführt hatte, Schmerzensgeld wegen ungenügender Aufklärung über die Folgen verlangt.

Der BGH entschied, es könne *„unbedenklich angenommen werden, daß sie soviel Lebenseinsicht in die Bedeutung der Mutterschaft für das eigene Lebensschicksal und das ihrer Ehe und Familie hat, um diese Entscheidung s e l b s t v e r a n t w o r t l i c h treffen zu können".* („WAZ", 27.8.76).

Es gibt im Strafgesetzbuch keinen Paragrafen, der die freiwillige Sterilisation mit Strafe bedroht. Dennoch kann jeder Staatsanwalt willkürlich Anklage erheben, jeder Richter die freiwillige Sterilisation im Einzelfall kriminalisieren, indem er z.B. einen „Verstoß gegen die guten Sitten" konstruiert (Entscheidung des Landgerichts Hannover im Fall Dr. Axel Dohrn von 1963, die auch nach einer Revision nicht grundsätzlich aufgehoben wurde). Außerdem kann der Mann in einem Scheidungsprozeß seine Frau, die sich sterilisieren ließ, einer Eheverfehlung bezichtigen.

Dazu aus der „WAZ": *„Das Urteil stellt auch klar, daß die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit freiwilliger Sterilisationen . . . dem Einzelfall vorbehalten bleiben müsse, solange es an einer verbindlichen Entscheidung des Gesetzgebers fehlt".* Selbstbestimmung? Ja – für den Staatsanwalt.

KB/Gruppe Bochum



Leserbrief

Im AK 82 lasen meine Kollegin und ich den Artikel „Mißgeburten durch Medikamente gegen Trichomaden". Wir schreiben Euch, weil wir diesen Artikel kritisieren bzw. ergänzen wollen. Das am meisten gegen Trichomoniasis (Entzündung in der Vagina durch Trichomonaden) verschriebene Medikament Clont ist, wie ihr richtig schreibt, krebsfördernd und begünstigt nebenbei auch Pilzbefall. Andererseits werden die Trichomonaden gegen andere weniger schädliche Präparate relativ schnell immun. Was bei eurem Artikel nicht herauskommt, ist, daß ohne irgendeine Behandlung diese Krankheit chronisch wird und Zellen am Gebärmutterhals krebsempfänglich werden. Wir wissen aus der Praxis auch, daß Frauen häufig trotz Behandlung ein Jahr und länger unter Trichomonaden leiden, was oft an den Männern liegt, die sich nicht behandeln lassen und somit die Frauen immer wieder infizieren.

Wir meinen deshalb, daß wirksame unschädliche Medikamente und medizinische Aufklärung gefordert werden müssen und die Erkenntnisse der Wissenschaft tatsächlich zum Nutzen der Menschen entwickelt werden müssen.

AK-Leserin und Genossin
aus dem Krankenhaus Bremen

Spielplätze in der BRD:

Mehr Platz für Leichen als für Kinder



843 Hektar Friedhöfe – 144 Hektar Spielplätze in Hamburg: fünfmal mehr Platz für Leichen als für lebende Kinder – schon allein diese beiden Zahlen zeigen, daß das vielbeschworene „Herz für Kinder" nicht in der geschwollenen Politikerbrust schlägt.

Der deutsche Kinderschutzbund macht eine ähnliche Rechnung auf. Er weist nach, daß in westdeutschen Großstädten pro Kind an Spielplatzfläche etwa die Fläche eines mittleren Küchentisches zur Verfügung steht (siehe Kasten).

Schöner die Worte nie klingen...

Was sofort auffällt, ist die Tatsache, daß diejenigen, die eine kinderfeindliche Umwelt aufbauen und die dafür sorgen, daß alles getan wird, um den Kindern k e i n e kinderfreundliche Umwelt zu beschaffen, sich am meisten mit ihrer angeblichen Kinderfreundlichkeit brüsten.

Die SPD schmückt sich mit dem Vorhaben, *„Wohnungsgebäude und -gebiete mit direkt zugeordneten Freizeitmöglichkeiten für Spiel, Sport und Kommunikation"* schaffen zu wollen, mit *„individuellen Ruhezonen, Spiel- und Hobbymöglichkeiten im Privatbereich, Gemeinschaftseinrichtungen"* (Familienpolitik der SPD, zweiter Entwurf). Schöne Worte machen kann auch die FDP, die in einer Wahlanzeige („Kinder, Kinder") unter dem lächelnden Konterfei von Liselotte Funcke schreibt: *„Nur Kinder, die wir ernst nehmen, werden fröhliche Kinder".*

Daß Kinder von bürgerlichen Politikern ernst genommen werden, ist nicht die Bohne ernst zu nehmen! Auch die CDU/CSU will sich natürlich kinderfreundlich geben. Bei ihr sieht das dann in Anzeigen so aus: Unter einem Kinderbild findet man den Spruch: *„Wenn wir jetzt nichts tun, müssen wir eines Tages unseren Kindern erklären, wo Wohlstand, Sicherheit und Freiheit geblieben sind".* Wie die CDU für *„Wohlstand, Sicherheit und Freiheit"* sorgt, stellte sie Ende März dieses Jahres in Pinneberg unter Beweis:

Während sie auf der einen Seite z.B. in Hamburg die Verdoppelung der Kinderspielplätze fordert (wie hübsch), sorgte sie in Pinneberg für die Schließung eines Spielplatzes. Dieser Spielplatz war 1973 als erster Bauspielplatz in Schleswig-Holstein zusammen mit einem Jugendzentrum eröffnet worden. Täglich tummelten sich bis zu 170 Kinder auf diesem Spielplatz, die Kinder fanden den Spielplatz „einfach dufte". Als im Jugendzentrum begonnen wurde, etwas für die Jugendlichen und Kinder zu tun, indem man sich einfach mit ihren Interessen auseinandersetzte, war für die CDU alles klar: *„Wir finanzieren keine rote Kaderschmiede".* Das Jugendzentrum wurde geschlossen, der Spielplatz wurde dichtgemacht, Betreuer wurden entlassen und keine neuen eingestellt. So weit, so schlecht – es gibt viel zu wenig Spielplätze und die bürgerlichen Parteien denken nicht daran, mehr zu machen als schöne Worte.

Unsere Kinder spielen zwischen Würmern, Bakterien und Kot

Wie sieht es auf den vorhandenen Spielplätzen aus?

„Kinder über sechs Jahre finden die öffentlichen Spielplätze längst nicht so prima, ... Rutsche und Schaukel, Wippe und Kletterbaum üben nur für kurze Zeit einen Reiz aus. Dann langweilen sich die Kinder oft in den öffentlichen Anlagen und tollen lieber auf der Straße". („FR", 30.4.76). Was die Kinder von den meisten vorhandenen Spielplätzen halten, wurde bei einer Untersuchung von Prof. Höltershinken deutlich: *„Bei 19 untersuchten Spielplätzen waren diese selbst bei guter Witterung schlecht besucht"* („FR", ebenda). Befragte Kinder zur Situation auf den Spielplätzen: *„Überall liegen Scherben herum, die Geräte sind stinklangweilig, die Plätze zu klein und schattig".*

Die Spielplätze sind in der Regel nicht nur stinklangweilig und phantasielos angelegt, sie bilden auch einen gesundheitlichen Gefahrenherd ersten Ranges. Ende letzten Jahres bekamen sieben Hamburger Kinder plötzlich hohes Fieber. Sie hatten alle in der gleichen Sandkiste gespielt. Im Krankenhaus fand man als Ursache für die Infektion heraus, daß der Sand der Sandkiste hochgradig verseucht war.

Eine daraufhin vom „Stern" angeregte Untersuchung brachte folgendes ans Licht der Öffentlichkeit: *„Das Institut Fresenius stellte 1975 in einem Gramm Sand über eine Million Keime fest (sauberer Sand enthält 500 bis 1000 Keime), darunter: Streptomyceten, die die Rachenschleimhäute befallen und einen stechenden Schmerz hervorrufen, und Pseudomonas-Arten, die in größerer Anzahl Durchfall verursachen.*

Außerdem 1000 Einheiten Koli-Bakterien, die im Darm von Menschen und Tieren vorkommen, Krankheitserreger sein können und auf jeden Fall auf Kotverunreinigung schließen lassen, dazu 111.000 Schimmelpilze. Außerdem fanden sich pro Kilogramm Sand 2,7 Milligramm Harnstoff".

... Das zuständige Gartenbauamt meinte zu diesen (lebensgefährlichen) Zuständen: *„Voriges Jahr wurde zum letzten Mal der Sand ausgetauscht. Sandaustausch ist ein Geldproblem. Deswegen können wir die meisten Kisten nur alle zwei Jahre (!) auswechseln".*

Der Kreisverband Düsseldorf des Deutschen Kinderschutzbundes hat unter den größten Städten der Bundesrepublik mit annähernd gleicher Bevölkerungsdichte eine Umfrage über das Angebot an öffentlichen Kinderspielplätzen durchgeführt. Hier das Ergebnis dieser Untersuchung.

	Anzahl	Gesamt-Nutzfläche	qm/EW
München	527	2 234 900	1,70
Köln	322	919 505	1,15
Dortmund	627	647 174	1,00
Düsseldorf	306	503 585	0,80
Hamburg	523	1 122 000	0,75
Essen	381	470 838	0,70
Hannover	270	400 000	0,70
Berlin	740	1 262 348	0,60
Stuttgart	278	350 000	0,60
Nürnberg	100	270 000	0,50
Frankfurt	342	223 760	0,40

München hat das Problem offensichtlich erkannt und einen kinderfreundlichen Schritt getan. Dort sind zusätzlich alle öffentlichen Grünflächen uneingeschränkt nutzbar. Die Rasenflächen können grundsätzlich betreten und bespielt werden.

Der Vergleich mit dem Ausland:

London	9,2 qm/EW
New York	11,9 qm/EW
Schweiz	6,0 qm/EW
Schweden	7,0 qm/EW
UdSSR	8,0 qm/EW
England	20,0 qm/EW

(Diese Werte sind entnommen der Broschüre „Öffentliche Spielplätze in Städten und Gemeinden" – herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Nordrhein-Westfalen.)



Natürlich – ein Geldproblem... Das ist die kapitalistische Logik: Lieber Kinder krank werden lassen, als ein paar Mark für Sandreinigung auszugeben. Da fehlt bloß noch der zynische Hinweis, daß es ja zum Glück wenig Spielplätze gibt, und deswegen ja gar nicht so viele Kinder krank werden können.

Wo Spielplätze und Spielmöglichkeiten für die Kinder fehlen, bleibt nur noch das Spiel auf der Straße. Fazit: 1494 Kinder wurden 1974 bei Unfällen auf der Straße getötet, 62.014 wurden verletzt. Auch in dieser Hinsicht ist die BRD „einsame Spitze". Im Vergleich zu anderen Ländern ist das „Weltrekord" - „Weltrekord" an Kinderfeindlichkeit!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Interesse am Wohl der Kinder

Der Hamburger Senat und das Amt für Jugend haben, so kann man seit einigen Wochen im „Hamburger Abendblatt" lesen, ihr Herz für Kinder entdeckt.

600 Kinder sollen angeblich aus Heimen entlassen werden und bei geeigneten Pflegeeltern ein Zuhause finden. Um diese Pflegeeltern zu finden, appelliert das „Abendblatt" an das Gewissen von Hamburger Ehepaaren. Vom Amt für Jugend wurde ein Werbungsteam aus einer Werbungsagentur engagiert, das die Ehepaare entsprechend „motivieren" soll.

Sozialarbeiter, die diese Aktion zusätzlich zu ihrer Arbeit in der Familienfürsorge leisten müssen, sollen die Pflegeeltern bei ihrer Aufgabe beraten und unterstützen. Für die Behörde sind dabei lediglich 100.000 DM an Werbungskosten entstanden. Gelohnt hat sich die Aktion für die Behörde schon dann, wenn nur e i n Kind auf Dauer aus einem Heim vermittelt werden kann, da ein Heimplatz durchschnittlich 80 DM pro Tag kostet.

Was steckt hinter dieser Aktion? Zuerst einmal muß man sich fragen, warum überhaupt Kinder in Heimen und unter den verheerenden Bedingungen dort leben müssen. Dies liegt sicher nicht an der Schuld ihrer Eltern, sondern ist Folge des kapitalistischen Systems, das Arbeitereltern in die Situation bringt, ihre Kinder nicht genügend versorgen und beaufsichtigen zu können, Gewalt gegen die Kinder auszuüben und das Eltern kaum bei der Erziehung unterstützt. Kindertagesheimplätze wurden eingespart, Gruppengrößen erhöht, Erziehungsberatungsstellen haben Wartezeiten von einem Jahr. Schulangst veranlaßt Kinder, die Schule zu schwänzen; finanzielle und psychische Not zwingt Kinder, zu klauen, was häufig Gründe für Heimeinweisungen sind.

Immer mehr Eltern stehen sich materiell schlechter, was man an den steigenden Zahlen der Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger ablesen kann, obwohl sich die Bestimmungen für den Empfang dieser Leistungen verschärft haben.

Kommen die Pflegeeltern und die Kinder zu ihrem Recht? Die Pflegeeltern sollen aus sozialem Engagement schwierige Kinder aufnehmen, ohne daß sie außer Beratung durch die Sozialarbeiterin bei der Erziehung der Kinder unterstützt werden.

Pflegegeld wird nur in Höhe von 309 DM, 378 DM und 413 DM gezahlt. In dieser Summe sind als Aufwandsentschädigung für die Eltern 50 DM enthalten, was reiner Hohn ist. Der Rest des Geldes ist als Unterhalt für die Kinder gedacht und reicht für diesen Zweck nicht aus.

Für die Behörde springt folgendes dabei heraus:

Es kann mal wieder „gespart" werden! Im letzten Jahr wurde im Erziehungssachgebiet des Amtes für Jugend (dies vermittelt die Kinder in Heime) ca. sechs Mio DM eingespart.

Jetzt sollen noch mehr Heimplätze eingespart werden und das, obwohl immer noch genug Kinder in Heimen bleiben müssen. Soll in der Pflegestellensuche des „Abendblattes" der Eindruck erweckt werden, als ob sehr viele Kinder vermittelt werden können, so ist dies allerdings nicht der Fall. Viele Eltern haben gegen die Vermittlung ihres Kindes Einspruch erhoben. Schwierige Kinder, die durch die jahrelange Heimerziehung psychische Störungen haben, werden weiterhin im Heim bleiben, da sie in Familien nicht mehr tragbar sind. Ältere Kinder bleiben so und so im Heim, da man nur bis zum 16. Lebensjahr als Pflegekind gilt und Pflegegeld gezahlt wird.

Insgesamt können durch die Aktion nur etwa 200 Kinder (entgegen den im „Abendblatt" angegebenen 600 Kinder) vermittelt werden, während sich an der Situation der weiterhin 3.500 Kinder und Jugendlichen in den Heimen nichts ändern wird bzw. sich deren Lage durch Schließung von Heimen und Verlegung von Gruppen verschlechtern wird.

Auch wenn bei dieser Aktion mit dem Wohl der Kinder argumentiert wird, so reiht sich diese Aktion ganz klar in das Sparmaßnahmenkonzept der Behörde ein.

Schon 1974 wurde durch eine Dienstanweisung im Erziehungssachgebiet geregelt, daß die Mitarbeiter Kinder nicht mehr in Heime freier Träger, die meistens besser sind, einweisen sollten, sondern vorwiegend staatliche Heime zu belegen hätten. Diese Dienstanweisung und die daraus folgenden Sparmaßnahmen wurden 1975 voll durchgesetzt.

So wurden alle Kinder, die sich in Heimen befanden, darauf überprüft, ob man sie nicht zu ihren Eltern entlassen konnte, ohne daß sich deren Situation geändert hatte.

Der Behörde geht es jetzt bei der Pflegestellenaktion auch darum, von der beschissenen Situation in den Heimen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen abzulenken und ihr durch die Sparmaßnahmen angeschlagenes Bild aufzupolieren.

Auch soll mit dieser Aktion die Ideologie der Kleinfamilie mal wieder gestärkt werden und der Familie zusätzliche Aufgaben aufgebürdet werden.

Der Staat zieht sich auf diese Weise aus der Verantwortung.

Zelle Sozialarbeiter
KB/Gruppe Hamburg



Ein Fall von Sippenhaft?

Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 28.8.76 werden im Mutter-Kind-Heim der Frauenhaftanstalt Preungesheim die Kinder den gleichen verschärften Haftbedingungen unterworfen wie ihre Mütter. Das Heim war ursprünglich mit der Begründung eingerichtet worden, *„damit Kinder von straffälligen Müttern nicht in Heimerziehung müssen und es gefangenen Frauen möglich wird, über eine positive Beziehung zu ihren Kindern später wieder einen Halt in der Gesellschaft finden."*

Unter den jetzigen verschärften Sicherheitsvorkehrungen – als Begründung wird die Ermordung des Leiters der Justizvollzugsanstalt (JVA) Butzbach und der Ausbruch von vier Frauen aus der JVA Lehrter Straße in West-Berlin angegeben – sehen die „positiven Beziehungen" nach Informationen der Erziehungsberatungsstelle ‚Kinderbehandlungszentrum Preungesheim' allerdings so aus:

„Die Kinder würden nach dem Besuch von Verwandten und Freunden durchsucht. So würde geschenktes Spielzeug überprüft, sei das Schenken von Puppen und Stofftieren verboten, und so müßten sich die Kinder nach Außenkontakten ausziehen lassen." Pakete sind für Kinder und Mütter nur zu Weihnachten und zum Geburtstag erlaubt, was vom stellvertretenden Anstaltsleiter Ewalt offiziell bestätigt wird. Seit dem 26.8.76 sind 5 Frauen wegen dieser Zustände in den Hungerstreik getreten. Dazu kann Herr Ewald nur sagen, er werde „sich informieren".

Im Kinderbehandlungszentrum wird auch darüber geklagt, *„daß eine inhaftierte Frau nur dann zur Erziehungsberatungsstelle kommen dürfe, wenn sie ‚brav' war".* Dann noch von Therapie zu reden, ist eine ganz üble Augenwischerei. Amtsrat Ewald bestreitet das alles, weiß aber zu betonen, **„daß das Kinderheim ein Teil des Vollzuges ist"**, was doch nichts anderes heißt, als daß die Kinder den gleichen scharfen Knastbedingunen ausgeliefert sind wie ihre Mütter.

In diesem Zusammenhang zeigt sich, was es mit der „Reform" des Strafvollzuges auf sich hat: Hier, in dieser angeblich fortschrittlichen Frauenhaftanstalt Preungesheim, werden Kinder unter dem Vorwand, sie vor der Isolation in der Heimerziehung bewahren zu wollen, zu Kriminellen abgestempelt. Sie müssen täglich den Demütigungen zusehen, denen ihre Mütter im Knast ausgesetzt sind und spüren am eigenen Leib, was Sippenhaft ist (alle Zitate aus „FR", vom 28.8.76).

KB/Gruppe Bochum

Weitere Artikel S. 48



METALL

HDW-Kiel:

Linker Betriebsrat überfallen und verschleppt

Am Dienstag, den 31.8. wurde der „Rote Betriebsrat" Bernd Woitalla (B.W.) von den Ingenieuren Görlitz und Blunk sowie einigen Meistern überfallen, zu Boden gerissen, zu einem bereitstehenden VW-Bus geschleppt und hineingeworfen. Der Bus verließ dann die Werft. B.W. wurde einige Straßen weiter rausgelassen.

Zur Vorgeschichte

B.W. ist einer von vier „Roten Betriebsräten", die bei den Betriebsratswahlen 1975 als Mitglieder der „Roten Liste" („KPD/ML") gewählt wurden. In der Wahl der „Roten Liste" durch einen beträchtlichen Teil der Kollegenschaft kann vor allem die Verbitterung und der Protest vieler Kollegen über die herrschende sozialdemokratische BR-Clique zum Ausdruck – und natürlich nicht die Zustimmung zur Politik der „KPD/ML" wie dies von der „Partei" immer dargestellt wurde. Noch während der Wahl versuchten die HDW-Kapitalisten in Zusammenarbeit mit dem BR, B.W. zu entlassen. B.W., dem man „Störung des Betriebsfriedens" anhängen wollte, ging gegen seine Entlassung vors Arbeitsgericht und gewann in erster und zweiter Instanz. Als Reaktion darauf wandte sich die Werftleitung an das Landesarbeitsgericht, das den Fall an das Bundesarbeitsgericht weitergab.

Da der Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht allerdings in erst einem Jahr zu erwarten war, erwirkte B.W. über eine einstweilige Verfügung, daß er seiner BR-Arbeit auf der Werft inzwischen nachgehen kann.

Seit dem 30.6.76 war B.W. per Arbeitsgerichtsbeschluß wieder auf HDW, um seiner BR-Tätigkeit nachzugehen. Die HDW-Kapitalisten hinderten ihn zwar nicht am Betreten des Betriebes, versuchten aber mit allen Mitteln, seine Arbeit zu behindern.

Wie nicht anders zu erwarten, schlug der fast nur aus Sozialdemokraten bestehende BR in die gleiche Kerbe:

- B.W. wurde mit Gewalt von der letzten BR-Sitzung geschmissen (der ersten seit drei Monaten!);
- der BR stellt ihm keinen Arbeitsraum zur Verfügung;
- BR-Mitglieder, die sich früher bei den Kollegen nie haben sehen lassen, tauchen plötzlich in den Hallen auf und versuchten, eine „Arbeiteropposition" gegen B.W. zusammenzuschließen, nach dem Motto: „Der Rote muß von der Werft, er hält uns von der Arbeit ab ...";
- Noch einen Schritt weiter ging der Vorschlag von BR-Giese auf einer extra wegen B.W. eingerufenen Sitzung der Obleute: zwei Stunden Warnstreik, umB.W. von der Werft zu kriegen. Damit kam er aber nicht durch. Beschlossen wurde allerdings: Aufforderung an den BR seitens der Obleute, zusammen mit der Betriebsleitung Mittel und Wege zu finden, B.W. von der Werft zu schmeißen (8:2 Stimmen);
- der BR-Vorsitzende Böhm verkündete weiterhin auf der BR-Sitzung am 26.8. worum es letztenendes geht: *„Wenn das mit Woitalla klar ist, dann schmeißen wir die anderen raus!"*

Als es trotz solcher Maßnahmen den HDW-Kapitalisten und ihrem BR nicht gelang, B.W. vom täglichen Betreten der Werft abzuhalten, wurde ihm am 30.8.76 von Scholz und Henke (HDW-Vorstand) mitgeteilt, daß *„jeglicher Grund für das Betreten des Betriebes entfallen ist"*. Dies, weil B.W. angeblich *„keinen festen Grund dazu"* hat und nur *„Mitarbeiter von der Arbeit abgehalten (hat)"*. Dagegen heißt es in B.W.'s einstweiliger Verfügung:

> *„Der Antragsgegnerin (also HDW) wird aufgegeben, dem Antragsteller zur Ausübung seines Amtes als Betriebsratsmitglied ungehinderten Zugang zu ihrem Betrieb zu gewähren."*

Als B.W. am Tag darauf – also am 31.8. – wie üblich um 6.30 Uhr die Werft betrat, forderten ihn gleich drei Werkschutzleute auf, die Werft zu verlassen. B.W. beharrte auf seinem Recht und ging nicht. Um 8.00 Uhr erschien die Polizei, die aber nach Einsicht seiner einstweiligen Verfügung die Werft wieder verließ, diesmal ohne ihn mitzunehmen. Nach der Frühstückspause wurde B.W. dann von dem Schlägertrupp bestehend aus Ingenieuren und Meistern überfallen und gegen seinen passiven Widerstand mit Gewalt von der Werft gebracht. Die IGM-BR Giese, Krüger und Schultz hatten sich vorher aus dem Schlägertrupp gelöst und den Vorfall aus angemessener Entfernung beobachtet.

Am 1.9. versuchten die Werftbosse dann mit allen Mitteln zu verhindern, daß B.W. auf die Werft gelangt: ein Riesenaufgebot von Werkschützern an allen Toren und Kofferraumkontrolle.

Trotzdem taucht B.W. – der inzwischen Anzeige wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung gegen die Werksschläger erstattet hat – in der Frühstückspause am Container (wo relativ viel Kollegen Frühstück machen) auf. Totale Wut bei den Werkschützern, die ihn sofort beobachten lassen. Nach der Frühstückspause geht B. W. in die Hallen, wo er vor Übergriffen relativ sicher ist. Als er eine Halle verläßt geschieht unter den Buh-Rufen der Kollegen der gleiche Vorfall wie am Vortag. Die gleichen Schläger, diesmal allerdings mit Verstärkung vom Werksschutz.

Diese ungeheuerlichen und schon an die Praktiken in faschistischen Staaten erinnernden Zustände sind – nachdem schon die ständige Bewachung B.W.'s durch den Werkschutz ihn zum bekanntesten Kollegen auf der HDW/Kiel gemacht haben – bei den meisten Kollegen auf starke Empörung gestoßen. Dies aus dem Grunde, da die Werftkapitalisten die einfachsten demokratischen Gepflogenheiten mit Füßen treten.

SOFORTIGE AUFNAHME DER BETRIEBSRATSTÄTIGKEIT UND WIEDEREINSTELLUNG DES „ROTEN BETRIEBSRATES" BERND WOITALLA!

HDW-Genosse
KB/Gruppe Kiel

Jetzt sind alle vier „roten Betriebsräte" raus!

Einstweilen haben die HDW-Bosse es geschafft: Bernd Woitalla darf bis zur endgültigen gerrichtlichen Klärung seines „Falles" nicht mehr das Werftgelände betreten – so entschied das Landesarbeitsgericht am 2. September. Die anderen drei „roten Betriebsräte" wurden am selben Tag praktisch gleich mit gefeuert, weil sie vor Gericht als Zeugen ihres Genossen aufgetreten waren. Der Gang zum Gericht wurde den dreien als „unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit" angekreidet, obwohl sie sich selbstverständlich bei ihren Vorgesetzten abgemeldet hatten und bei Gericht ja auch als Entlastungszeugen registriert waren.

Mit dieser absolut wahnsinnigen Begründung haben die HDW-Bosse (im Zusammenwirken mit den reaktionären Betriebsräten, versteht sich) den drei Kollegen Werksverbot erteilt und ihre Kündigung eingeleitet.

Unseres Erachtens glauben die HDW-Kapitalisten selbst nicht, mit einer derartigen Willkürmaßnahme selbst vorm bürgerlichen Arbeitsgericht durchzukommen. Vielmehr scheinen sie mit ihrer (an „alte Zeiten" erinnernden) Betriebsjustiz die Kollegen provozieren und in immer neue gewalttätige Auseinandersetzungen hineinziehen zu wollen. Hier soll ein Exempel statuiert werden, das zur Abschreckung der Masse der Kolleginnen und Kollegen bestimmt ist – und das den Kapitalisten letzten Endes auch noch die „Tatbestände" liefert, um die widerspenstigen Kollegen fertig zu machen.

1975 – Jahr mit Höchstprofiten im BRD-Schiffbau

1975 war ein Jahr, in dem bis auf wenige Ausnahmen alle Schiffbauländer Rekordergebnisse in der Zahl der abgelieferten Neubauten erzielten. Insgesamt wurden Neubauten mit zusammen 34,2 Mio. BRT – 661.225 BRT mehr als im Vorjahr – fertiggestellt. **Der BRD-Schiffbau hat sich '75 in der „Weltrangliste" der Schiffbaunationen vor Schweden und nur hinter Japan vorgeschoben.**

Die Zahl der Werftarbeiter ist dabei in der BRD seit 1958 von 101.700 auf 65.300 im Jahr '75 reduziert worden („FR", 3.5.76)! Die Werftkapitalisten machten letztes Jahr wieder Riesenprofite, wie die nachstehende Zusammenstellung zeigt. Dazu kommen die 170 Mio. DM der Bundesregierung aus dem sog. Schiffahrtsförderungsprogramm.

Der Umsatz der **Rheinstahl Nordseewerke Emden** (4.780 Beschäftigte) lag im Geschäftsjahr '74/75 bei rund 550 Mio. DM. Stolz verkünden die Kapitalisten, daß der sog. Rohertrag je Beschäftigten sich erneut „verbessert" hat. Der „Jahresüberschuß" (hierbei sind selbstverständlich Investitionen, Abschreibungen etc. außen vor) betrug nach Abzug der Steuern 7,4 Mio. DM. Dazu kommen noch 16 Mio. DM, mit denen die Rückstellungen erhöht wurden. Trotzdem beklagen sich die Werftbosse über die hohen Personalkosten und kündigen weitere Angriffe auf die Kollegen an. *„Diese Entwicklung zwingt letztlich zu einer verstärkten Fortführung der Mechanisierung der Arbeitsabläufe verbunden mit Rationalisierungen"* (Zitat sowie Zahlen, auch im Folgenden aus „Hansa"/76). Kommen wir jetzt zu den Bremer Großwerften. Der **Bremer Vulkan** (4.200 Beschäftigte) steigerte seinen Umsatz um 47 Mio. DM auf 678,3 Mio. DM. Der „Jahresüberschuß" wurde gesteigert und betrug 26,4 Mio. DM. Zusätzlich noch etwa 10 Mio. DM in Rücklagen bzw. zur Erhöhung des Grundkapitals. Vulkan-Manager Schirmer äußerte: *„Trotz des völligen Zusammenbruchs des Tankermarktes ... beurteilen wir die zukünftige Entwicklung nicht so pessimistisch, wie sie zur Zeit in fast allen Publikationen dargestellt wird"*.

Die **AG-„Weser"** (8.380 Beschäftigte incl. Seebeckwerft) hat den Umsatz auf 848,7 Mio. DM steigern können, hat aber laut Geschäftsbericht nur einen Gewinn von 0,6 Mio. DM (gegenüber 21,9 Mio. DM im Vorjahr) an Fried. Krupp (zu 86,4% beteiligt) „abführen" können. Dieses *„magere Ergebnis befriedigt das Management in keiner Weise"*. Schon sind die Kapitalisten mit den Konsequenzen zur Hand: Man richtet *„sich vorsorglich auf eine absinkende Beschäftigung ein, indem Überstunden abgebaut, die natürliche Fluktuation genutzt, Fremdleistungen vermindert (Entlassungen von Fremdfirmenkollegen, Anm. AK) und vorzeitig ältere Mitarbeiter pensioniert werden. Außerdem werden Pläne zur Reduzierung der Gemeinkosten entwickelt"*. Dazu kommen innerbetriebliche Umschulungen.

Blohm+Voss AG, Hamburg (6.900 Beschäftigte) hat wie alle anderen Großwerften ebenfalls den Umsatz gesteigert, nämlich von 546,4 Mio. DM auf 743,1 Mio. DM 1975. Der „Jahresüberschuß" beträgt 17,3 Mio. DM und wird vom Vorstand – W. Bartels und M. Budcziess – als *„voll befriedigend"* beurteilt und sei das Ergebnis, daß Blohm nicht in den Großtankerbau investiert hat. 1975 hat Blohm die Investitionen (Helgenausbau, neue Kaianlagen, mehr Krankapazitäten etc.) gegenüber dem Vorjahr verdoppelt!

Die **Howaldtswerke Deutsche Werft** (14.900 Besch.) haben einen Zwischenbericht für das Geschäftsjahr 75/76 vorgelegt, in dem aber keine Zahlen genannt werden, mit denen man Rückschlüsse auf die gemachten Profite ziehen kann. Dafür wissen wir aber, daß es Pläne gibt, die Massenentlassungen für die Hamburger HDW-Arbeiter vorsehen. Pläne, die vorsehen, den gesamten Schiffsneubau von Hamburg nach Kiel zu verlagern.

Schließlich liegen noch Zahlen über die schleswig-holsteinischen Werften vor. Die **Flender Werft Lübeck** (1980 Beschäftigte) machte einen Profit von 3,66 Mio. DM. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr.

Die **Flensburger Schiffbau Gesellschaft** (1.800 Beschäftigte) steigerte zwar die Gesamtleistung, *„mußte sich jedoch im Endergebnis mit einem auf 0,8 Mio. DM reduzierten 'Jahresüberschuß' zufrieden geben."*

KB/Gruppe Lübeck



Stapellauf bei Howaldtswerke-Deutsche Werft in Hamburg: Bald Verlagerung nach Kiel?

Schon wieder Massenentlassungen in Hamburg

- 600 Arbeisplätze der Firma „R. Noske Nachfolger" in Altona sind in Gefahr. Obwohl das Klimatechnik- und Rohrleitungsbau-Unternehmen mit Aufträgen in Höhe von 54 Mio. DM eingedeckt ist, ist es jetzt gezwungen, neue Geldgeber zu suchen, da drei Hamburger Banken alle Kredite gekündigt haben und die Firma nun in finanziellen Schwierigkeiten ist. Der Hamburger Senat hat die Zahlung der August-Löhne übernommen.
- Ebenfalls gefährdet sind die 55 Kollegen der Hamburger Schraubenfabrik Wilhelm Schriever. Die Geschäftsleitung führt dies auf die Konkurrenz zurück. So verkauft die Berliner Firma Loewe, die seit einigen Jahren der bundeseigenen „Deutschen Industrieanlagen Gesellschaft" (DIAG) angeschlossen ist, ihre Schrauben seit diesem Zeitpunkt um 30 bis 40% unter dem üblichen Marktpreis.

„Nüchtern und eiskalt überlegen..."

Verhandlungen über tarifvertragliche Stellung der Vertrauensleute

Zum dritten Mal verhandeln am 22.9. die IG Metall-Führer mit Gesamtmetall über die tarifvertragliche Regelung der Vertrauensleutearbeit.

In den Verhandlungen will die IG Metall-Führung folgende Forderungen durchsetzen:
- Zehn bezahlte Freistunden im Monat für Gewerkschaftsarbeit;
- Freistellung unter Lohnfortzahlung für gewerkschaftliche Schulungen;
- erweiterter Kündigungs- und Versetzungsschutz und
- das Recht, Vertrauensleutewahlen und -sitzungen im Betrieb durchführen zu können.

Mit diesen Forderungen will die IG Metall eine Besserstellung der Vertrauensmänner und -frauen erreichen. Eine Untersuchung der IGM in 2.291 Betrieben hat ergeben, daß sich die Hälfte aller Vertrauensleute in der gewerkschaftlichen Arbeit behindert fühlt („Welt d. Arbeit", 27.8.). Allerdings zeigen allein schon die Aufstellung der Forderungen und die Verhandlungsführung – unter völliger Ausschaltung der Gewerkschaftsmitglieder –, daß beim IGM-Vorstand keine Bereitschaft besteht, die Bedingungen der VK-Arbeit entscheidend zu verbessern. Der Kapitalistenverband Gesamtmetall hatte in den bisherigen Verhandlungen nicht die geringste Bereitschaft gezeigt, über die Forderungen ernsthaft zu verhandeln.

Die Kapitalisten verlangen für Zugeständnisse einschneidende Maßnahmen gegen die freie gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb. Sie halten es für unzumutbar, daß für die Vertrauensleute *„betriebsratähnliche Stellungen durchgesetzt werden, ohne daß die Vertrauensleute die Pflichten des Betriebsrats auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber und dessen Friedenspflicht übernehmen."* Weiter lehnen die Kapitalisten ab, Vertrauensleute auf „ihre Kosten" zu Schulungen zu schicken, wo nach ihrer Auffassung *„Klassenkampfdenken und Arbeitskampftaktik gelehrt wird"* („Handelsblatt", Febr. '76).

Die IGM-Führer „begegneten" diesem Vorbehalten mit dem Versuch, den Kapitalisten die Vertrauensleutearbeit schmackhaft zu machen.

IGM-Vorstandsmitglied Diekerhoff: *„Da die Betriebsräte nicht ausreichen, müssen Vertrauensleute größere Wirkungsmöglichkeiten erhalten. Letztlich werden dadurch ja auch Reibungspunkte aus der Welt geschaffen (!), die zum besseren Arbeitsklima (!) beitragen. Das wiederum muß auch im Interesse der Arbeitgeber liegen"* („Welt d. Arbeit", 27.8.). Hieran wird deutlich, wie weitgehend die Vorstellungen von gewerkschaftlicher Arbeit zwischen IG Metall-Führung und Kapitalisten übereinstimmen. Differenzen bestehen nur insoweit, daß den Kapitalisten die Absichtserklärungen des IGM-Vorstands nicht ausreichen und sie direkte Einwirkungsmöglichkeiten verlangen.

Da die Gewerkschaftsführer heute noch nicht bereit sind, auch die Vertrauensleute an „Friedenspflicht" und „vertrauensvolle Zusammenarbeit" zu binden, wird auch die dritte Verhandlungsrunde ergebnislos bleiben.

Wie es danach weiter gehen soll, wissen die IG Metall-Strategen selber noch nicht so genau. *„Sollten die beitgeber in der kommenden Woche bei ihrem Nein bleiben, dann so Diekerhoff: werden wir nüchtern und eiskalt überlegen müssen"* („Welt d. Arbeit", 27.8.).

Überlegungen können sicherlich nicht schaden, ob der IG Metall-Vorstand allerdings darauf kommt, daß nur durch aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder ein besserer Tarifvertrag zu erreichen ist, muß bezweifelt werden.

Tod und Terror bei HSW

In der Knochenmühle HSW wurde am 17.8.76 der neue Schmelzofen (Ausstoß 130 t Stahl) in Betrieb genommen. Bisher produzierten allein „Ofen 1" und „Ofen 2" 1.600 t Stahl pro Schicht. Die Kollegen hatten alle Hände voll zu tun, die Arbeitshetze acht Stunden ohne Pause im Conti-Schichtverfahren zu ertragen. Aber seitdem der neue „Ofen 3" produziert, ist die Arbeitshetze noch um ein Vielfaches gestiegen. Am schwersten belastet sind die Gießer an den beiden Stranggießanlagen. Vorher wurden auf jeder Anlage vier Pfannen à 100 t pro Schicht vergossen. Zwischen Gießende und Gießanfang hatte jeder Kollege gerade Zeit, seine Kokille zu reinigen und vielleicht ein Brot zu essen. Es kam aber auch vor, daß überhaupt keine Brotpause war. Schwer belastet werden die Kollegen durch einen neuen Ofen, der vier Pfannen a 130 t produziert. Jede Gießanlage soll zwei Pfannen extra gießen: Die Kollegen haben keine Pause mehr und sollen ununterbrochen gießen. 520 t Stahl zusätzlich drücken schwer auf die Schultern der Kollegen. Die Kapitalisten, diese Ausbeuter, stellen natürlich keine neuen Kollegen ein, die die Gießer ablösen könnten. Das würde ja ihren Profit schmälern.

Am 30.8. verunglückte ein türkischer Kollege tödlich, die Abstichrinne des Schmelzofens hatte einen Konstruktionsfehler und riß den Kollegen mit sich in die Tiefe. Diese mörderische Arbeitshetze bei HSW hat in diesem Jahr schon zwei Tote und mehrere Schwerverletzte gefordert!

RUNTER MIT DER ARBEITSHETZE!
WEG MIT DER CONTI–SCHICHT!
LOHNNACHSCHLAG NOCH IN DIESEM JAHR!

Klöckners neuer Coup

Die Klöckner-Werke AG Duisburg kaufen von Flick die Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg in der Oberpfalz. Für das Stammkapital von 100 Mio. DM will Klöckner insgesamt 269 Mio. DM an die Flick-Erben löhnen, davon als erste Rate zum 1.1.77 137 Mio. DM für 51% der Aktien und bis zum 1.1.79 132 Mio. DM für die restlichen 49%. Damit wird Klöckner nach Thyssen und Hoesch zum drittgrößten Stahlkonzern in der BRD.
bis zum 1.1.79 132 Mio. DM für die restlichen 49%. Damit wird Klöckner nach Thyssen und Hoesch zum drittgrößten Stahlkonzern in der BRD.
Aufgrund der „roten Zahlen", in denen sich ja die Stahlindustrie ständig bewegt, kann Klöckner die 137 Mio. aus den laufenden Einnahmen auf den Tisch legen, ohne Kapitalerhöhung oder Kredit!

Verraten und verkauft sind damit 1.000 Kollegen, die jetzt ihren Arbeitsplatz verlieren sollen! In den Geheimverhandlungen zwischen den Konzernen wurde Klöckner zugesichert, daß noch „unter dem alten Regime" eine „gewisse Überbesetzung" beseitigt werden solle.

Von dem geplanten Verkauf wurde der Betriebsrat am 12.8. informiert: Er wurde massiv bedroht. Falls er die Schweigepflicht nicht einhalten sollte und dadurch Börsenverluste entstehen würden, wollte man ihn für die Verluste haftbar machen!

Weniger „diskret" als gegenüber den Kollegen waren die Kapitalisten allerdings gegenüber ihren Kumpanen. Auf einer Tagung der Industrie- und Handelskammer Regensburg kam die Sache ins Gespräch. CSU-Kandidat Aigner witterte eine günstige Gelegenheit für sich und seine Partei und ging gleich damit an die Öffentlichkeit. Obwohl die Maxhütte bereits Investitionshilfen kassiert hat und seit Monaten 4.300 der 7.400 Kollegen kurzarbeiten, „um Entlassungen zu vermeiden", forderte er in demagogischer Weise noch mehr Investitionshilfen.

SPD- und Gewerkschaftsführung boten ein trauriges Bild. Das einzige, was sie dazu zu sagen hatten, war, daß Aigner im Stil der Sonthofener Rede einen Panikwahlkampf führen
boten ein trauriges Bild. Das einzige, was sie dazu zu sagen hatten, war, daß Aigner im Stil der Sonthofener Rede einen Panikwahlkampf führen
wolle und durch seine Enthüllungen nur das Kurzarbeitergeld für die Kollegen gefährden würde, das halt nur zur Erhaltung von Arbeitsplätzen gezahlt werde. Der Betriebsratsvorsitzende der Maxhütte sieht **„eher Vorteile als Nachteile"** in der Transaktion. Er behauptet: *„Sowohl der Vorstand der Maxhütte als auch der Klöckner-Werke haben verbindlich erklärt, daß der Zusammenschluß beider Werke weder den Beschäftigten der Maxhütte noch der Klöckner-Werke personelle Nachteile bringen darf"* („Welt der Arbeit", 27.8.76).

Das ist eine bewußte Täuschung der Kollegen, angesichts der Tatsache, daß Klöckner in letzter Zeit schon Teile der Werke in Haspe und Georgsmarienhütte und die Eisengießerei Quint stillgelegt hat. Zu vermuten ist, daß Klöckner das Bergwerk und das Hüttenwerk stillegen will, da sie in Bremen über moderne Hochofenanlagen verfügen und weitgehend importiertes Eisenerz verarbeiten. Angeblich wird auch schon über einen Sozialplan für – besser: gegen – die 1.000 Kollegen verhandelt.

Reynolds/Hamburger Senat lösen das Umweltschutzproblem

„... auf eine gute hamburgische Weise"

Jahrelang hatten im Industrieansiedlungsgebiet an der Elbe (südlich von Hamburg) Bürgerinitiativen gegen den Umweltverschmutzer Reynolds protestiert und prozessiert. Die gegen die Ansiedlung der Aluminiumhütte auftretenden Anwohner wurden in ihrem gerechten Kampf vom Betriebsrat und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten bei Reynolds selbst unterstützt.

Nunmehr teilte der Hamburger Senat auf einer Pressekonferenz am 20. August überraschend mit, daß der Streit „endgültig beigelegt" sei. Der letzte Kläger gegen die ungesetzliche Ansiedelung des Alu-Werkes, der Bauer Langeloh, hätte seinen Einspruch zurückgezogen.

Mit der Bemerkung: *„Ich kann die endlosen Belastungen nicht mehr aushalten"* („Hamburger Morgenpost", 21.8.76) hat damit auch der letzte der anfänglich über 400 Einwänder aufgegeben. Langeloh erhält für die Rücknahme der Klage eine nicht unerhebliche Entschädigung. *„Als Kaufsumme werden rund 100 DM pro Quadratmeter, also etwa 3 1/2 Mio. DM genannt"* („MoPo", 21.8.). Außerdem wird *„die Stadt die Prozeßkosten übernehmen und Langeloh im Rahmen des Üblichen behilflich sein"* („Hamburger Abendblatt", 21.8.).

Mit der Aufgabe von Langeloh ist das Musterbeispiel sozialdemokratischer Industrieansiedlung endgültig perfekt. Begonnen hatte es damit, daß der Hamburger Senat den Reynolds-Konzern mit enormen Vorleistungen (ca. 600 Mio. DM) an die Elbe gelockt hatte. Neben den materiellen Vorleistungen sorgte der Senat auch dafür, daß Reynolds ohne Betriebsgenehmigung, was einen Straftatbestand darstellt, das Werk bauen durfte. Mit diesem illegalen Baubeginn wurden vollendete Tatsachen geschaffen.

Ausgeschaltet wurden dadurch die Rechte der Bevölkerung, gegen die Ansiedlung Einspruch zu erheben. Da bei der Aluminiumproduktion Schadstoffe frei werden, muß vor Erteilung der Betriebsgenehmigung ein öffentliches Anhörverfahren durchgeführt werden.

Gegen diese Machenschaften klagten mit Erfolg verschiedene Anwohner. Am 28.8.74 entschied das Verwaltungsgericht Hamburg: *„Die Alu-Hütte arbeitet ohne gültige Betriebsgenehmigung. Das Werk muß den Betrieb vorläufig einstellen"* („Welt", 29.8.).

Dieses Urteil nahmen Reynolds und SPD/FDP-Senat zum Anlaß, um eine Hetzkampagne gegen die berechtigten Proteste zu inszenieren. *„Sind 12.000 Gladiolen mehr wert als 1.100 Arbeitsplätze?"* („HA", 29.8.74). Gleichzeitig sollte damit die Bevölkerung gegen die Arbeiter im Werk ausgespielt werden.

In einer jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzung gelang es dem Senat, die Einwänder mürbe zu machen und nach und nach zur Aufgabe zu zwingen.

Diese durch Hetze, Drohungen und Bestechungen erreichten Aufgaben nennt der SPD-Wirtschaftssenator Nölling zynisch **„... eine faire Lösung, die den Konflikt auf eine gute hamburgische Weise klärt"** („HA", 21.8.).

Betriebszelle Reynolds/HAW
KB/Gruppe Hamburg



Hamburgs ehemaliger Senator Kern (r.) plaudert ausgelassen mit Kapitalist Reynolds und anderen „Persönlichkeiten"

Opel-Betriebsräte lehnen Sonderschichten ab

Die Betriebsräte von Opel-Bochum und Opel-Rüsselsheim haben vier für September und Oktober geplante Sonderschichten abgelehnt. In diesem Jahr hat Opel schon 20 Sonderschichten gefahren, die bisher immer vom Betriebsrat abgesegnet wurden. Allerdings wurde von aktiven Teilen der Belegschaft und des Bochumer Betriebsrates schon lange die Ablehnung der Sonderschichten gefordert. Auf der letzten Betriebsversammlung von Opel-Bochum wies ein Kollege darauf hin, daß für jede Sonderschicht 50 Kollegen eingestellt werden können (vgl. AK 87).

14 der 37 Bochumer Betriebsräte begründen ihre Ablehnung damit, daß sich die Geschäftsleitung bisher geweigert hat, einem von der Belegschaft geforderten Ausgleichsfond für Kurzarbeit zuzustimmen. Außerdem treten sie grundsätzlich für die Verteidigung der 40-Stunden-Woche ein.

Auch Vertrauensleuteversammlungen aus verschiedenen Rüsselsheimer Abteilungen haben aufgrund der ständig steigenden Arbeitshetze ihren Betriebsrat aufgefordert, Sonderschichten in Zukunft abzulehnen. Zugleich fordern sie mehr Lohn.

Möllersdorf, Österreich:

„Wir kämpfen um jede Maschine"

Vor kurzem plante der staatliche österreichische Metallkonzern **„Vereinigte Metallwerke Braunau-Ranshofen"** (VMW) die Stillegung und Demontage wichtiger Anlagen in seinem Werk in Möllersdorf. Diese Aktion sollte während des Betriebsurlaubs durchgezogen werden. Doch die Rechnung der Konzernleitung ging nicht auf. Die Betriebsräte, die erst zwei Tage vor dem Urlaub unterrichtet waren, blieben zu Hause, 71 Kollegen, die noch im Werk waren, hielten eine Versammlung ab. Ergebniss: **„Wir kämpfen um jede Maschine"**. Die Kollegen, die ihren Urlaub zu Haus verbrachten, versammelten sich täglich vor dem Haupttor und verbarrikadierten es mit ihren Autos.

Die Führung der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft stellte sich offen auf die Seite des Konzerns. Kommentar eines Betriebsrates dazu: *„Von denen haben wir auch nichts anderes erwartet. Ich glaube, der Vorstand hat viel bessere Beziehungen zur Gewerkschaftsführung als wir Betriebsräte."* Die Konzernleitung versuchte es mit einem schäbigen Versprechen: 130 Kollegen sollten neue Arbeitsplätze bekommen – allerdings im 20 km entfernten Werk Bernsdorf und nur, wenn durch *„natürliche Abgänge"* etwas frei wird. Für *„unnatürlichen Abgang"* hatten sie selbst gesorgt, indem sie dort in den letzten beiden Jahren 120 Kollegen gekündigt hatten, nicht unbedingt ein Beweis für ihre Glaubwürdigkeit. Deshalb blieben die Kollegen hart: **„Wir werden nicht zulassen, daß auch nur eine Schraube im Werk gelockert wird."**

Drei Tage wurde mit dem Vorstand verhandelt. Ergebnis: Bis zu einer Betriebsversammlung nach dem Urlaub wird nichts demontiert. Aber der Vorstand hält weiterhin an seinen Absichten fest.



Bandarbeiter bei Opel

Bremerhaven

SUAG „schrumpft sich gesund"

37 Entlassungen im Werk Neuer Hafen der Schichau-Unterweser-AG (SUAG) sind von der Geschäftsleitung angekündigt worden, nachdem bereits vor einigen Wochen Kurzarbeit für 120 Kollegen beantragt worden war – damals bemerkenswerterweise mit der erklärten Absicht, „so Entlassungen verhindern zu wollen"!

Über weitergehende Pläne schweigt sich die Geschäftsleitung aus, während gleichzeitig die wildesten Gerüchte in die Welt gesetzt werden, um die Kollegen zu verunsichern.

Das Hauptbemühen der fortschrittlichen Kollegen bei SUAG richtet sich deshalb gegenwärtig auf die unverzügliche Durchführung einer gemeinsamen Betriebsversammlung aller Betriebsbereiche verbunden mit der Forderung nach vollständiger Information aller Kollegen.

Bis jetzt ist es den Kapitalisten allerdings gelungen, dies unter Assistenz rechter Betriebsräte zu verhindern: mal würden „Ablieferungstermine gefährdet", mal sollten erstmal „neue Auftragsverhandlungen abgewartet" werden usw... Es ist bereits die Rede von Versammlungen für einzelne Werke erst im Oktober!

Diese Aufsplitterungs- und Verzögerungstaktik der SUAG-Kapitalisten muß durchkreuzt werden!

Inzwischen holen die Kapitalisten aus den Kollegen raus, was nur rauszuholen ist: Überstunden werden gekloppt, um „den Helgen für den letzten Frachter frei zu bekommen".

Entsprechend konnte Werftboss Noe auf der jüngsten Aktionärsversammlung ein „günstiges Ergebnis" für das erste Halbjahr vermelden („NZ", 31.8.76).

Betriebszelle SUAG
KB/Gruppe Bremerhaven

MAN:

Weitere Stillegungen geplant

Der zur Gutehoffnungshütte gehörende Konzern MAN will mit dem Mainzer Montagewerk für Heizungs-, Klima- und Kältetechnik den dritten Zweigbetrieb innerhalb kurzer Zeit stillegen. Der Betriebsrat weist darauf hin, daß die kaufmännische Abteilung als erster Schritt zur Schließung bereits aufgelöst sei. Trotz Dementis der Kapitalisten sei die Stillegung sicher.

Neben der beabsichtigten Schließung der Kesselbauabteilung im Hamburger Werk wurde bereits ein Zweigwerk in Köln zugemacht.

In der vergangenen Woche haben Betriebsrat und IG Metall mit einem Flugblatt an die Bevölkerung gegen die geplanten Entlassungen von über 350 Arbeitern und Angestellten im Hamburger Werk protestiert. Gleichzeitig gingen bisher vorwiegend aus Hamburger Metallbetrieben über 150 Solidaritätserklärungen ein.

Einher mit der Stillegung von Zweigwerken baut der MAN-Konzern die wirtschaftliche Beziehung mit den Rassisten in Südafrika aus. Gemeinsam mit Alsthom/France übernahm MAN einen Großauftrag. Im Wert von 300 Mio. DM sollen drei Dampfturbinensätze für die Erweiterung des Kraftwerks Matla nach Südafrika geliefert werden.

Meldungen

– Bei der Maschinenfabrik Friedrich Kocks GmbH in Bremen fand am 18.8. ein einstündiger Warnstreik statt, um die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung über mehr Lohn und die Absicherung übertariflicher Zulagen zu beschleunigen.

– Am 19.8. streikten 15 Kollegen, Schweißer aus der Kesselschmiede der Bremer Vulkan-Werft, gegen die Kürzung ihrer Vorgabezeiten. Daraufhin wurde die Kürzung als „Irrtum" hingestellt.

– Einige hundert Büsumer Werftkollegen haben vor einer CDU-Wahlveranstaltung mit Stoltenberg für die Erweiterung der Schleuse des Nordseehafens demonstriert. Sie warfen der CDU-Landesregierung vor, nichts für den Hafen und die Erhaltung der Büsumer Arbeitsplätze zu tun.

– Siemens errichtet ein neues Werk in der Nähe von Neapel, das 2.000 Kollegen beschäftigen soll. Dorthin soll ein Teil der Augsburger Produktion verlegt werden, wo z.Zt. jeden Monat 49 Kollegen rausgeworfen werden.

HBV

Die „mehr-Wert" Pleite

„Zufälligkeiten in solcher Höhe gibt es nicht"



Die bei den Gewerkschaftsführer A. Krause (links) HBV, Schmidt (rechts) DAG drohen mit gerichtlichem Nachspiel. Da „zittern" die Kapitalisten jetzt schon!

„Geld habe ich eigentlich schon lange genug", meinte Erich Wolf, Verwaltungsratsvorsitzender der vor ca. fünf Wochen pleite gegangenen SB-Warenhauskette „mehr Wert" einmal im „vertrauten Kreis". Mit mehr als 200 Millionen DM Schulden gegenüber Banken und Lieferanten war das drittgrößte SB-Warenhaus aufgeflogen. Für 3.500 Kollegen sind die Arbeitsplätze unsicher, ein großer Teil wird arbeitslos werden.

Wolf hat sein Schäfchen im Trockenen: Ihn kostet diese Pleite nur seine Kommanditeinlage (ca. 2,6 Mio.), und die dürfte er mehrfach an Gewinnen (und „unter der Hand") aus der Firma geholt haben.

„Das riecht nach Betrug"

Nachdem einige der etwa 4.000 Gläubiger Strafantrag gestellt hatten (vergl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 17.8.76) und auch Konkursverwalter Kilger Verdacht auf *„betrügerischen Bankrott"* ausgesprochen hat, ist nun die Staatsanwaltschaft eingeschaltet worden. *„....in den Papieren der Firma stimmte nichts. Besonders brisante Unterlagen ... sind gar verschwunden – so etwa sämtliche Inventurlisten des Jahres 1975. Böttcher (zuständiger Staatsanwalt): ‚Das riecht nach Betrug'. Daß gerade die Inventurlisten weg sind, wundert Branchenprofis nicht. Sie gelten als Schlüssel zur ‚mehr-Wert' Katastrophe."*

Die Methode, mit der die „mehr-Wert"-Kapitalisten in acht Jahren den Umsatz von 10 Mio. auf 950 Mio hochschrauben konnten, ohne selbst nennenswert zu investieren, bezeichnet der Otto-Manager Kehr:

„Es war natürlich alles ein Schneeballsystem."

Fast ohne eigenes Kapital wurden Verkaufsfläche, Inventar und Ware beschafft. *„Lieferanten, die kein Zahlungsziel von vier Montaten akzeptierten, kamen nicht in frage."* Und dann wurde über Wechsel und Bankkredite gezahlt.

Wolf s Methode: *„mit Wachstum Geld zu beschaffen, um die Schulden aus der Vergangenheit zu bezahlen."* *„Sodann verbreiterte der phantasievolle Manager seine Kreditbasis durch Herumschieben von Warenbeständen."* Nach der Inventur im Laden wurden Waren flugs in einen anderen gebracht und dort noch einmal in die Inventur aufgenommen. Solche „Luftbewertungen" wurden in schwindelnde Höhen getrieben. *„In der Bilanz 1975 steckten allein 150 Mio. Mark heiße Luft aus falschen Warenbewertungen. Staatsanwalt Böttcher: ‚Zufälligkeiten in solcher Höhe gibt es nicht'."* *„Der Ringtausch funktionierte nicht bloß bei Waren. Auch für Wechsel diente die vermögenslose Firma* (Einkaufsgesellschaft ‚der neue Ring' – d.Red.) *als zweite Adresse."* (Alle Zitate nach „Spiegel" 36/76).

Wer nun allerdings glaubt, angesichts dieser Tatsachen würden die „mehr-Wert"-Kapitalisten ernsthaft wegen Betruges verknackt, der irrt: Die Inventurlisten sind verschwunden. Und um genau herauszufinden, welche Waren von welchem Lieferanten zu welchen Bedingungen geliefert worden sind, würden nach Kilgers Rechnung 80,1 Arbeitsjahre benötigt. Diese Rechnung (die im Zusammenhang mit der Frage, wie die Gläubiger befriedigt werden könnten aufgestellt wurde) macht zudem deutlich, daß es nicht möglich sein wird, die oben genannten „Luftbewertungen" zu rekonstruieren.

Da dürften die Drohungen „mit gerichtlichem Nachspiel" seitens der Gewerkschaftsführer A. Krause (HBV) und Schmidt (DAG) die „mehr Wert"-Kapitalisten auch nicht mehr in Angst und Schrecken versetzen. Zwar liegt der Betrug auf der Hand, doch ohne „Beweise" schreitet das Gericht nicht ein.

Der „Banken-(Hugo)-Mann"

Ein Teil der „mehr Wert"-Läden (d.h. die umsatzstärksten) werden von der „Wertkauf"-Gruppe aufgekauft. Dahinter steht der amerikanische Umsatzmilliardär „Fred Mart Corporation" in San Diego. Zum 1. Januar 1977 wird dieser noch die zehn Kaufpark-Häuser der Frankfurter Latscha-Gruppe seinem Imperium angliedern (vergl. „Hamburger Abendblatt" (HA), 21/22.8.76).



„mehr-Wert"-Kaufmann Wolf: „Geld habe ich genug"

Hugo Mann, der diesen Riesen im vergangenen Jahr aufkaufte, rechnet damit, daß *„sein Geschäft im nächsten Jahr weltweit mehr als 2,5 Milliarden DM ‚einspielen' (!!)"* wird. *„Und für 1978 peilt er die Drei-Milliarden-Grenze an"* („HA") *„Die Karlsruher Mann-Gruppe gilt als solide finanziert. Sie hat allerdings gute Beziehungen zu den Landesbanken, allen voran zur Badischen Landesbank in Mannheim"* („HA" 21/22.8.).

Mit Hugo Mann zieht in die Selbstbedienungsbranche eine *„Mischung aus Möbelgeschäften und SB-Warenhäusern"* ein (Nebenbei: Verheiratet ist Mann mit einer geborenen Porst, Schwester des Nürnberger Fotogroßkaufmanns Hansheinz Porst).

Die „guten Beziehungen" zu den Banken dürften sich gelohnt haben. Die Banken, die von ihren 400 Kreditmilliarden 56 im Handel angelegt haben (vergl. „Frankfurter Rundschau", 21.8.76), haben letzlich auch über die „mehr Wert"-Pleite entschieden:

Hatten drei Wochen vor der Pleite die Großbanken noch „erstklassige" Bankauskünfte gegeben, Schecks und Wechsel pünktlich bezahlt, so dürften auch die Wechelproteste, die die Pleite einläuteten und von der Dresdner Bank ausgingen – wie in solchen Fällen üblich – untereinander abgesprochen worden sein.

Der Verkauf an Mann (der mit den guten Beziehungen) deutet daraufhin, daß wohl auch die Banken mehr von der Konzeption einer „breiteren Streuung" halten (Möbel und SB-Markt).

Mann kann zudem in die Branche einsteigen, ohne die Schulden zu übernehmen und sich nur die dicksten Brocken raussuchen.

Kollegen verschaukelt

Noch zehn Tage vor Monatsende wußten die Kollegen bei „mehr Wert" nicht, ob sie mit August-Gehältern rechnen konnten.

Die DAG leistete sich in diesem Zusammenhang eine besondere Schweinerei: Sie ließ durchblicken, daß sie das Konkursausfallgeld vorschießen werde und sprach später davon, daß sie nur für Mitglieder zahlen werde. Nachdem *daraufhin* einige Kollegen in die DAG eingetreten waren, zerschlug sich das Gerücht plötzlich wieder.

Am Montag, den 30. August, wußten die Kollegen (Hamburg-Dorotheenstr.) noch nicht einmal, ob sie nun am 1. September endgültig arbeitslos sind, und ob sie ein Konkursausfallgeld in Höhe von ein, zwei oder drei Gehältern zu erwarten haben.

Auch auf der letzten Betriebsversammlung wurden sie lediglich vertröstet: Für August zahle ja die Dresdner Bank, und der Hamburger Verkehrs-Verbund – Eigentümer der Räume in der Dorotheenstraße – hätte versprochen, der neue Mieter (?) werde die Kollegen übernehmen müssen.

Kollegen, die vorsorglich schon zum Arbeitsamt gehen wollten, riet der Betriebsrat ab: *„Man sollte keine übereilten* (!!) *Schritte tun."*.

Die Arbeitslosigkeit wird gerade die Kollegen bei „mehr Wert" besonders hart treffen:

Die extrem niedrigen Löhne schlagen beim Arbeitslosengeld hart durch. „mehr Wert" hatte zwar nach „Tarif" gezahlt, da es aber in einem SB-Laden kaum gelernte „Verkäufer" gibt, waren viele Kollegen in den untersten Lohnstufen als „SB-Helfer" eingestuft.

Neben den schlechtesten Löhnen der Branche wurden die Kollegen bei „mehr Wert" extrem ausgepreßt: 58,5 qm Fläche hatte ein Beschäftigter (incl. Verwaltung) zu bearbeiten. Vergleich: Horten: 17 qm. Der pro-Kopf-Umsatz betrug bei „mehr Wert" 271.000,– DM pro Jahr. Vergleich: Horten: ca. 88.000 DM; Karstadt: 119.000 DM.

Der „mehr Wert"-Kapitalist erklärt daraus die Preise:

„Unsere Marktvorteile bestehen aus einer ausgeprägten Rationalisierung" („FR", 21.8.76).

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Ordnungsstrafen in DM für Versicherungsangestellte?

Eine ungeheure Schweinerei wird vom Arbeitgeberverband der Versicherungswirtschaft „Deutschlands" mit Sitz in München derzeit vorbereitet. Kannte man bisher an innerbetrieblichen Ordnungsstrafen die berühmt-berüchtigten Verweise, Verwarnungen etc., so soll jetzt nach dem Vorbild von „Bußgeldern", „Punktesammeln" und „Führerschein-weg" vorgegangen werden.

Wie aus München und da aus sicherer Quelle zu erfahren war, schlagen die feinen Herren Kapitalisten vor, z.B. für Beleidigung eines Vorgesetzten ca. 10,– DM, für Stempelkarte mit nach Hause nehmen ca. 20,– DM usw. usf. zu kassieren!

Das ist der Höhepunkt aller bisher gekannten Pläne einer innerbetrieblichen Justiz.

Kollegen in Versicherungsbetrieben sollten da sehr wachsam die Ohren aufsperren, um solche Dinge von Anfang an publik zu machen und zu bekämpfen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde im Großhandel: Eiertanz der HBV-Führer

Seit Mai dieses Jahres besteht für die HBV im Großhandel der sogenannte tariflose Zustand. Das letzte Angebot der Kapitalisten von 5,357 % (!) wurde von der HBV abgelehnt, die DAG stimmte zu. *„HBV wahrt die Interessen der Arbeitnehmer im Groß- und Außenhandel und verweigert daher einen Gehaltstarifabschluß unter 5,4 %"*, so tönten die Führer damals in einem Rundschreiben per Post.

Nun ist der September ins Land gezogen und außer der Weigerung zum Abschluß war nichts mehr zu hören.

Am 26.8.76 endlich sollte ein Gespräch zwischen Fachgruppenvorstand, Tarifkommission und Betriebsräten zur Vorbereitung eines offenen Abends für alle Interessierten mit dem Thema Tarifsituation stattfinden.

Die Einladungen zum Vorbereitungstreffen wurden am 25.8. verschickt, einige erhielten sie am 26.8., der Rest am 27.8.1976. Deutlicher kann man die Absicht der HBV-Führer nicht mehr beschreiben, auch dieses Mal wieder einen Lohnkampf versanden zu lassen.

Zelle Großhandel
KB/Gruppe Hamburg

Herstatt - Verhaftungen:

... aber die im Dunkeln sieht man nicht??





Verhaftet: Herstatt und Helfer Graf von der Goltz
Von diesen Herren sind noch viel zu wenig hinter Schloß und Riegel

Ende August wurden Iwan D. Herstatt, Leiter der im Juni 1974 zusammengebrochenen Herstatt-Bank in Köln, und sieben seiner Komplizen in Haft genommen. Unter ihnen Herstatt's Chef-Devisenschwindler Dany Dattel, sein Generalbevollmächtigter, Bernhard Graf von der Goltz und der Direktor der Auslandsabteilung, Heinz Hedderich.

Ihnen wird vorgeworfen, sich um lumpige 40 Millionen „unrechtmäßig bereichert" zu haben, die auf private Auslandskonten geflossen sein sollen. Allein Dany Dattel soll aus einem Geschäftskomplex mit Gold und Devisen runde zehn Millionen privat auf die Seite gebracht haben.

Auf freiem Fuß bleibt Herstatt-Hauptaktionär Gerling, Boß des Gerling-Konzerns, dem die Herstatt-Bank zu über 80 % gehörte. Verwundert äußerte sich denn auch ein Sprecher der Interessengemeinschaft der Herstatt-Geschädigten: *„Wir vermissen auf der Liste der Verhafteten die Herren des Gerling-Konzerns"* („Frankfurter Rundschau", 27.8.76). Wir auch!

Gerling ist frei, weil es im Kapitalismus zwei Arten von unrechtmäßiger Bereicherung gibt – eine erlaubte und eine unerlaubte. So hat sich denn das Gericht auch zwei Jahre lang nicht daran gestoßen, daß bei der Herstatt-Bank jahrelang Schwindelgeschäfte mit Gold und Devisen in größtem Ausmaß gelaufen waren. Bei einem haftenden Eigenkapital von 44 Mio Mark waren Tagesumsätze von 200 bis 500 Mio Mark getätigt worden. Am Ende stand die Bank mit runden 1,2 Milliarden Mark im Minus!

Ebensowenig hatte das Gericht bisher Anstoß an folgenden bekannt gewordenen Tatsachen genommen:

- Unmittelbar vor der Schließung der Herstatt-Bank wurde deren gesamter Grundbesitz pro forma „verkauft" – an Gerling.
- Unmittelbar vor der Schließung der Bank „verkaufte" die zum Gerling-Konzern gehörende Gerling Global Bank einen 25%igen Anteil pro forma an eine der undurchsichtigen Gesellschaften des undurchsichtigen Gerling-Konzerns.
- Am 28. Dezember 1973 kaufte die Herstatt-Bank zum Tageskurs eine halbe Tonne Gold per Datum 28. Juni 1974 – in der Hoffnung, daß bis dahin der Goldpreis weiter steigen würde. Als sich diese Erwartung erfüllte, wurde das Geschäft flugs auf Herrn Gerling persönlich umgeschrieben, der mit einer runden Million Gewinn davonzog (AK 51).

Nicht daß durch Schwindelgeschäfte rund 1,2 Milliarden Verlust entstanden waren (zum guten Teil auf Kosten der kleinen Bankkunden, die nur 65 % ihrer Einlagen zurückerhielten), stellte bisher einen Grund dar, gegen die Gerling-Herstatt-Bande endlich juristisch vorzugehen. Vielmehr waren es lumpige 40 Mio Mark, die Herstatt, Dattel und Kumpanei auf eine im Kapitalismus nicht statthafte unrechtmäßige Art und Weise p r i v a t beiseite geschafft haben sollen. Mehr als diese vergleichsweise lächerlichen 40 Mio Mark steht bisher auch nicht zur Debatte.

Brecht schrieb einmal: „Was ist der Einbruch in eine Bank gegen den Besitz einer Bank!" – Das trifft den Nagel auf den Kopf. Und man könnte aktuell noch hinzufügen: „Was ist eine unerlaubte ‚unrechtmäßige Bereicherung' gegen eine erlaubte!" –

Hamburg:

Protestaktion im Buchhandel

In den Hamburger Buchhandlungen „Frensche" (ca 20 Kollegen) und der Filiale „Elmenhorst" wurde am Dienstag den 31.8.76 ein einstündiger Warnsteik erfolgreich durchgeführt. Der Streik richtete sich gegen die provokative Beendigung der diesjährigen Tarifrunde durch die Kapitalisten. Diese hatten versucht,einen Abschluß unterhalb der Lohnleitlinien, von weniger als 6% durchzusetz en und machten weitere „Verhandlungen" davon abhängig. Als die Mitgliederversammlung (MV) der Fachgruppe Buchhandel und Verlage sich darauf nicht einließ und keinen Grund sah, von ihrer Forderung abzurücken, erklärten die Kapitalisten die Tarifrunde für beendet.

Das nahmen die Kollegen von Frensche zum Anlaß für eine Protestaktion mit dem Ziel der Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Der Streik wurde in der Weise durchgeführt, daß die Kollegen gemeinsam ihre Mittagspause von 12-13 Uhr nahmen und dem Unternehmer Hess eine Erklärung überreichten, in dem sie ihre Aktion begründeten. Die Frensche - Kollegen zogen gemeinsam durch die Buchhandlungen der Innenstadt und informierten ihre dortigen Kollegen. Weiter wurden Flugblätter in der Stadt verteilt.

Schon vorher hatten Kollegen Hamburger Buchhandlungen in der Innenstadt Flugblätter zur Situation in der Tarifrunde verteilt. Zudem wurden Unterschriften gesammelt.

Die Aktion bei Frensche ist insofern beachtlich, da es seit 1945 erst einen Streik der Buchhändler (in Westberlin) gegeben hat.

Die Gewerkschaft HBV hat bisher keinen Finger dafür gerührt, stattdessen wurde versucht, die Aktivitäten der Kollegen abzublocken (siehe AK 87).

Während die DKP in bewährter Manier sich der Abwiegler - Tour der HBV - Führung anschloß und die Annahme eines Abschlusses unter 6% als „einzig mögliche Strategie" verkaufen wollte - so auf der Mitgliederversammlung der Buchhändler - geriet auf der anderen Seite der KBW angesichts der Aktion der Frensche-Kollegen völlig aus dem Häuschen. Der KBW, der die Forderungen der Frensche - Kollegen direkt unterstützte, putschte mit markigen Sprüchen die Sache im Wolkenkuckuckshöhe hoch :

Die *„Forderungen (seien) durchsetzbar"*(„KVZ",29.7.76), es sei möglich,*„eine Bresche in die Front der Kapitalisten zu schlagen"*(„KVZ", 29.7.76), und eine *„erfolgreiche Kraftprobe mit den Kapitalisten"* in Aussicht stellte („KVZ", 26.8.76).

Allen, die einen Kompromiß in der Tarifrunde wollten, sei *„der Rück weg abgeschnitten"* worden.

Die Geschäftsleitung kenne nun *„unsere Entschlossenheit, jede Repressalie gemeinsam zurückzuschlagen"*(„KVZ", 2.9.76).

Wie wirklichkeitsfern diese Kraftmeiereien sind, zeigt schon die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung in Heidelberg und Westberlin nicht vor einer Auflösung der Fachgruppen zurückschreckte, als es darum ging, die Kollegen zurückzupfeifen und so die Kapitalisten ermunterte, den Kniefall der HBV zu verlangen.

Zelle Buchhandel und HBV-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg



Plakat der Buchhandlung Frensche



Frensche-Kollegen während des Streiks

HBV-aktuell

Landesbank-Skandal:

Der Sumpf ist groß

„Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Frankfurter Rundschau" vom 25.8.76 berichteten über einen ganz neuen Aspekt im „Skandal Landesbank". Da soll doch tatsächlich die SPD herausgefunden haben, daß der Landesbank Vorstand zwischen 1971 und 1973 140.000,– DM an „Provisionen" von der Hessen-Nassauischen Versicherungsanstalt kassiert hätte. Dieses Geld wiederum soll unter Vorstandsmitgliedern, der Bank selber und Sachbearbeitern aufgeteilt worden sein...

Der SPD war diese Geschichte eine Wahlkampfbroschüre wert (Auflage 10.000). Kohl wurde aufgefordert, aus der Bank und dem nicht unmaßgeblichen Verwaltungsrat auszuscheiden. Das wiederum wollte dieser nicht und die CDU konterte mit den Schiebereien von SPD-Osswald bei der Hessischen Landesbank (wir berichteten darüber).

Das einzig positive dabei ist, daß man zumindest auch mal D-Mark-Weise mitkriegt, wie die Herren Politiker von den bürgerlichen Parteien mit dem Kapital unmittelbar verflochten sind.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

Gewerkschafter bei der Buchhandlung Chistiansen gekündigt

Am Samstag den 14.8.1976 haben Kollegen vor der Buchhandlung Christiansen in Altona ein Flugblatt von verschiedenen Kollegen des Buchhandels zur Tarifrunde verteilt. Dem Kollgen R. wurde daraufhin gekündigt. Der Kapitalist Christiansen wirft ihm vor, einer der Urheber zu
Dem Kollgen R. wurde daraufhin gekündigt. Der Kapitalist Christiansen wirft ihm vor, einer der Urheber zu
sein und die Verteilung vor seinem Betrieb organisiert zu haben. Als „eindeutiger Beweis" hat der Kapitalist angeführt, Verteiler hätten ein Stellschild gegen den Wagen des Kollegen gelehnt ! Völlig irrsinnig argumentierte Christiansen dann, daß R. noch in der Probezeit wäre. Rechtlich ist dabei die Situation eindeutig wie selten. R. hat seine Lehre abgeschlossen und wurde übernommen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis (nach dem Berufsbildungsgesetz) !

Aus Solidarität mit dem Kollegen hat eine Kollegin aus der Filiale in Lurup inzwischen gekündigt.

Weder in der ohnehin spärlichen Tarifnachricht der HBV noch sonst wo ist dieser Kündigungsfall bisher angegriffen worden. Die HBV gewährt nur Rechtsschutz.

Übrigens ist der Herr Christiansen stellvertretender Vorsitzender des Kapitalistenverbandes „Börsenverein des Deutschen Buchhandels".

HBV - Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Iduna Versicherungen, Hamburg:

Berufungsprozesse gehen weiter

Am 24.8.76 rollte die Prozeßmaschine vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) in Hamburg weiter. Hatte ein gekündigter Betriebsrat inzwischen schon vor dem LAG gewonnen, sollte nun in drei weiteren Fällen „Recht(s)" – im Sinne des Wortes – gesprochen werden. Denn der Vorsitzende Richter Möller hatte bereits im Frühjahr eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung zerschlagen, indem er u.a. die Nazi-These von der „Störung des Betriebsfriedens" aufstellte: Nicht entscheidend ist, ob der Friede wirklich gestört wurde, es genügt der Wille ...!!

Dazu kommt, daß er in mehreren Urteilen eindeutige Kapitalisten-Standpunkte als unparteiliche Rechtsprechung ausgab. Die Iduna-Kollegen ließen diesen rechtslastigen Richter daher gar nicht erst loslegen, sondern lehnten ihn wegen Befangenheit ab. Eine ausführliche, über zehn Seiten lange Begründung untermauerte die Ablehnung. Beispielsweise stimmt der Ausspruch von Möller zum Betriebsfrieden fast wörtlich überein mit Aussagen des Reichsjustizministers Dr. Tidereck aus dem Jahre 1935. Sehr zum Zorn der Kapitalisten und ihres Anwaltes Sachau mußte Möller die Verhandlung schließen, bevor sie begann. Kollegen im Betrieb konnten beobachten, daß vor allem höhere Herren der Personalabteilung an diesem Tag wie kopfscheue Hühner herumrannten. Denn wie der Ablehnungsantrag auch behandelt wird, der feine Herr Möller wird nie wieder als Richter entscheiden, er ist seit dem 28.8. in Urlaub und geht danach in Pension.

Am 27.8. wurde in der Sache eines weiteren gekündigten Kollegen aus dem Betriebsgruppenvorstand der Betriebsgruppe Iduna (er arbeitete in einer Hamburger Geschäftsstelle) verhandelt. Zu den Vorwürfen selber wurde überhaupt nichts gesagt, die Hauptfrage war, ob ein Beschäftigter einer rechtlich von der Hauptverwaltung getrennten Geschäftsstelle überhaupt gekündigt werden darf wegen
einer rechtlich von der Hauptverwaltung getrennten Geschäftsstelle überhaupt gekündigt werden darf wegen
Veröffentlichungen, die ausschließlich vor der Hauptverwaltung verteilt wurden. Zu einem Ergebnis konnte man nicht kommen, die ganze Geschichte wurde auf später vertagt.

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

„Gegendarstellung" zum Artikel:

Faschisten bei der Hamburg-Mannheimer

Auf unsere Veröffentlichung über Faschisten bei der Hamburg-Mannheimer (HM) (vergl. letzten AK) hat einer dieser rechten Vögel geantwortet. In einer „Gegendarstellung" wehrt sich Peter Paul dagegen, *„als braunes Getier, das aus seinen Löchern schlüpft"*, sowie *„als rechter Vogel"* bezeichnet zu werden. Ihn als Faschist zu bezeichnen, wäre eine gemeine Lüge und eine Beleidigung.

Über seinen „Witz": *„Was ist das beste gegen Juden? – Gas!"* den wir in der „Zur Sache" (Branchenzeitung des KB) unter seinem Namen abgedruckt haben, heißt es in der „Gegendarstellung": *„Daß dies von mir gesagt worden ist, bestreite ich auch nicht,"* Es wäre nur formell etwas anders abgelaufen. Dafür, wie recht wir hatten, ihn als Faschisten zu bezeichnen, liefert er in seinem Schmutzbrief noch einen weiteren Beweis: *„Hier noch ein Witz zum abdrucken: Was ist der Unterschied zwischen einem Juden und einer Pizza? – Die Pizza schreit nicht, wenn sie in den Ofen kommt."* Unter der Überschrift „Urteilen Sie selbst", wurde sein Brief – allerdings nicht als Gegendarstellung sondern als Bestätigung unserer Einschätzung – in einer weiteren „Zur Sache" abgedruckt.

Kampf dem Faschismus!
Wehret den Anfängen!

Betriebszelle Hamburg Mannheimer
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

Springer-Offensive in Oberbayern

Wie fast ausnahmslos in solchen Fällen, waren auch bei diesem Coup des Pressezaren Betriebsrat, Kollegen und Redaktion die letzten, die davon erfuhren: Springer kauft sich ein in die „Münchner Zeitungs-Verlag GmbH & Co KG", die die zwei Tageszeitungen „Münchner Merkur" und „tz" herausgibt.

Anfangs beträgt die Beteiligung 24,99 %, aus „kartellrechtlichen Erwägungen", wie es in der bürgerlichen Presse heißt (Beteiligungen ab 25 % sind genehmigungspflichtig).

Nun wird das Kartellrecht allerdings das letzte sein, was Springer davon abhält, so bald wie möglich seinen Anteil zu vergrößern und die Sperrminorität (oder mehr) zu erlangen. Dieser Ein-Kauf bietet Springer eine wesentliche Voraussetzung, in der süddeutschen Region stärker Fuß zu fassen, war doch die ‚tz' bisher größter Konkurrent der „Bild"-München.

Man kann sich unschwer vorstellen, wie es bald im oberbayerischen Raum aussehen wird: der Leser wird weit laufen müssen, um eine Zeitung zu bekommen, die frei ist von Springer-Hetze und -Demagogie!

Dies um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß der „Merkur", der in nahezu allen oberbayerischen Landkreisen das Monopol besitzt, allein 13 Kopfblätter herausbringt.

Die Münchener „Presselandschaft" ist exemplarisch für die Verlogenheit des Wortes von der „Vielfalt der Presse" in der BRD: Alle fünf im Münchner Raum erscheinenden Tageszeitungen sind mit- und untereinander verbunden! Die „tz" ist „Merkur"-Tochter, die „Süddeutsche Zeitung" ist Vertriebspartner des „Merkur", die „Abendzeitung" ist Teilhaber der „Süddeutschen Zeitung" und Springer als „Bild"-Verleger ist „Merkur"- und „tz"-Teilhaber (nach „FR", 25./26. 8. 76).

Vergegenwärtigt man sich das Springer-Wort von der „demokratischen Abstimmung am Zeitungskiosk", so ist das die „demokratische" Wahl zwischen Pest und Cholera.

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Solidarität gegen drohende Gewerkschaftsausschlüsse

Reutlinger Kollegen solidarisch

„Wir Unterzeichneten sind Mitglieder der IG Druck und Papier, Ortsverein Reutlingen. Den letzten Streik unserer Gewerkschaft haben wir selbstverständlich nach allen unseren Kräften unterstützt. Einige von uns wurden am 7. Mai 1976 im Rahmen dieses Arbeitskampfes bei einem Sitzstreik vor dem Verlagsgebäude des „Reutlinger Generalanzeigers" von der Polizei festgenommen. Wegen unseres gewerkschaftlichen Einsatzes werden von der Staatsanwaltschaft gegen uns Strafprozesse angestrengt.

Wir teilen diese Tatsachen mit, um nicht von irgendjemandem als Gewerkschaftsfeinde verdächtigt zu werden.

Seit unserer vorläufigen Festnahme bis heute erhielten wir mehr als 100 Solidaritätserklärungen, darunter von Betriebsräten, Vertrauensleuten und einzelnen Mitgliedern aus zahlreichen DGB-Gewerkschaften. Unter anderen solidarisierten sich mit uns Hamburger Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaft. Das hat uns besonders gefreut.

Im Zuge des notwendigen Informationsaustausches mußten wir dann leider zur Kenntnis nehmen, daß der Ortsverein Hamburg gegen neun Hamburger Mitglieder, die beim Streik sehr aktiv waren, Antrag beim Hauptvorstand auf Feststellung der Beendigung der Mitgliedschaft gestellt hat. Gelegentlich hörten wir sogar von zehn Verfahren.

Unsere Urteilsbildung beruht auf folgenden Unterlagen:
1. Ein gleichlautender Brief des Ortsvereins Hamburg vom 25. 6. 1976 an die neun für Gewerkschaftsfeinde gehaltenen Kollegen.
2. Offener Brief der neun vom Ausschluß bedrohten Kollegen an den Ortsverein Hamburg der IG Druck und Papier, 7. Juli 1976.
3. Offene Antwort des Landesbezirks Nordmark auf einen offenen Brief (ohne Datum, Mitte August 1976).

Aus diesen Informationen können wir keine Gründe entnehmen, die nach den Grundsätzen unserer Gewerkschaft die Ausschlüsse rechtfertigen könnten. Wir erkennen, daß politische Spannungen zwischen verschiedenen aktiven Mitgliedern, darunter etlichen Betriebsfunktionären einerseits und dem Ortsvereins- und Landesbezirksvorstand andererseits bestehen. Wir halten es aber für unzulässig, ja sogar für unsere Gewerkschaft abträglich, wenn politische Meinungsverschiedenheiten mit dem Mittel des Ausschlusses gelöst werden sollen. Gerade im Fall Hamburg hat sich schon früher gezeigt, daß auch durch mehrere Ausschlüsse Meinungsverschiedenheiten nicht zu beseitigen sind.

Darüber hinaus bitten wir folgendes zu bedenken:
– Mit den erneuten Ausschlüssen droht auch unsere Gwerkschaft in die Radikalenjagd zu verfallen, die seit eh und je die Linke diskriminiert und am Ende das gewerkschaftsfeindliche Denken unter unseren Mitbürgern fördert.
– Gleichzeitig wird keineswegs gegen alle Streikbrecher, nicht einmal gegen alle führenden Streikbrecher ähnlich scharf vorgegangen.

Aus diesen Gründen richten wir an Euch, die Kolleginnen und Kollegen des Hauptvorstands, den dringenden Appell, den Hamburger Anträgen zur Feststellung der Beendigung der Mitgliedschaft nicht zuzustimmen." Es folgen die Unterschriften der Reutlinger Kollegen.

Diese sehr detailiert auf die Hamburger Delegiertenversammlung gegen die Frage der Gewerkschaftsfeindlichkeit und die Gefahr der Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingehende Solidaritätserklärung mit den vom Ausschluß Bedrohten ging sowohl an den Hauptvorstand, als auch an die Landesbezirke Nordmark und Baden-Würtemberg und den Ortsverein Reutlingen der IG Druck und Papier sowie an die vom Ausschluß Bedrohten.

Hamburger Delegiertenversammlung gegen die drohenden Ausschlüsse

„Die DV der IG Druck und Papier hat sich schon wiederholt gegen die Anwendung des sogenannten Abgrenzungsbeschlusses von 1974 ausgesprochen. Sie vertritt auch heute die Meinung, daß Differenzen über den Weg der Gewerkschaften nicht mit administrativen Maßnahmen, sondern durch Mehrheitsbeschlüsse nach eingehender Diskussion entschieden werden sollten. Deshalb spricht sie sich gegen allein auf dem Abgrenzungsbeschluß beruhende Ausschlußverfahren aus. Diese Stellungnahme sollte jdoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die DV die vorliegenden „Streik-Infos", unabhängig davon, wer an ihnen mitgearbeitet hat, in einer Reihe von Passagen nicht akzeptiert, weil sie der Einheit der Aktion abträglich sind."

Dieser Antrag, der vom Hamburger dju-Vorstand gestellt wurde, fand die große Mehrheit (49 gegen 21 Stimmen) auf der Hamburger Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier am 23. 8. 76.

Die Mehrheit der Delegierten lehnte damit die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab, mochte sich aber in den konkreten Fällen nicht weiter äußern, sondern machte den Gewerkschaftsführern das Zugeständnis, daß das „Streik-Info", wenn auch nur in irgendwelchen nicht weiter benannten Passagen, der „Einheit der Aktion" geschadet habe.

Eine weitergehende Resolution, die auch konkret die Angriffe auf die Kollegen, die das „Streik-Info" verteilt hatten, verurteilte, fand keine Mehrheit.

Nur der Landesbezirksvorsitzende Wolf, Miturheber der Ausschlußanträge, sprach sich offen für die Rausschmisse aus, die übrigen Rechten schwiegen sich aus.

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin

Gewerkschaftsausschluß und Berufsverbot

In Westberlin ist der Vertrauensmann und Ersatzpersonalrat der Bundesdruckerei J. Meyer vom Gewerkschaftsausschluß bedroht (s. AK 86). Grund: angebliche Mitgliedschaft in der „KPD", von Beweisen wie üblich keine Spur. Doch es kommt noch schöner: Am 29.7.76 wurde er ins Personalbüro gerufen, da seine öffentliche Erklärung zu dem drohen-
Personalbüro gerufen, da seine öffentliche Erklärung zu dem drohen-
den Gewerkschaftsausschluß Zweifel aufkommen ließen, ob er noch auf § 6 des Haustarifvertrages stehe. § 6 beinhaltet das Bekenntnis zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung" (!). Zwei Wochen später wurden schriftlich folgende Fragen an ihn gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Meyer!
In der ‚Kommunistischen Arbeiterpresse, Betriebszeitung der Zelle Bundesdruckerei der KPD' vom 5.5.76 wurde dazu aufgerufen, Sie in den Personalrat zu wählen. Im ‚Widerdruck, Zeitung für die Kollegen der Druckindustrie, herausgegeben von der Branchenzelle Druck des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Ortsgruppe Westberlin' vom 27.7.1976 wird u.a. folgendes ausgeführt:

‚Jens Meyer, Vertrauensmann in der Setzerei und Ersatzmitglied im Personalrat soll aus der Gewerkschaft geschmissen werden, Grund: aktive Mitarbeit in der ‚KPD".
1.) Sind Sie Mitglied in einer kommunistischen Partei oder Organisation? Wenn ja, welcher?
2.) Die o.a. Ausführungen vom 27.7.76 beschäftigen sich mit einer gegen Sie gerichteten Maßnahme des Landesvorstandes der IG Druck und Papier und zeigen politische Alternativen der Kommunisten auf, die in der Zielvorstellung gipfeln, ‚das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen und zu diesem Zweck die politische Macht zu erobern, d.h., den Staat zu zerschlagen'.
a) Distanzieren Sie sich vorbehaltlos von dieser kommunistischen Zielvorstellung?
b) Stimmen Sie dieser Zielvorstellung
stellung?
b) Stimmen Sie dieser Zielvorstellung
in abgewandelter Form zu, ggf. in welcher?
3.) Nach § 6 Ziffer 7 Satz 2 des Tarifvertrages für die Arbeiter der Bundesdruckerei muß sich der Arbeiter der Bundesdruckerei durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bzw. der Verfassung von Berlin bekennen. Bekennen Sie sich nach wie vor zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bzw. der Verfassung von Berlin?"

J. Meyer hat der Geschäftsleitung erklärt, daß er sich nicht verpflichtet fühle, Fragen zu beantworten, die sich auf Inhalte dieser Flugblätter stützen. In einer öffentlichen Erklärung prangerte er diese Gesinnungsschnüffelei, die sein Berufsverbot vorbereiten soll, an und stellte auch die nicht zu übersehenden Parallelen zu seinem drohenden Gewerkschaftsausschluß her. Über 100 Unterschriften gegen den Gewerkschaftsausschluß sind in der Bundesdruckerei bislang gesammelt worden, auch in anderen Betrieben laufen Unterschriftensammlungen und die zentrale Jugendgruppe der DruPa Westberlin hat eine Resolution gegen den drohenden Ausschluß verabschiedet.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Frauenveranstaltung der Drupa Hamburg

Am 1. September fand die schon mehrfach verschobene Frauenveranstaltung der DruPa Hamburg statt. Ursprünglich war von einer Mitgliederversammlung gefordert worden, daß diese Veranstaltung noch vor dem 1. Mai durchgeführt werden sollte. Aber sowohl zum 1. Mai, als auch während des Druckerstreiks wurde die Veranstaltung von der DruPa-Führung abgeblockt, so daß die Möglichkeit, mit dieser Veranstaltung Frauen zu gewerkschaftlichen Kampfaktionen zu mobilisieren, erfolgreich kaputtgemacht worden war. Entsprechend sah dann auch die Veranstaltung aus: Zu der Veranstaltung, die unter dem Motto stand *„Frauen in der Bundesrepublik – zwischen Anpassung und Widerstand"*, erschienen etwa 30 Frauen, wobei streng kontrolliert wurde, daß weder unorganisierte Frauen, noch aus der Gewerkschaft ausgeschlossene reinkamen.

Zwar wurde von der geladenen Referentin Gisela Kessler, Frauensekretärin vom Hauptvorstand, forsche Töne im Referat angeschlagen, wenn's konkret wurde, dann allerdings wurde abgewiegelt: als darauf hingewiesen wurde, daß gerade für die Frauen eine einheitliche 140 DM-Forderung als Weniger-Verdiener (meistens in Hilfsarbeiterjobs) wichtig gewesen wäre, meinte sie, daß eine solche Forderung eben von den Facharbeitern durchgesetzt werden müsse, und außerdem würde es in der kapitalistischen Gesellschaft nie einen Einheitslohn geben. Insgesamt forderte sie dazu auf, in der Kritik an der Streikführung nicht so „kleinlich" zu sein, das würde nur die rechten Miesmacher kennzeichnen.

Als berichtet wurde, daß Frauen beim Streikpostenstehen behindert bzw. abgehalten worden seien, wies sie allen Ernstes darauf hin, daß es ja auch andere Aufgaben im Streik gebe, wie etwa das Teekochen. Als große „Frauenaktion" ist von der DruPa-Führung eine Fragebogenwerbeaktion „Frauen im Büro" geplant, wo die Frauen auf Fragen antworten sollen und mit mitgelieferten Kugelschreiber aufschreiben sollen, wo sie der Schuh drückt.

Als Fazit dieser Veranstaltung ist festzustellen, daß Aktionen von Frauen nicht gefragt sind. Ein wenig Werbung um die Frauen, dazu sind die DruPa-Gewerkschaftsführer allenfalls bereit.

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kripo ermittelt gegen Madsack - Kollegen

Als während des Tarifkampfes im April dieses Jahres in der Druckindustrie der Vollstreik für einige Tage ausgesetzt wurde, erschienen die meisten Zeitungen mit üblen Hetzartikeln gegen den Streik und arbeiterfeindlichen Kommentaren. In Frankfurt und Hannover wehrten sich die Druckarbeiter gegen diese Diffamierung. So erschien die Niedersachsen-Ausgabe der „Bild"-Zeitung, die in Hannover bei Madsack („HAZ") gedruckt wird, mit einem weißen (wohltuenden) Fleck auf der ersten Seite.

Daraufhin wurde von einem Privatmann Anzeige gegen Unbekannt erstattet wegen „Nötigung". Die Kripo begann mit ihren Ermittlungen, wozu ihr von Madsack die entsprechenden Schichtpläne mit den Namen aller Kollegen zur Verfügung gestellt wurde. Außerdem bekam sie vom „Bild"-Chef Hannover (Schindlbeck) den Namen des Kollegen, der ihm telefonisch mitgeteilt hatte, daß die Kollegen es nicht zulassen würden, wenn der Artikel in dieser Form veröffentlicht würde.

Da man nun schwerlich 200 Kollegen vor Gericht bringen kann, wurde also der Kollege H. herausgegriffen. Bei der polizeilichen Vernehmung wurde er nach weiteren Namen gefragt. Er machte aber keinerlei Angaben. Erneut zeigt sich, daß die Kapitalisten alles daransetzen, um Streiks und kämpferische, selbständige Aktionen von Arbeitern zu kriminalisieren und fortschrittliche Gewerkschafter einzuschüchtern.

KB/Gruppe Hannover

Mahlein weiß von nichts?

Der Hamburger Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier stellte am 25. 6. 1976 zehn Ausschlußanträge gegen linke Kolleginnen und Kollegen beim Hauptvorstand der DruPa. Dieselben Anträge gegen dieselben Kollegen stellte am 26. 7. 1976 der Landesbezirksvorstand Nordmark ebenfalls an den Hauptvorstand. Doch der und speziell Loni Mahlein, der Vorsitzende der DruPa wissen angeblich von nichts. In mehreren Antwortschreiben auf an den Hauptvorstand gerichtete Protestbriefe gegen die drohenden Ausschlüsse antwortete er mit Unwissenheit und z. T. gar mit *„er könne sich das gar nicht vorstellen"*, etc. Den vorläufig letzten Brief in diese Richtung erhielt eine wegen Filmens im Streik vom Ausschluß bedrohte Kollegin als Antwort auf ein Beschwerdeschreiben gegen den Ausschlußantrag an den Hauptvorstand. Dieser Brief Mahleins enthält aber schon einen anderen Tenor, denn nach Abstreitung vorliegender Ausschlußanträge schreibt er: *„Sollte ein solcher Antrag bei uns eingehen, müßten Sie Ihre Beschwerde mit Beweisen belegen, daß die Ihnen zur Last gelegten Anschuldigungen nicht zutreffend sind. Solche Beweise gehen aus Ihrem Schreiben vom 10. August 1976 allerdings nicht hervor."* Also das bekannte Schema: kritischen, linken Kollegen wird irgendetwas vorgeworfen, ohne jeglichen Beweis und die Kollegen müssen ihrerseits ihre „Unschuld" beweisen. Sowas kann sich nicht einmal ein bürgerliches Gericht erlauben. Aufgrund der vielen Solidaritätsadressen (siehe diesen und den letzten ARBEITERKAMPF) ist Mahlein noch unentschlossen und spielt den Dummen.

Nach zwei Monaten ist die Antragspost angeblich noch nicht bei ihm eingegangen. Zwar beschimpfte er selbst während des Streiks einen Kollegen, der jetzt auf der Liste ist, namentlich als „Spalter", er schrieb auch reichlich Briefe in der Sache, aber bei den Hamburger DruPa-Führern kann er sich angeblich nicht erkundigen, was es mit der Sache auf sich hat. Doch klammheimlich werden diese Ausschlußanträge wohl kaum über die Bühne gehen können.

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Springer Hamburg:

20,-- DM mehr für alle gefordert!

Auf der letzten Betriebsversammlung bei Springer/Hamburg, übergab ein Mitglied des Vertrauensleutekörpers dem Betriebsrat eine Liste mit über 400 Unterschriften, in der die Kollegen der Technik eine Anhebung der außertariflichen Zulagen um 20,- DM für alle fordern. Seit zwei Jahren hat es keine Erhöhung dieser Zulagen gegeben, erhöht haben sich in diesen Jahren allerdings Springers Profite und die Arbeitshetze für die Kollegen und das nicht zu knapp. Deshalb halten die Kollegen ihre Forderung als unbedingt notwendig und berechtigt. Der Betriebsrat wurde aufgefordert, hier konsequent die Interessen der Kollegen zu vertreten und sich nicht vom Wehklagen der Geschäftsleitung einwickeln zu lassen.

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Politische Kündigung bei der „Wetzlarer Neuen Zeitung"

Nach der im Frühjahr erfolgten Kooperation mit dem „Gießener Anzeiger", was im mittelhessischen Raum eine erhebliche Pressekonzentration bedeutet hat, erfolgt jetzt offenbar eine eindeutig reaktionäre Ausrichtung. Selbst Sozialdemokraten sind nicht mehr gefragt. Der neue Geschäftsführer und Chefredakteur der „Wetzlarer Neuen Zeitung" („WNZ"), Janos Bardi, ehemals Chef der „Bild"-Frankfurt(!), kündigte dem Redakteur Rainer Eble wegen „politisch einseitigem Journalismus" zum 31. 12. 76. Gleichzeitig erfolgte die sofortige Beurlaubung und ein Hausverbot. Zur Vorgeschichte: Zusammen mit neun anderen Redaktionskolleginnen und -kollegen beteiligte sich R. Eble am Sympathiestreik für die Kollegen der Druckindustrie. Schon daraufhin wurden ihm und einem weiteren Kollegen rückwirkend die übertariflichen Zulagen gestrichen. Die nicht am Sympathiestreik beteiligten Redakteure wurden dagegen mit einem Kistchen Wein belohnt.

Repressalien gegen kritische Berichterstattung

Nach einem Parteitag der Marburger SPD wurde Eble *„üble Manipulation der Nachrichten"*, *„Phraseologie und Interpretation der DKP"*, sowie *„linksextremistische Ideologien"* in der Berichterstattung vorgeworfen. Grund: Eble hatte kritisch über die Meinungsverschiedenheiten in der Marburger SPD zum Thema „Radikalenerlaß" und „Berufsverbote" berichtet. Daß die Vermutung der Mitglieder der dju (Deutsche Journalisten-Union) zutrifft, nach der alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen durch diesen Rausschmiß eingeschüchtert werden sollen, zeigt auch folgender Fall: Ein ebenfalls organisierter Nachrichtenredakteur, der inzwischen von den Kolleginnen und Kollegen zum Vorsitzenden des Vertrauensleutekörpers gewählt wurde, durfte zeitweise keine Leitartikel mehr schreiben. Über seine kommunalpolitische Tätigkeit (er ist Kreistagsabgeordneter, wahrscheinlich der SPD) durfte in der „WNZ" nicht berichtet werden.

Der Betriebsrat der „WNZ" hat sich eindeutig gegen die politische Kündigung Ebles ausgesprochen und sie auch als solche bezeichnet. Die dju und die DruPa haben ihm jegliche Unterstützung zugesagt, was konkret Unterstützung vorm Arbeitsgericht bedeutet.

(Informationen aus „druck und papier", 16. 8. 76).

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

Hamburg: Reaktionäre Hetze gegen fortschrittliche Drucker

Die letzte Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier Hamburg, am 23. August 1976, wurde vom Ortsvereinsvorstand unter großen Protesten der anwesenden Kollegen vorzeitig abgebrochen. Was war geschehen?

Anlaß war der Zorn der Kollegen über das gewerkschafts- und kollegenfeindliche Auftreten des Streikbrechers Ulli Heinemann. Heinemann ist Betriebsratsvorsitzender bei Auer und Vorsitzender der SPD-AfA im Druckbereich; er war bekanntlich für die „Morgenpost"-Streikbrecherausgabe mitverantwortlich. „Höhepunkt" seines Auftretens war nun ein gegen Hinnerk Weichert (Mitglied des Springer-BR) gerichteter Zwischenruf: *„Hoffentlich schlagen sie Dich tot!"* Dies wurde von vielen Kollegen zu Recht als Morddrohung verstanden, zumal Weicherts Familie bereits während des Streiks mehrere anonyme Morddrohungen erhalten hatte.

Schon vor und während der Delegiertenversammlung (DV) wurde von Heinemann und Anhang ein vierseitiges Schmutzblatt namens „SPD-druckinformation" verteilt, in dem in übelster Weise gegen die im Streik linken Kollegen gehetzt wird. Neben einigen Springer-Betriebsräten wird darin besonders das „Streik-Info" sowie linke Organisationen wie die DKP und der KB unter Beschuß genommen und als *„politische Rattenfänger"* und *„Politrocker, denen es gar nicht um die Verbesserung der Lebensbedingungen geht"* hingestellt. Und fehlen darf natürlich nicht die Behauptung, daß *„diese Parolen* (die der Linken) *und erst recht Streiks, die dazu mißbraucht werden sollten, den konservativen und faschistischen Gruppen Auftrieb bei den Wahlen am 3. Oktober geben"*.

Konsequenterweise begrüßen diese Herrschaften natürlich auch die Ausschlußanträge ihrer „Genossen" vom Ortsvereinsvorstand gegen angebliche Mitarbeiter und Verteiler des „Streik-Info". Bei dieser Kette von Provokationen riß der Geduldsfaden der überwiegenden Mehrheit der Kollegen. Sie forderten den sofortigen Rausschmiß und Gewerkschaftsausschluß dieses ausgemachten Gewerkschaftsfeindes, der mehr als einmal als Faschist bezeichnet wurde.

Doch hier zeigte sich die Solidarität der Parteibücher. Heinz Wolf und Günter Metzinger (Hamburger Ortsvereinsfürsten der DruPa), ebenfalls SPD und AfA-Mitglieder (also für das Schmierblatt mitverantwortlich) deckten Heinemann. Als die Kollegen sich mit einem Ordnungsruf Metzingers an Heinemanns Adresse nicht zufrieden gaben und sofortige Konsequenzen forderten, wurde die DV vom Ortsvereinsvorstand abgebrochen.

(aus Druckarbeiter-Extra, 31.8.76)

Zentrale Drupa - Jugendgruppe Westberlin gegen Gewerkschaftsausschlüsse

In der ersten Sitzung nach der Sommerpause wurde in der zentralen DruPa-Jugendgruppe Westberlin über die drohenden Gewerkschaftsausschlüsse in Westberlin und Hamburg diskutiert. In einer mit 15:6:1 verabschiedeten Resolution heißt es:

„Die hier Versammelten der zentralen Jugendgruppe der DruPa protestieren schärfstens gegen den Gewerkschaftsausschlußantrag des Landesvorstandes gegen den Kollegen Jens Meyer und fordern die sofortige Zurücknahme des Ausschlußantrages. ... Wir sind nicht der Meinung, daß sein konsequentes Eintreten für die Interessen der Kollegen in irgendeiner Weise für die Kollegen schädigend ist. Er ist nicht umsonst zum Vertrauensmann und Ersatzpersonalrat gewählt worden, sondern weil er z.B. zur Tarifrunde für 140 DM Unterschriften gesammelt hat, sich aktiv dafür eingesetzt hat, daß auch die Bundesdruckerei mit in den Streik einbezogen wird und sich aktiv gegen die Gewerkschaftsausschlüsse von Kommunisten gewendet hat. ... Jens Meyer ist kein Einzelfall. In Hamburg sollen allein zehn Kollegen nach dem Streik aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden."

Im weiteren werden die Gewerkschaftsausschlüsse mit den Berufsverboten, sowie dem Anwachsen der faschistischen Gefahr insgesamt in Verbindung gebracht. Zum Schluß heißt es:

Jens Meyer muß in der Gewerkschaft bleiben und nimmt weiterhin in der Jugendgruppe teil!
Sofortige Zurücknahme der Ausschlußanträge in Westberlin und in Hamburg!
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf, Betrieb und Gewerkschaft!

Zentrale DruPa-Jugendgruppensitzung aufgelöst

Eine Woche, nachdem die zentrale DruPa-Jugendgruppe Westberlin mit großer Mehrheit diese Resolution gegen drohende Gewerkschaftsausschlüsse verabschiedet hatte, wurde ihre Sitzung am 25.8.76 wegen Anwesenheit des vom Ausschluß bedrohten J. Meyer aufgelöst. Aufgelöst vom Vorsitzenden (SEW-Mitglied), der sich wie weitere seiner Parteigänger zwar wiederholt lautstark gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse geäußert hat, aber schon in der vorigen Sitzung gegen die Resolution stimmte.

In seiner Funktion als Mitglied des Ortsvereinsvorstandes hat er bislang ebenfalls keinem Ausschluß widersprochen. Daraufhin und auf die völlig unbewiesenen Anschuldigungen angesprochen, ließ er die Katze aus dem Sack: Man dürfe die Sache nicht so formal sehen, die „KPD" diffamiere die Gewerkschaftsführung und bei Jens sei doch irgendwie klar, daß er mit der „KPD" sympathisiere. Also: Ausschluß. Da scherte diesem „aufrechten Gewerkschafter" dann auch der Mehrheitsentscheid der Jugendgruppe nicht mehr: Die Jugendgruppe wurde für diese Sitzung aufgelöst und mußte andernorts tagen.

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

Manteltarifschwindel bei Peute - Druck

Bei Peute-Druck gilt noch der Manteltarif der Coop, zu deren Konzern die Druckerei ehemals gehörte. Da der Manteltarif der DruPa in vielen Punkten besser ist (z.B. mehr Urlaub) fordern viele Kollegen die Aufkündigung des Coop-Haustarifes.

Auf einer Betriebsversammlung im März dieses Jahres wurde der Betriebsrat von den Kollegen aufgefordert, einer Verlängerung des bestehenden Manteltarifes nicht zuzustimmen, bevor darüber nicht auf einer erneuten Betriebsversammlung diskutiert worden sei. Doch auf der letzten Betriebsversammlung am 31.8.76 wurden die Kollegen vom Betriebsrat und der Gewerkschaftsführung vor vollendete Tatsachen gestellt. Der für die Kollegen nachteilige Manteltarif wurde bis Ende 1977 verlängert.

Kollegen, die diese Mauschelei anprangerten, wurden vom anwesenden DruPa-Führer Heinz Wolf angepöbelt: sie würden mit unlauteren Methoden arbeiten etc.. Jedoch ergriff eine Kollegin die Initiative und stellte einen Antrag zur Abstimmung, der die Ablehnung aller Verhandlungen ohne Zustimmung der Kollegen forderte. Der überwiegende Teil der Kollegenschaft stimmte diesem Antrag, dem Betriebsrat etwas mehr auf die Finger zu schauen, zu.

Branchenzelle Druck KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

CHEMIE



Betriebs - Nachrichten

Ingrid-Glashütte, Euskirchen

Der Glashüttenbesitzer Kurt Wokan hat 120 Kollegen von insgesamt 150 entlassen. Voraus ging dem, daß Wokan den Arbeitern die zweite Rate ihres Weihnachtsgeldes vorenthielt. Daraufhin traten 16 Glasmacher in den Streik. Als der Betriebsratsvorsitzende vermitteln wollte, wurde er zwangsbeurlaubt und vom Werksgelände verwiesen! Die Kollegen, die vorher ihren Streik abgebrochen hatten, nahmen ihn sofort wieder auf. Daraufhin feuerte Wokan zunächst alle 42 Hüttenarbeiter fristlos. Weitere Entlassungen folgten.

Am nächsten Tag bot der Betriebsleiter Bella den fristlos gefeuerten Kollegen einen neuen Job in seiner eigenen Firma an, die er gemeinsam mit dem Sohn Wokans gegründet hatte. Allerdings zu Arbeitsbedingungen, die jeder Beschreibung spotten. 4,50 DM Stundenlohn, sowie die Chance eines „Prämienverdienstes", der allerdings bei nur einem Fehltag im Monat, ob durch Krankheit oder durch Kurzarbeit (!) sofort entfällt! Außerdem gibt es keinen Urlaub (!) und kein Weihnachtsgeld, dafür aber die eintägige Kündigungsfrist!

Alle Kollegen lehnten dieses „Angebot" ab. Die ausländischen Kollegen versuchte Bella mit der Drohung, sie würden bei Ablehnung kein Arbeitsbesuch erhalten, zur Arbeitsaufnahme unter seinen Bedingungen zu nötigen. Gegen die Glashütte laufen bereits mehrere Arbeitsgerichtsverfahren.

***

Veba-Konzern

Der größte westdeutsche Konzern, die Veba (Großaktionär ist die BRD selbst) konnte seinen Profit im ersten Halbjahr 1976 gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 verdoppeln, er stieg von 47 Mio. DM auf 96 Mio. DM. Der Profit geht eindeutig zu Lasten der Belegschaft, die im letzten Jahr um 10 % abgebaut wurde. Bei diesen Profiten ist es keine Schwierigkeit für die Aktionäre, wieder 15 % Dividende einzustreichen.

***

Wellpappenfabrik Union, Leer

50 Arbeiter der Wellpappenfabrik Union in Leer (Ostfriesland) werden entlassen. Der Betrieb ist Konkurs gegangen, nachdem er erst 1974 (!) mit riesigen Subventionen aus der Staatskasse aufgebaut wurde.

***

BASF, Ludwigshafen

Dieser Konzern konnte seinen Profit im ersten Halbjahr 1976 um 117% (!) steigern. Dabei wurde die Belegschaft um 2,2% abgebaut. In den ersten sechs Monaten 1976 konnten bereits 80% des gesamten Profits von 1975 „erwirtschaftet" werden.

Chemie-Komitee KB/ Gruppe Hamburg

Beiersdorf: Sonderschichten im Bereich Tesa

Während vor 1 1/2 Jahren bei Beiersdorf im Bereich Tesa Kurzarbeit angeordnet wurde, Kollegen und Kolleginnen aus diesem Bereich versetzt wurden, ausscheidende Kollegen nicht wieder ersetzt wurden, wird dort seit einigen Monaten wieder auf vollen Touren produziert und Neueinstellungen wurden vorgenommen.

Und so wie der Betriebsrat vor 1 1/2 Jahren der Kurzarbeit und den Versetzungen zustimmen sollte (und zugestimmt hat), lag ihm jetzt Ende August ein Antrag der Geschäftsleitung über Sonderschichten im Bereich Tesa von der 37. bis 48. Woche vor. Sonderschicht bedeutet 8-stündige Sonnabend-Arbeit, von der ca. 80 Kollegen, meistens Frauen, betroffen wären.

Schon die Rationalisierungen in einigen anderen Bereichen bei Beiersdorf – Einsparungen im Bereich des Fuhrparks, des Reinigungswesens, um nur zwei Bereiche zu nennen, Vergabe von Aufträgen an Fremdfirmen, Reduzierung der Hausdruckerei auf ein Minimum – hätten den Betriebsrat eigentlich veranlassen müssen, den Sonderschichten nicht zuzustimmen. Hinzu kommt das absolute Nein der Geschäftsleitung bei Forderungen des Betriebsrats, wie z.B. einer Forderung nach einer einmaligen Sonderzahlung von DM 200,– für alle Kollegen im Mai dieses Jahres.

Berufsbetriebsräte mit Vorsitzendem Max Ganschow (IG Chemie) an der Spitze erfanden allerdings sogar eine Verpflichtung aus dem Betriebsverfassungsgesetz diesen Sonnabend-Sonderschichten zuzustimmen! Außerdem seien eben Großaufträge da und die Firma würde Kunden verlieren, wenn die nicht erfüllt werden würden. Besser hätte der Vorstand es auch kaum sagen können. Die offensichtliche Lüge der Geschäftsleitung, auf dem „Arbeitsmarkt" hätte man nicht ausreichend Neueinstellungen bekommen können, wurde ungeprüft im Betriebsrat verbreitet. Haarsträubend war ebenfalls die Argumentation, man wolle zwar nicht direkt an die Zustimmung für Sonderschichten bestimmte Forderungen, wie z.B. erhöhtes Weihnachtsgeld, koppeln, jedoch hätte man sich für zukünftige Forderungen mit dieser Zustimmung eine Art Faustpfand erworben!

Mit 13 zu 8 (bei einer Enthaltung) wurde der Antrag angenommen. So diktierte die Geschäftsleitung dann auch gleich nach der Zustimmung im Betriebsrat einen Aushang an die betroffenen Kollegen: *„... das Vertrauen der Kunden darf nicht enttäuscht werden ... Der Betriebsrat hat zugestimmt ... wir möchten Sie bitten, sich zur Verfügung zu halten ..."*

Der Antrag einer linken Betriebsrätin, wenigstens vom Betriebsrat ein Schreiben auszuhängen, daß diese Sonnabends-Schichten für die Kollegen freiwillig sind, wurde nicht einmal abgestimmt. Das sei doch alles klar ...

Da lacht das Unternehmerherz!!

Leitung der Betriebszelle Beiersdorf

Wahlveranstaltung der IG Chemie

Die IG-Chemie lud ihre Mitglieder zu einer Wahlveranstaltung ein, je ein Vertreter der Koalitionsparteien und der CDU standen auf dem „Prüfstand der Arbeitnehmer". 2 1/2 Stunden Podiumsdiskussion, wo sich die Parteienvertreter gegenseitige Freiheitsfeindlichkeit und dergleichen mehr vorwarfen, dann durften im Schnellverfahren auch von den ca. 50 Anwesenden kurz und knapp Fragen gestellt werden.

Unter der Diskussionsleitung von Walter Holst, Verwaltungsstellensekretär der IG-Chemie in Hamburg, sollte vor allem die Politik der SPD als für die Kollegen schmackhaft verkauft werden. Sehr zurückhaltend formulierte Holst seine Fragen an die SPD, als es z.B. um die geplante 19% Mehrwertsteuererhöhung ging. Kein Wort der Kritik, sondern nur die Frage *„Hat die SPD einen mutigen Finanzminister?"* Kritik äußerte Holst massiv in dem Punkt, daß die Parteien bisher ein Verbot der linken Organisationen nicht angegangen seien!

Da wußte er von „seiner" Organisation ganz andere Sachen zu berichten. *„Wir haben in den vergangenen Jahren allein in Hamburg über 40 Mitglieder aus der IG-Chemie ausgeschlossen. Die Gewerkschaft hat auf diesem Gebiet viel Arbeit geleistet".* Für ihn stellte sich dann natürlich auch die Frage *„wieso die Parteien bisher kein Verbot für KPD/ML, KPD usw. durchsetzen konnten."* So sehr Holst sich für die Ausschaltung aller Linken aussprach, so sehr sind die Rechten seiner Unterstützung sicher.

Von dem CDU-Vertreter gefragt, was Holst von der „Alternative" in der GEW halte (ein reaktionärer Zusammenschluß, denen der Ausschluß angedroht wurde – siehe Artikel in diesem AK), meinte Holst, daß *„solche Demokraten jederzeit die Unterstützung der Gewerkschaft finden. Da brauchen Sie gar nichts zu befürchten. Ein Ausschluß wird nicht erfolgen!"* Chemie-Komitee

KB/ Gruppe Hamburg

Pharma - Industrie Lebensgefährliches „Mexaform"

Mindestens 11.000 (!) Menschen sind in Japan nach der Einnahme des Medikaments Mexaform erkrankt. Das Medikament, das eigentlich gegen Durchfall helfen soll, erzeugt u.a. selber Durchfall (!), fortschreitendes Einschlafen der Gliedmaßen, Krämpfe, Bewegungs- und Sehstörungen bis zur Erblindung!

In etwa 900 Fällen hat es „möglicherweise" zum Tod geführt!

Das Medikament, das von Ciba-Geigy produziert wird, ist auf den Markt gebracht worden, obwohl bereits 1962 von einem schweizer Tiermediziner Erkenntnisse gewonnen wurden, die auf die Gefährlichkeit von Mexaform hindeuteten. Dieser Veterinär, der bei Ciba angestellt war, wurde schriftlich verpflichtet, seine Erkenntnisse nicht weiterzugeben.

Dieses Produkt wird heute noch (!) in der BRD verkauft, weil Ciba nach wie vor behauptet, bei vorschriftsmäßiger Einnahme würden keine Schäden entstehen. Und einem so großen Konzern muß man ja wohl glauben, oder?

(nach „Rote Fahne" (KAB„D"), 25.8.76)

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Beiersdorf: Ausflug mit der CDU

Kurz vor den Bundestagswahlen treten sich die großen Parteien vor den Werkstoren bald gegenseitig auf die Füße, um ihren Wahlrummel an die Frau/Mann zu bringen. Intensivstens „kümmert" man sich plötzlich um die Belange der Kollegen.

Die CDU versuchte sogar die Kollegen für einen Unkostenbeitrag von nur 2,–DM aufs Wasser zu locken. Sie biederte sich mit einer *„Auflugsfahrt auf der Ostsee mit Musik, Tanz und Einkaufsmöglichkeiten"* den Kollegen an.

Man kann nur hoffen, daß das ein „Schlag ins Wasser" war, nach dem Motto: Wir sitzen nicht im gleichen Boot!

Genossin bei Beiersdorf

Herzliche Einladung
zu einer Ausflugsfahrt auf der Ostsee mit Musik, Tanz und Einkaufsmöglichkeit:

Sonnabend, 11. Sept.
15.00 – 23.00 Uhr
Unkostenbeitrag: 2,--

Die Hamburger CDU - Bundestagskandidaten Dr. Stephan Reimers und Martin Müller stehen Ihnen an diesem Tag 8 Stunden lang zum Gespräch zur Verfügung.

Sozialausschüsse der CDU sicher sozial und frei

Papierindustrie Tarifverträge gekündigt

In allen Tarifgebieten der papiererzeugenden Industrie sind die Tarife zum 31. August gekündigt worden. Für Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind bereits Forderungen gestellt worden: 5% und 45 DM. Außerdem wird ein Vertrag über vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 624 DM gefordert.

Über den Manteltarif laufen am 31.8. und 1.9. Verhandlungen. Die Forderungen sind: gemeinsamer Manteltarifvertrag für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, Neufassung der Kurzarbeitsbestimmungen, einschließlich Zuschuß-Zahlung, Neufassung der Leistungslohnbestimmungen sowie eine neue Urlaubsregelung und Erhöhung des Urlaubsgeldes.

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Sauber !

Für die Berichterstattung über die Nichtweiterbeschäftigung von Auszubildenden nach Abschluß ihrer Ausbildung bei Merck, Darmstadt, im Fernsehmagazin „Direkt" erhielt die IG-Chemie Jugendgruppe Merck vom Fernsehen 1000 DM. Auf einer der letzten Jugendgruppensitzungen wurde nach einer Diskussion über die Verhältnisse in Libanon und die notwendige Unterstützung des Widerstands gegen die faschistische Aggression beschlossen, einen Teil des Geldes, genau 800 DM (!) an die PLO zu spenden („Kommunistische Volkszeitung", 2.9.76).

Außerdem wurde ein Artikel der Gewerkschaftspost vom August '76 diskutiert, der von dem Sozial(?)attache der israelischen Botschaft in Bonn unter dem Titel „Kampf dem Terror" geschrieben wurde. In dem Artikel heißt es unter anderem: *„Es ist nun leider eines der traurigsten Zeugnisse für den Stand internationaler Ethik, daß eine Verbrecherorganisation wie die PLO heute sogar Zugang zu manchen der höchsten Internationalen Gremien genießt."*

Die Jugendgruppe diskutierte die Gründung des Staates Israel und die Vertreibung der Palästinenser. Für eine der nächsten Sitzungen lud die Jugendgruppe einen Vertreter der „Generalunion der arabischen Studenten" ein. Außerdem wurde ein Leserbrief an die Gewerkschaftspost beschlossen, der gegen den Artikel in der Gewerkschaftspost protestieren soll.

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

ÖTV

ÖTV

Medizinische Hochschule Hannover

Kollege Elkeles muß bleiben

Am 25.8.76 fand vor dem Arbeitsgericht Hannover die Verhandlung über die Klage des Krankenpflegers Thomas Elkeles statt. Elkeles, Vertrauensmann der ÖTV, war als einziger seines Kurses nach Beendigung seiner Ausbildung (10.3.76) ohne Angabe von Gründen nicht übernommen worden. Dies, obwohl Elkeles:

a) sein Examen mit der Note „sehr gut" abschloß,
b) die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) zum nächsten Einstellungstermin (31.3.76) in großen Zeitungsannoncen noch Krankenpfleger suchte und
c) Elkeles unter seinen Mitschülern(innen) sehr beliebt war und auch die Stationen, auf denen er zuvor gearbeitet hatte, durch Resolutionen und Unterschriftensammlungen bekundeten, daß sie mit Elkeles gut zusammengearbeitet haben und dies auch weiterhin möchten.

Der Grund, der zur Nichtübernahme führte, konnte also nur in den Aktivitäten von Elkeles liegen, der sich seit Jahren mit anderen fortschrittlichen Kollegen gegen die Mißstände und die drastischen Sparmaßnahmen an der MHH (Einstellungsstop, Zulagenstreichung, unbezahlte Mehrarbeit und und ...) zur Wehr setzte.

Diese „Vermutung" bestätigte sich, als einige Wochen nach Bekanntgabe der beschlossenen Nichteinstellung von Elkeles der Kurator der MHH, Dr. Frenzel, in einem Interview mit dem NDR verlauten ließ, daß es da eine Reihe von *„ ‚reinen Kommunisten' in der MHH gebe, zu denen wohl auch Elkeles gezählt werden müsse"* und weiter, daß er *„unentwegt an allen Einrichtungen der Hochschule negative Kritik geübt hat".*

Personalrat und MHH – Hand in Hand gegen Elkeles

Die MHH wartete also nur auf einen günstigen Zeitpunkt (Ende der Ausbildung), wo sie sich von dem „notorischen Nörgler" trennen konnte. Diese willkürliche Maßnahme wurde noch vom Personalrat unterstützt, der weder vor der Ablehnung noch danach, als ihn Elkeles direkt dazu aufforderte, von seinem Anhörungsrecht Gebrauch machte. Tja, das ist „Partnerschaft", wie sie sich jeder Kapitalist nur wünschen kann.

War vom Personalrat keine Unterstützung zu erwarten, so auch nicht von der Gewerkschaftsführung. Erst fünf Wochen nach der Bekanntgabe der Ablehnung, als vom Vertrauensleutekörper der ÖTV schon eine Reihe von Aktionen durchgeführt worden waren (Flugblätter, Stellschilder, Versammlungen, kleiner Marsch zum Büro des Kurators ...) und sogar der NDR sowie das Fernsehen den „Fall Elkeles" in die Öffentlichkeit trugen, ließ die ÖTV-Kreisverwaltung von sich hören. *„Sie werde die Maßnahme der MHH nicht widerspruchslos hinnehmen."* Sie tat aber erstmal gar nichts. Als Elkeles Anfang April um Rechtsschutz bat, wurde er ihm erst gegen Ende Mai gewährt, nachdem sein Antrag durch alle Instanzen bis zum Hauptvorstand gegangen war. So kam es dann endlich zum Prozeß.

Ein kleiner Erfolg, aber ...

120 Kollegen von Elkeles waren zum Prozeß erschienen. Die MHH hatte den Staranwalt Augstein (der zur Zeit auch eine Klage des RCDS gegen den AStA der TU wegen Wahrnehmung des politischen Mandats vertritt) aufgeboten. Zur Begründung der Ablehnung von Elkeles behauptete er: *„E. biete aufgrund früherer Erfahrungen nicht die Gewähr, jederzeit mit Vorgesetzten und Mitarbeitern ohne Gefährdung des Betriebsfriedens zusammenzuarbeiten."*

Das Gericht faßte schließlich ein Urteil, das in seiner Begründung dem Antrag vom DGB-Anwalt folgte, wonach das Arbeitsverhältnis nach Beendigung der Ausbildung (Bekanntgabe des Prüfungstermins) hätte gekündigt werden müssen. Da die MHH Elkeles jedoch noch nach der Prüfung bis zum nächsten Einstellungstermin weiterbeschäftigte, gelte Elkeles weiterhin als Beschäftigter der MHH. Weiter wurde die Ablehnung von Elkeles als Willkürakt bezeichnet, da gegen das Grundgesetz Artikel 33 verstoßen worden sei, wonach „jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte habe". Hier hielt sich das Gericht mal ausnahmsweise an das berühmtberüchtigte Grundgesetz. Augstein kündigte sofort Berufung an, und Elkeles bot der MHH erneut seine Arbeitskraft an, die ihn natürlich wieder ablehnte.

Ein erster Erfolg für die MHH-Kollegen. Jedoch ist kein Grund zur Euphorie vorhanden, denn dieses Urteil kam hauptsächlich „dank" eines Formfehlers der MHH zustande und nicht, weil hier etwa das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb vom Gericht bestätigt worden wäre.

KB/Gruppe Hannover

Ab geht die Post...

Oder wie sich Staat und private Paketdienste zuarbeiten

Zwei private Paketdienste haben das Geschäft eröffnet. Dies sind der US-Konzern UPS (United Parcel Service) und der Zusammenschluß von 19 großen westdeutschen Speditionen zum DPD (Deutscher Paket Dienst). Um der Post Marktanteile wegzunehmen, bieten die beiden Unternehmen in Teilbereichen etwas günstigere Beförderungsbedingungen an. So z. B. eine garantierte Laufzeit von 72 Stunden bei dem DPD gegenüber fünf Werktagen bei der Post oder Abholung der Pakete bei einer bestimmten Mindestzahl bei DPD und UPS. Die beiden Unternehmen sind darauf aus, sich aus dem Paketaufkommen die besten und größten Fische herauszusuchen. Alles Unprofitable überlassen sie der Post. Diese kann dann – so das bekannte zugespitzte Beispiel – das Einzelpaket von der Hallig in den Bayrischen Wald zustellen.

Der Anlauf der Kapitalisten, auch den Paketsektor der privaten Profitmacherei zu erschließen, kommt nicht von ungefähr zum jetzigen Zeitpunkt. Vorausgegangen und noch längst nicht abgeschlossen ist schließlich eine Kampagne der Bourgeoisie gegen eine angebliche Unwirtschaftlichkeit staatlicher Unternehmen, gegen einen „zu aufgeblähten Staatsanteil am Volkseinkommen" („aufgebläht" natürlich nicht bei Rüstung, Polizei oder Subventionen für die Konzerne, sondern bei Sozialausgaben und staatlichen Dienstleistungen), gegen die angeblich allgemein „faulen Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst". Ziel der Kampagne ist:

1. Eine vertiefte Spaltung der Arbeiterklasse in die im öffentlichen Dienst und die in der sogenannten „freien Marktwirtschaft" Beschäftigten.
2. Eine Kürzung der den Werktätigen zugute kommenden Staatsausgaben, d. h. der Sozialausgaben sowie der den Werktätigen nützenden Dienstleistungsbereiche (Bahn, Post).
3. Erschließung neuer Märkte für die Kapitalisten, d. h. Privatisierung aller irgendwie profitabel zu betreibenden staatlichen Bereiche und damit gleichzeitig eine Erhöhung der Kosten des beim Staat verbleibenden Rests.

Die jetzt auf dem Paketsektor anlaufende Privatisierung wird seitens der daran interessierten Kreise gerechtfertigt mit dem altbekannten, den Monopolkonzernen in Wirklichkeit jedoch ziemlich fremden Spruch: Mehr Konkurrenz ist gut für alle Beteiligten ("Konkurrenz belebt das Geschäft"). Tatsächlich ist es jedoch eine sehr ungleiche Konkurrenz: So holt z. B. UPS die Pakete beim Absender ab, jedoch nur für eine Grundgebühr von DM 10,– pro Woche. Das heißt, von vornherein werden alle kleinen Paketversender (also auch alle Privatversender) praktisch abgewiesen. Die Post hingegen hat eine „Bedienungspflicht", d. h. sie muß jedes aufgelieferte Paket befördern.

Es gibt übrigens schon ein Beispiel eines privaten Paketunternehmens. Der Otto-Versand befördert seine Pakete mit einer Tochtergesellschaft selbst.

Wer das Gelände des Postamtes 2 in Hamburg (Paketamt) betritt, dem bietet sich jedoch ein etwas kurioses Bild. Dort stehen meist mehrere LKW mit diesem Otto-Werbespruch bemalt und liefern der Post Pakete an bzw. holen vom Empfänger nicht angenommene Sendungen ab. 10 - 30.000 Pakete befördert die Post monatlich für den Otto-Versand. Eben die, die für Otto ungünstig liegen. Ergebnis der privaten Paketdienste wird also sein: Profite bei Konzernen, noch höhere Verluste bei der Post (jetzt sind es schon rund 900 Millionen DM im Jahr beim Paketsektor, die durch Gewinne vor allem im Fernmeldebereich wieder aufgehoben werden – insgesamt macht die Post zur Zeit recht hohen Gewinn, 630 Millionen letztes Jahr, ein Ergebnis der Rationalisierung). Und höhere Verluste im Paketsektor werden durch höhere Postgebühren auf die Masse der kleinen Postbenutzer umgelegt werden.

Die neuen „Konkurrenzunternehmen" – ein „Argument" mehr für die Post, den Druck auf die Postkollegen zu verschärfen

Schon jetzt ist festzustellen, daß die Post die zunehmende (ungleiche) Konkurrenz auf dem Rücken der Postler austragen will. Die Kollegen sollen schneller, sorgfältiger, mehr arbeiten, sonst ... ja, sonst verliere die Post einen zu großen Marktanteil an die beiden neuen Paketunternehmen. Und dann seien die Arbeitsplätze in Gefahr. Drohungen solcher Art kommen mehr oder weniger offen von vielen Vorgesetzten. Ähnliches werden umgekehrt die Firmenleitungen der privaten Paketdienste natürlich auch den dort beschäftigten Arbeitern und Angestellten erzählen. Der Versuch, die Kollegen so gegeneinander auszuspielen, gefällt Gscheidle, UPS und Co. natürlich sehr. Nicht ganz zu unrecht meinen deshalb auch manche Postkollegen: „Die beiden Firmen stecken wohl bald noch mit der Post unter einer Decke." Sei es wie es sei, auf jeden Fall kommt dem Postministerium die neue Konkurrenz sehr zupaß, um den Druck auf die Postler im Paketdienst zu verschärfen.

„Postminister Gscheidle und sein Staatssekretär Elias wollen freilich nicht ‚monopoly' spielen. (Die Postgewerkschaft fordert ein Postmonopol beim Kleingüterverkehr bis zu 10 kg, ähnlich wie bei der Briefbeförderung und im Fernmeldebereich – Postzelle). *Sie setzen öffentlich darauf, daß Konkurrenz auch bei ihnen das Geschäft belebt. Intern hoffen wohl beide, daß der private Wettbewerbsdruck bei fälligen Personalanpassungen und einer weiteren Rationalisierung gewerkschaftlichen Widerstand bremst"* („FR", 14.8.76).

Gerade im Paketdienst ist heute die Arbeitsbelastung in weiten Teilen schon besonders hoch. Nicht umsonst sind beim Paketumschlag auch vor allem ausländische Kollegen und Frauen eingesetzt.

Schon bisher hat die Rationalisierung im Paketdienst schöne Früchte getragen. So ist z.B. die Zahl der Beschäftigten am Postamt 2 in Hamburg (zentrales Paketamt) in den letzten zwei Jahren von über 3.000 auf ca. 2.500 gesunken. Klar ist schon, daß, um die Beförderungszeit zu verkürzen, die Spät- und Nachtdienste wieder zunehmen. Besonders betroffen sind davon teilzeitarbeitende Frauen. Auch die Wochenenden sollen stärker zur Bearbeitung der Pakete herangezogen werden. Weiterhin wird der Versand von hängenden Kleidungsstücken eingeführt (Mehrbelastung vor allem für die Zusteller). Die Einführung einer Früh- und Spätschicht in der Zustellung ist im Gespräch.

Die bisherige Rationalisierung reicht dem Postministerium aber noch lange nicht. Nach Gscheidles

Fortsetzung Seite 23

Fortsetzung von Seite 22

Meinung sind im Paketdienst noch 10.000 Arbeitskräfte zu viel beschäftigt, wie er in einem Gespräch der Postgewerkschaft mitteilte. Fast jeder Vierte von den insgesamt 45.000 Kollegen im Paketdienst soll also nach Planung des Bundespostministeriums (BPM) raus – und zwar allein durch weitere und schärfere Anwendung der Bemessungsverfahren. Abbau von Arbeitsplätzen aufgrund eventuellen zukünftigen Verkehrsrückganges oder aufgrund neuer Techniken (z.B. Behälterverkehr, Einbau von Codieranlagen an älteren Paketämtern usw.) ist bei den 10.000 Entlassungen mit drin.

Wer hat, dem wird noch mehr gegeben

Um der Konkurrenz der beiden neuen Paketdienste zu begegnen, ist beim BPM u.a. im Gespräch eine Staffelung der Paketgebühren. Das sähe dann etwa so aus: Firmen, die pro Jahr über eine Million Pakete versenden, zahlen den niedrigsten Gebührensatz; Firmen, die 800.000 bis eine Million versenden, bekommen den zweitniedrigsten usw. Ob eine solche offene Bevorzugung der großen Konzerne tatsächlich eingeführt wird, ist noch unklar. Eventuell wird eine verdecktere Gebührenstaffelung, ähnlich wie die heute schon bestehende, nur ausgeprägter, eingeführt. Schon heute ist es mit der Gleichbehandlung der Kunden durch die Post nicht nur beim Telefon (hohe Grundgebühren belasten vor allem die wenig telefonierenden Privatkunden) oder bei den Briefen (recht kostengünstige Massendrucksachen u.ä.), sondern auch bei den Paketen nicht weit her. Quelle, Neckermann, Tchibo und einige andere bekommen *„beachtliche Rabatte"* („FR", 14.8.76) auf die Gebühren – angeblich nur als Ausgleich dafür, daß sie schon etwas vorsortiert aufliefern.

Insgesamt kann man also feststellen, daß wir mit der Gründung der beiden neuen Paketdienste ein Musterbeispiel kapitalistischer Wirtschaftspolitik vor uns haben. Zum ersten werden die gewinnträchtigen Bereiche privatisiert, allein die mit Verlust zu betreibenden Bereiche bleiben beim Staat. Zum zweiten dient die schärfere Konkurrenz als Vorwand, den Druck auf die Kollegen zu verstärken. Zum dritten sind die größten Konzerne noch einmal Nutznießer der ganzen Sache, indem ihnen Vorzugspreise eingeräumt werden.

Randbemerkung: Ein bei uns weit verbreitetes Märchen besagt, daß die Marktwirtschaft der Planwirtschaft u.a. aufgrund eines rationelleren Einsatzes der volkswirtschaftlichen Kräfte überlegen sei. Auf dem Gebiet der Paketbeförderung sieht das z.B. so aus: Bei der Firma Y liefern an einem x-beliebigen Werktag folgende LKWs Pakete an: Der firmeneigene Werksverkehr, ein LKW bringt Bundesbahn-Stückgut, eine (oder auch mehrere) Speditionen liefern an, der Postzusteller kommt und nun auch noch UPS und DPD.

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

„Nationalzeitung": Ausländische Arbeiter - „berufsmäßige Krawallmacner"

„Deutsche Arbeitsplätze den deutschen Arbeitnehmern" ist eine der Hauptparolen der NPD, mit der gerade jetzt im Wahlk(r)ampf Rassismus und Fremdenhaß propagiert werden.

In der „Nationalzeitung" vom 20.8.76 wird dazu das Schreckensbild der „ausländischen Revoluzzer" beschworen, die in „unserem" Land aus „Interesse am Krawall" das Chaos herbeiführen wollen. In dem Artikel wird dem IG-Drupa-Vorsitzenden Mahlein seine wortradikale Äußerung, Aussperrungen von Druckern durch die Unternehmer müßte in Zukunft *„mit einer geschlossenen Antwort aller Arbeitnehmerorganisationen"* beantwortet werden, in ein Bekenntnis zum Generalstreik umgedichtet. Da aber der „deutsche Arbeiter" nicht streikt und schon gar nicht generell, müssen für die Faschisten die „Fremden", die Ausländer als Einpeitscher her.

Unter der Überschrift „Spekulation auf Ausländer? " heißt es: *„Gewiß, der deutsche Arbeiter ist kein Revoluzzer, aber wir haben in der Bundesrepublik nicht nur deutsche Arbeiter; auch und zumal die Ausländer sind im DGB organisiert , und es ist bekannt, von welchen Gruppen DGB-Demonstrationen gegen die Rechte getragen wurden. Das waren zum geringsten Teil deutsche Arbeiter!"* Abgesehen davon, daß dies eine Lüge ist, ist den Faschisten natürlich das antifaschistische Bewußtsein bei gewissen Teilen der ausländischen Arbeiter ein besonderer Dorn im Auge.

„Damit soll nicht gesagt sein, daß ausländische Arbeiter bewußt gegen ‚Nationalisten' aufgestanden seien, ihnen wird es vielmehr nur um ihre ‚Spesen' gegangen sein (!!) und die Freude am Rabbazz (? !?); der politische Hintergrund wird ihnen herzlich gleichgültig gewesen sein. Doch das macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer. Denn genauso gut, wie diese Leute gegen nationale Organisationen eingesetzt werden können, können sie es auch gegen arbeitswillige deutsche Arbeiter, die dem Aufruf zum Generalstreik nicht folgen wollen. Eine Söldnertruppe (!), die für Lohn Krawall macht, ist in Händen so entschlossener Leute wie Genosse Mahlein eine Staatsgefahr."

Das ist übelste Fremdenhaß-Propaganda, die auf derselben Masche reitet wie die Nazi-Propaganda: jeder Widerstand gegen das System wird als das Werk „ausländischer, unmoralischer Untermenschen" dargestellt, gegen die schließlich jedes Mittel der Staatsgewalt recht ist.

Die „Aufstachelung zum Rassenhaß" – und darum geht es hier – ist in der BRD auf dem Papier!, verboten. Kein Gericht der BRD verfolgt dies. Dies zeigt das reale Interesse der herrschenden Klasse in der BRD.

Schluß mit der Ausländerhetze!

Emigrantenzelle

GDED

Jeder ausländische Arbeiter bald

GDED

Ein trauriges Bild

Steckbrief
Philipp Seibert

- SPD - BUNDESTAGSABGEORDNETER
- MITGLIED DES VERWALTUNGSRATS DER BUNDESBAHN (KAPITAL-VERTRETER)
- AUFSICHTSRATSVORSITZENDER DER DEVK - VERSICHERUNG
- VON DER DEVK 1972 MIT 20.000 DM IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF UNTERSTÜTZT
- BESITZER EINES BUNGALOWS, DER VON EINER UNBEKANNTEN "GÖNNERIN" GESPENDET WURDE
- VERSCHAFFTE FÜHRENDEN GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄREN 20 % RABATTE BEI DER DEVK - VERSICHERUNG
- FUHR KOSTENLOS MIT MEHREREN KAPITALISTEN (GERLING !) NACH SÜDAFRIKA

KURZ: KORRUPT UND BESTECHLICH

MIT EINEM WORT:

GEWERKSCHAFTSFÜHRER

Vom 30. August bis zum 3. September hielt die „Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands" (GdED) ihren zehnten Gewerkschaftstag ab. Die GdED hat in ihren Reihen 76,4% der 450.000 Arbeiter, Angestellten und Beamten der Bundesbahn organisiert.

Wie üblich war der Kongreß von Prominenz aus Parteien und der Wirtschaft besucht. Biedenkopf (CDU), Brandt (SPD), Verkehrsminister Gscheidle und der oberste Boß der Bundesbahn, Vaerst, reichten sich zu schönklingenden Reden die Mikrofone weiter.

Inhaltlich war der Schwerpunkt des Kongresses die Zukunft der Bundesbahn und der Beschäftigten. Die GdED fordert den Stop der zunehmenden Privatisierung vor allem des Busverkehrs (so laufen beispielsweise in München, Köln und Hannover auf ein Jahr befristete Versuche, den Busverkehr von Bahn und Post über Privatbetriebe abzuwickeln, was noch schärfere Rationalisierung, Stillegung unrentabler Linien und damit Entlassungen bedeuten würde.

Gleichzeitig fordert die GdED Verbesserung der Konkurrenzsituation der Bundesbahn im Güterverkehr gegenüber dem Straßenverkehr durch staatliche Maßnahmen. Diese Forderungen werden aufgestellt in einer Situation, wo bei der Bundesbahn:

- 10.000 Beschäftigte seit 1972 durch Nichtersetzen rausrationalisiert wurden;
- das Streckennetz der Bahn heute die Hälfte des einstmaligen Höchststandes beträgt;
- weitere 5.000 km von 29.000 km Streckennetz abgebaut werden sollen;
- im Zuge der Rationalisierung die Stückgutabfertigungsstellen von 4.000 auf 400 reduziert wurden.

Verkehrsminister Gscheidle betonte auf dem Kongreß, daß eine *„Personalkonzentration"* auch weiterhin notwendig sei, aber: *„Kein Eisenbahner wird entlassen"*. Beibehalten werden soll dabei die Praxis, freiwerdende Stellen nicht neu zu besetzen, eine verschleierte Form von Entlassungen.

Der GdED-Kongreß hatte als Antwort auf die noch verschärfte Rationalisierung nur anzubieten: neuerliche Appelle an den Staat, der als Verantwortlicher für die Bahn gerade diese Rationalisierungspolitik einsetzt und – als „schärfste Kampfwaffe": eine Verfassungsklage, falls angestrebt wird, größere Bereiche, die die Bahn umfaßt (wie beispielsweise den Busverkehr) zu privatisieren.

Ansonsten demonstrierte der Kongreß die gute Zusammenarbeit und Kumpanei von Regierung, Bundesbahnführung und Gewerkschaftsführung, die ihren sichtbarsten Ausdruck im Parteibuch findet: Bahnpräsident Vaerst, Minister Gscheidle und GdED-Boß Seibert sind alle SPD-Mitglieder!

Was muß ein Gewerkschaftsführe noch alles verbrechen, ehe er abgesetzt wird?

GdED-Boß Philip Seibert hatte in der letzten Zeit das Pech, daß eine Reihe korrupter Machenschaften von ihm ans Tageslicht kamen: Zunächst einmal muß man einiges zur Ämterhäufung Seibert's feststellen. Er ist:

- Seit 17 Jahren Vorsitzender der GdED
- SPD-Bundestagsabgeordneter
- Mitglied des Bundesbahnverwaltungsrates und damit Kapitalvertreter
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Deutschen Eisenbahn-Versicherungskasse" (DEVK).

Seibert hat:

- im Bundestagswahlkampf 1972 von der DEVK im Wahlkreis Aschaffenburg 20.000 DM „Unterstützung" erhalten. Begründung der DEVK: „Daß mit Herrn Seibert eine Persönlichkeit für den Bundestag gewonnen wurde, die sich in vielfacher Weise nachdrücklich für die Belange der Versicherungswirtschaft eingesetzt hat – worüber hier der gebotenen Vertraulichkeit wegen nicht zu berichten ist – sei nur am Rande erwähnt" („Süddeutsche Zeitung", 28.8.).
- Seibert ist in eine Finanzaffäre in der hessischen Stadt Langen verwickelt. Die DEVK errichtete für Millionenbeträge ein Hochhaus, die Pächterin dankte dem Gewerkschaftsboß mit einem für ihn errichteten Bungalow!
- Seibert wußte von einem Beamtenrabatt von 20 % in der Kfz-sicherung der DEVK für Gewerkschaftsfunktionäre der GdED. Die Aufdeckung dieser Tatsache durch den Betriebsrat der Hamburger DEVK war übrigens Grund für den Versuch, den Betriebsrat wegen „geschäftsschädigenden Verhaltens" zu entlassen.
- Seibert hat – völlig „privat" natürlich – im November 1974 auf Einladung des Versicherungskapitalisten Gerling unter anderem zusammen mit Bundesbahnpräsident Vaerst und dem Vorstand der DEVK eine Flugreise nach Südafrika (!) unternommen. Dieser gemeinsame Trip mit den Kapitalisten kam nur deshalb ans Tageslicht, weil der Jumbo-Jet dieser exklusiven Reisegesellschaft in Nairobi abstürzte!

Wohlgemerkt – dies sind nur einige von Seibert's Taten, die den ganzen Umfang der Korruptheit dieses Mannes allerdings nur erahnen lassen.

Vor dem GdED-Kongreß ließ Seibert sich auf „ärztlichen Rat" vorsorglich für krank erklären, um unangenehme Fragen zu vermeiden, ohne allerdings auf eine erneute Kandidatur zum ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft zu verzichten.

Bei den Wahlen zum Gewerkschaftsvorsitz erhielt Seibert dann 195 von 300 Stimmen (das sind knapp über 60 % gegenüber 89 % 1972). Dieses Ergebnis ist sicherlich kein Ruhmesblatt und auf Seibert's bekanntgewordene Taten zurückzuführen. Es ist aber auch bezeichnend für den heutigen Zustand in den Gewerkschaften und charakterisiert die Funktion von angeblich „demokratischen" Wahlen und die innergewerkschaftliche Demokratie: da kann ein Gewerkschaftsführer bis ins Mark korrupt sein, da kann er offen und verdeckt mit den Kapitalisten zusammenarbeiten und sich von ihnen bestechen lassen, das alles stellt kein Hindernis dar, Führer einer Organisation zu sein, die vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten!

Was muß da wohl erst passieren, eh so ein korrupter Vogel abgeschossen wird?!

Die Vorfälle um den GdED-Vorsitzenden Seibert haben deutlich gemacht, wieviel Müll noch beiseitegefegt werden muß im Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie und für kampfstarke Gewerkschaften.

KB/Gruppe Bremen

Jeder ausländische Arbeiter bald sein eigener Unternehmer?

Springers „Bild-Zeitung" meldete am 24.8., daß die BRD-Regierung den ausländischen Arbeitern billige Kredite (2 % Zinsen) geben will, wenn sie bereit sind, in ihr Heimatland zurückzukehren und dort einen Kleinbetrieb gründen. Zu diesem Zweck muß der Kollege die Hälfte des Kapitals selbst aufbringen, die andere Hälfte gewähren die BRD und das Heimatland zu gleichen Teilen in Form von Krediten.

„Erfolgreich" angewandt wurde dieses Verfahren bisher bei „mehreren tausend" („Bild") türkischen Arbeitern, so daß jetzt geplant ist, auch die ausländischen Kollegen der anderen Nicht-EG-Länder mit Krediten zu veranlassen, in ihre Heimat zurückzukehren. Man erhofft sich damit die Rückwanderung von 500 000 Ausländern.

Der Staat knüpft mit diesem Köder an relativ stark vorhandene Illusionen bei vielen ausländischen Kollegen an, sich mit dem in der BRD sauer erarbeiteten Geld nach ihrer Rückkehr „selbständig" zu machen. Nach einer Studie der „Wirtschaft und Infrastruktur GmbH" (1970) wollten 1969 72 % der in städtische Gebiete rückkehrenden türkischen Arbeiter versuchen, sich „selbständig" zu machen. Von denjenigen, die aufs Land zurückkehrten, waren es fast 100 %.

Hand in Hand schüren damit BRD und Türkei kleinbürgerliche Mittelstandsillusionen bei den türkischen Kollegen, um in der Türkei eine starke Mittelschicht mit Aufsteigerideologie aufzubauen, einen Puffer zu schaffen, zwischen einem durch Arbeitslosigkeit und Landflucht stetig anwachsenden Proletariat und einer sich festigenden Kapitalistenklasse.

Die BRD-Regierung hat sich mit dem Kreditabkommen ein weiteres Mittel geschaffen, mit dem Zuckerbrot von „Kapital"hilfe die ausländischen Kollegen den Kapitalisten noch mehr auszuliefern: der ausländische Arbeiter erträgt seine Rechtlosigkeit, Ausbeutung und Diskriminierung „leichter", wenn ihm am Ende seiner Beschäftigung in der BRD eine Existenz als Krämer oder Taxifahrer im Heimatland in Aussicht gestellt wird. Daß dem nicht so ist, hat die o.a. WIP-Studie ebenfalls ermittelt: 30 bis 40 % der von Rückkehrern gegründeten Kleinbetreibe mußten nach kurzer Zeit wieder schließen. Die Folge: Viele sinken in ein noch größeres Elend zurück – Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Hoffen auf Wiederbeschäftigung in der BRD – ein Teufelskreis!

Emigrantenzelle

Flensburg: Amtsgericht legitimiert Mietwucher

Kürzlich fällte das Flensburger Amtsgericht folgendes Urteil in einem Mietstreit gegen eine türkische Familie, die für eine 37 qm kleine Wohnung 230,– DM bezahlt:

„Die Beklagte (die türkische Familie - AK) *wendet sich zu Unrecht gegen die Höhe der Miete. . . Nach dem Gutachten des Sachverständigen beträgt die angemessene Miete für die Wohnung 150,– DM monatlich. Die vorliegende Überschreitung dieses Betrages um 53 % (!!) reicht nicht aus, um ein auffälliges Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung der Mietvertragsparteien als gegeben anzusehen."*

Diese hohnlachende Skandal-Urteil ist eine juristische Legitimation für die üblen Methoden der Hausbesitzer, in diesem Fall der Haus- und Grundeigentümergesellschaft Densch & Schmidt, die ausländischen Kollegen, die sowieso in den schlechtesten Wohnungen leben müssen, zukünftig noch saftiger auszuquetschen.

6,20 DM qm ortsübliches Mietenniveau ist die Hälfte des Mietpreises, den die türkische Familie zahlt – das ist von der Klassenjustiz gerechtfertigter Mietwucher:

„Insbesondere ist dabei zu berücksichtigen, daß die vom Beklagten gemietete Wohnung für deine Familie nach mitteleuropäischen Maßstäben erheblich zu klein ist und damit einer außergewöhnlich starken Abnutzung unterliegt. Schon für diese Gefährdung steht dem Vermieter ein angemessener Zuschlag zur ortsüblichen Miete zu."

Zum Schluß empfiehlt das Amtsgericht sogar noch:

„daß der Quadratmeterpreis notwendigerweise um so höher ausfallen muß, je kleiner eine Wohnung ist, da die Kosten der Versorgungseinrichtungen und Zugänge zu Wohnungen sich nicht proportional zu deren Grösse verhalten."

Das heißt, je kleiner eine Wohnung – und je mehr in sie hineingepfercht, desto teurer soll sie sein, da ja die Abnutzung viel größer ist!! Eine ganz neue Begründung für die schweinisch hohen Mieten. Der Vorsitzende des Haus- und Grundeigentümervereins Petersen hat gegen den türkischen Kollegen noch eine ganz besonders üble Argumentation. Er ist überzeugt, daß *„....viele Gastarbeiter – vielleicht aus heimatlichen Wohngewohnheiten – für unsere Verhältnisse zu kleine Wohnungen bevorzugen* (!!)" („Flensborg Avis", 21.8.76). – Je schlechter die Menschen behandelt werden, je stärker sie darunter leiden, je mehr sollen sie dafür bezahlen. Unlogisch? Keineswegs. Logik des Kapitalismus!

Bericht der anwesenden KB-Vertreterin

Der 3. National-Kongreß der Frente Polisario

Frente POLISARIO, die Befreiungsbewegung des saharauischen Volkes, führte ihren Dritten Nationalkongreß (zugleich der erste nach Ausrufung der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara") vom 26. bis 30. August auf befreitem Gebiet durch. Auf diesem Kongreß sollte u.a. das politische Programm verabschiedet sowie der bisher provisorisch amtierende neue Generalsekretär Laroussi bestätigt werden. Dem Dritten Kongreß waren in allen Lagern der Westsahara und auf algerischem Gebiet, in denen saharauische Flüchtlinge wohnen, vorbereitende Versammlungen vorausgegangen, auf denen die Delegierten für den Kongreß gewählt wurden (Kongresse von Smara, El-Ayoun und Dakhla).

Zur Eröffnung des Kongresses waren aus allen Teilen der Welt, insbesondere natürlich aus den afrikanischen und arabischen Ländern Delegationen, Vertreter von Befreiungsbewegungen, linker Parteien und Organisationen, Freundschaftsgruppen sowie die internationale Presse eingeladen worden. Insgesamt waren 40 ausländische Delegationen gekommen. Der Kongreß selbst war intern und für ausländische Delegationen nicht zugänglich.

Auch eine Vertreterin des Kommunistischen Bundes (der KB war als einzige westdeutsche politische Organisation auf dem Kongreß vertreten) hatte Gelegenheit, bei der Kongreßeröffnung den Delegierten des saharauischen Volkes die Solidarität unserer Organisation mit dem Befreiungskampf des Volkes von Saguia el Hamra y Rio de Oro zum Ausdruck zu bringen.

Außer einer Vertreterin des KB gehörten der westdeutschen Delegation ein Vertreter des „Deutsch-afrikanisch-arabischen Büros" (daab, Herausgeber des „3.-Welt-Magazin"), eine Vertreterin der Anti-Apartheids-Bewegung (AAB), ein Vertreter des der DKP nahestehenden „Antiimperialistischen Solidaritäts-Komitees" (ASK) sowie einige fortschrittliche Journalisten an. Im folgenden schildert die Vertreterin des KB die Eindrücke ihrer Reise:



Kämpfer der Frente Polisario

Kämpfer der Frente Polisario

Ein Besuch im Lager

Am Morgen nach unserer Ankunft in Algier, um vier Uhr früh, wurden wir mit einer Sondermaschine der Air Algerie in die etwa 1.800 km von Algier entfernte Wüstenoase Tindouf geflogen, die in unmittelbarer Nähe der Grenze zur „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" liegt. Fast die gesamte Wüstenstrecke der algerischen Sahara, die wir überflogen, ist militärisches Gebiet. Algerien ist offenbar auf einen möglichen militärischen Angriff Marokkos gut vorbereitet!

chen militärischen Angriff Marokkos gut vorbereitet!

In Tindouf herrschten nach offiziellen Angaben 37 Grad C Hitze, wir schätzten etwa 50 Grad C in der Sonne ... Nach dem Essen und ersten Kontakten und Gesprächen mit ausländischen Delegationen, fuhren wir in eines der Flüchtlingslager auf algerischem Gebiet. Mit 60 km/h polterten die jungen POLISARIO-Fahrer mit uns in Jeep-Kolonne durch die verkarstete Wüste, die von ausgetrockneten Flußrinnen durchzogen ist.

Wir besuchten ein Lager, in dem etwa 500 Menschen wohnen (es gibt andere Lager, in denen mehrere tausend Saharauis leben). Dieses Lager, wie auch alle anderen, liegt in der nackten Wüste, d.h. die Vegetation ist praktisch gleich Null, es gibt keine Bäume, nicht mal Steppengras, nur einzelne vertrocknete Sträucher. Mein erster Gedanke war, wie diese Menschen überhaupt in der Lage sind, in ihren schutzlosen Zelten, abgeschnitten von jeder „Zivilisation" (von Nahrungsmitteln und Wasserversorgung) unter sengender Sonne, dazu einem heißen Wüstenwind (siroco) ausgesetzt, der in diesen Tagen herrscht, zu überleben, geschweige denn zu kämpfen ...? Mein erster und äußerlicher Eindruck war der eines wirklich äußerst trostlosen Flüchtlingslagers, das vollkommen auf äußere Hilfe angewiesen ist. Außerdem: Was tun diese Menschen den ganzen Tag, da ja im herkömmlichen Sinne eine Produktionstätigkeit aufgrund der Bedingungen gar nicht möglich ist? Diese und ähnliche Gedanken hatte ich, bevor wir im Lager selbst waren.

Wir fuhren an den Wachen vorbei: fast nur ältere Saharauis (die jungen sind überwiegend an der militärischen Front). Es gab Wachen an mehreren Stellen des Lagers – alle mit aufgepflanztem Gewehr. Etwas entfernt konnten wir ein paar Zelte sehen, in denen Einheiten der EPLS (Saharauische Volksbefreiungsarmee) stationiert waren.

Die Saharauis, insbesondere viele, viele Kinder, strömten gleich herbei, um uns zu begrüßen. Man merkte, daß unser Besuch für die Kinder zwar etwas Erfreuliches, aber nichts Außergewöhnliches war. Sie – wie alle Saharauis in den Lagern – sind allen Besuchern gegenüber äußerst aufgeschlossen und bereit, über ihr Leben und ihren Kampf Auskunft zu geben. Sie wissen, daß die Besuche dazu dienen, ihren Kampf in anderen Ländern bekannt zu machen. Wir konnten alles fotografieren, was wir wollten, sie ließen es gern geschehen.

Leider hatten wir wenig Zeit, mit einzelnen Saharauis zu sprechen, dazu hätten wir mehrere Tage in dem Camp mit ihnen verleben müssen, was übrigens jedem offensteht. Die ausländischen Gäste wurden in zwei Zelte gebeten, wo nach der üblichen Tee-Zeremonie ein Saharaui, offenbar der Lager-Älteste, einen kurzen Vortrag über die Situation des saharauischen Volkes und die Kampfziele hielt und auf Fragen der ausländischen Gäste antwortete.

Während wir in der Hitze des Zeltes saßen, durch dessen Wände der feine vom „siroco" aufgewirbelte Sand sprühte, ging eine große Schüssel mit Wasser von Mund zu Mund. Dieses Wasser wird aus der Wüste geholt: Es gibt viele Wasseradern, die gar nicht mal sehr tief unter dem vertrockneten und verkarsteten Boden verlaufen. Eine solche Schüssel zu füllen, dauert zwei bis drei Stunden,

trockneten und verkarsteten Boden verlaufen. Eine solche Schüssel zu füllen, dauert zwei bis drei Stunden,

sie wird einfach in ein etwa ein Meter tief gegrabenes Lock gestellt und sickert allmählich voll ...

Der Eindruck eines „trostlosen Lagerlebens" verging sehr schnell. Aus dem Bericht des alten Saharauis sowie aus Erzählungen anderer Genossen der Frente POLISARIO, hatte ich später etwa folgendes Bild von den Lagern:

Die Lager sind zwar tatsächlich angewiesen auf die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern von außen, doch bei weitem nicht in dem Umfang, wie es ursprünglich den Anschein hatte. Die Wasserversorgung ist fast ausnahmslos am Ort selbst gesichert. An Lebensmitteln werden vor allem Trockengemüse, Mehl etc. geliefert, doch gebacken, gekocht (übrigens ausgezeichnetes Weißbrot und Fleischeintopf) wird im Lager. Einige Ziegen und Kamele werden in den Lagern gemeinschaftlich gehalten.

Es gibt ein entwickeltes kulturelles und politisches Leben und sogar eine Kleinproduktion: angefangen von kunstvollen Metallgegenständen über Fahnen, Transparente – alles im Dienste des Befreiungskampfes. Die Kinder erhalten regelmäßigen Schulunterricht, es gibt kulturelle Abende, an denen Befreiungs- und Volkslieder gesungen werden. In einigen großen Lagern sind regelrechte Krankenstationen eingerichtet, in denen sich auch die Saharauis aus anderen Lagern behandeln lassen können. Offensichtlich gibt es bisher keinen Mangel an medizinischen und technischen Kadern, da viele Saharauis, die an spanischen, marokkanischen, französischen Universitäten studiert haben, bei Beginn des Befreiungskampfes in großer Zahl zurückgekehrt sind und heute bedingungslos an der Befreiung ihres Volkes mitarbeiten.

Der sichere, frohe und unerschütterliche Eindruck, den alle Saharauis auf uns gemacht haben, ist das Ergebnis einer intensiven Diskussions- und Schulungsarbeit in den Lagern. Nach übereinstimmenden Berichten mehrerer POLISARIO-Genossen werden in den Lagern tägliche Versammlungen gemacht, auf denen die anfallenden Fragen diskutiert werden. Außerdem gibt es zweimal in der Woche Versammlungen, auf denen politische Fragen diskutiert werden: über die Geschichte des saharauischen Volkes, über den militärischen Kampf, über allgemein-politische und internationale Fragen. Übrigens nehmen die Kinder gleichberechtigt an allen Versammlungen teil. Besonders intensiv wird der militärische Flügel, das „Ejeroito popular de liberacion del Sahara" politisch geschult. Wie ein Polisario-Genosse sagte: *„Die revolutionäre Theorie muß das Gewehr führen"*.

„Man kann jedem eine Waffe geben, einem Mädchen, einer Frau, einem Kind. Das Lager muß eine Militärbasis sein, in der die Frau lernen muß mit den Waffen umzugehen, ein Kind – jedermann. Wir haben keine Lager, in denen wir auf die Hilfe des Roten Kreuzes und des Internationalen Roten Kreuzes warten können. Die Lager haben eine politische Rolle, absolut politisch. Wir sind in einer Situation des nationalen Kampfes und jeder kann alles tun an jedem Platz gegen den ausländischen Kolonialismus" (El Ouali, gefallener Generalsekretär der Frente Polisario).

Insofern sind die Lager wirklich ein voll funktionierendes „Hinterland" für die Befreiungsstreitkräfte. Die bewaffneten Kämpfer werden begeistert empfangen, wenn sie von Guerilla-Operationen zurückkehren und mit allem Lebensnotwendigen versorgt.

Während die Strukturen in den auf algerischem Gebiet liegenden Lagern offen und demokratisch sind, sind die Polisario-Genossen in den von den Marokkanern bedrohten Gebieten notwendigerweise konspirativer organisiert, in Form von kleinen Zellen, bei denen sich nur die Anleiter kennen.

Der kleine Mohamed, der uns in Tindouf strahlend begrüßte, faßte die Stimmung, die wir bei allen Begegnungen erfahren haben, ganz einfach zusammen. Er sagte: „Ich bin Saharaui" und strahlte dabei über beide Backen.

Die Kongreßeröffnung

Nach einer äußerst abenteuerlichen mehrstündigen Wüstenfahrt trafen wir am nächsten Morgen um drei Uhr am bis zuletzt geheim gehaltenen Kongreßort (auf befreitem Gebiet) ein. Die Polisario-Genossen gönnten uns noch einige Stunden Schlaf.

Die ausländischen Gäste waren je nach Status in eins der im Halbkreis aufgebauten Zelte gebeten worden, d.h. Botschafter und Vertreter fortschrittlicher Länder waren getrennt von den Vertretern von Befreiungsbewegungen, denen politischer Parteien, des weiteren der Freundschaftsgruppen und schließlich der internationalen Presse untergebracht. Wir erfuhren später, daß eine ganze Reihe der internationalen Presse-Rechercheure mit sehr mieser Stimmung den Ort verließ. Keine Begrüßung durch den Generalsekretär (wie in den anderen Zelten), keine Pressekonferenz, schlechtere Unterbringung (!), und keine „Knüller", das waren die Nörgeleien einer Reihe von Journalisten, zu denen ganz offensichtlich auch der Reporter der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS gehörte...Nun, sie mußten's ertragen.

Die Kongreßeröffnung begann gegen 9 Uhr und zog sich über sechs bis sieben Stunden hin. Weder Mittagshitze, noch die ununterbrochene Abfolge von Grußadressen und Solidaritätsbeiträgen der ausländischen Gäste konnte die Begeisterung der Polisario-Delegierten beeinträchtigen, die aufmerksam jede Rede verfolgten (die Reden wurden auf arabisch, spanisch und französisch gehalten – Lautsprecherübertragung wurde durch einen Generator betrieben).

Es waren schätzungsweise 150 Delegierte der F. Polisario anwesend, darunter 36 Frauen-Delegierte.

Die erste Ansprache hielt der Nachfolger des bei einer Guerilla-Aktion vor kurzem von den Marokkanern getöteten Generalsekretärs El Ouali, Mahfoud Laroussi. Laroussi sagte unter anderem: *„Es wird keine Ruhe und keinen Frieden geben, bevor wir auf unsere Gebiete zurückgekehrt sind und vollkommene Unabhängigkeit erreicht haben."*

„Diese Etappe lehrt die Völker dieser Region immer mehr, ihre Freunde von ihren Feinden zu unterscheiden und für das saharauische Volk ist die Unterscheidung zwischen reaktionären und progressiven Kräften völlig eindeutig".

Laroussi klagte *„die widernatürliche Allianz gewisser Kräfte mit dem Regime von Rabat an, das nicht zögert, tausenden von Marokkanern den Mord an ihren saharauischen Brüdern zu befehlen... Dies alles wird nicht verhindern, daß sich diese beiden Völker im Kampf gegen das Regime vereinigen, das das marokkanische Volk und besonders dessen sehr verdiente Kämpfer unterdrückt – durch Verfolgungen, Massaker und Morde".*

Laroussi sagte, daß diese Etappe durch *„den Willen zu einem echten Bündnis zwischen den Völkern dieser Region"* (also Westsaharas, Marokkos und Mauretaniens) charakterisiert sei.

„Die Tatsache, daß die libysche und die algerische Revolution es objektiv ermöglicht haben, daß die Revolution vom 20. Mai ein Vorbild für alle Völker dieser Region wurde, hat die schärfsten Widersprüche hervorgebracht und die unmögliche Koexistenz zwischen reaktionären und fortschrittlichen Regimes gezeigt" („La Republique", 29.8.76).

Als erster ausländischer Sprecher trat der Botschafter der Volksrepublik Korea ans Mikrophon, das bisher als erstes und einziges außerafrikanisches Land die „Demokratische Arabische Republik Sahara" (DARS) anerkannt hat, danach sprach ein Vertreter der Sozialistischen Republik Vietnam, anschließend ein Vertreter Guinea-Bissaos (PAIGC). Ein Sprecher der libyschen Regierung sicherte dem saharauischen Volk Unterstützung zu. Ein Sprecher einer recht neu entstandenen militanten marokkanischen Oppositionsgruppe wurde stürmisch begrüßt.

Der folgende Überblick über weitere anwesende Delegationen ist nicht vollständig, F. Polisario wird eine Kongreß-Dokumentation herausbringen, aus der die genauen Anwe-



EL MOUDJAHID

la révolution par le peuple et pour le peuple

Direction-Rédaction : 20, rue de la Liberté, ALGER — Téléphone : 63.73.80 à 85 — Télex ELMOPRESS 52.952



REPUBLIQUE ARABE SAHRAOUIE DEMOCRATIQUE



3ème CONGRES DU F. POLISARIO

Une nouvelle phase de

Die offiziöse algerische Tageszeitung „El Moudjahid" berichtete täglich auf der Titelseite über den Kongreß.

senheiten hervorgehen. Anwesend waren u.a.:

- der Botschafter von Kongo-Brazzaville
- PFLO, Befreiungsbewegung von Oman/Dofar
- SWAPO, Namibia
- ANC, Südafrika und Rhodesien
- ein Vertreter „des" chilenischen Widerstandes
- die KP Cubas schickte ein Grußtelegramm, ebenso wie die Volksrepublik Jemen
- PFLP (Ablehnungfront im palästinensischen Widerstand)
- FDLP, („Mini-Staat"-Anhänger, palästinensische Revisionisten)
- die Galerie der revisionistischen KP's Westeuropas (Spanien, Frankreich, Italien, Belgien), sowie die CGT Frankreich (die westdeutsche DKP war nicht geladen)
- sämtliche spanische Organisationen, die in der „Demokratischen Koordination" zusammengeschlossen sind, meldeten sich zu Wort (u.a. MC, ORT, PT)
- an linken revolutionären Organisationen waren außer dem KB, den spanischen Organisationen nur noch
- Lotta Continua (Italien) und
- POCH (Schweiz) anwesend
- die französische Zeitung „Liberation" war von der Presseseite her vertreten.

Einen Vertreter der MPLA (Angola) sowie der Frelimo (Mosambik) suchten wir vergeblich. Ebenfalls war keine portugiesische noch eine griechische linke Organisation anwesend. Hingegen hat die starke Präsenz westeuropäischer revisionistischer Parteien etwas überrascht.

Den Höhepunkt und Schluß des Kongresses bildete die Rede Djelloul Melaikas, des algerischen Delegierten, ZK-Mitglied der FNL und Verantwortlicher für die Beziehungen zu Befreiungsbewegungen. Seine fast einstündige Rede wurde immer wieder von Beifallsstürmen der Delegierten unterbrochen. Sogar diejenigen, die – wie wir – kein arabisch verstanden, waren von seiner außerordentlichen Rhetorik beeindruckt.

Melaika sagte u.a.:

Das saharauische Volk bestimmt sein Schicksal selbst, *„indem es in erster Linie auf seine eigenen Kräfte zählt, sich unter Führung der Frente Polisario organisiert und den bewaffneten Kampf führt". „Ohne den bewaffneten Kampf und die erbrachten Opfer, hätte es keinen diplomatischen Sieg in der OAU gegeben noch auf dem Gipfel der „Blockfreien".*

waffneten Kampf und die erbrachten Opfer, hätte es keinen diplomatischen Sieg in der OAU gegeben noch auf dem Gipfel der Blockfreien".

„Alle Manöver des Kolonialismus sind dem Untergang geweiht, denn der Wille der Völker ist unbesiegbar". Melaika betonte, daß Algerien gegenüber der DARS keine ökonomischen, territorialen noch strategischen Forderungen habe, sondern daß Algerien seinem Prinzip, das saharauische Volk solidarisch zu unterstützen, treu bleiben werde, ebenso wie es alle Befreiungsbewegungen der ‚Dritten Welt', sowie alle fortschrittlichen Organisationen der westlichen Welt unterstützt" (nach „La Republique", 29.8.76).

Daß diese Erklärung des algerischen FNL-Vertreters keine leeren Deklamationen waren, haben wir selbst an verschiedenen Dingen feststellen können. An erster Stelle steht die tatsächlich großzügige Hilfe, die Algerien dem Befreiungskampf des saharauischen Volkes in jeder Beziehung gewährt. Auch die Durchführung des Kongresses wäre ohne die Hilfe Algeriens (Transport, Unterbringung) wohl sehr schwer möglich gewesen. Die Delegationen waren in den Staatshotels untergebracht, in denen sonst ausländische Staatsbesuche empfangen werden; da diese Hotels notorisch unterbelegt sind, stellt die FNL sie den Befreiungsbewegungen zur Verfügung. Die FNL hat mehrere Solidaritätskampagnen mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen, u.a. mit F. Polisario organisiert. Wir haben bei Straßengesprächen mit algerischen Arbeitern und Intellektuellen immer wieder eine selbstverständliche und engagierte Solidaritat mit der F. Polisario feststellen können.

Der FNL-Sekretär zeigte sich auch sehr daran interessiert mit den ausländischen Delegationen anschließende Gespräche zu führen. Die westdeutsche Delegation wurde ebenfalls von ihm zu einem Gespräch eingeladen.

Gespräch mit einem Sekretär der FNL

Die algerische Delegation auf dem 3. Kongreß der F. Polisario zeigte sich sehr interessiert, mit den ausländischen Gästen ins Gespräch zu kommen. Einer der Delegierten, ebenfalls ein führendes FNL-Mitglied wollte z.B. genau wissen, wie unsere Organisation über die Haltung Algeriens im West-Sahara-Konflikt denkt und äußerte, daß die FNL an verstärkten Kontakten zu den progressiven Parteien Westeuropas interessiert sei.

Nachdem die westdeutsche Delegation nach Algier zurückgekehrt war, wurde uns mitgeteilt, daß Djelloul Melaika, der FNL-Sekretär für die Beziehungen zu Befreiungsbewegungen mit uns sprechen wollte. Wenige Stunden später wurden wir von zwei Fahrern abgeholt.

Melaika stellte in diesem mehrstündigen Gespräch nochmals die grundsätzliche Haltung Algeriens im West-Sahara-Konflikt dar und ging dann auf einige Fragen der Innenpolitik Algeriens ein.

Melaika sagte, daß die Haltung Algeriens zur Frente Polisario und zur „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" absolut kein Ausnahmefall in der generell antiimperialistischen Politik des Landes sei. *„Wir verteidigen prinzipiell das Selbstbestimmungsrecht der Völker".* So habe Algerien die Befreiungsbewegungen in Vietnam, Laos, Kambodscha, auf dem ganzen afrikanischen Kontinent, sowie auch eine fortschrittliche Entwicklung in Portugal (bis zum letzten Jahr) unterstützt, um nur einige Beispiele zu nennen. Er sagte,

daß Algerien die F. Polisario materiell, politisch und diplomatisch unterstütze, weil auch das algerische Volk in seinem nationalen Unabhängig-

daß Algerien die F. Polisario materiell, politisch und diplomatisch unterstütze, weil auch das algerische Volk in seinem nationalen Unabhängigkeitskampf von progressiven Ländern unterstützt worden sei.

Melaika verwahrte sich gegen bestimmte Anschuldigungen: *„Es wird immer behauptet, daß Algerien eigene Interessen verfolgt, wenn es die F. Polisario unterstützt; aber wenn das so wäre, dann hätten wir das Land ja besetzen können. Wir sind jedoch prinzipiell gegen jede Besetzung eines anderen Landes, egal, ob dies in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Europa geschehen würde. Wir würden in allen Fällen dieselbe Haltung einnehmen."*

Er fügte hinzu, daß Algerien durchaus nicht die Grenzen des Gebietes der West-Sahara verteidigt, sondern daß dies das saharauische Volk selbst tut.

Melaika berichtete von einer Solidaritätswoche mit der F. Polisario in Algerien (es wurden übrigens mit den Befreiungskämpfen in Angola, Mosambik, Südafrika etc. ebenfalls solche Solidaritätskampagnen organisiert). Es seien für die Frente Polisario rund 20 Mio. neue Franc gespendet worden. Hunderttausende Algerier haben sich beteiligt. *„Es hat absichtlich eine vollkommen dezentale Mobilisierung gegeben. Es haben keine Minister noch der Präsident geredet. Das algerische Volk hat aus eigenem Antrieb und vielfach spontan demonstriert."* Man habe absichtlich keine zentralen Kundgebungen gefördert, um der Hetze entgegenzutreten, daß die algerische Regierung nur eigene Interessen bei ihrer Unterstützung der F. Polisario verfolge.

Melaikas folgende Darstellungen der algerischen Situation gingen nicht von einer widersprüchlichen Entwicklung und den zum Teil erheblichen Schwierigkeiten der algerischen Situation aus, sondern er war eher bemüht, Erfolge und Entwicklung Algeriens in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft zu interpretieren und herauszustreichen.

Wir selbst haben erfahren, daß es z.B. im Zusammenhang mit der im ganzen algerischen Volk geführten Diskussion um die „National Charta" (eine Art Grundsatzprogramm/Verfassung) erhebliche Kritik am industriellen Aufbau Algeriens, insbesondere aus Kreisen der Bauern und Landarbeiter gegeben hat. So versicherten uns Journalisten der algerischen Presseagentur, mit denen wir an einem Abend sprachen, daß die Bauern eine Industrie forderten, die stärker auf die Bedürfnisse des Volkes zugeschnitten ist, z.B. Nahrungsmittel-Verarbeitungsindustrie.

Die Bauern lehnten (zu diesem Zeitpunkt) eine eigene Autoindustrie oder auch Chemiefaserindustrie ab und trugen dies sehr entschieden vor. Es gibt offenbar viele Stimmen in Algerien, die die ganze Kampagne um die „National-Charta" als Absicherungskampagne der FNL gegen massive Kritik aus dem Volk an der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung betrachten. Doch auch die algerischen Journalisten waren der Meinung, daß die Mobilisierung, die um die Diskussion dieses Grundsatzprogramms in ganz Algerien gelaufen ist, von politisch sehr hohem Wert ist und Tatsachen geschaffen hat, um die die politische Führung der FNL nicht herumkommt.

Kurz zur Erläuterung: In der Charta werden solche Fragen wie das Verhältnis „Partei - Staat", Rolle der Armee, Rolle der Frau, Frage der Bürokratie und der Volkskontrolle, sowie des wirtschaftlichen Aufbaus des Sozialismus usw. behandelt. Es heißt, daß mehrere hundert Änderungsvorschläge aus der Bevölkerung in die Charta miteingebaut worden seien.

Zur nationalen Diskussions-Kampagne über die „Charta Nationale" sagte FNL-ZK-Mitglied Melaika:

Charta miteingebaut worden seien.

Zur nationalen Diskussions-Kampagne über die „Charta Nationale" sagte FNL-ZK-Mitglied Melaika:

„Eine Regierung, die sich eine Volksregierung nennt, muß dem Volk die Freiheit geben, seine Meinung und seinen Willen zu äußern; sonst ist sie keine Volksregierung". „Nach der nationalen Unabhängigkeit mußten wir mit dem Aufbau von oben beginnen. Es ging um die Frage der politischen Führung, der zentralen Verstaatlichungsmaßnahmen - uns blieb keine andere Wahl. Aber heute müssen wir von unten ansetzen, wir müssen auf allen Ebenen dezentralisieren".

So sei auch die gesamte Verwaltungsstruktur im Umbau begriffen: Die Wilayas (Kommunen) sorgen jetzt für ihre eigene Stromversorgung, bauen selbst Schulen, Wohnungen etc. Die Verwaltungsgremien in den Wilayas werden auf Volksversammlungen gewählt. Die Kandidaten werden von der FNL vorgeschlagen, müssen aber nicht unbedingt Mitglieder der FNL sein. Wenn 20 Kandidaten zur Wahl stehen, werden 40 zur Auswahl vorgeschlagen (aus den Darlegungen von Melaika).

Zur Diskussion über die Charta hat es politische Kongresse auf allen gesellschaftlichen Ebenen gegeben, erklärte Melaika: für die Frauen, die Jugend, die Gewerkschaften, die Bauern und die Arbeiter. *„Die Menschen wurden auch aufgefordert, sich per Telefon und – wenn sie wollten – auch anonym bei uns zu melden und ihre Kritik vorzutragen".*

Zur Rolle des Islam (seit kurzem offizielle „Staatsreligion" in Algerien) und seiner Beziehung zur Frauen-Emanzipation, wonach wir Melaika fragten, antwortete er sinngemäß etwa so:

„Der Islam ist aus sich heraus keineswegs frauenfeindlich, sondern eher im Gegenteil. Die Frauen haben laut Koran dieselben Rechte wie die Männer. Außerdem hat die algerische Frau im Befreiungskampf aktiv teilgenommen und sich durchgesetzt." Zum Gesichtsschleier, den wir bei ziemlich vielen, vor allem älteren Frauen in Algier, beobachtet hatten, meinte er, daß man im Hinterland, also auf den Dörfern, so gut wie keine verschleierte Frau finden wird.

Melaika sagte, daß sie keinen „algerischen Sozialismus" wollen, wie einige vom spanischen, französischen oder sonst einem „Sozialismus" sprechen. Sie wollten den „Sozialismus in Algerien", das würde aber auch Einbeziehung der Traditionen bedeuten. *„Der Islam hat im Befreiungskampf eine große Rolle gespielt. Der Islam ist keine fanatische, sondern eine liberale, weltoffene Religion – jedenfalls so verstehen wir den Islam".*

Zur Enteignung des Großgrundbesitzes und Agrarreform äußerte sich Melaika wie folgt: Der im Besitz der französischen Kolonialisten befindliche Grund und Boden, der der fruchtbarste war, wurde nach der Befreiung „selbsverständlich entschädigungslos" enteignet. Später wurden alle Ländereien, die von 1954 bis 1962, also nach der Befreiung angeeignet wurden, als „illegaler Profit" deklariert und ebenfalls entschädigungslos enteignet. Mit den anderen Großgrundbesitzern wurde wie folgt verfahren: mit einer täglichen Pressekampagne wurden sie aufgefordert, in einen nationalen Fond zu spenden. Jede Spende und ihr Geber wurden ebenfalls täglich in der Presse veröffentlicht. Aus Angst vor Verstaatlichung spendeten viele Großgrundbesitzer große Summen. Die führenden Politiker der FNL, soweit sie zu diesem Kreis gehörten, gingen dabei mit gutem Beispiel voran. Zum Teil wurde gegen Entschädigung enteignet. Prinzipiell soll jeder nur soviel Land besitzen, wie er selbst bebauen kann.

Es gibt heute etwa 1.000 Landwirtschaftsdörfer (Genossenschaften). (Diese Angabe zeigt unserer Ansicht nach einen relativ niedrigen Stand der Kollektivierung an.) In diesen Genossenschaften hat jede Familie das Recht auf freies Wohnen, alle Nutzungsrechte an kommunalen Einrichtungen, auch beim Tod des männlichen Familienoberhauptes können Frau und Kinder weiter in den Häusern wohnen. Die Einkünfte aus der kollektiven Arbeit werden aufgeteilt, so daß in einigen Dörfern die Bauern fast Ministergehälter beziehen. Melaika machte eine Angabe von bis zu 3.500 Dinar (etwa 2.200 Mark). Die en gros Preise und die Endpreise landwirtschaftlicher Produkte werden durch den Handelsminister festgelegt.

Wir fragten Melaika nach ausländischen Investitionen bzw. ausländischen Krediten. Er sagte, daß Algerien sich bei Investitionen vor allem auf die eigenen Möglichkeiten beschränkt, daß ausländische Kredite nur in dem Umfang angenommen werden, wie sie jederzeit durch die eigenen Kapazitäten abgedeckt werden können. *„Wir nehmen keine Kredite, die uns ausbluten; wir müssen den Aufbau mit eigenen Mitteln finanzieren".* In ausländischen Kapitalgesellschaften oder anderen privaten Unternehmungen ist die Staatsmehrheit abgesichert, sagte Melaika. Wir sind der Meinung, daß Melaika in dieser Frage sicher einiges beschönigend dargestellt hat, da die Frage der Abhängigkeit Algeriens von ausländischem Kapital (besonders französischem) bisher nicht gelöst ist.

Melaika zu weiteren Aspekten:

„Zu Angola, Mosambik und Guinea Bissao bestehen auf allen Gebieten sehr freundschaftliche und militante Beziehungen. Wir haben eine direkte Flugverbindung zwischen unseren Hauptstädten eingerichtet. UnsereBeziehungen sind keine kommerziellen, sondern sind Beziehungen zur gegenseitigen Hilfe".

Algerien hat zwei große nationale Projekte: die Nationalstraße 1; das ist die Verbindung Algeriens mit dem afrikanischen „Hinterland" (Algerien hat bisher keine Straßen- noch Bahnverbindung durch die algerische Sahara) sowie der „grüne Gürtel", der den Vormarsch der Sahara aufhalten soll. An diesen Projekten arbeitet die Jugend sowie das Militär. *„Wir haben keine Paradearmee, sondern eine produktive Armee. Unsere Soldaten sind nicht in Kasernen, sondern sie beteiligen sich an der nationalen Aufbauschlacht. Sie helfen dem Volk, da auch sie aus dem Volk kommen."*

Zur abschließenden Frage der Kriegsgefahr mit Marokko sagte Melaika: *„Warum soll es einen Krieg geben? Wenn wir das Selbstbestimmungsrecht der Saharauis verteidigen, verteidigen wir ein internationales Recht. Was die andere Seite tun wird, wissen wir nicht. Die marokkanische Regierung hat vor allem Angst vor dem Einfluß unserer Ideologie, weil sie ihre Herrschaftsbasis untergräbt. Wir haben eine defensive Position. Wenn wir angegriffen werden, werden wir uns zu verteidigen wissen".*

(Anmerkung: Sämtliche als Zitate aufgeführte Äußerungen Melaikas können nicht den Anspruch einer ganz genau wortgemäßen Wiedergabe erheben, da Melaika ein Tonbandinterview ablehnte. Er sagte, es ist ein Gespräch unter Freunden. Die KB-Delegierte konnte sich handschriftliche Notizen machen.

Delegierte des KB



Schulunterricht im Lager

Schulunterricht im Lager



Sahaurische Frauen begrüßen Gäste



naher osten

Libanon

Neue syrische Großoffensive!

In der französisch-sprachigen Beiruter Zeitung „L'Orient le jour" hieß es, der syrische Präsident Assad wolle noch vor dem Amtsantritt des mit syrischer Unterstützung gewählten neuen libanesischen Präsidenten Sarkis am 23.9. durch eine *„breit angelegte militärische Operation für Ordnung sorgen"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 24.8.). Reisende, die aus Damaskus zurückkehrten, berichteten dies ebenfalls („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 28.8.).

Inzwischen hat Syrien seine Invasionstruppen m e h r a l s v e r d o p p e l t. Radio Beirut meldete, daß Truppenverbände in einer Stärke von 20.000 Mann in die von Syrien kontrollierte Bekaa-Ebene einzogen. Unter Berufung auf Informationen des gemeinsamen Oberkommandos der fortschrittlichen Kräfte berichtete der Sender auch von Truppenbewegungen im Libanongebirge, in der Bekaa-Ebene und im Norden, *„was auf einen bevorstehenden Großangriff schließen läßt"* („SZ", 1.9.).

Die massive Verstärkung der syrischen Invasoren um mehr als das Doppelte, ist nötig geworden, nachdem trotz der Entlastung der Faschisten durch den Fall Tell Zaatars keine nennenswerten militärischen Erfolge für die Syrer und Faschisten zu verzeichnen waren: *„Die Führung der linken Moslems gab bekannt, ihre Kämpfer hätten einen zweiten Versuch der konservativen Milizen abgewehrt, in den von Moslems und Palästinensern kontrollierten Westen Beiruts einzudringen"* („SZ", 25.8.). Versuche der Faschisten, den internationalen Flughafen Beiruts zu erobern, scheiterten. Im Süden bombardierten Syrer Ortschaften um Jezzine. Trotz schwerer Verwüstungen gelang es ihnen nicht, Gelände zu gewinnen. Der Großangriff auf die im Norden an der Küste gelegene zweitgrößte Stadt Tripoli, die von Syrern und Faschisten vom Lande her eingeschlossen ist, war gescheitert: *„Im Gebiet Tripoli haben sich trotz schwerer Kämpfe die Fronten nicht weiter wesentlich verändert"* („SZ", 25.8.).

Daß es den fortschrittlichen Kräften zunächst trotz hoher Verluste gelungen ist, ihre Stellungen zu halten, ist sicherlich mit ein Erfolg der palästinensischen Generalmobilmachung. Im PLO-Organ „Falastin Ath Thaura" vom 10.8. hieß es, nachdem

palästinensischen Generalmobilmachung. Im PLO-Organ „Falastin Ath Thaura" vom 10.8. hieß es, nachdem

das Scheitern des vom rechten PLO-Flügel protegierten Vertrages mit Syrien offenkundig wurde: *„Eine Massenmobilisierung des libanesischen und des palästinensischen Volkes ist die einzige Garantie zum Schutz der palästinensischen Revolution, zur Vernichtung des Imperialismus und zur Eröffnung einer Möglichkeit für das libanesische Volk, einen nationalen, demokratischen und unabhängigen Libanon zu schaffen"* (zit. nach „Stimme Palästinas", PLO-Geheimsender, nach „Monitor-Dienst", „MD", 12.8.). PLO-Führer Arafat und der Führer der libanesischen Linken, Dschumblatt, riefen daraufhin alle Männer über 18 zu den Waffen („NZZ", 24.8.), und Dschumblatt erklärte, es sei *„Zeit, daß die Linke zu einem Guerilla-Krieg übergehe"* („NZZ", 22./23.8.).

Für die bürgerliche Presse war die Mobilisierung der Linken willkommener Anlaß, allerlei Greuelmärchen über „Zwangsrekrutierungen" der Linken zu erfinden: *„Palästinensische Guerillas haben am Wochenende in Beirut palästinensische Männer unter den Zivilisten zusammengetrieben (!) und in militärische Ausbildungslager gebracht"* („NZZ", 24.8.).

Daß die Faschisten eine weitergehende Mobilisierung, die auch Jugendliche umfaßt, anordneten, war in der westdeutschen Presse nur der „SZ" zu entnehmen: *„In den von Christen beherrschten Gebieten werden alle waffenfähigen männlichen Einwohner zum Einsatz bei den Falangisten, bei den ‚Löwenmilizen' der Nationalliberalen* (das ist die Faschistenbande Schamouns, Anm. AK) *oder den zur konservativen Seite übergetretenen Verbänden der gespaltenen libanesischen Armee herangezogen"* (1.9.). Falangisten-Chef Dschamajil (Gemayel) drohte sogar an, Libanesen aus dem Ausland zum Wehrdienst heranzuziehen („SZ", 1.9.).

Vieles deutet darauf hin, daß die Faschisten und Syrer alle Kräfte mobilisieren, um in der offenen Feldschlacht den fortschrittlichen Kräften noch eine entscheidende Niederlage in den Bergen, um Tripoli und um den Beiruter Flughafen aufzuzwingen. Sie wollen den fortschrittlichen Kräften nicht zuviel Zeit lassen, den Aufbau des Volkskrieges unter günstigen Bedingungen noch weit befreiter Gebiete zu organisieren. Hinzu kommt, daß Assad zunehmend unter Zeitdruck gerät: *„Die Zeichen mehren sich, daß die Politik ihrer Regierung der syrsichen Bevölkerung wenig zusagt. Nach Meldungen über Unruhen in Hama ist nun zu vernehmen, daß die drusische Gemeinschaft in Syrien von Assad gebeten worden sei, ihn in seinem Kampf gegen Dschumblatt* (Dschumblatt ist auch Führer der libanesischen Drusen, Anm. AK) *zu unterstützen, daß sie sich jedoch geweigert habe, dieses zu tun ..."* („NZZ", 22./23.8.). Bisher hatte Assad jede Kritik im eigenen Land noch blutig unterdrükken können und z.B. nach einer Reihe von Bombenattentaten in Damaskus zahlreiche Palästinenser und Syrer festnehmen lassen, die *„mit ziemlicher Sicherheit"* gehängt werden sollten („Frankfurter Rundschau", „FR", 24.8.). Im von Syrien besetzten Teil des Libanon ließ er fünf verhaftete Genossen der libanesischen „Kommunistischen Aktion" und der palästinensischen PFLP wegen „Terrorismus" zum Tode verurteilen und sofort hinrichten („SZ", 23.8. und „Le Monde", 24.8.).

Für die militärische Offensive haben die Syrer den Faschisten über ihre bisherige – meist diskrete – Luftwaffenhilfe hinaus Flugzeuge zugespielt. „Le Monde" berichtete am 27.8. von einem möglichen Einsatz der früheren libanesischen Luftwaffe, ca. 20 Mirage und Hawk Hunter, deren Basis in den von syrsichen Truppen gehaltenen Gebieten liegt, durch die Faschisten. Am 27.8. berichtete die „SZ" dementsprechend, daß unbekannte Kampfflugzeuge die Berggebiete nordöstlich Beiruts überflogen. Die türkisch-zyprischen Zeitungen „Bozhurt" und „Halkim Sesi" berichteten, daß Waffentransporte für die Falangisten über den grie-

gen „Bozhurt" und „Halkim Sesi" berichteten, daß Waffentransporte für die Falangisten über den grie-

chisch-zyprischen Hafen Larnaca im Südosten Zyperns „weiterliefen". Mit Wissen und Unterstützung der griechisch-zyprischen Behörden würden die aus Europa über Griechenland kommenden Waffen nach Libanon verladen („El Moudjahid", 31.8.).

Israel hat inzwischen seine Angriffe gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon verstärkt. Die Küstenblockade wurde fortgesetzt, daneben überfiel Israel weite Gebiete Südlibanons. Israelische Militärpatrouillen kontrollieren kilometerweit den Süden und besetzten das Dorf Ein Ebel fünf Kilometer nördlich der Grenze („SZ", 1.9. und 3.9.). Bei dem groß propagierten „offenen Zaun" handelt es sich praktisch um eine i n n e r i s r a e l i s c h e G r e n z e, die nach einem kriegerischen und völkerrechtswidrigen Überfall Israels auf einen anderen Staat „geöffnet" wurde!

US- und andere Imperialistenvertreter bei den Faschisten

In der Gebirgsfestung Franjies, des noch amtierenden Libanon-Präsidenten, bei Jounie, trafen die US-Diplomaten Houghton und Mack mit Franjie, Chamoun und Dschamajil, also der gesamten Faschistenspitze, zusammen („NZZ", 26.8.). Houghton und Mack unterrichteten über die *„Schritte, die die Vereinigten Staaten unternehmen werden, um die libanesische Sache zu unterstützen"* („El Moudjahid", 24.8.). Am 23.8. empfing Franjie den französischen Botschafter (ebenda). Die Faschisten scheinen massive Zusagen erhalten zu haben, denn wenige Tage später forderte Franjie frech, den größten Teil der ca. 300.000 Palästinenser im Libanon auszusiedeln, da nach dem Kairoer Abkommen von 1969 der Libanon nur 120.000 Flüchtlinge aufzunehmen brauche („SZ", 2.9. und „NZZ", 3.9.). Ein Jahr nach diesem Abkommen hatte Hussein im Auftrage des Imperialismus seinen Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser in Jordanien begonnen, der zu ihrer massenhaften Vertreibung – u.a. hauptsächlich in den Libanon – geführt hatte. Hinzu kommt die natürliche Vermehrung durch Geburten. Wer jetzt Zahlen von 1969 fordert, der fordert Völkermord!



Sarkis traf Assad

Der mit syrischer Unterstützung zum zukünftigen Libanon-Präsidenten „gewählte" Sarkis traf vor seinem Amtsantritt am 23.9. in Damaskus mit Assad zusammen. Anschließend verlautete, daß Syrien auch weiterhin auf dem Verbleib seiner Invasionstruppen besteht, was Assad zur Aufrechterhaltung des *„Kräftegleichgewichtes"* für *„unerläßlich halte"* („SZ", 2.9.). Assad weiß genau, daß nach einem syrischen Abzug das libanesische Volk und die Palästinenser sofort die Faschisten wegfegen würden und könnten! Weiterhin schlug Assad Sarkis einen syrisch-libanesischen „Sicherheitspakt" vor („SZ", 2.9.). Er soll sich natürlich gegen die libanesischen Volkskräfte und die Palästinenser richten und die syrische Oberhoheit festschreiben. Eine „Normalisierung" zwischen Syrien und der PLO machte Assad davon abhängig, *„daß die gesamte Führung ausgewechselt wird"* (Assad zit. nach „SZ", 2.9.). Insgeheim scheinen Sarkis und Assad auch das militärische Vorgehen Syriens bis zum 23.9. abgesprochen zu haben, da sofort nach Abschluß des Treffens die 20.000 Syrer einmarschierten. Dies beweist noch einmal, daß das libanesische Volk von Sarkis nichts zu erwarten hat, und daß Äußerungen Dschumblatts, wie: *„Sarkis ist kein schlechter Mann ... Der 23. September könnte zu einem historischen Wendepunkt werden"* nur zeigen, wie wankelmütig und zwielichtig der derzeitige Führer der libanesischen Linkskräfte trotz aller Beteuerungen des bewaffneten Volkskrieges ist (Dschumblatt zit. nach „SZ", 1.9.).

Positiv von Dschumblatt ab hebt sich da Koleilat, der Führer der „Unabhängigen Nasseristen", die in Beirut den stärksten Teil der bewaffneten linken Libanesen stellen. Er bezeichnete die erneuten demagogischen Friedensversuche der Arabischen Liga unter ihrem ägyptischen Vermittler Kholi mit allerlei Versprechungen und einem arabischen Gipfel als Höhepunkt als „reines Theater" („NZZ", 28.8.). Die gleiche Haltung nehmen Libyen, Algerien, die Volksrepublik Jemen, Somalia und Irak ein, während die reaktionären Staaten Syrien, Jordanien, Marokko, Tunesien, Mauretanien, Sudan, Nordjemen, Kuwait, Katar, Bahrein und die Vereinigten Emirate auf die Konferenz drängen. Die PLO-Führung und die Führung der libanesischen Linken haben ebenfalls ihre Teilnahme zugesagt, falls die Konferenz überhaupt zustande kommt, während die Faschisten ihre Teilnahme von einem Konferenzort in einem Land abhängig machen, das den syrischen Überfall billigt („NZZ", 2.9.).

Eine mögliche Teilnahme der PLO und der libanesischen Linken an einer Konferenz ist natürlich nicht so zu sehen, daß die fortschrittlichen Kräfte die demagogischen Manöver der Arabischen Liga unterstützen, sondern daß es innerhalb ihrer Reihen immer noch starke Kräfte gibt, die meinen, daß aus taktischen Gründen kein offener Bruch mit der Arabischen Liga riskiert werden darf. Die Ereignisse der letzten Wochen haben dagegen klar die politischen Positionen bestätigt, die die „Ablehnungsfront" zur Arabischen Liga seit eh vertritt: Es gibt keine „arabische Einheit" gegen den Imperialismus. Eine wachsende Mehrheit der arabischen Staatsführungen macht längst gemeinsame Sache mit dem Imperialismus.

Nahost-Kommission



Eine aus Tel Zaatar geflüchtete palästinensische Familie sucht eine Bleibe in Damour, 20 km südlich Beiruts. Weitere ca. 8000 libanesische und palästinensische Flüchtlinge aus Tel Zaatar und Nabaa leben in mehreren Dörfern Südlibanons nahe der israelischen Grenze und sind damit weiteren möglichen Verfolgungen ausgesetzt. In dem Ort Bent Jebail trafen allein 900 Familien ein, ca. 5.000 - 6.000 Menschen, darunter zahlreiche Kinder. Die Dorfbewohner richteten sofort ein Hilfskomitee zur Versorgung ein. Eine junge Frau, Mitglied des Komitees, berichtete: „Ihnen fehlt alles und insbesondere Nahrung. Die meisten sind ohne alles gekommen, abgesehen von dem, was sie auf dem Leib trugen. Die Glücklichsten, die aus Nabaa kamen, konnten einige Möbel retten, aber sie sind die Ausnahme." (Zitiert nach „Le Monde", 29./30.8.76) In Nabatieh (ca. 30 km südlich von der israelischen Grenze entfernt) leben 3.600 Flüchtlinge unter „etwas besseren" Bedingungen. Sie werden von palästinensischen Organisationen betreut und sind auf die 11 Schulen des Ortes verteilt. Die Familien mit ca. 6-9 Personen sind auf 4 x 3 m große Räume verteilt (Angaben nach „Le Monde", 29./30.8.76). Angesichts dieser großen Not rufen wir die Leser dieser Zeitung auf, unter den Menschen, die nicht bereit sind, für die PFLP zu spenden, Sammlungen für humanitäre Zwecke zu initiieren und zu unterstützen.

- **Medikamentensammlungen organisiert z.Zt. zum Beispiel der „Arabische Arbeiterverein", Postfach 105601, 2000 Hamburg 1.**
- **Geldspenden für humanitäre Zwecke – vor allem auf medizinischem Sektor – leitet weiter die „Libanon-Hilfe e.V." Schmiljanstraße 7/8, 1000 Berlin 41, Tel. 8526628; Postscheckamt Berlin West, Konto Nummer Berlin 41, 19397-104.**

Nahost-Kommission

Israel / Palästina

Neue Provokationen rechtsradikaler Zionisten

Die klerikal-faschistische Gush-Emunim-Bewegung versuchte, im Hebron (Westjordanland) eine jüdische Synagoge einzurichten. Das vorgesehene Gebäude liegt in einer rein arabischen Gegend und wurde vor dem 6-Tage-Krieg von der UNRWA (UNO-Flüchtlingsorganisation für die Palästinenser) benutzt und ist noch heute von der UNRWA gemietet, obwohl es einer zionistischen Hilfsorganisation (Hadassah), bekannt u.a. durch weltweites Sammeln von Geldern für den zionistischen Staat, zur Verfügung steht.

Das israelische Kabinett hat sich – offiziell – gegen diese Provokation ausgesprochen. Angeblich sollen noch 18 Mitglieder der Gush-Eumunim-Bewegung festgehalten werden, weil sie sich bisher geweigert haben, zu erklären, daß sie solche Aktionen nicht wiederholen werden („The Jerusalem Post" – „JP", 24. 8. 76, „SZ", 23. 8. 76).

Bekantermaßen finden aber gerade Projekte des Gush-Eumunim die Unterstützung der Regierung, natürlich in aller Verschwiegenheit. Man denke nur an die sogenannte „illegale" Siedlung Khaddum in der Nähe von Nablus, in die die israelische Regierung mindestens 1 Milliarde israelische Pfund investiert hat.

Ebenfalls in Hebron hielten mehrere tausend rechtsradikale Zionisten am 15. 8. 76 „Gedenkfeiern" ab. Damit sollten die „Opfer" des arabischen Aufstandes von 1929 „geehrt" werden. Den Palästinensern war es damals gelungen, 67 Zionisten zu töten. Die bürgerliche Presse macht aus diesem Aufstand ein „Juden-Pogrom"(!) („NZZ", 17. 8. 76). Die Araber protestierten gegen diese neuerliche Provokation durch Schließen der Geschäfte („JP", 17. 8. 76).

Nahost-Kommission

•

Generalstreik im Westjordanland abgebrochen

Nach mehr als drei Wochen wurde der Streik der arabischen Kaufleute gegen die Mehrwertsteuer im von Israel besetzten Westjordanland abgebrochen. Gleichzeitig erklärten die Händler jedoch, daß sie sich auch in Zukunft nicht an die Mehrwertsteuer halten und auch keine Bücher führen würden, die die Grundlage für Kontrolle und Besteuerung durch die Besatzer-Behörden darstellen würden („Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 23. 8. 76).

Vom 16. 8. bis 18. 8. sind 8.000 israelische Lebensmitteleinzelhändler ebenfalls in einen dreitägigen Streik gegen das Mehrwertsteuergesetz getreten, während die Supermärkte und Kettenläden sich nicht beteiligten („NZZ", 18.8. und „Guardian", 17. 8. 76). Die israelischen Händler befürchten zu recht, daß eine achtprozentige Mehrwertsteuer bei der derzeitigen mindestens fünfprozentigen Teuerungsrate pro Monat (!) sie gegenüber den Supermärkten konkurrenzunfähig macht.

Am 18. 8. 76 wurden bei Demonstrationen gegen die zionistische Besatzerpolitik im Westjordanland, mit denen u. a. die Händlerstreiks unterstützt wurden, sechs Araber schwer verletzt, als die Polizei mit Handgranaten gegen die Menge vorging („El Moudjahid", – „EM", 20. 8. 76).

Zu Beginn des neuen Schuljahres wurden im Westjordanland von 6000 arabischen Lehrern 700 zwangsversetzt. Bei diesen Lehrern soll es sich um „Organisatoren" der Demonstrationen gegen die zionistischen Besatzer handeln. Die massenhafte Strafversetzung von den Städten auf's Land soll neue Aktivitäten palästinensischer Schüler und Jugendlicher verhindern.

Nahost-Kommission

•

Neue Siedlungspläne der Zionisten

•

Neue Siedlungspläne der Zionisten

Bekanntlich will Israel bei einer späteren möglichen Friedensregelung den besetzten Teil Jerusalems „auf keinen Fall" zurückgeben. Um auch hier vollendete Tatsachen zu schaffen, soll um Ost-Jerusalem ein neuer Siedlungsgürtel angelegt werden, der aus drei Städten für 150.000 jüdische Einwanderer und mehreren kleineren Siedlungen und Industriedörfern bestehen soll. Damit soll der arabische Charakter Jerusalems zerstört werden (Radio Amman, 16. 8. 76, nach „MD", 19. 8. 76).

1977 sollen im Süden des Gaza-Streifens sechs neue Wehrdörfer angelegt werden („EM", 25.8.76), ein weiterer Schritt zur endgültigen Annexion dieses Gebietes.

Nahost-Kommission

Israelische Luftfahrtangestellte dienstverpflichtet

1200 Angestellte der zivilen Luftfahrt wurden von der israelischen Regierung dienstverpflichtet, weil sie in der Nacht zum 31. 8. für höhere Löhne in den Streik treten wollten.

Auf Grund der in Israel geltenden Notstandsgesetze (verfassungsrechtlich verankerte Grundrechte gibt es auch für Juden in Israel nicht), die im allgemeinen nur gegen Araber angewendet werden, wurden die Angestellten zur Aufnahme der Arbeit gezwungen („NZZ", 2. 9. 76).

Nahost-Kommission

Zionisten geben sich „menschlich"

Südlibanon

Daß es sich bei der Politik des „offenen" bzw. „guten" (!) Zaunes an der israelisch-libanesischen Grenze (wo durch ein „Loch" in den Grenzbefestigungen südlibanesische Christen zu Verwandten-Besuch und Arbeit tagweise israelischen Boden betreten dürfen) im wesentlichen um eine Propaganda-Aktion des Zionisten-Staates zugunsten eines „menschlichen Antlitzes" handelt, wird an folgenden Nachrichten deutlich:

– Mitte August wurden an der israelisch-libanesischen Grenze drei Palästinenser aus der Stadt Gaza erschossen, die die Grenze überqueren wollten und dabei von einer Patrouille entdeckt wurden („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 17. 8. 76). Wieder einmal direkte israelische Unterstützung für die libanesischen Faschisten!

– Am 31. 8. durchkämmten (!) israelische Partouillen südlibanesisches Gebiet auf der Suche (!) nach Paläsinensern („Frankfurter Rundschau" – „FR", 1. 9. 76). Das heißt doch nichts anderes, als daß die Zionisten die augenblickliche militärische Schwäche des palästinensischen Widerstandes im Südlibanon ausnutzen, um das „Fatah-Land" möglichst endgültig von Palästinensern zu säubern! Dies bedeutet ebenfalls eine direkte Entlastung der Falangisten an anderen Kampffronten!

Die bürgerliche Presse berichtete über diesen Überfall, der nur einer von vielen ist, in drei (!) Zeilen, während auf der anderen Seite die angeblich „selbstlosen" medizinischen und wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Zionisten breit in Presse und Fernsehen dargestellt werden, um die Weltöffentlichkeit einmal mehr über den wahren Charakter des Zionismus zu täuschen!

– Der staatliche Radiosender in Tel Aviv meldete am 31. 8., daß das libanesische Dorf Ein Ebel, das fünf Kilometer von der Grenze entfernt liegt, Israel nach einem Überfall (!) palästinensischer Widerstandskämpfer um Schutz (!) gebeten habe! Bei den Auseinandersetzungen seien vier Fedajin und zwei christliche Dorfbewohner (gemeint sind sicher Faschisten, die mit Israel kolaborieren) ums Leben gekommen.

In der bürgerlichen Presse wurde dieser „Überfall" als „PLO-Racheakt" („NZZ", 2. 9. 76) ausgegeben. Nach Aussagen des zionistischen Kriegsministers Peres hätten libanesische Dorfbewohner (!) in der letzten Woche Raketen des palästinensischen Widerstands abmontiert.

Von palästinensischer Seite ist inzwischen klargestellt worden, daß es sich bei dem Vorfall um eine bewußte Provokation gehandelt hat, um den israelischen Überfall zu rechtfertigen („Süddeutsche Zeitung" 3. 9. 76).

– Die militärischen Aktionen Israels im Südlibanon haben ihren Höhepunkt jedoch noch keineswegs erreicht. Außenminister Allon kündigte an, daß Israel es nicht dulden würde, daß im Südlibanon wieder ein „Fatah-Land" entstünde, gleich wie der Bürgerkrieg ausginge („NZZ", 2. 9. 76). Das bedeutet nichts anderes, als daß die Zionisten einschreiten werden, falls es Syrien nicht gelingt, mit den Palästinensern aufzuräumen!

Golan-Höhen

Auch auf dem Golan wird in Zukunft die Grenze „offener" sein. Syrien und Israel sind übereingekommen, den Drusen (eine islamische Religionsgruppe) im „Niemandsland" Verwandtentreffs unter Aufsicht der UNO-Truppen zu erlauben („NZZ", 25. 8. 76). Diese Grenze ist bereits vor dem syrischen Einmarsch in den Libanon „entkrampft" worden, was bedeutete, daß Syrien praktisch alle stationierten Soldaten von dieser Grenze abziehen konnte. Für Syrien war diese Grenzlockerung der Judaslohn für die Niedermetzelung der Palästinenser im Libanon. – Die Zionisten können sich durch dieses kleine Zugeständnis ausnahmsweise von der „menschlichen" Seite zeigen.

Nahost-Kommission

Das Schah-Regime mordet weiter

Ende August sind im Iran wieder zwei Revolutionäre, ein Mann und eine Frau, auf Grund eines Militärgerichtsurteils ermordet worden.

Angeblich sollen sie einen Fabrikbesitzer und Multimillionär (um den es sicher nicht schade war) 1972 „ermordet" haben.

Beide sollen in einem ausländischen Guerilla-Lager ausgebildet worden und Mitglieder der gar nicht existierenden „Stadtguerilla-Organisation Islamische Marxisten" gewesen sein.

Nahost-Kommission

sein.

Nahost-Kommission

Drei amerikanische Geheimdienst-Spezialisten in Teheran hingerichtet

Iranische Genossen richteten Ende August drei Amerikaner hin, die im Iran für die amerikanische Rüstungsfirma Rockwell arbeiteten. Diese Rüstungsfirma versorgt den Iran mit modernsten Waffen. Die drei Amerikaner gehörten zu den 24.000 amerikanischen Militär- und „Sicherheits"-Beratern, die im Iran tätig sind.

Offiziell arbeiteten die drei beim Aufbau eines Frühwarn-Radarsystems zur militärischen Luftüberwachung und eines komplizierten Funkabhörsystems für den Nahen Osten mit. Inzwischen sind jedoch Gerüchte laut geworden, daß es sich dabei in Wirklichkeit um ein fortgeschrittenes Abhörsystem zur Kontrolle und Überwachung im Inland handele.

Hoffen wir, daß die iranischen Genossen nicht vom faschistischen Schahregime gefaßt werden.

Nahost-Kommission

Berichtigung zu „Jordanisches Wirtschaftswunder"

Durch einen Fehler ist die jordanische Wirtschaft in dem Artikel zu gut weggekommen: Nach dem neuen Fünfjahresplan soll 1980 einem Warenexport von 231 Mio jordanischen Dinar ein Import von 346 Mio JD gegegnüberstehen! („Neue Züricher Zeitung", 12. 8. 76). Die in dem Artikel angegebenen Zahlen über einen Export von 40 Mio JD und einen Import von 234 Mio JD (nach „Nachrichten für Außenhandel" vom 14. 6. 76) bezogen sich auf 1975.

Nahost-Kommission

Kuwait: Parlament aufgelöst

Kuwait: Parlament aufgelöst

In Kuwait sind am 29. 8. 76 die Regierung zurückgetreten, das Parlament aufgelöst und die bisherigen Pressegesetze abgeschafft worden. Der bisherige Ministerpräsident Kronprinz Dschaber Al Ahmed Al Sabah wurde von Emir (Fürst) Sabah Al Salem Al Sabah aufgefordert, ein neues Kabinett zu bilden. Das jetzt aufgelöste Parlament war erst im Januar 75 für fünf Jahre gewählt worden. Jetzt ist ein „Expertenausschuß" beauftragt worden, innerhalb der nächsten vier Jahre eine neu überarbeitete Verfassung einem neuen Parlament vorzulegen. Mit anderen Worten: es ist nicht daran gedacht, bald wieder zu einem parlamentarischen System zurückzukehren. Die jetzige Art des Regierens über Verordnungen des Emirs ist ja auch viel einfacher, obwohl sie sich inhaltlich kaum von der bisherigen Art unterscheiden dürfte. Anlaß für die Auflösung des Parlaments und den Rücktritt der Regierung war die „Kritik" einiger Abgeordneter an der Finanzierung der syrischen Intervention in Libanon. Diese Abgeordneten neigten mehr der Politik Ägyptens zu, die derzeit wortreich den Verrat der syrischen Baath-Partei am palästinensischen Volk beklagt – ohne auch nur die geringste Unterstützung für die linken Kräfte im Libanon zu geben.

Die neue Presseverordnung, die ein Erscheinungsverbot für kritische Zeitungen bis zu zwei Jahren vorsieht, wurde gleich am nächsten Tag angewendet: Die Zeitung „Al Watan" erhielt ein einmonatiges Erscheinungsverbot wegen ihrer Berichterstattung über die Parlamentsauflösung („Neue Zürcher Zeitung" vom 31. 8. und 1. 9. 76).

Nahost-Kommission

Äthiopien

Militärische Erfolge der F. Polisario im Monat August

Der militärische Arm der F. Polisario, die Saharauische Volksbefreiungsarmee, hat im August mehrere bedeutende Erfolge gegen die marokkanischen und mauretanischen Besatzertruppen erzielt.

So wurden in der Nacht vom 11./12. August bei Bouirat 21 marokkanische Soldaten getötet und 9 verwundet, 6 Fahrzeuge und eine Artillerie-Batterie wurden bei dieser Aktion zerstört.

– Saharauische Kämpfer umzingelten eine feindliche Militärgarnison und bemächtigten sich dreier Bazookas, eines Maschinengewehrs, mehrerer Granaten, Gewehre und der entsprechenden Munition.

– Am 16. August startete die ELPS (Saharauische Volksbefreiungsarmee) eine Attacke gegen mauretanische Stellungen bei Argoub, bei denen diese 27 Soldaten verloren, nachdem die meisten von ihnen schon die Flucht ergriffen hatten. Die saharauischen Kämpfer erbeuteten 2 Mörser, 1 Kanone und vier mauretanische Armeewagen.

– Am Abend des 17. August zerstörten saharauische Guerillas die Station Nr. 1 des Förderbandes der Minen von Fos Bou Craa. In einem Kommunique zu dieser Aktion schrieb die F. Polisario: „*Kurz nach dieser Aktion, die den weiteren Phosphat-Abbau unterband, ist jede Förderung unmöglich geworden wegen der Zerstörung der Hochspannungsleitungen, die den Strom für die Anlage liefern. Diese Aktion, während der die saharauischen Kämpfer das Förderband in einer Länge von 4 km außer Gefecht gesetzt haben, ist ein weiterer Beweis, daß die Besatzer die Bodenschätze der DARS niemals werden ausbeuten können*". In dem Kommunique wird außerdem berichtet, daß bei dieser Attacke 17 Soldaten der Besatzertruppen getötet und 25 verletzt wurden. Wegen der Panik, die während des Angriffs unter den Besatzertruppen ausbrach, konnte Die ELPS mehrere Armeewagen erbeuten.

– In der Nacht vom 21./22. August griff ein Kommando der ELPS einen marokkanischen Militärposten bei Tan-Tan und Tarfaya an. Bei diesem Überfall fanden 43 marokkanische Soldaten den Tod, 9 wurden gefangen genommen. Viele automatische Waffen, 3 Mörser und ein Maschinengewehr wurden erbeutet.

– Am 24. August wurde ein Flugzeug der marokkanischen Luftwaffe vom Typ „F-5" von der saharauischen Flugabwehr vom Himmel geholt.

– Am folgenden Tag hat eine Gruppe von Guerilleros der ELPS im Eingang des Hafens von El-Ayoun ein spanisches Kriegsschiff versenkt. Es war beladen mit Kriegsmaterial, das für die marokkanische Armee bestimmt war; es wurde von Geschossen getroffen, die ein Feuer an Bord auslösten.

(Informationen nach „El Moudjahid" 24. und 31. 8. 1976 und nach „La Republique" vom 28.8.76).

Afrika-Kommission

CIA putschte in Guinea-Conakry!

Am 13. Mai dieses Jahres mißglückte ein reaktionärer Putschversuch gegen die fortschrittliche Regierung des westafrikanischen Staates Guinea-Conakry (siehe auch AK 86). Im Zusammenhang mit der Verhaftung der an dem Umsturzversuch beteiligten Personen, wurden schon bald einige Aussagen der Putschisten bekannt, die eine direkte Beteiligung, bzw. Finanzierung des Komplotts durch verschiedene imperialistische Staaten, darunter der BRD, sowie der afrikanischen Staaten Elfenbeinküste, Senegal und der Republik Südafrika, bewiesen („Monitor Dienst", 13.8.).

Einer der führenden Köpfe der Putschisten, der ehemalige Justizminister Diallo Telli, hat jetzt durch seine Aussagen erneut unter Beweis gestellt, daß die vom US-Geheimdienst CIA betriebene konterrevolutionäre Wühlarbeit in Schwarzafrika, nicht nur in Angola, über CIA-Marionetten vom Schlage eines Holden Roberto betrieben wird!

Diallo Telli, ehemaliger Justizminister von Guinea-Conakry wurde im Juli verhaftet und hat inzwischen bestätigt, daß er CIA-Mann ist. Er gab an, daß US-Außenminister Kissinger ihn 1971 um Mitarbeit gebeten hatte, um die amerikanischen Interessen in Afrika, und besonders in Guinea-Conakry zu verteidigen. Als Gegenleistung sollte Telli die Hilfe der USA für seine Wiederwahl in die OAU erhalten (Telli war davor Generalsekretär der OAU!) oder aber mit amerikanischer Hilfe einen Posten in der UNO-Verwaltung zugeschustert bekommen. Telli ist auf dieses Angebot eingegangen und nach eigenen Angaben seit 1974 fest im Dienst des CIA. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, Informationen über die innenpolitische Entwicklung Guinea-Conakrys zu geben.
(nach El Moudjahid, 25.8.76).

Afrika-Kommission

West-Sahara Berichtigung

Nach dem uns jetzt vorliegenden Organ der F. POLISARIO, „Sahara Libre" sind nicht, wie von uns irrtümlich in der Nr. 87 des ARBEITERKAMPF gemeldet, 5000 Soldaten der marokkanischen und mauretanischen Aggressionsarmee getötet worden, sondern genau 2457 Aggressoren, wobei zusätzlich 3062 verwundet wurden und 1o3 Soldaten gefangengenommen werden konnten. Diese Angaben beziehen sich auf den Stand etwa Anfang August. Seitdem haben die militärischen Schläge der F. Polisario gegen die Besatzer weiter zugenommen (vergl. nebenstehenden Artikel).

Afrika-Kommission



afrika aktuell

EPRP weist revisionistische Propaganda zurück

Die revolutionäre äthiopische Partei EPRP hat in einem „Offenen Brief" vom 18. Juni des Jahres die Lobhudeleien der Sowjetunion auf das Militärregime des DERG und die Verleumdungen der SU gegen die äthiopischen Revolutionäre geantwortet. Wir dokumentieren Ausschnitte aus diesem offenen Brief, weil uns das Thema in mehrfacher Hinsicht wichtig erscheint.

Erstens versucht die SU in Afrika – wie überhaupt in der Welt – sich als selbstloser Unterstützer a l l e r revolutionärer Befreiungskämpfe darzustellen. Bei diesem Versuch hat sicherlich ihr hilfreiches Engagement im Befreiungskampf der ehemals portugiesischen Länder (Guinea-Bissao, Mosambik, Angola) nützlich gewirkt. Wie wenig die hier geleistete Unterstützung mit „proletarischem Internationalismus" (wie die SU ihre Außenpolitik verkaufen möchte) gemein hat, zeigt u. a. der glatte Verrat der äthiopischen und eritreanischen Revolution. Wirklicher proletarischer Internationalismus ist in der Tat unteilbar und das selektive Engagement der SU für revolutionäre Bewegungen allein macht deutlich, daß Machtpolitik die Triebfeder der Unterstützung ist.

Besonders in der Dritten Welt gelingt es heute nur noch den revolutionären Organisationen ungebundene Unterstützung von der SU zu bekommen, wenn die KPdSU-Strategen weder über reformistische Oppositionskräfte noch über die Machthaber des Landes selbst ins Geschäft kommen können.

Auf Äthiopien und Eritrea bezogen heißt das z. B., daß bis zum Sturz des Haile Selassi-Regimes die SU eine relativ freundliche Stellung zu den eritreanischen Revolutionären bezog (bei äußerst knapper Unterstützung), während die gleiche Bewegung heute als „konterrevolutionäre Sezessionisten" verteufelt wird.

Heute führen die Hoffnungen der SU, mit den Machthabern Äthiopiens politisch und ökonomisch anbändeln zu können, zu allwöchentlichen Lobeshymnen auf den angeblichen „äthiopischen Weg zum Sozialismus". Wenn die EPRP in der hier voliegenden Antwort auf eine Sendung Radio Moskaus diese Politik entlarvt, dann in einer Weise, die weit davon entfernt ist, die SU mit dem Drahtzieher des reaktionären äthiopischen Regimes – dem US-Imperialismus – auf eine Stufe zu stellen.

Das Dokument ist somit auch Zeugnis davon, daß eine der größten kommunistischen Parteien Afrikas, die unmittelbar unter der volksfeindlichen Außenpolitik der SU zu leiden hat, trotzdem nicht das platte „Ringen der Supermächte" zur Schablone ihrer Kritik macht.

Afrika-Kommission

Am 14. Juni 1976 sendete das Amharische Programm von Radio Moskau einen Kommentar von Sergei Ivanov, der nicht nur die faschistische Junta als „sozialistisch" beweihräucherte, sondern sogar so weit ging, die EPRP zu bezeichnen als: „linksradikale und konterrevolutionäre Kraft, welche zusammen mit Monarchisten und reaktionären Intriganten im Land Probleme schafft und welche Hilfe und Unterstützung von auswärtigen Mächten und äthiopischen Feinden erhält."

Durch diesen Offenen Brief erklärt die Auslandsabteilung der EPRP ihren entschlossenen und nachdrücklichen Protest und Widerstand gegen die boshafte und unbegründete Erklärung von Ivanov...

Der Kommentar spricht von „Linksradikalisten", ohne dabei die EPRP direkt zu benennen.

Unter dieser dürftigen Tarnung (die EPRP ist die stärkste Kraft der linken und marxistisch-leninistischen Opposition) zu behaupten, die EPRP werde unterstützt oder unterhalten von Feinden der äthiopischen Massen, ist eine Entstellung der Tatsachen und eine gefährliche Lüge. Die EPRP und die äthiopischen Massen geniessen die Unterstützung von kommunistischen Parteien bzw. Organisationen, revolutionären und demokratischen Organisationen und Kräften...

Wir sind die Opfer des faschistischen Regimes, das Ivanov sozialistisch nennt. Wir sind die Arbeiter, die in Awash, Akaki, am 1. Mai usw. ermordet wurden, wir sind die Bauern, die unter nationalistischer Unterdrückung leiden, Massakern ausgesetzt sind (Bitchena, Wollo, Kaffa, Wollamo, Sodo, Sidamo usw.), des Rechtes beraubt, uns zu organisieren und zu bewaffnen. Wir sind diejenigen, deren Blut täglich vergossen wird, diejenigen, die die Gefängnisse und Konzentrationslager füllen, diejenigen, denen die grundlegendsten Rechte verweigert werden. Trotz Ivanovs Loblied auf die Junta, bestehen die EPRP und die Massen darauf, daß Regime richtig zu charakterisieren als volksfeindlich, repressiv, faschistisch.

Ivanov übergeht die im Äthiopien der Junta vorhandenen Probleme als „böswillige imperialistische Propaganda" und fügt dann hinzu, daß „die Probleme geschaffen wurden durch die reaktionären Monarchisten und die Linksradikalen". Die EPRP lehnt es nicht nur ab, mit Monarchisten in einen Topf geworfen zu werden, sie lehnt so eine verfälschende und oberflächliche Analyse insgesamt ab. Es stimmt, daß die monarchistischen Feudalisten und ihre Helfershelfer Probleme schaffen. Aber es stimmt ebenfalls, daß die Junta ihnen dabei hilft, indem sie die Massen unterdrückt, indem sie es ablehnt, Bauern und Arbeiter zu bewaffnen, indem sie Bauernführer und Zematcha-Studenten (Studenten, die zur Alphabetisierung und Politisierung aufs Land zogen -AK) tötet, indem sie die bewaffneten Bauern entwaffnet, indem sie mit den Feudalisten Händel abschließt, usw. Dies ist noch nicht einmal der Hauptpunkt. DIE IN ÄTHIOPIEN VORHANDENEN PROBLEME SIND DIE WIEDERSPIEGELUNG DER KLASSENWIDERSPRÜCHE, DIE ZUR FEBRUAR-REVOLUTION FÜHRTEN, ABER NICHT GELÖST WORDEN SIND. Diese Probleme bestehen und werden weiter verschärft, weil eine volksfeindliche Clique von Offizieren die Macht erobert und ihre Diktatur errichtet hat. Die EPRP bekennt sich schuldig in dem Punkt, der Junta Probleme zu bereiten. In der Tat kämpft die EPRP für die Zerschlagung der Junta, des Feudalismus, des Imperialismus und für die Errichtung eines demokratischen und sozialistischen Äthiopiens. Man kann nicht den Klassenkampf als Verursacher von Problemen bezeichnen, wie wenn man zu einem störrischen Kind spricht!

Ivanov behauptet weiterhin, daß die Arbeiter die Junta „mit Freuden unterstützen", die ein Arbeitsgesetz erlassen hat, welches „ihre Rechte schützt". Er malt ein rosiges Bild der Lage in den ländlichen Gebieten; wertet die Nationalisierung als nützlich für die Massen; bezeichnet das von der Junta so genannte „Programm der national-demokratischen Revolution" als ein Programm, welches dazu bestimmt ist, „alle fortschrittlichen Kräfte" zu vereinigen; bescheinigt der Junta, sie habe Eritrea die regionale Selbstverwaltung angeboten, und nennt dies ein Zeichen dafür, daß die Junta die Eritrea-Frage friedlich lösen wolle! NICHTS KÖNNTE DER WAHRHEIT MEHR INS GESICHT SCHLAGEN!!

Das Arbeitsgesetz der Junta ist ein Gesetz der Versklavung, ein Gesetz, welches die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter durch die Staats-Bourgeoisie und die ausländischen Kapitalisten absichert. Die Arbeiter haben dagegen einen offenen und entschlossenen Widerstand geleistet (es garantiert nicht einmal einen Mindestlohn), und die Gefangennahme mehrerer Arbeiter im Juni geschah wegen der Ablehnung der Arbeiter, die Vorkehrungen der Junta anzunehmen und Junta-treue Führer zu wählen ...

Die äthiopischen Massen leben unter einem Regime, welches ihnen alle demokratischen Rechte versagt hat. Ihre militanten Massenorganisationen (CELU, Lehrergewerkschaft, Studentenvereinigung das Äthiopische Frauen-Koordinations Komitee) sind alle verboten worden.

Es ist eine vollständige Leugnung der Tatsachen, zu behaupten, daß die Junta die Eritrea-Frage friedlich lösen will. Ihre Praxis hat gezeigt, auf Kosten des Lebens von tausenden von Eritreern, daß sie von einem militärischen Sieg träumt. Der letzte vergebliche Versuch, die äthiopischen Massen gegen die eritreischen Massen marschieren zu lassen, ist ein weiteres Beispiel (gemeint war der perfide Junta-Plan, eine „freiwillige" Bauernarmee gegen Eritrea marschieren zu lassen, die dann aber schnell wieder auseinandergelaufen war - AK). Ferner kann das Versprechen regionaler Selbstverwaltung von keinem Marxisten-Leninisten als eine revolutionäre Maßnahme verstanden werden, solange dieses Versprechen nicht begleitet ist von der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, welches undenkbar ist ohne das Recht auf Lostrennung bzw. Unabhängigkeit. Dafür haben die eritreischen Massen seit 14 Jahren gekämpft, und es ist die einzige Lösung, dies anzuerkennen.

Die Revolutionäre Partei der Äthiopischen Völker (die EPRP -AK) sieht den Sozialismus nicht als eine repressive Diktatur einer Clique, die sich selbst als sozialistisch bezeichnet; vielmehr als, unter anderem, die Verwirklichung der Parole „die Macht den Arbeitern und den unterdrückten Massen" und die konsequente Durchsetzung einer weit entwickelten Demokratie. Eine pro-imperialistische Junta (außer man behauptet, daß die massiven Waffenlieferungen der Amerikaner den Sozialismus stärken helfen!), eine repressive Junta, einRegime des Terrors, der unterdrükkung, der Konzentrationslager, ein Regime, welches die Demokratie verneint und Demagogie als Wirklichkeit ausgibt - kann kaum als sozialistisch bezeichnet werden. Wenn Ivanov darauf besteht, dann wollen wir mit seiner Art von Sozialmus nichts zu tun haben.

Putsch gegen Ghaddafi? – militärische Vorbereitungen in Ägypten –

„Man muß praktisch jeden Tag damit rechnen, daß Ghaddafi einer Revolte zum Opfer fällt. Der Ruf nach seinem Sturz ist in jüngster Zeit immer lauter geworden" („Frankfurter Rundschau" - „FR", 24.8.76). Das US-Magazin „Newsweek" forderte: *„Ghaddafi muß gehen"* (ebenda). Der israelische Rundfunk meldete während der Gipfelkonferenz der „blockfreien" Staaten in Colombo sogar, Ghaddafi müsse bei der Rückkehr nach Tripolis mit seiner Verhaftung rechnen („Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 21.8.76).

In solchen Meldungen sehnen sich die imperialistischen Propagandisten Gahddafis Sturz herbei.

Die materielle und diplomatische Unterstützung zahlreicher Befreiungsbewegungen hat die libysche Regierung in den Augen der Imperialisten längst reif werden lassen für ihren Sturz. Neuester Höhepunkt war die Hetze nach Ghaddafis Auftritt auf der Gipfelkonferenz der sogenannten blockfreien Staaten. Ghaddafi hatte die von allen Imperialisten gelobten „mäßigen" Äußerungen des jugoslawischen Staatschefs Tito, Indira Gandhis und anderer mit scharfen Angriffen gegen die Imperialisten durchbrochen.

So warnte er vor Verrätern in den eigenen Reihen, die sich als scheinbar Blockfreie in die Organisation eingeschlichen hätten, in Wahrheit aber gemeinsame Sache mit Imperialismus und Kolonialismus machten. Er verlangte ihren Ausschluß.

Syriens Herrscher Asad verließ während der Rede den Saal. Ghaddafi bekräftigte die Unterstützung seines Landes für Befreiungsbewegungen und sagte wörtlich: *„Man sagt, mein Land hilft dem internationalen Terrorismus. Wenn der Kampf des schwarz-rhodesischen und des palästinensischen Volkes Terrorismus darstellt, dann kann man das allerdings mit Recht von uns behaupten."*

Den US-Imperialisten warf Ghaddafi vor, sie hätten mit dem Veto gegen die Aufnahme Angolas in die Vereinten Nationen die Unabhängigkeit dieses Landes zu einem Handelsobjekt herabgewürdigt. Solange das Vetorecht nicht abgeschafft sei, bestehe keine Gleichheit der Völker in den Vereinten Nationen. Schließlich forderte er von den ehemaligen Kolonialmächten, die Entwicklungsländer wirtschaftlich zu kompensieren und ihnen kulturelle Güter und Dokumente zurückzugeben (nach „SZ" vom 19.8. und „Neue Zürcher Zeitung" vom 20.8.).

Militärische Operationen Ägyptens

Die Vorbereitung eines Putsches in Libyen wurde bereitwillig von den reaktionären arabischen Regimes übernommen. Wir berichteten im AK Nr. 86 – „Kriegshetze gegen Ghaddafi" – über Enthüllungen der US-Zeitschrift „Newsweek". Danach hatte sich das reaktionäre arabische Bündnis Ägypten-Sudan-Saudi Arabien auf einer Geheimkonferenz das Nahziel gesetzt, Libyens Staatschef zu stürzen. Zur äußeren Absicherung sollte Ägypten 12.000 Soldaten im Sudan in Bereitschaft halten und gleichzeitig Truppen an der ägyptisch-libyschen Grenze konzentrieren. Der Sturz sollte allerdings mit Rücksicht auf die „arabischen Bruderländer" nicht über einen kriegerischen Angriff durchgesetzt werden, sondern durch den Einsatz in Ägypten ausgebildeter Ghaddafi-Gegner, die einen Staatsstreich inszenieren sollten.

Inzwischen stimmt die gesamte westliche bürgerliche Presse in Sadats Kriegsschrei „Diesmal wird er mir nicht entwischen" ein.

Anfang August wurden ägyptische Fallschirmjäger- und Panzerverbände sowie Stoßtrupps und Luftverteidigungseinheiten an die Grenze verlegt. Die Kairoer Presse berichtete über Infanterieregimenter, Panzer, hunderte Tanks und Raketen. Nach Meldungen aus Tripolis befindet sich die Hälfte der ägyptischen Streitkräfte im Kriegszustand (nach „Le Monde" vom 26.8.).

Die „SZ" berichtete am 31.8. über einen Beitrag der US Fernsehgesellschaft CBS, nach dem über 30.000 ägyptische Soldaten an die libysche Grenze verlegt worden seien. Die ägyptische Zivilbevölkerung sei aus den Grenzgebieten bis zu einer Tiefe von 40 Kilometern evakuiert worden. Der ägyptische Kriegsminister Gamassi habe wegen der Konflikte einen geplanten Besuch Großbritanniens verschoben.

Auch die Abmachung der „heiligen Allianz" (Ägypten, Sudan, Saudi-Arabien), einen Putsch im Innern Libyens zu provozieren, wurde durch weitere Ereignisse belegt:

„Die libysche Nachrichtenagentur ARNA hatte am Dienstag gemeldet, zwei ägyptische Soldaten seien auf dem Flugplatz verhaftet worden. Beide hätten eingestanden, vom ägyptischen General Mohammed el Minschawi den Auftrag zu Morden und Sabotageakten in Libyen erhalten zu haben. In ihrem Gepäck seien Waffen gefunden worden" („NZZ", 27.8.).

Einen Tag später wurde ein Ägypter festgenommen, der mit der Ausspähung der libyschen Luftwaffe beauftragt gewesen sein soll. *„Der verhaftete Ägypter soll laut ARNA zugegeben haben, Berichte an den ersten Sekretär der ägyptischen diplomatischen Mission in Tripolis weitergegeben zu haben. Der Mann arbeitete als Angestellter in der zivilen libyschen Flugbehörde" („NZZ", 28.8.).*

Abwehrmaßnahmen Libyens

Libyen bereitet sich indessen auf weitere innere und äußere Angriffe Ägyptens vor. Nach Meldungen in „Le Monde" vom 26.8. sind paramilitärische Kräfte und Polizeieinheiten diskret an strategisch wichtigen Orten in Tripolis aufmarschiert. Panzereinheiten sichern das Hauptquartier der Streitkräfte – Dienstsitz Ghaddafis – ab. Kampfflugzeuge wurden angeblich an die Ostgrenze Libyens verlegt und Hubschrauberpatroullien überfliegen die Häfen. Außerdem habe der libysche Staat die Volksmilizen einem intensiven Training unterzogen.

Offensichtlich schätzt die libysche Regierung ihre Lage realistisch ein. Ein Ghaddafi nahestehender Minister erwähnte gegenüber „Le Monde" (26.8.), daß Libyen sich weder auf die arabischen Bruderländer stützen könne, deren Mehrheit das Verschwinden des revolutionären libyschen Systems begrüßen würde, noch auf die Länder der dritten Welt, da sie für internationale Hilfen noch zu schwach seien, noch auf die zwei Supermächte, *„deren eine unsere Niederlage beschwört und deren andere daran festhält, was sie friedliche Koexistenz nennt"*.

Inzwischen stellten sich die Sowjetrevisionisten in einem Prawda-Artikel hinter Libyen und warnten vor einem kriegerischen Überfall. Ohne Ägypten direkt anzugreifen, unterstrich die Prawda, die SU würde Libyen im Falle eines Überfalls unterstützen. Ein militärischer Konflikt zwischen Ägypten und Libyen könne zu einer Gefahr für den Weltfrieden werden („SZ", 31.8.). Libyen ist u.a. mit sowjetischen Waffen ausgerüstet.

Ghaddafi erwähnte in einem Interview mit „Le Monde", Libyen könne im Kriegsfall mit der Solidarität Algeriens rechnen. Die Solidarität brauche nicht unbedingt eine militärische Form anzunehmen („SZ", 1.9.76). Dieser Hinweis läßt darauf schließen, daß Algerien bisher keinen militärischen Beistand zugesagt hat.

Sadats Gründe für einen Angriff auf Libyen seien, so die libysche Regierung, die „Ungeduld" der ägyptischen Armee nach dem zweifelhaften Frieden mit Israel zu befriedigen und von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen im Lande abzulenken; schließlich wolle Sadat der US-Regierung zeigen, daß er ebenso fähig wie Syriens Präsident Asad sei, die Gegner des „amerikanischen Friedens" im Nahen Osten auf Linie zu bringen und die „radikalen Kräfte" in der arabischen Welt zu beseitigen („Le Monde", 26.8.).

Sadats Kampagne gegen die fortschrittlichen Länder im Nahen Osten

Während einerseits die Konflikte in Ägypten stärker zunehmen und Sadat sich ständig wachsenden Anschlägen gegenübersieht, benutzt er diese Vorfälle und reichert sie offenbar mit Provokationen seines Geheimdienstes an, um das ägyptische Volk gegen Libyen und inzwischen auch die VR Süd-Jemen aufzuhetzen.

Höhepunkt war die verhinderte Entführung eines ägyptischen Touristenflugzeuges. Dieser Coup war dermaßen plump inszeniert, daß die ägyptischen Drahtzieher schnell offenkundig wurden.

Nicht nur die libysche Regierung bezeichnete den ganzen Zwischenfall als offenkundig vom ägyptischen Geheimdienst vorbereitet und geplant, sondern selbst die zionistische „Jerusalem Post" schrieb einen Tag später, die Befreiungsaktion sei zu perfekt gewesen, um echt zu sein („FR", 25.8.).

Fortsetzung Seite 29

Fortsetzung von Seite 28

Sadat benutzt diese Vorgänge – u.a. wurde in der gleichen Zeit von Bombenanschlägen angeblich von Libyen bezahlter Terroristen berichtet –, als Mittel im Kampf gegen Libyen und die VR Südjemen, sowie zur Rechtfertigung immer drastischerer Terrorgesetze in Ägypten. Er ließ die Wohnung des 1. Südjemenitischen Botschaftssekretärs in Kairo durchsuchen und den 2. Sekretär Mohsen verhaften („NZZ", 1.9.76).

Wachsender Staatsterror in Ägypten

Die Anklage gegen die angeblichen Flugzeugentführer lautet auf *„Kontakt mit einer fremden Macht und Verkehrsgefährdung in Kriegszeiten"* („SZ", 26.8.). Sadat geht also offen davon aus, daß zwischen Ägypten und Libyen Kriegszustand herrscht. Als Sofortmaßnahme erließ er ein Gesetz, das für Luftpiraten und Saboteure die Todesstrafe bindend vorsieht. Der Gummibegriff Sabotage enthält im Zweifel jeden Angriff auf die ägyptische Staatsführung durch inneren Widerstand. Bereits Ende Juli hatte Sadat in einer Rede angekündigt, er wolle hauptsächlich die Entwicklung der Privatwirtschaft fördern und einen „Sozialismus der Besitzenden" (!) aufbauen. Er wies darauf hin, daß an eine Auflösung von „Ruhe und Ordnung" nicht gedacht werden könne, und es dürfe weder von Streiks der Arbeitnehmer noch von der Zulassung einer unabhängigen Presse neben dem staatlichen Radio und Fernsehen die Rede sein.

Sein Programm der Öffnung Ägyptens für die imperialistische Ausbeutung hat die Lebensbedingungen für die ägyptische Arbeiterklasse weiter verschärft. Der „Guardian" sprach in seiner Ausgabe vom 14.8. von einer wachsenden Unzufriedenheit unter den armen Arbeitern, für die die Inflation unerträglich werde. Die relative Ruhe an den Universitäten wurde auf die Semesterferien zurückgeführt.

Den wachsenden Widerstand des ägyptischen Volkes gegen die schärfere nationale und internationale Ausbeutung versucht Sadat mit polizeistaatlichen Mitteln und einer Volksverhetzungspolitik gegen die fortschrittlichen Länder im arabischen Raum zu bekämpfen.

Der für die Imperialisten und reaktionären Regimes politisch notwendige Sturz Ghaddafis könnte für die aufkeimende Bourgeoisie Ägyptens von unschätzbarem ökonomischen Vorteil sein. Ägypten hat für arabische Verhältnisse eine relativ gut ausgebildete starke Arbeiterklasse. Das ägyptische Volk zählt 40 Millionen Menschen. Bodenschätze sind allerdings nur in geringem Maße vorhanden. Das gesamte Land Libyens wird von weniger Menschen bewohnt, als Hamburg Einwohner hat und steckt voller Öl. Schon heute arbeiten 250.000 Ägypter in Libyen.

Nahost-Kommission

Raketen für Ägypten

Die Umrüstung Ägyptens von sowjetischen Waffensystemen auf Waffen der Imperialisten Englands, Frankreichs und der USA schreitet voran.

Nachdem im Februar 1976 die „Frankfurter Rundschau" meldete, Ägypten baue die sowjetischen Panzer so um, daß künftig Munition und Ersatzteile aus dem Westen verwendet werden können und Springers „Welt" ergänzte im März, Frankreich habe über Saudi Arabien und Kuweit 82 Mirage geliefert, berichtete die „FR" am 28.8. von französischen Raketenlieferungen an Ägypten.

„Die bisher ausschließlich mit sowjetischen ‚Sam'-Raketen ausgestattete ägyptische Luftabwehr wird demnächst durch eine neue Version der französischen Boden-Luft-Rakete vom Typ ‚Crotale' verstärkt werden. Das berichtete die halbamtliche Kairoer Zeitung ‚Al-Ahram' am Freitag".

Die neue Version wurde von Experten beider Länder eigens für die ägyptischen Streitkräfte konzipiert. Ägypten habe für diesen Typ ebenfalls Herstellerrechte und erhalte von Frankreich eine Gewinnbeteiligung beim Verkauf des neuen Modells an Drittländer. Ägypten plant die eigene Produktion nach endgültiger Festlegung des Abkommens.

Über diesen Schritt beteiligen die Imperialisten Sadat an ihren Waffengeschäften und ketten ihn damit noch mehr an ihr Gefüge.

Nahost-Kommission

Angola

Westliche Presse: Sprachrohr der Unita/FNLA!

Will man der hiesigen bürgerlichen Presse Glauben schenken, steht die MPLA-Regierung der VR Angola kurz vor dem Zusammenbruch. Dieses Schicksal teilt sich – laut bürgerlicher Propaganda – mit anderen fortschrittlichen und revolutionären Regierungen, z.B. der von Kambodscha.

Die ständigen Erfolge beim Wiederaufbau des Landes finden in den Artikeln der westlichen Schreiberlinge keinen Niederschlag – im Gegenteil: UNITA/FNLA-Legenden über angebliche *„Greueltaten"* von MPLA-Soldaten, über *„katastrophale Versorgungsengpässe"*, *„Verbitterung und Haß von Millionen von Angolanern"* gegen die MPLA-*„Minderheitsregierung"*(!) werden breit ausgewalzt. *„Die MPLA-Landser führen sich zuweilen auf wie Besatzer im eigenen Land"*, so die Hannoversche Allgemeine Zeitung. *„Gäbe es keine Kubaner, wir wären morgen in Luanda"*, so zitiert die „Bild am Sonntag" vom 8.8. in dicken Balken einen UNITA-Oberst. Im vollen Einklang damit werden Massaker und Provokationen der imperialistischen Banditen von FNLA/UNITA zu Befreiungsaktionen umgelogen. Den Gipfel lieferte wieder mal die „Bild am Sonntag" (8.8.) mit einer Landkarte, die glatt ein Drittel der VR Angola als von UNITA-Verbänden kontrolliertes Gebiet darstellt!

Nach der totalen Niederlage der imperialistischen Aggression soll jetzt ein Bild der VR Angola gezeichnet werden, in der ein diktatorisches Militärregime die Mehrheit der Bevölkerung unter der blutigen Knute hält.

Die ständigen Dementis und Gegen‚*beweise*' der MPLA-Regierung werden demgegenüber total unterschlagen. Laut Monitor-Dienst (12. Aug.) enthüllte das angolanische Informationsministerium verschiedene Lügenmärchen der imperialistischen Presse (namentlich wurden hier u.a. der Londoner BBC, die Times, und die Frankfurter Allgemeine Zeitung erwähnt). Diese Verleumdungskampagne werde mit *„ähnlicher Heftigkeit geführt wie diejenige, welche vor der ausländischen Aggression unmittelbar nach der Erlangung der Unabhängigkeit"* stattfand.

„Der Regierungsvertreter zitierte einen von der internationalen Presse weiterverbreiteten Bericht der FNLA über angebliche Zusammenstöße in dem 53 Kilometer nördlich von Luanda gelegenen Caxito. Er wies darauf hin, daß das von den Marionetten frei erfundene Datum (dieses Zusammenstoßes) mit dem Tag zusammenfällt, an dem Präsident Agostinho Neto in der Umgebung dieser Stadt an der Zuckerernte teilgenommen habe" (Monitor-Dienst, 12.8.76).

Auch eine weitere Meldung, nämlich, daß die UNITA ihr Hauptquartier von der sambesischen Grenze in das Gebiet von Cagumbe verlegt haben soll, erwies sich als falsch, wovon sich ausländische Journalisten an Ort und Stelle überzeugen konnten.

Bezeichnend für die Berichterstattung der westlichen Presse ist in diesem Zusammenhang, daß zwar die Falschmeldungen fett abgedruckt werden, aber die Berichtigungen und die Kommuniques der angolanischen Regierung unterschlagen werden.

Imperialistische Wühlarbeit

Tatsächlich ist die junge VR Angola seit ihrem Bestehen Opfer einer ständigen imperialistischen Wühlarbeit in einigen Grenzgebieten. Dabei kommt dem Imperialismus die Einkreisung Angolas mit erklärten reaktionären Feinden der Volksrepublik sehr zugute. Zaire im Norden, Sambia im Osten und das von der RSA besetzte Namibia im Süden unterstützen, trotz aller Dementis, logistisch wie ideologisch die Provokationen der zerschlagenen Reste von UNITA/FNLA.

Im Einzelnen:

Cabinda: Die von Zaire aus operierende Separatisten-Organisation FLEC hat – in Zusammenarbeit mit Söldnern – in den letzten Monaten Versuche gestartet, die Raffinerie-Anlagen zu sabotieren. Bei einem militärischen Angriff auf das Dorf Sanda Matala wurde ein Angolaner ermordet.

Der FAPLA ist es dabei gelungen, die meisten dieser Sabotage-Trupps in den dichten Wäldern aufzuspüren und gefangenzunehmen (A.Neto berichtete Mitte Juli von 1000 Gefangenen der FLEC).



Horrorgeschichten der „Bild am Sonntag": Ein Drittel Angolas in UNITA-Hand!?

Norden: Trotz aller offiziellen Stellungnahmen der zairischen Regierung bezüglich der angeblichen Schließung der FNLA-Lager in Zaire finden an der langen, für die FAPLA schwer kontrollierbaren Grenze zu Zaire Überfälle der FNLA auf grenznahe Dörfer statt. Hinter der „Schließung" der Basen der FNLA steckt offenbar nur eine Umbenennung in sog. „Landwirtschaftsbrigaden"! („SZ", 24.8.).

Osten: Der reaktionäre sambische Staatschef Kaunda unterhält weiterhin ganz offenherzige Beziehung zu der von ihm seit jeher unterstützten UNITA.

Die UNITA hat als ihr erklärtes Ziel die Ermordung und Gefangennahme von kubanischen Genossen sowie die Zerstörung der Wirtschaft der VRA. Speziell richteten sich ihre Angriffe auf Raparatur-Trupps bei der Wiederinstandsetzung der für Angola wirtschaftlich wichtigen Benguela-Eisenbahnlinie.

Nicht genug mit der militärischen Unterstützung, macht sich Kaunda auch auf weltpolitischer Bühne zum Sprachrohr der UNITA. Auf zwei Treffen mit A. Neto (eins in Sri Lanka, eins auf einem Zwischenhalt Netos in Lusaka) forderte Kaunda provokativ die Errichtung einer Einheitsregierung MPLA/UNITA! Deutlich wird Kaundas Haltung auch daran, daß Sambia noch immer keine diplomatischen Beziehungen zur VRA aufgenommen hat (nach „Guardian", 24.8.).

Süden: Für wen sich Kaunda hier einsetzt, wird deutlich, wenn man sich die Aktivitäten der UNITA in Namibia ansieht, von wo aus sie nicht nur Grenzüberfälle nach Angola startet, sondern auch die von Kaunda offiziell unterstützte namibische Befreiungsorganisation SWAPO zu vernichten versucht!

Im Juli haben reguläre südafrikanische Truppen drei grenznahe Dörfer niedergebrannt und dabei 101 Menschen ermordet (NZZ, 20.7.).

Neben den oben genannten FLEC-Söldnern hat die MPLA im Juli Hunderte Gefangene in den Provinzen Malange und Zaire (Norden) und mehrere Hundert in der Provinz Bie (Osten) machen können (nach A.Neto in ‚Afrique-Asie' Nr. 114 vom 12.8.76).

Ein weiterer Erfolg der MPLA ist die am 9.8. durchgeführte Wiedereröffnung der von der UNITA attakkierten Benguela-Eisenbahn („tat", 13.8.).

Tatsache ist, daß die von der westlichen Presse hochstilisierten Überfälle der Marionettentruppen mehr und mehr zum Scheitern verurteilt sind.

Afrika-Kommission

Madagaskar

„Aufbau einer gerechten Gesellschaft"

Zur Unterstützung „der Politik der schaftlichen Sozialismus gründet. Nur

über angebliche Zusammenstöße in dem 53 Kilometer nördlich von Luanda gelegenen Caxito. Er wies darauf hin, daß das von den Marionetten frei erfundene Datum (dieses Zusammenstoßes) mit dem Tag zusammenfällt, an dem Präsident Agostinho Neto in der Umgebung dieser Stadt an der Zuckerernte teilgenom-



Horrorgeschichten der „Bild am Sonntag": Ein Drittel Angolas in UNITA-Hand!?

öffnung der von der UNITA attakkierten Benguela-Eisenbahn („tat", 13.8.).

Tatsache ist, daß die von der westlichen Presse hochstilisierten Überfälle der Marionettentruppen mehr und mehr zum Scheitern verurteilt sind.

Afrika-Kommission

Madagaskar

„Aufbau einer gerechten Gesellschaft"

Zur Unterstützung *„der Politik der sozialistischen Orientierung"* wurde in Madagaskar ein „demokratischer Ausschuß zur Unterstützung der Charta der Madegassischen Sozialistischen Revolution" gegründet. Dieser Auschuß umfaßt die Partei des Unabhängigkeitskongresses und eine Anzahl demokratischer Organisationen. Diese neue Massenorganisation hat nach den Ausführungen ihres Vorsitzenden Andriamanjato die Aufgabe, *„ein Programm konkreter Maßnahmen zur Unterstützung der Charta der Madegassischen Sozialistischen Revolution zu besprechen und zu entwerfen"*. Er unterstrich, *„auf der Tagung werde man den Problemen der weiteren Stärkung der Einheit und der Konsolidierung aller linksgerichteten antiimperialistischen Kräfte im Lande besondere Aufmerksamkeit schenken. Dazu wollte man eine breitangelegte Front zur Verteidigung der Revolution schaffen"*. Denn, *„die Demokratische Republik Madagaskar hat sich auf den einzig richtigen Weg begeben: den Aufbau einer gerechten Gesellschaft, die sich auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus gründet. Nur auf der Grundlage einer sozialistischen Umwandlung ist ein echter sozio-ökonomischer Fortschritt unseres Landes möglich"* (alle Zitate nach „Monitor-Dienst", 13.8.76). Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die 1972 an die Macht gekommene antiimperialistische Regierung die schrankenlose Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten durch die Gründung von Staatshandelsgesellschaften, Devisenbewirtschaftung, Preiskontrollen, Lizenzzwang sowie Kontigentieren von Importen und Zollerhöhungen einen Riegel vorgeschoben. Widerwillig mußten die proimperialistischen „Nachrichten für Außenhandel" der BRD (19.8.76) zugeben, daß der Regierung *„eine gewisse Stabilisierung gelungen (sei)"*. Außenpolitisch wurde die antiimperialistische Linie der madegassischen Regierung durch die kürzliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba weiter verfolgt (nach „Monitor-Dienst", ebenda).

Afrika-Kommission

Imperialisten und Rassisten wollen die „Unabhängigkeit" Namibias?

Pünktlich zur geplanten UN-Debatte über Namibia legten die Rassisten der RSA Ende August einen „Plan zur Unabhängigkeit" Namibias vor.

– Namibia soll bis zum 31.12.78 „unabhängig" werden.

Die Weißen werden ihre Rechte behalten; ihr zusammengeraubtes „Privateigentum" wird nicht angetastet; werden durch ihr Militär und die Polizei in Namibia präsent bleiben.

Dieser Plan wurde ausgehandelt mit „Vertretern der Schwarzen", die vorher entweder von den Rassisten ausgesucht oder speziell zu diesem Zweck zu „Vertretern" ernannt wurden (siehe AK 87).

Während dieses Manöver von der Befreiungsbewegung SWAPO klar definiert wird als Versuch der RSA, *„die Herrschaft über ein schwarzes Marionettenregime in Namibia aufrechtzuerhalten"* („Guardian", 23.8.),

Fortsetzung Seite 30



Trotz der Täuschungsmanöver der Imperialisten: Das Volk von Namibia wird weiterkämpfen. Hier bereiten SWAPO-Genossen einen neuen Angriff vor.

ZAR - Taiwan

Reaktionäre unter sich

Die Zentralafrikanische Republik unter ihrem faschistischen Präsidenten Bokassa sucht ihre Freunde in aller Welt. Bokassa, ein Freund Südafrikas und ein erbitterter Feind der Anerkennung der MPLA-Regierung in Angola, schickte seinen Außenminister A. Frank nach Taiwan. Zum Abschluß des fünftägigen Besuchs wurde ein gemeinsames Kommunique verabschiedet, in welchen sie die *„Notwendigkeit bekräftigten, die bestehenden Bande der Freundschaft weiter zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu vertiefen."* Taiwan verlieh Frank einen dicken Orden, (glänzender Stern mit großem Band) *„in Anerkennung seiner bemerkenswerten Verdienste um die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern"* („Monitor Dienst", 11.8.76).

Afrika-Kommission

Fortsetzung von Seite 29

beißen die Imperialisten (wie abgesprochen) auf den Köder an.

Die BRD-Regierung wertet den Verfassungsschwindel als „*Zugeständnisse, die einen Schritt in die richtige Richtung*" darstellen („SZ", 31.8.). US-Außenminister Kissinger bescheinigte den Rassisten sogar eine „*konstruktive Rolle bei den Bemühungen der letzten Monate um eine Beilegung des Rhodesien- (!) und Namibia-Konflikts*" („SZ", 3.9.). So scheint die Rechnung der Rassisten für die UNO-Konferenz am 21. September aufzugehen, für die sie als Ziel formuliert hatten, „*daß die Westmächte im Sicherheitsrat den Vorschlag der Windhuker Verfassungskonferenz mit einem Veto gegen die radikalen Forderungen der Afrikaner honorieren*" („SZ", 31.8.).

Die Feinabstimmung für ein koordiniertes Vorgehen vor der UNO wird sicher Bestandteil des erneuten Treffens Kissingers mit Vorster am 4. – 6. September in Zürich sein.

Im Land – Terror wie eh und je!

Wie sehr die „großen Veränderungen in Namibia" Schauturnen für das internationale Parkett sind, zeigt ein Blick auf die realen Ereignisse der letzten Wochen im Land:

– Zur Zeit werden an der Grenze zu Angola „*bis zu 50.000 schwarze Bewohner umgesiedelt, dabei brannten südafrikanische Soldaten Häuser nieder, trieben die Dorfbewohner im Grenzgebiet zusammen und transportierten sie auf Lastwagen ab ... Ferner seien Flüchtlingslager in dem Gebiet zu einer Art Konzentrationslager umgewandelt*" („FR", 30.8.76).

(An diesen „Umsiedlungen" sind auch „*Israelis als Experten des Wüstenkrieges*" beteiligt!! – „Guardian" vom 23.8.76).

– Bei dieser „Umsiedlungsaktion" kommt es nach Aussagen eines ehemaligen RSA-Soldaten ständig zu Folterungen: „*Die Soldaten hatten uneingeschränkten Schießbefehl ... Festgenommene wurden geschlagen, gefoltert und verhört. Verdächtige MPLA- oder SWAPO-Agenten wurden über Nacht mit Handschellen an Bäume gehängt. Oder sie seien so lange mit dem Kopf in kaltes Wasser getaucht worden, bis sie sich nicht mehr gewehrt haben ... Auch brennende Zigaretten wurden zum Verhör genutzt ...*" („Guardian", 30.8. 1976). Ein zukünftiger schwarzer Minister sagte zu dem ganzen: „*Es habe zwar einige Ausschreitungen gegeben. Im übrigen danke ich den südafrikanischen Truppen für den Schutz, den sie den Ovambos gewähren*" („SZ", 1.9.76). Diese Aussage beweist die „Qualität" der Kompradoren!

– Im Zusammenhang mit den militärischen Aktionen der RSA in Namibia wurde in der RSA „*denjenigen Zeitungen mit harten Maßnahmen gedroht, die Einzelheiten über die Aktionen der Militärs veröffentlichen*" („FR", 26.8.76).

Angesichts dieser Situation hat die SWAPO angekündigt, daß sie „*keine Unabhängigkeit akzeptieren werden, die nicht die vollständige Selbstbestimmung der schwarzen Mehrheit und den totalen Abzug der weißen Faschisten beinhaltet*".

Um den Kampf mit diesem Ziel weiterführen zu können, erklärte der Sprecher der SWAPO, Nojoma, nach einem Besuch in Moskau, die Sowjetunion sei bereit, „*uns mit dem militärischen Material zu unterstützen, das wir so dringend brauchen*" („SZ", 24.8.76).

– „*Jedes schwarze Marionettenregime wird von uns militärisch und politisch geschlagen werden.*

Es ist möglich, daß dies noch ein langer Weg sein wird ... (aber) das Volk durchschaut alle Manöver der weißen Minderheit und wird bis zur endgültigen Befreiung weiterkämpfen ... darin liegt unsere Stärke" (SWAPO-Sprecher Nujoma; „Guardian", 23.8. 1976).

Afrika-Kommission

RSA (Südafrika)

Der Kampf geht weiter



Juni halten die Rassisten über 1.000 [S]chwarze gefangen. Darunter einige hundert [Ki]nder. Hier wird gerade ein kleiner Junge abgeführt".

Juni halten die Rassisten über 1.000 [Sc]hwarze gefangen. Darunter einige hundert [Ki]nder. Hier wird gerade ein kleiner Junge abgeführt".

Ununterbrochen gehen die Kämpfe der Schwarzen gegen die weiße, faschistische Herrschaft in der RSA weiter:

– In allen „Townships" (das sind die Ghettos, in denen die Schwarzen leben müssen) ist nicht ein Tag vergangen, wo es nicht Demonstrationen gegen die Apartheid-Politik der Faschisten gegeben hätte.

Der Schwerpunkt der Aktionen liegt nach wie vor in Soweto.

Ungebrochen ist aber auch der Wille der weißen Minderheit, ihre Herrschaft notfalls auch durch ein riesiges Blutbad zu erhalten:

– Allein während der Kämpfe in den vergangenen zwei Wochen wurden von der Polizei mehr als 100 Schwarze ermordet. Damit erhöht sich die Zahl der Ermordeten seit Juni auf mehr als 700 Menschen! Nach „inoffiziellen Schätzungen" gibt es seit Juni weit „über 1.000 Verhaftete"! („Neue Zürcher Zeitung", 28.8.76).

Beide Fakten – die ständigen Kämpfe der Schwarzen und der Terror der Rassisten – zeigen, daß es sich in der RSA nicht „*um hier und da mal auftretende Schwierigkeiten*" (Vorster, der Rassistenchef) handelt, sondern um den Beginn des Endes der weißen Herrschaft in der RSA.

– Erstmals seit dem Beginn der Kämpfe hat es vom 23. bis zum 25.8. einen Streik aller schwarzen Arbeiter und Angestellten von Johannesburg gegeben. „*Am Montag hatten etwa 80 Prozent der Beschäftigten gestreikt. Zu der Aktion hatte der verbotene ANC durch Flugblätter aufgerufen*" („Frankfurter Rundschau", 25.8.76). Täglich blieben „*sogar über 150.000 Schwarze ihren Arbeitsplätzen fern*" („Süddeutsche Zeitung", 26.8.76).

Der Streik sollte die Solidarität der schwarzen Arbeiter mit den seit Juni inhaftierten Schülern demonstrieren.

Rassisten versuchen zu spalten

Groß aufgemacht wurde in der BRD-Presse die Meldung „*Gewalttaten unter den Schwarzen in Soweto*" („FR", 26.8.76) oder „*Rachefeldzug von Angehörigen der Zulus gegen Demonstranten*" („SZ", 26.8.76).

Der Zweck dieser Meldungen war klar. Die von den Rassisten umgebrachten Schwarzen wurden nun „Vergeltungsaktionen" und „Rachefeldzügen" der Schwarzen untereinander zugeschrieben! (Nur am Rande sei bemerkt, daß sich in dieser Art der Berichterstattung die BRD-Presse hervorgetan hat. Weder in England noch in Frankreich wurde derart widerlich manipuliert.)

Die Wirklichkeit sah anders aus:

– Die rassistische Polizei hatte sich einige Provokateure ausgesucht, die angeblich zum Zulu-Stamm gehören. Sie erhielten den Auftrag, „*Unruhestifter umzubringen*". Gleichzeitig wurden sie von der Polizei mit Knüppeln und Messern ausgerüstet („SZ", 27.8.76).

Während dann die Polizei in die Menge der Demonstranten schoß, jagten die Provokateure die Einwohner, brannten ihre Häuser nieder und griffen sie an. Die Polizei soll diesen Ausschreitungen tatenlos zugesehen haben („FR", 26.8.76).

Selbst der „Häuptling" der Zulus – Buthelezi – (der sich immer als zu-

griffen sie an. Die Polizei soll diesen Ausschreitungen tatenlos zugesehen haben („FR", 26.8.76).

Selbst der „Häuptling" der Zulus – Buthelezi – (der sich immer als zu-

verlässiger Partner der Rassisten erwiesen hat) mußte feststellen, daß „*die große Mehrheit der Zulus sich am Streik beteiligte ... es wurden nur eine Reihe unglücklicher Zwischenfälle von der Polizei genutzt, um Schwarze gegen Schwarze zu hetzen*" („FR", 30.8.76).

Selbst die Zahl der „streikunwilligen" Zulus von ca. 1.500 straft die BRD-Presse und die Rassisten Lügen. In der RSA leben mehr als 4 Millionen (!) Zulus. In der Gegend von Soweto weit mehr als 100.000!

Dies beweist, daß es sich hier wohl kaum um „*größere Zusammenstöße von Zulus mit den Streikenden*" („SZ") gehandelt hat. Vielmehr ist es schon immer ein Mittel der Faschisten gewesen, Provokateure aus den eigenen Reihen zu benutzen, um Spaltung und Uneinigkeit zu sähen und gleichzeitig diesen „Kampf" auch propagandistisch zu nutzen!

Für die kämpfenden Schwarzen in der RSA ernster zu nehmen sind sicherlich die Versuche gestandener Kompradoren der Rassisten, sich jetzt als die Sprecher des Widerstandes aufzuspielen:

– So ruft der oben schon genannte Buthelezi – er ist von den Rassisten als „Häuptling" eingesetzt – dazu auf, „*die Ketten zu brechen, die uns fesseln*". Und weiter, „*alle Schwarzen sind unterdrückt, wir müssen uns zusammentun, um uns zu befreien*" („FR", 30.8.76).

– „*Die Chefminister aus sieben der neun in Südafrika für die Schwarzen eingerichteten ‚Homelands'* " (sie genießen alle das Vertrauen der Rassisten; die Red.) „*verlangen die Einberufung einer nationalen Konferenz, an der auch die verhafteten Führer der Schwarzen teilnehmen sollen ... es ist jetzt die Zeit der Reue für alle Weißen*" („FR", 23.8.76).

Diese Herren, die bisher engstens mit den Rassisten zusammengearbeitet haben, haben anscheinend „die Zeichen der Zeit" erkannt und wollen sich nun an die Spitze der Bewegung setzen, um ihr dadurch – im Dienst der Faschisten – die revolutionäre Stoßrichtung zu nehmen! Die „Süddeutsche Zeitung" vom 24.8.76 stellt durchaus richtig fest: „*Ihre Erklärung zeigt deutlich, wo sie die stärkeren Bataillone sehen und daß sie sich rechtzeitig auf deren Seite schlagen wollen. Sie wollen nun Teil der Befreiungsbewegung werden ...*"

So lautet zumindest der Auftrag ihrer weißen Herren!

Einer der prominentesten Vertreter dieser Sorte von „Freiheitskämpfern" ist Sambias Präsident Kaunda.

Erst kürzlich erklärte er, daß nur „*im bewaffneten Kampf Apartheid und Faschismus besiegt werden können*". Im gleichen Atemzug „warnt" er die Befreiungsbewegungen vor der Annahme sowjetischer Hilfe:

– Zu seiner Kritik dieser Hilfe an die MPLA sagt Kaunda: „*Wir wissen, wo immer eine Großmacht auftritt, zieht sie die andere nach sich*".

(Alle Zitate aus „Spiegel" 35/76).

Dies verleugnet nicht nur die Anwesenheit der US-Imperialisten im Süden Afrikas, speziell in der RSA, sondern bedeutet tendenziell die Propagierung der Entwaffnung von Befreiungsbewegungen.

Offensichtlich will Kaunda durch solche Aussagen die Hintertür offen halten, durch die er dann offen gegen die Befreiungsbewegungen hetzen und vorgehen kann.

Hier kann das sambische Regime immerhin auf Erfahrungen zurückblicken:

– So hat das Kaunda-Regime dem ANC (Südafrika) Anfang 1976 verboten, seinen Rundfunksender in Lusaka weiter zu betreiben, „*um die positive Entwicklung* (in der RSA!! – AK) *nicht zu stören*" („Secheba", Zeitung des ANC).

verboten, seinen Rundfunksender in Lusaka weiter zu betreiben, „*um die positive Entwicklung* (in der RSA!! – AK) *nicht zu stören*" („Secheba", Zeitung des ANC).

– Noch heute unterstützt Kaunda die faschistische UNITA durch Waffen und Militärlager.

– Seit über einem Jahr sind in Sambias Gefängnissen viele Revolutionäre der ZANU inhaftiert (siehe dazu AK 81 und 87).

– Militärlager der SWAPO mußten geschlossen werden. Sambia leistet der SWAPO nur noch „humanitäre Hilfe" usw. usf.

Gerade das Auftreten von Schwarzen vom Schlage der „Homeland"-Chefs und eines Kaunda in der derzeitigen Phase des Kampfes der schwarzen Mehrheit in der RSA zeigt deutlich, daß sich diese Herren – gemeinsam mit den Weißen – noch einiges ausrechnen, um auf Kosten der Schwarzen eine „Lösung" zu finden.

Eine der Gefahren, daß dieses Geschäft der Kompradoren erfolgreich sein könnte, ist sicherlich das bisherige Fehlen einer in den Massen verankerten Avantgarde der Widerstandskämpfer in der RSA selber; ein Mangel, der trotz des außerordentlich erfolgreichen ANC-Streikaufrufs nicht zu übersehen ist.

Afrika-Kommission



„Häuptling" Buthelezi (links) mit einigen Rassisten bei der Verplanung der Wohngebiete der Schwarzen. Jetzt will er sich als „Sprecher" des Widerstandes aufspielen.

Nach einer Meldung von „El Moudjahid" (algerische Tageszeitung) haben die Arbeiter des Flughafens von Rom einen 24-stündigen Boykott aller südafrikanischen Flugzeuge beschlossen, um gegen „*den infamen Völkermord (zu protestieren), den gegenwärtig die weiße rassistische Minderheit gegen das südafrikanische Volk begeht, welches gegen Apartheid, für Freiheit und Unabhängigkeit kämpft*" (aus der Entschließung der römischen Arbeiter – zitiert nach „El Moudjahid", 1.9.76).



lateinamerika aktuell

11. September: Dritter Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile

Am 11. September 1976 jährt sich der Tag zum dritten Mal, an dem die chilenische Bourgeoisie mit Hilfe des Militärs und massiver Unterstützung des US-Imperialismus über das Volk ihre faschistische Herrschaft errichtete. Mit dem zugleich blutigsten Putsch in der Geschichte Südamerikas wurde die Regierung „der Volkseinheit" unter Salvador Allende und die damit verbundenen antiimperialistischen Maßnahmen (Nationalisierung des chilenischen Kupfers, Verstaatlichung von Banken und Großkonzernen, Bodenreform und viele Verbesserungen für das Leben der Volksmassen) zu Fall gebracht. Damit ist in Chile auf blutige Weise der reformistische Weg eines „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" auf tragische Weise gescheitert. Das Wesen der Kritik am reformistischen Kurs der Unidad Popular und insbesondere an der revisionistischen „KP" Chiles ist die Unterschätzung der Kräfte der Konterrevolution (chilenisches Militär, US-Imperialismus) einerseits und der Verzicht, sich bei einem revolutionären Prozeß auf die Arbeiterklasse und die Kräfte des Volkes zu stützen sowie ständige Zugeständnisse an die Reaktion zulasten des Volkes in der Hoffnung, damit die Konterrevolution zu beschwichtigen. Noch kurz vor dem Putsch nahm Allende das Militär in die Regierung und erließ ein Waffenkontrollgesetz, das die chilenische Arbeiterklasse vollends entwaffnete. Das Scheitern des „friedlichen Übergangs" bestätigt erneut eine wichtige Lehre der internationalen Arbeiterbewegung, daß – unter den Bedingungen eines hochgerüsteten und zu jedem militärischen Abenteuer bereiten Imperialismus, Massenmord eingeschlossen – der Sozialismus nicht mit „friedlichen" Mitteln und auf parlamentarischem Weg erreichbar ist. Insofern haben die tragischen Ereignisse in Chile und die daraus zu ziehenden Lehren nichts an ihrer aktuellen Bedeutung verloren.



Das Programm Pinochets: brutale Unterdrückung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und Ergebenheit gegenüber dem Imperialismus!

Mit der Parole, *„das Wirtschaftschaos der Unidad Popular zu beenden"*, hatte Pinochet den Militärputsch zu rechtfertigen versucht. Während die Politik der UP-Regierung darauf ausgerichtet gewesen war, die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus in Chile zu fördern, sah die Wirtschaftspolitik der Junta – entsprechend den Zielsetzungen des Imperialismus – die weitgehende Zerschlagung eines nationalen Kapitalismus vor und statt dessen eine enge Bindung der Ressourcen Chiles an die imperialistischen Märkte. Die Bilanz von drei Jahren Wirtschaftspolitik der Junta bedeuten:

1. Die völlige Abhängigkeit vom US-Imperialismus. Dieser investierte in Chile in den letzten drei Jahren 2,5 Milliarden Dollar und beherrscht jetzt völlig die Kupfer- und Bergbauressourcen Chiles. Die vom Imperialismus gewährten Investitionen dienen einzig und allein dem Zweck, die chilenischen Ressourcen auszuplündern und nicht – wie hier die SPD-Regierung immer vorgibt – den Lebensstandard in Chile zu erhöhen. Während die Investitionen in den Bergbau 1975 160,5 Mio. Dollar betrugen, entfielen auf 106 (!) weitere Bereiche nur 106 Mio. Dollar.

Dabei ist der BRD-Imperialismus natürlich mit von der Partie: er ist inzwischen zum zweitgrößten Handelspartner nach den USA aufgestiegen – auch dies ist eine bezeichnende Bilanz der SPD/FDP-Regierung!

Die enge Bindung des chilenischen Kapitals an den Imperialismus führte dazu, daß Chile sämtliche Investitionsschranken gegenüber dem Imperialismus wie Verstaatlichungen, Schutzzölle usw. fallengelassen hat, was zum Auseinanderbrechen des Andenpaktes führen wird. (siehe hierzu: AK 87, Lateinamerika-aktuell).

2. Die völlige Ruinierung der kleinen und mittleren chilenischen Bourgeoisie. Die staatlichen Investitionen gingen um 40 % zurück, da die Staatsausgaben infolge der hohen Inflationsraten (350 % 1975!) außer dem Rüstungsetat drastisch gekürzt wurden. Hinzu kommt, daß aufgrund der ungeheuren Armut des chilenischen Volkes auf dem Binnenmarkt kaum noch Waren abgesetzt werden konnten. Einige Tausend kleinere und mittlere Unternehmen gingen pleite oder wurden von größeren Unternehmen aufgekauft. Die unter der UP-Regierung verstaatlichten Betriebe wurden wieder in „private" Hände übergeben; im ersten Jahr nach dem Putsch waren es 200, gegenwärtig sind es 474 Betriebe („NvW" 1/73 und „Neues Deutschland", 9.8.76).

Die politischen Folgen sind, daß die imperialistischen Konzerne und die mit den imperialistischen Interessen verbundenen Teile der chilenischen Bourgeoisie ihren Konkurrenten, der zwischen imperialistischen und nationalen Interessen schwankenden Bourgeoisie und der zu Pseudo-Reformen bereiten nationalen Bourgeoisie völlig überlegen sind; gerade die letztgenannten Teile der chilenischen Bourgeoisie spielen in Chile kaum noch eine Rolle. So ist es zu erklären, daß die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen der Klein- und Mittelbourgeoisie einerseits und der vom Imperialismus abhängigen Bourgeoisie andererseits zu keinerlei Kursänderungen in Chile geführt haben und – aufgrund der Schwäche der Kleinbouregoisie – auch in Zukunft nicht führen werden.

Sowohl gewisse Kritiken seitens des Offizierskorps Ende 1975 an der Wirtschaftspolitik Pinochets als auch eine Verzierung der faschistischen Fassade mit einigen „zivilen" Politikern aus dem Lager der rechten Christdemokratie, der faschistischen „nationalen Partei" und der „Radikalpartei", wie dies vom rechten Christdemokraten Frei vorgeschlagen worden ist, bewirkten die Säuberung des Offizierskorps (z.B. General Stark) und des Staatsapparates selbst von rechten Christdemokraten, die den Putsch noch massiv unterstützt hatten.

Damit erweisen sich vor allem die ständigen Bündnisangebote der revisionistischen „KP" Chiles, die Orientierung auf einen friedlichen Wechsel, als pure Illusion und als Spaltung des chilenischen Widerstandes.

3. Die ganze Last der chaotischen Wirtschaftspolitik hat das chilenische Volk zu tragen; eine Inflationsrate von 350 % im Jahr 1975, geringe Löhne und eine Arbeitslosigkeit von 32 %, eine hohe Kinder- und Säuglingssterblichkeit sind in Chile weiterhin an der Tagesordnung. In den Städten wie Santiago und Valparaiso gibt es ganze Straßenzüge, wo die Zahl der Arbeitslosen bei 80 bis 90 % liegt. Die Situation der Arbeiter und Kleinbauern, der Beamten und Landarbeiter verschlechtert sich immer mehr, da die Industrieproduktion um 24 % zurückgegangen ist.

Anhaltende scharfe Repression

Diese Wirtschaftspolitik läßt sich gegenüber der chilenischen Arbeiterklasse nur mit den Mitteln des Terrors und der blutigen Unterdrückung des Volkes aufrechterhalten. Die Welle der Repression ist nicht etwa abgeflaut, sondern erreichte Ende 1975 ihren Höhepunkt. In den letzten drei Jahren hat die Junta ihren Unterdrückungsapparat weiter ausgebaut und zentralisiert. So wurden die bestehenden Geheimdienste DINA und die Geheimdienste der drei Teilstreitkräfte zentralisiert; es existiert nur noch die DINA, die nicht nur für zahlreiche Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen verantwortlich ist, sondern selbst faschistische Konkurrenten Pinochets systematisch überwacht. „Kritische" Generale wurden in der Folgezeit pensioniert, versetzt oder gleich ermordet.

Richtete und richten sich die Schläge der Militärs und der DINA hauptsächlich gegen die aktiven Kräfte des Widerstands, insbesondere gegen den MIR, so hat die Junta im letzten Jahr eine Ausweitung des Terrors vorgenommen: auch rechte Christdemokraten und vor allem die katholische Kirche, die kirchlichen Friedenskomitees gerieten unter Beschuß der Junta.

Seit dem faschistischen Putsch in Chile im September 1973 wurden mehr als 50.000 Chilenen ermordet. Allein in Santiago wurden ein Drittel der seit dem Putsch verhafteten Menschen von den Junta-Schergen umgebracht. Vom September 1973 bis Mai 1975 wurden mindestens 95.000 Menschen eingekerkert. (Angaben nach Dokumenten des Lutherischen Weltbundes, zitiert im „Neuen Deutschland" –, 29.1.76).

Nach Angaben des „Solidaritätsvikariats" der chilenischen katholischen Kirche wurden 130.000 Chilenen für kürzere oder längere Zeit in Haft genommen, die dann mindestens eines der 22 namentlich aufgeführten Folterzentren durchliefen. („Tat", 20.2.76).

Die Zahl der politischen Gefangenen beträgt zwischen 30.000 und 40.000 . Luis Cerda, führendes MIR-Mitglied, spricht sogar von 60.000.

Allein in den KZs „Tres Alamos" und „Puchuncavi" befinden sich 750 politische Häftlinge. In ganz Chile gibt es aber über 30 Gefängnisse und KZ-ähnliche Lager.

Fortsetzung Seite 32



Fortsetzung von Seite 31

Zur Lage des chilenischen Widerstandes

Die politischen Kräfte des Widerstandes in Chile setzen sich vor allem aus dem chilenischen MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) und den Parteien der UP-Regierung zusammen; hierzu zählen: die „Sozialistische Partei“ (PS), der MAPU und MAPU/OC, die „Christliche Linke“ (IC), die „Radikale Partei“ (Sozialdemokraten, Schwesterpartei der SPD) und die „KP“ Chiles.

Obwohl sich an der Basis – in den Wohnkomitees, den Widerstandskomitees, in Volksküchen usw. – die Kräfte des Volkes gegen die faschistische Diktatur organisieren und dort sowohl der MIR als auch MAPU, Teile der PS und der Christlichen Linken und sogar die „KP“ zusammenarbeiten, ist es nach drei Jahren zu keinem einheitlichen Vorgehen der gesamten chilenischen Linken im Widerstand gekommen. Diese Spaltung des Widerstands schwächt den Widerstand unnötig und insbesondere die chilenische Arbeiterklasse mußte schon teuer dafür bezahlen. Die strategischen Differenzen innerhalb der chilenischen Linken bestehen darin, daß *„gewisse Sektoren – vor allem die KP – Anhänger einer Allianz mit bürgerlichen Kräften sind, näher bestimmt mit Frei und den Christdemokraten. Gegen diese Auffassung steht eine andere, die besagt, daß es selbstverständlich wichtig ist, die Spaltung der Bourgeoisie zum Vorteil des Widerstandskampfes auszunutzen, daß es aber ein Fehler der Linken wäre, sich eine der streitenden bürgerlichen Fraktionen dadurch unterzuordnen, daß man das Eingehen einer solchen Allianz mit solchen Leuten wie Frei anstrebt. Die zweite Auffassung ist im vergangenen Jahr sehr gestärkt worden...“* (Interview mit Nelson Gutierrez, ehemaliges Mitglied der Politischen Kommission des MIR, in Schweden; veröffentlicht in AK 78, S. 33).

Zwischen diesen beiden Hauptströmungen – verkörpert durch die „KP“ einerseits und den MIR andererseits – beziehen andere Sektoren der Linken zentristische und schwankende Positionen, beziehungsweise hat dies zur scharfen Fraktionierung beispielsweise der PS geführt. Der MAPU schwankt zwischen beiden Strömungen, der rechte Flügel der PS (Minderheit) strebt offen das Bündnis mit der Christdemokratie an, während linke Teile der PS (Mehrheit) zwischen „KP“ und MIR schwanken. Es ist insofern wichtig, die Politik der „KP“ nach dem Putsch zu verfolgen.

Die Revisionisten – weiter nach rechts gegangen

In der ersten Phase des Putsches erklärten die Revisionisten, daß die Niederlage der UP-Regierung in der Schwäche begründet lag, die Isolierung der Arbeiterklasse zu vermeiden und die Unterstützung der Mehrheit des Volkes zu erlangen. Diese Schwäche würde durch *„linksextremistische Vorstellungen...* (innerhalb und außerhalb der UP) *entscheidend verschärft“*. (Erklärung der UP nach dem Putsch). Weiter heißt es: *„Auf der politischen Ebene dienten die sektiererischen ...Vorstellungen des Linksopportunismus dem Spiel der von Frei geleiteten Christdemokraten... und erlaubten es ihr, die DC in eine unversöhnliche Oppositionspolitik gegen die UP-Regierung zu treiben...“.*



In widerwärtiger Weise geht der Revisionismus den eigenen Fehlern (dem „friedlichen Übergang...“) aus dem Weg und schiebt die Niederlage dem MIR und den Kräften des Widerstandes in die Schuhe, die v o r dem Putsch bereits auf die konterrevolutionäre Gefahr hingewiesen und sich politisch, organisatorisch und militärisch darauf vorbereitet haben.

Als Z i e l gab und gibt die „KP“ den *„Aufbau eines demokratischen, nationalen, pluralistischen* (!), *neuen Volksstaates* (an)... *Wir wünschen, daß sich die Gesamtheit der Christdemokratie in den Widerstand und in die antifaschistische Front integriert“.* („Chile-Nachrichten“, Nr. 18).

Mit dieser politischen Programmatik war es das Ziel der „KP“, eine Reorganisierung der Unidad Popular zustande zu kriegen. Ziel dabei ist es gewesen, einen Keil zwischen den MIR und den linken Flügel der UP-Parteien zu treiben, um so die revolutionäre Linke zu isolieren.

Diese verbrecherische Politik der „KP“ ist genauso gescheitert wie die ständigen Anbiederungsversuche an Herrn Frei. Dies veranlaßte die „KP“ zu wilden Hetztiraden gegen den MIR in ihrer Schrift „Der Linksradikalismus – Trojanisches Pferd des Imperialismus“. Dieses Pamphlet ist eher ein Ausdruck der S c h w ä c h e der Revisionisten.

Auf der Konferenz der „Kommunistischen Parteien“ Lateinamerikas im vergangenen Jahr wurden die revisionistischen „Lehren“ aus Chile nochmals ausdrücklich dokumentiert: ein noch stärkeres Anbiedern an die „nationale Bourgeoise“, Verurteilung des bewaffneten Kampfes usw.

Mit dieser Politik tragen die Revisionisten wesentlich zur Spaltung des chilenischen Widerstands bei.

Unterstützt die Bewegung der revolutionären Linken Chiles – MIR!

Eine bedeutende Rolle im chilenischen Widerstand spielt der MIR, die „Bewegung der revolutionären Linken“ Chiles. Vor rund 10 Jahren entstand der MIR und arbeitete damals hauptsächlich unter der Landbevölkerung, unter den Landarbeitern und unterstützte Landbesetzungen usw. Es war der MIR, der während der gesamten UP-Zeit vor den Illusionen des „friedlichen Übergangs“ warnte, gleichzeitig aber fortschrittliche Maßnahmen der Allende-Regierung unterstützte. Allerdings waren *„die Kräfte der revolutionären Linken nicht in der Lage, in kurzer Zeit die Führung der Massenbewegung zu übernehmen, um so den revolutionären Prozeß voranzutreiben“* – der Einfluß des Reformismus innerhalb des chilenischen Volkes war noch sehr stark. Der MIR sah die Gefahr der Konterrevolution voraus und bereitete sich politisch, organisatorisch und militärisch darauf vor: als einzige Organisation der Linken blieb seine organisatorische Infrastruktur nach dem Putsch intakt, da der MIR sich gut auf die Bedingungen der Illegalität vorbereitet hatte. Kurz nach dem Putsch antwortete der MIR der konterrevolutionären Offensive mit bewaffneten Aktionen, die überall im Land ausgebrochen waren. Die bewaffneten Aktionen wurden allerdings, dieses Fazit muß man nach drei Jahren Faschismus ziehen, auf der Grundlage einer gewissen Ü b e r s c h ä t z u n g der Kräfte des Widerstandes und einer Unterschätzung der Diktatur – vor allem, was den Zeitraum der Herrschaft der Junta anbelangte – durchgeführt und forderten zahlreiche blutige Opfer. Allerdings erkannte der MIR sehr bald diese falsche Position und richtete den antifaschistischen Kampf l a n g f r i s t i g aus. Eine gewisse Selbstkritik über Chile hinaus klingt in den Aussagen von Nelson Gutierrez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, an, wenn er sagt: *„Wir wollen nicht Kampfformen anwenden, die weit vor dem Bewußtsein der Massen liegen. Was Bewußtsein und Kampfformen anbetrifft, so soll eine Avantgarde selbstverständlich einen Schritt vor den Massen liegen, aber niemals mehr als einen Schritt. Niemals zwei oder mehr. Würden wir uns von der Bewußtheit der Massen weit entfernen, dann würden wir dem selben traurigen Schicksal entgegengehen wie fast alle revolutionären Organisationen Lateinamerikas bisher, wir würden uns nämlich isolieren. Die revolutionären Organisationen und Guerillabewegungen in Lateinamerika sind gescheitert, weil es ihnen nicht gelang, ihren Kampf an die Massen anzuknüpfen, ihn von den Massen ausgehend ... zu führen“.* (Rede von Nelson... in AK 78, S. 33).

Die Hauptschläge der Junta richteten sich zweifellos gegen den MIR, der Hunderte von Kämpfern verloren hat.

In den letzten drei Jahren verlor der MIR die besten Kämpfer und viele seiner Genossen, auch aus der Leitung:

– **Bautista van Shouwen** ist noch immer in den KZ's der Junta eingekerkert, niemand weiß, ob er überhaupt noch lebt, er wurde grauenhaft gefoltert.
– der Generalsekretär des MIR, Miguel Enriquez, fiel vor fast zwei Jahren im Kampf;
– im Oktober 1975 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der DINA und Genossen des MIR, wobei der Genosse Dagoberto Perez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, fiel. Nelson Gutierrez und Andres Pascal Allende konnten entkommen und leben heute im Exil.
– Anfang dieses Jahres wurde der Bruder von Miguel Enriquez, Edgardo Enriquez, in Argentinien verhaftet. Ob er lebt und wo er sich aufhält, ist ungewiß.
– noch immer wird die führende Genossin des MIR, Gladys Diaz Armijo, von der Junta festgehalten, obwohl sie mittlerweile drei Visa zur Ausreise erhalten hat. (Vergleiche auch: AK 87, S. 2).

Die derzeitige Arbeit des MIR im Widerstand

Die gegenwärtigen Aufgaben im Widerstand ergeben sich aus folgender Einschätzung: *„Heute erleben wir eine Zeit des Rückzugs und der Schwäche der Volksbewegung und des Vormarsches der bürgerlichen Reaktion... Man beobachtet,...daß sich die Massenbewegung graduell verstärkt und der Widerstand ständig wächst. Aber, noch haben wir einen langen, harten Weg vor uns, um eine neue politische Situation hervorzurufen...“.* (Andres Pascal Allende in: „Volkswiderstand und Solidarität“, Mai 1976).

Das Hauptgewicht der Arbeit liegt heute im *„gewerkschaftlichen Kampf sowie der Verbreitung der Propaganda in verschiedenen Formen“.* (Nelson Gutierrez... in AK 78). Zweitrangige Kampfformen sind Sabotageakte gegen die Junta, kleinere militärische Aktionen usw.

Ein weiterer Schwerpunkt des MIR ist, eine Minimalplattform mit anderen Sektoren des Widerstandes, ausgenommen der rechten Christdemokratie, zustande zu bringen.

Für den revolutionären Sturz der Junta!

Unterstützt die Bewegung der Revolutionären Linken – MIR!

Lateinamerika-Kommission

Argentinien: Massaker von Fatima

Am 20. August hat die faschistische Terrororganisation AAA (Antikommunistische Allianz") in Fatima, 80 km von Buenos Aires entfernt, ein grausames Massaker angerichtet: 30 Menschen, die angeblich alle Angehörige der linken Montoneros waren, wurden vorher von diesen Banditen erschossen und anschließend mit einer Bombe in die Luft gesprengt, so daß die Getöteten nicht mehr identifiziert werden können. Dieses Massaker ist die Antwort der Faschisten auf die erfolgreiche Hinrichtung von General Actis, der die Fußball-Weltmeisterschaften 1978 in Argentinien ausrichten sollte, und die Liquidierung des mittlerweile sechsten Abteilungsleiters der FIAT-Werke durch Widerstandsaktionen der Linken („Neue Zürcher Zeitung", 20. 8. 76 und „Frankfurter Rundschau", 23. 8.). Des weiteren wurden 17 Menschen, ebenfalls von der AAA ermordet, in Lomas de Zamora aufgefunden. Das argentinische Innenministerium kündigte eine „Klärung der vandalischen Episode" an – reine Demagogie, da bestens bekannt und bewiesen ist, daß die AAA engste Verbindungen zum Militär und zur Polizei unterhält, und sich auch weitgehend aus diesen Kreisen rekrutiert.

Faschistische Terrorbanden nach Nazi-Muster

Nach neuesten Berichten orientieren sich die faschistischen Banden an Hitlers „Mein Kampf" und verbreiten dieses Buch öffentlich; faschistische Banden haben schon Attentate auf jüdische Geschäfte verübt und bilden die Speerspitze der Argentischen Reaktion gegen die Arbeiterklasse. Das Treiben der Faschisten hat auch die Widersprüche über die weitere Orientierung der Junta verschärft. Teile der Streitkräfte kritisieren die AAA, da sie *„den Prozeß der nationalen Reorganisation stören"* würde („NZZ", 20. 8. 76). Im Juli kam es zur offenen Meuterei in der Bundespolizei, wonach Präsident Videla mit einer umfangreichen Säuberung begann und die Kommandostellen ihm ergebenen Offizieren übertrug.

Die Differenzen innerhalb der Junta bestehen darin, daß der Flügel um General Videla, General Viola (zweiter Mann in der Armee), Marine-Chef Admiral Massera und Luftwaffenchef Agosti ihre Hauptaufgabe darin sehen, die revolutionäre Linke (PRT/ERP und die Montoneros) rasch zu liquidieren.

Ausdruck dieser Politik sind die gezielten Schläge der Armee gegen die PRT/ERP, und die Ermordung des Führers der PRT/ERP, Santucho. Die Videla-Gruppe möchte „unnötiges Blutvergießen" vermeiden und die „Rückkehr zur Demokratie" anstreben. Dieser Weg soll eingeschlagen werden, um möglichst viel ausländisches Kapital anzulocken und ein politisch „sauberes" Land vorzuzeigen.

Andere Kräfte im Militär, vor allem in der Marine, arbeiten offen mit der AAA zusammen und gelten als „Pinochetisten"; sie wollen ihren brutalen Terror auf die bürgerliche Opposition insgesamt ausdehnen und eine Militärregierung ohne zeitliche Begrenzung – im Gegensatz zu Videla, der seine Herrschaft auf drei Jahre begrenzt sieht.

Diese offensichtlichen Widersprüche im Militär werden sich zweifellos weiter nach r e c h t s verschieben. Das liegt vor allem daran, daß der Widerstand in Argentinien gegen die Junta nicht zerschlagen ist, sondern durch Streiks usw. organisierten Widerstand leistet. Selbst die bürgerliche „Neue Zürcher Zeitung" mußte zugeben, daß *„die Guerilla . . . noch weit davon entfernt ist, ihre Waffen zu strecken"* (21. 8. 76).

Aufgrund der relativen Stärke des argentinischen Widerstands werden sich die „Pinochetisten" in Zukunft durchsetzen und das Ausmaß der Repression noch weiter vorantreiben. Hinter dieser Fraktion dürfte insbesondere der CIA stehen.

Lateinamerikakommission

Bolivien: Guerillas verhaftet

Die bolivianischen Militärs konnten leider zwei Guerillas verhaften, allerdings sind sieben weitere Genossen den Verfolgungen bisher entkommen. Alle Genossen sind Mitglieder der PRT und wurden verfolgt, weil sie am 5. und 7. Juli Bombenattentate auf hohe Militärs unternommen haben sollen.

Am 29.7.76 hob das bolivianische Militär im Zusammenhang des Bergarbeiterstreiks den Ausnahmezustand über das ganze Land wieder auf; ausgenommen bleiben *„Bezirke, wo Bergwerke der bolivianischen Bergbaugesellschaft in Betrieb sind"* („Monitordienst", 2.8.76). Zynisch erklärte die Junta dazu, daß *„dies eine Maßnahme sei, die nichts mit dem Ausnahmezustand zu tun habe"* („Monitordienst", 2.8.76).

Damit will sich die Junta die militärische Kontrolle über die kampfstarken Bergarbeiter Boliviens sichern.

Lateinamerikakommission

Konferenz der „Fortschrittlichen Volkspartei' Guayanas

Kürzlich fand in New Amsterdam, der zweitgrößten Stadt Guayanas, der 10. Kongreß der „Progressiven Volkspartei" (PPP) unter der Losung *„Vorwärts für antiimperialistische Einheit und Sozialismus"* statt. Guayana ist – nach Kuba – das fortschrittlichste Land Lateinamerikas und betreibt seit der Unabhängigkeit 1966 eine konsequente antiimperialistische Politik. Die PPP wurde bereits 1950 gegründet, als Guayana noch britische Kolonie war, und stellte Anfang der sechziger Jahre schon einmal eine Regierung. Auf Druck der Arbeiter und Bauern, unter denen die PPP einen großen Einfluß besitzt, konnte die Regierung Burnham gezwungen werden, sowohl innen- wie außenpolitisch eine fortschrittliche Politik zu betreiben:

– Guayana unterhält diplomatische Beziehungen nicht nur zu Kuba, sondern auch zu allen Staaten des RGW.
– Innenpolitisch wurden die Bauxit-, Zuckerrohr- und Holzindustrien verstaatlicht; im neuen Bildungsgesetz wurde für alle Kinder der kostenlose Schulbesuch festgelegt. Ebenfalls kostenlos ist die medizinische Versorgung.

Die Haltung der PPP zur jetzigen Regierung ist „kritisch"; sie wird dort unterstützt, wo es auch den Interessen des Volkes nützt, aber an dem Punkt kritisiert, wo die Politik ausschließlich der nationalen guayanischen Bougeoisie nützt. *„Die Delegierten des Parteitages der PPP drücken den Willen aus, den Aufbau eines revolutionären demokratischen, friedliebenden und wohlhabenden Guayana sozialistischer Orientierung in Angriff zu nehmen"*, heißt es in einem Kommentar von „Radio Havanna" zum Parteitag („Monitordienst", 4. und 11.8.76).

Guayana, eines der wenigen noch fortschrittlichen Länder auf diesem Kontinent, wird zunehmend vom Imperialismus bedroht: Vor allem Brasilien startete in letzter Zeit häufiger bewaffnete Grenzprovokationen, unterstützt vom US-Imperialismus („Monitordienst", 11.8.76).

Lateinamerikakommission

Neue Offensive der Faschisten

Das faschistische Duvalier-Regime in Haiti nahm einen Streik von 300 Zementarbeitern in der Nähe der Hauptstadt Porte-au-Prince zum Anlaß, eine erneute Verhaftungswelle durchzuführen. *„Tausende werden gegenwärtig von der Geheimpolizei verfolgt"* („Horizont", 9.8.76). Als eine kleinere Zeitung Protestresolutionen der Zementarbeiter abdruckte, wurde die Redaktion durchsucht und der Jounalist Gasner Raymond wenig später ermordet aufgefunden. Überhaupt hält Haiti einige traurige „Rekorde":

– Die Kindersterblichkeit von 13,8% ist die höchste Lateinamerikas.
– 27% der Kinder im Vorschulalter sind stark unterernährt.
– Der Anteil der Kapitalinvestitionen seitens der USA beträgt bereits 70%; so befinden sich die Zuckerraffinerien völlig in der Hand der US-Imperialisten („Horizont", 9.8.76).

Lateinamerikakommission

Der „Dritte Weg" der AUD — woher kommt er, wohin führt er?

Im „Antifa-Steckbrief Nr. 3" waren einige braune Organisationen und Gestalten der „Lebensschutz"-Bewegung aufgespießt worden – vor allem der „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL). Daß auch die mit dem WSL eng zusammenarbeitende „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) in diese Ecke gehören soll, hat bei einer Reihe von Lesern Erstaunen und Zweifel ausgelöst. So heißt es in einem Brief aus Whyl: *„Die ‚AUD' wird von vielen hier als ‚links' eingeschätzt; ihre Zeitung ‚Die Unabhängigen' lag sogar längere Zeit im Freiburger Linksbuchladen ‚Jos Fritz' aus"*. Im Gegensatz dazu hatten wir den „alten AUD-Stamm" um den Parteichef Haußleiter geschrieben:*„Er erweist sich bei näherem Zusehen als aus nazistischer-reaktionärer Vergangenheit hochgekommen"*. Die weiter aufgeführten Fakten zur Entwicklung der AUD bzw. ihrer Vorgänger-Organisation „Deutsche Gemeinschaft" (DG) seit 1949 sind von einem Leser aus Regensburg sogar Haußleiter vorgehalten worden, der eine „Stellungnahme zu den Anschuldigungen" abgab.

Der „Dritte Weg"

Gemessen an den Mitgliederzahlen oder am Stimmengewinn bei Wahlen, ist die AUD zweifellos inzwischen ein unbedeutendes Grüppchen – anders als in ihrer DG-Vergangenheit, wo sie immerhin über Jahre etliche Landtagsmandate innehatte. Andererseits entfaltet die AUD aber im Rahmen von Umweltschutz- und Bürgerinitiativ-Aktionen, jeweils vor Ort, erhebliche Aktivitäten. Ihre politische Bedeutung liegt zudem darin, daß sie für eine ganze Linie steht: die des „Dritten Wegs", der „Dritten Front", des „unabhängigen Sozialismus jenseits von Kapitalismus und Kommunismus" oder wie dergleichen sonst noch heißen mag. Zu dieser im wesentlichen antikommunistischen Strömung gehören Grüppchen mit jahrelanger Tradition wie die FSU oder auch der „5 %-block". Dazu gehört auch (und durchaus mit Verbindungen zu AUD, FSU usw.)
oder auch der „5 %-block". Dazu gehört auch (und durchaus mit Verbindungen zu AUD, FSU usw.)
der ganze Bereich der „Neuen Rechten", d.h. der „Nationalrevolutionäre", der „Solidaristen" usw. Sie alle treten mit Parolen wie „antiimperialistische Solidarität", „Kampf allen Unterdrückern der Völker" (und, ML-verdächtig, „Contra SU- und US-Imperialismus") auf. Hier reiht sich auch die Propaganda der „Jungen Nationaldemokraten" (NPD-Jugendorganisation) ein, die gleichfalls einen „dritten Weg" anpreist.

Daß nazistische Organisationen wie die NPD zur Dritten-Weg-Propaganda greifen, leuchtet ein:

Es geht schließlich darum, beunruhigte, empörte, zu Protest bereite Menschen zu gewinnen, die Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft suchen Mit offenem Faschismus ist da wenig zu wollen; der Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus ist um so besser zu verkaufen, je „sozialistischer" die Faschisten selbst auftreten.

Das ist eine alte Masche: In Deutschland – vor und nach dem „Dritten Reich" – bildeten die Gruppen um die Gebrüder Strasser diesen Kurs aus. In einer 1930 herausgegebenen Erklärung der „oppositionellen" Nazis unter Führung Otto Strassers heißt es beispielsweise:*„Wir faßten und fassen den Nationalsozialismus als eine bewußt antiimperialistische Bewegung auf (...). Wir empfanden und empfinden den Nationalsozialismus demgemäß seiner ganzen Wesenheit nach als ebenso feindlich dem kapitalistischen Bürgertum wie dem internationalen Marxismus und sehen seine Aufgabe in der Überwindung beider"*.

Mit antikapitalistischen Phrasen wurde bereits die NSDAP aufgebaut; die erste Tat der Faschisten nach der „Machtergreifung" war die Zerschlagung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften. Im Dienste der Krupp, Thyssen usw. führte der „Dritte Weg" der Faschisten in den Krieg und Terror des deutschen Imperialismus.

Nun legen die heutigen Verfechter von Dritter-Weg-Theorien größten Wert darauf, sich vom Faschismus abzugrenzen. Wie steht es da mit der AUD?

Nazi-Tarngruppen am Anfang...

AUD-Chef Haußleiter selbst steht zumindest in der parteioffiziellen Fassung makellos da: *„Haußleiter ist von Beruf Journalist und Schriftsteller; er bewahrte sich auch während des Dritten Reiches seine Unabhängigkeit, gehörte nicht der NSDAP an, verzichtete aber auch nach dem Kriege darauf, sich als Widerstandskämpfer darzustellen"* (AUD-Broschüre „Freiheit, Sozialismus, Unabhängigkeit"). Zwar hinderte die Unabhängigkeit dieses Fast-Widerständlers gegenüber den Nazis ihn nicht, bis 1940 „Schriftleiter" beim „Fränkischen Kurier" zu sein (danach folgte Wehrdienst). Aber sei dem, wie es sei. Interessanter ist, daß in seiner weiteren „offiziellen" Karriere-Schilderung nach 1949 eine Lücke klafft: *„Unmittelbar nach 1945 gründete Haußleiter eine unabhängige Arbeiter-, Bauern- und Bürgervereinigung. Als sich diese der CSU anschloß, wurde er (...) deren stellvertretender Vorsitzender. Er brach mit ihr 1949"*. Und danach...? Da geht's scheinbar erst im Juli '65 mit der AUD-Gründung weiter. Ausgespart ist die ganze Zeit der „Deutschen Gemeinschaft" Offenbar paßt da was nicht ins AUD-Konzept. Warum?

Im „Antifa-Steckbrief" hatten wir
Offenbar paßt da was nicht ins AUD-Konzept. Warum?

Im „Antifa-Steckbrief" hatten wir
geschrieben: *„Unmittelbar nach 1945 (war er) beim Aufbau von Nazi-Tarngruppen dabei (...). Später wußte er mit der DG Kontakte zu allen rechtsradikalen und faschistischen Gruppen herzustellen (BHE, SRP, DRP u.a.). Zahlreiche Nazis und SS'ler halfen mit"*. Dazu Haußleiter heute (nach dem Leserbrief aus Regensburg): Er habe *„keine Nazitarngruppen aufgebaut"* - und zu den Kontakten: *„Die DG hat mit der SRP, DRP und dem BHE nur schwerste Konflikte gehabt"*.

Also ein Blick auf die Zeit „unmittelbar nach 1945":

Anfang 1949 bildete sich die **„Deutsche Union"** (DU). In ihr stiessen verschiedene nationalkonservative Kreise zusammen, deren gemeinsamer Nenner die Ideologie der „Konservativen Revolution" war. Deren Chefideologen (**Moeller, van den Bruck** u.a.) hatten bereits vor 1933 den Faschisten ideologische Zuträgerdienste geleistet. Kein Wunder, daß auch die DU wieder für Faschisten aller Art offen stand:

Zu den DU-Aktivisten gehörten z. B. **Fritz Dorls** und **Gerhard Krüger** (beide NSDAP-Mitglieder schon vor 1933), die wenig später die faschistische **„Sozialistische Reichspartei"** (SRP) aufbauten. (1952 wurde die SRP als NSDAP-Nachfolgeorganisation verboten). Weiter gehörte zur DU-Elite **Kurt Döhring**, ehemaliger SS-Führer, und eine ganze Reihe früherer Hitler-Jugend-Führer, z.B. **Karl-Heinz Mende**.

Haußleiter (damals noch CSU-Vize) dürften das alles keine Unbekannten sein: Er nämlich war mit von der DU-Partie – und zwar so sehr, daß er (zusammen mit dem Nazi Krüger) das DU-Programm entwarf. Das war denn auch danach: Im Osten habe die Diktatur des Proletariats die Bevölkerung ins Elend gestürzt, im Westen bauten die Veteranen aus der Weimarer Republik (vor 1933) ein zweites Mal an einer „Gespensterdemokratie" (DU-Flugblatt zur Gründung). Haußleiter damals über den Charakter der DU: *„Eine Elite im Hintergrund sein, die in die politische Schlacht geworfen wird, wenn die erste Welle ausgeblutet ist"* („Der Informationsdienst", 25.3.1950).

Die DU stellte - mit so einem Programm! - eine der Kontaktgruppen der Nazi-Untergrundorganisation „Bruderschaft" dar, die von den Ex-SS'lern **Beck-Broichsitter** und **Franke-Gricksch** aufgebaut wurde. (Ziel: Kaderbildung, Herstellung internationaler Kontakte, Fluchthilfe für Nazis). Dazu gehörte u.a. auch der Faschist **Karl-Heinz Priester** (u.a. Mitbegründer der Zeitschrift **„Nation Europa"**; zeitweilig Sprecher der „Europäischen Sozialbewegung" (ESB), eines internationalen Faschistenzusammenschlusses, aus dem später **ENO** („Europäische Neuordnung"), die Dachorganisation der faschistischen Terrororganisationen „Ordre Nouveau", „Ordine Nuovo" u.a., hervorging; Chef zahlreicher faschistischer Organisationen, darunter des ESB–Ablegers **„Deutsche Sozialbewegung"** (DSB).

Auch Priester gehört zum Haußleiter-Freundeskreis; davon gleich mehr.

Festzuhalten ist, daß die ersten politischen Schritte des heutigen AUD-Chefs nach 1945 ihn in den DU-„Bruderschafts"-Kreis führten, will sagen: Mitten hinein in das Netz von Nazitarngruppen, von dem DU und „Bruderschaft" beileibe nicht alle „Knoten" waren.

...danach Nazi-Auffangbecken

Allerdings trennte sich Haußleiter
...danach Nazi-Auffangbecken

Allerdings trennte sich Haußleiter
bald von der DU - um seine eigene „Deutsche Gemeinschaft" zu gründen. War das nun der Schritt in die „Unabhängigkeit" von Nazis und anderen Faschisten?

Der neugegründete Zusammenschluß trat mit folgender Führungsmannschaft an: Außer Haußleiter und Dr. **Malluche** (seiner heutigen Frau) die Herren **Wilhelm Mattes** (Führer) der „Flieger- und Währungsgeschädigten", vor 1933 Mitglied der reaktionären „Deutschen Volkspartei"), **Dietrich Eckhart** (früher hoher Beamter im Nazi-Finanzministerium) **Oeltze von Lobenthal** (früherer Wirtschaftsredakteur der von Goebbels herausgegebenen Zeitung „Angriff") und **Bruno Maaß** (General der Nazi-Luftwaffe). Eckhard und von Lobenthal gehörten beide auch der DU an.

Unter Leitung dieser sicherlich ungemein fortschrittlichen Truppe entwickelte sich die DG in den 50er Jahren zu einer der Kerntruppen im antidemokratischen (die AUD sagt heute: „realdemokratischen") Lager. Und in der Tat halfen dabei „zahlreiche Nazis und SS'ler" mit, wie im Antifa-Steckbrief steht. Zu nennen wäre da

- das Vorstandsmitglied Dr. **Rudolf Aschenauer** – bekannt als Verteidiger in NS-Kriegsverbrecherprozessen und als rühriger Trommler für die Freilassung des SS-Verbrecher Kappler sowie tief verstrickt in Pläne, die faschistische SRP auch nach ihrem Verbot 1952 getarnt weiterzuführen („Spiegel", 13.8.52).
- Weiter ist zu erinnern an den DG-Spitzenfunktionär **Fritz Brehm**, Ex-SS-Major.
- Stadtratsmitglied und Kreisvorsitzender der DG in Bischofswiesen war der Nazi-Luftwaffen-Oberst **Wilhelm Danneberg**, u.a. ein enger Kontakt zu dem mit allen Nazi-Wassern gewaschenen Oberst Rudel.
- Bis Ende 1956 waren die DG-Führer im Stammland der DG/AUD, Baden-Württemberg, **Oskar Meerwarth** und **Willi Mellin** – beides ehemalige SRP-Faschisten.
- 24 Stunden nach dem Verbot der SRP stürzte sich deren Hauptgeschäftsführer **Fritz Heller** wieder ins volle politische Leben – jetzt aber als Geschäftsführer der Haußleiterschen DG in Niedersachsen! („Presseinformation" des niedersächsischen Innenministeriums. 20.3.53).
- Natürlich ebensowenig zufällig traten bei Wahlveranstaltungen der DG nach 1952 ehemalige SRP-Leute gleich gehäuft auf (so z.B. am 10.3.53 in Lüneburg: Der Nazi-Regierungspräsident und spätere SRP-Führer **K.Matthaei**, der SRP-Bezirkschef **H.Jungmann**, der SRP'ler **H. Retzlaff** und der Lüneburger SRP-Chef **G.v.Kusserow**).

Diese Beteiligung solcher glasklaren Faschisten am politischen Wirken der DG ist deshalb kein Zufall, weil die DG 1952 als Auffangbecken für die verbotene SRP ausgesucht wurde. Kontaktgespräche zwischen Haußleiter und SRP-Führern (Dorls, Krüger, Heller) fanden mehrfach statt („Presseinformation", 20.3.53) – mit dem genannten Ergebnis, daß SRP-Funktionäre reihenweise in die DG aufgenommen wurden. Die Androhung bzw. Durchführung des Verbots mehrerer DG-Landesverbände 1952/53 machte diesen Faschisten-Plänen einen Strich durch die Rechnung. Hauptnachfolger der SRP wurde schließlich die **„Deutsche Reichspartei"** (DRP) des späteren NPD-Chefs **v.Thadden**.

Es ist nicht nötig, die weiteren Haußleiter-Kontakte (zum BHE, zur
NPD-Chefs v.Thadden.

Es ist nicht nötig, die weiteren Haußleiter-Kontakte (zum BHE, zur
DRP usw.) ebenso ausführlich auszubreiten. Erwähnenswert ist aber noch, daß die schon genannte faschistische Organisation **„Deutsche Sozialbewegung" Priesters** sich der DG anschloß. (Durch Priester kam Haußleiter übrigens auch mit dem heute als Chef des nazistischen, paramilitärischen **„Kampfbund Deutscher Soldaten"** berüchtigten **Erwin Schönborn** zusammen!).

Nach allem verwundert es nicht, daß Haußleiter und seine DG in den 50er Jahren in Faschistenkreisen den Ruf besonderer Tüchtigkeit genoß. Wie anders sollte es erklärlich sein, daß der ehemalige Herausgeber der SRP-Zeitung, **Wolfgang Sarg**, Haußleiter zu den „bedeutendsten Führern" unter den Nachkriegsfaschisten in Westdeutschland zählte (neben Rudel, Aschenauer u.a.)?! Deshalb bezog Sarg ihn auch in seine Pläne für eine große Sammlungsbewegung ein (ebenso wie DRP- und SRP-Führer); Sargs Organisation war eine aus England angeleitete „Natinform". Davon, sagt Haußleiter, hat er nie gehört. Daß Haußleiter nach 1960 auf dem „Deutschen Kulturkongreß" des **DKEG** („Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes") – einer der Hauptumschlagsplätze für faschistische Ideologie (inzwischen in Österreich verboten!) – als Sprecher auftrat, zeigt, daß er zumindest bis dahin nach wie vor seinen Wirkungskreis in derselben – nämlich braunen – Ecke suchte und fand.

Und heute – alles ganz anders?

Nun ist nicht zu bestreiten, daß Haußleiter sich öfters von zeitweiligen Mitstreitern getrennt hat, z.B. von Brehm, von Oeltze, von Lobenthal, von Aschenauer usw. Dennoch steht die Frage, welchen Kurs Haußleiter h e u t e in der AUD steuert. Aufgrund ihres Auftretens als „liberal-soziale" Dritte-Weg-Gruppe vor allem im Umweltschutzbereich (früher auch in der Ostermarsch-Bewegung) ist davon auszugehen, daß sich der AUD auch Menschen angeschlossen haben, die mit Faschismus nichts im Sinn haben. Sicher unterscheidet sich die AUD auch nicht nur im Auftreten von Faschisten in der NPD und anderswo. Andererseits sollte man sich nicht täuschen: Das heutige AUD-Programm ist so weit nicht vom „Nationalen Manifest der Deutschen Gemeinschaft von 1951 entfernt. Damals ging es gegen die *„unkontrollierbaren Partei-Gruppen"* und gegen den *„zersetzenden materialistischen Geist der Interessengruppen in unserem öffentlichen Leben"*. Daher sollte die *„organische Einheit von Kapital und Arbeit in der Werkgemeinschaft"* geschaffen werden und ein *„Recht auf nationale Solidarität"* bestehen. Heute wendet sich das AUD-Programm wieder (oder: immer noch) gegen die *„unkontrollierbar gewordene Dauerherrschaft einer vom Volke losgelösten Funktionärsschicht"*, fordert die *„Einführung eines Wirtschafts- und Sozialrates, der die volkswirtschaftlich relevanten Entscheidungen trifft"* (Das – wie die *„organische Einheit von Kapital und Arbeit"* der DG – ist nichts anderes als das alte korporativistische Programm der Faschisten: Bei den Nazis bedeutete das die Zerschlagung der Gewerkschaften und die erzwungene „Einheit" von Kapitalisten und Arbeitern in der „Deutschen Arbeitsfront"). Statt der *„inneren Leere der gegenwärtigen Gesellschaft"* wird von der AUD eine *„neue, menschliche Gesellschaftsordnung"* propagiert, die *„weder mit dem heutigen zerstörerischen Großkapitalismus noch mit dem bürokratisch erstarrten Alt-Sozialismus anderer Länder"* übereinstimmen soll.

Diese *„neuen sozialen und politischen Ideen in Deutschland"* (AUD-Broschüre, s.o.) sind keineswegs so neu, wie die AUD glauben machen will, wie ein Blick auf das anfangs angeführte NSDAP-Zitat der Strasser-
neu, wie die AUD glauben machen will, wie ein Blick auf das anfangs angeführte NSDAP-Zitat der Strasser-
Gruppe zeigt.

Wieweit die Praxis der AUD ihrem Programm entspricht, d.h. ob es schnurstracks in den braunen Sumpf führt, ist damit noch nicht gesagt. In den Auseinandersetzungen mit AUD'lern vor Ort gilt es daher, die Ohren zu spitzen und die Augen aufzumachen. (Für Erfahrungsberichte ist die AK-Redaktion jederzeit dankbar!).

Soviel steht allerdings fest: Auch seitdem Haußleiter auf AUD-Kurs fährt, stört ihn braunes Gewerkel (wie der Blut-und-Boden-Rassismus, der in so mancher WSL-Gruppe gepflegt wird) nicht. Eher im Gegenteil. So meint Haußleiter, den brisanten Punkt (daß die faschistische „Gesellschaft für Erbgesundheitspflege" als WSL-Gruppe ihr Unwesen treibt, wie im „Antifa-Steckbrief" nachgewiesen) elegant umschiffen zu können, indem er behauptet: *„Von der ‚Gesellschaft für Erbgesundheitspflege' hat er* (der WSL) *sich distanziert."* Na, dann ist ja alles gut, und die AUD kann weiter mit dem WSL ...

Man darf nun gespannt sein, was Haußleiter zum folgenden einfällt: Zum 14.Mai 76 rief der WSL zu einem Vortrag seines niedersächsischen Landesverband-Chefs E.-O.Cohrs in Uelzen auf (Cohrs ist übrigens auch schon als Redner beim DKEG aufgetreten). Verantwortlich für das Ankündigungsflugblatt zeichnete allerdings eine **„Deutsche Bürgerinitiative in der Lüneburger Heide"**. Und die wiederum ist dieselbe, die im letzten Jahr den berüchtigten Chef der **„Deutschen Bürgerinitiative", Martin Roeder**, zu Nazi-Provokationen nach Lüneburg holte!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ermittlungsverfahren gegen Anti-Vorster-Demonstranten

Gegen mehrere Genossen, die anläßlich des Kissinger-Vorster-Treffens in Bodenmais (Bayern) demonstriert haben, wird jetzt von der Regensburger Polizei ermittelt.

Am Tag der ersten Zusammenkunft der beiden Rassisten hatte es vor ihrem Treffpunkt, dem Bodenmaiser Hotel Sonnenhof, eine Protestversammlung gegeben, an der sich Genossen der Jusos, der SHI, der GIM und des KB beteiligt hatten. Sprechchöre ließen so den beiden selbst im hintersten Winkel des Bayerischen Waldes nicht die erhoffte Ruhe. Willkürlich und brutal unternahmen daraufhin einige der aus ganz Bayern zusammengezogenen Bullen mehrere Attacken, griffen wahllos einige Demonstranten heraus und schleppten sie hinter ihre Barrikaden.

Bezeichnenderweise wurden dagegen die etwa 10 NPD-Faschisten, die auf Transparenten eindeutig ihre rassistische Gesinnung bezeugten("Vorster bleib bei deiner Politik, ein Angola ist genug"), völlig in Ruhe gelassen.

Jetzt wird gegen die betroffenen Genossen wegen folgender Vergehen ermittelt:

- Beteiligung an einer nicht genehmigten Demonstration;
- Verteilen eines Flugblattes mit beleidigendem Inhalt;
- Beleidigung eines Vertreters eines befreundeten (!) Staates.

Deutlicher kann die Sympathie der bürgerlichen Staatsorgane für das Rassistenregime in Südafrika wohl kaum ausgedrückt werden!

KB/Gruppe Nürnberg

Infratest-Umfrage für den Verfassungsschutz

Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, die vom Bundesinnenministerium des FDP-Ministers Werner Maihofer finanziert wird, hat bei dem Marktforschungsinstitut „Infratest" ein Spitzel-Interview in Auftrag gegeben.

„Befragt" wurden drei Personengruppen: Mitglieder linker Organisationen, Personen, die unter den Radikalen-Erlaß fallen, und arbeitslose Akademiker – unter denen wohl ebenfalls „radikale Neigungen" vermutet werden.

Gefragt wurden sie unter anderem: *„Kommt für Sie die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele in Betracht? Empfinden Sie Sympathien für Feministen, Homosexuelle und Lesben, Linksradikale und Strafgefangene? Würden Sie einen flüchtigen Genossen der RAF (Baader-Meinhof-Gruppe) für einige Zeit bei sich aufnehmen?"*.

Auch Fragen nach Drogengebrauch und Erfahrungen mit Wohngemeinschaften stellten die Interviewer.

„Entgegen der zugesicherten Geheimhaltung müssen die Interviewer zusammen mit dem Fragebogen die Adressen der Befragten nach München übermitteln – per Einschreiben. Dazu hat der Interviewer eine Beschreibung der äußeren Erscheinung des Befragten zu liefern, worin Haartracht (Stichworte sind unter anderem „extrem lang", „unordentlich"), Kleidung(„schmutzig", „provozierend") und Verhaltensweisen („Zittern", „Schwitzen", „Tablettenkonsum") geschildert werden" („Stern", 33/76).

Übrigens untersteht der Verfassungsschutz ebenfalls dem Herrn Maihofer .....

Neues über den Teufel

Nach der "Teufelsaustreibung" in Miltenberg, bei der eine 23-jährige Würzburger Studentin ums Leben kam, hätte der durch die katholische Kirche gezüchtete Satanswahn fast ein neues Todesopfer gefordert.

So versuchte eine 30-jährige Krankenschwester im D-Zug von Salzburg nach Hamburg, ihre 60-jährige Kollegin zu erwürgen. Ein Mitreisender hatte im letzten Augenblick die Tat verhindern können.

Als Tatmotiv gab die 30-jährige an: *"Gott hat mir den Auftrag gegeben, sie zu töten, weil meine Kollegin der Teufel ist."*("NZ", 23.8.)

Zu was einen der Herrgott nicht alles treibt, wenn jemandem Hörner aufgesetzt werden........

KB/Gruppe Nürnberg

Neuer Polizeiterror in Bremen

21.8.76: Im Bremer Stadtteil Neue Vahr steht neben mehreren Informationsständen der bürgerlichen Parteien ein Stand des KBW. Zwei junge Bullen gehen zielstrebig auf den KBW-Tisch zu, verlangen eine Genehmigung, die vorliegt. Ein KBW-Genosse protestiert gegen diese erneute Schikane durch die Polizei (die Parteistände blieben natürlich unbehelligt). Die Bullen verlangen seinen Personalausweis. Er weigert sich. Angesichts von Protesten weiterer Genossen ziehen die Bullen ab und kommen kurze Zeit später mit vier weiteren zurück. Sie fordern den Genossen auf, mitzukommen. Als er sich weigert, wird er brutal weggezerrt, geschlagen und gegen eine Schaufensterscheibe gedrängt. Einige aufgehetzte Reaktionäre beteiligen sich handgreiflich, protestierende Umstehende werden beiseite gestoßen. Mit Handschellen wird der Genosse an einen Stützpfeiler gefesselt, bis „Verstärkung“ eintrifft: acht weitere Bullen. Der Genosse wird in einen Streifenwagen geprügelt, im Wagen schlägt ein Bulle weiter und muß von seinen Kollegen gebremst werden. Auf der Wache wird der Genosse gefilzt und muß sich nackt ausziehen. Mit einer Platzwunde am Auge und Verletzungen am Handgelenk wurde er später entlassen.

27.8.76 Auf einer Kundgebung von CDU-Kohl (etwa 2.000 Teilnehmer) werden zwei Genossen von Bullen aus der Menge gezerrt und festgenommen. Im Anschluß an die CDU-Kundgebung führt der KBW eine nichtangemeldete Demonstration durch. Als er in der Innenstadt eine Kundgebung abhält (mit ca. 80 Teilnehmern), wird diese von Polizei umstellt und unter Einsatz von Tränengas und Hunden auseinandergehauen. Zwei weitere Genossen werden verhaftet.

28.8.76: In den Stadtteilen Finndorf und Neustadt werden Informationsstände der „KPD“ und des KBW abgeräumt. Am Hauptbahnhof wird ein Stellschild des KB von Polizei abgeräumt und die Personalien von drei Genossen aufgenommen. Für das Schild existierte eine Genehmigung. Begründung der Bullen: Das Stellschild stelle „eine Verunglimpfung und Beleidigung der Polizei“ dar. Der Text informierte über die zunehmenden Polizeiüberfälle in Bremen. Über die Beschlagnahmeaktion weigerten sich die Bullen, eine „Sicherstellungsbescheinigung“ auszustellen und rückten das Schild auch nicht wieder raus. Das ist offene politische Zensur!

17.8.76: Ein Arzt – aushilfsweise auch Polizeiarzt – wurde wegen Beleidigung von MEK-Bullen zu 400 DM Geldstrafe verurteilt. Die Bullen – insgesamt 15 – hatten im August 1975 während einer NPD-Kundgebung in einer Seitenstraße auf ihren Einsatz gegen protestierende Antifaschisten gewartet. Der Arzt, der von ihnen angepöbelt wurde, hielt sie zunächst treffenderweise für NPD-Ordner und als er von ihnen bedrängt wurde, gaben diese sich als Bullen zu erkennen, bedrohten ihn aber weiter. Dabei soll er gesagt haben: *„So ein repressiver Haufen ist das hier. Und das sind Kriminalbeamte, ihr Dreckschweine“*. Gegen ihn sagten übereinstimmend vier MEKler aus, elf weitere MEK-„Zeugen“ standen bereit. Der Arzt hatte keinen Zeugen, die Verurteilung war beschlossene Sache.

Den gemeinsamen Kampf gegen den Polizeiterror und die zunehmende Unterdrückung aufnehmen!

Auf Initiative des KB treten der KB, die GIM, die Sponti-Gruppe „Hab keine Angst, Unruhe zu schaffen“ sowie die Sympathisanten des SB dafür ein, gemeinsame Initiativen gegen die zunehmende Repression zu unternehmen. In einer gemeinsamen Erklärung werden die Beteiligten an weitere Organisationen und Initiativen herantreten, mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Straßenaktion und Veranstaltung. Auf einer Diskussionsveranstaltung des KB gegen die Berufsverbote und Polizeiüberfälle am 1.9. (mit gut 100 Teilnehmern) wurde diese Initiative diskutiert.

KB/Gruppe Bremen

Kampf der politischen Unterdrückung

Die Wirklichkeit über das "Modell – Deutschland" der SPD: Dokumentation

BERUFSVERBOTE
POLIZEITERROR in Bremen
JUSTIZTERROR und Bremerhaven

Kommunistischer Bund

Broschüre der KB-Gruppen Bremen und Bremerhaven. Zu beziehen über: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, Feddelhörn 77, 28 Bremen 1 – Preis DM 1.50 + DM 0.70 Porto.

nehmern) wurde diese Initiative diskutiert.

Broschüre der KB-Gruppen Bremen und Bremerhaven. Zu beziehen über: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, Feddelhörn 77, 28 Bremen 1 – Preis DM 1.50 + DM 0.70 Porto.

KB/Gruppe Bremen

Ein aufschlußreiches Flugblatt des Faschisten Schönborn

Erwin Schönborn, Chef des neonazistischen „Kampfbund Deutscher Soldaten“ (KDS), hat Anfang August ein Pamphlet in die Briefkästen von Kalbach und Niederursel verteilen lassen, mit dem er die bekanntgewordenen Enthüllungen über seine faschistischen Umtriebe zu „entkräften“ versucht. Schönborn und seine Truppe sind in letzter Zeit u.a. durch folgende Aktivitäten hervorgetreten:

– Am 21.1.75 marschierte der Schönborn-Kreis zusammen mit dem Nazi-Haufen des Rechtsanwalts Roeder vor dem Haus des ehemaligen Mitanklägers der Nürnberger NS-Prozesse, Robert Kempner, auf; Roeder und Schönborn hielten dort wüste antisemitische Hetzreden und forderten ein neues „Reich von der Maas bis an die Memel“ – das ganze übrigens unter Polizeischutz;

– Kurz zuvor hatte die Schönborn-Roeder-Bande einen Nazi-Aufmarsch in Diez a.d. Lahn durchgeführt und die Freilassung des dort einsitzenden NS-Verbrechers Windisch (einer der wenigen, der tatsächlich noch inhaftiert ist...) gefordert.

– In gleicher Sache schickte Schönborn Drohbriefe sogar an den rheinland-pfälzischen CDU-Ministerpräsidenten Kohl, daß dieser „um Leib und Leben fürchten“ müsse, falls er Windisch nicht begnadige. (siehe „Die Hauptwache“, Frankfurter Stadtillustrierte Nr.2, Febr. 1976);

– Am 17.1.76 rief die Schönborn-Gruppe zusammen mit neun anderen Faschistengruppen (darunter NPD, „Stahlhelm“, „Witiko-Bund“ und „Aktion Oder-Neiße“) zu einer sog. „Reichsgründungsfeier“ ins Frankfurter Volksbildungsheim auf; Schönborn erklärte auf diesem Nazi-Treffen unumwunden: „Wir bekennen uns zum Dritten Reich und wir wollen das Vierte Reich“; die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (VVN) bezeichnet er als die „kriminellste Organisation innerhalb deutscher Grenzen“ und die Regierung der BRD würde seit 1945 nur von „Asozialen, Kriminellen und Patienten der Psychatrie“ getragen (Zitate nach „Hauptwache“ a.a.O.);

– Ferner ergriff Schönborn u.a. Partei für die im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß wegen Mordes bzw. Beihilfe zum Mord in 250.000 (!) Fällen angeklagten ehemaligen KZ-Aufseher.

„Beruflich“ gibt Schönborn allerhand braune Schundliteratur heraus, die er teilweise selbst verfaßt und in der vorrangig dem Nazi-Reich nachgetrauert und dessen millionenfacher Terror schlicht abgestritten wird. Nichts anderes enthält letztlich auch sein erwähntes Briefkasten-Pamphlet: genau wie sein Nazi-Kumpan Roeder, der die 6 Millionen Morde an jüdischen Mitbürgern und politisch Verfolgten durch das Hitler-Regime als „Erfindung krankhafter Hirne“ bezeichnet hat, verbreitet Schönborn die ungeheuerliche Lüge, „daß es auch in Auschwitz keine Vergasungen gab“. Dabei beruft sich Schönborn scheinheilig auf „Augenzeugen“, die das „behaupten“, und die natürlich niemand anders als die Nazi-Verbrecher s e l b s t sind. Weiter stellt Schönborn die dreiste Lüge auf, „daß alle (!) Nachkriegsprozesse, in denen es um ‚Judenvernichtungen' ging, mit meineidigen (!!) Zeugen und gefälschten (!!) Dokumenten geführt wurden“ – eine Behauptung, die nach den §§ 90a bzw. 131 des StGB wegen „Beschimpfung der Bundesrepublik“ bzw. „Staatsverleumdung“ gerichtlich verfolgt werden müßte; und dieser Paragraph wurde in entgegengesetzter Richtung schon häufiger gegen die L i n k e angewandt (wofür er vom bürgerlichen Staat natürlich auch gemacht ist!).

Schönborn versucht, sich in seinem Hetzpamphlet bei der Bevölkerung seines Heimatortes Kalbach und in Niederursel aber vor allem dadurch von den Enthüllungen über seine faschistischen Umtriebe „reinzuwaschen“, daß er seine „lieben Mitbürger“ auf seine "Tätigkeit im Frankfurter Fußball" hinweist, und zwar *„a) als Vorsitzenden des S.V. 1919 Niederursel;*
b) als Kreispressewart von Frankfurt;
c) und als Gründer und Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Waldstadion zusammen mit dem Kreisfußballwart“.

Diese Angaben sind in der Tat auch für jeden Demokraten und Antifaschisten von Interesse; weist dies doch darauf hin, daß es in Schönborns Umgebung eine Menge Leute geben muß, die ihn t r o t z ö f f e n t l i c h e r K e n n t n i s über seine neonazischen Aktivitäten als quasi „honorigen Bürger“ s t ü t z e n und ihm insbesondere durch derartige Funktionen in einem Sportverein einen entsprechenden (neonazistischen) E i n f l u ß a u f z a h l r e i c h e J u g e n d l i c h e verschaffen.

Ganz besonders interessant ist dabei nun aber, w e r z.B. Schönborn offenbar für einen „honorigen Bürger“ hält, worüber dieser dankenswerterweise ein paar konkrete Namen nennt:

– Für seine *„Tätigkeit im Sinne der Völkerverständigung“* (??) und ein von ihm durchgeführtes „Gastarbeiter-Fußball-Turnier“ hätten **Bundesaußenminister Genscher, Bundesinnenminister Maihofer, der hessische Ministerpräsident Albert Osswald und der hessische Sozialminister Schmidt in den Jahren 1974 und 1975 sowie Frankfurts Oberbürgermeister Rudi Arndt** 1974 „Ehrenpreise“ gestiftet; in ihren „Grußworten“ hätten diese *„ihr höchstes Lob für meine dienstbezügliche Tätigkeit zum Ausdruck“* gebracht!

– 1974 habe der hessische Ministerpräsident Osswald ihm außerdem geschrieben, er *„würde mit dem S.V. Niederursel neue Akzente im Sport setzen. Es sei beispielhaft für alle hessischen Sportvereine“*.

Wir halten es für nötig, diese Angaben Schönborns zu überprüfen. Wir halten es für nötig, die Forderung zu stellen, daß Genscher, Maihofer, Osswald, Schmidt und Arndt s i c h d a z u ä u ß e r n m ü s s e n! Und es wird nicht damit abgehen, wenn dies zutrifft, daß ihnen die neonazistischen Aktivitäten Schönborns "nicht bekannt" seien. Schönborn selbst sagt dazu: *„Das alles geschah noch, als ich längst wieder politisch tätig war“* – und das ist unzweifelhaft:

1. können wir zumindest von den uns und der Öffentlichkeit bekannten Umtrieben Schönborns sagen, daß auf alle Fälle der Aufmarsch in Diez/Lahn und der Drohbrief an Kohl (Dezember 1974, siehe oben) sowie der antisemitische Aufmarsch vor dem Haus Kempners (21.1.75, siehe oben), an dem Schönborn neben Roeder führend beteiligt war, v o r den „Ehrenpreisen“ und „Grußworten“ der genannten FDP- und SPD-Politiker aus dem Jahre 1975 gelegen haben.
2. hat der Nazi-Haufen Schönborns sich bereits 1967 (!) gegründet, und zwar zunächst unter dem Namen „Frankfurter Kreis Deutscher Soldaten“, der dann 1975 seine Bezeichnung geringfügig änderte („Kampfbund Deutscher Soldaten“). Schönborn ist in diesen Jahren nach unserer Kenntnis zumindest bereits p u b l i z i s t i s c h in eindeutig faschistischer Weise tätig gewesen (den entsprechenden staatlichen Stellen ist das mit Sicherheit noch mehr bekannt!) – er selbst erwähnt in seinem Pamphlet z.B. ein von ihm geschriebenes „klar anitkommunistisches Werk“ (Titel: „Los von Amerika“) aus dem Jahre 1966.

Im übrigen hat sich Schönborn schon in den 50 er Jahren führend in der rechtsradikalen Szene getummelt.

Genscher, Maihofer, Osswald, Schmidt und Arndt werden also Auskunft darüber geben müssen, ob und wieweit ihre Schützenhilfe für den Nazi Schönborn geht... Die Frankfurter Gruppe unserer Organisation hat eine Presse-Erklärung herausgegeben, um diese Forderung breiter in die Öffentlichkeit zu tragen.

KB/Gruppe Frankfurt

Flensburg Behinderung linker Propaganda

Wie es in „unserem freiheitlichen Rechtsstaat“ mit der Meinungs- und Informationsfreiheit bestellt ist, wurde in den letzten Wochen wieder einmal exemplarisch in Flensburg deutlich. Während sich die bürgerlichen Parteien jederzeit in der Flensburger Innenstadt mit ihren Wahlständen tummeln können, wurde die Propaganda linker Gruppen systematisch von der Polizei behindert. Eine kurze Chronik:

1. Mitte August wurde der Flensburger Frauengruppe die Genehmigung eines Büchertisches mit der fadenscheinigen (und im übrigen rechtswidrigen) Begründung verweigert, während des Wahlkampfes könnten nur an kandidierende Parteien Stellplätze in der Innenstadt vergeben werden.
2. Am 21.8. wurden dem KB mehrere Stellwände von der Polizei beschlagnahmt. Begründung: Es liege keine Genehmigung vor und außerdem würden die Stellwände den Verkehr behindern.

Man vergleiche dies einmal mit der Provokation der Jungen Union in Kiel, die am 13. August mitten auf dem Berliner Platz eine acht Meter lange und 2,50 Meter hohe Holzwand errichtet hatte, um durch eine massive Behinderung des Verkehrs *„auf die Situation an der Berliner Mauer aufmerksam zu machen“* („KN“, 14.8.76). Von einem Eingreifen der Polizei war in diesem Fall natürlich nichts zu hören!

Als wir von der Polizei die Herausgabe der Stellwände forderten, waren diese inzwischen an den Staatsanwalt weitergeleitet worden, der sie auf eventuelle „verfassungsfeindliche“ oder „beleidigende“ Inhalte überprüfen sollte (auf den Stellwänden waren u. a. verschiedene Staeck-Plakate wie das bekannte Lemke-Plakat sowie einige Enthüllungen über die Vergangenheit von F.J. Strauß).

Trotz unseres Widerspruchs gegen die Beschlagnahme (über den binnen drei Tagen ein Richter entscheiden muß), wurden die Stellwände nicht herausgegeben, sondern an das Ordnungsamt weitergereicht. Begründung des Staatsanwalts: Ein Richter sei nicht nötig, in drei Tagen könne man das sowieso nicht entscheiden.

Das Ordnungsamt nun kündigte die Einziehung der Stelltafeln wegen „Verstoßes gegen das Straßen- und Wegegesetz“ an. Nachdem wir einen Anwalt eingeschaltet hatten, setzte man diese Drohung jedoch nicht in die Tat um (wohl wegen zu wackliger Rechtslage), sondern gab die Stellwände nach nunmehr eineinhalb Wochen wieder heraus. Allerdings unter Androhung eines Bußgeldverfahrens.

3. Eine weitere Beschlagnahme erfolgte am 27.8. vor einer SPD-Veranstaltung mit Kanzler Schmidt am Deutschen Haus. Wieder einmal „behinderten“ angeblich unsere Stellwände den Verkehr, ganz im Gegensatz zu den auch herumstehenden SPD-Stellwänden. Auf unseren Widerspruch wurden die Stellwände nach der Veranstaltung wieder herausgegeben.
4. Am 31.8. wurden mehrere AK-Verkäufer in der Stadt von Faschisten angepöbelt, einer sogar tätlich angegriffen. Die Bullen sahen sich die Pöbelei der Schlägertypen ruhig mit an, obwohl viele Passanten sie zum Eingreifen aufforderten. Als die Schläger abgezogen waren, kamen die Bullen bei uns an. Ihre erste Frage: Ob wir denn eine Genehmigung für unsere Stellwände hätten. Da nicht, wurden wieder einmal die Personalien des verantwortlichen Genossen notiert und mit einer weiteren Anzeige gedroht.

In ähnlicher Weise wie in den geschilderten Fällen wurde von der Polizei auch gegen Stellwände des KBW und der vaterländischen „KPD“ vorgegangen. Sogar ein harmloser Strassensänger erhielt von den Bullen eine Anzeige wegen unerlaubten Singens.

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir uns durch dieses Vorgehen von Polizei und Justiz nicht einschüchtern lassen, sondern auf unserem Recht auf freie politische Meinungsäußerung beharren. Dazu gehört, daß wir bei den Polizei-Schikanen versuchen sollten, mit den Menschen auf der Straße über dieses Vorgehen zu diskutieren und aufzuzeigen, wie Rechte geschützt, Linke aber massiv behindert werden. Auf keinen Fall sollten wir darauf verzichten, Stellwände zum Verkauf mitzunehmen.

Wichtig ist außerdem, daß man einige juristische Regeln kennt:

1. In der Regel ist eine polizeiliche Beschlagnahme von Stellwänden ohne richterlichen Beschlagnahme-Befehl unzulässig, d. h. immer erst den Bullen fragen, ob er sowas hat.
2. Erfolgt eine Beschlagnahme jedoch, sollte man sofort Widerspruch dagegen einlegen und sich das schriftlich quittieren lassen. Auch für die beschlagnahmten Gegenstände müssen die Bullen eine Quittung abgeben.
3. Erfolgt dann innerhalb von drei Tagen kein richterlicher Entscheid über die Herausgabe der Stellwände, sollte man einen Rechtsanwalt einschalten.

KB/ Gruppe Flensburg

Nazi-Frey zu 1500 DM Geldstrafe verurteilt

Gerhard Frey, Vorstandsmitglied der NPD, Chefredakteur und Herausgeber der neonazistischen „Deutschen National Zeitung“ wurde vom Amtsgericht München zu 1.500 DM Geldstrafe verurteilt, weil in zwei Ausgaben der „Deutschen National Zeitung“ für das Buch des „Mussolini-Befreiers“ und Faschisten Otto Skorzeny „Wir kämpften – wir verloren“ geworben wurde.

Dieses Buch steht jedoch auf dem Index jugendgefährdender Schriften und darf nicht öffentlich angekündigt werden. Wohlgemerkt: Frey wurde nicht verurteilt, weil Skorzenys Buch faschistisch, hetzerisch und neonazistisch ist, auch fällt dieses Werk nicht unter den § 88 a (Aufruf zur Gewalt), es gilt nur als jugendgefährdend.

Chemical Mace: „elegante Form" der Körperverletzung

Beim Schutz des NPD-Aufmarsches am 7.8. in Hamburg tat sich die Polizei durch einige äußerst brutale Einsätze hervor. Hierbei gab es zahlreiche Verletzte – mehrere von ihnen gingen auf das Konto der sogenannten „Chemischen Keule" (Chemical Mace = CM).

CM ist eine Spraydose, mit der der chemische Giftstoff Chloracetophenon gezielt gegen einzelne Personen abgesprüht werden kann. Dieser Kampfstoff wurde bereits im 1. Weltkrieg von der deutschen Armee unter dem Namen „Weißkreuz" eingesetzt!

Übrigens gehört die „Chemische Keule" zu den Kampfmitteln, die in einem Beschluß der UNO-Vollversammlung am 16.12.1969 geächtet wurden („konkret", 24.12.75).

Heute begegnet er uns wieder – auf der Straße, eingesetzt von der Polizei.

Laut Vogel (1973 Polizeipräsident in München) hat CM die Funktion, *„bestimmte Arten von Widerstand in eleganter* (!) *Form zu brechen"* („Frankfurter Rundschau", 11.8.73).

Wie wirkt sich diese „Eleganz" nun für den Betroffenen aus? Wen die „Keule" trifft, der geht wie vom Schlag getroffen zu Boden, seine Schleimhäute sind sofort gereizt, die Augen tränen, brennen, schwellen an; es folgen Brechreiz und depressives Unwohlsein („konkret", 6/75).

Weiter: In einem Gutachten der Universitäts-Augenklinik Hamburg wird Chloracetophenon als „aggressives Kampfmittel" bezeichnet. Es soll bleibende Schädigungen „in direktem Kontakt mit dem Gewebe in flüssiger oder fester Form" verursachen sowie bei hoher Konzentration Hornhauttrübungen und -defekte herbeiführen („FR", 24.8.76).

Chloracetophenon kann tödlich wirken: *„Zehn Liter des eingesetzten Wassers"* (wird mit Wasserwerfern versprüht) *„enthalten eine Dosis, die unter ungünstigen Umständen in geschlossenen Räumen zum Tode führen kann. Wird also eine Gruppe von Demonstranten von imprägniertem Wasser durchnäßt, für längere Zeit z. B. in einen geschlossenen Transportwagen oder eine enge Arrestzelle gebracht, so treten beträchtliche Risiken auf"*. Diese Erkenntnisse stammen aus einer Untersuchung des Unterbezirksvorstandes der Frankfurter SPD, zitiert nach „FR" vom 29.8.73.

Die Gefährlichkeit des Kampfgases wird von der Polizei indirekt bestätigt: Die Mindestentfernung für den Gebrauch der Waffe beträgt drei Meter („konkret", 6/75); andere Quellen sprechen von zwei Metern. Weiterhin müssen die Betroffenen sofort medizinisch betreut werden (siehe „Zeit" Nr. 34/76). So die Vorschriften – anders die Praxis: Antifaschisten wurde das Gas aus nächster Entfernung ins Gesicht gesprüht.

Aus Polizei-Kreisen ist folgender Ratschlag zu vernehmen: Eventuell durchnäßte Kleidung (bei Einsatz von Wasserwerfern) sofort ausziehen. Weiterhin schnellstens die Augen mit viel klarem Wasser, Borwasser und fünfprozentiger Natriumbikarbonat-



Lösung (wenn vorhanden) gut ausspülen (Informationen aus der Dienstordnung der Polizei in Nordrhein-Westfalen, aus „Zeit" Nr. 34/76).

Tatsächlich ist jemand, der von Chemical-Mace getroffen wird – zumal aus wenigen Zentimetern Entfernung – krankenhausreif. Die „Ratschläge" der Polizei sind nichts anderes als zynische Demagogie, besonders, wenn die Betroffenen auch noch trotz ihrer Verletzungen auf die Wache geschleppt werden und ihnen dort jede ärztliche Behandlung verweigert wird.

Das einzig wirksame Mittel gegen die Chemical-Mace-Waffe ist – ihre Anwendung zu verhindern!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

NPD-Provokation in Dortmund

Am 28.9. startete die NPD durch ihre Jugendorganisation, die Jungnationaldemokraten (JN), eine weitere Provokation, diesmal in Dortmund.

Ca. 100 junge Faschisten, davon etliche mit JN-Fahnen, hatten sich um die Lautsprecheranlage aufgebaut. Zusätzlich hatten sich zahlreiche Alt-Faschisten um die Kundgebung versammelt. Demgegenüber standen ca. 40 KBW'ler und „Vaterlandsverteidiger", um gegen die Nazi-Provokation zu protestieren. Auf Transparent-Texte wie „Breschnew, der Hitler von heute" hatten sie dabei nicht verzichten mögen.

Die Bullen trennten die Faschisten und Gegendemonstranten durch eine Reihe. Nachdem sich im Laufe der Zeit mehrere Diskussionsgruppen gebildet hatten, in denen sowohl die „Linken" als auch die Faschisten aktiv auftraten, kam es wiederholte Male zu Handgreiflichkeiten. Die Bullen standen abwartend am Rand und grinsten. Für sie gab es keinen Grund einzugreifen, da die Faschisten zahlenmäßig weitaus überlegen waren.

Während die Kundgebung weiterging, rottete sich ein Trupp von rund zehn Jungfaschisten vor den nahe gelegenen Büchertischen der „Linken" zusammen. Ein Genosse, der dies beobachtete, warnte die Büchertische („KPD" und KBW) und versuchte, vom Pulk der Kundgebung einige KBW'ler und andere zum Schutz der Stände zu bewegen. In dieser Zeit war der KBW-Stand bereits umgeworfen worden und einige Sachen zerstört. Einige KBW'ler und Genossen von uns verfolgten die Faschisten und konnten einen von ihnen festhalten.

Während die aufgebrachten Genossen ihm tüchtig einheizen wollten, wurden sie von Passanten daran gehindert.

Kurze Zeit später war die Kundgebung beendet. Die Bullen zogen sich etwas an die Seite zurück. In diesem Moment griffen die Faschisten überfallartig die Gegendemonstranten an und schlugen auf sie ein. Sie entrissen ihnen sogar einige Transparente. Dann zogen sie in den hinteren Teil des Platzes zurück, um dort unter lautem Singen der vierten Strophe des „Deutschlandliedes" die Transparente zu verbrennen.

Während dieser Nazi-Provokationen machten die Bullen keinerlei Anstalten, irgendetwas zu unternehmen Erst als die Faschisten sich auf den hinteren Teil des Platzes zurückzogen, standen die Bullen wieder zwischen den Fronten. Deutlicher kann man es wohl gar nicht ausdrücken, wen es hier zu beschützen galt.

In ihrem verteilten Schrieb „Wir, die junge Generation" sprechen die Faschisten davon, daß sie im Ruhrgebiet große Mitgliederzugänge zu verzeichnen hätten, und daß sie innerhalb von vier Wochen sieben neue Schülergruppen (NDS) gründen konnten.

Die Faschisten drückten bei ihrem Überfall auf den Bücherstand aus, daß sie „Rache" für die in Hamburg erlittene Schlappe nehmen wollten.

Das heißt: Dort, wo sie es sich leisten können, treten sie auch massiv auf. Das ist vor allem in Orten, wo die Linken noch keine deutliche antifaschistische Kraft darstellen, möglich.

„Ein kluger Jurist und glänzender Stilist"

Ehemaliger Nazirichter soll befördert werden

In Hamburg soll ein Richter zum Vorsitzenden Richter des Senats am Hanseatischen Oberlandesgericht befördert werden, der selbst in liberalen Kreisen größte Bedenken und Proteste hervorgerufen hat. Es handelt sich um den Richter Dr. Günther Schultz.

Die bisherige steile Karriere des Herrn Schultz hier kurz in Stichworten:

- Als Assessor, später als Landgerichtsrat hat Schultz in den Jahren 1940 und 1941 – ganz im Rahmen der damaligen Rechtssprechung – Juden reihenweise abgeurteilt, die gegen das 1935 von den Nazis erlassene „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verstoßen hatten. Dieses Gesetz bedrohte sexuelle Beziehungen zwischen „Juden" und „Nichtjuden" mit Gefängnis oder Zuchthaus.

„In einem von Schultz unterschriebenen Urteil wurde es als ein ,Grund-

Zuchthaus.
„In einem von Schultz unterschriebenen Urteil wurde es als ein ,Grund-

gesetz des Dritten Reiches' gelobt" („Stern", 26.8.1976).

- Im Rahmen der Rehabilitierung von Naziverbrechern wurde Schultz nach dem Krieg – obwohl seine Mitwirkung an diesen Urteilen bekannt war – Richter in Hamm.
- 1952 kam seine Beförderung zum Oberlandesgerichtsrat.
- Als Richter einer Entschädigungskammer durfte Schultz, der einstmals Rassenurteile gefällt hatte, jetzt als Richter einer Entschädigungskammer für Wiedergutmachungsansprüche darüber entscheiden, ob von den Faschisten Verfolgte eine Entschädigung erhalten sollten.
- 1976 Vorschlag zur Beförderung zum Senatspräsident.

Bemerkenswerterweise hatte er bereits kurz nach dem Krieg einflußreiche Kollegen, die ihm immer weiterhalfen. Ein Gutachter seiner Akte war damals ein Prof. Stiebeler, der heute Präsident des Oberlandesgerichts ist und von dem auch der jetzige Vorschlag zur Berufung kommt.

In der für die Berufung eingereich-

richts ist und von dem auch der jetzige Vorschlag zur Berufung kommt.
In der für die Berufung eingereich-

ten Akte wird verheimlicht, vertuscht und gelogen, daß sich die Balken biegen. Der FDP-Justizsenator Klug machte z.B. Recherchen über den angegebenen Punkt, Schultz sei „nur Assessor" im Nazi-Reich gewesen. Ergebnis: Er war zwar erst Assessor, dann aber Landgerichtsrat und hat eigentlich nur einen Freispruch auf dem Kerbholz: *„Als sich herausstellte, daß der Angeklagte gar kein Jude war, sondern ebenso sauberes arisches Blut hatte wie Schultz selbst"* („Stern").

Der Oberlandesgerichtspräsident Stiebeler setzte sich unverdrossen weiter für seinen Schützling ein. In der dienstlichen Beurteilung betont er, daß Schultz ein *„entscheidungsfreudiger, flotter Arbeiter mit praktischem Blick sei, der auch in komplizierten Fällen schnell zum Kern der Dinge vordringt. Er sein ein glänzender Stilist und ein kluger Jurist."* („Stern").

Justizsenator Klug, der sich der Ernennung entschieden widersetzte, kam bei weiterem Recherchieren zu Informationen, die nicht in der dienstlichen Beurteilung standen:

Ernennung entschieden widersetzte, kam bei weiterem Recherchieren zu Informationen, die nicht in der dienstlichen Beurteilung standen:

Er fand heraus, was mit den von Schultz verurteilten Juden passierte: „... **daßfast alle Verurteilten kurze Zeit nach dem Richterspruch auf Anordnung des Reichsministers von der Gestapo abgeholt und ermordet worden waren.**" („Stern").

Das könnte möglicherweise, da die Taten nicht verjährt sind, eine Anklage wegen Verdachts des gemeinschaftlichen begangenen Mordes geben.

Nach Bekanntwerden dieser Tatsachen, zog Schultz zunächst seine Bewerbung zurück. Bei der Protektion, die er bisher genossen hat, wird damit wohl allerdings noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Aufruf

Nach dem brutalen Polizei-Einsatz gegen die antifaschistischen Proteste am 7. August in Hamburg, mit dem der Hamburger Senat den NPD-Faschisten die teilweise Durchführung ihrer geplanten Provokationen ermöglichte, versuchen der Senat und die bürgerliche Presse jetzt, einen Mantel des Schweigens um diese skandalösen Ereignisse zu legen.

In aller Stille sollen darüber hinaus jetzt auch noch verschiedene Antifaschisten einzeln vor die Justiz gezerrt werden, um ihnen den Protest gegen Faschisten und die faschistenfreundliche Senatspolitik ein für allemal zu verleiden. Die Prügel-Orgien und der geradezu kriminelle Ein-

sten und die faschistenfreundliche Senatspolitik ein für allemal zu verleiden. Die Prügel-Orgien und der geradezu kriminelle Ein-

satz von Chemical-Mace dagegen sowie die Provokationen der Faschisten sollen wieder einmal unter den Tisch gefegt werden.

Sowenig die Hamburger Antifaschisten bereit waren, die NPD-Provokation tatenlos hinzunehmen, so wenig kann das massive Eintreten des Senats für die Faschisten und die beabsichtigte Aburteilung der Antifaschisten hingenommen werden.

Wir halten es für notwendig, daß die Betroffenen ihrerseits gerichtliche Schritte gegen inzwischen bekannte Polizei- oder Faschistenschläger (oder Provokateure) unternehmen.

Besonders dringend erscheint uns darüber hinaus, die demokratische Öffentlichkeit eingehend über die Vorgänge am 7.8. zu informieren. Zu diesem Zweck bereiten wir eine Dokumentation vor.

Wir fordern alle Antifaschisten auf, uns ihre Beobachtungen, evtl. den eigenen „Fall" de-

vor.
Wir fordern alle Antifaschisten auf, uns ihre Beobachtungen, evtl. den eigenen „Fall" de-

tailliert samt Beweismaterial wie Zeugen, Fotos, ärztliche Atteste usw. mitzuteilen und damit die Erstellung dieser Dokumentation zu beschleunigen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Keine Zusammenarbeit gegen Polizeiterror?

Da von den Polizei-Einsätzen beim NPD-Aktionstag am 7.8. in Hamburg auch Genossen der „KPD/ML", der „KPD" und am Rande auch des KBW betroffen waren, sprachen wir bei diesen Organisationen vor, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in dieser konkreten Sache zu erkunden. Das Ergebnis war kaum mehr als Null.

Beim KBW wurden wir wiederholt vertröstet, wobei wir schon erfuhren, daß der KBW alle Hände voll mit seinem Wahlkampf zu tun hat und sich von einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Polizei-Terror auch nicht viel verspricht. Schließlich bekamen wir die Auskunft, der KBW habe inzwischen einen Brief an die Leitung des KB geschrieben und man könnte auf dieser Basis ein Gespräch machen. Als sich herausstellte, daß es einen solchen Brief nicht gab und er auch in den nächsten Tagen nicht eintraf, fragten wir nochmal an. Ergebnis: Innerhalb kürzester Zeit würde der KBW antworten. Bisher nichts!

Bei der „KPD/ML" erlebten wir mehrere Tobsuchtsanfälle schon bei unserem Erscheinen. Wir seien „konterrevolutionär" und „antikommunistisch", mit uns könne es gar keine Zusammenarbeit geben. Wir müßten erst sämtliche Vorwürfe gegen die „KPD/ML" zurücknehmen, danach könnte man dann „weitersehen" ...

Bei der „KPD" bekamen wir zwar erst einen kleinen Vortrag zu hören, daß wir „Zuträger des Sozialimperialismus" seien. Danach kam man aber immerhin doch noch zur Sache: Die Prozeßführung gegen die Bullen würden sie untergeordnet sehen und man müßte die Prozesse „politisch führen". Ein zweites Gespräch ergab, daß die „KPD" ihre grundsätzliche Bereitschaft zu gemeinsamen Anzeigen gegen die Bullen bekundete. Ob daraus etwas wird?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bayern wird in „Schutzbereiche" unterteilt

Auf der Grundlage des neuen Polizeiorganisationsgesetzes wird das Land Bayern in insgesamt 26 Polizeischutzbereiche eingeteilt, wobei ein Schutzbereich circa 360.000 Einwohner erfaßt, und bis zu 100 Kilometern Ausdehnung haben kann.

Ziel dieser Neugliederung ist es, die einzelnen Dienststellen mit mehr Entscheidungsbefugnis auszustatten, ohne daß sie erst eine übergeordnete Koordinations- oder Leitstelle anrufen müssen.

Nach Aussagen des Polizeidirektors Helmut Kraus in der „Nürnberger Zeitung" vom 28.8.76 sind in den Polizeischutzbereichen sämtliche Polizeidienste (Verkehrs-Schutz- und Kriminalpolizei) zusammengeschlossen. Die Polizei soll dadurch beweglicher werden und der Bevölkerung ein ,Mehr an Sicherheitsgefühl' vermitteln. Im Klartext bedeutet die Neuaufteilung in Schutzbereiche noch mehr Möglichkeiten für Willkürakte der Polizei, während die Ohnmacht der Bevölkerung gegenüber den Bullen zunimmt.

Allein in der Stadt Nürnberg wurden in den letzten zwei Jahren über 500 Bullen von der Bevölkerung wegen Körperverletzung und Amtsmißbrauch angezeigt; momentan laufen noch 85 Verfahren gegen Nürnberger Polizisten. Jetzt sollen die Bullen noch mehr Entscheidungsbefugnis erhalten!...

KB/ Gruppe Nürnberg

Kriegswaffenlager ausgehoben

Ende August wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ein Kriegswaffenlager (MGs, Granaten etc.) in Kiel beschlagnahmt. Durchsucht wurde ein "Antiquitätengeschäft" in der Möllingstraße und eine Privatwohnung in der Eckernförderstraße ("Kieler Nachrichten" ("KN") vom 26. und 27.8.76).

Bei dem in den "KN" nicht genannten Besitzer dürfte es sich um einen gewissen L. Harald Seupel (Eckernförderstr. 24) handeln. Das "Antiquitätengeschäft" in der Möllingstr. 9 gehört Monika Seupel.

Seupel gab den "KN" gegenüber an, daß er Waffensammler sei und für alle Waffen eine Sammlerbesitzkarte habe. Für Kriegswaffen gibt es jedoch gar keine Sammelerlaubnis.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Fortsetzung von Seite 35

Hierfür will das "Deutsche Waffen-Journal" ("DWJ") die reaktionären Waffenbesitzer in der BRD heiß machen. So stellt das in solchen Kreisen (Jäger, Schützen, "Waffensammler" etc.) gelesene "DWJ" auch gleich fest: *"Wirklichkeitsnahes Schießen nur der Polizei und militärischem Personal zu erlauben, ist eine Art politischer Unterdrükkung".* – Bürgerwehr, ick hör' Dir trapsen. *"In einer Zeit, in der verschiedene ängstliche Seelen – in der Hauptsache Liberale, aber nur sehr wenig Konservative – ihre Bemühungen darauf zu richten scheinen, als Antwort auf die wachsende Gewaltkriminalität ehrliche Bürger zu entwaffnen, mag man es als übertriebenen Idealismus ansehen, Zeit und Mühe auf die Förderung einer Schießdisziplin zu verwenden, die ganz offensichtlich einen Kampfcharakter hat. Aber kein Krieg und nur wenige Schlachten sind jemals durch Nachgeben gewonnen worden."*

Denn: *„Manchmal gibt es für einen Mann genügend warnende Anzeichen, so daß er seine Waffe ziehen kann, bevor er weiß, daß er schießen muß"*!

Eine wirklich *„unterhaltsame, lebhafte Sportart"* — schließlich ist die Pistole ein *„normales Attribut eines Gentleman"*.

Was ist nun "wirklichkeitsnahes Pistolenschießen":

"Praktisches Pistolenschießen steht unter dem Motto 'diligentia, vis, celeritas'. 'Diligentia' bedeutet hier 'Genauigkeit'. Es ist klar, daß ein Schuß, der nichts getroffen hat, sinnlos ist. 'Vis' bedeutet 'Kraft'. Ein schwacher Schlag kann niemanden gegen eine tödliche Bedrohung schützen. Und 'Celeritas' steht für 'Geschwindigkeit'. Sogar ein kräftiger, zielsicherer Schlag wird einen nicht retten, wenn er zu spät kommt." Also: schnell ziehen und sofort losballern.

In der BRD darf für die Gründung derartiger militanter faschistischer Banden nun auch ungeschoren offen Propaganda gemacht werden.

(Alle Zitate und Informationen aus "DWJ" Nr. 7/76.)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

„Schwarzbuch Strauß, Kohl und Co."



Regelmäßig zu den Bundestagswahlen erscheint mindestens ein „Schwarzbuch" zur CDU/CSU. Vor vier Jahren gab es das „Schwarzbuch Strauß" und das „Schwarze Kassenbuch", in dem Jusos und Jungdemokraten einmal die berühmt-berüchtigte politische Vergangenheit von Strauß und die Geldgeber des CDU/CSU-Wahlkampfes unter die Lupe nahmen. Dieses Jahr erscheint von Bernt Engelmann das „Schwarzbuch Strauß, Kohl & Co.". Bernt Engelmann ist bereits durch zahlreiche

nahmen. Dieses Jahr erscheint von Bernt Engelmann das „Schwarzbuch Strauß, Kohl & Co.". Bernt Engelmann ist bereits durch zahlreiche

Publikationen („Bundesverdienstkreuz", „Deutsches Antigeschichtsbuch", „Ihr da oben, wir da unten") dafür bekannt, daß er ausgezeichnet in der Lage ist, die dunkle Vergangenheit so mancher politischer Grössen in der BRD zu enthüllen, vor allem, was die Zeit vor 1945 betrifft.

Dieses Schwarzbuch befaßt sich nun mit Helmut Kohl, Eberhard Taubert, Siegfried Zoglmann, Hanns Martin Schleyer, Fritz Ries, Kurt Biedenkopf, Arthur Mißbach und F.J. Strauß. Mehrere der hier genannten Namen sind in der allgemeinen Öffentlichkeit nur wenig bekannt. Es sind darunter einflußreiche Industrielle mit guten Beziehungen zu den Spitzenpolitikern der CDU/CSU, so z.B. die Herren Taubert und Ries.

Dabei geht Engelmann regelmäßig so vor, daß er den Lebenslauf der verschiedenen Politiker genauer unter die Lupe nimmt, nach den verschiedenen Förderern der jeweiligen Leute fragt (besonders bei etwas jüngeren Politikern wie Kohl und Biedenkopf) und die verschiedenen Querverbindungen (die maßgeblichen Kapitalisten) aufzeigt. Dabei fördert er so einiges zu Tage, vor allem was die Funktion solcher in der Öffentlichkeit weniger bekannten Leute wie Ries und Taubert (bei-

bei fördert er so einiges zu Tage, vor allem was die Funktion solcher in der Öffentlichkeit weniger bekannten Leute wie Ries und Taubert (bei-

de Nazis, die sich durch Enteignung von Juden und durch die brutalste Ausbeutung verschleppter Polen ein Riesenvermögen aufgebaut haben) betrifft.

Weiter wird natürlich die SS-Vergangenheit von Schleyer (dem Doppelpräsidenten von BDI und BDA) durchleuchtet ebenso wie die weniger bekannte Tätigkeit von Strauß (Offizier für „wehrgeistige Führung"; später Nationalsozialistischer Führungsoffizier).

Dieses Buch eignet sich daher sehr gut als Quellenmaterial für eine antifaschistische Agitation gegen die CDU/CSU zu den Bundestagswahlen.

Genosse des ARBEITERBUCH

Klassenjustiz

Knüppeltherapie in der psychiatrischen Klinik

Schon vor drei Jahren stellte die Sachverständigenkommission zur Erarbeitung der Untersuchung „Über die Lage der Psychiatrie in der BRD" fest, daß die Lage der psychisch Kranken oft menschenunwürdig und katastrophal ist. Der Bezirkstag Oberbayern hat nun eine Maßnahme beschlossen, deren Ziel es ist, durch weitere Kriminalisierung und Disziplinierung der psychisch Kranken gefängnisartige Zustände aufzubauen; Zustände, die den ohnehin spärlichen Versuchen einer sinnvollen Therapie den Boden unter den Füßen wegziehen.

en; Zustände, die den ohnehin spärlichen Versuchen einer sinnvollen Therapie den Boden unter den Füßen wegziehen.

Um ein Grundproblem im Bezirkskrankenhaus München-Haar, nämlich den katastrophalen Pflegekräftemangel, zumindest zu überbrücken, ist geplant, für die bloßen „Überwachungsaufgaben" zusätzliche Kräfte einzustellen, d.h. diese Aufgaben von den pflegerischen zu trennen.

Für diese Polizeiaufgaben innerhalb der psychiatrischen Klinik konnte Staatssekretär Erich Kiesl vom bayerischen Innenministerium dem oberbayerischen Bezirkstag dann auch gleich *„fähige, tüchtige Leute"* („Süddeutsche Zeitung", 19.8.) nennen: **Die berüchtigten „schwarzen Sheriffs", eine private Schlägertruppe, die in München** durch ihren Einsatz zum „Schutz' der U-Bahn gefürchtet ist (siehe AK 69/70).

Was diese Typen für das Innenministerium so empfehlenswert macht, geht eindeutig aus einem ihrer Werbeprospekte hervor: *„Wir sorgen für Ruhe und Ordnung..., haben einen schlagkräftigen Bewachungsdienst...und gehen nicht gerade mit Samthandschuhen an die Arbeit".*

Das ist es also, was die psychisch Kranken in Zukunft zu erwarten haben: „Bewachung" durch paramilitärische Schlägerbanden! Daß es

Das ist es also, was die psychisch Kranken in Zukunft zu erwarten haben: „Bewachung" durch paramilitärische Schlägerbanden! Daß es

dem verantwortlichem Herrn Gütlein *„nicht ganz wohl bei dem Gedanken ist, Sheriffs künftig innerhalb der Klinik patroullieren zu lassen"*, drückt wohl vor allem seine Sorge aus, daß diese Maßnahmen möglichst nicht breit bekannt werden sollen – so sollen die Wachmänner eventuell ohne ihre Sheriff-Uniform in der Klinik herumlaufen!

Ansonsten aber werden diese Pläne voll gebilligt:

„Denn bei allen Bedenken müssen die Sicherheitsmaßnahmen für die Öffentlichkeit Vorrang haben, auch wenn die Therapie hie und da beeinträchtigt wird" („SZ", 19.8.)!

KB/Gruppe Nürnberg (GNK)

SS-Peiper ist

SS-Peiper ist nicht tot!

Wir haben offensichtlich zu früh „bravo" gesagt – und der Faschist Frey hat uns umsonst angezeigt (siehe AK 85 und 87).

Denn es war wohl doch nicht der SS-Führer Peiper, dessen Leiche man am 14. Juli verkohlt in seinem Haus vorgefunden hat. Dafür spricht:

Drei Gerichtssachverständige bestätigen, daß der verkohlte Leichnam weder die Zahnprotese noch die Kriegsverletzungen Peipers aufweist. Auch keine Schußverletzung, sondern einen Messerstich.

Peiper lebt also wahrscheinlich und hat den Mord an seiner eigenen Person nur vorgetäuscht und sich abgesetzt. Es scheint so, als ob ihm der Boden nach umfangreichen Enthüllungen über seine Person in der französischen Presse zu heiß geworden ist. Zu denken gab ihm sicherlich auch die tatsächliche Ermordung seines SS-Kumpanen René Trouve im Januar dieses Jahres. Dieser wurde von zwei gedungenen Mördern erschossen, die der SAC angehörten. (Die SAC ist eine Schlägertruppe, die die Gaullisten 1968 aufstellten, um Arbeiterdemonstrationen und Gewerkschaftsversammlungen niederzuknüppeln). Sie erhielten dafür 20.000 Francs von dem Kapitalisten Birague. Trouve hatte ihn und ander. Kapitalisten wegen deren dunklen Geschäften erpreßt.

Mit seinem Tod verschwanden auch die Erpresserunterlagen – genauso wie andere alte SS'ler, u.a. jetzt auch Peiper. Mit Peiper tauchte auch sein „Landsmann" Helmut Ketelhut unter.

Besteht nun ein Zusammenhang zwischen diesen drei Herren? Und für wen haben sie gearbeitet?

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage von Peipers Briefträger: Danach erhielt Peiper „regelmäßig Pensionszahlungen aus der BRD" – dies, obwohl er „offiziell" keine Pension bekam.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß alte SS-Mitglieder nach 1945 den Bundesnachrichtendienst unter der Anleitung des ehemaligen Hitler-Generals Gehlen geradezu überschwemmten. So wurden z.B. 1971 etliche dieser in Frankreich als Kriegsverbrecher verurteilten Mörder als in BND-Diensten stehend entlarvt.

Hat Peiper auch für den BND gearbeitet? Woher kam seine „Pension"?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Polizei-Provokation gegen BDJ-Zentrum:

Im Dezember 1975 wurde das Bezirkszentrum des Bundes Demokratischer Jugend (BDJ/RBJ) in Hamburg-Eimsbüttel zur Zielscheibe einer brutalen Polizeiprovokation. Zwei Typen, die sich hinterher als Zivilpolizisten auswiesen, versuchten Jugendliche, die sich im BDJ-Zentrum aufhielten, mit Sprüchen, wie *„das ganze Nest müßte mal ausgeräuchert werden"* zu einer Schlägerei zu provozieren. Als dies nicht gelang, fingen die Zivilbullen mit Rangeleien an, wonach sofort ein massives Polizeiaufgebot zur Stelle war: Sieben Einsatzfahrzeuge, teilweise mit doppelter Besatzung und ein Polizeihund mit Polizeikommissar. Vier Jugendliche wurden verhaftet, teils aus ihren Wohnungen heraus.

Diese Polizeiaktion hat jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Nicht gegen die Zivilbullen, die die ganze Aktion provoziert haben, sondern gegen die vier festgenommenen Jugendlichen. Gegen sie wurde Strafanzeige wegen „Körperverletzung" (einem Bullen war angeblich eine – später nicht mehr auffindbare – Binde, die ihn als Polizisten auswies, abgerissen worden) und „Beileidigung".

„Beleidigt" fühlten sich die Polizisten, weil am nächsten Tag unter der Überschrift „Polizeiwillkür in Eimsbüttel" auf einer Wandzeitung über diesen Vorfall berichtet wurde. Aus „Willkür" wurde in der Anklageschrift „Terror", als weitere „Beleidigung" wird behauptet, daß einer der Jugendlichen „Scheißbullen" gesagt haben soll, was nicht den Tatsachen entspricht.

Mit einem großen Zeugenaufgebot von Polizisten soll jetzt die Verurteilung der Jugendlichen erreicht werden.

Der Prozeß findet statt am 8.9.76 um 9 Uhr im Amtsgericht Hamburg, Sievekingsplatz 3, Strafjustizgebäude, Zimmer 176

Im selben Prozeß wird gegen zwei antifaschistische Jugendliche verhandelt, denen vorgeworfen wird, ebenfalls in Hamburg-Eimsbüttel, im November 1975 mit anderen zusammen einen Stand der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rüdolf Heß e. V." zerstört und die anwesenden Faschisten als „Faschistenschweine" und „Nazis" beschimpft zu haben.

Die einzigen „Zeugen" sind die beiden Faschisten, die am Stand waren, als dieser umgeworfen wurde und die später in einem Streifenwagen die beiden Jugendlichen 800 m weiter aufgegriffen hatten. Die Jugendlichen, die jetzt vor Gericht stehen, und verurteilt werden sollen, waren tatsächlich nur am Stand vorbeigekommen, als dieser zerstört worden war und hatten sich – ganz zu Recht – über die saubere Arbeit laut gefreut.

Ein BDJ-Genosse

Milde Geldstrafe für „Mein-Kampf"-Verkäufer

In einem Urteil vom 2. August 1976 bekräftigte die „Staatsschutzkammer" in Lüneburg, daß sich Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf" gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung" richtet und der Verkauf deshalb verboten ist. Des weiteren wurde die NSDAP als eine „verfassungswidrige Organisation" bezeichnet. Das Verteilen von Propagandamitteln und Kennzeichen der verbotenen NSDAP ist daher verboten! (Az.: Z 1oKLS 1/76).

Mit dieser Begründung wurde am 6. August der faschistische „Buchhändler" Uwe Berg aus Topenstedt (Krs. Harburg) zu 2.250 DM Geldstrafe verurteilt. Damit blieb das Gericht genau um die Hälfte unter dem Antrag des Staatsanwaltes (4.500 DM). Berg hatte sich aus Spanien 150 Nachdrucke von Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf" kommen lassen und sie hier mit einem Aufschlag von 100 % für ca. 30 DM verkauft. Sein Verteidiger, ein Dr. Gerlach aus Zeven, anscheinend genauso rechtsradikal wie sein Mandant, forderte Freispruch mit der unglaublichen Begründung: *„Wir sollten froh sein, daß es dieses Buch als rein wissenschaftliches Buch noch gibt"*. Bei diesem brauen Reigen mochten auch die Richter nicht abseits stehen: *„Am Vormittag waren zahlreiche Passagen verlesen worden. Dazu Vorsitzender Richter Brockmann in seiner Urteilsbegründung: ‚Die Frage, die Schwierigkeit bereitet, ist, ob es sich bei diesem Buch um Propagandamaterial handelt'* " (alle Zitate nach „Landeszeitung" vom 7. 8. 76). Man darf gespannt sein, wann „Mein Kampf" wieder als „rein wissenschaftliches Werk" verkauft werden darf!

Berg ist übrigens schon früher in Erscheinung getreten: Als der berüchtigte Radau-Faschist Manfred Roeder am Tage der „Machtergreifung des Führers" am 30. Januar in Lüneburg eine Kundgebung samt Fackelzug „Zur Wiedererrichtung des Deutschen Reiches" veranstaltete, war Berg einer der Drahtzieher im Hintergrund! Außerdem wird er in der „Warte" des rechtsradikalen „Freundeskreises der Filmkunst Hamburg" als Kontaktadresse des BHJ (Bund Heimattreuer Jugend) geführt. Übrigens: Am 13. 3. veranstaltete der CDU-Ortsverband Wandsbek (Hamburg) zusammen mit dem „Freundeskreis" einen Vortragsabend „Wie sicher ist die Bundesrepublik".

Das Urteil gegen Berg zeigt wieder einmal, wie milde hierzulande Faschisten behandelt werden. Andererseits bietet dasUrteil aber allen Antifaschisten die Möglichkeit, damit konkret zu arbeiten. Es kann z. B. durchaus als Argumentationshilfe gegenüber sogenannten „Trödler-Läden" benutzt werden, die sich hinter altem Ramsch verstecken, um ihren faschistischen Dreck an den Mann zu bringen! Es fängt oft damit an, daß alte NSDAP-Abzeichen und anderes Nazi-Blech im Schaufenster zum Kauf angeboten werden. In solchen Fällen sollte man der örtlichen Staatsanwaltschaft durchaus mal auf die Pelle rücken und auf das Lüneburger Urteil hinweisen!

KB/Gruppe Lüneburg und Bezirks-Antifa-Kommission Hamburg-Harburg



Willkürliche Isolation der inhaftierten Gefangenenrats-Mitglieder

Sieben Mitglieder des Gefangenenrates Frankfurt sind verschärften Isolationshaftbedingungen unterworfen worden, dies geschah sogar ohne richterlichen Beschluß.

Dagegen protestierten vorletzte Woche neun Rechtsanwälte aus Frankfurt, Marburg und Darmstadt in einer öffentlichen Erklärung. Zwei Beispiele sollen zeigen, was sich die Justizschergen zusätzlich zu den 23 1/2 Stunden täglicher Isolation noch einfallen ließen.

Einer Genossin, die zeitweise in Hungerstreik getreten ist, ist verboten, mehr als zwei DIN-A-4-Seiten Briefe pro Woche zu schreiben! Und bei einer Beschlagnahmeaktion wurde ihr kürzlich das Buch „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" von Heinrich Böll abgenommen!

Noch schlimmer ist folgendes: die Inhaftierung einer 42-jährigen Mutter von neun Kindern. Ihr Gesundheitszustand wird von den Anwälten als bedenklich bezeichnet. Ihr Mann wurde ebenfalls eingelocht. Was wohl mit den Kindern geschehen ist? !

Im Zusammenhang mit den verschärften Haftbedingungen äußerte der Frankfurter Rechtsanwalt Bernd Koch die Befürchtung, daß „ein neues Haftinstitut" (d. h. eine gesetzlich angeordnete Form der Haft) eingeführt werden solle, welches automatisch für alle Verdächtigen mit politischem Hintergrund gelte.

Freiheit für den Gefangenenrat Frankfurt!

IKAH, Hamburg

Drogenkranke im Knast

Mitte August waren zwei Gefangene in Bremen aufs Knastdach gestiegen, um dagegen zu protestieren, daß sie einfach eingesperrt und mit ihrer Sucht weitgehend allein gelassen werden. Nach ihrer Dachbesteigung wurden sie nach Hamburg verlegt, wo sie früher schon gesessen hatten. Uns ging nun eine Erklärung der beiden zu, in der sie die Gründe für ihre Dachbesteigung darstellten:

Sie schreiben an „die Gesellschaft", Ihr müßtet wissen, *„daß durch Inhaftierung ein Kranker nicht geheilt*
Sucht weitgehend allein gelassen werden. Nach ihrer Dachbesteigung wurden sie nach Hamburg verlegt, wo sie früher schon gesessen hatten. Uns ging nun eine Erklärung der beiden zu, in der sie die Gründe für ihre Dachbesteigung darstellten:

Sie schreiben an „die Gesellschaft", Ihr müßtet wissen, *„daß durch Inhaftierung ein Kranker nicht geheilt*
werden kann, sondern massiv zurückgeworfen wird! – sich seinem Schicksal, welches ihn in eine derartige Institution brachte, gegenüber allein konfrontiert bleibt.

Weshalb existiert eine so grauenvolle Rückfallquote – speziell bei den Suchtkranken? Weil der Knast nicht hart genug war? Weil wir zu labil sind? NEIN!! (...)

Wir wollen keine Helden sein, – dafür fühlen wir uns zu schwach – zu schwachgemacht. Der Knast ist kein Aufenthaltsort für seelische und körperliche Krüppel. Wir wollen nicht gefoltert und vernichtet werden, sondern mit den uns zustehenden Mit-
den Suchtkranken? Weil der Knast nicht hart genug war? Weil wir zu labil sind? NEIN!! (...)

Wir wollen keine Helden sein, – dafür fühlen wir uns zu schwach – zu schwachgemacht. Der Knast ist kein Aufenthaltsort für seelische und körperliche Krüppel. Wir wollen nicht gefoltert und vernichtet werden, sondern mit den uns zustehenden Mit-
teln humaner Krankenbehandlung rehabilitiert werden."

IKAH, Hamburg

Arbeits„unfall" im Knast Darmstadt

Ein Gefangener, der mit Kleben von Kugelschreibern beschäftigt war und dabei auch mit Nitroverdünnung arbeitete, war am Sonntag, den 15.8. um 22.30 in Brand geraten, als sich die feuergefährlichen Nitrodämpfe entzündet hatten. Und das kam so: Erstens ist in Darmstadt Nachtarbeit geduldet, viele Gefangene machen zwei bis drei statt einem Pensum pro Tag, um sich ein paar Pfennige mehr zu verdienen (die Tarife der Knastarbeit liegen zwischen einer und drei Mark am Tag).

Zweitens war in der Zelle, in der der Gefangene arbeitete, keine Feuerlöschanlage, ja nicht mal ein Feuermelder, zumal die Zellen bereits „zur guten Nacht" verschlossen waren und die Schließer wohl irgendwo saßen und fernsahen. Zum Glück war ein Mitgefangener da, der den Brennenden mit Decken etc. retten konnte.

Die anderen Gefangenen machten einen Höllenlärm, bis die Schließer aufkreuzten; der betroffene Gefangene hatte Verbrennungen zweiten und dritten Grades, es dauerte aber noch 45 Minuten, bis der Notarztwagen eintrag!

Das Unverständlichste aber ist: der Gefangene war **Untersuchungsgefangener**, der zu diesen sklavischen Bedingungen arbeiten mußte. Untersuchungsgefangene sind nach geltendem Recht als **unschuldig** anzusehen!!

IKAH, Hamburg

Im westdeutschen Knast ist es halt doch so schön...

Das zu beweisen ist jedenfalls die „Frankfurter Rundschau" bemüht. Unter der Schlagzeile *„Haftvollzug ist humaner"* berichtete die „FR" vom 28.7.76 von einem 36-jährigen Kaufmann, der wegen Betrug u. a. fünf Monate in Marokko im Knast gesessen hat. Dort hat der Kaufmann nach eigenen Angaben mit 24 anderen Häftlingen in einer 25 Quadratmeter großen Zelle gesessen bei katastrophaler Verpflegung und entsetzlichen sanitären Bedingungen. Aufgrund dieser Erfahrung vertritt der Kaufmann der jetzt in der BRD ebenfalls vor Gericht steht, die Ansicht: *„In der Haftanstalt Preungesheim komme ich mir nun vor wie in einem Sanatorium."*

Der zweite „Zeuge" der „FR" für die Herrlichkeit westdeutscher Gefängnisse ist ein Marokkaner, dessen Identität von den westdeutschen Behörden nicht geklärt werden konnte und der deshalb wegen Verstößen gegen das Ausländergesetz verschiedentlich in den Knast gesteckt worden war. Dieser Marokkaner *„will seinen Angaben zufolge lieber in Deutschland bleiben. Wenn es sein muß, offensichtlich auch im Gefängnis"* („FR", 21.7.76).

Solche genüßlich dargelegten Aussagen und Artikel haben wohl nur eine Funktion: Den Protest von den in Preungesheim inhaftierten Gefangenen als lächerlich und nicht ernstzunehmendes Gehabe von Dauerquerulanten hinzustellen. (Nach „FR" v. 21.7. hatten sich sieben Frauen in der Haftanstalt in Preungesheim verbarrikadiert, um die Reduzierung der täglichen Gruppenfreizeit auf zwei Stunden zu bekämpfen. Darüberhinaus hat es in Preungesheim ja schon öfter Proteste der Gefangenen gegeben.)

Ein Frankfurter Genosse

In Santa Fu werden den Nazis Extrawürste gebraten

Ein Gefangener aus Anstalt II der Hamburger Strafanstalt Fuhlsbüttel, in der auch zwei prominente NS-Verbrecher sitzen, hat sich eine Weile angeschaut, wie diese beiden Galgenvögel behandelt werden. Einen Bericht darüber hat er an ein polnisches Ministerium geschickt, sowie an die Jüdische Gemeinde Hamburg, an die Bonner Botschaft der VR Polen, an das Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes, an das Justizministerium der DDR, an das ZK der SED und an die Redaktion des „Neuen Deutschland". Er schrieb u. a.:

„Wie mir bekannt ist, wurde Wilhelm Rosenbaum zu dreimal lebenslänglicher Freiheitsstrafe wegen Mordes verurteilt. Begangen an unschuldigen jüdischen Kindern, Frauen und Männern. (...) Mir ist aufgefallen, daß Rosenbaum schon des öfteren Haftunterbrechung erhalten hat, und zwar über einen Zeitraum von mehreren Wochen. (...) Offensichtlich sitzen heute noch Gesinnungsgenossen des Herrn Rosenbaum in staatlichen Ämtern in Westdeutschland. Wie sonst ist es zu verstehen, daß Rosenbaum laufend durch Haftunterbrechungen begünstigt wird. (...) Wenn man dies duldet, dann muß man einfach zu der Erkenntnis gelangen, daß die Verurteilungen von Nazimördern nur symbolischen Charakter haben, nur um diejenigen zu beruhigen, die Bestrafung forderten." (24.12.75).

Einen ähnlichen Brief schrieb er an die drei Hamburger Bürgerschaftsfraktionen. Bis heute war das Echo auf die Briefe äußerst dürftig.

Als einzige Antwort trudelte bisher am 12.2.76 ein Brief der Jüdischen Gemeinde Hamburg ein: *„....auf Ihr Schreiben ... möchten wir Ihnen mitteilen, daß wir uns mit dem Präses der Justizbehörde in Hamburg in Verbindung gesetzt und von ihm die Zusicherung erhalten haben, daß NS-Inhaftierte in keinster Weise anderen Häftlingen gegenüber bevorzugt werden. Wir erlauben uns, Ihnen dieses zur Kenntnis zu bringen."* Amen.

IKAH, Hamburg

Beleidigungsverfahren gegen Rechtsanwalt Schily

Die Vorgeschichte des jetzt eingeleiteten Beleidigungsverfahrens gegen Rechtsanwalt Schily ist folgende: Katharina Hammerschmidt kam Mitte 1972 aus Frankreich in die BRD, wo sie gesucht wurde. Sie stellte sich in Begleitung ihres Verteidigers Schily der Justiz.

Drei Jahre später war sie tot. Die Knast„ärzte" hatten ihren Brustkrebs nicht erkennen wollen.

1974 stellte RA Schily Strafanzeige wegen „unterlassener angemessener ärztlicher Versorgung".

Die Knast„ärzte" behaupten nun folgendes: Sie hätten

– den Tumor nicht erkannt und deshalb
– hätten sie gar keine Hilfe leisten können und deshalb seien sie unschuldig und weil sie unschuldig seien,
– sei Schilys Strafanzeige eine Beleidigung für sie.

Seitdem sind sieben „Doktoren" beleidigt!

Der Internist Dr. Neubauer, der als erster die richtige Diagnose stellte, fand allerdings die bisherige ärztliche (Nicht-)Versorgung „merkwürdig". Nämlich, daß die sieben Beleidigten solange Zeit warteten, ohne einen entsprechenden Fachmann hinzuzuziehen. „Merkwürdig", daß der Verteidiger erst drängen mußte, daß das überhaupt geschah!

Die Staatsanwaltschaft kümmerte das allerdings wenig, sie findet die Vorwürfe Schilys einfach „leichtfertig erhoben", obwohl man eigentlich immer eine Anzeige stellen kann, wenn man berechtigte Interessen wahrzunehmen hat. Aber an dem Punkt gehen die Ansichten wohl weit auseinander, ob nämlich das Leben einer „Terroristin" ein berechtigtes Interesse ist!!

IKAH, Hamburg

Bundesverfassungsgericht: Politische Betätigung im Betrieb nicht grundsätzlich verboten

Ein Metallarbeiter aus Bayern, der Betriebsratsvorsitzender einer Metallwarenfabrik ist, hatte 1972 auf dem Betriebsgelände Handzettel verteilt, auf denen die IG Metall zur Stimmabgabe für gewerkschaftlich organisierte Kandidaten verschiedener (!) Parteien aufrief. Der Kapitalist erblickte darin einen Verstoß gegen § 74 Betriebsverfassungsgesetz, der vorschreibt, daß „parteipolitische Betätigungen im Betrieb zu unterlassen" sind. Das Landesarbeitsgericht beschloß den Ausschluß dieses Kollegen aus dem Betriebsrat „wegen grober Pflichtverletzung". Gegen diese Entscheidung legte der Kollege Verfassungsbeschwerde bei dem Bundesverfassungsgericht ein, da durch sie sein Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt worden sei.

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Entscheidung eine Grenzlinie zwischen „parteipolitischer" und „politischer" Betätigung gezogen.

Politische Betätigung ist – so deutet das Verfassungsgericht an – nicht anzunehmen, wenn sich ein Kollege nicht für eine bestimmte Partei einsetzt.

Nach dieser neuen Entscheidung des Verfassungsgerichtes ist politische Betätigung „nur" noch dann ein schwerer Pflichtverstoß, wenn es infolge der Flugblattverteilung zu einer realen Störung des Betriebsfriedens kommt.

Darauf, ob ein besonders empfindlicher Kapitalist sich „beeinträchtigt" fühlt oder ob es tatsächlich eine politische Betätigung (ohne Störung des Betriebsfriedens) ist, kommt es also nicht mehr an!

Das Bundesverfassungsgericht hat sich bei dieser Entscheidung darauf gestützt, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung so wenig wie irgendmöglich eingeschränkt werden darf.

(Fundstelle: „Der Betrieb" 1976, Seite 1485).

IKAH, Hamburg

Berufsverbote | **Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür**

Berufsverbote | **Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür**

Niederländisches Komitee protestiert gegen Disziplinierung in der SPD

Gegen einige Fälle besonderer innerparteilicher Unterdrückung im SPD-Bezirk Franken (Vorsitzender: Bruno Friedrich) wendet sich ein Schreiben des niederländischen „Initiatief Komitee tegen de Berufsverbote". In dem direkt an den SPD-Bundesvorstand gerichteten Schreiben werden drei Parteiordnungsverfahren aufgegriffen:

– Peter B. hatte als Juso-Vorsitzender in Würzburg einen Antrag eingebracht, sich an einem Komitee für die Wiedereinstellung des Lokführers Röder (DKP) beteiligen zu dürfen. Der Antrag wurde abgelehnt, die Jusos beteiligten sich nicht an dem Komitee. Folge: Allein die Antragsstellung genügte für die Einleitung eines Parteiordnungs-Verfahrens. Peter B. wurde für ein Jahr die Ausübung von Parteiämtern untersagt.

– Der Presse-Verantwortliche der Juso-Hochschulgruppe in Erlangen wurde aus der SPD ausgeschlossen. Als Begründung gab die Schiedskommission folgenden Satz aus der Zeitung an: „Ex-Nazis, Christ-Demokraten, Christ-Soziale und -Liberale und Sozialdemokraten betreiben die Hetzjagd auf Kommunisten, Sozialisten, Humanisten, Abweichler, Linke".

– Einleitung eines Parteiordnungs-Verfahrens gegen Peter W., der selbst vom Berufsverbot betroffen ist. Grund: Er hatte den Aufruf zur „Friedens-Demonstration" im Mai unterzeichnet. Dazu aus dem Brief des Komitees: *„Wir finden es sehr bestürzend, daß SPD-Mitglieder, die entweder aktiv kämpfen gegen die Berufsverbote oder selbst getroffen sind, ein PO-Verfahren bekommen."*

Auch durch massive ausländische Kritik wird sich die fränkische SPD-Führung nicht von ihrem strammen Rechtskurs abbringen lassen. Schon ist z.B. der nächste Erlanger Juso auf der Abschußliste: der jetzige Presse-Verantwortliche der Hochschulgruppe.

Nicht mal mehr der geringste Anschein innerparteilicher Demokratie wird gewahrt: Nachdem der gesamte Juso-Unterbezirksvorstand in Ansbach abgesetzt worden war, weil die Jusos es gewagt hatten, überhaupt nur über Berufsverbote zu diskutieren (s. AK 86), wurde ihnen vom Vorstand sogar schriftlich verboten, auf einer Konferenz den Juso-Bundesvorstand von den Vorfällen zu informieren. Das sei parteischädigend! Da die Ansbacher Jusos ihre Konferenz dennoch abgehalten haben, müssen sie jetzt mit einem Parteiordnungs-Verfahren rechnen.

Wie oft muß eigentlich noch die SPD-Führung klarstellen, daß sie nicht gewillt ist, auch nur das geringste Abweichen von offiziellen Parteibeschlüssen zu dulden, bis die Jusos endlich merken, 'was Sache ist?'

KB/Gruppe Nürnberg

Alltägliche Schnüffelpraxis

Mitte August wurde in Hessen ein Erlaß bekannt, wonach alle im Öffentlichen Dienst Beschäftigten verpflichtet werden, alle *„nicht genehmigungspflichtigen* (!) *Nebentätigkeiten"* ihrer vorgesetzten Dienststelle zu melden. Der Erlaß sieht für alle Beschäftigten das Ausfüllen von Vordrucken vor, in denen u.a. *„ehrenamtliche Tätigkeiten"* in Vertretungskörperschaften, *„unentgeldliche Tätigkeiten in Organen von gemeinnützigen* (!) *Einrichtungen"*, *„schriftstellerische, künstlerische und Vortragstätigkeit"* und *„Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften"* mit genauer Aufstellung nach Art und Zeitaufwand anzumelden haben (nach „Extra-Dienst", 17.8.).

Es ist nur noch der Tag abzuwarten, an dem Beschäftigte im Öffentlichen Dienst dem Vorgesetzten täglich ihr Tagebuch vorlegen müssen.

Übrigens, nicht übersehen: wiederum eine Neuerung, die uns die SPD beschert.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

Des Staates langer Arm

Wenn schon, denn schon – auch der Staat macht „Nägel mit Köpfen": Wenn schon Berufsverbot, denn schon ganz und gar! Gerd Ahrens, Mitglied der DKP, erhielt nach langwierigem Verfahren Januar letzten Jahres Berufsverbot als Lehrer in Staatsdiensten. Sein zweites Berufsverbot war jetzt im August fällig: Ahrens hatte sich an einer staatlich anerkannten Privatschule als Lehrer im Angestelltenverhältnis beworben.

Obwohl die Schule ihn anstellen wollte, gab der Regierungspräsident hierfür keine Genehmigung mit dem schlichten Hinweis auf seine frühere Ablehnung. Ein Verwaltungsgerichtsverfahren gegen sein erstes Berufsverbot ist noch nicht entschieden.

Und da behaupten immer noch Leute, es gäbe keine Berufsverbote in der BRD!

KB/Gruppe Oldenburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



„Autumn - Forge"

NATO demonstriert den Willen zur Aggression

Mit der kombinierten Luft- und Seetransportübung „Reforger 76"/„Crested Cape 76" begann der spektakuläre Auftakt zu einer Serie von 27 Erd-, Luft- und Seemanövern der NATO, die bis Anfang November dauern werden. Mit dieser Manöverserie, die unter dem Namen „Autumn Forge" läuft, probt die NATO eine noch nie dagewesene Mobilmachung. In diesem Zeitraum werden Manöver im gesamten Bereich „Europa-Mitte", von Norwegen über die Zentralregion bis in die Türkei durchgeführt.

Erprobt werden soll dabei einfach alles. Im Rahmen der Großübung „Reforger 76" (Redeployment of Forces to Germany – Rückverlegung von Truppen nach Deutschland) soll die 101. Luftlandedivision (eine amerikanische Eliteeinheit) mit insgesamt 13.000 Soldaten in die BRD verlegt werden („FR", 27.8.76).

Erstmals in der Geschichte der Allianz werden dabei Airmobile Forces (mit Hubschraubern beweglich gemachte Kampfeinheiten) auf dem europäischen Kriegstheater eingesetzt. Auch geht es darum, wie schnell die Truppen aus Amerika nach Westdeutschland verlegt werden können. Nach General Haig, dem NATO-Oberkommandierenden in Westeuropa wollen die USA in der Lage sein, schon in Krisenzeiten die präsenten Truppen zu verstärken. Durch bessere Ausnutzung des Lufttransportraums seien sie jetzt in der Lage, die „Reaktionszeit" zu halbieren.

Diese Übung wird unmittelbar in die Übung „Gordian Shield" und „Lars Team" übergehen, die in Süddeutschland die Möglichkeit einer Aggression der NATO im Bereich „Europa-Mitte" durchspielen sollen. Zu den Übungstruppen gehören auch westdeutsche, belgische und französische Soldaten. Insgesamt werden hier *„36.000 Soldaten mit 6.000 Radfahrzeugen, 2.000 Kettenfahrzeugen sowie 600 Flugzeugen und Hubschraubern teilnehmen"* („FR", 27.8.76).

Mit der Übung „Flotex 76" übt die norwegische Marine die Kontrolle der nördlichen Gewässer.

Das baltische Kommando der NATO *„setzt deutsche amphibische Landungstruppen und dänische taktische Luftstreitkräfte gemeinsam in der Übung ‚Blind Fagot' ein"* („FAZ", 20.8.76).

Die Seeübung „Teamwork" erprobt die Zusammenarbeit aller atlantischen Flotten, an der auch Teile der Luftwaffen teilnehmen. Die Luftwaffen der NATO führen im Raum Norwegen und Dänemark kombinierte Übungen durch, in deren Verlauf mit „Falcon II" die Ostseeingänge kontrolliert werden sollen.

In der Übung „Deep Interest" soll das Warnsystem des NATO-Hauptquartiers Südost überprüft werden.

„‚Display Determination' wird sich über das gesamte Mittelmeer erstrecken, wobei Schiffskonzentrationen und Auslaufen der Verbände geübt werden" („FAZ", 20.8.76).

Diese Reihe von Beispielen ließe sich noch weiter fortsetzen, doch die oben angeführten Beispiele demonstrieren schon die Vielfältigkeit dieser Mammutübung. *„An diesen Übungen werden mehr als eine Viertelmillion Mann, 1.500 Flugzeuge und mehr als 400 Überwasserschiffe teilnehmen"* („Bundeswehr-aktuell", 27.8.76).

„Symbol atlantischer Solidarität"

Die Initiative für „Autumn Forge" ging von General Haig aus (Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa).

Die Hauptziele dieser Übung sind folgende:

- *„Die Fähigkeit des Alliierten Kommandobereichs Europa, Truppen schnell in die Gebiete zu verlegen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, zu verbessern und zu überprüfen.*
- *Die Fähigkeit gegenseitiger logistischer Unterstützung zwischen Kommandobereichen und Mitgliedstaaten zu verbessern.*
- *Die Notwendigkeit der Standardisierung von Führungsgrundsätzen und Verfahren, Gerät und Rüstung der NATO-Streitkräfte zu untersuchen"* („Bundeswehr-aktuell", 27.8.76).

Politisch soll bewiesen werden, daß die USA jederzeit bereit sind, Aggressionen in Europa zu unterstützen. *„Militärisch soll bewiesen werden, daß die europäischen Verbündeten mit ihren Streitkräften ein starkes Element der Abschreckung bereithalten"* („FR", 27.8.76). Der NATO-Oberkommandierende, Haig, bezeichnet als Hauptzweck der z.Zt. laufenden Großübungen „*'Reinforcement', mehr Abschreckung durch personelle Verstärkung*" („FAZ", 19.8.76).

Antimilitarismuskommission
KB/Gruppe Hamburg



NATO - General Haig: den Gegner im Visier !

Poker um pakistanische Atombombe

Im März dieses Jahres hatte Frankreich einen Vertrag mit Pakistan geschlossen. In diesem Vertrag verpflichtet sich die französische Regierung, an Pakistan eine Wiederaufbereitungsanlage für radioaktive Brennstäbe aus Kernkraftwerken zu liefern. Mit einer derartigen Anlage würde Pakistan durch Frankreich in die Lage versetzt, Atomwaffen herzustellen (eine solche Anlage wird auch von der BRD an Brasilien geliefert werden). In einer Wiederaufbereitungsanlage werden nämlich die verschiedenen radioaktiven Stoffe chemisch voneinander getrennt, wobei auch Plutonium abfällt. Fünf Kilo Plutonium reichen allein aus, um eine Atombombe vom Typ der über Nagasaki abgeworfenen herzustellen.

Nun drohte US-Außenminister Kissinger damit, die USA würden die gesamte Wirtschaftshilfe an Pakistan (500 Mio. DM für 1977) und die vereinbarten Waffenlieferungen (80 - 100 Kampfflugzeuge im Werte von 1,3 Mrd. DM) stoppen (nach „Süddeutsche Zeitung" vom 12.8.76). Kissinger forderte, daß in dreiseitigen Gesprächen eine Einigung (im Sinne der US-Regierung) gefunden werden müsse (unter Freunden – versteht sich) („SZ", 12.8.76).

Der pakistanische Geschäftsträger in Frankreich, Kamal, erklärte dazu: *„Wir werden auf den Bau der Aufbereitungsanlage nicht verzichten"*. Die französische Regierung verbat sich brüsk die Einmischung: *„Es ist nicht Sache von Drittstaaten, sich in etwas einzumischen, was zwei souveräne Staaten betrifft."*

Die französische Regierung versuchte nach dem Vorbild der Bundesregierung (bei deren Verhandlungen mit Brasilien) die Angelegenheit massiv herunterzuspielen, und erklärte, Pakistan (das ebenso wie Brasilien nicht den Atomsperrvertrag unterschrieben und somit auf den eigenen Bau von Atombomben nicht einmal in Worten verzichtet hat) habe sich bereit erklärt, die Kontrollen der Internationalen Kernenergiebehörde (IAEA) zu akzeptieren. Die IAEA soll darüber wachen, daß Kernbrennstoffe nur für „friedliche Zwecke" verwendet werden.

Nun ist es allerdings so, daß aus dem Plutonium einer solchen Wiederaufbereitungsanlage innerhalb von Wochen Atomwaffen hergestellt werden könnten. Wird das aufbereitete Plutonium gar in fester Form gelagert, so ist die Waffenproduktion innerhalb von Stunden möglich („FAZ", 14.8.76). Darüberhinaus ist es sogar so, daß eine Wiederaufbereitungsanlage für die „friedliche Nutzung", d.h. die Herstellung von Brennstäben relativ unnütz ist, da nur Riesenanlagen ökonomisch sinnvoll arbeiten könnten, und ansonsten diese Anlagen nur eine gewisse Unabhängigkeit von der Lieferung von angereicherten Uran, das man für Kernreaktoren braucht, bedeuten könnten. Auf die Lieferung des angereicherten Urans besitzen die USA bis in die 80iger Jahre hinein das Monopol.

Der Griff Pakistans zur Atomwaffe ist auch nur allzu erklärlich, zündete doch Gegner Indien bereits 1974 unterirdisch seine erste Atombombe. Lieferant der nötigen Grundlagen war einerseits Kanada – das jetzt Pakistan mit dem Stopp der Lieferung von Uran droht („FAZ", 14.8.76) und in gewissem Umfange die USA selbst. Alles friedliche Getöse der französischen Regierung, die angeblich nicht bei der Lieferung von Kernanlagen durch die USA aus dem Rennen geworfen werden wollten („FAZ", 12.8.76), kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der französischen Imperialismus bereit ist, Pakistan die Atomwaffenproduktion zu ermöglichen, wie es schon die BRD in Brasilien gemacht hat.

Die laut vorgetragenen „Sorgen" des US-Imperialismus über das sich anbahnende Geschäft und die von der amerikanischen Regierung erhobenen Forderung nach *„multinationaler Kontrolle"* („SZ", 10.8.76) sind natürlich nicht von prinzipiellen Einwänden gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen (bzw. die zu ihrer Herstellung notwendige Technologie), sondern ausschließlich von den eigenen machtpolitischen Interessen bestimmt.

Einmal geht es den US-Imperialisten darum, ihre hervorragende Stellung auf dem profitträchtigen Gebiet der Reaktorproduktion zu behaupten, und zum anderen wünschen sie keine Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses – denn *„regionale Konflikte"* trügen *„den Keim nuklearer Auseinandersetzungen in sich"*, in die *„die Großmächte leicht hineingezogen werden könnten"* („FAZ", 14.8.76).

Mit anderen Worten: Die US-Imperialisten wollen allein entscheiden, wann und wo sie ihre verbrecherischen Ziele auch mit dem Einsatz von Atomwaffen durchsetzen.

Das ist der Hintergrund des jetzigen Streits zwischen den französischen und den amerikanischen Imperialisten um die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage an Pakistan.

Bundeswehr bildet faschistische Offiziere aus !

In der letzten Zeit drangen Berichte an die Öffentlichkeit, daß die BRD-Bundeswehr in zunehmenden Maße ausländische Offiziere als Gäste empfängt. Im August 1976 begrüßte auch die Panzergrenadierbrigade 7 in Hamburg-Fischbek drei ausländische Offiziere. Die drei wollen *„die Deutsche Bundeswehr 'von der Pike auf' kennenlernen"* kommentierten die „Harburger Anzeigen und Nachrichten" („HAN") vom 25.8.76. *„Bis Oktober bleiben sie in Fischbek und nehmen anschließend an einer deutschen Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg teil"* („HAN").

Interessant ist, aus welchen Staaten die Offiziere kommen. Es sind dies: Oberstleutnant Wolfgang Boeger (Brasilien), Oberstleutnant Mahmood (Sudan) und Major Youssefie Nadjad (Iran). Also ausschließlich faschistische Staaten, in denen es für die Bevölkerung nicht die geringsten demokratischen Rechte gibt und in denen das Militär die entscheidende Rolle bei der Unterdrückung und Ermordung fortschrittlicher Kräfte spielt.

Sehr aufschlußreich in diesem Zusammenhang, was die „HAN" über die Meinung der drei Offiziere berichtet: *„Die Erfahrungen aus der Arbeit bei der Deutschen Bundeswehr werden uns bei unseren späteren Aufgaben in unseren Ländern nützlich sein!"*.

KB/Gruppe Hamburg
Bezirksorganisation Harburg
Antifa-Kommission

Werden Jugendvertreter vom Kriegsdienst freigestellt ?

Kriegsminister Leber hat die Anweisung gegeben, wehrpflichtige Betriebs- und Personalräte sowie gewählte Jugendvertreter auf deren Antrag ab sofort vom Wehrdienst zurückzustellen. Die Dauer der Zurückstellung beträgt höchstens eine zweijährige Amtsperiode („Süddeutsche Zeitung", 27.8.). Auch der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, hat einen ähnlichen Erlaß für den Zivildienst zugesichert („Frankfurter Rundschau", 26.8.).

CDU-Wörner, der z.Z. noch verhinderte Kriegsminister, hatte an diesem Erlaß sofort zu bemängeln, daß dies eine „einseitige Bevorzugung" – nämlich gewählter Arbeitervertreter – sei („FR"), 27.8.76).

Was sich zuerst als wunderschöne Reform anhört, enpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Wahlkampfblase: Bereits einberufene Jugendvertreter sollen nur dann zurückgestellt werden, *„wenn ein mindestens gleich geeigneter Ersatzmann einberufen werden kann"*. Generell gelte der ›Freistellungserlaß nur, solange der personelle Bedarf der Bundeswehr gedeckt sei. Wenn also ein Wehrpflichtiger in einem bestimmten Bereich der Bundeswehr als unabkömmlich gilt, muß er trotz seines Engagements in der Arbeitervertretung seines Betriebes mit der Einberufung rechnen – ein Argument, mit dem man jeden kritischen Vertreter der Kollegen aus dem Betrieb entfernen lassen kann.

Alt - Nazi im Rüstungsgeschäft :

Von StrauSS bis Leber gefördert

Die Karriere des Dr. jur. Konrad Steinbrink begann mit dem Schreiben seiner Doktorarbeit. Sie wurde 1934 gedruckt und trägt den Titel „Die Revolution Adolf Hitlers", und die vorangestellte Widmung lautet: „Meinem Führer". *„In diesem Pamphlet propagiert Steinbrink Hitlers rassistische Blut- und Boden-Mythen, begrüßt die völkerbedrohenden Expansionsforderungen der Nazis und assistiert Göring bei seiner inszenierten Reichstagsbrandstiftung"*, schrieb 1973 der Journalist Friedrich von Falckenberg zu dieser Arbeit.

Die NSDAP belohnte Steinbrink bald mit einem Landratsposten, dann stieg er ins Reichsministerium des Inneren auf.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus geht seine Karriere ohne Bruch in der „würdigen Nachfolgerin" Bundesrepublik weiter. StrauSS beruft Steinbrink 1957 ins Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung als Unterabteilungsleiter. Unter von Hassel rückt er 1966 ins Bundesverteidigungsministerium auf und wird 1968 durch Schröder zum „Beauftragten für die Koordinierung der Wehrtechnischen Programme". Aber auch die dann folgenden sozialdemokratischen Kriegsminister fördern Steinbrink weiter. Schmidt macht ihn zum „Beauftragten für Planung und Programme". Steinbrink nunmehr Ministerialdirigent, hat mit seinen fünf Referaten die Planung im gesamten Rüstungsbereich zu koordinieren, 1974 wechselt er in die „Industrieanlagen Betriebsgesellschaft (IABG) " auf den Posten des Geschäftsführers. Die IABG ist dem Bundesverteidigungsministerium unterstellt und erledigt die Rüstungsplanung.

So erhält Steinbrink, der nach Aussagen seiner Mitarbeiter heute noch „diktatorisch und unrechtstaatlich" auftritt, zusätzlich zu seiner staatlichen Pension von DM 4.500 noch ein Gehalt von DM 10.000 für seine „Dienste am Vaterland" (nach „Extra-Dienst" vom 27.8.76).

Der 5.8. in Tübingen: Gut gelungen !

Pressemitteilung der Soldatenkomitees Tübingen

Es gibt in der französischen Armee (wie auch in der Bundeswehr) Soldaten, Matrosen und Flieger, die sich in Soldatenkomitees zusammengeschlossen haben, um gegen Ungerechtigkeiten in der Kaserne zu kämpfen, unter denen sie leiden müssen, und für die Erfüllung einer bestimmten Anzahl von Forderungen, weitgehend aber auch um eine Armee zu bekämpfen, die nur die Interessen der herrschenden Klasse vertritt. Die Rechte und Freiheiten, die den franz. Bürgern zusteht, gelten nicht für die jungen Soldaten. Wir haben nicht einmal das Recht zu lesen was uns gefällt, uns zu versammeln, politische oder gewerkschaftliche Aktivität in Uniform zu entwickeln. Andererseits werden wir aber gezwungen die Arbeiterstreiks zu brechen oder die Bauern von ihren Feldern zu vertreiben um daraus ein Manövergebiet zu machen (Larzac, Canjuers,...).

In der franz. Armee existieren mehr als 100 Soldatenkomitees. Jedes von ihnen hat eine eigene Zeitung, die in den Kasernen verteilt wird. Auch hier in Tübingen haben wir uns organisiert und bestehen in allen fünf Kasernen der Stadt. Wir fordern zusammen mit allen Soldaten das „Recht auf freie Äußerung und Organisierung in der Armee"; „Lohn in Höhe des SMIC" (auch in Deutschland existiert ein gesetzlicher Mindestlohn. In Frankreich ist es der SMIC, der z.Zt. ca. 1.400 Francs im Monat beträgt. Die Soldaten haben im Monat aber nur 210 Francs, und die in Deutschland stationierten bekommen noch 12 DM zusätzlich. Dazu kommt noch, daß für sie der Wechselkurs sehr teuer ist. Die meisten Soldaten können nicht auf die Bank und sind daher gezwungen ihr Geld in Cafe's und Tankstellen zu wechseln: mindestens 2 Francs für 1 DM); „zwei Wochenendurlaube von je 72 Std. im Monat" (mit dem Kurzurlaub können sich die Offiziere so manche Erpressung erlauben, z.Bsp.: „Wenn sie dies oder jenes nicht exact ausführen ... keinen Urlaub". Die Soldaten haben das R e c h t auf einen Kurzurlaub von 72 Stunden im Monat, natürlich können sie auch noch weitere von 48 oder 36 Stunden bekommen, aber die Heimfahrt ist teuer, und mit 210 Francs kommt man nicht weit. Außerdem stimmen oft die Zugverbindungen nicht überein und man muß auch noch, von dem schon kurzen Urlaub, einige Zeit damit verbringen auf den Zug oder Bus zu warten. Besonders erschwerend sind die Urlaubsbedingungen für die vielen Soldaten, die aus Südfrankreich oder Korsika kommen. Für sie ist nur 1 Heimfahrt im Monat möglich, aus zeitlichen und finanziellen Gründen).

„Kostenloser Transport"......

Alle 2 Monate kommt ein neuer Transport an. In Tübingen werden unsere neuen Kameraden durch das Verteilen von Flugblättern nach ihrer Ankunft am Bahnhof begrüßt. Dieses Mal haben wir sie mit Transparenten erwartet, auf denen unsere Forderungen geschrieben waren, insbesondere „Abzug der franz. Streitkräfte aus Deutschland".

Wir hoffen, daß die deutsche Bevölkerung nicht gefühllos dem Kampf der Soldaten gegenübersteht, denn wir haben die feste Absicht bis zum Erfolg zu kämpfen.

Wir werden die demokratischen Rechte bekommen !
Soldatenkomitees von Tübingen
405e BCS, 613e CI, 24e GCM, 5e RD





Faschistische Traditionsverbände in der Bundeswehr

Bekanntermaßen existieren zahlreiche sogenannte „Traditionsverbände" von ehemaligen „Frontsoldaten" der Nazi-Wehrmacht; diese entstanden gleich nach 1945 und Teile dieser faschistischen Soldaten, Offiziere usw. bildeten den Kern der Bundeswehr 1956. In der Folgezeit wurden die Kontakte zwischen Bundeswehreinheiten und diesen „Traditionsverbänden" intensiviert. Aus der faschistischen Monatsschrift „Alte Kameraden – Unabhängige Zeitschrift deutscher Soldaten – Organ der Traditionsverbände und Kameradenwerke" sind solche Verbindungen zu entnehmen. Allein in der Juli-Ausgabe dieses Jahres sind dazu zahlreiche Treffs zwischen alten und neuen Faschisten aufgeführt:

– So wurde zwischen dem „Kameradschaftsbund der 1. Panzerdivision", dem der deutsche Nazi-General Walter Wenck vorsteht und der entsprechenden Panzerdivision der Bundeswehr in Bad Hersfeld *„das ausgezeichnete Verhältnis ... der ehemaligen Ostlandfahrer seit 20 Jahren mit der Bundeswehr"* gefeiert. Selbstverständlich waren auch „Ehrengäste" vom BGS, der Bundeswehr (darunter auch General von Hopfgarten, von Plato und Philip) und die Stadtverwaltung vertreten.

– Die „Kameradschaft Reiter" zeigt mit dem Panzeraufklärungsbatallion 12 der Bundeswehr einige Dias vom *„feierlichen Einzug der 1940 nach Torgau heimkehrenden Schwadrone"* – nach dem Polen-Überfall der deutschen Faschisten.

– Beim „6. Wiedersehen der Traditionsgemeinschaft 72. Infanterie-Division mit 1300 Teilnehmern in Trier" traf ein *„persönliches Dankschreiben"* von CDUKohl ein.

– Auf einem „Soldatenfrühschoppen in Tübingen", an dem das „Kameradenhilfswerk e.V. 78" mit „befreundeten Dienststellen und Truppenteilen" teilnahm, *„schilderte Oberst a.D. Vetter den Einsatzweg der Divisionen"*.

Nach diesem Muster sind noch acht weitere Treffs zwischen Altfaschisten und ihren Nachfolgern in der Bundeswehr durchgeführt worden – notiert wohlgemerkt in einer einzigen Ausgabe des Faschistenblattes. Gerade in einer Zeit, in der die Bundeswehr zunehmend aufgerüstet wird – begleitet mit chauvinistischer und rassistischer Hetze –, gewinnen diese braunen Ratten wieder an Bedeutung und finden einen gewissen „Anklang". Flankenschutz zu diesem Treiben liefert die SPD-Regierung, die diesen Treffs auch noch die Zustimmung gibt.

Leber deckt Waffen-SS

Das „Haus der Begegnung" in Koblenz – von der Bundeswehr für Militärpropaganda eingerichtet und finanziell getragen – ist ständiges Tagungsheim der ehemaligen Waffen-SS (HIAG). Auf diesen Punkt angesprochen, lieferte Büroleiter Rottach, im Auftrage von „Verteidigungs"minister Leber folgende Begründung: *„ein von der katholischen Arbeitsgemeinschaft getragenes Heim, in dem die Bundeswehr kein Hausrecht besitzt"*. Und: *„Der Bundesminister der Verteidigung ist über die Aktivitäten der HIAG ausreichend informiert und sieht diese Hilfsgemeinschaft dementsprechend differenziert* (!!!). *Es wäre falsch, alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur HIAG schon zu verurteilen* (!). *Dafür haben Sie sicher Verständnis"* („Extra-Dienst", 6.8.76).

Rottach hat anscheinend die Funktion in der SPD, Faschistentreffen in der Bundeswehr abzuschirmen: er war es auch, der einen Brief an den Hamburger Senat schrieb, um den Auftritt des chilenischen Faschisten Kraushaar vor der Führungsakademie der Bundeswehr zu rechtfertigen!

massenmedien

„FAZ" als Fälscherblatt entlarvt

Der Informationsminister der VR Angola de Almeida hat in einem Gespräch mit der Agentur Prensa Latina aufgezeigt, daß vor allem westdeutsche und englische Medien bewußte Falschmeldungen verbreiten. Die bürgerlichen Medien bedienen sich dabei der Originalberichte der FNLA.

Diese Berichte sollen dem Leser weismachen, daß die Regierung der VR Angola Schwierigkeiten mit einem angeblich ansteigenden Guerillakampf der imperialistischen Söldnerhorden FNLA und UNITA hat, und daß diese Marionetten in einigen Gebieten fest verankert sind. Dazu nannte de Almeida zwei Beispiele.

Zum einen, daß die FNLA ihr Hauptquartier nach Çagumbe an der Zairischen Grenze verlegt habe, und zum anderen, daß in Caxito, 53 km nördlich von Luanda, Kämpfe stattgefunden haben sollen. Beides sind bewußte Lügen. Zur Zeit der angeblichen Kämpfe befand sich Präsident Neto in Caxito.

„De Almeida nannte folgende Medien, die sich der Desinformation über Angola bevorzugt hingäben: Stimme Amerikas; BBC; The Times; Radio France International; AFP; Le Figaro; FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) und Christian Science Monitor (Boston)" „ED" (Extradienst)v. 10.8.76.

In der Aufstellung fehlt noch die KVZ.

(Informationen aus „ED" v. 1o.8.76)

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD muß sich mit Springer „einigen"

An den vier Septembersonntagen vor der Bundestagswahl soll sie von zehntausend sozialdemokratischen Wahlhelfern kostenlos im Raum von Nordrhein-Westfalen (NRW) an den Wähler gebracht werden: die „Zeitung am Sonntag" (ZaS), herausgegeben in SPD-Regie in der eigens zu diesem Zweck gegründeten „Rhein-Ruhr-Press GmbH", der führende SPD-Größen angehören.

Unter der Leitung von Chefredakteur Conrad Ahlers werden nahezu 100 Berufsjournalisten an dem Blatt mitarbeiten, das nach dem Willen der Herausgeber *„kein politisches Wahlkampfblatt"* oder *„eine sture Partei-Postille"* sein soll, sondern *„allen Wählern Information und Unterhaltung"* bieten soll, die sich *„orientiert an den Zielen der Sozialdemokratie"*.

Die ZaS mit 38 (!) Lokalausgaben und einer Auflage von 1,8 Millionen, wird 16 Seiten stark sein und finanziert durch Anzeigen und den SPD-Unterbezirken, die 5 Pfg. pro abgenommenen Exemplar zahlen.

So spektakulär diese Art des Wahlkampfes ist, so vielfältig wurden die Aufgaben des Objekts formuliert:

Die ZaS soll nicht nur die sozialdemokratischen Wähler mobilisieren, sondern auch *„sich ... kritisch mit den Schwachstellen des SPD-Wahlkampfes befassen"*. Darüberhinaus richtet sie sich an Leser, die nicht auf die SPD festgelegt sind. Da NRW zum Hauptabsatzgebiet der beiden Springerblätter „Bild am Sonntag" und „Welt am Sonntag" zählt, will die SPD durch die ZaS *„in der Medienlandschaft politische Chancengleichheit bekommen"* und das *„Informationsmonopol Springers ... durchbrechen"*.

„ZaS" stößt auf Widerstand

Der so herausgeforderte Springer antwortete prompt! Mit der Begründung, die kostenlose Verteilung der ZaS stelle einen Verstoß gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, sowie eine *„Marktverstopfung"* und eine Störung der *„verfassungsrechtlich gesicherten Ordnung der Presse"* dar, drohte der Springer-Verlag mit *„gerichtlichen Auseinandersetzungen"*. Der unlautere Wettbewerb wird darin gesehen, daß durch die kostenlose Verteilung der Kauf von regulären Sonntagszeitungen überflüssig gemacht werde. Dieser Argumentation schloß sich der Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (BDZV) an: Man halte die Herausgabe der ZaS *„für rechtlich und politisch* (!) *fragwürdig"*!

Unter dem Hinweis, daß zum einen die ZaS lediglich an vier Sonntagen erscheinen soll, und, was den kostenlosen Vertrieb betrifft, die Verleger selbst an über hundert kostenlosen Anzeigenblättern beteiligt seien, wurden diese Vorwürfe von den SPD-Herausgebern zurückgewiesen. Auch würde die ZaS keinesfalls durch Steuermittel oder Regierungsanzeigen unterstützt, wie dies die CDU/CSU behauptet hatte. Die Zeitung sei vielmehr ein mit Anzeigen finanziertes Werbemittel für den Wahlkampf.

Am 28. August konnte dann die „Welt" melden, daß in einem „klärenden Gespräch" zwischen ZaS-Vertretern und Springer-Juristen eine „Einigung" über die „wettbewerbsrechtlichen Bedenken" erzielt worden sei, denn der Druck der Presse-Gewaltigen hatte ausgereicht, die SPD zu veranlassen, zurückzustecken und das Konzept dahingehend zu verändern, daß der Charakter des Objekts als kostenlos verteilte Wahlkampfzeitung der Partei im Kopf deutlich sichtbar gemacht wird.

Nun muß man sich fragen, ob die Finanzierung und Durchführung dieses Zwei-Millionen-Projekts wirklich nur den Zweck gehabt haben soll, an vier Sonntagen Wahlkampf mit ungewöhnlichen Mitteln zu betreiben. Daß die Planung hier weitergehend war und die Wahlkampf-ZaS nicht zuletzt ein Versuchsballon für eine überregionale SPD-Sonntagszeitung sein sollte, die, wenn sie „angekommen" wäre, sowohl den Segen als auch das Geld von der SPD-Führung erhalten hätte, deuteten die Herausgeber an: So wird zwar eine Weiterführung dementiert, im gleichen Atemzug aber zugegeben, daß diese Frage erörtert worden, jedoch verworfen worden sei...

Auch die Struktur der inhaltlichen Gestaltung mit Sport-, Fernseh- und umfangreichen Lokalteil hat eindeutig die Merkmale einer „normalen" Sonntagszeitung.

Sollte die SPD-Führung wirklich geglaubt haben, langfristig eine Sonntagszeitung starten zu können, ohne auf den erbitterten Widerstand des Springer-Konzerns zu stoßen, der mit 95 % aller verkauften Sonntagszeitungen hier das Monopol hat? Wie dem auch sei, Springers Drohung hat jedenfalls gereicht, daß ein weiteres Erscheinen der ZaS erst einmal vom Tisch ist, was deutlich macht, wie es um die „Ausübung des Grundrechts der Pressefreiheit" in der BRD bestellt ist, wenn dabei die Profit- und Politinteressen des Pressezaren berührt werden!

Nicht 'mal alle „Genossen" machen mit

Aber selbst die Durchführung des Wahlkampf-Einsatzes der ZaS geht nicht reibungslos über die Bühne. So wird es in Düsseldorf, Duisburg, Mühlheim, Dinslaken und Wesel nicht zu einer Verteilung durch die Unterbezirke kommen, da sich hier die Partei-Organisationen entweder organisatorisch dazu nicht in der Lage sehen oder aber ihren Wahlkampffond nicht durch die Subvention der Zeitung belasten wollen, da sie gemessen am Aufwand, nur wenig Effekt durch diese Art Wahlkampf erwarten.

(Nach „Welt", 24./28.8.; „FAZ", 24.8.; „Süddt.Ztg.", 19.8.; „Spiegel", 35/76).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Auseinandersetzungen im „Stern":

„Stern" bald auf CDU-Kurs?

Bei der Illustrierten „Stern" kam es im Verlauf der letzten Woche zu Auseinandersetzungen zwischen der Geschäftsleitung des Gruner + Jahr/Bertelsmann–Konzern auf der einen, dem Chefredakteur H. Nannen und der gesamten Redaktion auf der anderen Seite. Höhepunkt, der selbst SPD-Kanzler Schmidt zum Mitmischen veranlaßte, war die Drohung Nannens, vorzeitig von seinem Posten zurückzutreten. In der Redaktion wurde über eventuelle Streikmaßnahmen diskutiert, woraufhin sich Druckarbeiter der Gruner + Jahr-Druckerei in Itzehoe schon auf etwaige Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Redaktion vorbereiteten.

Zielscheibe: Illustrierte mit liberalem Image

1980 läuft der Vertrag Nannens als Chefredakteur des „sozial-liberalen" „Stern" aus. H. Nannen leitete die Chefredaktion des „Stern" seit 1948 und hat es verstanden, die politische Linie des Blattes nach außen gern durch eine Abgrenzung der Berichterstattung nach rechts und intern durch ein scheinbar mustergültiges Redaktionsstatut als „Politik des liberalen Fortschritts" zu verkaufen.

Mit der Übernahme des Gruner + Jahr-Verlages durch den Bertelsmann-Konzern (74,9 %) („Handelsblatt", 25.8.76) wurde auch der „Stern" einem scharfen Rechtskurs unterzogen, dem 1974 zehn fortschrittliche Redakteure zum Opfer fielen (s. a. AK 43 und 44).

Das Redaktionsstatut, das 1969 von den Verlegern selbst „gewährt" wurde, sprach der Redaktion einige sehr beschränkte Mitbestimmungsrechte zu bei der *„Berufung oder Abberufung eines Chefredakteurs"* sowie bei *„personellen Veränderungen im Kreise der stellvertretenden Chefredakteure, der Ressortleiter und der politischen Mitarbeiter"*.

In all diesen Fällen hat der Redaktionsbeirat mit Zweidrittelmehrheit ein Vetorecht.

Nach dem seit Februar 1974 gültigen Statut, das erstmals Ende 1978 gekündigt werden kann, ist der Chefredakteur in seinen Personalentscheidungen vom Verleger unabhängig.

Bertelsmann und CDU wollen einen rechten „Stern"

Bertelsmann und CDU wollen einen rechten „Stern"

Zum Knall beim „Stern" kam es, als Nannen dem Gruner + Jahr-Vorstandsvorsitzenden Fischer als seinen zukünftigen Nachfolger das SPD-Mitglied Bissinger vorschlug. Bissinger genießt bei der überwiegenden Mehrheit der Redaktion das Vertrauen. Über den Redaktionsbeirat wurde aber auch vorgeschlagen, daß die zukünftige Chefredaktion von Bissinger, dem derzeitigen „Stern"-Reporter Winter und dem als „rechter Flügelmann Fischers" geltenden Gillhausen gemeinsam geführt wird.

Diese drei waren vor einigen Monaten von Nannen auch zu stellvertretenden Chefredakteuren ernannt worden. Vorstandsvorsitzender Fischer weigerte sich aber, Bissinger einen Vertrag als stellvertretender Chefredakteur auszuhändigen und auch sein Gehalt wurde nicht dem der beiden anderen Stellvertreter angeglichen.

Mit dieser Weigerung hat Fischer massiv das Redaktionsstatut verletzt und deutlich gemacht, daß die Verlagsleitung auf Statuten pfeift, wenn ihr die ganze Richtung nicht mehr paßt. So zog Fischer auch selber eine Liste möglicher Chefredakteure seiner Wahl aus der Tasche:

- Günther Prinz, derzeitiger Chefredakteur bei Springers „Bild" (!),
- Friedrich Nowottny (CDU), Fernsehjournalist („Bericht aus Bonn"),
- Dieter Stolze, stellvertretender Chefredakteur bei der „rechts-" liberalen „Zeit".

Wie reaktionär diese Garde ist, geht schon daraus hervor, daß der von Nannen favorisierte Bissinger dem Gruner+Jahr-Chef Fischer „zu links" ist. Von Seiten der Verlagsleitung ist der Versuch unternommen worden, im Sturmlauf die einflußreichste Massenillustrierte in den Schaltstellen mit CDU-Leuten zu besetzen, um das Blatt aus der Rolle *„eines Haus- und Hofsängers der Koalition"* (so CDU-Medienexperte Pruys, „FR", 25.8.76) rauszubrechen und auf CDU-Kurs zu trimmen. Der Branchendienst „Text-intern" vom 24.8.76 berichtete, daß Fischer *„gegen Bissinger"* sei – *„ebenso wie CDU-Chef Dr. Kohl, mit dem er dieses Thema erörtert habe."*

„Textintern" berichtete weiterhin, daß Kanzler Schmidt spätestens seit Freitag, den 20.8. von dem Fischer-Kohl-Gespräch gewußt habe.

Wohl in Angst, Nannens Rücktritt vor der Wahl ginge zu Lasten der Koalition, ließ Schmidt ein Durchhalte-Telegramm an Nannen schicken: *„ ... Gerüchte, von denen ich höre, lassen befürchten, daß die Presselandschaft an Farbigkeit und Vielfältigkeit verlieren könnte. Es ist wichtig, daß sie aushalten"* („FR", 21.8.76).

Angriff auf die „Liberalität" des „Stern" vorerst gestoppt

Der Eingriff Fischers in das Redaktionsstatut wurde von Nannen auch als Einschnürung seiner Kompetenzen als Chefredakteur begrif-

Der Eingriff Fischers in das Redaktionsstatut wurde von Nannen auch als Einschnürung seiner Kompetenzen als Chefredakteur begriffen. Und wer läßt sich schon gern in die Suppe spucken.

Seine sofort angekündigte Rücktrittsdrohung trug objektiv dazu bei, den Kern der Auseinandersetzung auf ein Nebengleis zu verlagern: Es geht nicht mehr darum, daß die Verlagsleitung den „Stern" auf stramm reaktionären CDU-Kurs zwingen will, und dabei auch selbst die kleinsten Mitbestimmungsklauseln, wie im Redaktionsstatut, eben grundsätzlich weg haben will, sondern nun steht im Vordergrund die „Vertrauenskrise" zwischen Vorstand und Chefredakteur, der „ ... *die redaktionelle Freiheit tangiert"* sieht (nach „FR", 21.8.76). Die Redaktionsvollversammlung reagierte am 19.8. einmütig: In einer Resolution, die ohne Gegenstimmen angenommen wurde, sprach sie Nannen, sowie den drei Stellvertretern ihr „uneingeschränktes Vertrauen" aus und forderte den Redaktionsbeirat auf, alles zu tun, um ein Ausscheiden Nannens zu verhindern. Am nächsten Tag trat die Redaktionsvollversammlung noch einmal zusammen, und kündigte für den Fall eines Scheiterns der zum selben Zeitpunkt laufenden Verhandlungen zwischen Nannen und dem Bertelsmann-Chef, Rheinhard Mohn, weitere Schritte an. U.a. wurde laut darüber nachgedacht, daß die zeitraubenden Diskussionen es nicht mehr ermöglichten, den „Stern" vollständig zu produzieren.

Die Kampfbereitschaft der Redaktion schlug aber schnell in Enttäuschung um, als deutlich wurde, daß über den Verlauf der Verhandlungen Stillschweigen gewahrt wurde. Die Redaktion mußte sich am 23.8. mit folgender „inhaltsreichen" Erklärung von Nannen und Fischer begnügen: *„Die im Hause Gruner+ Jahr zwischen Verlag und Redaktion des Stern aufgetretenen Differenzen sind heute einvernehmlich ausgeräumt worden. Chefredakteur Henry Nannen und die Redaktionsleitung setzen ihre Arbeit fort"* („Handelsblatt", 25.8.76).

Auf der Redaktionsvollversammlung am letzten Dienstag mußten die Redakteure feststellen, daß sich faktisch kaum etwas geändert hatte: Bissinger erhält immer noch keinen Vertrag als stellvertretender Chefredakteur, nur die entsprechenden Bezüge und Gruner+Jahr-Vorstandschef Fischer machte noch einmal deutlich, daß die Entscheidung über die Besetzung der Chefredaktion letztendlich beim Verlagsmanagement liegt.

Angesichts dieser Ergebnisse ist die berechtigte Ansicht in der Redaktion verbreitet, man sei verschaukelt worden!

Der heftigen Reaktion der Redakteure ist es aber zu verdanken, daß die Verlagsleitung die Entscheidung über die künftige politische Linie des „Stern" jetzt erst einmal vertagt hat. Das bietet auch den Redakteuren die Chance, sich besser auf

dung über die künftige politische Linie des „Stern" jetzt erst einmal vertagt hat. Das bietet auch den Redakteuren die Chance, sich besser auf

die kommenden Angriffe vorzubereiten.

„Der nicht ausgeräumte Konflikt, ... soll für den Verlag zwischen der Person Bissingers, dem Linkshaftigkeit nachgesagt wird, und einigen Anzeigenkunden (!) *bestehen, die auch für die Zeit nach Nannen die Liberalität* (!) *dieses wichtigen Kommunikationsorgans für den Verbraucher gewahrt wissen möchten"* („Handelsblatt", 25.8.76). Neue Angriffe der Verlagsleitung, der Kapitalistenklasse und der CDU stehen bevor.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Pressezaren im Clinch

Der Konkurrenzkampf der Pressezaren in der BRD nimmt immer schärfere Formen an. Jüngstes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung zwischen der größten westdeutschen Regionalzeitung „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" („WAZ"), Essen, und ihrer im Ruhrgebiet einzigen Konkurrentin, den „Ruhr-Nachrichten" („RN") in Dortmund.

Die „WAZ" ist im Laufe der letzten Jahre wie ein Großeinkäufer im Rhein-Ruhr-Gebiet aufgetreten und hat in einem Zeitraum von 16 Jahren acht eigenständige Lokal- und Regionalzeitungen übernommen. Der letzte spektakuläre Fall war die Fusion mit der „Neuen Ruhr Zeitung" („NRZ"), die Anfang 1976 begann. Das Vorgehen bei der Übernahme der „NRZ" zeigte die Richtung an, wie heutzutage die Pressekapitalisten arbeiten, um ihre profitträchtigen Pläne zu verwirklichen. Vorangetrieben wurde die Aktion durch Dementis, Einstweiligen Verfügungen gegen Veröffentlichungen, die diese Dementis widerlegten, Prozeßandrohungen, kartellrechtliche Auseinandersetzungen und einer Kette von Prozessen.

Diese Art des „Konkurrenzkampfes" wird auch gegenwärtig gegenüber den „RN" angewendet. Gegenstand der hartnäckigen Auseinandersetzung ist der Kampf um das Anzeigengeschäft im „werbeintensiven" Ballungsgebiet an Rhein und Ruhr.

Auslöser des Streits war ein Gutachten, das im Auftrage des „RN"-Verlages erstellt wurde. Es untersucht die Gestaltung der Abo-Preise, die lokal unterschiedlich (die „WAZ" hat 17 Lokalausgaben) hoch gestaffelten Anzeigenpreise und die kostenlosen „WAZ"-Anzeigenblätter. Die Kombination dieser und anderer Maßnahmen der „WAZ" wurden als *„einmaliger Fall einer in Konzeption, Durchführung und Erfolg einzigartigen Markteroberungsstrategie"* gewertet und die Möglichkeit der Einleitung von Mißbrauchs-, Aufsichts- oder Bußgeldverfahren bei den Kartellbehörden in Betracht gezogen.

Hiermit hatte der Schlagabtausch begonnen, denn kurze Zeit später konterte die „WAZ" mit einer „Gegendarstellung". Die Untersuchungen wurden in einem Rundschlag als falsche Ableitungen aus *„fast ausnahmslos fehlerhaften Sachverhalten"* abgeblockt, um dann zum Gegenangriff überzugehen: Das Gutachten sei für den „RN"-Verlag ein *„Kampfinstrument der Stimmungmache"* in einer seit längerem betriebenen Propaganda-Kampagne gegen den „WAZ"-Verlag; die variierenden Anzeigenpreise seien nicht für die „WAZ", vielmehr für die „RN" zutreffend; ebenso wurde ein Verdrängungswettbewerb nicht von der „WAZ", sondern von der „RN" selbst betrieben, habe diese doch der Hagener „Westfalenpost" 1972 durch die Kündigung einer längerfristigen Kooperation finanziell das Wasser abgegraben und sie so für die Kooperation mit der „WAZ" (!) erst reif gemacht.

Die kostenlosen Anzeigenblätter hätten nicht die Aufgabe, der Konkurrenz die Anzeigenkunden wegzulocken, sondern seien eine Abwehr gerade gegen reine Anzeigenzeitungen. Die Grundlagen und Ergebnisse der Berechnung durch die „RN" seien sowieso falsch, die in der „Gegendarstellung" gebrachten hingegen korrekt.

Wer sich hier nun wo verrechnet hat, das herauszufinden bleibt den Richtern als Aufgabe, denn nun war es an der „RN", den nächsten Zug zu tun und zwar mit einer Einstweiligen Verfügung (EV), die der „WAZ", unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM, untersagt, behaupten zu dürfen, daß die „WAZ"-Anzeigenpreise unter dem Durchschnitt liegen und die kostenlosen Anzeigenblätter nur der Abwehr dienen.

Noch ist der Schlußgong in dieser Auseinandersetzung nicht ertönt, kam doch von der „WAZ" die Erklärung, daß die EV auf keinen Fall hingenommen werde (nach „FR", 2o.7.76 und „FAZ", 2.8.76).

Die Art und Weise, wie hier zwei Verlage aufeinander losgehen, zeigt exemplarisch auf, wie schnell das Kartenhaus des „fairen Konkurrenzkampfes in einer freien Marktwirtschaft" zusammenbricht, sobald der Kampf um den Profit schärfere Formen annimmt.

Keine Verleumdung, keine Unterstellung, kein Stück schmutziger Wäsche wird ausgelassen und jeder Ganoventrick ist dabei gerade gut genug.

Einig sind sich die Herren Kapitalisten nur, wenn es gegen die Arbeiter geht.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Unternehmer-Zensur beim NDR

Die erste beim BRD-Fernsehen produzierte Sendereihe über die Rechte von Arbeitern und Angestellten im Betrieb ist auf Veranlassung des NDR-Intendanten Neuffer (SPD) nicht zur Sendung freigegeben worden. Auch andere Sender können das Programm nicht senden. Es handelt sich um ein Kursprogramm über betriebsverfassungsrechtliche Fragen (*„Der Betriebsrat – ein Kurs für Arbeitnehmer"*), das von NDR und WDR für das Dritte Programm der Sender NDR, WDR, SFB und Radio Bremen hergestellt worden war. Darin sollten, ausgehend von den Interessengegensätzen im Betrieb, die Möglichkeiten einer Ausschöpfung der Rechte der Kollegen – natürlich im Rahmen des BetrVG – veranschaulicht werden.

Allein dies reichte aus, um den Protest der Kapitalisten hervorzurufen. Bereits am 13. Mai wandte sich die **„Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände"** in einem Schreiben an ihren Kumpel Friedrich Wilhelm Räuker (CDU), den Programmdirektor Fernsehen des NDR. Sie kritisierten, daß die Sendereihe *„einseitig aus der Sicht der IG Metall gestaltet worden"* sei und verlangten die Absetzung. Herr Räuker (CDU) wandte sich daraufhin an seinen Kollegen Neuffer (SPD) und teilte ihm mit, das Thema sei in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt *„sowieso nur dem Geiste des Gesetzes gemäß"*, also als Propaganda für die Sozialpartnerschaft, abzuhandeln. Zumindestens müsse der Standpunkt der Kapitalisten zu 50% berücksichtigt sein. Das schriftliche Material zu der Sendereihe sei *„marxistisch und klassenkämpferisch ausgerichtet"*.

Herrn Neuffer (SPD) blieb es dann vorbehalten, die Sendung am 27. Juli zunächst auszusetzen, da die NDR-Beiträge *„qualitativ nicht ausreichend seien"*.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände u n d Mitglied des NDR-Rundfunkrates, Wolfgang de Haan, wies er natürlich jeden Zusammenhang zwischen seiner Entscheidung und dem Protest der Kapitalisten zurück. Er habe die Sendung wegen *„einiger Mängel"* nicht freigegeben, z.B. müsse *„in einer Reihe von Fällen die Differenziertheit von Sachverhalten konkreter und realistischer berücksichtigt"*, *„die Gegenposition der Arbeitgeber in die Erörterung betriebsratsmäßiger Arbeit einbezogen"* werden usw.

Die vom NDR produzierten Teile der Sendereihe waren bereits vor Vertretern der Gewerkschaften, der Volkshochschulen und kirchlicher Erwachsenenbildungsorganisationen gezeigt und für gut befunden worden, ebenso von der zuständigen Redaktion und vom Hauptabteilungsleiter. Ebenso hat sich der Redakteursausschuß des NDR gegen die Absetzung der Sendereihe durch Neuffer ausgesprochen, zumal keinerlei rechtliche Bedenken gegen die Programm-Beiträge bestehen, was übrigens auch Neuffer den Drohungen mit rechtlichen Schritten seitens der Kapitalisten entgegengehalten hatte. Damit wird unter Federführung der SPD – unter Preisgabe der (noch) bestehenden Informationsmöglichkeiten – ein weiterer Schritt zur Faschisierung getan, wenn selbst leise Kritik an der Sozialpartnerschaftsideologie und Aufklärung über bestehende Rechte für Arbeiter und Angestellte als *„marxistisch und klassenkämpferisch"* diffamiert oder unter dem Deckmäntelchen *„mangelnder journalistischer Qualität"* unterdrückt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Publizistik in der IG Druck und die Gewerkschaft Kunst, sowie der Vorstand der Rundfunk-, Fernseh- und Filmunion im DGB protestierten gegen diese Entscheidung.

FU Westberlin

Wiederaufbau einer studentischen Interessenvertretung

Seit ca. einem Semester läuft an der „Freien" Universität Westberlin (FU) verstärkt die Auseinandersetzung um den Wiederaufbau von eigenständigen Interessenvertretungsorganen. Diese waren 1969 durch das Westberliner Uni-Gesetz abgeschafft worden.
Nicht zufällig war die Diskussion durch einen Vorschlag des „Aktionskomitees gegen die Berufsverbote" (AK) initiiert worden. Das „AK" war die einzige Organisation, die sich in den letzten Semestern als fähig erwiesen hat, über die einzelnen Fachbereiche hinaus die fortschrittlichen Studenten zu großen gemeinsamen Aktionen zu mobilisieren. Dies liegt wesentlich darin begründet, daß es im „AK" gelungen ist, eine tatsächliche Aktionseinheit zwischen demokratischen Kräften aufzubauen.

Ansonsten ist die Linke an den Westberliner Unis bei aller personellen Stärke noch stärker zersplittert als an westdeutschen Hochschulen, was zusätzlich zum Fehlen eines AStA die Zersplitterung des studentischen Kampfes begünstigt.

Der UStA-Entwurf: Ein Schritt vorwärts

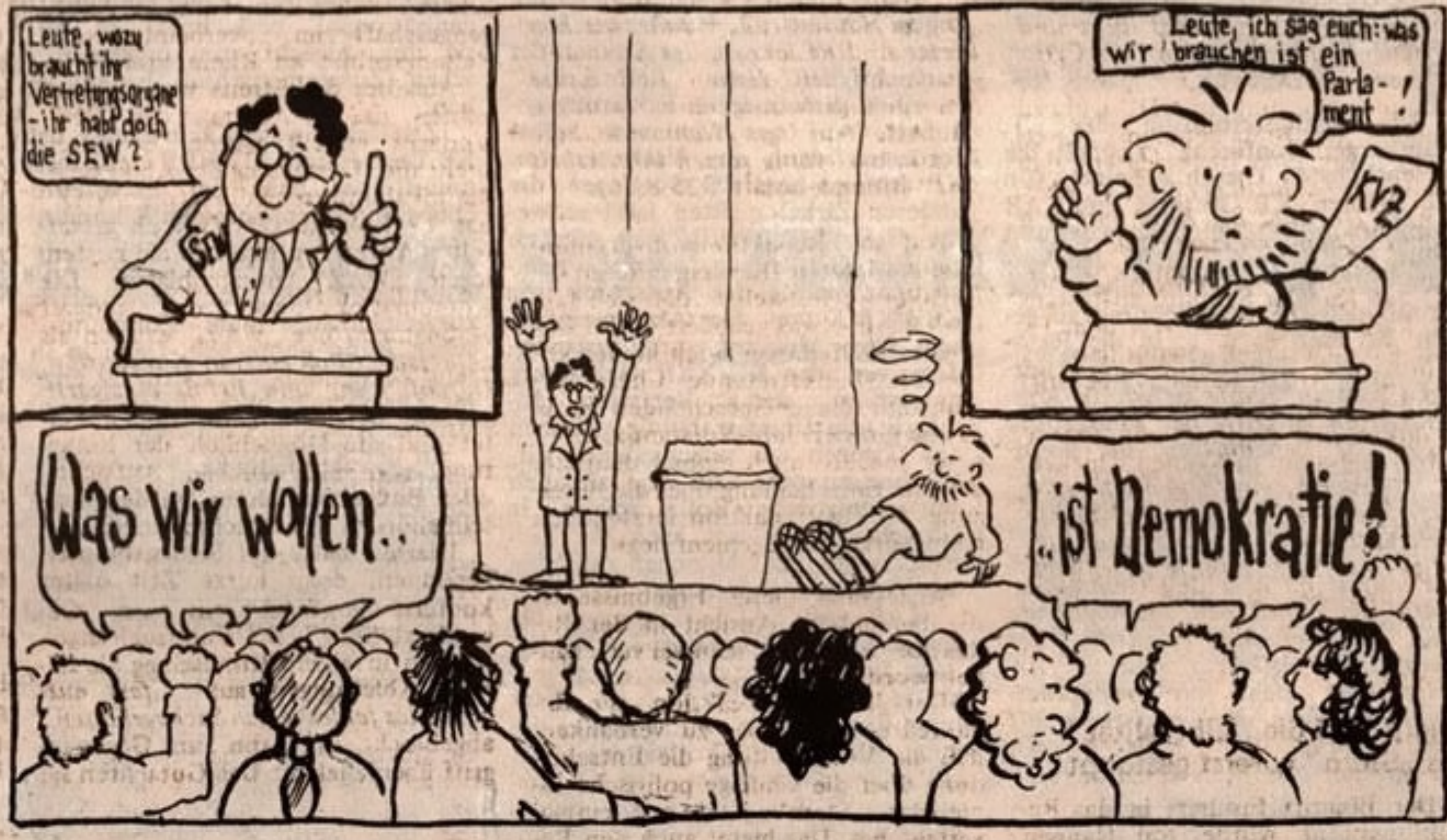
Der bisher im „AK" diskutierte Entwurf für einen Unabhängigen Studentenausschuß (UStA – im folgenden wird dies als Position des „AK" gekennzeichnet, obwohl sie nur von einem Teil des „AK" getragen wird), der auch auf einer studentischen Vollversammlung (VV) mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, beinhaltet folgende Vorstellungen: der UStA wird aufgebaut auf freiwilliger Basis und unterscheidet sich dadurch grundsätzlich von den in der verfaßten Studentenschaft verankerten ASten (Allgemeine Studentenausschüsse). Nach Meinung des „AK" stellt sich heute für die Studenten nicht die Alternative AStA oder UStA, da mit der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft in Westberlin keine freie Wahl zwischen diesen „Möglichkeiten" besteht. *„Ein AStA bedarf als öffentlich rechtliche Körperschaft der gesetzlichen Verankerung; diese ... wird noch Jahre auf sich warten lassen"* („FU-Info", 12/76). Bestanden anfänglich im „AK" noch Vorstellungen, daß an der UStA-Initiative nur diejenigen mitarbeiten könnten, die eine Mitgliedskarte für 15 DM kaufen, so soll
auf sich warten lassen" („FU-Info", 12/76). Bestanden anfänglich im „AK" noch Vorstellungen, daß an der UStA-Initiative nur diejenigen mitarbeiten könnten, die eine Mitgliedskarte für 15 DM kaufen, so soll
nach dem jetzt vorliegenden Entwurf jeder auf freiwilliger Basis mitarbeiten können und auch jeder Wahlberechtigte für die Organe der UStA-Initiative sein. *„Beibehalten wurde allerdings die Regelung, daß die Teilhabe an den sozialen Leistungen des UStA die Mitgliedschaft (sprich Beitragszahlung) voraussetzt"* (ebenda). Diese Regelung ist notwendig, da die *„umfangreiche Aufgabenstellung einen Finanzbedarf (bedingt), der durch Spenden nicht gedeckt werden kann"*.

Die Organe der UStA-Initiative sollen in direkter Wahl bestimmt werden. *„Der UStA-Rat setzt sich aus Delegierten aller Fachbereiche (FB) bzw. wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Die Delegierten ... werden auf den FB-VVs ... gewählt. Jeder Bereich entsendet zwei Delegierte. Der Delegiertenrat ist das gesamt-universitäre Entscheidungsorgan."* Dieses Modell der Organbestimmung hebt sich deutlich ab von den Vorstellungen insbesondere des KBW und der Jusos, die sofort auf allgemeine Wahlen lossteuern wollen, um ein „Parlament" zu wählen. Der Vorteil der direkten Wahl auf VVs liegt darin, daß der Aufbau von Interessenvertretungsorganen viel unmittelbarer von der Basis getragen und kontrolliert werden kann, und daher zur Aktivierung der Studenten besser geeignet ist. Weiter wurde beschlossen, daß *„die Delegierten den VVs ihres Bereiches rechenschaftspflichtig (sind) und jederzeit mit einfacher Mehrheit abgewählt werden (können)"*. Hierauf hinzuweisen ist deshalb besonders wichtig, weil bei den bestehenden Studentenparlamenten und ASten an den westdeutschen Hochschulen dieses imperative Mandat formal nicht besteht und die Revisionisten ein imperatives Mandat gegenüber den VVs auch ablehnen. Diese Form des UStA-Aufbaus stieß bei allen auf Parlamentarismus und Parteiladenpolitik orientierten Gruppierungen auf heftigen Widerstand.

ADS, SHB, Jusos, KHG, KSV und KSB/ML – einig im Kampf gegen den UStA

Die bisher größte Hochschulorganisation, die der SEW nahestehende ADS (Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten), lehnte das UStA-Konzept rundheraus ab, denn *„wenn die Verfasser der Plattform von der Notwendigkeit überzeugt sind, eine Bündnisorganisation aufbauen zu müssen, so hätte ... unserer Meinung nach auch eine Auseinandersetzung mit unserer Organisation Platz haben müssen. Denn die ADSen haben den Anspruch (!), selbst eine Bündnisorganisation zu sein, auchwenn dieser Anspruch noch nicht zu unserer vollsten Zufriedenheit eingelöst ist."* („ads-sonderinfo"). So einfach ist das! Das „AK" soll sich weiter um die Berufsverbote kümmern, für die „Politik" ist ansonsten die ADS zuständig.

Die Tatsache, daß eine Organisation den Anspruch stellt, gleich-



zeitig als legitimiertes Interessenvertretungsorgan anerkannt zu werden, dürfte auch für revisionistische Maßstäbe ziemlich einmalig sein.
zeitig als legitimiertes Interessenvertretungsorgan anerkannt zu werden, dürfte auch für revisionistische Maßstäbe ziemlich einmalig sein.
Mit dieser arroganten Haltung kamen die ADSen allerdings nicht durch. Selbst M. Buchholz, „Chaoten"-Feind im Westberliner „Extra-Dienst" („ED") und ADS-Freund, schrieb: *„Eine Avantgarde (gemeint ADS, Anm. AK) wartet mal wieder ab ... Dabei darf doch einmal gefragt werden, was die FU-Hochschulgruppe der SEW nun eigentlich im letzten Semester geleistet hat ....?"* Und weiter nach einem überschwenglichen Lob für den wenig später gestürzten ADS-AStA an der PH (Siehe AK 83): *„Auch die ADS an der FU beschäftigen sich mehr mit einer Abwehr der UStA-Konzeption als mit einer konkreten Alternative"* („ED", 4.5.76).

Auf der entscheidenden Uni-VV machte die ADS dann einen „konkreten" Vorschlag: *„Die Uni-VV lehnt die Weichenstellung in Richtung UStA und die Gründung eines Vor-UStA ab. Die Uni-VV ist der Meinung, daß der Kampf um eine allgemeine Studentenvertretung geführt werden muß ... Dieser Kampf muß von Basis (!) von den Fachbereichen ausgehen. Die Uni-VV schlägt den Studenten aller Fachbereiche vor, mit der Diskussion (!!) und dem Aufbau von Fachschaften zu beginnen"* (Resolution der ADS, der Jusos und des SHB). An diesem Vorschlag ist nur soviel konkret, daß er den konkreten Aufbau einer Interessenvertretung, wie er vom „AK" vorgeschlagen wurde, verhindern sollte, weil die ADS darin keine führende Stellung einnimmt. Denn keine der einbringenden Organisationen hatte bis dahin oder hat seitdem auch nur einen praktischen Handschlag zum „Aufbau von Fachschaften" getan.

Die Jusos traten mit dem „originellen" Vorschlag hervor, einen „AStA sofort" zu fordern. Unverdrossen versuchten sie, den Studenten weiszumachen, *„die Berliner (gemeint Westberliner) SPD wird sich nicht von der Partei im Bundesgebiet isolieren wollen, denn in allen sozial-liberal regierten Bundesländern wird die verfaßte Studentenschaft wiederum an den Hochschulen verankert"*. Tatsächlich arbeitet die SPD überall zielstrebig am Abbau der Möglichkeiten für eine studentische Interessenvertretung. Weiterhin haben die Jusos „vergessen" hinzuzufügen, wie die ASten nach den Vorstellungen der SPD aussehen sollen, nämlich politisch völlig entmündigt. Auch die Jusos lehnten natürlich einen eigenständigen UStA ab!

Haupteinwand der KHG (KBW) war zunächst, man müsse die Einrichtung eines AStA dem bürgerlichen Staat abtrotzen: *„Wahrnehmen können die Studenten nur (!) ihr Recht durch einen AStA, der gesetzlich anerkannt alle Studenten mit Immatrikulation vertritt"*. (Nebenbei bemerkt: diese Leute, die ihre Rechte nur dann wahrnehmen können, wenn sie gesetzlich anerkannt werden, diffamieren die Forderung z. B. nach dem Verbot von Faschistenveranstaltungen als „Versöhnung der Massen mit dem bürgerlichen Staat"!!)
nach dem Verbot von Faschistenveranstaltungen als „Versöhnung der Massen mit dem bürgerlichen Staat"!!)

Dann schlug die KHG vor, auf der Ebene der Fachbereiche die Gremienvertreter (also diejenigen, die durch Briefwahl bestimmt werden und an kein Votum der Studenten gebunden sind) mit der Ausarbeitung einer Satzung für AStA und Studentenparlament (SP) zu beauftragen. Schlitzohrig bot er dabei die eigenen Gremienvertreter an, denn diese hätten sich ja bei der Wahl verpflichtet, *„sich aktiv für den Wiederaufbau der VS* (verfaßte Studentenschaft, Anm. AK) *einzusetzen"*. Was die KBW-Vertreter von derlei öffentlichen Verpflichtungen halten, wurde zuletzt bei den FU-Präsidentschaftswahlen deutlich (s. AK 84/85). Das UStA-Konzept wurde vom KBW also weiterhin abgelehnt, stattdessen orientierte er auf ein Studentenparlament, das per Urnenwahl gewählt werden soll. Das bürgerliche Demokratieverständnis hat beim KBW schon soweit durchgeschlagen, daß er Demokratie nicht mehr mit der aktiven Teilnahme an allen Entscheidungen verbindet, sondern nur noch das formale Wählen hervorhebt. Je mehr wählen – umso besser. Von diesem Gesichtspunkt her muß dem KBW die BRD geradezu als demokratisches Musterland erscheinen. Der demokratische Charakter von Interessenvertretungsorganen hängt aber nicht von einem einmaligen Wahlakt ab (siehe Bundestag ...), sondern davon, daß die Studenten a k t i v an der Diskussion um die Festlegung der Politik teilnehmen und die beschlossenen Aktivitäten dann auch mittragen.

Mit dem Konzept der „allgemeinen und gleichen" Wahlen übernimmt der KBW im Auftrage der Sozialdemokratie die Aufgabe, ein bürgerliches Verständnis von Demokratie in die demokratische Studentenbewegung zu tragen.

Der KSV propagiert einen „antihegemonistischen" AStA, diffamiert das UStA-Konzept als „gelben" AStA, deren Nutznießer die „Sozialimperialisten" seien und hat jetzt zur Durchsetzung seiner Linie eine Aktionseinheit mit der KHG (!) geschlossen. Saubere Einheit!

Am einfachsten sieht die „ML" das Problem: „Weder AStA noch UStA – für die revolutionäre Einheit der Studenten!" (Prost!)

„Programmatische" Fehler beim „AK"

Auch wenn wir mit der Form des Aufbaus eines UStAs mit dem „AK" übereinstimmen (Aufbau durch die aktiven Studenten, enge Bindung der Delegierten an die Basis) können wir das von den inhaltlichen Aufgaben, die dem UStA vom „AK" zugemessen werden, nicht in allen Punkten sagen.

Im ersten „Vorschlag zum UStA-Programm" vom Mai '76 nehmen sehr detaillierte Darstellungen zur „Verbesserung der Studiensituation", „Entprivilegierung" (s. u.) und „Sozialpolitik" 90 % des Entwurfs ein, während die zentrale Frage der Studentenbewegung der letzten Semester, der Kampf um das politische Mandat nur gestreift wird. Dieses wird zwar einerseits als *„für jede Hochschulpolitik geradezu notwendig"* bezeichnet, andererseits aber
Mandat nur gestreift wird. Dieses wird zwar einerseits als „für jede Hochschulpolitik geradezu notwendig" bezeichnet, andererseits aber
eingeschränkt durch die Voraussetzung eines *„bestimmten Konsens* (Übereinstimmung, AK) *der Studentenschaft über die staatlichen Maßnahmen, durch die die Hochschulen formiert werden, ... da die Vermittlung der politischen Probleme der Studentenschaft in der Gesellschaft eine möglichst geschlossene sein muß."*

Die breite Darstellung von „Studienproblemen" und „Sozialpolitik" läßt auf Illusionen schließen, über Studienfragen mehr Studenten mobilisieren zu können, als über die zentralen politischen Fragen. Hier sollten die „AK"-Genossen aus ihren eigenen Erfahrungen lernen; denn unserer Meinung nach ist es kein Zufall, daß das „AK" als Berufsverbotekomitee seinen politischen Einfluß gewonnen hat und nicht als Komitee zu „Studienproblemen".

Der zweite zentrale Punkt der „Vorschläge ..." ist die Bündnispolitik. Dreh- und Angelpunkt hierbei ist die „Entprivilegierung" der Intelligenz, wozu konkret vorgeschlagen wurde, die Löhne von Lehrern usw. um 33 % zu kürzen, um ein glaubwürdiger Bündnispartner für die Arbeiterklasse zu werden. Sicher sind auch wir Kommunisten für die Entprivilegierung der Intelligenz. In diesem Gesellschaftssystem allerdings Lohnkürzungen zu fordern, kommt allein der „Sparpolitik" der Kapitalistenklasse entgegen. Diesen Einwand wischt das „AK" sehr leichtfertig vom Tisch: *„Dabei darf nicht vergessen werden, daß die staatlichen Stellen ihnen genehme Teile fortschrittlicher (?) Programmatik aus ihrem Kontext* (= Zusammenhang) *zu lösen versuchen, um sie so in ihr Gegenteil zu verkehren."*

Nicht angegeben werden kann allerdings vom „AK", worin für die Arbeiterklasse und die Intelligenz der Vorteil einer „Entprivilegierung" in diesem System liegen soll. Wohl kaum wird das „AK" behaupten wollen, daß die „gewonnenen" (für wen?) Millionen den Arbeitern zufließen. Und allein ein geringerer Lohn ändert an der Stellung der Intelligenz zur Arbeiterklasse noch gar nichts, die Hierarchie wird dadurch nicht angegriffen (ein Vorschlag Genossen: überzeugt die Lehrer usw., daß sie jeden Monat ein Drittel ihres Lohnes des Befreiungsbewegungen zukommen lassen, dann habt ihr politisch gewonnen). Eine Gefahr für den Aufbau von politischen Interessenvertretungsorganen werden diese Vorstellungen, weil sie vom „AK" für die UStA-Arbeit p r o g r a m m a t i s c h festgelegt werden sollen. Satzungsmäßig soll nämlich festgeschrieben werden: *„Der UStA arbeitet auf der Grundlage seines Programms* (hierzu gehört auch die „Entprivilegisierung", Anm. AK). *Das Programm kann nur verändert werden, wenn sowohl der UStA-Rat mit mindestens Zweidrittel-Mehrheit als auch die Uni-VV mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden ... zustimmen."*

Damit wird eine zumindest sehr unausgegorene Bündnispolitik programmatisch für die kommenden Vertretungsorgane festgelegt. Ebenso wie wir dies z. B. für das Konzept der „gewerkschaftlichen Orientierung" ablehnen würden, müssen wir dies auch in diesem Fall tun. Dadurch würde die politische Auseinandersetzung um die richtige Politik der Vertretungsorgane unzulässig eingeschränkt.

Uni-VV: Abfuhr für ADS, Jusos, KHG und KSV

Nach der Diskussion über die verschiedenen Konzeptionen zum Aufbau von Interessenvertretungsorganen wurde auf einer Uni-VV über den weiteren Weg beschlossen. Dabei entschied sich eine deutliche Mehrheit gegen ADS, SHB, Jusos, KHG und KSV, also gegen alle größeren Hochschulorganisationen, für den Aufbau eines UStA und beauftragte verschiedene Kommissionen mit konkreten Vorbereitungen zur Gründung eines UStA im Wintersemester.

Jetzt besteht für die linken Studenten die Aufgabe, den UStA zu einem Hebel für eine Aktionseinheit gegen die Formierung des Bildungswesens, gegen die Rechtsentwicklung und den Abbau der demokratischen Rechte an der Hochschule zu machen. Dabei wird entscheidend sein, ob es gelingt, den UStA von der engen Orientierung auf „Studieninteressen"
und den Abbau der demokratischen Rechte an der Hochschule zu machen. Dabei wird entscheidend sein, ob es gelingt, den UStA von der engen Orientierung auf „Studieninteressen"
wegzubringen; denn nur auf der Grundlage einer politischen Mobilisierung werden die Studenten auch bereit sein, ihr Organ zu verteidigen.

Andererseits dürfen sie sich nicht darauf verlassen, daß ADS/SHB/Jusos sowie KHG/KSV mit ihren Vorstellungen bereits gescheitert sind. Denn nun werden diese versuchen, ihre Vorstellungen im UStA unterzubringen. Nur wenn es gelingt, die schädliche Politik insbesondere von ADS und KHG zu isolieren, wird dieser UStA ein Mittel sein, die jahrelange Stagnation der studentischen Kämpfe an der FU und den desolaten Zustand der Linken zu überwinden.

Bündniskommission
KB/ Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 19.000 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Metall-Aktionseinheit 1971 Die Weichen wurden gestellt

Vor 5 Jahren, im Sommer/Herbst 1971, wurde von einer Reihe örtlicher kommunistischer Zirkel der Versuch unternommen, zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Metall-Tarifrunde jenes Jahres zu kommen und darüberhinaus insgesamt eine größere Vereinheitlichung des Zirkelwesens zu erreichen.
Im Rückblick erweist sich dieser Versuch als ein entscheidendes und folgenreiches Ereignis für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in unserem Land seither. Zwischen den örtlichen Zirkeln entstanden einerseits Gemeinsamkeiten, andererseits Fronten, Blocke bildeten sich heraus. Die Bildung des Kommunistischen Bundes ebenso wie des KBW gehen direkt auf diese Blockbildungen zurück.
In diesem Artikel soll versucht werden, die wichtigsten Vorgänge und Ergebnisse jenes Vereinheitlichungs-Versuchs nachzuzeichnen und diese Vorgänge und Ergebnisse mit Blick auf Gegenwart und Zukunft unserer Bewegung zu bewerten.

Die Teilnehmer

An der ersten „Hamburger Konferenz" der Aktionseinheit (25.7. 1971) beteiligten sich 11 örtliche kommunistische Zirkel, nämlich die Arbeiterbasisgruppen München, der KAB Hamburg, der KB Bremen, der KB Göttingen, der KB/ML Flensburg, der KB/ML Westberlin, das SALZ Bremerhaven, das SALZ Hamburg, die Sozialistische Betriebsgruppe Regensburg, die Sozialististische Betriebsgruppe Tempelhof und die Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Westberliner Zirkel). Zusätzlich waren bei der zweiten „Hamburger Konferenz" (25./26.9.71) noch anwesend die KAG Oldenburg, der KB Wilhelmshaven, der KB/ML Eutin, der KB/ML Lübeck, die KG/NRF Heidelberg, das SALZ Cuxhaven, das SALZ Stade sowie BKA Freiburg, SBPG/ML Aachen und BPG Göttingen als „Beobachter".

Von diesen Zirkeln bildeten später der KB Bremen, die KG/NRF Heidelberg, der KB Göttingen und der BKA Freiburg den Grundstock des KBW. Die ABG München und die SBG Regensburg, zusammen mit kleineren örtlichen Gruppen in Bayern, bildeten später den „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD". Die Zirkel aus Hamburg, Oldenburg, Eutin, Flensburg, Lübeck, Bremerhaven und Stade sowie das SALZ Frankfurt schlossen sich zum Kommunistischen Bund zusammen. Die Cuxhavener Gruppe trat der „KPD" bei. Die übrigen Zirkel sind inzwischen untergegangen. Bemerkenswert ist das vor allem für den
„KPD" bei. Die übrigen Zirkel sind inzwischen untergegangen. Bemerkenswert ist das vor allem für den
KB/ML Westberlin, der 1971 nicht nur als stärkste kommunistische Organisation Westberlins, sondern auch als eine der zahlenmäßig bedeutendsten und politisch-theoretisch relevantesten Zirkel galt. Er löste sich bald nach dem Versuch der Metall-Aktionseinheit selbst auf und überließ Mitglieder und Sympathisanten der Resignation, ohne ihnen eine Perspektive zu zeigen.

Die Fronten auf der „1. Hamburger Konferenz"

Ausgangslage vor Aufnahme der AE-Gespräche war, daß eine enge Zusammenarbeit schon bestand zwischen KAB und SALZ Hamburg, zwischen ABG München und SBG Regensburg sowie zwischen KB Bremen und KB Göttingen. Außerdem bestanden aber Diskussionszusammenhänge noch sozusagen q u e r dazu, nämlich zum einen zwischen KB/ML Westberlin, ABG München und SALZ Hamburg, und zum anderen zwischen KAB Hamburg und KB Bremen. Daher war zu diesem Zeitpunkt die weitere Entwicklung, die Frage des „Wer mit wem?", durchaus noch offen. Erst die Aktionseinheit und die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen brachten mehr Klarheit.

KB/ML Westberlin und ABG München hatten für die „1. Hamburger Konferenz" Arbeitspapiere mit klar ökonomistischen Thesen vorgelegt. Andererseits hatten KAB Hamburg, KB Bremen und KB Göttingen sich vor der Konferenz durch gemeinsame Diskussionen darauf vorbereitet, den Kampf gegen die in den Thesen von KB/ML Westberlin und ABG München angelegte ökonomistische Stoßrichtung zu führen.

Die Münchner und Westberliner Genossen behaupteten, daß die Hauptfront des Klassenkampfes in der BRD der ökonomische Kampf sei und daß die Arbeiter heute noch nicht einmal oder nur ansatzweise den ökonomischen Kampf führen würden. Daher müßte man *„aus dem ökonomischen Kampf die politische Entwicklung vorbereiten"*, der politische Kampf sei zur Zeit nicht auf der Tagesordnung.

Die ABG München brachten diese Thesen am klarsten auf den Punkt: Es gebe derzeit zwei aktuelle Hauptaufgaben der Kommunisten – nämlich einerseits der Parteiaufbau und andererseits *„die Anleitung, Unterstützung und Vorantreibung des ökonomischen Kampfes."*

Das waren genau die Thesen der russischen Ökonomisten vom ökonomischen Kampfes als *„weitest anwendbares Mittel"*, mit denen sich Lenin in „Was tun?" auseinandergesetzt hat. Lenin hat dem entgegengestellt, daß der spontane, ökonomische Kampf der Arbeiterklasse nur ein bürgerliches Bewußtsein hervorzubringen vermag und hat die entscheidende Bedeutung des politischen Kampfes für die Bildung des proletarischen Klassenbewußtseins hervorgehoben.

In diesem Sinn argumentierten die Vertreter des KAB Hamburg, des KB Bremen und des KB Göttigen auf der „1. Hamburger Konferenz". Ihnen schlossen sich die meisten anderen vertretenen Zirkel an, vor allem das SALZ Hamburg. Die Vertreterin der ABG München unternahm an diesem Punkt einen recht peinlichen Versuch, schnell noch die Seite zu wechseln, indem sie mit herben Worten über den Ökonomismus ... des KB/ML Westberlin herfiel.

Die Schlußresolution der „1. Hamburger Konferenz" enthielt die wesentlichsten Thesen aus einem von KB Bremen, KB Göttigen und KAB Hamburg vorbereiteten Entwurf und stellte eine klare Absage an den Versuch dar, der Aktionseinheit eine ökonomistische Stoßrichtung zu geben. So hieß es u. a. in der Resolution: *„Im Zentrum der gegenwärtigen Klassenkämpfe stehen die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie gegen das Lebenniveau, die politischen Rechte und Ansätze zur politischen und ideologischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse ... In den Tarifauseinandersetzungen müssen wir umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie aufklären und die Arbeiterklasse nicht nur propagandistisch, sondern auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorbereiten und diese organisieren".*

Überraschungsangriff von KB Bremen und KB Göttingen auf das SALZ Hamburg

Die scheinbar erreichte Vereinheitlichung wurde aus einer von kaum jemandem erwarteten Richtung jäh zerstört: Ende August/An-
heitlichung wurde aus einer von kaum jemandem erwarteten Richtung jäh zerstört: Ende August/An-
fang September starteten KB Bremen und KB Göttingen aus heiterem Himmel einen Überraschungsangriff auf das SALZ Hamburg. Sie nahmen eine relativ geringfügige taktische Meinungsverschiedenheit zum Vorwand, um zu behaupten, die Politik des SALZ Hamburg *„können wir zusammenfassend nur als konterrevolutionär kennzeichnen. Die SALZ-Führung ist eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse"*. Zugleich forderten KB Bremen und KB Göttingen auf, am 11./12. September in Göttingen eine AE-Konferenz durchzuführen, um *„die bürgerliche Linie des SALZ zu verurteilen, Bilanz zu ziehen und die Aktionseinheit zu bekräftigen"*.

Alle anderen Teilnehmer der „1. Hamburger Konferenz" distanzierten sich von diesem Spaltungsmanöver. Am 11./12. September blieben KB Bremen und KB Göttingen unter sich – nicht ganz allerdings, da Vertreter der KG/NRF Heidelberg, die bis dahin an der Aktionseinheit nicht teilgenommen hatten, in Göttingen als „Beobachter" aufgekreuzt waren.

Die Führer von KB Bremen und KB Göttingen hatten sich offensichtlich verschätzt, insbesondere auch hinsichtlich der Reaktion des KAB Hamburg, in dem sie wahrscheinlich einen potentiellen Verbündeten (aufgrund der bisherigen gemeinsamen Diskussionen und des gemeinsamen Auftretens auf der „1. Hamburger Konferenz") für ihr Spaltungsmanöver gesehen hatten. Der KAB nahm als e r s t e r der AE-Zirkel entschieden gegen die Provokation der KBB/KBG-Führungsgruppe Stellung. Andererseits nahmen die ABG München, die bisher dem SALZ Hamburg sogenannte „privilegierte Beziehungen" aufzuschwatzen versucht hatten, erst als l e t z t e und nach langem Zögern Stellung, zudem in einer sehr opportunistischen, taktiererischen Weise.

Die scheinbar stabile politische Szene zwischen den Zirkeln, wie sie auf der „1. Hamburger Konferenz" bestanden hatte, war durch den Überraschungsangriff von KBB/KBG wieder in Bewegung geraten – Beziehungen festigten sich (insbesondere zwischen SALZ und KAB Hamburg), bahnten sich an (zwischen KBB/KBG und der KG/NRF Heidelberg) oder waren geschwächt worden (zwischen ABG München und SALZ Hamburg).

„Selbstkritik" von KBB/KBG

Ernüchtert durch das völlige Scheitern ihrer Göttinger Spalter-„Konferenz" traten KBB/KBG den taktischen Rückzug an und verschickten noch vor der „2. Hamburger Konferenz" (25./26. September) eine „Selbstkritik".

Darin beschuldigten sich die Genossen selbst eines *„subjektivistischen Vorgehens"* und einer *„kleinbürgerlichen Linie"*. U. a. schrieben sie: *„Die schwerwiegende politische Folge für das Aktionsbündnis ist die Vergiftung der Diskussion, die durch unser Vorgehen verursacht wurde. Unsere kleinbürgerliche Linie kam zum Ausdruck durch eine offene Provokation gegen das SALZ. Insofern diese Provokation innerhalb eines Aktionsbündnisses kommunistischer Zirkel erfolgte, war sie ein liquidatorischer Akt auch gegenüber den Prinzipien der Aktionseinheit".*

SALZ und KAB Hamburg hatten schon vor der „2. Hamburger Konferenz" ihre Skepsis gegenüber der Aufrichtigkeit dieser „Selbstkritik" in einer gemeinsamen Erklärung geäußert. Auf der Konferenz selbst forderten dann die Vertreter von KB Bremen und KB Göttingen, die anderen Zirkel müßten jetzt entweder die „Selbstkritik" als ehrlich gemeint anerkennen, oder die Konsequenz müßte der Ausschluß von KBB/KBG von der Aktionseinheit sein. Diese Meinung wurde insbesondere von der KG/NRF Heidelberg unterstützt, deren Vertreter (Joscha S.) im Übrigen ständig zwischen den Tischen der verschiedenen Zirkel herumrannte und eine ziemlich opportunistische Rolle spielte. In ähnlicher Weise war auch die Vertreterin der ABG München zwischen den Tischen in Bewegung.

KAB und SALZ Hamburg begingen in dieser Situation den Fehler, „den Hauptstoß gegen die Zwischenkräfte zu richten" (d. h. in erster Linie das Lavieren und Taktieren der ABG München zu kritisieren), statt vor allem die Vertreter von KB Bremen und KB Göttingen anzugreifen und bis auf weiteres deren Ausschluß von der Aktionseinheit zu fordern (wofür insgesamt eine Mehrheits-Basis vorhanden gewesen wäre).

Sommer 1972: Endgültiger Bruch

Sommer 1972: Endgültiger Bruch

Trotz der aufgebrochenen scharfen Widersprüche war auch nach der „2. Hamburger Konferenz" die Szene zwischen den kommunistischen Zirkeln noch relativ offen. Mehrere Gespräche fanden noch zwischen KBB/KBG einerseits und SALZ/KAB Hamburg andererseits statt. Auch der Kontakt des SALZ Hamburg zu den ABG München bestand zunächst noch. Im November 1971 wurde der Kommunistische Bund gegründet. Auf der anderen Seite festigte sich der Zirkelblock KB Bremen, KB Göttingen, KG/NRF Heidelberg und BKA Freiburg.

Im Mai/Juni 1972 kam dann der vollständige Bruch. Zum ersten veröffentlichten die ABG München eine Polemik, in der behauptet wurde, der KAB Hamburg sei *„eine trotzkistische Intellektuellenclique"*, die den Kommunistischen Bund in ihre Gewalt gebracht habe und nun die gesamte kommunistische Bewegung bedrohe. Diese Polemik wurde – zusammen mit einer Erwiderung – vollständig in der theoretischen Zeitung des KB, „Unser Weg", nachgedruckt. Die ABG München entzogen sich jedoch einer weiteren Auseinandersetzung. Bis Anfang 1976 gab es danach keine Kontakte auf Leitungsebene zwischen KB und ABG (bzw. später „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") mehr.

Ende Juni 1972 brach auch der KB Bremen einseitig den Diskussionskontakt zum Kommunistischen Bund ab. Als „Begründung" dafür gab er in einem Brief vom 21. Juni an: *„Die Form der Auseinandersetzung über wichtige Fragen der Taktik der kommunistischen Bewegung, wie Ihr sie insbesondere in der letzten Nummer des Arbeiterkampfes aufgenommen habt, macht deutlich, daß Euer Interesse nicht auf eine klare und ehrliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Standpunkten in der kommunistischen Bewegung und auf eine Klärung und Vereinheitlichung der Standpunkte gerichtet ist, sondern daß Ihr pauschal mit den diffamierenden Methoden der Demagogie und Unterstellung gegen die marxistisch-leninistischen Zirkel vorgeht".* Diese Behauptungen wurden nicht im mindesten inhaltlich begründet und bewiesen; eine öffentliche Auseinandersetzung darüber wurde vom KB Bremen verweigert.

Bereits Ende Mai hatte sich die KG/NRF Heidelberg in einem Brief an den Kommunistischen Bund gewandt und sich über den Verkauf des ARBEITERKAMPF in Mannheim (!) am 1. Mai beschwert. Zugleich wurde behauptet, der Kommunistische Bund würde *„eine unverschämte Hetze"* und *„Verleumdungen über unsere Organisation"* verbreiten, was sich konkret auf die damals gerade begonnene Auseinandersetzung über die Faschismus-Frage bezog.

Praktisch bedeutete dieser Brief auch seitens der KG/NRF Heidelberg die einseitige Aufkündigung jeder Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen Bund.

Inzwischen (am 28. Mai 1972) hatten KB Bremen, KG/NRF Heidelberg, KB Göttingen und BKA Freiburg, sowie zusätzlich noch Zirkel aus Wolfsburg und Osnabrück, ein gemeinsames Kommunique veröffentlicht (danach wurden sie in der Linken meist als „Kommunique-Organisationen" bezeichnet), in dem sie ihre Absicht zum organisatorischen Zusammenschluß bekanntgaben.

Zweifellos war es kein Zufall, daß KB Bremen und KG/NRF Heidelberg unmittelbar nach der Veröffentlichung ihres gemeinsamen Kommuniques und somit der öffentlichen Präsentation ihres Zirkelblocks einseitig sämtliche Arbeits- und Diskussionszusammenhänge zum Kommunistischen Bund abbrachen. Denn in ihrem Verständnis erforderte ihr engerer Zusammenschluß zugleich einen strikten Abschluß nach außen.

In der Konsequenz bedeutete das nicht nur den Abbruch der bisherigen Gesprächskontakte und gemeinsamen Arbeitsansätze, sondern auch eine weitgehende Verweigerung jeder öffentlichen Auseinandersetzung um Fragen der kommunistischen Bewegung.

Zuvor, vor allem im Zusammenhang der Metall-AE, hatte es noch eine relativ offene und ehrliche Auseinandersetzung zwischen den örtlichen Zirkeln gegeben. Das hieß, daß mit der Bereitschaft zum Zuhören und Verstehen anderer Argumente diskutiert wurde. Im Vordergrund stand immer noch das Bestreben, die k o m m u n i s t i s c h e B e w e g u n g insgesamt voranzubringen.

Nach dem Sommer 1972 sah das
B e w e g u n g insgesamt voranzubringen.
Nach dem Sommer 1972 sah das
hingegen grundsätzlich anders aus. Gesprächskontakte gab es gar nicht mehr. Auseinandersetzungen wurden von den „Kommunique-Organisationen" (bzw. später dem KBW) und von den Arbeiterbasisgruppen (bzw. später dem „Arbeiterbund ...") entweder schlicht verweigert, wenn sie ihnen allzu unbequem waren, oder sie wurden weitgehend auf der Ebene bösartigster Unterstellungen, Verdrehungen, Zitatenfälschung usw. geführt. Darüber hinausgehende Ansätze waren eine Seltenheit und sind es leider bis heute geblieben.

Immerhin nehmen sich beispielsweise die Versuche der „Kommunique - Organisationen" von 1972, einer Auseinandersetzung mit dem Kommunistischen Bund über die Faschismus - Frage auszuweichen, nachträglich geradezu als geistige Meisterwerke aus, verglichen mit der heutigen gewöhnlichen Polemik des KBW, die sich darin erschöpft, daß die gesamte Linke ausserhalb des KBW zur Bourgeoisie übergelaufen sei und den Kampf nicht mehr führen wolle.

Festzuhalten ist, daß der Arbeits- und Diskussionszusammenhang der kommunistischen Zirkel, wie er in (und z. T. schon vor) der Metall-AE 1971 zeitweise bestanden hatte, von den „Kommunique-Organisationen" (KBW) und von den ABG München e i n s e i t i g und unter ausdrücklicher Verweigerung einer öffentlichen Auseinandersetzung zerschlagen wurde.

Zirkel und Parteiaufbau

Mehr oder weniger war von allen Beteiligten die Metall-Aktionseinheit 1971 auch im Zusammenhang mit der Aufgabe des Parteiaufbaus gesehen worden. Gemeinsam war allen kommunistischen Zirkeln – zumindest in Worten – die Ablehnung einer prinzipienlosen und größenwahnsinnigen Selbstproklamation als „Avantgarde der Arbeiterklasse" nach Art der „KPD/ML". Auf der anderen Seite war überall der Wille zu engeren überörtlichen Zusammenschlüssen da, was auch in den Diskussionszusammenhängen, die schon vor der „1. Hamburger Konferenz" bestanden, zum Ausdruck kam. Vor allem die Münchner Genossen wollten die Metall-Aktionseinheit in relativ weitgehender Weise als „Schritt zum Parteiaufbau" verstanden wissen. Auf der „2. Hamburger Konferenz" wurde diese Auffassung einer Kritik unterzogen und einstimmig (!) eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wurde, *„jedem Opportunismus und jeder Vereinheitlichungseuphorie entgegenzutreten"*. Die ABG München zogen ihre Zustimmung zu dieser Resolution nachträglich schriftlich zurück ...

Unter den damaligen örtlichen kommunistischen Zirkeln standen sich im Wesentlichen drei Auffassungen zum Parteiaufbau gegenüber: die der ABG München, die des KB Bremen und die von KAB und SALZ Hamburg.

Die Münchner Genossen vertraten die Theorie der **„führenden Zentren"**, worunter sie sich selbst, den KB/ML Westberlin und das SALZ Hamburg verstanden. Diese „Zentren" müßten beim Parteiaufbau „führend" sein und die anderen örtlichen Zirkel als „Stützpunkte" unter sich aufteilen.

Irgendwelche überprüfbare Kriterien, w e l c h e Zirkel als „führende Zentren" zu betrachten seien und w a r u m, gaben die ABG München nicht an. Ihre Orientierung ging auf kartellartige Absprachen zwischen relativ willkürlich ausgewählten Zirkeln, auf „privilegierte Beziehungen" zwischen diesen und auf eine Linie der politisch-ideologischen Leisetreterei.

Die Bremer Genossen vertraten demgegenüber die Theorie von den *„theoretisch führenden Zirkeln"*, die sich enger zusammentun und die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung in Angriff nehmen müßten. Als solche Zirkel wurden von ihnen der KB Bremen, der KB Göttingen, der KAB Hamburg und die KG/NRF Heidelberg betrachtet. Gegenüber den Vorstellungen der ABG München hatte diese Theorie immerhin den kleinen Vorteil, daß überhaupt ein gewisses Kriterium angegeben wurde („theoretisch führend"), dessen konkrete Anwendung aber auch wieder völlig willkürlich war. Da keine Vereinheitlichung zwischen diesen Zirkeln bestand, gab es keine inhaltliche Ausfüllung des Begriffs „theoretisch führend" – falls man nicht die M e n g e des Geschriebenen als Kriterium nehmen wollte.

Zur Kritik dieser Vorstellungen der Münchner und Bremer Genossen schrieb die „KAB-Arbeiterzeitung"
Zur Kritik dieser Vorstellungen der Münchner und Bremer Genossen schrieb die „KAB-Arbeiterzeitung"
(Nr. 11/12): *„Beiden ‚Parteiaufbau-Konzeptionen' gemeinsam ist der opportunistische und zentristische Ansatz der Form, daß jeweils von einigen ausgewählten ‚besonders wichtigen Zirkeln' ausgegangen wird, zwischen denen die ‚Vereinheitlichung' als besonders vorrangig betrachtet wurde, während andere Gruppen und Organisationen dann mit in diesen ‚Vereinheitlichungs'strudel hineingezogen würden ...*

Keinesfalls kann der Parteiaufbau einfach im ‚Zusammenwachsen' der lokalen Organisationen und Gruppen bestehen. Er kann aber auch nicht in der Selbst-Proklamation eines lokalen Zirkels oder einer Ansammlung von Zirkeln zur ‚Kommunistischen Partei' bestehen. Es gilt, den politisch-theoretischen Kampf um die Erarbeitung einer kommunistischen Strategie und Taktik für die BRD voranzutreiben. Wesentliches Instrument dieses Kampfes ist die Presse der kommunistischen Gruppen und Organisationen. Leider wird dieses Instrument von den meisten kommunistischen Gruppen und Organisationen gar nicht oder nur ungenügend in dieser Weise genutzt.

Ohne eine auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus erarbeiteten Strategie und Taktik wird es keine Kommunistische Partei der Arbeiterklasse geben ..."

KAB und SALZ Hamburg gingen nach dem Scheitern der Zirkel-AE 1971 zwar auch davon aus, daß sich zunächst einige schon länger zusammenarbeitende Zirkel, zwischen denen sich Gemeinsamkeiten in Theorie und Praxis entwickelt hatten, enger zu verschiedenen Zirkelblöcken zusammenschließen würden. Im Unterschied zu ABG München und KB Bremen waren sie aber gegen eine sektiererische Abriegelung der einzelnen Blöcke gegeneinander, für einen intensiven öffentlichen Meinungsstreit zwischen den Zirkeln und für eine Zunehmende Zusammenarbeit zwischen den Blöcken.

C h a n c e n für eine solche Ent-

Fortsetzung auf Seite 43

Fortsetzung von Seite 42

wicklung waren 1971 durchaus noch vorhanden. Daß sie nicht genutzt werden konnten, lag vor allem daran, daß die meisten Zirkel von kleinbürgerlichen Sektierern geführt wurden, die von der Mentalität des „eigenen Königreichs" besessen waren.

Fünf Jahre danach

Aus den Zirkelblöcken, die sich während der Metall-AE 1971 herausgebildet hatten, entstanden der Kommunistische Bund und der KBW. Abseits von diesen beiden Hauptströmen der kommunistischen Bewegung unseres Landes blieben die Arbeiterbasisgruppen, der spätere „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", die sich organisatorisch kaum noch weiterentwickelten und die politisch-ideologisch auf der Stelle traten. Aus einem Zirkel, der 1971 in der Tat als einer der „führenden" erschien, wurden sie zu einer zum Aussterben verurteilten Randerscheinung, deren einzige „Selbständigkeit" heute in ihrem Annäherungskurs an die DKP besteht. Der KB/ML Westberlin, 1971 gleichfalls einer der „führenden Zirkel", ist völlig verschwunden und vergessen.

Von den „ML"-Parteien, die zu der Metall-AE nicht eingeladen waren, ist inzwischen die „KPD/ML-ZB", die 1971 auf dem Höhepunkt ihrer kurzlebigen „Blüte" stand und damals als zahlenmäßig stärkste Organisation der BRD galt, gleichfalls völlig verschwunden. Die andere „KPD/ML" („Roter Morgen"), spaltete sich Ende 1971 erneut, was zu einer weitgehenden Ausblutung führte. Der Übergang zur Linie der Vaterlandsverteidigung im Frühjahr 1975 hat diese „Vorhutpartei" endgültig an den Rand der politischen Bewegung gedrängt, ebenso wie die 1971 noch in den Kinderschuhen steckende „KPD" (/„AO").

Insgesamt haben die kommunistischen Zirkel verglichen mit 1971 sich erheblich ausdehnen können, was Mitgliederzahl und Zahl der Ortsgruppen angeht.

Eine gegenläufige Erscheinung ist, daß die Gründungsgruppen des KBW – also Bremen, Göttingen, Heidelberg und Freiburg – heute insgesamt spürbar hinter den Stand an Mitgliedern und Sympathisanten zurückgefallen sind, den sie 1971/72 als örtliche Zirkel hatten. Am eindeutigsten ist das für den KB Bremen, der 1971/72 einen sehr breiten Einfluß unter fortschrittlichen Jugendlichen hatte, 2 – 3.000 Menschen mobilisieren konnte – und wo der KBW heute im Schnitt rund 400 Menschen mobilisieren kann. Auch der Freiburger BKA hat vor allem in den letzten Monaten und Wochen merklich abgebaut, und selbst die KG/NRF hat offensichtlich ihren früheren Einfluß in der Heidelberger Studentenschaft nicht halten können. Der Grund dafür liegt vor allem in der Durchsetzung einer falschen politischen Linie im KBW, die wesentlichen positiven Traditionen und Tendenzen der früheren örtlichen Zirkel zuwiderläuft und die von oben nach unten durchgesetzt wurde.

Insbesondere gilt das für den KB Bremen (und ähnlich KB Göttingen), der z. B. 1971 im antifaschistischen Kampf einen S c h w e r p u n k t seiner Arbeit sah und dessen Hauptparole „Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse" fast genau der von KAB und SALZ Hamburg entsprach.

Die Übernahme der KG/NRF-Thesen bedeutete für den KBB praktisch die Aufgabe zentraler und für die Massenlinie wesentlicher Elemente seiner politischen Praxis, ohne daß er diesen Schwenk um 180 Grad jemals begründet hätte.

Immerhin war die Situation 1971 noch so, daß im KB Bremen die „KAB-Arbeiterzeitung" intensiv geschult wurde und daß der Überraschungsangriff auf das SALZ Hamburg unter den Mitgliedern des KB auf breitesten Widerstand stieß.

Zum einen ist also festzustellen, daß 1971 und noch Anfang 1972 in den Zirkeln, die später den KBW gründeten, weit mehr innere Demokratie bestand als heute. Nicht im Sinne der bürgerlichen formalen Demokratie, sondern im Sinn der inneren Diskussion, der Teilnahme der Mitglieder an den Entscheidungsprozessen, der Beschäftigung mit den Standpunkten anderer Zirkel, der Kritikbereitschaft usw. Selbst in der KG/NRF Heidelberg wurde zu dieser Zeit noch die „KAB-Arbeiterzeitung" gelesen und diskutiert.

Mit der Festigung des „Kommunique"-Zirkelblocks wurde dann jedoch von oben nach unten die These durchgesetzt, daß es sich „nicht lohne", die Presse anderer Zirkel zu verfolgen, daß da ja doch „nichts Ordentliches" drinstünde, daß die Lektüre der e i g e n e n Presse völlig ausreichend sei. Diese Mentalität der politisch-theoretischen Ignoranz ist heute im KBW allgemein durchgesetzt und selbstverständlich; 1971/72 war sie es jedoch durchaus noch nicht.

Rückblickend läßt sich sagen, daß mit der Durchsetzung der theorie- und diskussionsfeindlichen Linie unter den „Kommunique"-Zirkeln die Verknöcherung des KBW zur Sekte begann. Gerade die Fähigkeit zur lebendigen inneren Diskussion und zur solidarischen Auseinandersetzung auch mit anderen Standpunkten hatte 1971 einen wesentlichen Unterschied des gesamten Zirkelwesens zu den verschiedenen „ML"-„Vorhutparteien" ausgemacht und war eine entscheidende Ursache für die damalige Vitalität und den relativen Masseneinfluß von Zirkeln wie dem KB Bremen.

Zum zweiten ist festzustellen, daß die Bildung des „Kommunique"-Zirkelblocks in totaler Abkehr von wesentlichen Standpunkten erfolgte, die 1971 zwischen verschiedenen Zirkeln bereits vereinheitlicht waren und an denen nur der Kommunistische Bund festgehalten hat (so beispielsweise die weitestgehende Vereinheitlichung in der Faschismus-Frage) und die zum Teil direkt Gegenstand der Plattform der Metall-AE waren, wie etwa der Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenslage und die politischen Rechte der Arbeiterklasse. Erst später wurde dies ersetzt durch die wesentlich aus der KG/NRF Heidelberg kommenden Thesen, daß es gar keine faschistische Gefahr gebe, auch keinen Angriff der Bourgeoisie usw. Die außerordentlich ernsthafte und verantwortungsvolle Herangehensweise eines Zirkels wie dem KBB bei der Einschätzung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses wurde zerstört zugunsten des heute im KBW vorherrschenden kraftmeierischen Dauergeschrei's („Die Massen wollen nach links" etc.).

Das bedeutete für die betreffenden Zirkel und damit auch für das westdeutsche Zirkelwesen i n s g e s a m t einen erheblichen Rückfall hinter schon erreichte politisch-theoretische Positionen und hinter den erreichten Stand der Vereinheitlichung und der gemeinsamen Arbeit. Obwohl an dieser Entwicklung vor allem die Ideologen der früheren KG/NRF Heidelberg die Hauptschuld tragen, muß man rückblickend aber sogar für die KG/NRF feststellen, daß ihr politisch-theoretisches Niveau, ihre Standpunkte zu konkreten Fragen, die Ehrlichkeit des Herangehens an die politische Arbeit, die Bereitschaft zum solidarischen Diskutieren und Lernen sich 1971/72 noch positiv vom heutigen Zustand des KBW abhoben.

Diese Feststellungen ändern nichts daran, daß das Zirkelwesen einen notwendigen Schritt in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung unseres Landes und einen klaren Fortschritt gegenüber den sektiererischen „ML"-"Parteien" und ihren irrationalen „Führungsansprüchen" darstellt. Das Zirkelwesen hat seine Lebenskraft gerade d a eingebüßt, wo sich einzelne Zirkel in ihrer Arbeits- und Denkweise den „ML"-Parteien angepaßt haben : durch weitgehenden Verzicht auf politisch-ideologische Auseinandersetzung (nach innen und nach außen), durch Ausschließlichkeits-Ansprüche, durch sektiererische Blindheit, durch den Verlust zur realistischen Analyse der Klassenkampf-Situation und Einschätzung der eigenen Kräfte.

Chile-Solidarität

KBW sucht sein zweites Angola

Kaum hat sich der KBW mit seinen konterrevolutionären Standpunkten und putschistischen Praktiken zu Angola weitgehend aus der Afrika-Solidarität hinausmanövriert, versucht er nun mit der Chile-Solidarität ein Gleiches.

Die materielle Basis dieser Politik ist klar: Die VR China gibt der faschistischen Junta Chiles Kredite, sie hat seit dem Sturz der UP-Regierung den Handel (vor allem den Import chilenischen Kupfers) sprunghaft gesteigert, und die chilenische Botschaft in Santiago weigert sich, politische Flüchtlinge aufzunehmen. All das steht in offensischtlichem Widerspruch zu den Forderungen, die überall auf der Welt die Chile-Solidarität stellt: **Keine Kredite für die Junta, Boykott der Junta, Asyl für politisch Verfolgte.**

Angesichts dieses Widerspruches tut der KBW dasselbe, was er schon zu Angola getan hat – er entscheidet sich für die Verteidigung der chinesischen Außenpolitik und gegen die Solidarität.

So trat ein Vertreter des KBW auf einem nationalen Treffen verschiedener Chile-Komitees im Juni erstmals mit den neuen Thesen auf: Wer gegen die Kredite für die Faschisten und für den wirtschaftlichen Boykott eintritt, der – man staune! – wird zu einer **„politischen Kraft des westdeutschen Imperialismus"**.

Zum ersten Punkt (keine Kredite, keine Umschuldungsverhandlungen) meinte der KBWler, dadurch würde man nur die imperialistischen Erpressungsmanöver (gegenüber der Junta ?!) decken, die diese Forderungen beispielsweise benutzen würden, um höhere Zinsen einzutreiben, was wiederum natürlich schlecht für's chilenische Volk sei. Gut für's Volk hingegen, so muß man schlußfolgern, sind reichliche Kredite der Imperialisten für die Junta zu den niedrigsten Zinsen.

Ähnlich argumentierte der KBW-Vertreter gegen die Forderung nach Boykott der Junta. Beispielsweise chilenische Äpfel. Das würde nämlich – meinte der KBWler – nur dazu führen, daß der westdeutsche Exporteur unter Hinweis auf seine Absatzschwierigkeiten (wegen des Boykottes) die Einkaufspreise drückt und letzten Endes muß das dann der chilenische Landarbeiter ausbaden. Und im übrigen sei es doch *„jedem klar"*, daß eine westdeutsche Hausfrau beim Einkauf die Äpfel *„nicht nach politischen Kriterien auswählt, sondern nach dem Kriterium der Billigkeit"*. Was dem KBW auch nur recht und billig erscheint.

Daß demgegenüber beispielsweise in Schweden und manchen anderen Ländern der Boykott chilenischer Waren durchaus erfolgreich gelaufen ist, mag den KBW nicht verblüffen. Man denke nur: Eine Hausfrau (!!), die beim Einkauf auch auf politische (!) Kriterien achtet! Das paßt anscheinend überhaupt nicht ins Weltbild des KBW, trotz seiner Dauerdevise „Die Massen wollen nach links".

Anschließend verstieg sich der KBWler zu den üblichen, auf Einschüchterung Andersdenkender zielenden Pöbeleien: Wer gegen Kredite für die Junta und für den Boykott ist, der *„macht die Komitees kampfunfähig gegenüber der imperialistischen Einmischung und schafft Einbruchstellen für eine politische Linie der Versöhnung und des Vertrauens auf den Imperialismus"*. (Zitate nach „Chile Monitor", Nr. 5, herausgegeben vom Koordinationsausschuß der westdeutschen Chilekomitees).

Aus dem „Chile Monitor" geht im übrigen hervor, daß auch in der Chile-Solidarität sich eine ähnliche putschistische Entwicklung des KBW anbahnt wie in verschiedenen Afrika-Komitees. Mit derselben, jetzt rational überhaupt nicht mehr zu erklärenden Blödheit, hat man dem KBW offenbar wieder wesentliche Schlüsselstellungen in der Komitee-Koordination überlassen. So u.a. die Kontaktadresse, für die der oben zitierte KBW-Vertreter (ausgerechnet!) verantwortlich zeichnet. Die GIM, die in den Komitees mit dem KBW zusammenarbeitet, muß sich im „Chile-Monitor" sogar einen heftigen Rüffel vom „Koordinationsausschuß" gefallen lassen, weil sie es gewagt hatte, den KBW-Beitrag in „Was tun" zu kritisieren, womit sie *„den Gegnern der Komiteebewegung in die Hände gearbeitet"* habe (zum Beweis ist eine Meldung aus dem AK abgedruckt).

Die Dummen werden offenbar nicht alle! Und nachher schimpfen die Genossen von der GIM sicher wieder auf die bösen „Maoisten" und deren „stalinistische" Methoden, statt sich lieber mal selbst an den Kopf zu fassen.

Inzwischen scheint in manchen örtlichen Chile-Komitees die Auseinandersetzung zwischen den KBWlern und anderen Komitee-Mitgliedern voll entbrannt zu sein. Ein Dokument, in Form zweier kontroverser Papiere, liegt aus dem Hamburger Chile-Komitee vor.

Zur Frage der Kredite und Umschuldungsverhandlungen heißt es in dem KBW-Papier: *„In das Aufgabengebiet der Chilesolidarität fällt es, die Front der dritten Welt zu stärken. Denn sie richtet sich gegen die Urheber der augenblicklichen Verhältnisse in Chile"*. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß eine Hauptforderung der Länder der Dritten Welt auf der letzten UNCTAD-Konferenz lautete: **„Pauschaler Schuldenerlaß"**. Die unausgesprochene Schlußfolgerung ist klar: Nicht nur Umschuldungsverhandlungen, sondern am liebsten totalen Schuldenerlaß für die Junta, denn Chile ist ein Land der Dritten Welt.

Zur Frage des Boykotts heißt es weise in dem KBW-Papier: *„So hilfreich eine Solidaritätsaktion auch sein kann, sie kann nicht den Widerstand in Chile ersetzen"*. (Toll! Wer hätte das gedacht?!). *„Der ausländische Boykott wird nicht dem Bewußtsein der chilenischen Arbeiter helfen; entscheidend ist, daß die chilenischen Arbeiter streiken. Die ausländische Chile-Solidarität kann die Junta nicht stürzen, das müssen die Chilenen selber tun"*. (Darauf muß man erstmal kommen!).

Weiter heißt es im KBW-Papier:

„Ein Boykott lenkt die Richtung der Aktivität auf die Junta. Er lenkt gerade ab von den Imperialisten, die für die Zustände in Chile verantwortlich sind. Insofern nützt der Kupferboykott sogar dem Imperialismus...".

Also führt die DDR geradezu den antiimperialistischen Kampf, indem sie sich nicht an den Boykott gegen die Junta hält, sondern in großem Ausmaß chilenisches Kupfer und andere Waren importiert!

KBW und DKP können sich hier wirklich die Hände reichen! Die einen mit einer verlogenen und scheinheiligen „Boykott"-Propaganda (während sie die unwahrscheinlichsten Verrenkungen unternehmen und die gewagtesten Lügen auftischen, um den Chile-Handel der DDR zu rechtfertigen), und die anderen, indem sie wurschtig erklären, ein Boykott der Junta nutze sowieso nur dem Imperialismus.

Der KBW taumelt von einem Schwachsinn zum anderen, wobei die einzige „konsequente" Linie in seiner Schädlichkeit für die Chile-Solidarität liegt, die beim KBW allemal garantiert ist. So wollte der KBW noch vor ein paar Jahren die westdeutsche Chile-Solidarität auf eine Plattform festlegen, **in der der Imperialismus überhaupt nicht erwähnt wurde** und der faschistische Putsch zu einer **„weitgehend nationalen Angelegenheit"** erklärt wurde, mit der der Imperialismus kaum etwas zu tun gehabt habe. In totaler Umkehrung seiner damaligen Thesen versucht heute der KBW der Chile-Solidarität zu schaden, indem er gegen den Boykott und für Kredite an die Junta Stellung nimmt, weil man nicht die Richtung der Aktivitäten gegen die Junta lenken dürfe, weil man damit vom Imperialismus ablenken würde usw.

Mit besonderer Liebe und Ausführlichkeit wird in dem KBW-Papier natürlich die chinesische Außenpolitik gegenüber Chile verteidigt. Kurz gesagt: Wenn China mit der Junta schwunghaften Handel treibt und ihr langfristige Kredite einräumt, dann ist das gut für's chilenische Volk, denn Chile ist ein Land der Dritten Welt und seine „nationale Unabhängigkeit" wird auf diese Weise gestärkt. **„Daß gegenwärtig eine Militärjunta regiert und das Volk unterdrückt, ist demgegenüber sekundär (!!!). Denn nicht die Junta erhält diesen Kredit (??), nicht die Junta wird dadurch gestützt."** Verstehe das, wer will!



Eiertänze gibt es wieder um die Tatsache, daß die chinesische Botschaft in Chile sich weigert, politische Flüchtlinge aufzunehmen. Es wird noch einmal breitgetreten, daß natürlich nur das chilenische Volk selbst seine Befreiung erkämpfen kann, und die chilenischen Antifaschisten werden klugscheißerisch belehrt, **„daß nämlich nicht die Flucht, sondern die Entwicklung eines selbstständigen Volkskampfes aus der Niederlage zum Sieg führt"**.

Bei solchen Unverschämtheiten juckt wohl jedem Kommunisten und Antifaschisten die Hand ! Für den KBW sei immerhin noch angemerkt, was der Standpunkt der albanischen Genossen zu dieser Frage ist. Sie schrieben in einem Kommentar nach dem faschistischen Putsch: „ ... *Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Chile* (durch die Sowjetunion - Anm. AK) *hat aber auch andere, konkrete Ziele. Man will damit die Türen der sowjetischen Botschaft für die verfolgten Revolutionäre, die politisches Asyl suchen, schließen, das zum Beispiel die Botschaften von Mexico, Argentinien, Peru und anderen Ländern gewähren"* (Artikel aus „Zeri i popullit", als Sonderbeilage zu „Albanien heute", Nr. 4/1973). - Nachträglich und im Licht der aktuellen Situation wohl auch eine Kritik an die Adresse der chinesischen Regierung, die eben a u c h die Türen ihrer Botschaft verschlossen hält ! ...

Im KBW - Papier wird außerdem allen Ernstes die Tatsache verteidigt, daß die VR China sich nicht an Beschlüssen gegen die faschistische Junta in der UNO beteiligt. Denn das würde, laut KBW **„auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chiles hinauslaufen"**. Und das darf man natürlich nicht tun, versteht sich. Das sind halt so die ungeschriebenen Gesetze „revolutionärer Aussenpolitik" !

In das Gebiet der „Nichteinmischung" fällt es natürlich auch, daß in der chinesischen Presse noch nie konkret gegen den faschistischen Terror in Chile Stellung genommen wurde, daß die chinesische Regierung - abgesehen von e i n e m (!!!) mageren Sätzchen in der UNO gleich nach dem Putsch (woran sich heute noch der ganze „ML" - Sumpf angstvoll klammert, um zu beweisen, daß die chinesische Regierung schließlich auch gegen die Junta sei) - **überhaupt nie gegen die Junta und zugunsten des chilenischen Widerstands Stellung nimmt.**

Nach seiner Katastrophe mit Angola eilt der KBW in Riesenschritten seiner nächsten Niederlage zu. Man kann als Kommunist dem KBW dabei nur einen „guten Rutsch" wünschen. Je eher sich diese schädliche Strömung selbst liquidiert, umso besser für die kommunistische - und Arbeiterbewegung !

Offene Antwort an den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Liebe Genossen,

In einer Erklärung (13.8.76) fordert Ihr **„alle oppositionellen, demokratischen und kommunistischen Organisationen" auf, „mit uns Gespräche zu führen über Aktionseinheiten gegen das DKP-Verbot"** und außerdem **„mit der DKP in Verhandlungen gegen das DKP-Verbot zu treten, ob es deren Führung paßt oder nicht".**

Dieser Aufruf setzt Eure absurde Anbiederungs-Taktik gegenüber der DKP fort, die Ihr selbst als Politik der Aktionseinheit bezeichnet.

In Eurer Erklärung stellt Ihr die reale Entwicklung in unserem Land völlig auf den Kopf, indem Ihr ein angeblich drohendes Verbot der DKP in den Mittelpunkt rückt und den irreführenden Eindruck zu erwecken versucht, als sei das heute die Hauptgefahr, gegen die es sich zusammenzuschließen gilt.

Ihr wißt aber so gut wie wir, daß alle Organisationen links von der SPD heute unter starkem Verbotsdruck stehen. Daß die Bourgeoisie jedoch in den revolutionären, kommunistischen Organisationen eine weitaus größere Gefahr sieht als in der reformistischen DKP, liegt dabei wohl für jeden Einsichtigen auf der Hand. Gleichfalls ist es offensichtlich, daß die schrittweise Illegalisierung der revolutionären Linken schon weiter fortgeschritten ist als die der DKP, u.a. da letztere bis heute von den „Extremisten"-Beschlüssen im DGB nicht betroffen ist. In Eurer Erklärung schreibt Ihr, daß ein DKP-Verbot *„der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführung das Werkzeug für weitere Ausschlüsse oppositioneller Kollegen aus den Gewerkschaften an die Hand geben würde".*

Ihr wißt aber doch wohl ebenso gut wie wir, daß die DKP bisher bewußt von den „Extremisten"-Beschlüssen im DGB ausgeklammert wurde. Und zwar nicht deshalb, weil den Gewerkschaftsführern *„das Werkzeug"* dazu gefehlt hätte, sondern weil die DKP-Revisionisten den Gewerkschaftsführern im DGB bis heute ausgezeichnete Dienste geleistet haben – zur Integration linker Strömungen und zur Erledigung von Denunziationen und Schmutzarbeiten bei der Kommunistenjagd.

Im Übrigen, Genossen, lehrt uns die Vorbereitung des KPD-Verbots, daß Gewerkschaftsausschlüsse gegen die Linke ihrem Verbot vorangehen, und auch das läßt darauf schließen, daß ein Verbot der DKP heute in Wirklichkeit gar nicht aktuell ist.

Sollte – wie Dregger droht (übrigens keineswegs zum ersten mal!) – nach einem Wahlsieg der CDU/CSU die DKP verboten werden, dann wäre es im Übrigen völlig selbstverständlich, daß natürlich auch (bzw. schon vorher) die revolutionären und sonstigen Organisationen und Gruppen links von der DKP verboten werden würden.

Darauf zu reagieren, indem man den Kampf **„gegen das DKP-Verbot"**

würden.
Darauf zu reagieren, indem man den Kampf „gegen das DKP-Verbot"

in den **Mittelpunkt** rückt, kann nicht dazu beitragen, wie Ihr vorschlagt, **„alle oppositionellen, demokratischen und kommunistischen Organisationen"** im Kampf zusammenzuschliessen. Im Gegenteil würde eine solche Stoßrichtung den Kampf aufspalten. Im Übrigen würde diese Stoßrichtung nur das Sektierertum und die Überheblichkeit der DKP-Führung bestärken, die sich selbst natürlich ständig als Mittelpunkt aller Angriffe der Reaktion darzustellen versucht. Ihr laßt Euch leider in Eurem Aufruf und Euren offenbar dahinter stehenden Vorstellungen sehr weitgehend auf dieses Vorgehen der DKP-Führung ein. Aber bildet Euch doch nicht ein, daß Ihr damit der Aktionseinheit *„aller oppositionellen, demokratischen und kommunistischen Organisationen"* auch nur einen einzigen Schritt näher kommen werdet!

Die Reaktion greift die DKP doch nicht deshalb an, weil sie sie für ganz besonders gefährlich hält. Sondern sie greift sie vor allem deshalb an, weil sie mit Recht darauf rechnet, bei der DKP am ehesten ein Nachgeben, ein Zurückweichen zu erreichen. Diese Taktik der Reaktion ist auch durchaus erfolgreich. So versichern heute die DKP-Mitglieder im Öffentlichen Dienst nicht bloß lauthals ihre „Verfassungstreue", **sondern die DKP verlangt dasselbe „Bekenntnis" ausdrücklich auch von anderen vom Berufsverbot bedrohten Demokraten als Voraussetzung einer Solidarisierung.** Die DKP insgesamt ist unter den Drohungen der Reaktion in den letzten Jahren sogar noch weit hinter die in ihrem Programm formulierten revisionistischen Thesen zurückgewichen.

Ihr scheint zu glauben, daß die DKP unter verschärftem Verbotsdruck eher bereit sein könnte, Eurem Werben um Aktionseinheit nachzugeben – und wenn die DKP schon nicht bereit sein wird, Solidarität mit anderen zu üben (davon sprecht Ihr bemerkenswerterweise in Eurem Aufruf schon gar nicht mehr!!) so wollte Ihr sie wenigstens „zwingen", sich die Solidarität *„aller oppositionellen, demokratischen und kommunistischen Organisationen"* gefallen zu lassen.

Liebe Genossen, wacht doch endlich aus Euren Illusionen auf!! Unter verschärftem Verbotsdruck würde die DKP noch weiter nach rechts gehen, würde sich noch stärker bei Jusos, SPD etc. anzulehnen versuchen, würde noch entschiedener jeden Eindruck von Gemeinsamkeit mit kommunistischen Organisationen zu vermeiden versuchen, würde noch wütender nach links schlagen. Eure eigene Entwicklung, liebe Genossen, ist übrigens im Kleinen ein getreues Spiegelbild des Weges, den die DKP geht. Denn auch Ihr versucht, dem Druck der Reaktion auszuweichen, indem Ihr Euch immer stärker als Hilfstruppe der DKP andient, während Ihr Euch gleichzeitig aus den Arbeits- und Diskussionszusammenhängen der Bewegung links von der DKP Schritt um Schritt zurückzieht.

Liebe Genossen, Ihr gebt Euch selbst doch vollends der Lächerlichkeit preis, wenn Ihr dazu auffordert, *„mit der DKP in Verhandlungen gegen das DKP-Verbot zu treten, ob es deren Führung paßt oder nicht".* Was habt Ihr Euch dabei bloß gedacht?!

Halten wird die **Tatsachen** fest: **Die DKP ist gegen jede Aktionseinheit mit Organisationen links von der DKP.** Das wird uns auf der einen Seite nicht hindern, unsere Bemühun-

einheit mit Organisationen links von der DKP. Das wird uns auf der einen Seite nicht hindern, unsere Bemühun-

gen um Aktionseinheit auch mit der DKP und ihren Mitgliedern fortzusetzen. Auf der anderen Seite darf es uns aber nicht hindern, die aktuell nötige Schlußfolgerung zu ziehen, nämlich **heute vor allem die Zusammenarbeit und solidarische Auseinandersetzung unter den Organisationen und Gruppen links von der DKP zu fördern.** Euer Starren auf die DKP hindert Euch anscheinend die Entwicklung zu sehen (und Euch gleichberechtigt daran zu beteiligen), die sich links von der DKP tatsächlich schon vollzieht. So insbesondere die Aktionseinheit und Aktionsperspektive, wie sie sichtbar wurde beim Pfingstkongreß des SB und jetzt bei der Bildung eines von der französischen PSU vorgeschlagenen internationalen Bündnisses gegen die Repression und Rechtsentwicklung in unserem Land. Wir schlagen Euch vor, Euch an diesen Arbeitsprozessen zu beteiligen und Euren Beitrag zu leisten.

Zugleich fordern wir Euch auf, Euch endlich der öffentlichen politisch-ideologischen Auseinandersetzung zu stellen, insbesondere auch was die Frage der Taktik gegenüber der DKP, die Frage der Aktionseinheit und der richtigen Orientierung im antifaschistischen Kampf angeht.

Liebe Genossen, Ihr habt es in den letzten Jahren fertiggebracht, daß Eure Organisation, die um 1970/71 zu den führenden kommunistischen Zirkeln unseres Landes zählte, heute nur noch eine Randerscheinung abseits vom Hauptstrom der linken Bewegung ist. Wenn Ihr so weitermacht wie jetzt, können wir Euch voraussagen, daß Ihr im kommenden Jahr gänzlich von der politischen Szene verschwinden werdet.

Mit kommunistischem Gruß
LG des Kommunistischen Bundes

München, den 13.08.1976

Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Genossen!

Am 18.August 1976 sind es 20 Jahre her, daß die KPD verboten wurde. Dieses Verbot der KPD ist ein Gesinnungsverbot. Dieses Gesinnungsverbot richtet sich nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen alle fortschrittlichen und demokratisch gesinnten Menschen.

Damit ist aber die Reaktion längst nicht mehr zufrieden. Um die Krisenlasten voll auf die Werktätigen abwälzen zu können, sowie ihre Expansionspolitik zu forcieren, ist der deutsche Imperialismus bestrebt, mehr denn je die Opposition des Volkes und insbesondere der Arbeiterklasse im Keim zu ersticken. Peinlich achten sie deshalb darauf, ob die Parteien unter den verschiedenen Aushängeschildern die Interessen der Kapitalistenklasse vertreten.

Aber über ihre Parteien hinaus gibt es eine Reihe von demokratischen und kommunistischen Organisationen, die für die herrschende Klasse gefährlich werden können. Um diese Organisationen verbieten zu können, muß Vorbereitungsarbeit in den Massen geleistet werden. Deshalb zieht der Rechtsaußen Dregger heute bereits die Pläne der CDU aus der Schublade, denenzufolge die DKP im Falle eines Wahlsiegs verboten werden soll.

Dieser Versuch der Kriminalisierung ist ein Schuß nicht nur vor den Bug der DKP, sondern gegen jede oppositionelle Gruppierung die links steht und sich bereits gegen die Sozialdemokraten richtet.

Die Vertreter der KPD erklärten bei der Schlußabstimmung über das Grundgesetz: „Wir lehnen das Grundgesetz ab, weil es die Spaltung Deutschlands bedeutet. Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz die Stimme. Die Gesetzgeber aber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Grundgesetz brechen. Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen Demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen."

Heute stehen wir vor der Aufgabe, den Auftrag der KPD, die wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes zu verteidigen. Diese Aufgabe ist für uns schwieriger geworden, sind wir doch nicht mehr im Besitz

Verfasser des Grundgesetzes verteidigen."
Heute stehen wir vor der Aufgabe, den Auftrag der KPD, die wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes zu verteidigen. Diese Aufgabe ist für uns schwieriger geworden, sind wir doch nicht mehr im Besitz

unserer schärfsten Waffe, der KPD, die erst wieder aufgebaut werden muß.

Erinnern wir uns, was seit Verabschiedung des Grundgesetzes von den Gesetzgebern über das Grundgesetz am deutschen Volk und insbesondere der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin verbrochen wurde: Die Spaltung Deutschlands, Verbot der FDJ, Verbot der VVN, Verbot der Volksbefragung gegen Remilitarisierung, Verbot der KPD, Wiederaufrüstung, Einführung der Notstandsgesetze, Ausbau der Polizei, Wehrmacht, Bundesgrenzschutz etc. zur Bürgerkriegsarmee, Verschärfung der Strafjustiz, derzufolge das Streikrecht, die Meinungsfreiheit, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht eingeschränkt wird. Die politische Betätigung im Betrieb, in Kasernen, Schulen und Hochschulen wird weiter geknebelt und mit brutaler Polizeigewalt unterdrückt. Berufsverbote im öffentlichen Dienst weisen bereits eine fatale Ähnlichkeit mit den Berufsverboten der Weimarer Republik auf oder übertreffen schon deren „Notverordnungen".

In dieser Reihe stellt die Verbotsandrohung gegen die DKP einen weiteren Angriff auf die bürgerlichen Rechte dar. Sie erhellt wiedereinmal, was all die Maßnahmen anpeilen und vorbereiten.

Wenn es uns nicht gelingt, unter Ausnützung unserer gemeinsamen Kraft den immer energischer vorangetriebenen Abbau der demokratischen Rechte zu verhindern, dann geht die Rechnung der reaktionärsten, imperialistischen, am meisten chauvinistischen Teile des Finanzkapitals auf, letztendlich wieder die gewaltsame, offen terroristische Gewaltherrschaft zu errichten, um alle freiheitlich demokratischen Bestrebungen im Blut zu ersticken.

Ganz gleich, wie die ideologischen Differenzen der einzelnen Organisationen und Genossen auch immer zur DKP sein mögen, muß erkannt werden, daß sich die Verbotsdrohung gegen die DKP in erster Linie gegen die Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen richtet. Darüber hinaus würde das DKP-Verbot der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführung das Werkzeug für weitere Ausschlüsse oppositioneller Kollegen aus den Gewerkschaften in die Hand geben.

Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD fordert alle oppositionellen, demokratischen und kommunistischen Organisationen auf:
- mit uns Gespräche zu führen über Aktionseinheiten gegen das DKP-Verbot
- mit der DKP in Verhandlungen gegen das DKP-Verbot zu treten, ob es deren Führung paßt oder nicht.

Wir Kommunisten sind für das Verbot faschistischer Organisationen, werden aber jede bürgerliche und revisionistische Partei gegen die Angriffe der Reaktion verteidigen.

Auf die Frage, wie der Faschismus verhindert werden kann, gibt uns Genosse DIMITROFF mit der Kommunistischen Internationale die Antwort:

„Das erste, was gemacht werden muß, womit man beginnen muß, ist die Schaffung der Einheitsfront, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter in jedem Betrieb, in jedem Bezirk, in jedem Gebiet, in jedem Land, auf der ganzen Welt. Die Aktionseinheit des Proletariats im nationalen und internationalen Maßstab ist die mächtigste Waffe, die die Arbeiterklasse nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zur erfolgreichen Gegenoffensive gegen den Faschismus, gegen den Klassenfeind fähig macht."

Wir wissen genau, daß wir diesem hohen Anspruch mit unseren relativ schwachen Kräften nur ansatzweise gerecht werden können. Um so notwendiger ist es heute, die in Zirkeln aufgesplitterten kommunistischen Kräfte in Verbindung mit allen oppositionellen, fortschrittlichen und demokratischen Kräften gegen das drohende Verbot der DKP in eine Stoßrichtung zu bringen.

Greifen wir an, treten wir gemeinsam in eine Front, kämpfen wir gegen die Illegalisierung der DKP, denn damit kämpfen wir gegen die Illegalisierung der Bewegung und somit auch für die Legalität unserer Organisationen. Die Zeit des Handelns ist mehr als reif!

Arbeiterbund
für den Wiederaufbau der KPD
Hans Zintl

„Arbeiterbund" zu den Todesschüssen an der DDR-Grenze

Zu der Erschießung des italienischen Kommunisten Corghi an der Staatsgrenze der DDR nimmt der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" in seiner „KAZ" vom 22. August Stellung. Dieser Artikel entspricht vollständig der seit einigen Monaten im Gange befindlichen Annäherung des „Arbeiterbund" an die DKP und hätte, abgesehen von zwei oder drei Sätzen, ebenso gut auch in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" wörtlich so gestanden haben können.

Da werden erst einmal *„die wichtigsten Geschehnisse an der DDR-Grenze in der letzten Zeit"* aufgezählt, wobei die Ermordung zweier DDR-Grenzposten durch den kriminellen „Flüchtling" Weinhold beispielsweise mit den Schüssen auf „vorwitzige", aber ansonsten harmlose Urlauber wie den Hamburger Willy Bubbers einfach in einen Topf geworfen wird – nach dem Motto: Die DDR muß sich halt dauernd gegen Grenzprovokationen verteidigen.

In diesen Zusammenhang reiht sich dann die Erschießung Corghis ganz logisch als *„ein tragischer Vorfall"* ein, wobei die DDR-Grenzer sogleich von

Corghis ganz logisch als „ein tragischer Vorfall" ein, wobei die DDR-Grenzer sogleich von

jeder Schuld reingewaschen werden: **„Ein Wunder ist es ganz bestimmt nicht, daß nach all diesen Provokationen, insbesondere nach dem Fall Weinhold, die Grenzwachen der DDR nervös werden und schon durch harmlose Mißverständnisse ihr Leben bedroht sehen".**

Besser hätte es die „UZ" auch nicht ausdrücken können. Der Witz ist nur, daß die bayrischen Genossen es am Ende ihres Artikels denn doch nicht lassen können, zu behaupten, die DDR stünde *„unter dem Joch des Sozialimperialismus"* und die Bevölkerung der DDR müßte *„für ihre Befreiung von der sozialimperialistischen Herrschaft kämpfen".*

Die politische Schizophrenie besteht dabei darin, die DDR auf der einen Seite als finsterste Diktatur darzustellen („Joch des Sozialimperialismus"), auf der anderen Seite aber den Staatsapparat der DDR als Ansammlung von Unschuldslämmern hinzustellen, die höchstens mal aus Nervosität und Angst ums eigene Leben einen Schuß abgeben. Das paßt doch wohl alles hinten und vorn nicht zusammen!

Die Genossen vom „Arbeiterbund" können sicher sein, daß sie mit diesen schizophrenen Thesen vom „Joch des Sozialimperialismus" (wofür sie übrigens den Beweis auch noch schuldig bleiben!) sich alle Pluspunkte wieder verscherzen, die sie sich ansonsten mit ihrer Verteidigung der DDR-Grenzer womöglich bei DKP-lern erworben haben könnten. Über so viel Unlogik bei ihren Gegnern (?) lacht sich die DKP-Führung doch nur ins Fäustchen!

Offene Antwort an den KHB/Nürnberg

Im AK 86 wurde der erste Teil eines Briefes des „Kommunistischen Hochschulbundes Nürnberg" (Studentenorganisation des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") abgedruckt und beantwortet. Nun, wie angekündigt, zur Beantwortung des zweiten Teils des Briefes, der sich mit angeblichen Lügen bei der Berichterstattung über die Anti-Strauß-Aktion in Nürnberg befaßt. Es geht vor allem um die Einladung zu den Bündnisverhandlungen, von der die KHB-Genossen behaupten, daß es eine solche Einladung nie gegeben habe. Deswegen sei es eine Lüge, wenn im AK 83 behauptet werde, der „Arbeiterbund" sei auf die Einladung des KB nicht eingegangen!

Hierzu stellen wir fest, daß ein Genosse des KB/Nürnberg ca. zwei Wochen vor dem Strauß-Auftritt an einen leitenden Genossen des KHB herangetreten ist und ihm offiziell mitteilte, daß der KB mit dem KHB eine Aktionsabsprache durchführen möchte, wobei die Themen Diskussion der Bundestagswahl und gemeinsames Vorgehen gegen Strauß behandelt werden sollten.

Im Brief des KHB wird dies dann so geschildert: *„Ein Genosse vom KHB wurde von einem Genossen des KB darauf angesprochen, daß der KB mit dem Arbeiterbund Bündnisverhandlungen führen wollte über ein gemeinsames Vorgehen zu den Bundestagswahlen. Beim Gehen erwähnte er, daß man bei dieser Gelegenheit auch über den Kongress der 'Jungen Union' und wie man dagegen vorgehen will, reden könne. Kein Wort davon, daß dies auch eine Einladung für Bündnisgespräche gegen Strauß sein soll. Was auch dahinterstecken mag, eine schriftliche Einladung mit genauem Zweck dieser Bündnisverhandlungen hätte erfolgen müssen – solches oder ähnliches ist nicht passiert".*

Tatsächlich hat es keine schriftliche Einladung gegeben, und wir müssen selbstkritisch sagen, daß dies in der Tat, gerade Organisationen wie dem Arbeiterbund/KHB gegenüber, eine unverzeihliche Schlamperei ist, die es diesen Organisationen erleichtert, durch das Vorschieben von „technischen Problemen" der inhaltlichen Auseinandersetzung mit unserer Politik aus dem Weg zu gehen!

Es ist sicher kein Zufall, daß bisher fast alle Bemühungen zu gemeinsamen Aktivitäten mit Arbeiterbund/KHB an „technischen Problemen" gescheitert sind: Die schriftliche Aufforderung, in Regensburg gemeinsam eine Chile-Veranstaltung zu machen, verschwand im Verlagsbriefkasten, weil dieser nur einmal wöchentlich geleert wurde!

Die Einladung zu Verhandlungen über eine gemeinsame VR-China-Veranstaltung gelangte trotz der festen Zusage einer leitenden KHB-Genossin nicht zur Leitung des Arbeiterbundes! Ein Gespräch mit der Leitung des Arbeiterbundes über ein gemeinsames Vorgehen zu den Bundestagswahlen wurde abgesagt weil dem ZK kein Auto zur Verfügung stand!

Diese Bilanz ist Ausdruck der offiziellen Leitungs-Linie des Arbeiterbundes, sich überall vor einer sachlichen Auseinandersetzung mit unserer Politik herumzudrücken. Deshalb noch einmal die dringende Aufforderung an die Genossen von Arbeiterbund und KHB: Setzt euch in euren Organisationen dafür ein, daß endlich ohne Tricks und „technische Probleme" die Auseinandersetzung um die entscheidenden Fragen revolutionärer Politik in unserem Land mit dem KB aufgenommen wird

KB/Gruppe Nürnberg

Offener Brief an die westdeutsche Linke

Insbesondere an Jusos, DKP, GIM, Spartacus, SAG, RK, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, KAB „D", KBW, „KPD/ML" und „KPD"

Liebe Genossen,
es ist Eurer Aufmerksamkeit wahrscheinlich nicht entgangen, daß in den letzten Monaten wiederholte sogenannte „Kominformisten", angebliche Mitglieder einer illegalen Kommunistischen Partei, von jugoslawischen Gerichten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Nach offiziellen Angaben befinden sich derzeit über 100 verurteilte „Kominformisten" in jugoslawischen Gefängnissen.

Aus für uns nicht genau erklärlichen Gründen existiert zu dieser Tatsache innerhalb der Linken die breiteste Aktionseinheit aller Zeiten.

Von den Jusos bis zu den Vaterlandsverteidigern, von den Trotzkisten bis zur DKP: Man schweigt sich aus! Dieses vollständige Schweigen ist umso bemerkenswerter, weil ansonsten alle genannten Organisationen (mit Ausnahme der DKP) häufig über politische Gefangene in den „sozialistischen" Ländern berichten.

Allein in diesem Jahr wurden folgende Urteile gegen angebliche „Kominformisten" vor jugoslawischen Gerichten bekannt:

- Verurteilung von 19 Angehörigen der albanischen Minderheit wegen „stalinistischer Umtriebe" zu vier bis 15 Jahren Haft.
- Verurteilung von mindestens neun „Kominformisten" in Novi Sad zu Strafen zwischen 15 und vier Jahren.
- Verurteilung von neun „Kominformisten" in Banja Luka zu Strafen zwischen drei und zwölf Jahren.
- Verurteilung von drei „Kominformisten" in Split zu acht, drei und zwei Jahren Gefängnis.
- Anfang Juli Todesurteil gegen Vladimir Dapcevic als angeblichen Generalsekretär der illegalen Kommunistischen Partei; das Urteil wurde in eine 20-jährige Haftstrafe umgewandelt.

Von der Zahl und insbesondere der Härte der Verurteilung her verdient die Verfolgung der jugoslawischen Linksopposition also ganz sicher unsere Aufmerksamkeit. Warum also das totale Schweigen in der westdeutschen Linken?

Offensichtlich spielt dabei die Behauptung der jugoslawischen Behörden eine Rolle, die angeblichen „Kominformisten" seien „Neo-Stalinisten", die einen Staat nach sowjetischem Vorbild errichten wollen. Diese Behauptung wird zum einen von Personen wie Dapcevic entschieden bestritten; Beweise haben die jugoslawischen Behörden der Öffentlichkeit nicht vorgelegt; die Prozesse werden zunehmend unter totaler Geheimhaltung durchgeführt. Und zum anderen wäre es sicher interessant, wenn man in unserem Land schwarz auf weiß erfahren würde, welche linken Organisationen die Urteile vielleicht für „nicht so schlimm" oder sogar berechtigt halten, falls die Vorwürfe der jugoslawischen Behörden zutreffen sollten.

Für uns stellt die jugoslawische Linksopposition überhaupt die w i c h t i g s t e linke Opposition in den „sozialistischen" Ländern dar. Verglichen damit finden wir es geradezu skandalös, wenn in der linken Öffentlichkeit reaktionäre Dissidenten zu „Humanisten" und sozialdemokratische Oppositionelle zu „Sozialisten" erklärt werden, was sie fraglos nicht sind. Wir sehen eine wichtige Aufgabe für die westdeutsche Linke darin, gerade die Solidarität mit der sozialistischen Opposition in den revisionistischen Ländern zu fördern, wobei wir der Solidarität mit der jugoslawischen Linksopposition einen wesentlichen Platz einräumen.

Wir fordern alle Organisationen, die sich der sozialistischen Linken zurechnen, auf, ihr Schweigen zu brechen und ihre Haltung zur jugoslawischen Linksopposition öffentlich darzulegen und zu begründen. Wir rufen alle Genossen dazu auf, sich in ihren Organisationen dafür einzusetzen, daß diese ihre Positionen in der linken Öffentlichkeit präsentieren und zur Diskussion stellen. Wir rufen die Genossen und Sympathisanten des Kommunistischen Bundes auf, in diesem Sinn auch mit den Genossen anderer Organisationen zu diskutieren. Es gilt, die „Aktionseinheit des Schweigens" gegen die jugoslawische Linksopposition zu brechen!

LG des Kommunistischen Bundes

Kampagne gegen das KPD-Verbot

KBW weiter auf Talfahrt

„6.500 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten" haben im August nach Angaben der „Kommunistischen Volkszeitung" (26.8.76) *„in rund 40 Städten der Bundesrepublik"* an den Demonstrationen des KBW gegen das KPD-Verbot teilgenommen. Die größte Demonstration fand in Heidelberg statt, wo der KBW nach eigenen Angaben 650 Menschen auf die Beine bringen konnte.

Macht man von den Angaben des KBW die aller Erfahrung nach notwendigen Abstriche, so ergibt sich, daß er knapp 5.000 Menschen oder sogar noch weniger für seine Demonstrationen mobilisiert haben dürfte.

Verglichen mit den früheren zentralen Demonstrationen des KBW zu verschiedenen Themen, bei denen regelmäßig 15. bis 20.000 Menschen zusammenkamen (nach eigenen Angaben des KBW sogar bis zu 25.000) ist das jetzige Ergebnis äußerst mager. Es widerspiegelt sehr deutlich den Schrumpfungsprozeß, den der
den Schrumpfungsprozeß, den der viel von Kampf. Jeder bestimmten
KBW in den letzten Monaten durchlaufen hat.

Hierauf geht die „KVZ" freilich mit keinem Wort ein. Im Gegenteil wird, wie üblich, mit markigen Worten wieder Kraftmeierei betrieben: *„Der Klassengegensatz verschärft sich. Die Zeiten für Organisationen, die sich zwischen den Klassen einrichten wollen"* (dazu rechnet der KBW inzwischen schon a l l e ausser sich selbst) *„werden schlecht. Für Revolutionäre und Kommunisten sind die Zeiten ganz ausgezeichnet"* („KVZ", 26.8.76). Das ist, um mit Lenin zu sprechen, **„dasselbe, als wollte man beim Anblick eines Leichenbegräbnisses ausrufen: ‚Mögen euch immer so glückliche Tage beschieden sein!'"** (Lenin, „Was tun").

Abgesehen davon besteht der Artikel der „KVZ" im wesentlichen aus wüstem Geschimpfe gegen die anderen Organisationen: Sie würden sich mit dem KPD-Verbot abfinden, sie wollten nicht den Kampf gegen die Reaktion führen usw. *„So sieht es also mit der ‚Linken' aus, wenn es um den Kampf gegen das KPD-Verbot geht. In den anderen Fragen des Klassenkampfes sieht es gegenwärtig meist gerade gleich aus".* Bewiesen wird, wie üblich, bei dieser Pauschalabfertigung wieder einmal absolut n i c h t s ! Gewürzt wird das Ganze noch durch spezielle Seitenhiebe gegen einzelne Organisationen: So heißt es vom SB, es habe einfach **„die Hosen voll".** Vom KB („Nord") kann man in der „KVZ" lesen, daß er sich sowieso immer an die SPD anlehnt und daß er im übrigen *„angedeutet"* (!?) habe, **„daß das KPD-Verbot heute nicht so wichtig sei".**

Man kann aus derart saudummen Anmachen nur die Schlußfolgerung ziehen, daß beim KBW immer noch die Bereitschaft zu einer öffentlichen politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit anderen Organisationen fehlt. Im Gegenteil scheint es, daß mit zunehmendem Schrumpfen der KBW-„Massen" das Gekeife in der „KVZ" immer schlimmer wird.

Es ist darum auch nur Scheinheiligkeit, wenn sich die „KVZ" über andere Organisationen beklagt: *„Es wird viel von Einheit geredet, auch viel von Kampf. Jeder bestimmten Aktionseinheit und jedem bestimmten Kampf wird jedoch mit Akkuratesse ausgewichen. Auf diese Situation haben sich die Einheiten des KBW noch nicht ausreichend eingestellt".*

In der Phase relativer Stärke des KBW waren seine Führer derart überheblich, daß sie Aktionseinheiten mit anderen Organisationen entweder ganz offen ablehnten oder zumindest vollständig die Bedingungen diktieren wollten. Da hieß es dann meist, interessant für den KBW sei sowieso bloß die **„Aktionseinheit der Massen".**

Aber auch heute, wo die KBW-Führer schon sichtlich kleinere Brötchen backen, weigern sie sich immer noch, an die Frage der Aktionseinheit e r n s t h a f t heranzugehen. Vor allem setzt eine kontinuierliche Politik der Aktionseinheit voraus, daß ein offener Meinungsstreit um die Fragen kommunistischer und sozialistischer Strategie und Taktik in unserem Land geführt wird. Denn sonst wird jede Aktionseinheits-Verhandlung erneut zu einem zermürbenden Hickhack. Man kann doch nicht ernsthaft glauben, sich auf der einen Seite arrogant aus allen Auseinandersetzungen herauszuhalten zu können, aber dann plötzlich Aktionseinheiten zustande bringen zu können, die diesem Namen auch gerecht werden. Auf welcher Grundlage denn? Es ist klar, daß man die Fragen unserer Strategie und Taktik ständig öffentlich erörtern muß, und daß man sie nicht losgelöst davon plötzlich bei Aktionseinheits-Verhandlungen „klären" kann.

Das Problem beim KBW ist doch, daß er ständig zu allen möglichen Fragen falsche – oder nennen wir es einmal: umstrittene – Vorstellungen und Parolen verbreitet, aber sich darüber niemals öffentlich auseinandersetzen will.

Wir würden es durchaus begrüßen, wenn sich im KBW die Einsicht durchsetzen würde, die Auseinandersetzung und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ernsthaft anzustreben, auch bei längerfristigen Projekten (Kampf gegen die Berufsverbote etc.). Die Aussichten für einen solchen Sinneswandel beim KBW sind freilich derzeit sehr gering.

Dies wird noch unterstrichen durch die von der „KVZ" geübte
nen solchen Sinneswandel beim KBW sind freilich derzeit sehr gering.
Dies wird noch unterstrichen durch die von der „KVZ" geübte
Manöver-Kritik an den „Einheiten des KBW". Ihnen wird eine **„schematische Anwendung der Politik der Aktionseinheit"** vorgeworfen, denn: *„die Verhandlungen mit anderen Organisationen sind weder grundlegend noch entscheidend für die Politik der Aktionseinheit. Grundlegend für die Politik der Aktionseinheit ist, daß die Kommunisten den Massen (!) die Notwendigkeit eines bestimmten Kampfes erläutern, daß sie die Forderungen begründen, für deren Durchsetzung dieser Kampf geführt werden muß. Entscheidend ist, daß es den Kommunisten gelingt, die Massen direkt an den Arbeitsplätzen, in den Gewerkschaften, den Jugendzentren usw. zusammenzuschließen hinter den Forderungen".*

Mit diesen abstrakten Appellen vom Grünen Tisch werden die „Einheiten des KBW" wohl nicht sehr viel anfangen können. Daß man „die Massen zusammenschließen" müsse, verkündet der KBW ja schon seit Jahren. Bloß klappen tut's nie so recht.

Im übrigen ist es absurd, die Arbeit unter den Massen, wie die „KVZ" sie im einzelnen angibt, mit dem Titel **„Politik der Aktionseinheit"** zu versehen. Denn in Wahrheit geht es dabei ganz schlicht darum, Menschen für die Aktionen und die Forderungen der Kommunisten zu gewinnen. Und das tun die Kommunisten natürlich bei jeder Aktion. Der KBW hat offenbar das Wesen der Aktionseinheit überhaupt nicht begriffen. Grundlage der Politik der Aktionseinheit ist das Bestehen unterschiedlicher politischer Strömungen in der Arbeiterklasse und im Volk. Die Politik der Aktionseinheit besteht darin, unter Berücksich-
terschiedlicher politischer Strömungen in der Arbeiterklasse und im Volk. Die Politik der Aktionseinheit besteht darin, unter Berücksich-
tigung dieser Unterschiede gemeinsame Aktionen zu ermöglichen und Forderungen aufzustellen, unter denen die größtmögliche Einheit hergestellt werden kann. Der KBW hingegen appelliert an die Massen, sie sollten sich unter den Forderungen der K o m m u n i s t e n zusammenschließen, und versieht das mit dem unzutreffenden Titel „Politik der Aktionseinheit". Beispielsweise hat es gar nichts mehr mit Aktionseinheit zu tun, wenn der KBW inzwischen bei verschiedensten Anlässen die Parole „Es lebe die proletarische Weltrevolution" in den Vordergrund rückt, etwa bei antifaschistischen Aktionen. Dasselbe gilt, wenn bei Demonstrationen des KBW gegen das KPD-Verbot an der *Spitze* die Parole „Vorwärts im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!" getragen wurde. Das sind Beispiele für eine unzulässige Einengung der Kräfte, die heute potentiell mit bestimmten Aktionen zu bestimmten Themen angesprochen werden können.

Die Frage der „Aktionseinheit von oben" (d.h. auf der Organisations-Ebene) oder „von unten" (von der Basis her, unter Umgehung der Organisations-Führungen) bzw. der richtigen taktischen Verbindung beider Elemente war in der kommunistischen Bewegung schon immer eine Streitfrage. Die Verabsolutierung der „Aktionseinheit der Massen" durch den KBW ist zum einen ein Rückfall auf alte Positionen der „Ultra-Linken" und ist zum anderen angesichts der konkreten Ergebnisse des KBW einfach lächerlich. Im Grunde ist es doch immer wieder er-
„Ultra-Linken" und ist zum anderen angesichts der konkreten Ergebnisse des KBW einfach lächerlich. Im Grunde ist es doch immer wieder er-
staunlich, wie die KBW-Führung es schafft, immerhin noch einige hunderte an Mitgliedern auf einen so vollständigen Mangel an Realismus einzuschwören. Gewiß, bei jungen, unerfahrenen Genossen ist im Überschwang der Gefühle manches möglich. Aber wenn man zum dritten, zum vierten, zum fünften Mal öffentlich verkündet hat, man wolle mit irgendeiner Aktion „die Massen zusammenschließen" – und man bleibt dann doch wieder zum dritten, zum vierten, zum fünften Mal unter sich, dann müßte es doch eigentlich jedem KBW-Genossen „dämmern" ...



Schade, GIM stänkert weiter

In AK 87 beschäftigten wir uns unter der Überschrift „So nicht, Genossen" mit einigen unschönen Anpinkeleien der trotzkistischen GIM gegen den Kommunistischen Bund. Hierzu findet sich in „Was tun" vom 2. September eine Art Erwiderung. Leider bestätigt dieser Artikel von „Was tun", daß die GIM diese eigenwillige Art der „Auseinandersetzung" fortsetzen will.

1. Mit keinem Wort eingegangen wird in dem Artikel auf die Stimmungsmache der Hamburger Ortsgruppe der GIM gegen den Kommunistischen Bund, wovon wir in AK 87 ausführlich berichtet haben.
2. Wir haben in AK 87 nachgewiesen, daß es sich bei der Behauptung der GIM („Was tun", Nr. 118), der KB habe sich 1973 nicht am Kampf gegen die Verbotsdrohungen gegen die „KPD" beteiligt, um eine falsche Darstellung handelt. Und nach dem neuesten Stand von „Was tun" kann man auch getrost sagen: Um eine bewußte Lüge! In „Was tun" vom 2. September wird nun der „Beweis" geführt, daß wir uns in der Tat (wie auch in AK 87 schon berichtet) nicht an der gemeinsamen zentralen Demonstration von „KPD" und GIM in Karlsruhe beteiligt hatten. Wir haben absolut keine Lust, jetzt mit der GIM noch einen wochenlangen Streit zu führen, ob wir damals mit unserer Entscheidung, nicht daran teilzunehmen, recht hatten oder nicht. Denn Fakt ist doch, daß wir damals sehr wohl eine Reihe von Demonstrationen, Veröffentlichungen und anderen Aktivitäten gegen die Verbotsdrohungen gegen die „KPD" unternommen haben, was die GIM verschweigt. Demgegenüber unter Hinweis auf unsere Nichtbeteiligung an der Karlsruher Demonstration zu behaupten, wir seien damals wegen unserer Differenzen zur „KPD" generell nicht bereit gewesen, gegen deren Verbot zu kämpfen, ist ebenso bösartig wie kindisch. Und in Verbindung mit der in „Wt" 118 unmittelbar daran geknüpften Behauptung, der KB würde überhaupt den gemeinsamen Kampf gegen die Repression **„immer von seinen aktuellen Interessen abhängig gemacht"** haben, ist der Zweck offensichtlich.
3. Die GIM beschwert sich nochmals darüber, daß wir in Hamburg keine gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit ihrer Ortsgruppe machen wollten, weil diese am Ort politisch total bedeutungslos ist. *„Die Herangehensweise der Genossen des KB bestätigt jedoch leider die schon zu anderen Gelegenheiten geäußerten Vermutungen: Nicht um Diskussionsveranstaltungen geht es den Genossen, sondern um show-meetings. Wer das nicht als genügend publikumwirksam erscheint, ist unerwünscht".* So schlußfolgert kühn „Was tun" vom 2. September und hängt daran den frommen Wunsch, daß dies *„einigen wohlwollenden Unterstützern des KB die Augen öffnen"* möge.

Dazu läßt sich folgendes sagen: Die GIM arbeitet in Hamburg sogar schon l ä n g e r als der Kommunistische Bund, unsere Ausgangsbedingungen waren durchaus gleich. **Wenn heute die GIM in Hamburg eine bedeutungslose Randerscheinung ist, so ist das doch gar nichts anderes als das Ergebnis von permanenten D i s k u s s i o n s p r o z e s s e n, die in Hamburg in den letzten Jahren gelaufen sind.** In früheren Jahren war es ja durchaus üblich, daß auf KB-Veranstaltungen auch Diskussionsredner der GIM auftraten und ihre Meinungen vortrugen. Das Ergebnis war allerdings, daß man allmählich in der Hamburger Linken immer weniger Lust hatte, sich diese Thesen zum x-ten Mal anzuhören. Beispielsweise

Fortsetzung Seite 46

Hei lücht! Der größte Hohn der deutschen Arbeiterklasse hat wieder zugeschlagen

Ernst Aust, Vorsitzender der „KPD/ML", nach eigener Auskunft „der Beste der deutschen Arbeiterklasse", retuschiert weiter an seinem Lebenslauf. Obwohl er von 1953 bis Ende 1966 Herausgeber einer revisionistischen Wochenzeitung namens „Dat Blinkfüer" („Das Leuchtfeuer") war, läßt er sich von seinen Anhängern gern als jahrelangen Kämpfer gegen den Revisionismus in der alten KPD feiern. Erst kürzlich hat der Kreisverband Hamburg der „ML"-Filiale Rote Hilfe „Deutschlands" einen neuen, um weitere Lügen erweiterten, Lebenslauf des Ernst Aust veröffentlicht. Manche Genossen mögen es angesichts der sektiererischen Bedeutungslosigkeit der „KPD/ML" für sinnlos und überflüssig halten, sich mit diesen Märchen zu befassen. Wir meinen aber schon, daß es notwendig ist, diesen dreisten Geschichtsfälschern weiterhin offensiv entgegenzutreten und, vor allem unter den jungen Anhängern der „KPD/ML", schonungslos die Windbeuteleien von Aust & Co. zu entlarven. **In diesem Sinne sollte mit diesem Artikel auch gezielt gearbeitet werden.**

Im Folgenden vergleichen wir einige wesentliche Angaben aus dem „Lebenslauf" des Ernst Aust (fettgedruckte Zitate) mit den Fakten und Zitaten aus Artikeln, die er für das „Blinkfüer" geschrieben hat.

„1953 – Ernst übernimmt die Küstenzeitschrift ‚Dat Blinkfüer'." Das stimmt. Über den politischen Standort der Zeitung schrieb Aust 1962: „ *‚Blinkfüer' steht unabdingbar auf dem Boden des Grundgesetzes und der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland*" („Blinkfüer" – „Bl.", 1.6.1962). Das steht natürlich nicht im „Lebenslauf".

„1956 – Auf dem 20.Parteitag der KPdSU ergreifen die Verräter am Kommunismus, die Chruschtschow-Revisionisten, die Macht." Das stimmt. Was nicht im „Lebenslauf" steht: Alle wesentlichen Reden Chruschtschows ließ Aust als Herausgeber des „Blinkfüer" in seiner Zeitung in breiten Auszügen (teilweise sogar im Wortlaut) veröffentlichen und schrieb selbst zustimmende Kommentare dazu. Vielleicht wird er behaupten, er habe das „unter Druck der revisionistischen Parteiführung" tun müssen? Nun denn, nach Chruschtschows erzwungenem „Rücktritt", als für Aust gar kein Grund mehr war, sich etwa verstellen zu müssen, schrieb er im „Blinkfüer": „*Natürlich hat uns der Rücktritt von Nikita S. Chrusch-*

kein Grund mehr war, sich etwa verstellen zu müssen, schrieb er im „Blinkfüer": „Natürlich hat uns der Rücktritt von Nikita S. Chrusch-

tschow tief bewegt. Gerade uns, die am Frieden interessierten Menschen. Wie sollte es auch anders sein. Nicht nur in der Sowjetunion, in der ganzen Welt gehörten ihm durch sein offenes klassenbewußtes Auftreten die Sympathien der einfachen Menschen. Gab es doch gerade in der Zeit seiner Leitungstätigkeit so entscheidende Erfolge in der Sowjetunion wie zum Beispiel die Überwindung des Personenkultes (!!!) *und das Himmelssalut durch die Sputniks und Raumschiffe ... Nikita S. Chruschtschow hielt auf dem 20. Parteitag eine große Rede, in der er schonungslos mit den Fehlern der Vergangenheit abrechnete*" („Bl.", 19.10.64).



„1963 – Als Delegierter auf einem KPD-Parteitag beginnt Ernst, das volle Ausmaß des revisionistischen Verrats, der Entartung der Partei, zu erkennen." W i e sehr damals in der Tat die KPD schon „entartet" war, demonstrierte schlagend Aust selbst, indem er 1963 beispielsweise über Kennedy schrieb: „*Nur ein Weg führt zum Frieden, die friedliche Koexistenz. Diese Kernsätze aus der Rede John F. Kennedy's können wir nur aus vollem Herzen begrüßen und wir glauben ihm, daß er persönlich es ehrlich meint*" („Bl.", 21.6.63). Und in einem Nachruf nach der Ermordung Kennedy's: „*John F. Kennedy war ein Mann, der klar erkannte, daß es niemals zu einem Atomkrieg kommen durfte, sollte nicht die Existenz der gesamten Menschheit an den Rand der*

der klar erkannte, daß es niemals zu einem Atomkrieg kommen durfte, sollte nicht die Existenz der gesamten Menschheit an den Rand der

völligen Vernichtung gebracht werden. Er sprach dies offen aus, forderte Verhandlungen, Abrüstung und Entspannung und legte dem amerikanischen Volk nahe, seine Einstellung zur Sowjetunion zu überprüfen" („Bl.", 29.11.63). Der Präsident legte dem Volk nahe ... – tja, die KPD war damals wirklich schon voll auf dem Weg des revisionistischen Verrats! 1964 war die KPD noch weiter „entartet". Damals schrieb Aust über den als Kriegsverbrecher in die Geschichte eingegangenen Präsidenten Johnson: „*Hinter Johnson steht die Vernunft, das Bestreben es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, sich in der Welt, so wie sie ist, einzurichten und mit der Gegenseite, der Sowjetunion, einen Ausgleich zu suchen. Johnson kann auf die Unterstützung der Vernünftigen im Lande und der Industrie, die am Handel und Wandel interessiert ist, rechnen*" („Bl.", 24.7.64).

„Ende 1963 wird Ernst wegen Verstoß gegen das KPD-Verbot, wegen Staatsgefährdung und -verleumdung vor Gericht gestellt. Entgegen dem Willen der revisionistischen Parteiführung (der heutigen D‚K'P-Führer) führt Ernst den Prozeß revolutionär, kriecht nicht zu Kreuze."

W i e revolutionär Aust den Prozeß führte, zeigt vor allem sein hochdramatischer Schlußappell an das Gericht: „*Urteilen Sie nicht im Sinne der Reaktion, der Ehemaligen, des Gestern, sondern im Sinne des Heute, des Humanismus, der Völkerfreund-*

Gericht: „Urteilen Sie nicht im Sinne der Reaktion, der Ehemaligen, des Gestern, sondern im Sinne des Heute, des Humanismus, der Völkerfreund-

schaft, der Sehnsucht aller Menschen nach einer friedvollen schöneren Welt. Und somit möchte ich meine Ausführungen in Abwanalung eines Schillerwortes schließen: ‚Sire, geben Sie Pressefreiheit'!" (zit. in „Bl.", 10.1.64). Schon in der Vorbereitungsphase des Prozesses hatte Aust das revolutionäre Bekenntnis abgelegt: „*In den elf Jahren des Erscheinens von ‚Blinkfüer' habe ich nichts anderes getan, als in Übereinstimmung mit den Interessen unserer Küstenbevölkerung das Grundgesetz verteidigt. Bei jedem Wort, bei jedem Artikel ging ich davon aus, wie verteidige ich, wie schütze ich das Grundgesetz gegen alle, die es angreifen, die es seiner Substanz berauben*" („Bl.", 22.2.63). Und: „*Wir sind der Meinung, Hamburg hat es nicht nötig, sich von Bonn vorschreiben zu lassen, was Pressefreiheit ist. In Hamburg entscheidet immerhin noch die Hamburger Bevölkerung, die von ihr gewählte Bürgerschaft und der Senat*" („Bl.", 22.2.63).

Nach dem Urteil (ein Jahr Gefängnis) setzt Aust den revolutionären Kurs fort, indem er in einer Schlagzeile des „Blinkfüer" das Urteil als „*Sieg der Pressefreiheit*" (!!!) würdigt. Eine Flut empörter Leserbriefe ist die Reaktion (so „entartet" war die KPD damals halt doch noch nicht, daß solche Sachen widerspruchslos hingenommen worden wären!). In einem Kommentar „*Schwarz und weiß?*" tritt Aust der Empörung entgegen: „*Wie ist denn die Situation? Wir begrüßen es doch, wenn Herr Brandt in der Passierscheinfrage eine realistische Haltung einnimmt, und beschimpfen ihn nicht, weil er noch nicht bereit ist, die DDR voll anzuerkennen ... Rom wurde doch auch nicht an einem Tag erbaut. Man sollte positive Beiträge auf diesem Wege würdigen und nicht das Negative, vor allem, wenn es nur ein Bruchteil ist, in den Vordergrund rücken ... Es gibt nicht nur Lumpen und Heilige, nicht nur Schwarz und Weiß, es gibt viele Zwischentöne*" (Das hier gezeigte kultivierte Differenzierungsvermögen ist dem Aust inzwischen völlig flöten gegangen). „*Man sollte einen Richter, der wider den Stachel des Kalten Krieges löckt, nicht verdammen, weil er noch im Denken des Antikommunismus befangen ist, sondern versuchen, ihm zu helfen, auch die antidemokratische Schwäche zu überwinden*" („Bl.", 17.1.64).

Welch Paradestück im revolutionären Umgang mit der Klassenjustiz!

„1965 – Ernst wird aufgefordert, seine Strafe anzutreten. Er schreibt im ‚Blinkfüer' wenn sie ihn einsperren wollten, dann müßten sie ihn schon holen. Daraufhin setzt der Senat die Strafe zur Bewährung aus." Das klingt schon toll. Ob die Klassenjustiz so große Angst vor Aust hatte? Oder ob dabei noch ein weiterer, bis heute nicht entschleierter und im offiziellen „Lebenslauf" peinlichst verschwiegener Vorgang eine Rolle gespielt hat: Im Juni 1965 zieht Aust ohne klare Offenlegung von Gründen seine Revision beim Bundesgerichtshof gegen das Urteil zurück!?

Ebenfalls 1965: ***„Die Partei ist nicht mehr zu retten"*** (Und Aust schreibt munter weiter revisionistische Artikel fürs „Blinkfüer"!). ***„Die Revisionisten versuchen noch, Ernst zu bestechen mit Posten und hohem Funktionärsgehalt. Aber Ernst ist nicht zu bestechen. Er sammelt die revolutionären Kräfte."***

Der letzte Satz enthält die eigentliche Schutzbehauptung von Aust für sein „Ausharren" in der KPD, deren „Entartung" er ja angeblich schon mindestens seit 1963 gespürt hatte. Fakt ist: Aust hatte beim Erscheinen des ersten „Roten Morgen" (Jv. 1967) Kontakt zu exakt zwei Ehepaaren, die mit ihm in der KPD gewesen waren (beide beteiligten sich an der Gründung der „KPD/ML" schon nicht mehr!), und sonst keine politischen Verbindungen zu KPD-Genossen! Er war vollständig isoliert. Sinnvoll und richtig könnte der zitierte Satz vielleicht lauten: „Ernst sammelt Kräfte." Nämlich im Herbst 1965 bei einem Urlaub in den „sozialistischen" Karpaten.

1966: Dazu fehlen Angaben im offiziellen „Lebenslauf". Jedenfalls ging die revisionistische „Entartung" der KPD zügig weiter und Aust schrieb im „Blinkfüer" die denkwürdigen Worte: „*Jetzt heißt es die Einheitsfront aller Deutschen – und dazu zählen wir genauso die vernünftigen Kräfte in der CDU, FDP, die breite Masse der SPD-Mitglieder und Funktionäre, die Gewerkschaften, die DFU, die Intelligenz, Arbeiterschaft und Bauern – zu bilden, um das zu verhindern, was Karthago nach dem dritten Krieg widerfuhr – es war nicht mehr auffindbar*" („Bl.", 6.10.66).

Ironie der „Geschichte", daß Aust ähnliches heute schon wieder schreiben könnte – allerdings ohne die DFU, dafür unter Einbeziehung von „nationalistisch beeinflußten Kräften", und unter dem Titel „Einheitsfront aller Deutschen gegen die Supermächte"! So rundet sich der Kreis. Die Katze läßt das Mausen nicht und der Revisionist läßt das Revidieren nicht.

Kampf dem Größenwahn und der Geschichtsfälschung!

Komitee „Stoßt die Mumien vom Podest!"

Fortsetzung von Seite 45

wirkte es auf die meisten Teilnehmer einfach anödend und massenfeindlich, sich auf einer Chile-Veranstaltung lange Vorträge der GIM über deren Faschismus-Definition anhören zu müssen. Die Folge war jedesmal, daß die Zuhörer zu diesem Zeitpunkt massenhaft die Veranstaltung verließen, was vor allem für die Sympathisanten-Arbeit recht unerquicklich war.

Natürlich ist es auch heute noch so, daß wir überall, wo wir trotzkistische Genossen i n d e r k o n k r e t e n A r b e i t antreffen können, gern mit ihnen diskutieren. In Hamburg kommt es allerdings kaum vor, daß man „vor Ort" noch mit trotzkistischen Genossen zu tun hat. – Jedenfalls wäre es eine Verhöhnung der gesamten Diskussionsprozesse der letzten Jahre und der in deren Verlauf entwickelten Situation der Hamburger Linken, wenn wir eine von der konkreten Situation völlig abgehobene „gemeinsame Diskussionsveranstaltung" mit der GIM organisiert hätten.

4. Die GIM wärmt in „Was tun" vom 2.9.76 nochmals die alte Geschichte auf, daß die Leitung des KB nicht absetzbar sei. Dies ist schlicht Unsinn, da selbstverständlich jede DK (Delegierten-Konferenz der Ortsgruppen) des KB (und solche finden alle paar Wochen statt!) dem LG das Mißtrauen aussprechen könnte. Aber auch jedem einzelnen Genossen des LG könnte selbstverständlich jederzeit durch die Bereiche, in denen er direkt als Anleiter arbeitet, das Mißtrauen ausgesprochen werden.

Würden wir – wie „Was tun" ins Blaue hinein spekuliert – innere Widersprüche „*auf bürokratische Weise ‚lösen'*" bzw. so zu behandeln v e r s u c h e n, würde es einen Sturm der Empörung in der gesamten Organisation geben.

Wir hatten in AK 87 erwähnt, daß im ARBEITERKAMPF der Abdruck von Kritiken und widersprechenden Meinungen üblich ist. Und zwar nicht nur dann, wenn es sich um Meinungen handelt, die in der Organisation ein größeres Gewicht haben, sondern auch, wenn es sich nur um Einzelmeinungen handelt. Wir hatten gefragt, wann die GIM, die sich auf ihre „demokratische Struktur" einiges zugute hält, abweichende Meinungen in „Was tun" abgedruckt hat, beispielsweise zu den Bundestagswahlen oder zu Portugal.

Darauf erwidert die GIM: „*Uns darauf festnageln zu wollen, warum wir nicht alle* (!!!) *kontroversen Beiträge aus unserer Mitgliederschaft in der ‚was tun' veröffentlichen, ist lächerlich*". Das wäre es in der Tat! Aber nicht um „alle kontroversen Beiträge" ging es uns, sondern Fakt ist vielmehr, soweit wir wissen, daß überhaupt noch keine kontroversen Beiträge abgedruckt wurden! Dies gilt vor allem für die Bundestagswahlen, wo eine starke Minderheit in der GIM (wahrscheinlich knapp unter 50%) nicht mit der eigenen Wahlbeteiligung einverstanden war. Dies gilt beispielsweise auch für Portugal, wo in der GIM wohl auch kontrovers diskutiert wird.

Die GIM verweist dann darauf: „*Unser Zentralorgan soll im Wesentlichen nicht Diskussionsorgan, sondern Aktionsorgan, also Anleitung zum Handeln sein. Wir haben deshalb einen internen* (!) *Rundbrief, in dem jedes Mitglied schreiben kann und den jedes Mitglied erhält*". – Wir meinen, daß diese Argumentation nicht schlüssig ist. Denn Anleitung zum Handeln heißt für unsere Begriffe auch, daß wir kontroverse Diskussionen zu einem Problem auch in die Öffentlichkeit tragen und die Widersprüche auch vor den Sympathisanten und im weitesten Sinn vor den Lesern unserer Presse darstellen. Diesen Zweck kann man doch mit einem internen Rundbrief nur für die Mitglieder überhaupt nicht erreichen. Der Lernprozeß, der mit solchen Auseinandersetzungen verbunden ist, würde auf den relativ begrenzten Kreis der Mitglieder beschränkt bleiben, der nur fünf oder zehn Prozent der AK-Leser umfaßt.

Abschließend: Es wäre bedauerlich, wenn die Genossen der GIM bei ihren unfruchtbaren Formen der Auseinandersetzung bleiben wollten. Gegenwärtig scheinen sie genau dies zu beabsichtigen. Schade.

„ML"er für Strauß

Auf einer CDU-Wahlkundgebung in Frankfurt mit Dregger, Kohl und Carstens, verteilten die sogenannten „Marxisten-Leninisten Deutschland" eine neue Ausgabe ihrer Zeitung „Die neue Welt". Darin heißt es: „*Wir Maoisten würden Strauß und Dregger wählen, wenn die CDU/CSU eine radikale Wende in der deutschen Politik herbeiführen würde. Sie muß national wie international zu einer Politik der breitestmöglichen Einheitsfront gegen die Hitler von heute in Moskau bereit sein und die prosowjetischen Kräfte in Deutschland konsequent bekämpfen ... Die deutsche Politik braucht keine Jünger Chamberlains, braucht keine Willy Brandts. sie braucht Männer wie Churchill. Das Format dazu hat unter den bürgerlichen Politikern in Westdeutschland nur Franz Josef Strauß*".

Und weiter im Text: „*Es ist wegen ihrer fortschrittlicheren und realistischeren Politik gegenüber dem Hauptfeind unseres Volkes besser, wenn die Union die Wahlen am 3. Oktober gewinnt*".

Wie diese Provokateure dazu kommen, sich das Etikett „Maoisten" umzuhängen, wissen der Kuckuck bzw. der Verfassungsschutz und die politische Polizei.

KB/Gruppe Nürnberg (GNK)

Wieder Nazi-Hetze im „Roten Morgen"

Unter der Überschrift „*Wo Kinder ihre Eltern bespitzeln sollen*" kübelt der „Rote Morgen" der „KPD/ML" mal wieder gegen die DDR. Man erfährt da, daß in der DDR die Menschen ihre politischen Ansichten sogar vor ihren Kindern geheim halten müssen, weil die Kinder als „Spitzel" eingesetzt würden.

Dieses Schauermärchen hat eine lange Tradition. Seit es die DDR gibt, taucht diese Geschichte periodisch immer wieder in der antikommunistischen Propaganda auf. Schon in den 50er Jahren sollte damit Stimmung gegen die DDR gemacht werden.

Ähnlich verhält es sich mit der absurden Geschichte, in der DDR müßten die Menschen Angst haben und Türen und Fenster verschließen, wenn sie das „Westfernsehen" anschalten. Auch das gehört in die Kategorie antikommunistischer Phantasien.

Höhepunkt des Schmierkrams ist die Behauptung: „*Dies ist eine Diktatur wie bei Hitler und zum Teil noch schlimmer*". – So etwas kann eigentlich nur ein ganz grüner Rotzjunge oder ein Geisteskranker geschrieben haben. Immerhin hat die Nazi-Diktatur Tausende Kommunisten und Sozialdemokraten e r m o r d e n lassen, hat zigtausende in Zuchthäusern und KZ s gesperrt. Von den millionenfachen Verbrechen während des Krieges ganz zu schweigen. Die „KPD/ML" keine faschistische Organisation (siehe AK 87) ...? Sicher nicht. Aber daß sie gelegentlich zu offen pro-faschistische Tönen greift, davon beißt ihr keine Maus einen Faden ab!

Antifa-Kommission
KB/Grppe Hamburg

Quatschköppe

Die „KPD/ML"-Führer, eh nicht gerade zu den Hellsten im Land zählend, haben wieder einmal wüst zugeschlagen: In ihrem „Roten Morgen" (21.8.76) beklagen sie sich: „**Die westdeutschen Imperialisten tun nichts, um das Volk auf den drohenden Kriegsfall vorzubereiten. Im Gegenteil: mit Entspannungs- und Abrüstungsphrasen versucht die Bundesregierung, die Wachsamkeit der Werktätigen einzuschläfern. Nicht nur der US-Imperialismus, sondern auch der russische Sozialimperialismus werden von ihr als ‚friedliebend' hingestellt**".

Im selben „Roten Morgen" und sogar im selben Artikel wird gleichzeitig zugegeben, daß die BRD-Imperialisten „**ihre aggressiven Ziele nicht aufgegeben haben**" und in einem kommenden Weltkrieg „**als Komplizen und Handlanger des USA-Imperialismus am Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilnehmen**" wollen.

Wenn das so ist, dann sagt einem schon der „gesunde Menschenverstand", daß an der oben zitierten Behauptung des „Roten Morgen" (die Imperialisten täten „nichts", um das Volk auf den Krieg vorzubereiten) etwas nicht stimmen kann. Denn naturgemäß und aller historischen Erfahrung nach gehen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen stets einher mit einer massiven politisch-ideologischen Bearbeitung des Volkes, mit der propagandistischen Schürung von Rüstungs- und Kriegshysterie. Wie sonst könnten denn die Imperialisten damit rechnen, die Werktätigen als „Kanonenfutter" in die Schlacht schicken zu können?

Man braucht also nicht einmal Kommunist zu sein und man braucht auch nicht einmal die aktuelle imperialistische Propaganda zu kennen, um zu erkennen, daß es sich bei den Schreibern des „Roten Morgen" um ausgemachte Quatschköpfe handelt, die uns erzählen, die BRD-Imperialisten würden aggressive Ziele verfolgen, o h n e das Volk entsprechend politisch-ideologisch zu bearbeiten.

Und sieht man sich die westdeutsche Presse an (den „Roten Morgen" und ähnliche Blätter übrigens nicht ausgenommen!), dann schreit einem täglich die Kriegshetze entgegen. Da wird in immer größerem Stil die „Gefahr aus dem Osten" beschworen, um die eigene Aufrüstung zu rechtfertigen. Mit Erfindungen und maßlosen Übertreibungen über die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion, über angebliche sowjetische Stützpunkte usw. usf. wird dabei nicht gespart. Die Behauptung, der BRD-Imperialismus würde die Sowjetunion als „friedliebend" hinstellen, kann nur von Leuten kommen, die entweder nicht ganz richtig im Kopf sind oder die den Leser auf Teufel komm raus verarschen wollen. Aber Fakt ist allerdings, daß sich der „Rote Morgen" und andere „ML"-Blätter selbst kräftig an der Kriegshetze beteiligen, indem sie die Propaganda-Lügen des Imperialismus über die „russische Gefahr" gläubig nachbeten oder sogar einige Lügen zusätzlich in die Welt setzen.

Wenn der „Rote Morgen" sich beklagt, die Imperialisten würden das Volk nicht richtig auf den Krieg vorbereiten, würden gar „die Wachsamkeit der Werktätigen einschläfern" und würden die Sowjetunion als „**friedliebend**" hinstellen, so kann das nur eine Schlußfolgerung bedeuten: Die „KPD/ML" fordert eine Steigerung der imperialistischen Kriegshetze, sowohl im Ausmaß wie auch in der Schärfe der Propaganda speziell gegen die Sowjetuion. Die ehrlichen Genossen in der „KPD/ML", die sich als Antifaschisten verstehen, sollten über diesen Punkt einmal nachdenken und mit ihren (Ver-) Führern diskutieren!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Ansender, damit wir den Spendeneingang quitieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

Delegierten - Treffen KB	70,00
KB - Gruppe Bremerhaven, SVAG - Gruppe	34,00
A. + H. Bremerhaven	10,00
KB - Gruppe Braunschweig	20,61
AK - Leser, Braunschweig	10,00
KB - Gruppe Oldenburg	50,00
R.M., Nieblum	10,00
SSB Hamburg, Sammlung Sommerlager Bretagne	600,00
SSB Hamburg, Sammlung Sommerlager Bretagne	3.463,08
H., Nürnberg	450,00
Betriebs - Zellen Beiersdorf KB Gruppe Hamburg	620,00
ÖTV - Bereich, KB Gruppe Hamburg	156,00
Freunde + Genossen in Braunschweig	35,43
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	100,00
BO Hamburg - Altona	190,40
Metall - Komitee, KB Gruppe Hamburg	800,00
Betriebszelle Still, KB Gruppe Hamburg	300,00
Betriebszelle HDW/ Ang., KB Gruppe Hamburg	110,00
2 Genossen aus Hamburg	200,00
Betriebszelle Norddeutsche Affinerie, KB Gruppe Hamburg	915,00
Betriebszelle Hoechst, KB Gruppe Hamburg	700,00
Betriebszelle HDW II, KB Gruppe Hamburg	400,00
Beziksgruppe Hamburg - Eilbek	50,00
Bezirksgruppe Hamburg - Rahlstedt	75,00
BO Hamburg - Bergedorf	400,00
Frauenveranstaltung Hamburg - Altona (für PFLP - Frauenarbeit)	865,50
Kneipensammlung Betriegszelle Hoechst, KB Gruppe Hamburg	15,00
Betriebszelle B&V/ Arb., KB Gruppe Hamburg	350,00
Betriebszelle HAW/ Reynolds, KB Gruppe Hamburg	300,00
Metallkomitee, KB Gruppe Hamburg	100,00
Summe	11.400,02

Für PFLP, Palästina
Delegierten - Treffen KB 70,00
KB - Gruppe Bremerhaven, SVAG - Gruppe 34,00
A. + H. Bremerhaven 10,00
Genossen aus Hannover, West-Berlin, Claustal- Zellerfeld (Urlaub) 68,20

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf DM 53.810,74

Berichtigung:
Zwei in AK 87 veröffentlichte Spenden an die PFLP über 421,75 und 226,00 kamen nicht von der Hamburger BO Barmbek, sondern von der BO Altona.

Für Fretilin, Timor

G.F., Braunschweig	50,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Fretalin auf DM 126,00

Für ZANU, Zimbabwe

Genossen aus Hannover, West-Berlin, Claustal- Zellerfeld (Urlaub)	68,20

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ZANU auf DM 25.820,66

Für MIR, Chile

H.H., Stadt Allendorf	25,00
Genossen aus Hamburg - Harburg	210,00
BO Barmbek, KB Gruppe Hamburg, Überschuß aus Frauenliederheft	500,00
Verkauf Chile - Broschüren	20,00
Summe	755,00

Damit erhöt sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf DM 259.925,50

Für Frente Polisario, West - Sahara

H.H.., Stadt Allendorf	20,00
Sympathisanten des KB Heidelberg	54,00
G.F., Braunschweig	50,00
Summe	124,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf DM 20.911,10

Für PRT/ERP, Argentinien

Zelle Uni II, KB Kiel	50,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PRT/ERP auf 150,30

Antiimperialistisches Festival der Sinn Fein

Vom 19. - 31. Juli hatte die Official Sinn Fein zu einem antiimperialistischen internationalen Festival eingeladen. Die erste Woche fand in Dublin (Republik Irland) und die zweite Woche in Belfast (Nordirland) statt: Es war das zweite Festival dieser Art. Erstmals veranstaltete die Sinn Fein (O) so ein Festival im Sommer '74, an dem auch eine Delegation unsererer Organisation teilnahm.

Auf dem Festival waren Delegierte aus 17 verschiedenen Ländern anwesend. Jedoch nicht in jedem Fall Vertreter politischer Organisationen, sondern mehrere Genossen waren aus eigenem Interesse gekommen, um sich über die irische Situation zu informieren. Aus der Bundesrepublik waren der KOMMUNISTISCHE BUND, der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" und die Gruppe „Arbeiterpolitik" vertreten. Insgesamt waren etwa 120 Delegierte anwesend, viele jedoch nur für einige Tage.

In Dublin stand das Festival unter der Hauptparole, „*Multinationals - the other army of occupation*", („Die Multinationalen - die andere Armee, die unser Land besetzt hält"). Das heißt die Ausbeutung Irlands durch das internationale Kapital, unter dessen Kontrolle sich 60% der irischen Industrie, zum grossen Teil Rohstoffindustrie, befindet.

In Belfast war das politische Hauptthema das Sektierertum, die Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten. Von einer Besserstellung der protestantischen Bevölkerung in Nordirland gegenüber der katholischen kann heute praktisch nicht mehr geredet werden. Trotzdem liegen der Zusammenarbeit protestantischer und katholischer Arbeiter beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit, beim Kampf für bessere Wohnverhältnisse etc. noch etliche Steine im Wege, die unter heutigen Bedingungen wohl auch nicht voll ausgeräumt werden können. Die Ursachen liegen zum einen in einem völlig getrennten Erziehungs- und Schulsystem, bei dem die katholische Kirche über einen beträchtlichen Einfluß verfügt, zum anderen versuchen die protestantischen paramilitärischen Organisationen durch brutalsten Terror gegenüber der protestantischen Bevölkerung diese Spaltung aufrecht zu erhalten. Es sind keine Einzelfälle, wenn protestantische Familien, die in katholischen Vierteln leben, unter Morddrohungen aufgefordert werden, dort wegzuziehen. Wenige Tage nach dem Festival wurde z. B. ein junger Protestant ermordet, weil er eine katholische Freundin hatte.

Tomas Mc Giolla, Präsident der Sinn Fein, sagte in seiner Begrüßungsrede, nachdem er auf die Erfolge der Befreiungsbewegung in Vietnam und Angola eingegangen war, daß es notwendig ist, die internationale Solidarität zu verstärken: „*Wir Iren werden von unseren Genossen von Übersee lernen und wir hoffen, daß ihr von uns in Irland lernen werdet*".

Diesem Anspruch wurde das Festival, wie schon 1974, nicht gerecht. Politische Auseinandersetzungen unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen fanden auch diesmal nicht statt, was bereits vor 2 Jahren von mehreren Delegationen kritisiert worden war.

Eine KB- Genossin, die am Festival teilnahm

S. Mutumbuka (ZANU)
die Internationale

FRAUEN

Unter der Herrschaft der Junta haben die chilenischen Frauen besonders zu leiden. Sie sind es,

Hamburg

Ein „Kinderhaus" soll der Spar - Politik zum Opfer fallen

Unter der Überschrift *„Eltern bauten ein Kinderhaus – die Behörde zahlt keinen Pfennig"* berichtete die „Hamburger Morgenpost" am 31.8. von einem neuen Skandal auf dem Gebiet der volksfeindlichen „Spar-Politik" des Hamburger Senats: Eltern hatten in Eigeninitiative und mehrmonatiger Arbeit im Stadtteil Eimsbüttel ein „Kinderhaus" für etwa 60 Kinder eingerichtet. Die Behörden verweigern nun zum einen den beantragten Zuschuß zu den Baukosten (beantragt sind 48.000 Mark) und lassen sich zum anderen auch mit der Bewilligung der staatlichen Zuschüsse zu den laufenden Kosten sehr viel Zeit. Seit das „Kinderhaus" am 1. August eröffnet wurde, hat man vom Staat noch keinen Pfennig gesehen, die Finanzprobleme sind daher groß.

Wir haben uns das „Kinderhaus" angesehen und konnten uns davon überzeugen, daß die „Morgenpost" (*„Hervorragende Arbeit, viel Platz, 60 glückliche Kinder"*) kaum übertrieben hat. Die Einrichtung und Ausstattung des „Kinderhauses" ist erstaunlich liebevoll und reichhaltig, gerade im Vergleich mit dem Standard staatlicher Kindertagesheime. Auch einen Monat nach „Betriebsbeginn" macht alles noch einen vorzüglichen Eindruck, obwohl im Gespräch nicht verhehlt wurde, daß es natürlich auch Probleme mit der Sauberkeit, Ordnung und Instandhaltung von Einrichtung, Spielzeug etc. gibt.

Nicht ohne Stolz sagte uns ein Mitglied des „Kinderhaus": *„Wir sind außerdem auch weitaus billiger als vergleichbare staatliche Einrichtungen. Der Staat würde für so eine Einrichtung mit 60 Kindern rund 900.000 Mark an Baukosten usw. veranschlagen. Wir sind insgesamt mit etwa 120.000 Mark ausgekommen und davon haben wir ganze 48.000 Mark jetzt als Zuschuß beantragt. Außerdem liegt bei uns der Pflegesatz pro Kind bei rund 400 Mark, in den staatlichen Kindertagesheimen jedoch bei etwa 570 Mark. Die ‚Bild' hat übrigens sogar geschrieben, daß ein Kindertagesplatz für Ein- bis Dreijährige runde 1000 Mark im Monat kosten würde."*

Die Behörden stützen derzeit ihre Vorwände gegen das „Kinderhaus" auf die Behauptung, es gebe in dem betreffenden Bezirk dafür keinen Bedarf. Dazu sagte man uns: *„Das stimmt nicht. Unser Kinderhaus ist voll und hat eine Warteliste. Und Bedarf gibt es auch. Das hat uns auch Frau Kutz-Bauer* (Bürgerschaftsabgeordnete der SPD) *, die hier in der*

stimmt nicht. Unser Kinderhaus ist voll und hat eine Warteliste. Und Bedarf gibt es auch. Das hat uns auch Frau Kutz-Bauer (Bürgerschaftsabgeordnete der SPD) *, die hier in der*

Nähe wohnt und selbst ein kleines Kind hat, ausdrücklich bestätigt".

Wir erkundigten uns dann noch, welche Schritte das „Kinderhaus" ergriffen hat oder plant, um sein Anliegen – schnellstmögliche Bewilligung der staatlichen Förderung – in die Öffentlichkeit zu tragen. Antwort:

„Zuerst mal haben wir eine Dokumentation gemacht und breit verschickt, an die Presse, an Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens, Politiker usw. Dann haben wir uns auch noch mal direkt an all diese Leute gewandt. Bisher hat die ‚Morgenpost' einen Bericht gebracht, dann der Rundfunk (‚Umschau am Abend') und das Fernsehen (‚Freitagsmagazin'). Die haben hier zwei Tage lang gefilmt und waren auch bei der Jugendbehörde. Andere Sachen sind schon geplant oder wir stehen mit den Leute in Kontakt.

Dann waren wir bei Frau Schuchardt und bei Gerhard Weber (beide FDP), und Frau Kutz-Bauer (SPD) war hier im ‚Kinderhaus'. Sie hat uns zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft eingeladen, wo wir auf jeden Fall unser Anliegen auch noch vortragen wollen. Dann waren hier Bezirksverordnete von der FDP und CDU im ‚Kinderhaus', die SPD konnte nicht, aber will auch noch jemanden schicken. Insgesamt haben uns eigentlich alle ihre Unterstützung zugesagt, was aber in Wahlkampfzeiten vielleicht nicht verwunderlich ist. Was es konkret bringt, wird man sehen.

Dann war „Blödel"-Otto hier und hat sich alles angesehen. Er hat sofort zugesagt, in nächster Zeit auf einer von uns geplanten ‚Wohltätigkeits'-Veranstaltung fürs Kinderhaus aufzutreten und hat dazu auch noch andere Künstler angehauen, von denen auch einige mitmachen wollen.

Wir hatten auch einen bekannten Kinderbuch-Autoren hier, der uns unterstützen will und uns weitere Kontakte vermitteln will. Er und andere werden in der nächsten Woche zum Vorlesen für die Kinder kommen. Auch die Hamburger Kindertheater haben ihre Unterstützung zugesagt.

Dann ist noch zu erwähnen, daß der Westberliner „Extra-Dienst", das „Hamburger Elterninfo" und die „Heim- und Erzieher-Zeitung" aus Westberlin über unser ‚Kinderhaus' berichtet haben.

Wir waren ziemlich erstaunt über die doch sehr breite Bereitschaft, sich für eine solche Einrichtung wie unser ‚Kinderhaus' zu engagieren, bei Journalisten, Künstlern etc.

Uns schwebt vor, die entstandenen Verbindungen und Hilfsangebote vielleicht längerfristig nutzbar zu machen, um insgesamt, und auch in anderen Städten ‚Kinderhäuser' und ähnliche Einrichtungen voranzubringen, Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und auszutauschen".

Kinderhaus 1,50+0,50
Dokumentation
Wir machen weiter!

Wir machen weiter!



Zu erhalten über

Adresse des „Kinderhauses":
Kinderhaus, 2 Hamburg 50
Heinrichstraße 14 a

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

Menschenversuch an Säuglingen

In den letzten Wochen ist in Hamburg ein medizinischer Menschenversuch bekannt geworden, der schon 15 Jahre zurückliegt.

Bei diesem Menschenversuch, der in den Jahren 1960 und 1961 durchgeführt wurde, sollte die Wirksamkeit bzw. Wirkung des Serums „Toxoplasmin" als Mittel gegen die Blutkrankheit „Toxoplasmose" getestet werden.

Opfer des Menschenversuches waren zwei Gruppen von Testpersonen: einerseits Polizeibeamte, die sich angeblich freiwillig zur Verfügung stellten; andererseits Säuglinge und Kleinkinder, die als Patienten des Kinderkrankenhauses Hochallee sicherlich ohne vorherige Einverständniserklärung geimpft wurden („Bild", v. 26.6.76 u. 5.8.76).

Ans Licht kam der Menschenversuch, als einige der betroffenen Polizeibeamten unter mysteriösen Zuständen starben. Von den betroffenen Kindern ist eines heute geisteskrank.

Auch wenn noch keine genaueren Erkenntnisse über tatsächliche schädliche Auswirkungen des Menschenversuchs vorliegen, macht dieser Fall erneut deutlich, daß in der BRD Versuche an wehrlosen Kindern eine lange Tradition haben.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Mißbildungen durch Valium bei Kindern?

Die staatliche amerikanische Arzneimittelbehörde Food and Drug Administration (FDA) hat dem Hersteller der Beruhigungsmittel „Valium" und „Librium" auferlegt, auf den Packungen fettgedruchte Warnungen anzubringen, daß die Medikamente Hasenscharten und andere Mißbildungen bei Kindern hervorrufen können, wenn sie in den ersten 3 Monaten der Schwangerschaft genommen werden. Das Unternehmen, der Schweizer Pharmakonzern Hoffmann-La Roche (Basel), behauptete dagegen, bisher sei kein Zusammenhang zwischen der Einnahme der beiden Beruhigungsmittel und Mißbildungen

zer Pharmakonzern Hoffmann-La Roche (Basel), behauptete dagegen, bisher sei kein Zusammenhang zwischen der Einnahme der beiden Beruhigungsmittel und Mißbildungen

bewiesen.

Es muß also nach Meinung der La-Roche-Kapitalisten erst der Beweis angetreten werden, daß diese am meist verschriebenen Medikamente Mißbildungen an Kindern hervorrufen. Mangels Beweis wird auch an unseren Krankenhäusern an schwangere Frauen, z.B. bei drohender Fehlgeburt, bedenkenlos Valium verabreicht.

Gegen die menschenfeindlichen Medikamentenexperimente von Ärzten und Pharmakonzernen an schwangeren Frauen!

Krankenhausgruppe
KB/Gruppe Bremen

Auch „Humana" tötet Babies!

Am 11. August 1976 wurde bekannt, daß vom Zentrum für Hygiene im Klinikum der Universität Frankfurt (Main) in „Humana Heilnahrung" Salmonellen vom Typ Panama nachgewiesen worden sind.

Humana Heilnahrung ist die führende Marke, die Säuglingen und Kleinkindern bei Durchfällen und Infektionskrankheiten gegeben wird. Diesen geschwächten und anfälligen Kindern, die kaum noch Abwehrkräfte haben, dann noch Humana Heilnahrung mit Salmonellen zu geben, ist absolut lebensgefährlich.

Durch Salmonellen werden beim Menschen schwerste Infektionserkrankungen hervorgerufen. Es gibt im wesentlichen zwei Gruppen, die eine ruft Typhus und Paratyphus hervor, begleitet von starken Durchfällen; die andere verursacht Darm- und Magenentzündungen, die schwere Durchfälle zur Folge haben. Durch diese Durchfälle verlieren gerade Säuglinge innerhalb kürzester Zeit enorme Flüssigkeitsmengen, woran die Kinder in vielen Fällen sterben.

Die Milchwerke Herford, Hersteller von Humana Heilnahrung, reagierten auf diese Meldung prompt am nächsten Tag. In einem Schreiben an den gesamten Fach-, Groß- und Einzelhandel teilten sie mit, *„daß Salmonellen in einer Serie in Klinikdosen festgestellt worden sein sollen"* (Mitteilung der Milchwerke Herford vom 12.8.76). Frech behaupteten sie, *„daß alle übrigen Humana-Erzeugnisse nach wie vor in gleich guter Qualität produziert und im Interesse einer sicheren Diätethik vorschriftsmäßig kontrolliert werden"* (ebenda). Alarmierend war für diese Herren nicht, daß durch die Salmonellen viele Säuglinge und Kleinkinder in Lebensgefahr gebracht werden, sondern *„daß sie keinen Einfluß auf die außergewöhnliche Publizierung dieser Reklamationssache hatten"* (ebenda). Sie richteten daher folgende Bitte an ihre kapitalistischen Kollegen: *„Wir bitten im Rahmen unserer partnerschaftlichen Zusammenarbeit um Verständnis für unsere Situation und ihre volle Unterstützung bei der Kundenaufklärung, damit Geschäftseinbußen vermieden werden"* (ebenda).

Daß sie unter „Kundenaufklärung" Beschönigung und Profit um jeden Preis verstehen, zeigt sich daran wieder einmal deutlich.

Wenige Tage später tauchten weitere Meldungen von erneuten Salmonellenbefunden, jetzt auch in Einzelhandelspackungen von Humana Heilnahrung, auf. Die Milchwerke Herford brachten eine zweite Mitteilung heraus, in der sie nichts anderes zu sagen wußten, als daß „nur" eine geringe Anzahl von Salmonellenfunden festgestellt worden seien und sie forderten dazu auf, sämtliche Packungen aus dem Handel zu ziehen. „Großzügig" erklärten sie sich bereit, die aus dem Handel gezogene Heilnahrung sogar zu ersetzen (Mitteilung der Milchwerke Herford vom 25.8.76).

Für die Milchwerke Herford geht es nicht ein einziges Mal um Leben und Gesundheit der Kinder; ihnen geht es selbst in dieser Situation nur um ihren Profit: *„Wir bitten gerade in dieser Situation um ihre volle Unterstützung für das gesamte Humana-Programm, damit die für alle Beteiligten entstandenen Verluste ausgeglichen werden"* (ebenda).